

Zeitschrift des Vereins

für

Geschichte und Alterthum
Schlesiens.

Namens des Vereins

herausgegeben

von

Dr. Colmar Grünhagen.

Vierzehnter Band. Zweites Heft.



Breslau,
Joseph Marx & Comp.
1879.

Biblioteka
Śląska
Śląskiego

4026.14.2.

x-5512	
4026/	<u>11</u>
1879	



15.000,-

XVI.

Diplomatische Besprechungen im Meißner Kapuzinerkloster 1741.

Von C. Grunhagen.

Als am 2. Juni 1878 die Breslauer historischen Vereine an dem Ziele ihres diesmaligen Ausflugs, der alten Bischofsstadt Meisse, angelangt, durch ihre freundlichen und kundigen Führer zunächst nach dem nahe dem Bahnhofe gelegenen Priesterhause, dem ehemaligen Kapuzinerkloster, geleitet wurden, konnte es wohl scheinen, als habe ein wohl überlegter Plan an den Anfang der kunsthistorischen Wanderung zu geeignetem Klima grade das unscheinbarste und wenigst anziehende der zahlreichen alterthümlichen Bauwerke dieser Stadt gestellt, und weder die hier befindliche in ihrer Art einzige Sammlung von Bildern Breslauer Bischöfe vom XVI. Jahrh. bis ans Ende des XVIII. Jahrh., noch die Bibliothek vermochte trotz unerwarteter Funde und lange zu fesseln. Und doch knüpft sich an dieses unscheinbare Haus eine große historische Erinnerung, bedeutsam nicht nur für unsre schlesische sondern gradezu für die Weltgeschichte. In dem Kapuzinerkloster der Mährengasse haben im September 1741 zwischen preussischen und österreichischen Militärs die ersten direkten Versuche zur Herstellung eines Friedens stattgefunden.

Aber bevor auf diesen Blättern eine Schilderung des Ereignisses, für welche drei große Archive, die von Berlin, Wien und London die Quellen geliefert haben, unternommen werden soll, mögen einige Notizen über die Geschichte des Klosters hier ihre Stelle finden.

Die schlesischen Kapuzinerklöster stammen alle aus derselben Zeit, Schweidnitz gegründet 1652, Neustadt in Oberschlesien 1653, Neiße 1658, Breslau 1669, Brieg 1683. Es war die Zeit, wo nach dem dreißigjährigen Kriege die katholische Reaktion siegreich und selbstbewußt ihr Haupt erhob, wo ganz Oberschlesien zu der alten Kirche zurückgeführt ward, und auch in Niederschlesien viele Hunderte von Kirchen den Protestanten weggenommen wurden. Der Propaganda sollten denn auch die Kapuziner als wirksame Rüstzeuge dienen, sie die von Haß zu Haß Gaben heischend die immer erneuten Berührungen mit dem Volke wohl zu verwerthen vermochten.

Das Neißer Kloster gründete 1658 der Breslauer Bischof Erzherzog Leopold Wilhelm „aus eigener Bewegnuß“, wie es in der magistratualischen Urkunde von 22. März 1659 heißt, *ex zelo religionis catholice*. Da er aber wegen der Enge der Stadt drinnen keinen geeigneten Platz fand, wählte er eine Stelle draußen jenseits der Neiße in der Vorstadt Mährengasse (Mährengasse sagen ältere Zeugnisse), wo einst vor Zeiten¹⁾ den Aussätzigen ein Spital neben einer dem heiligen Lorenz geweihten Kapelle errichtet, nachmals aber im Laufe der Zeit zu einem Spital für alte Frauen geworden war. Diese letzteren verpflanzte man mit Zustimmung der Vorsteher vor das Zollthor gegenüber dem Nikolausspital und gab jene Stelle den Kapuzinern, erweitert durch den Ankauf von 7 bürgerlichen Gärten (um 315 Thl.). Auch die Stadt kontribuirte in gewisser Weise, insofern sie die auf jenen Gärten haftenden Grundzinsen erließ, allerdings mit dem Vorbehalte, daß dieselben wieder aufleben sollten, falls das Kloster einmal an einen andern Ort verlegt werden sollte.

Der Umbau des Spitals zur Unterbringung der 12 Personen, welche ursprünglich den Convent bildeten, ging rasch von Statten, das Bauholz gaben die bischöflichen Forsten her. Zum Gottesdienste bediente man sich anfangs noch der Lorenzkapelle, bis 1660 die eigne neue Kirche eingeweiht werden konnte. Den Hochaltar derselben schmückte

¹⁾ „Vor 300 und mehr Jahren“ sagt die angezogene Urkunde. Staatsarchiv Stadt Neiße X 3b.

ein schönes Bild, zu dessen Herstellung der Bischof noch besonders 300 Gulden geschenkt hatte. Das Kloster erfreute sich der besonderen Fürsorge des Weihbischofs und Administrators Baltasar von Liesch, der ja auch das Breslauer Kapuzinerkloster in's Leben gerufen. Die Zahl der Brüder stieg bald auf 30 und mehr, die Almosen flossen reichlich.

Das eigentliche Sammelgebiet bildete der westliche Theil des Fürstenthums Neisse und die Grafschaft Glatz. Alljährlich, unmittelbar nach dem Feste ihres Schutzpatrons, des heiligen Franziskus, am 4. Oktober, also nachdem alle Früchte des Feldes und Gartens eingeheimst waren, zogen die Sammler aus. Sie empfingen ihre Gaben weniger in klingender Münze als in Naturalien, vorzüglich Getreide und Leinwand, und es sind uns noch kleine Büchlein erhalten, welche bei jedem Orte die Namen der Gönner verzeichnen, bei denen vorläufig die Gaben niedergelegt wurden bis zur gelegentlichen Abholung im Ganzen. Wenn das Interesse für den Orden abnehmen wollte, fanden sich Mittel es wieder aufzufrischen.

Im Jahre 1715 urkundet Barbara Regalia v. Eckwicht, sie habe lange an einer bösen Brust gelitten; als sie sich aber „den Kapuzinern verlobt,“ habe sie sofortige Besserung verspürt, und 1739 versichert in einem von dem Pfarrer beglaubigten Instrumente der kaiserl. Zoll-einnehmer J. G. Krambst, seine Tochter sei in schwerer Krankheit dem Tode bereits so nahe gewesen, daß ihr Mund erblaßt und ihr Auge gebrochen war, da habe man ihr eine bei dem Feste der Seligsprechung des Pater Seraphicus geweihte Kerze in die Hand gegeben, und daß von derselben auf ihre Hand herabträufelnde Wachs habe ihr Leben und Gesundheit wiedergegeben. Auch ein gewisses Schaugepränge mußte das Volk anziehen. So ward 1729 die Heiligsprechung eines Kapuziners aus Schwaben, der in Ungarn den Märtyrertod gefunden, durch einen neben der Kirche in der Höhe von 24 Ellen errichteten Triumphbogen mit zahlreichen symbolischen Figuren gefeiert.

Im 18. Jahrhunderte zeigte sich im Allgemeinen ein gewisses Niedergehen des religiösen Eifers, aber in dem besonders strenggläubigen Neisse blieb das Interesse doch noch lebendiger als anderswo, und der Convent blühte hier noch, als der erste schlesische Krieg aus-

brach und die Gefahr einer Beschießung Neißes das an so exponirter Stelle gelegene Kapuzinerkloster bedrohte.

Doch blieb, als bei der ersten Beschießung Neißes durch die Preußen (Mitte Januar 1741) der Kommandant die Vorstädte niederbrennen ließ, das Kloster verschont, und auch die mehrtägige Beschießung schädigte dasselbe nicht. Daß andererseits in dem gut österreichisch-gesinnten Neisse die Gesinnung gerade der Brüder Kapuziner den österreichischen Heerführern noch für ganz besonders zuverlässig erscheinen durfte, war sehr erklärlich, und dieser Umstand, mehr aber wohl noch die vorgeschobene Lage des Klosters, mochte, als es sich um eine Zusammenkunft handelte, bei der die Theilnehmer möglichst ungesehn sich treffen wollten, grade diese Stätte besonders empfehlen.

Bekanntlich hatte der Stolz Maria Theresias sich sehr lange gesträubt, irgend einen Friedensantrag dem preußischen Sieger zu machen, nur widerstrebend hatte sie die englische Vermittelung angenommen und den englischen Gesandten in Wien, Robinson, mit jenen Zugeständnissen ausgestattet, deren Unzulänglichkeit dann König Friedrich lebhaft erzürnte. Allmählich allerdings vermochte die steigende Gefahr, daß siegreiche Vorrücken der vereinigten bairisch-französischen Heere, ihren Sinn zu beugen, sie verstand sich Ende August dazu, daß, was der König früher als seine Forderung bezeichnet hatte, Niederschlesien mit Breslau, durch Robinson anbieten zu lassen; und da sie keinen Augenblick zweifelte, daß das Anerbieten angenommen werden würde, so ließ sie jetzt dem kommandirenden General der den Preußen gegenüberstehenden Armee, Feldmarschall Neipperg die Instruktion zukommen, sowie Robinson mit dem König in der Hauptfrage einig sei, dann den eigentlichen Friedensvertrag zum Abschlusse zu bringen.

Die Königin ahnte nicht, daß die Bedingung einer bewaffneten Unterstützung, welche sie an jenes Anerbieten geknüpft hatte, dieses letztere für Friedrich unannehmbar machen würde, wohl aber erkannte dieß der englische Gesandte am preußischen Hofe Lord Hindford, und während er jene Robinson'sche Unterhandlung ruhig einer entschiedenen Ablehnung entgegentreiben ließ, versuchte er es auf eigne Hand, und

ohne noch die Zustimmung Maria Theresias vorher einzuholen, zu erforschen, ob der König wohl jenes Zugeständniß gegen die Forderung einer bloßen Neutralität zu acceptiren geneigt sein möchte. Es gelang dieß nun fast über Erwarten. Friedrich, voll Mißtrauen gegen die französische Politik und deren geheimen Ziele und eben deshalb wenig geneigt zur vollständigen Zertrümmerung Oestreichs mitzuwirken, faßte schnell den Gedanken; durch einen geheimen Vortrag sich von Oestreich gegen die Abtretung von Niederschlesien mit Reize und Glaz seine Neutralität erkaufen zu lassen, so daß das Neippergische Heer gegen die Verbündeten verwendet werden könnte. Ohne seinen treuen Rathgeber Podewils ins Geheimniß zu ziehen, faßte er den Plan, dessen Ausführung er vielmehr einem seiner Adjutanten, dem gewandten Grafen Goltz, überließ, den er dann auf's Aeußerste drängte, die Angelegenheit binnen 14 Tagen zum Abschlusse zu bringen.

Lord Hyndford ward in jenen Tagen (Mitte September) durch Krankheit an das Zimmer und das Bett gefesselt, Goltz wandte sich daher direkt an den östreich. Commandirenden. Am 17. September hatte Prinz Dietrich von Anhalt behufs der Auswechselung von Kriegsgefangenen eine Zusammenkunft mit dem östreich. General Ventulus in Stieglitz (etwa eine halbe Meile nördlich von Reize) verabredet, und Goltz begleitete nun den Prinzen hierher und eröffnete dann dem östreich. Generale, er habe von seinem Könige einen mündlichen Auftrag an den Feldmarschall Neipperg. Dieser Letztere in Reize eiligt hiervon unterrichtet, bezeichnete nun das Kapuzinerkloster in der Mährengasse als Ort des Rendezvous, und noch an demselben Tage, dem 17. September 1741, geleitete Ventulus den preussischen Adjutanten dorthin, wo der Feldmarschall bereits seiner wartete¹⁾.

Es war das erste Mal im Verlaufe dieses Krieges, daß preussische und

¹⁾ Arneth in seinem Leben Maria Theresias I. 332 nimmt irrtümlich Stieglitz als den Ort der Zusammenkunft an, während doch ein Billet Hyndfords vom 25. September (im Londoner Record-Office), wo der Letztere davon spricht „was zwischen Ihnen bei den Kapuzinern verhandelt worden ist“ jeden möglichen Zweifel beseitigt. Der Tag wird nirgends genau angegeben, doch da Neipperg erst spät am Abend zurückgekehrt zu sein versichert und andrerseits Goltz schon am Mittage des 18. September wieder einen Brief schreibt, kann man nur den 17. September annehmen.

österreich. Militärs die schwierige Frage der Friedensstiftung besprachen und ist auch das einzige Mal geblieben, wo der englische Vermittler gefehlt hat. Großen Erfolg konnte die Unterredung nicht wohl haben, da Meipperg für das Hyndfordsche Projekt noch gar keine Instruktionen empfangen hatte, sondern seine Vollmachten sich nur auf jenes letzte Robinsonsche Anerbieten bezogen, das der König, wie wir wissen, einfach zurückgewiesen hatte. Denn Hyndford hatte, wie wir erwähnten, von seinem Plane, mit Preußens Neutralität sich zu begnügen, erst dann nach Pressburg Meldung gethan, als der König dieser Idee im Prinzipie wenigstens zugestimmt hatte, ein Umstand, über welchen man im preussischen Lager nicht unterrichtet war.

Meipperg, dessen Bericht über diese Zusammenkunft uns vorliegt¹⁾, antwortet auf die Frage des Obersten Goltz, ob er Vollmacht zu einem Accommodement habe: platterdings ja, aber auf die zweite Frage, ob die Königin bereit sei, auch Meisse und Glas abzutreten mit soviel Land als ein Stückschuß betrage, mit „nein“, Niederschlesien bis zur Meisse, mehr dürfe er nicht bewilligen. Dann, meinte Goltz, werde aus der ganzen Sache Nichts werden. Nun fragte Meipperg, seiner Instruktion entsprechend, wie es mit der Hülfsleistung stehe, auf welche die Königin hoffe? Der Oberst erwiderte, eine solche sei nicht zu erwarten, sondern eben nur Neutralität. Künftiges Frühjahr werde der König vielleicht Gelegenheit finden, sich dafür zu bemühen, daß Maria Theresia nicht zu großer Schaden geschehe. Sein König sei weit davon entfernt, den Ruin des Hauses Oestreich anzustreben. Goltz betonte die Versicherungen der guten Absichten seines königlichen Herrn mit soviel Wärme, daß selbst der mißtrauische Meipperg den Eindruck gewann, man scheine in der That im preussischen Hauptquartiere vor der französischen Uebermacht große Besorgnisse zu hegen. Erst spät am Abend kehrte der Marschall nach Meisse zurück.

Wir können an dieser Stelle nicht diese Unterhandlungen in ihren einzelnen Phasen verfolgen, sondern begnügen uns, noch einige Worte über die zweite an demselben Orte abgehaltene diplomatische Zusammenkunft zu sagen, acht Tage nach jener ersten, am 25. September 1741.

¹⁾ Vom 18. September. Wiener Staatsarchiv.

An dieser letzteren nahm jetzt auch noch Lord Hyndford Theil, der inzwischen wieder genesen und nach einer kurzen Audienz bei König Friedrich am 23. September in das österreichische Hauptquartier gegangen war. Die beiden Parteien hatten sich in der letzten Woche erheblich einander genähert. König Friedrich hatte Blatz so gut wie fallen gelassen und Maria Theresia einer eventuellen Abtretung von Neiße zugestimmt, wenn gleich Neipperg noch versuchen wollte, ob man preussischerseits nicht mit einer bloßen Schleifung der Neißer Festungswerke sich genügen lassen wollte. Auf dieser Basis hatten Hyndford und Neipperg einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, in welchem Oestreich die Abtretung von Niederschlesien bis zur Neiße anbot sowie die Schleifung der Neißer Festungswerke, wogegen der König strenge Neutralität sowie Uebernahme der auf Schlesien hypothecirten Schulden geloben sollte; England hatte sich ausbedungen, daß Preußen Hannover nicht nur nicht angreife, sondern auch Frankreich von einem derartigen Vorhaben zurückhalte, wogegen der König von England für Niederschlesien eine Garantie übernehmen und auch sich bemühen wollte, ein Gleiches von Rußland zu erlangen; Sachsen sollte der Beitritt zu dem Vertrage 6 Monate hindurch offen gehalten werden¹⁾.

Um diesen Entwurf zur Kenntniß des preussischen Königs zu bringen, ward Graf Goltz durch Lord Hyndford am 25. September unter Hinweis darauf, daß inzwischen Neipperg neue Instruktionen erhalten habe, zu einer neuen Zusammenkunft an den bewußten Ort, d. h. in unser Kapuzinerkloster, eingeladen²⁾, wo er nun auch aus dem preussischen Hauptquartier Neundorf pünktlich um 4 Uhr Nachmittags anlangte. Als ihm der Entwurf mitgetheilt ward, erklärte er, er wolle denselben zur Kenntniß seines Herrn bringen, vermöge jedoch keine Hoffnung auf eine Annahme desselben zu machen. Nachdem man so lange sich gesträubt, seinem Könige annehmbare Propositionen zu machen, trage man selbst die Schuld, wenn dieser nun auf andre Mächte Rücksichten nehmen müsse. Schon um bei den Franzosen keinen Argwohn zu er-

¹⁾ Londoner Record Office, Beilage zu Hyndfords Berichte vom 4. Oktober.

²⁾ Das Billet Hyndfords im Berliner geheimen Staatsarchiv.

regen, sei ein Unternehmen gegen Meißer und die Eroberung dieser Festung nothwendig, ebenso wie ein wenigstens scheinbares Fortführen des Krieges, ein Einrücken in Oberschlesien u. Meipperg meinte hierzu, wenn es bloß darauf ankomme, so könne man ja den König Meißer nehmen lassen. Wenn er es dann später zurückgegeben habe, könne man ja die Festungswerke immer noch schleifen. Ein Vorschlag, der allerdings nicht wohl großen Beifall finden konnte¹⁾.

Es war dies die letzte Zusammenkunft, welche in unsrem Kloster stattfand. In der darauf folgenden Nacht überschritt die Avantgarde der preussischen Armee unweit Koppitz die Meißer, bald folgte der König mit dem Groß des Heeres, um dann auf dem rechten Ufer des Flusses südwärts vorrückend die Rückzugslinie seines Gegners zu bedrohen.

Mit dieser veränderten Stellung des Heeres büßte auch das Kapuzinerkloster die Gunst der bequemen Lage für Zusammenkünfte ein. An seine Stelle trat dann das östlich von Meißer gelegene Schloß Klein Schnellendorf, an welchem Orte im weiteren Verlaufe der Verhandlungen nun auch bekanntlich am 9. Oktober eine merkwürdige Uebereinkunft zu Stande kam, welche dem König die Festung Meißer, die allerdings nach dem Abzuge Meippergs nicht wohl hätte noch lange gehalten werden können, in die Hände spielte (Ende Oktober), aber sonst den Krieg nur auf eine kurze Zeit zu unterbrechen vermochte.

¹⁾ Nach dem Berichte Meippergs an Maria Theresia vom 25. September Abends, im Wiener Staatsarchive.

XVII.

Die Zusammenkunft Friedrichs II. und Josephs II. in Reize.

Von Eduard Reimann.

Als die historischen Vereine Breslau am 2. Juni d. Jahres ihren Ausflug nach Reize machten, hatte der Verfasser die Ehre, vor einer ansehnlichen Versammlung, die sich aus den werthen Reisegenossen und einer Anzahl hochgeschätzter Bewohner der gastfreundschaftlichen Stadt zusammen setzte, nachstehenden Vortrag zu halten. Die Vorgeschichte des Besuchs, welchen Kaiser Joseph dem Könige von Preußen abstattete, wird darin auf Grund eingehender Studien sehr abweichend von Ranke (Werke 31 und 32 p. 2 und 3) gegeben. Auch in Bezug auf die Zusammenkunft, die ich weit ausführlicher behandle, glaube ich manches richtiger gesehen zu haben.

Joseph II. war nicht lange Kaiser, als er sich dem Könige von Preußen freundschaftlich näherte. Nicht nur, daß er ihm Wein schickte, den er von seinem Bruder aus Florenz empfangen, sondern er sprach auch von Friedrich dem Gr. höchst achtungsvoll, und als er beschloß, im Juni 1766 nach Dresden und Torgau zu reisen, da vermutheten viele, daß er Lust hätte, sich irgendwo bei dieser Gelegenheit mit dem Könige zu treffen. Auf die Nachricht hiervon erbot sich letzterer zu einer Zusammenkunft und drückte gegen den österreichischen Gesandten, den General Nugent, den Wunsch aus, man möchte sich über Zeit und Ort verständigen.

Am 22. Juni reiste Nugent nach Dresden, am 24. kam Joseph dahin und erhielt nun Kenntniß von der förmlichen Einladung des Königs; aber er ließ diesem nur anzeigen, daß er am 27. seine Reise fortsetzen, am 28. die Umgegend von Torgau besuchen und dann sogleich mit der Post nach Bautzen fahren würde. Joseph bildete sich ein, daß die Zusammenkunft auf diese Weise zu Stande gekommen, einen höheren Werth hätte, als wenn man verabredete, wo und wann man sich treffen sollte. Noch seltsamer ist es, daß er an die Begegnung glaubte; dahin sprach er sich am Abend vor seiner Abreise gegen Nugent aus, und von Wien her traf kein Gegenbefehl ein, vielmehr nahmen Maria Theresia und Kaunitz ebenfalls an, daß die beiden Herrscher sich sehen würden. Merkwürdig muß es auch erscheinen, wie Joseph sich auf die freundschaftliche Zusammenkunft vorbereitete. „Ich habe nicht nöthig gehabt,“ erzählt Nugent, „dem Kaiser zu sagen, daß er es mit einem Fürsten ohne Treu und Glauben zu thun haben würde, der alle menschlichen Gefühle in sich erstickt hätte, den es nichts kostete die heiligsten Versprechen zu geben, um sie dann zu brechen, wenn es sein Vortheil erheischte, dem jedes Mittel recht wäre, wenn es nur zum Zweck führte. Se. Majestät wußten das alles schon und schienen mir den König eben so gut zu kennen wie ich.“

Wir sehen, neben der Bewunderung wohnte der Haß in dem Herzen des Kaisers; aber so gut er Friedrich den Zweiten zu kennen meinte, darin irrte er sich, daß er glaubte, der berühmteste Mann des deutschen Reiches würde sich auf jene kurze Meldung hin eilends auf den Weg machen, um den ruhmstüchtigen jungen Mann liebevoll in die vor Freude zitternden Arme schließen zu können. Nein, der große König blieb in Potsdam und schickte den General Kamecke zur Begrüßung Josephs ab. Einen Monat später schrieb er an den Erbprinzen von Braunschweig: „Der Teufel wird nichts dabei verlieren; denn es heißt im Buche des Schicksals: Rom und Karthago können nicht zusammen existiren.“

Maria Theresia und Kaunitz waren, wie gesagt, dem Vorhaben des Kaisers nicht hinderlich in den Weg getreten, aber sie hatten auch keinen besonderen Antrieb gehabt, eine Zusammenkunft herbeizuführen. Jedoch dies änderte sich. Gestützt auf das Bündniß mit Friedrich dem

Großen ging die Kaiserin Katharina II. sehr gewaltthätig in Polen vor, wie wenn sie dieses Reich zu einem russischen Nebenlande machen wollte. Der Wiener Hof empfand dies sehr bitter; denn er konnte, da die französischen Finanzen sich in der äußersten Zerrüttung befanden, von seinem Verbündeten, dem Könige Ludwig XV., keinen Beistand hoffen, und er fühlte sich zu schwach gegen Rußland, so lange Preußen diesem Reiche Deckung gewährte. Unter solchen Umständen fing man in Wien an zu wünschen, daß das Verhältniß zum Berliner Hofe freundschaftlicher werden möchte. Für Kauniß trat noch ein anderer Umstand hinzu. Ende Mai des Jahres 1767 wurde der junge hoffnungsvolle Prinz Heinrich von den Blattern hinweggerafft, und es lebten damals außer dem Könige nur noch drei männliche Mitglieder des brandenburgischen Hauses. Das brachte den Staatskanzler in Wien auf den Gedanken, es würde der König von Preußen wohl nöthig haben, die weibliche Erbfolge zu regeln und dazu des kaiserlichen Beistandes bedürfen. Kauniß wünschte von dieser Lage der Dinge Nutzen zu ziehen, und er suchte sich seit dem Anfange des Jahres 1768 dem Berliner Hofe zu nähern; im Sommer schlug er sogar eine Zusammenkunft zwischen Friedrich und Joseph vor. Diesmal verhielt sich der Kaiser ablehnend, weil er mit der preussischen Reichspolitik unzufrieden war; aber einige Monate später war er bereit, mit dem Könige zusammen zu kommen, und so wurde denn Nugent angewiesen, das gute Einvernehmen beider Staaten zu befördern, für die Neutralität Deutschlands bei dem Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und England zu wirken und des Kaisers wahres Verlangen nach der persönlichen Bekanntschaft des Königs anzuzeigen.

Am 15. November 1768 entledigte sich der österreichische Gesandte seines Auftrags. Als er den Wunsch ausdrückte, daß die beiden Häuser in gutem Einverständniß weiterhin verbleiben und alles alte Mißtrauen gänzlich ablegen und vertilgen möchten, da antwortete Friedrich zustimmend: „So lange wir zwei,“ sprach er, „das Haus Oestreich und Ich, uns wohl einverstehen, hat Deutschland von Kriegsunruhen wenig zu befahren.“ Die Rede kam jetzt auf die Neutralität. Nugent machte den Vorschlag einer Zusammenkunft, bei welcher die beiden Herrscher

einander ihr Wort als die sicherste Friedensbürgschaft verpfänden könnten. „Ihr habt Recht,“ versetzte der König, „wir werden uns das Ritterwort geben, wie Franz I. Karl dem Fünften, und das wird sichrer sein, als alle Verträge. Benachrichtiget Euren Hof davon und laßt mich wissen, wo und wann wir uns treffen sollen.“ Am 28. Dezember wies Kaunitz den österreichischen Gesandten an zu erklären: der Kaiser werde sich im nächsten Jahre um die nämliche Zeit, wo der König nach Schlesien zu gehen pflege, in Böhmen einfinden, er beharre bei dem aufrichtigen Verlangen, des Königs persönliche Bekanntschaft zu machen, und wünsche zu erfahren, wie eine Zusammenkunft am besten und schicklichsten eingeleitet werden könne.

Der König war über die Eröffnung sehr erfreut und bereit, darauf einzugehen, er wollte nur noch darüber beruhigt werden, daß nicht etwa der Wiener Hof die Absicht verfolgte, gemeinschaftlich mit Frankreich einen sächsischen Prinzen auf den polnischen Thron zu setzen. Hierüber hätte sich die Zusammenkunft beinahe wieder zerschlagen. In Wien erblickte man in der Anfrage mit Unrecht eine Ausflucht und erklärte sich bereit, die Begegnung auf ruhigere Zeiten zu verschieben, es sei denn, daß der König dieselbe noch in diesem Jahre selbst in das Werk zu setzen verlange. Die letzten Worte waren durch Maria Theresia hinzugefügt worden, die es im Einverständniß mit ihrem Sohne that. Das Mißverständniß ward ausgeglichen und die Zusammenkunft von beiden Theilen angenommen. Der König empfahl Glatz für dieselbe, jedoch mit dem ausdrücklichen Bemerken, „er würde sich ganz und gar den Wünschen des Kaisers fügen, erfreut, die Anfänge einer so wünschenswerthen Union zwischen den beiden Höfen wieder aufkeimen zu sehen.“ Durch den Krieg, welcher zwischen dem Sultan und Katharina II. ausgebrochen war, und die Furcht vor der wachsenden Macht der Russen wurde die Zusammenkunft auch für Friedrich den Großen wünschenswerth.

Am 30. Mai erklärte sich der Kaiser für Reize, weil dort hauptsächlich Reiterregimenter gemustert würden; denn es lag ihm viel daran, diese zu sehen, namentlich die des General Seidlitz. Es versteht sich, daß der König auf diesen Wunsch bereitwillig einging, und so wurde

denn Reise für die Zusammenkunft bestimmt. Am 25. August gegen Mittag langte der Kaiser hier an, begleitet von seinem Schwager, dem Herzog Albert von Teschen, von dem Feldmarschall Laschy, dem General Laudon u. a. Sie begaben sich geradezu nach dem Quartiere des Königs, der ihnen einige Stufen auf der Treppe entgegen ging. Der Kaiser umarmte Friedrich so wie dessen Bruder Heinrich und den Prinzen von Preußen; der Markgraf von Ansbach, die Generale Tauenzien und Seidlitz, der Minister Schlagerndorff und viele preussische Offiziere waren zugegen. Nach kurzer Begrüßung zogen sich die beiden Herrscher in ein besonderes Zimmer zurück und redeten dort ohne Zeugen eine lange Zeit miteinander. Kaunitz hatte die Punkte, die zur Besprechung kommen könnten, sorgfältig verzeichnet und sehr ausführlich die Antworten hinzugefügt, und Joseph suchte nun so viel als möglich davon vorzubringen. Alsdann erst ging man zu Tische. Wegen des Freitags gab es kein Fleisch. Der König fastete zur Gesellschaft mit; er habe, scherzte er, es einmal die ganze Fastenzeit hindurch gethan, um zu sehen, ob er durch den Magen selig werden könne. Uebrigens aber hat er Ausfälle gegen die katholische Religion vermieden. Der Prinz Albert fand das Essen, wie er sich ausdrückte, mehr militärisch als ausgesucht, sei es, daß er auf Fleisch gehofft, oder daß man sich in Oestreich besser auf die Fastenspeisen verstand. Dagegen schmeckte das Obst aus den Gärten des Königs auch ihm vortrefflich, und den Wein, welchen sie tranken, nennt er ebenfalls sehr gut.

Während der Mahlzeit, die ungefähr drei Stunden dauerte, sprachen nur Friedrich und Joseph; die andern beobachteten ein ehrfurchtsvolles Schweigen. Als der Prinz Albert an den neben ihm sitzenden General Seidlitz einmal das Wort richtete, da antwortete dieser nur kurz und halblaut. Der Kaiser und sein Schwager wunderten sich besonders, daß auch Prinz Heinrich still war und eben so, wie der Prinz von Preußen, dem Könige die größte Unterwürfigkeit bezeugte. Nach der Mahlzeit begab sich der Kaiser in seine Herberge, — denn er war incognito anwesend und wollte durchaus nicht bei dem Könige Wohnung nehmen; — dieser machte sofort seinen Gegenbesuch, der ebenfalls lange sich hinzog.

Gleich bei der ersten Unterredung, welche die beiden Herrscher miteinander führten, hatte der König den Wunsch nach aufrichtiger Freundschaft und Versöhnung kund gegeben und es hundertmal wiederholt. Indem sie jetzt wieder solche Versicherungen austauschten, erzählte der Kaiser nach den Verhaltungsbefehlen, die ihm Kaunitz mitgegeben, von den neuen österreichischen Einrichtungen, um das Heer schnell marschbereit zu machen, und daß sie damit fertig wären. Der König wunderte sich etwas über eine solche Eröffnung, aber er wußte dem Kaiser zu antworten. „Als ich noch jung war,“ sprach er, „bin ich ehrgeizig gewesen und habe sogar schlecht gehandelt, doch diese Zeiten sind vorüber, und meine Denkungsart ist nun viel gediegener¹⁾.“ Zum Beweise für seine Friedensliebe führte der König an: Rußland habe ihn gedrängt in Sachsen einzurücken auf den bloßen Verdacht hin, daß der Kurfürst dieses Landes auf den polnischen Thron zu kommen suche, und er habe die größte Mühe gehabt, die Kaiserin hiervon abzubringen. Friedrich machte sich hier einer kleinen Unwahrheit schuldig; er stand allerdings im Begriff, eine solche Verpflichtung zu übernehmen, konnte letzteres aber nicht erzählen und theilte deshalb als Thatsache mit, was keine war. Er gewann hierdurch den Vortheil, daß er durch den Wiener Hof den sächsischen vor einem Unternehmen warnen ließ, welches demselben einen Einmarsch der Preußen ziehen konnte.

Gegen Abend besuchte man das Stadttheater. Der Herzog von Teschen fand dasselbe ziemlich schlecht, auch mit der italienischen komischen Oper, welche Friedrich aufführen ließ, war er unzufrieden, und

1) So erzählt der Kaiser im Journal bei Arneth, Maria Theresia und Joseph, I, 301. Wenn Arneth in seiner Geschichte Maria Theresias VIII, 181 den König sagen läßt: er denke jetzt besser, so bleibt das bien vor plus solidement zu Friedrichs Ungunsten weg. Bei Arneth fährt der König in seinen Selbstgeständnissen fort: er wisse, daß man ihn in Wien für falsch halte, und er sei es auch gewesen; er habe diese üble Meinung vollauf verdient, sei jedoch durch die Umstände hierzu gedrängt worden. Nach Josephs Bericht sagte der König bei einer anderen Gelegenheit: Vous me croies rempli de mauvaise foi, je le suis, je l'ai un peu mérité, les circonstances l'exigeoient, mais cela est changé. (Archiv für österreichische Geschichte, 47, 449.) Dunder sah nun ohne Zweifel richtig, daß es für suis heißen müßte sais. Leider hat Arneth das unbeachtet gelassen, anstatt nachzusehen, ob Dunder das Richtige vermuthet, und dann un peu mit vollauf übersetzt.

es erregte sein Erstaunen, als er sah, daß der König über die schalen Späße der Schauspieler herzlich lachte. Das Abendessen, wobei Friedrich nichts genoß, dauerte wieder sehr lange. Der König und der Kaiser führten abermals allein die Unterhaltung, die andern hörten zu, ausgenommen einige österreichische Generale, die gemächlich schliefen.

Am andern Morgen sah der Kaiser die preußische Reiterei und das preußische Fußvolk; nach der Musterung sprach der König „mit vieler Aufrichtigkeit“ über die Einzelheiten des Dienstes und die Offiziere; dann gab er dem Kaiser einen guten Rath. Indem er erzählte, daß ungarische Kaufleute griechischer Religion in Breslau ein Fest zu Ehren der russischen Siege gefeiert hätten, forderte er Joseph auf, diese Leute gut zu behandeln und Duldung zu üben, damit nicht ihre Hinneigung zu Rußland stärker würde und Unruhen ausbrächen. Friedrich hegte, wie erwähnt, bereits eine gewisse Furcht vor der anwachsenden Macht der Russen und suchte zu wiederholten Malen den Kaiser ebenfalls hierüber besorgt zu machen¹⁾.

Von der Neutralität, von der während des Winters viel die Rede gewesen war, fing der König zuerst an zu sprechen und zeigte sich bereitwillig, sie bei einem Kriege zwischen England und Frankreich zu beobachten. Damit er nicht etwa darüber eine förmliche Uebereinkunft abzuschließen vorschläge, brachte Joseph die vertraulichen Handschriften vor, und Friedrich ging ohne Zögern darauf ein. Am Abend des 26., ehe sie sich trennten, gab der Kaiser dem Könige von Preußen einen Entwurf, wie Kaunitz ihn aufgesetzt hatte. Der österreichische Staatskanzler wollte zweierlei Versprechungen austauschen. Die beiden Herrscher sollten einander geloben, den zwischen ihnen hergestellten Frieden, selbst wenn England und Frankreich die Waffen gegen einander kehrten, treulich zu halten und auch bei andern Kriegen die strengste Neutralität zu beobachten²⁾. So weit aber konnte der König nicht gehen, und als sie am andern Morgen zum Manöver ritten, sprach er sich darüber mit aller Offenheit aus. Er fand es wegen seines Bünd-

¹⁾ Arneth (8, 182) übertreibt „un peu“, wenn er schreibt, daß der König sich in dieser Beziehung die unglaublichste Mühe gegeben.

²⁾ Archiv 47, 465 Anm.

nisseß mit Rußland schwierig, in allen künftigen Kriegen Neutralität zu versprechen; er war bereit, es für jeden Krieg in Deutschland oder in Bezug auf ihre beiderseitigen Länder zu thun, aber er vermochte nicht dafür zu stehen, was die russische Kaiserin noch in Polen oder Schweden unternehmen könnte, und mußte deshalb dem Schreiben eine andere Wendung geben.

Joseph, der es sich seinen Verhaltungsbefehlen gemäß zur Vorschrift gemacht hatte, nicht den geringsten Grund zum Mißtrauen zu geben, war mit dem Vorschlage des Königs einverstanden, ja er wollte, wenn dieser etwa dadurch Ungelegenheiten haben könnte, von jedem Schreiben absehen. Indem sie dann im weiteren Verlaufe der Unterredung auf Stadtgespräche kamen, erdichtete Joseph eins, indem er äußerte: „Man hat gesagt, Sie wollten uns Schlesien für Danzig geben.“ Ja, antwortete Friedrich lachend, um König von Polen zu werden. Joseph spielte hier auf den Plan an, welchen der österreichische Staatskanzler beim Ausbruch des Türkenkrieges gefaßt hatte, Schlesien von Friedrich II., dem dafür Westpreußen und Kurland überlassen werden sollte, ganz oder zum größten Theile zurückzuerhalten. Diesen Plan, den Joseph zu Falle gebracht, kannte der König nicht, und wenn er, wie sein Gast zu bemerken glaubte, eine gewisse Verlegenheit zeigte, so konnte dies nur die Erinnerung an den Vorschlag bewirken, den er bald nachher (am 3. Februar 1769) in Petersburg hatte machen lassen und von welchem Joseph nichts wußte, daß Preußen, Rußland und Oestreich Theile von Polen an sich reißen sollten.

Vor dem Mittagessen steckte der König seinen Entwurf mit vieler Heimlichkeit dem Kaiser in die Hand, der schon im voraus seine Zufriedenheit bezeugte. Nach der Mahlzeit kam Friedrich wieder auf die Russen zu sprechen und sagte: ganz Europa wird sich erheben müssen, um diese Macht aufzuhalten. Er versicherte, Katharina werde mit den Türken ohne den Besitz von Asoff keinen Frieden schließen, dagegen in Polen nicht ganz auf ihrem Willen bestehen und später einen schwedischen Krieg beginnen. Aber je offener Friedrich war, desto ruhiger stellte sich Joseph, und endlich sprach er: Sire, im Fall eines allgemeinen Brandes sind Sie unsere Vorhut, folglich können wir unbesorgt schlafen; von

Oestreich sicher, werden Sie mit den Russen machen, was Sie wollen.“ Der König leugnete das und bekannte freimüthig, daß er sie fürchte; das Bündniß mit ihnen sei ihm nothwendig, aber außerordentlich lästig; er bezahle jährlich 500,000 Thaler anstatt der im Vertrage festgesetzten Truppen, und er sei dahin nur gelangt, indem er die Russen habe wissen lassen, daß sie sonst weder Geld noch Soldaten von ihm erhalten würden, wenn Oestreich ihn angriffe und er sich vertheidigen müßte. Der König fuhr mit derselben Offenheit zu erzählen fort, wie er der Kaiserin gerathen sich nicht in die schwedischen Angelegenheiten zu mischen, die das Geld nicht werth wären, welches sie kosteten.

Nachdem die beiden Herrscher noch überein gekommen waren, daß sie die vertraulichen Handschreiben aufsetzen wollten, trennten sie sich, und Joseph empfing hierauf den Besuch des Prinzen Heinrich und des Prinzen von Preußen. Von jenem, zu dem er sich alsdann begab, berichtet er, daß derselbe bei jeder Gelegenheit Unzufriedenheit gegen die Person des Königs an den Tag legte und sich dagegen eng an den Thronfolger anschloß. Ueber letzteren scheint viel gesprochen worden zu sein; sein Schicksal mußte ja auch dem österreichischen Staatskanzler am Herzen liegen. Die Verhältnisse hatten sich freilich sehr geändert, seitdem Kaunitz den Gedanken verfolgte, durch Theilnahme an der Regelung der preussischen Erbfolge Nutzen zu ziehen; denn der Prinz von Preußen war am 26. April von seiner Gemahlin geschieden und am 19. Juli wieder verheirathet worden, und die Prinzessin Ferdinand befand sich in gesegneten Umständen.

Dagegen auf eine andere Erbfolge kam Joseph zu sprechen, und er erfuhr, daß die fränkischen Markgraffschaften nach dem Aussterben der Ansbach'schen Linie an Preußen fallen sollten. Der Prinz Heinrich war hiermit keineswegs einverstanden, und er beging nicht nur die Unschicklichkeit sein Mißfallen dem fremden Herrscher zu zeigen, sondern er versicherte sogar, daß der Prinz von Preußen ganz anders hierüber dächte und mit ihm einer Meinung wäre. Von einer dritten Erbfolge, der bairischen, war weder hier die Rede, noch ging der König darauf ein, als Joseph das Gespräch darauf lenkte.

Diese Besuche, die der Kaiser empfangen und abgestattet, benutzte

er, als ihm Friedrich Abends im Theater sein Schreiben übergab, als Entschuldigung, daß er im Augenblick außer Stande wäre das Gleiche zu thun, und er zierte sich deshalb den Brief des Königs anzunehmen; doch nöthigte dieser ihn dazu. Joseph war nicht ohne Mißtrauen, daß Friedrich II. von der Fassung, über welche sie sich verständigt hatten, abweichen könnte. Nach dem Gasthose zurückgekehrt, schrieb er seinerseits in denselben Ausdrücken, wie Friedrich, und machte sich am andern Morgen bei der Musterung das wohlfeile Vergnügen, den König noch etwas warten zu lassen. Dieser empfing den Brief in größter Heimslichkeit, nahm eine Prise Tabak und griff hierauf zum Schnupftuch, um ihn ganz unbemerkt in die Tasche zu stecken; eben so verstohlen las er ihn und bezeugte dann dem Kaiser seine Zufriedenheit, den er seinerseits dadurch bestrafte, daß er den ersten Entwurf desselben nicht zurückgab, indem er zur Entschuldigung anführte, daß er ihn zu Hause hätte liegen lassen.

In dem Schreiben vom 27. versprach Friedrich, selbst in dem Falle, daß das Kriegsfeuer zwischen England und den Häusern Bourbon wieder aufloderte, den mit dem Wiener Hofe geschlossenen Frieden getreulich zu halten und die genaueste Neutralität in Bezug auf die gegenwärtigen österreichischen Besitzungen zu beobachten, auch wenn ein anderer Krieg ausbräche, dessen Veranlassung man unmöglich voraussehen könnte. Joseph leistete dasselbe Versprechen. Durch diese Fassung wurde Friedrich nicht verhindert, eintretenden Falles Neuvorpommern oder Sachsen anzugreifen oder in Polen die Oestreicher zu bekämpfen, wenn diese daselbst einrücken sollten.

Gegen zehn Uhr am 28. waren die kriegerischen Uebungen beendet. Das Urtheil der Oestreicher lautete dahin, daß ihre Truppen, wenn sie auch die preussischen nicht überträfen, ihnen doch wenigstens gleichkämen. Die Offiziere des Königs stellten Joseph und der Prinz Albert über die des eigenen Heeres. Später hat Rohd aus Wien berichtet: in Bezug auf das Fußvolk glaube man, daß es keinem andern nachstehe, dagegen arbeite man an einem neuen Reglement für die Reiterei ¹⁾.

¹⁾ 18. Oktober (Berlin. Archiv).

Der Kaiser und seine Begleiter verabschiedeten sich nun, indem beide Theile noch einmal die besten Freundschaftsversicherungen austauschten. Am 29. August gegen Mittag kam Joseph nach Königgrätz; hier traf ihn ein Eilbote seiner Mutter, mit welchem er ihr die ersten Nachrichten über seine Reise schickte, nämlich einen Brief und ein Tagebuch; er versprach in kurzer Zeit auch noch die Antworten zu senden, welche Friedrich auf seine Fragen gegeben. In dem Briefe schreibt er, daß er zweifelhaft sei, ob es ihm mehr Vergnügen gemacht habe, nach Reise zu gehen oder von dort abzureisen; die langen Unterhaltungen seien schrecklich gewesen. Am Ende des Tagebuches nennt er Friedrich ein Objekt, merkwürdig genug, daß man es einmal sich anseht, aber Gott bewahre vor einem zweiten Male. Das Schlimmste sagt aber Joseph gleich zuerst in dem Briefe. „Der König,“ schreibt er, „hat uns mit Höflichkeit und Freundschaft überhäuft. Er ist ein Genie und ein Mensch, der wunderschön spricht; aber er thut keine Aeußerung, die nicht den Schelm ¹⁾ verräth. Ich glaube, daß er den Frieden wünscht, aber nicht gern, sondern weil er sieht, daß er schwerlich mit Vortheil würde Krieg führen können.“

Sollen die letzten Worte jenes überaus harte Urtheil begründen? Das wird kein Mensch nachweisen können. Ja, wenn wir alles, was Joseph über die Zusammenkunft berichtet hat, sorgfältig lesen und wiederlesen, so muß unsere Verwunderung steigen. Die Notizen, welche Joseph seiner Instruktion hinzugefügt hat, schließen mit folgender Zusammenfassung: „Bei allen diesen Unterhaltungen und auch bei andern bezeugte der König die größte Freundschaft und Aufrichtigkeit. . . . Er erlaubte mir, ihn dreist über alles zu fragen, und die Antworten waren immer sehr offenherzig, ohne Verlegenheit, viele Komplimente, von deren Aufrichtigkeit ich mich aber nicht habe überzeugen können, endlich vom Handwerk und den innern Einrichtungen der Staaten sprach er ganz ausführlich und mit allem möglichen Geist. Er gab mir wahrscheinlich sehr gute Rathschläge und nahm sich vor, mich in

¹⁾ Fourbe. Ranke schwächt in einer doch wohl unerlaubten Weise den Sinn ab, wenn er übersetzt: jedem Wort, das er sagt, liegt irgend eine Absicht zu Grunde.

allen diesen Stücken zu unterweisen. Ich sah, daß er mir die Wahrheit sagte; hier und da mischte er Gelehrsamkeit ein, womit er sich brüstet."

Auch in einem zweiten Briefe, den Joseph erst am 25. September an seine Mutter gerichtet hat, finden wir keinen Tadel. „Es ist sehr schwer," schreibt er, „über die drei Tage, die ich in Reife zugebracht, und über die verschiedenen Gespräche, die dort gehalten worden sind, Ew. Maj. einen genauen Bericht abzustatten. . . . Ich kann mit den Zeichen von Aufmerksamkeit und Freundschaft, mit denen mich der König überhäuft hat, nur zufrieden sein. Es hat mir sogar bei mehreren Gelegenheiten geschienen, daß er sehr aufrichtig spräche, und besonders bei den Unterredungen, welche die Vergangenheit betrafen, hat er alle denkbare Freimüthigkeit gezeigt." In der That, wenn wir dieses lesen, sind wir bei weitem mehr geneigt, den Ankläger für einen dreisten Verleumder zu halten als den Angeklagten für einen Schelm. Wir können jetzt aber noch hinzufügen, daß der König auch über die Angelegenheiten der Gegenwart mit einer merkwürdigen Offenheit sich geäußert hat.

Es ist die Ansicht ausgesprochen worden, Joseph habe seiner Mutter wegen den Ausdruck geschärft. Obwohl sich dieser Grund hören läßt, erklärt er die Sache doch nicht ganz. Für Maria Theresia lag Erfreulichs genug in den bereits angeführten Stellen aus dem Schlusse des Briefes und des Tagebuchs. Erinnern wir uns dagegen an den ebenfalls unerwarteten Ausfall, welchen Joseph 1766 am Abende vor seiner Abreise von Dresden gegen Friedrich gemacht hat, zu einer Zeit, wo er noch hoffte, mit dem großen König am andern Tage zusammenzukommen. Was bei dieser Gelegenheit in vielen Sätzen ausgesprochen worden war, hat Joseph in Königgrätz in ein Wort zusammengedrängt, und zwar keineswegs, als ob sich Friedrich, „dieses einmal recht sehenswerthe Objekt", während der Zusammenkunft die Bezeichnung verdient hätte, sondern es sprach sich darin der durch alle Freundlichkeiten nicht zu tilgende Haß aus, welchen der Sohn der Maria Theresia gegen den Eroberer Schlesiens und gegen den Herrscher fühlte, dessen Machtstellung jede Stärkung der kaiserlichen Gewalt verhindern konnte.

Die verrufenen Worte fanden übrigens bei dem Staatskanzler Billigung; eben im Hinblick auf sie schrieb er an seine Gebieterin: Der Kaiser scheine sehr gut über den Charakter und die Absichten des Königs geurtheilt zu haben. Mit Vergnügen erfuhr Kaunitz die Unzufriedenheit des Prinzen Heinrich in Bezug auf den künftigen Anfall der fränkischen Markgraffschaften, den er nach dem gewöhnlichen Laufe des menschlichen Lebens während der Regierung des gegenwärtigen Königs nicht mehr erwarten zu dürfen meinte. Was Friedrich in Bezug auf die Engländer, Schweden und Russen gesagt hatte, glaubte Kaunitz nicht. Er maß die Unzufriedenheit mit den ersten dem Umstande bei, daß sie zu friedfertig wären; er las aus den Aeußerungen über die Schweden die Absicht heraus, über das Schicksal dieser Macht einzuschläfern, und er glaubte nicht an Friedrichs Furcht vor den Russen, sondern währte, daß der König bloß darauf ausginge, die Kluft zwischen den Höfen von Wien und Petersburg zu erweitern. Endlich war Kaunitz böse, daß Friedrich nur die eine von den beiden vorgeschlagenen Verpflichtungen uneingeschränkt angenommen und es dadurch abgelehnt hätte, die Ruhe von Deutschland zu gewährleisten. Die Handschreiben, meinte Kaunitz, änderten gar nichts an dem Stande der Dinge.

Merkwürdig. Der König war doch nicht dieser Ansicht; er glaubte vielmehr, daß er einen Neutralitätsvertrag für Deutschland im Fall eines Krieges zwischen England und Frankreich eingegangen wäre und die Verpflichtung übernommen hätte, die österreichischen Besitzungen nicht anzugreifen, wenn irgend welche Wirren anderswo die beiden Mächte fortrissen, das heißt, wenn sie etwa in Polen einander feindlich gegenübertraten sollten. Friedrich erklärte den Kaiser für einen sehr liebenswürdigen und aufrichtigen Prinzen, und er war beinahe moralisch überzeugt, daß ihm derselbe nichts Böses wünschte. Jedoch eine Bürgschaft für die Zukunft wollte der alte und erfahrene Herrscher nicht übernehmen; „denn die Politik,“ schrieb er an Finckenstein, „zieht oft die Fürsten in Verpflichtungen und Maßregeln, welche dieselben zwingen, wider ihre Neigung zu handeln¹⁾.“ Der Kaiserin von

¹⁾ Bei Ranke 31/32 p. 458.

Rußland beschrieb Friedrich seinen abgereiften Gast noch als einen von Ehrgeiz verzehrten Mann, der mit großen Absichten umginge und, noch zurückgehalten durch seine Mutter, dieses Joch ungeduldig trüge, gewiß aber, sobald er die Arme frei bewegen könnte, mit einem bedeutenden Unternehmen hervortreten würde, ob gegen Venedig oder Baiern, Schlesien, Lothringen, daß wollte Friedrich nicht sagen; er glaubte dagegen mit Sicherheit behaupten zu können, daß Europa in Flammen stehen würde, wenn Joseph Herr geworden.

XVIII.

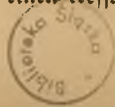
Verwaltungs-Bestimmungen und Einrichtungen in Schlesien im vorigen Jahrhunderte.

Ein Vortrag gehalten im Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens.

Von H. Delrichs, Oberregierungsrath.

Zur richtigen Würdigung unserer jetzigen Zustände ist ein Rückblick in die Vergangenheit unentbehrlich; nur durch eine Vergleichung der Vergangenheit mit der Jetztzeit werden uns diejenigen Fortschritte und diejenigen Aenderungen der Anschauungen und Auffassungen erkennbar, welche unsere gesammten socialen Verhältnisse seitdem umgestaltet haben. Die Zeit, mit deren Zuständen wir uns jetzt beschäftigen wollen, liegt gar nicht so fern, kaum ein Jahrhundert hinter uns, im Verhältnisse zu dem einzelnen Menschenleben zwar ein sehr geraumer, für die Weltgeschichte nur ein geringfügiger Zeitpunkt, und doch, wie bedeutend haben sich seitdem die Auffassungen und Ansichten über die gesammten staatswirthschaftlichen und socialen Verhältnisse geändert!

Am Ende des vorigen Jahrhunderts war der Gedanke aufgetaucht ein sogenanntes Kameralgesetzbuch für Schlesien auszuarbeiten; das heißt ein Gesetzbuch, welches alle diejenigen damals gültigen Verwaltungsbestimmungen und Polizeiverordnungen zusammen fassen sollte, die für die Behörden und das Publikum von Interesse sein konnten. Zur Ausführung dieses Plans ist es nicht gekommen; indeß die zu diesem Gesetzbuche gesammelten Materialien geben uns einen trefflichen Ueber-



blick über die Zustände, wie sie damals waren und über die Grundsätze und Anschauungen, wie solche damals bei der Staatsverwaltung als die allein heilsamen anerkannt wurden. Aus diesen Materialien lassen Sie uns eine kleine Auslese halten.

Friedrich der Große ging sofort nach der Besitznahme Schlesiens mit dem Feuereifer, der Umsicht und dem ernstesten und festen Willen, der ihn nicht nur als Feldherrn sondern auch in seiner Friedenthätigkeit, selbst in seinen späteren Jahren, auszeichnete und den er namentlich auch bei der Organisation Westpreußens bekundet hat, daran, die Einrichtung der Staatsverwaltung nach dem Muster der anderen Provinzen umzugestalten, und die nach den Ansichten der damaligen Zeit für erforderlich gehaltenen Maßregeln zu treffen, um den ziemlich traurigen wirthschaftlichen Zustand des neu erworbenen Landes zu heben. An die Spitze Schlesiens, welches einen ganz abgeschlossenen Theil des preussischen Staates bildete, stellte er als obersten Verwaltungschef einen Provinzial-Minister, welcher unabhängig von dem General-Kriegs- und Domainen-Direktorium in Berlin in unmittelbarer Verbindung mit dem Könige stand; unter ihm wirkten als oberste Verwaltungsbehörden die Kriegs- und Domainenkammern zu Breslau mit 32 und zu Glogau mit 16 landrätthlichen Kreisen. Für die Rechtspflege wurden die Oberamts-Regierungen zu Breslau und Glogau eingerichtet, welcher im Jahre 1744 noch eine zu Oppeln, später im Jahre 1756 nach Brieg verlegt, hinzutrat. Alle drei haben späterhin unter einem besonderen Justiz-Minister als Chef gestanden.

Unter der Kriegs- und Domainenkammer standen an der Spitze der Kreise die Landräthe. Schlessen und die Grafschaft Glatz waren in 48 Kreise getheilt; im Jahre 1797 wurden die in dem Krakau'schen Districte gelegenen Kreise der Provinz Schlessen unter der Benennung „Neu Schlessen“ einverleibt und gab es seitdem 50 Kreise. Die Landräthe wurden, wie bis zur neuesten Zeit, von den Eigenthümern der Rittergüter in Vorschlag gebracht und vom Könige bestätigt, mit Ausnahme von Ober- und Neu-Schlessen und der Grafschaft Glatz, wo die Landräthe unmittelbar vom Könige ernannt wurden. Dieselben mußten 35 Jahre alt sein und sollten vorzugsweise aus gut gedienten

Offizieren gewählt werden; ihr Gehalt war gering: es betrug nur 300 Thl., man sah diese Stellung mehr als einen Ehrenposten an. Zu ihrem Geschäftsbereiche gehörten alle Angelegenheiten, welche in oberer Instanz den Rammern zugewiesen waren, namentlich alle Angelegenheiten der Landespolizei; sie sollten aber auch darauf sehn, daß die Kreisstände und Unterthanen in keiner anderen Absicht, als wozu sie durch die höhere Behörde ermächtigt waren, schriftlich oder persönlich zusammentreten, berathschlagen, oder etwas über einen öffentlichen, ihre besonderen Befugnisse überschreitenden Gegenstand erlassen. Zur Seite des Landraths standen die Kreis-Deputirten, welche als in Eid und Pflicht stehende Beamten angesehen und von den Kreisständen gewählt wurden. Sie hatten den Landrathen beizustehn und sie zu vertreten, namentlich auch die Revision der Rechnungen zu bewirken. Zu den sonstigen höheren Kreisbeamten gehörten der Kreis-Physikus und der Kreissteuer-Einnehmer, nebst dem Kassen-Controleur, welcher nicht nur die Steuern zu erheben und zu vereinnahmen, sondern überhaupt dem Landrathe bei allen Kreisgeschäften zu assistiren, selbst seine Registratur in Ordnung zu halten hatten. Die eigentlich executiven Beamten waren die Kreisdragoner, welche die landrathlichen Befehle zu verbreiten und deren Ausführung zu controliren hatten. Sie bezogen Gehalt und Executionsgebühren; da der Gehalt aber äußerst gering war, so lebten sie wohl meistens auf Kosten der Bauern.

Die Städte standen unter der oberen staatlichen Aufsicht der Kammer; in unterer Instanz unter dem Steuerrathe; zu diesem Behufe waren besondere steuerrathliche Kreise gebildet. Nur Breslau war keinem Steuerrathe untergeben, sondern stand unmittelbar unter der Kammer. Die Bürgermeister wurden nicht von der Bürgerschaft erwählt, sondern von dem Staate ernannt. Die Steuerräthe hatten die ganze städtische Verwaltung zu controliren und in erster Instanz alle Beschwerden zu entscheiden, welche zunächst bei ihnen angebracht werden mußten. Bei allen Verpachtungen von Kammerei-Pertinenzien unter 100 Thl. konnten die Steuerräthe die Genehmigung ertheilen, bei größeren nur die Kammer.

Schlesien wurde als ein ganz in sich abgeschlossenes Gebiet betrachtet;

es ist in verschiedenen Verordnungen öfters erwähnt, daß unter Ausland jede andere Provinz außerhalb Schlesiens zu verstehen sei, und so waren die Grenzen zwischen Schlesien und den anderen Provinzen enger und strenger verschlossen, als es jetzt zwischen Preußen und Rußland oder Oesterreich der Fall ist. Der staatswirthschaftliche Grundsatz, daß es Jedem gestattet sein müsse, sein Fortkommen an demjenigen Orte und in demjenigen Geschäftszweige zu suchen, wo er solches am ehesten zu finden hoffen könne, war damals noch nicht zur Geltung gekommen, vielmehr war Jeder mehr oder weniger an denjenigen Ort und denjenigen Stand gebunden, welchem er seiner Geburt nach angehörte. Nicht einmal das Reisen wurde ohne Weiteres gestattet. Selbst Personen des Adels war es nicht erlaubt, ohne besondere Genehmigung der Kammer außerhalb des Landes d. h. außerhalb Schlesiens zu reisen, ausgenommen in Vermögensangelegenheiten, wenn sie beispielsweise auch auswärtig angeessen waren. Personen bürgerlichen Standes waren zwar auswärtige Reisen in Handels- und Geschäfts-Angelegenheiten erlaubt, aber zu Reisen ohne bestimmten Zweck, nur zum Vergnügen und um fremde Bäder zu besuchen, war besondere Concession des Finanz-Ministers erforderlich; ebenso wenig durften Kinder in auswärtige Erziehungsanstalten gebracht werden; ja es durfte selbst keine Person weiblichen Geschlechtes außerhalb Landes sich ohne Genehmigung der Behörden verheirathen. Kein Schlesier durfte ohne Genehmigung auswärtige Universitäten besuchen; den Adligen war dieß bei Strafe der Confiscation ihres Vermögens, den Bürgerlichen bei Ausschließung von jeder Beförderung verboten; noch weniger durfte ein Schlesier außerhalb Landes, d. h. außerhalb Schlesiens, ohne besondere Erlaubniß Grundstücke erwerben. Auch das Wallfahrten nach auswärtigen Gnadenbildern war den Katholiken verboten, da es ja Jedem freistehe, sein Gelübde auch bei einem inländischen Gnadenbilde zu leisten. Es war hiernach wohl nicht unbegründet, wenn der englische Gesandte Sir Charles Wambury Williams im Jahre 1750 über den Preussischen Hof schrieb: „Das ganze Preussische Gebiet ist ein Gefängniß in buchstäblichem Sinne des Wortes: Niemand darf es verlassen, ohne daß der König darum weiß. Der Grund zu diesen Be-

Schränkungen lag in dem damals angenommenen staatswirthschaftlichen Grundsätze, daß das Geld nicht außerhalb Landes gebracht werden dürfe; dann aber sollten auch die Unterthanen in ihrem eigenen Interesse vor unnöthigen Ausgaben bewahrt bleiben. Auch wollte man vermeiden, daß die Unterthanen durch die Kenntniß fremder und vielleicht besserer Zustände zur Unzufriedenheit mit den heimischen Zuständen und zur Neuerungsucht verleitet werden könnten. Man betrachtete es als eine Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß sich Jeder in allen seinen Lebensverhältnissen wohl und zufrieden fühle! Uebrigens war es keineswegs leicht, die Erlaubniß zu Reisen in das Ausland zu erhalten; es wurde dabei namentlich auch darauf gesehen, ob man von der betreffenden Person erwarten konnte, daß dieselbe auch wirklichen Nutzen von der Reise haben werde, auch wurde demnächst nach der Rückkehr beobachtet, ob und welchen Erfolg die Reise gehabt hatte. So erzählt man, daß ein junger Baron, welcher in Paris nur die Spieltische und Kaffeehäuser kennen gelernt, als er sich nach seiner Rückkehr bei dem Könige um einen Posten bewarb, statt jeder anderen Antwort nur einen Carreau-Buben in einem Couvert zugeschickt erhielt.

Mit dieser Beschränkung der persönlichen Freiheit war auch eine Beschränkung in der Disposition über das Vermögen verbunden. Wer sein Vermögen außerhalb Landes senden wollte, mußte einen Abschoss entrichten, entweder dem Landesherrn oder dem Grundherrschaft; dem Ersteren gebührte derselbe von den einer fremden Jurisdiction, aber nicht der Erbunterthänigkeit unterworfenen Personen, dem Grundherrschaft dagegen von den Erbunterthanen; der Abschoss betrug 10 Proc. vom Vermögen und 2 Ducaten von der Person. Einem Schlesier, welcher ohne Erlaubniß auswanderte, durfte sein Vermögen überhaupt nicht, auch nicht gegen Entrichtung des Abschosses, ausgehändigt werden; es fiel vielmehr der schlesischen Zuchthauskasse anheim.

In steuerlicher Beziehung war Schlessien von den anderen Provinzen streng abgeschlossen; die Waaren, welche über die Grenzen der Provinz in eine andere Provinz gebracht wurden, mußten verzollt werden, ja selbst zum Schutze des Handels und der Industrie nach damaligen Ansichten wurde die Absperrung so weit getrieben, daß manche Rohpro-

ducte Schlesiens nicht ausgeführt, und andere Fabrikate wiederum nicht eingeführt werden durften. So war es absolut verboten, Wolle auszuführen bei Strafe der Confiscation der Wolle, Wagen und Pferde, und mehrjähriger Zuchthausstrafe; ebenso war die Ausfuhr von Leinengarn als Landesverrath nicht gestattet. Andrerseits durften Lederwaaren nicht eingeführt werden, ebensowenig westphälische Luche.

Wie Schlessen den anderen Provinzen des preussischen Staates gegenüber, so war wiederum in Schlessen selbst Stadt und Land streng von einander abgeschlossen. Die Städte waren meistens mit Mauern und Wällen umgeben und wurden die Thore am Tage von Thorwächtern streng beaufsichtigt, zur Nachtzeit aber ganz verschlossen gehalten. Jeder, der nach einer bestimmten Stunde einpassiren wollte, mußte ein Thorgeld bezahlen. Von fast allen eingebrachten Waaren wurde ein Zoll, Accise, erhoben.

Nicht minder standen sich die verschiedenen Stände, Adelsstand, Bürger- und Bauernstand streng abgeschlossen gegenüber. Nur der Adel war berechtigt Domänen zu besitzen; Handel und Gewerbe waren ihm untersagt; aus dem Adelsstande gingen vorzugsweise die Offiziere und höheren Beamten hervor.

Die Bürger in den Städten waren persönlich frei; als ihre Aufgabe wurde es betrachtet, Handel und Gewerbe zu betreiben, da auf dem platten Lande nur der Betrieb der eigentlich landwirthschaftlichen Gewerbe gestattet wurde; nur solche Handwerke, welche in unmittelbarer Verbindung mit der Landwirthschaft standen und von denselben nicht wohl entbehrt werden konnten, wie Maurer, Zimmerleute, Schmiede und Weber durften sich auf dem Lande niederlassen, aber auch nur in beschränkter Zahl, alle anderen Handwerke und Fabriken waren in die Städte verwiesen; die Bauern sollten aus den Städten ihre Bedürfnisse entnehmen.

Der Betrieb der Handwerke war wieder durch das Zunftwesen enge begrenzt. Die Zunft-Artikel konnten nur durch den Landesherrn ertheilt werden; indeß wurden auch die durch die früheren Pöastischen Fürsten ertheilten Privilegien als gültig anerkannt; es enthielten dieselben ganz genaue Vorschriften über die Art und den Umfang des

Handwerkbetriebes. Wehe dem Kunstmeister, der einen Gegenstand fertigte, welcher nicht genau in die Grenzen des Handwerks fiel. Namentlich in Breslau wurde der Handwerkszwang weiter getrieben, als anderswo; so war es beispielsweise demjenigen, welcher wollene Socken oder Filzschuhe anfertigte, nicht erlaubt Sohlen von Leder darauf zu setzen, ebenso wenig, wie es dem Schuhmacher gestattet war, wollene Pantoffeln mit lederen Sohlen zu verkaufen. Auch bestand dort eine besondere Malerzunft, so daß auch diejenigen, welche die Malerei als Kunst betrieben, derselben beitreten mußten. Das Meisterstück der Maler bestand meistens in einer Kreuzigung mit einer bestimmt vorgeschriebenen Anzahl Figuren. Erbhunterthänige durften nicht ohne Erlaubniß des Grundherrn in die Zünfte aufgenommen werden; auch wurde Kenntniß des Lesens und Schreibens erfordert. Zur Aufnahme der Juden in die Lehre und die Innungen wurden die christlichen Handwerker ermuntert, ohne daß hierbei ein Zwang stattfand; wohl aber erhielt jeder Meister, welcher einen Judenjungen ausbildete, eine Prämie. Das Wandern der Gesellen war in sofern beschränkt, als dieselben nicht außerhalb des preussischen Staates wandern durften; auch sollten sie wenigstens alle Vierteljahre den Eltern oder Verwandten Nachricht von ihrem Aufenthalte zukommen lassen.

Andererseits suchte man durch strenge Strafen dem Schwindel und dem unreellen Treiben der Gewerbetreibenden entgegenzutreten. Die Weber, welche den Bestimmungen über die Anfertigung und demnächstige Schau und Stempelung der Waaren nicht nachkamen, sollten 2—3 Sonntage hinter einander jedesmal 1—2 Stunden am Halßeisen bei der Kirche zur Strafe ausgestellt werden. Unehnte Druckwaaren durften nur auf Bestellung gefertigt und mußten ausdrücklich als unecht bezeichnet werden; bei 100 Thl. Strafe war verboten, andere als inländische wollene Zeuge und Leinwand zur Bekleidung zu verwenden.

Wunderbaren Beschränkungen unterlag unter Anderem der Butterhandel; man unterschied den Butterhandel innerhalb der Provinz und außerhalb Schlesiens mit den anderen Provinzen; der erstere war ausschließlich besonders angestellten städtischen Hökern und Victualienhändlern vorbehalten, außerhalb nicht diesen, sondern nur besonders concessio-

Butterhändlern, welche keine Juden sein durften, gestattet. Sie mußten die Butter lediglich auf den städtischen Märkten aufkaufen und demnächst bei jeder Versendung einen besonderen Regierungs-Paß zur Ausfuhr lösen; sie durften dann aber auch die Butter an Niemand in Schlesien verkaufen, sondern dieselbe nur auswärts versenden.

Um das Publikum mit möglichst wohlfeilen Lebensmitteln zu versorgen, andererseits den mit der Zubereitung der Lebensmittel Beschäftigten einen billigen Lohn zu verschaffen, hielt man die amtliche Festsetzung von Taxen für erforderlich. Diese erstreckten sich auf Brod, Semmel, Fleisch, Bier, Licht und Seife und wurde für Brod in der Regel monatlich nach den Getreidepreisen, für Bier, Licht und Seife in der Regel alle 6 Monate festgesetzt.

Bedauernswerth war die Lage der Bauern, die, soweit sie der Gutsherrschaft unterthänig waren, ganz in dem Verhältnisse des Sklaven zum Herrn standen; sie wurden als die *misera plebs contribuens* angesehen, als ob sie nur dazu da wären Steuern zu zahlen, dem Gutsherrn zu frohnden und der Armee die Soldaten zu liefern; im Uebrigen standen sie ganz unter dem Drucke des Gutsherrn und waren mit gutsherrlichen und öffentlichen Diensten überlastet. Zunächst mußten sie den Acker des Gutsherrn bestellen, ehe sie an ihre eigene Wirthschaft denken konnten, und mußten zu diesen Behufe den größten Theil der Woche dem Gutsherrn arbeiten und frohnden. Dabei standen sie in der drückendsten persönlichen Abhängigkeit: 15 Peitschenhiebe konnten nicht nur der Gutsherr sondern auch seine Beamten verhängen, wobei nicht einmal gesagt ist, wie oft hinter einander dies geschehn durfte; höhere Strafen verordnete der Gerichtshalter. In einem Urbarium eines oberschlesischen Gutes heißt es sogar: In Mangel von Pferden müssen die Hofgärtner, wenn die Herrschaft es verlangt, sich zu Zweien vor den Pflug spannen und den Acker der Herrschaft bestellen. Selbst die im Jahre 1804 erlassene Dorfspolizeiordnung, deren Absicht es war, eine gute polizeiliche Ordnung in den Dörfern einzuführen, wimmelt noch von Androhungen von Karrenstrafe, Halseisen und Zucht-hausstrafe. Wer bei einem vom Schulzen angesagten Gebote zuerst irgend eine Sache berührt, die einem Widerspruche gegen die landes-

herrlichen und herrschaftlichen Befehle ähnlich sieht, wird sogleich ergriffen und bestraft. Ein Jeder muß sich der von dem Schulzen ihm zuerkannten Strafe ohne Widerrede bei Vermeidung doppelter Bestrafung unterwerfen. — Diese Dorfspolizeiordnung sollte der versammelten Gemeinde jährlich mindestens einmal an einem Sonntage Nachmittage vorgelesen und sollte mit darauf gesehen werden, daß jedes Glied der Gemeinde mit Aufmerksamkeit darauf merke.

Andrerseits ist es anzuerkennen, daß der König gleich nach der Besitznahme Schlesiens gerade dem Bauernstande seine Aufmerksamkeit widmete und Alles that, um die landwirthschaftliche Cultur dieses eines solchen damals so sehr bedürftigen Landes zu heben. Unter der früheren Herrschaft waren in Folge der Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges viele bäuerliche Stellen von den Gutsherrn eingezogen und die früheren Besitzer zum Theil in das Ausland gewandert. Es wurde daher sofort verordnet, daß alle diese sogenannten wüsten Stellen hergestellt, mit den dazu gehörigen Grundstücken, Gebäuden, Geräthen versehen und wieder an Bauern ausgethan werden sollten. Den Grundherrschaften gefiel dieß Anfangs nicht, da sie einen großen Theil der Vorwerksländereien wieder hergeben mußten; aber der Erfolg war ein günstiger. Ebenso wurde die Colonisation oder Flächen von dem Könige eifrig betrieben, so daß einige Jahre nach dem siebenjährigen Kriege bereits 250 neue Dörfer in Schlesien entstanden waren. Sodann wurden Landwirths nach England und in andere Länder geschickt, um sich von den dortigen landwirthschaftlichen Zuständen zu unterrichten und dann in dem Vaterlande auf die Verbreitung besserer Kenntnisse hinzuwirken. Durch Prämien und sonstige Aufmunterungen suchte man die Landwirths geneigt zu machen auf die neueren Erfahrungen einzugehn. Durch das Vorstuths-Reglement vom 20. December 1746 suchte man die bessere Entwässerung der Ländereien zu fördern; durch die Verordnung vom 12. August 1766 wurde die Auseinandersehung der Gemeinheiten angebahnt; am Ende des Jahrhunderts wurde auch mit der Aufhebung der bäuerlichen Schaarwerksdienste begonnen. Indeß scheute man sich, mit der Aufhebung der Gemeinheiten und Separationen zwangsweise vorzugehen, wie es nach der späteren Gesetzgebung

geschehn ist, weil man darin einen zu großen Eingriff in die Eigenthumsrechte erblickte, man erkannte aber vollständig die Wichtigkeit dieser Maßregel an und suchte daher durch obige Verordnung, als deren Verfasser der bekannte schlesische Justiz-Minister v. Carmer genannt wird, derselben Eingang zu verschaffen.

Eine der ersten Maßregeln zur Hebung des Bauernstandes war auch die Beschränkung der zahlreichen katholischen Feiertage, welche in den katholischen Gegenden einen solchen Umfang erreicht hatten, so daß nur wenig Zeit zur Arbeit übrig blieb. Man betete viel und arbeitete wenig. Auf Verlangen des Königs erließ daher Papst Benedikt XIV. für Schlesien eine besondere Bulle vom 28. Januar 1754, in welcher bestimmt wurde, daß an den dispensirten Feiertagen nur einige Stunden der Andacht, der Rest des Tages aber der Arbeit gewidmet sein sollte; es sollte um 8 Uhr Morgens die Andacht beendigt und der Rest des Tages für die Arbeit bestimmt sein, und zwar zum Besten der Unterthanen, nicht der Gutsherrn. Aber wie dies zu geschehn pflegt, wenn der eigene Trieb zur Arbeit fehlt, half dies wenig; die Leute hörten zwar um 8 Uhr Morgens auf zu beten, vertrieben die übrige Zeit aber im Wirthshause, oder mit Schlafen. Die Pfarrer selbst unterstützten die Absichten der Regierung nicht und mußten erst durch verschiedene Verordnungen aufgefordert werden, selbst mit gutem Beispiele voranzugehn und bei sich arbeiten zu lassen.

Durch besondere Verordnungen suchte man den Kartoffelbau zu verbreiten; jeder Bauer sollte mindestens $\frac{1}{2}$ Scheffel, jeder Gärtner 4 Meßen jährlich auslegen, und das Gefinde sollte bestraft werden, wenn es sich weigerte Kartoffeln zu essen. Ebenso war die Beförderung der Baumpflanzungen ein Gegenstand der besonderen Fürsorge der Regierung. Durch eine Verordnung vom 25. Januar 1766 wurde den Landrätthen aufgegeben, besondere Planteurs für ihre Kreise anzustellen, deren Gehalt dahin festgesetzt wurde, daß jeder Bauer dazu 4 gr., jeder Gärtner $\frac{1}{2}$ gr., jeder Häusler $\frac{1}{4}$ gr. zahlen sollte. Diese Planteurs hatten die Obstbäume zu pflropfen und zu oculiren, überhaupt die nöthige Unterweisung in der Cultur und Behandlung der Obstbäume zu ertheilen. Auch sollten in den anzulegenden Baum-

schulen dem Bauer 1 Beet, dem Gärtner $\frac{1}{2}$ Beet angewiesen werden, um dort wilde Bäume zu pflanzen. Zur Förderung der Obstbaumzucht in Oberschlesien wurden den dortigen tüchtigen Bauern, die sich hierüber durch Atteste ausweisen konnten, junge Obstbäume aus den Aemtern Brieg-Oppeln-Proßkau unentgeltlich verabfolgt. Alle diese Einrichtungen hatten aber nicht den erwünschten Erfolg, und so wurden diese Planteurs durch eine Verordnung vom 8. Februar 1799 wieder abgeschafft.

Es ist bekannt, daß Friedrich der Große sich auch für den Seidenbau interessirte. Schon durch eine Verordnung vom Jahre 1755 wurde den Stiftern und Magisträten die Anpflanzung von Maulbeerbäumen dringend empfohlen. Nach dem siebenjährigen Kriege erschien das Reglement vom 16. April 1763 wegen Einrichtung der Maulbeer-Plantagen und Anordnung des Seidenbaues. Jeder Seidenbau-Entrepreneur mußte die gewonnene Seide an das Seiden-Magazin zu Berlin abliefern. Den mit dem Sortiren und Abhaspeln der Cocons nicht bewanderten Seidenbauern wurde anbefohlen die Cocons an die Ober-Plantage-Inspection zu verkaufen; besonders wurde den Schullehrern der Seidenbau empfohlen; indeß hatten alle diese Bemühungen nur geringen Erfolg.

Selbst der Weinbau wurde in Anregung gebracht und namentlich den Mönchen und Aebten zur Pflicht gemacht, diesen zu betreiben. Aber die klimatischen Verhältnisse lassen sich durch Verordnungen nicht ändern, und so wollte auch der schlesische Wein nicht recht gerathen. Man erzählt, daß, als der König einen Mönch gefragt hatte, ob er den von ihm selbst gebauten Wein auch selbst verzehre, dieser geantwortet: Ja in der Marterwoche!

Der Betrieb der Gewerbe war, wie schon angeführt, ein ausschließliches Vorrecht der Städte; vielen Städten war durch landesherrliches Privilegium das Meilenrecht verliehn, d. h. das Recht, daß sich innerhalb einer Meile kein Handwerker niederlassen durfte. Diese Polizei-Meile betrug 10500 schlesische Ellen und wurde von dem letzten Hause der Vorstadt bis zu demjenigen Hause gerechnet, über dessen Gewerbebefugnisse gestritten wurde. Auch wo die Niederlassung von Handwerkern gestattet wurde, war doch deren Zahl begrenzt. So

wurde beispielsweise in der Grafschaft Glatz in Folge verschiedener Streitigkeiten zwischen dem Adel und den Städten schon im Jahre 1591 durch einen Vergleich bestimmt, daß

1. in Dörfern mit einer Pfarrkirche ein Schneider, ein Schuster, ein Bäcker, ein Fleischer und ein Schmidt gehalten werden durfte,
2. in kleineren Dörfern ohne Pfarrkirche nur ein Schmidt und ein Bäcker,
3. Feinweber sich in großen und kleinen Dörfern ansetzen durften, jedoch sollten sie keine Wolle unterwirken.

Der Brauereibetrieb gehörte zu den Regalien. Niemand war dazu befugt, der nicht ein ehemaliges Königl.-Böhmisches Privilegium oder ein Kaiserliches Relutions-Patent, oder die Genehmigung der Kammer aufweisen konnte. Die Brauerei-Gerechtigkeit begriff das Recht der Fabrikation, des Ausschanks und des Krugverlags in sich; ein Zwangsrecht war damit nicht verbunden. Nur die Domänen hatten in Schlesien in der Regel das Recht der Kesselbrauerei; d. h. das Recht, das für ihren eigenen Bedarf erforderliche Bier selbst zu bereiten. Ueber die Güte und Stärke des Biers bestanden polizeiliche Reglements, theils allgemeiner Natur für das ganze Land, theils besondere für einzelne Städte. Man unterschied starkes Bier und Koffent. Von einem Scheffel Weizen sollte eigentlich nur eine Tonne von 200 schlesischen Quart und ebenso viel von 1½ Scheffel Gerste gebraut werden. Wenn das erste Bier abgebraut war, durfte auf die Maische noch ⅓ des ganzen Gusses aufgegossen werden. Diese Sorte Bier hieß Koffent, durfte aber nur an Arme und Soldaten verkauft werden.

Die Branntweinbrennerei auf dem Lande war ein ausschließliches Recht der Grundherrschaft, welches auch durch Nichtgebrauch nicht verloren gehn konnte; an Rustikale konnte dies Recht nur mit landesherrlicher Genehmigung veräußert werden. Die Destillation des Branntweins war ein ausschließliches städtisches Gewerbe.

Die Krämerei auf dem Lande durfte nur auf Grund einer persönlichen Concession betrieben werden und nur mit gewissen Waaren, welche aus accisbaren Städten entnommen werden mußten. Ausgeschlossen waren beispielsweise Thee und Kaffee, sowie Wein; ferner der Handel mit seidenen und wollenen Zeugen. Die Krämer an Wall-

fahrsorten durften außerdem mit Pfeffertuchen, Wachslichtern, Andachtsbüchern und Heiligenbildern handeln. Einer besonders strengen Aufsichtigung unterlagen die Kretschams; namentlich war das Spielen mit Geld den Unterthanen untersagt; sie durften nur um Bier spielen und nicht mehr als höchstens 3 gr. den Abend auf das Spiel setzen.

Die öffentliche Sicherheit auf dem Lande war durch Landstreicher und Vagabonden vielfach gefährdet: Schon unter der früheren Regierung waren verschiedene hierauf bezügliche Verordnungen erlassen. So wurde durch ein Patent vom 16. Januar 1727 das Stand- oder Geschwinderrecht gegen Räuber, welche geständig oder in flagranti ertappt waren, eingeführt. Sobald ein Räuber oder Dieb in flagranti ertappt oder ausgefundet war, wurde er zum nächsten Schöppengericht gebracht; die Zeugen wurden eidlich vernommen und wurden ihm drei Tage Zeit zur Vertheidigung gegeben, und auch wenn er leugnete, wurde er binnen 24 Stunden executirt. Bei der Preussischen Verwaltung kam es zur Sprache, ob dies Standrecht noch ferner beizubehalten sei; es erschien zu hart und die Strafe fast ein größeres Uebel als das Verbrechen. Man entschied sich dagegen; behielt indeß für Oberschlesien dies Standrecht noch für ein Jahr bei; dann führte man die General-Visitationen ein; Jeder, der über eine Meile von Hause reiste, sollte einen Paß haben; Bettelmönche sollten an der Grenze zurückgewiesen, und wenn sie tiefer im Lande betroffen wurden, sollten ihnen Pässe und Geld abgenommen werden. Darauf erschien das Edict wegen Ausrottung der Bettler und Vagabonden in Schlesien vom 14. December 1777, welches weitere Vorschriften enthielt.

Sehr wenig erfreulich sind die Schilderungen, welche über das Verhältniß des ländlichen Gesindes zur Herrschaft gemacht werden. In einer hierüber abgefaßten interessanten Denkschrift wird gesagt: „Man könne nicht ohne Bedauern und ohne eine Art widrigen Gefühls Alles dasjenige lesen, was nun schon seit 2 Jahrhunderten darüber geschrieben sei; die Erfahrung lehre, daß alle die Mißstände, welche durch die Gesetze hätten beseitigt werden sollen, noch immer dieselben seien. Die Härte und Habsucht der Gutsbesitzer sei größtentheils dieselbe wie früher und die Ruchlosigkeit, Faulheit und Dieberei des Gesindes bei-

nahe größer als damals, als die erste Gesindeordnung erlassen sei; an den Gesetzen liege es nicht, ebenso wenig an der mangelnden Aufklärung, denn Niemand könne leugnen, daß die Herrschaft, so wie das Gesinde, jetzt viel aufgeklärter sei als vor zwei Jahrhunderten.“ Man gab daher den Erlaß einer neuen Gesindeordnung auf, war aber der Ansicht, daß nur durch die genaueste Bestimmung aller Verhältnisse weiteren Mißständen vorgebeugt werden könnte, da der gemeine Mann weit mehr durch Unwissenheit als Vorsatz zur Ueberschreitung des Gesetzes geführt werde und sich dadurch Ahnung und Strafe zuziehe, welcher er bei der Stimmung der Grundherrschaften weniger als jemals entgehe, so daß ihn selbst die zur Einschränkung der Tyrannei auf 18 Peitschenhiebe beschränkte Strafe öfters als sonst treffe. Man erachtete es daher für nothwendig, Urbarien aufzunehmen, welche genauere Bestimmungen über die wechselseitigen Verbindlichkeiten, namentlich auch in Betreff des Lohns, der Beköstigung und der Dienstzeit des Gesindes enthalten sollten. Aber die Unzufriedenheit und die Streitigkeiten hörten nicht auf. Bei näherer Untersuchung glaubte man den Grund davon in dem zu geringen Lohne der zu Zwangsdiensten verpflichteten Kinder und Hofgärtner zu finden, und sollte daher eine den Verhältnissen entsprechende Lohnaxe entworfen werden. Das Resultat der Verhandlungen war der Erlaß der Verordnung vom 18. Juli 1799 über die den Unterthanen der Provinz Schlesien und der Grafschaft Glatz zu gewährenden Erleichterungen; aber auch diese erregte die größte Unzufriedenheit sowohl bei den Grundbesitzern, welche sich in ihren Rechten gekränkt glaubten, als bei den Unterthanen, welche die Verordnung ebenfalls unrichtig auffaßten, so daß durch eine Kab.-Ordnung vom 29. Februar 1800 eine nähere Declaration der Verordnung gegeben werden mußte. Aber der Erfolg aller dieser Verordnungen war nur gering. Das Band zwischen Herrschaft und Gesinde blieb zerrissen.

Eine besondere Klasse der Bevölkerung bildeten damals die Juden. Diese, die jetzt eine so bedeutende Stellung im Gewerbe, in unserem ganzen Staatsleben, selbst in der Wissenschaft einnehmen, waren damals die Varias der Gesellschaft. Sie unterlagen Beschränkungen mannigfacher Art, zunächst in der Wahl des Aufenthalts. Nach einem Re-

glement vom 25. December 1757 durften sie sich nur auf der polnischen Seite Oberschlesiens niederlassen; auf der deutschen Seite und in Niederschlesien war ihnen nur die Niederlassung in Brieg, Breslau und Glogau gestattet. In Breslau galten noch besonders beschränkende Bestimmungen, indem durch ein Reglement vom Jahre 1790 bestimmt wurde, daß nicht mehr als 12 handeltreibende Juden dort etablirt sein sollten; wobei es aber freilich der Kammer überlassen blieb, auch mehrere zuzulassen. Gegen das Ende des Jahrhunderts, unter Friedrich Wilhelm II. kamen nach und nach mildere Grundsätze zur Geltung und wurde den Juden die Niederlassung auch in Ohlau, Münsterberg, Reife, Cosel und Ratibor erlaubt; dagegen haben sich die Gebirgskreise beharrlich geweigert, die Juden bei sich aufzunehmen.

Man unterschied die einheimischen und die fremden Juden; die ersteren waren diejenigen, welche durch gedruckte Toleranzzettel das Recht erhalten hatten, sich in Alt-Schlesien niederzulassen und das Gewerbe zu betreiben (die Stamm- und Gewerbe-Juden), oder sich als Dienstboten zu ernähren (Familiz-Juden). Die fremden Juden, unter denen alle aus anderen Provinzen des Preussischen Staats herstammenden verstanden wurden, mußten für jeden Tag ihres Aufenthaltes in einer schlesischen Stadt Tagegebühren bezahlen, 3 Kreuzer für die Toleranz, 1 Kreuzer Personalaccise. Die Thorschreiber mußten auf jeden ein- und auspassirenden Juden achten; jeder fremde Jude mußte beim Betreten der Stadt ein Pfand zur Sicherung der Tagegebühren niederlegen und sich beim Auspassiren über deren Berichtigung ausweisen, wonächst ihm das Pfand zurückgegeben wurde. Kein Magistrat durfte einen fremden Juden länger als zwei Tage in der Stadt dulden; nur in Betreff der polnischen Juden und bei Jahrmärkten wurden Ausnahmen gestattet. Anderweitigen Beschränkungen unterlagen die Juden in ihren Erwerbsverhältnissen. Der Ankauf von Häusern war ihnen nur ausnahmsweise gestattet, wenn es darauf ankam, verfallene Häuser wieder aufzubauen. Ihr Haupterwerbszweig sollte der Handel sein; aber auch hierbei waren sie nicht unbeschränkt. So war den Juden in Breslau der Tuchhandel untersagt; ferner allgemein der Handel mit Tabak, Röhre und Getreide; auch die Vermittelung beim An-

und Verkauf adliger Güter oder Dismembrationen solcher Güter war ihnen bei Strafe dreijähriger Zuchthausstrafe, Expulsion aus dem Lande und Verlust der Mäklergebühren verboten; man wollte eben den Grundbesitz nicht zum Gegenstande jüdischen Schachers machen; nicht minder war ihnen verboten Pachtungen von adligen Gütern und bäuerlichen Grundstücken zu unternehmen; nur die Pachtung von Kretschams auf der polnischen Seite der Oder, wo polnische Juden verkehrten, war gestattet. Andererseits sucht man die Juden zum Betriebe von Handwerken heranzuziehn, wobei freilich die starren intoleranten Zunftgesetze Hindernisse entgegensezten, da kein Jude Mitglied einer Zunft werden konnte.

Außerdem waren die Juden besonderen Abgaben unterworfen, Personal-*Accise*, Toleranzgebühren, Silberlieferungsgelder, *Servis*, *Paraphengelder*; auch waren sie verpflichtet jährlich für 300—500 Thlr. Porzellan aus der Berliner Porzellan-Manufactur zu entnehmen und im Auslande zu debitiren, eine Verpflichtung, welche im Jahre 1788 durch ein Pauschquantum von 40000 Thlr. zu welchem die schlesischen Juden 8000 Thlr. beitrugen, abgelöst wurde.

Auch sonst unterlagen die Juden in rechtlicher Beziehung mehrfachen Ausnahmebestimmungen. So war in mehreren *Edicten* der Grundsatz ausgesprochen, daß die Juden-Gemeinden eines Orts den Werth der von einem Juden gestohlenen oder verhehlten Sachen zu ersetzen haben sollten, wenn sie nicht der Obrigkeit des Orts vorher den Verbrecher als einen verdächtigen und unzuverlässigen Mann bezeichnet hatten. Ebenso sollten die Juden-Altesten auf die Bankerotirer ihrer Nation *vigiliren* und bei Strafe der Verantwortung und Ersatz des den Gläubigern verursachten Schadens bei der Behörde Anzeige machen. Diese Bestimmungen sind ihrer Härte wegen wohl niemals mit ganzer Strenge zur Anwendung gekommen. Im Uebrigen stand die jüdische Bevölkerung auf einer sehr niedrigen Bildungsstufe. Ausländische jüdische *Präceptoren*, die früher aus Polen herüberkamen, wurden nicht geduldet; die inländischen jüdischen Lehrer hatten aber selbst einen zu geringen Bildungsgrad, als daß sie auf die Hebung der geistigen und sittlichen Cultur vortheilhaft hätten einwirken können und der Besuch der christlichen Schulen war den Juden nicht gestattet. In Breslau bestand zwar eine höhere jüdische Schule, die *Wilhelms-*

schule, die aber wegen der freieren religiösen Richtung von den orthodoxen Juden nicht besucht wurde.

Juden-Gemeinden mit den Rechten einer Corporation bestanden nur in Breslau, Zülz und Glogau. In Zülz, wohin die meisten oberschlesischen Juden gehörten, bestand ein eigener jüdischer Juristenstuhl, gebildet durch den Rabbiner und dessen Beisitzer, in welchem alle Ehe-, Vormundschafts- und Schuldsachen der sich zur Zülzer-Gemeinde haltenden Juden zur Entscheidung gebracht wurden. Beruhigten sich die Partheien bei der Entscheidung dieses Gerichts nicht, so stand es ihnen frei, den Recurs an das Gericht der Herrschaft Zülz zu nehmen und wurden dann die von den Rabbinern getroffenen Entscheidungen als nicht geschehen betrachtet. In Breslau hatten die Rabbiner keine Jurisdiction, wohl aber die Ueberwachung aller auf die Religionsübung bezüglichen Einrichtungen. Der Rabbiner Fränkel in Breslau war gleichzeitig Ober-Land-Rabbiner von Schlessien und hatte als solcher die Ober-Aufsicht über die Judengemeinden des Landes. Am Ende des vorigen Jahrhunderts nahm man bereits die Gleichstellung der Juden mit den Christen in ihren staatsbürgerlichen Rechten vielfach in Erwägung; man hielt diese aber nicht wohl für durchführbar hauptsächlich wegen der Sabbathfeier, welche den Juden nicht erlaubte, zu jeder Zeit ihren Verpflichtungen sei es als Staatsbeamter, Geselle dem Meister gegenüber, oder als Unterthan einer Gutsherrschaft nachzukommen. Von Interesse ist es, daß schon im Jahre 1792 den Juden in Schlessien aufgegeben wurde, sich einen bleibenden Geschlechtsnamen beizulegen, was in den übrigen Provinzen des Preussischen Staats erst durch das Edict vom 11. März 1812 geschah.

Was das Militärwesen anlangt, so war es selbstverständlich, daß Friedrich der Große der Armee seine besondere Aufmerksamkeit zuwendete. Die in Schlessien stationirte Armee bestand aus 40000 Mann (10 Regimenter Infanterie und 6 Kavallerie), während unter der früheren Regierung nur etwa 4000 Mann dort gestanden hatten. Dennoch war diese starke Armee dem Lande weniger zur Last als die frühere und zwar hauptsächlich durch die Einrichtung, daß die einheimischen Soldaten in Friedenszeiten in der Regel nur jährlich 3 Monate unter den Waffen standen, die übrige Zeit des Jahres aber beurlaubt wurden,

und sich dann in den Gewerben und beim Ackerbau ihren Unterhalt verschaffen konnten, so daß sie der bürgerlichen Gewerbtätigkeit nicht ganz entzogen wurden. Die Ergänzung der Armee erfolgte theils durch Enrollirung, theils durch Werbung. Zu diesem Behufe wurde nach einer Kab.-Ordre vom 5. August 1742 Schlessen in Kantonbezirke eingetheilt; jedes Regiment mit Ausnahme der Husaren bekam seinen Kanton, d. h. einen bestimmten Bezirk, in welchem es seine Werbung machen durfte. Söhne von Kaufleuten, Rentiers, Fabrikanten, Künstler, so wie andere Leute, waren von der Enrollirung ausgeschlossen; ebenso einzelne Gegenden, wie die Gebirgskreise mit Rücksicht auf die dort verbreitete Leinenweberei und die Stadt Breslau. Bei der Werbung waren alle Excesse und Geldschneidereien, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, streng verboten, und sollte deshalb die jährlich Aushebung niemals von den Militär-Personen allein, sondern nur unter Zugiehung eines Kommissars der Kammer geschehen. Andererseits wurden verschiedene Verordnungen erlassen, um zu verhüten, daß nicht brauchbare Personen, dem damals nicht sehr beliebten Militärdienste entzogen wurden. So sollte nach einer Kab.-Ordre vom Jahre 1795 kein Kantonist vor dem 24. Jahre zu einer Possession zugelassen werden, auch wenn er nicht das gehörige Maß hatte, da jeder Mensch bis zum 24. Jahre noch wächst. Nur ausnahmsweise durfte dieß geschehn, und erhielten die Betheiligten dann einen Possessionschein. Aus gleichen Rücksichten war es den jungen Leuten nicht ohne Weiteres gestattet, in ein Mönchskloster einzutreten. Wer das wollte, mußte sich zunächst dem Regimente vorstellen und seine Entlassung nachsuchen; wurde er für brauchbar befunden, so erhielt er die Entlassung nicht. Aber auch im Falle der Untauglichkeit, mußte er die Genehmigung des Ministers nachsuchen und erhielt dann den Receptionschein. Vermögenden jungen Leuten wurde ein solcher nicht leicht ertheilt. Hierbei verdient noch eine Kab.-Ordre vom 14. Juni 1747 Erwähnung, in welcher es heißt: Mein lieber Geheim-Rath, Minister Graf von Münchow!

„Da ich Euch bereits bekannt gemacht habe, wie mißfällig es mir sein müsse, daß den Regimentern die größten Leute aus ihren Enrollirungs Kanton dadurch hauptsächlich entzogen werden, daß, sobald sich nur einiges Wachsthum bei ihnen äußert, selbige bei Herrschaften gehn und

sich in Eivree stecken lassen, wodurch sie alsdann sich der Enrollirung entzogen zu haben vermeinen, so habe ich nicht umhin gekonnt, den Regimentern von Breslau, Brieg und Neiße anzugeben, daß sie diejenigen Herrschaften, bei denen dergleichen Enrollirte, so die Größe von 5, 6 und 7 Zoll und darüber haben, in Eivree stehn darüber von meinethwegen honnettement begrüßen, und ihnen insinuiren sollen, daß es mir zum gnädigsten Gefallen gereichen würde, wenn sie vermeldete zu Kriegsdiensten tüchtige Leute den Regimenten nicht vorenthalten, sondern selbige an ihnen verabsolgen lassen, wohingegen man ihnen andere kleinere Leute, die sich zur Bedienung schicken, hinwieder geben und präsentiren werde.“

Der Militärdienst lastete hauptsächlich auf dem Bauernstande, ebenso auch die Last der Unterhaltung des Militärs. Dieselbe erfolgte zum größten Theile durch Naturallieferungen nach einer von der Kammer angelegten Repartition. Im Sommer wurden die Pferde auf die Grasung geschickt, und die geeigneten Grasungsplätze von den Landrathen in Verbindung mit der Escadronchefes ausgesucht; indeß geschah dieß nur mit den Pferden der leichten Kavallerie, der Husaren und leichten Dragoner, wogegen die Pferde der schweren Kavallerie, der Kürassiere und schweren Dragoner in den Ställen verpflegt wurden. Diese Last war um so schwerer, als durch dieselbe die Einzelnen sehr ungleich betroffen wurden. Hierzu gesellte sich noch die drückende Last der Vorspann-Gestellung für Militär- und Civilbeamte. Ohne Rücksicht darauf, ob der Bauer seine Pferde in der Wirthschaft selbst dringend brauchte, mußte er sich rechtzeitig am Bestimmungsorte einfinden und dort 24 Stunden warten und dann bei gutem Weg und Wetter und nicht schwer bepackten Wagen in 2 Stunden $1\frac{1}{2}$ deutsche Meilen gegen eine Vergütung von 3 gr. für jedes Pferd und Meile fahren. Die Militärpersonen bis zum General hatten Anspruch auf 4 Pferde, der Präsident der Kammer auf 6 Pferde, die Mitglieder der Kammer einschließlich des Kammersecretärs auf 4 Pferde, die Steuer- und Landräthe so wie alle Subalternen auf 2 Pferde. Bei dem Bau der Festungen mußten die kleinen Stellenbesitzer, so wie diejenigen, welche auf dem Lande von Tagelohn und Handwerk lebten, Schanzarbeit verrichten, wofür sie billiges Tagelohn erhielten. Im Uebrigen wurde der Militärdienst schon damals als ein Bildungsmittel für den gemeinen Mann

betrachtet, der durch denselben an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnt wurde.

Die Verkehrs-Einrichtungen waren noch sehr wenig ausgebildet. An der Spitze des Postwesens stand im Jahre 1749 der Kriegs- und Postrath Hanel zu Breslau mit 600 Thlr. Gehalt; das gesammte ihm zur Disposition gestellte Beamten-Personal bestand aus einem Rendanten, einem Registrator, der gleichzeitig Kanzellist war, und einem Kalkulator. Außerdem waren auf den einzelnen Postcursen Postmeister angestellt mit 150 Thlr. Gehalt. Die Haupt-Postcursen, die damals bestanden, waren: der Berliner Curs, der Leipziger Curs, der Gebirgscurs, der Prager Curs, der Wiener Curs, der Polnische Curs, und dann einzelne Seitencurse nach Landeshut und über Lauban nach Neustadt.

Sehr traurig war es mit dem Volksschulwesen, namentlich in den katholischen Schulen Oberschlesiens, bestellt. Die Schullehrer waren kümmerlich besoldet und mußten sich daher einen Neben Erwerb suchen; meistens waren sie Dorfspielleute. Die Kinder konnten weder lesen noch schreiben, so heißt es in einem hierüber erstatteten Berichte, die Schulmeister selbst nicht einmal ordentlich buchstabiren, die Menschen wußten zwar vom agnus dei und den Rosenkränzen, aber von Gott und seinen Werken wußten sie nichts. Friedrich der Große strebte daher danach, in dieser Beziehung bessere Zustände herbei zu führen; hierzu bedurfte es zunächst der Begründung von Lehrer-Seminaren, um einen besseren Lehrerstamm heranzubilden. Der berühmte Rector Felbiger zu Sagan, welcher die Realschule in Berlin besucht hatte, wurde zunächst mit der Errichtung eines Seminars in Sagan beauftragt; da aber dieser Ort zu weit entfernt lag, als daß dorthin alle Lehrer zu ihrer Ausbildung hätten geschickt werden können, so sollten noch mehrere Seminare gegründet werden und zur Beschaffung der Geldmittel wurde den katholischen Pfarrern aufgegeben, das erste Quartal ihrer Revenuen zur Schul- und Seminarkasse zu entrichten, welche unter der Verwaltung des Weihbischofs und des Vicariatsamts stand. Derselbe Felbiger war der Verfasser des Schlesienschen Schul-Reglements vom Jahre 1765, welches zunächst für die katholischen Schulen erlassen,

dann auch im Wesentlichen für die evangelischen Schulen eingeführt wurde, welche letztere unter der Aufsicht des Ober-Consistorii standen.

Für die allgemeine Volksbildung wurde durch Bücher und Zeitschriften am Ende des vorigen Jahrhunderts mehr als früher gesorgt; indeß standen alle Druckschriften unter strenger Censur. Schon unter der früheren Kaiserlichen Regierung bestand die Vorschrift, daß ohne Vorbewußt und Censur der Magisträte bei Strafe nichts in Kupfer oder Druck zur Vervielfältigung gebracht werden durfte, daß in Breslau die geistlichen oder ad exercitia scholastica gehörigen Schriften in der Breslauer Universität, die politischen von den Fiscalen der Fürstenthümer, die geringeren oder zu Hochzeiten und Begräbnissen verfaßten von den Magisträten, außer Breslau die politischen und weltlichen durch den Stadt-Magistrat, die geistlichen durch den Stadt-Pfarrer censirt und alle fremden einzuführenden Bücher bei der Mauth genau durchsucht und recherchirt werden sollte, ob auch nichts Unzulässiges verkauft werde. Diese Vorschriften wurden auch in Wesentlichen zu Preussischer Zeit beibehalten, nur die Behörden wurden geändert. An der Spitze des Censurwesens stand die Kriegs- und Domainenkammer. Die Censur der evangelisch-theologischen Schriften wurde einem Ober-Consistorialrath übertragen. Die Censur sollte nach einem Rescripte vom 23. December 1794 zwar die Aufklärung nicht hindern, jedoch offenbar schädlichen und schändlichen Schriften Einhalt thun; namentlich durfte ein frecher, unehrerbietiger Tadel irgend eines Lehrbegriffs und Gebrauchs der im Staate tolerirten Religion, jeder Ausdruck des Mißvergnügens über die bestehende Regierungsform, so wie jede Anpreisung der irrigen Begriffe über Nationalfreiheit und Gleichheit, jede unehrerbietige Kritik der Landeskollegien, überhaupt Alles, was zur Störung der moralischen und bürgerlichen Ordnung abzweckt und die guten Sitten beleidigt, nicht geduldet werden. Besonders streng war man in Betreff der politischen Zeitungen, die namentlich nichts aufnehmen sollten, was auswärtige Höfe, insbesondere den Kaiser beleidigen könnte; sie sollten sich aller Aeußerungen enthalten, welche auf das große Publikum als Anpreisung und Beförderung des verbotenen Schwindelgeistes und politischer Neuerungsucht wirken könnte; namentlich auch aller eigenen

Raisonnements. Einen eigenthümlichen Einblick auf den Zustand der Breslauer Zeitungen liefert folgende Verordnung der Kriegs- und Domainenkammer an den dortigen Censor aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts, in welcher es heisst:

„Obgleich es außer den Grenzen der Censur liegt, den schlechten Stil- und Sprach- und Schreibfehler zu verbessern, so soll jedoch der Censor, da die Breslauer Zeitungen sich oft durch unzusammenhängenden Stil in den eigenen Aufsätzen und durch viele Sprach- und Schreibfehler in den Avertissements auszeichnen, zur Ehre hiesiger Provinz, um im Auslande ein schießes Urtheil über die sich immer mehr veredelnde Schreibart und Sprachkunde in Schlessen zu beheben, auch hierauf sein Augenmerk richten.“

Hiermit sei diese kurze Auslese aus den früheren Verwaltungs-Bestimmungen geschlossen; viele derselben mögen uns heute befremden, da sich unsere Anschauungen über Staats-Regierung und Verwaltung, über staatswirthschaftliche und ökonomische Fragen seitdem wesentlich geändert haben. Wollen wir aber gerecht über die Vergangenheit urtheilen, so müssen wir uns in die damaligen Zustände und Anschauungen lebendig zurückversetzen. Es waren die Grundsätze eines strammen väterlichen Regiments, nach dem es für eine Pflicht der Regierung erachtet wurde, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für das allgemeine Beste und das Wohl der einzelnen Staatsangehörigen bevormundend zu sorgen, und daß die Mittel und Wege, die man damals ergriff, um zu diesem Ziele zu gelangen, für die damalige Zeit nicht so ganz unpassend gewesen sein mögen, dafür spricht der Erfolg; eine Vergleichung der Zustände Schlessens, wie solche zur Zeit der Besitznahme Preussens gewesen und wie sie sich seitdem gestaltet haben. Unsere jetzigen Anschauungen sind freilich andere geworden, aber wer weiß, wie man dereinst nach einem Jahrhunderte über viele derjenigen Maaßregeln und Einrichtungen urtheilen wird, in denen wir jetzt das Heil und Wohl des Staats gefunden zu haben glauben. Es ist einmal nicht anders: *Tempora mutantur et nos mutamur in illis.*

XIX.

Die pragmatische Sanction in Schlesien.

Von Professor Dr. Alfred Dove.

Die berühmte pragmatische Sanction Kaiser Karl's VI. bietet der historischen Betrachtung drei verschiedene Seiten dar, insofern sie nämlich als fürstliches Hausgesetz, als Staatsgrundgesetz oder endlich als Gegenstand internationaler Politik in Vertrag und Krieg erscheint. Alle drei Seiten hängen freilich innig mit einander zusammen: die dynastische Erbordnung erstrebt ja zugleich die innere Untheilbarkeit der Monarchie wie deren unversehrte Erhaltung nach außen; die grundgesetzliche Einführung dieser Erbordnung in den einzelnen Landen der Monarchie soll doch eben die Dynastie in diesen Landen befestigen und so beide, Herrscherhaus und Reich, zu gegenseitiger Vertheidigung stärken; das System der völkerrechtlichen Garantien soll den Bestand Oesterreichs und den Thron seiner Herrin sichern, der allen jenen Garantien zutroß ausbrechende Erbfolgekrieg bedroht alsdann den einen wie den anderen. Wenn nun deshalb eine erschöpfende Gesamtgeschichte der pragmatischen Sanction natürlich stets jene drei Seiten sammt ihren Wechselbeziehungen gemeinsam in's Auge fassen müßte, so bedarf es doch vorberhand noch vielfach der Einzelforschung, vor allem in Bezug auf die lange am meisten verabsäumte historische Würdigung der österreichischen Successionsordnung als eines Staatsgrundgesetzes. Während dieselbe nämlich aus dem hausgeschichtlichen und fürstenrechtlichen Gesichtspunkte

mit Vorliebe schon im vorigen Jahrhundert beleuchtet worden, während die hochpolitische Rolle, die sie in der europäischen Diplomatie und Kriegsführung von 1724—48 gespielt, von niemandem übersehen werden konnte, der sich mit der allgemeinen Geschichte jener Tage beschäftigte, ist die wichtige Frage nach dem staatsrechtlichen Charakter der pragmatischen Sanction vor wenigen Jahren zum erstenmal von H. J. Bidermann in Graz eingehend untersucht worden. Immerhin läßt auch seine sorgfältige Darlegung¹⁾, die sich auf eigene archivalische Forschung und sonstige neuere, besonders provinzialgeschichtliche Publikationen stützt, noch einige Lücken, deren eine wir durch den folgenden kurzen Bericht ausfüllen möchten. Sind für Schlessen, nachdem es trotz der pragmatischen Sanction vom österreichischen Staatsverbande losgerissen worden, die praktischen Konsequenzen derselben, um die es dem Publicisten vornehmlich zu thun ist, erloschen, so gewinnt umgekehrt für das theoretische Interesse des Historikers die an sich höchst einfache Begebenheit der Einführung der pragmatischen Sanction in Schlessen den parallelen Vorgängen in anderen Landschaften gegenüber gerade dadurch an Bedeutung, daß hier allein jene Maßregel politischer Vorsicht überlegenen Schicksalen nicht zu wehren vermocht hat. Eben in dem Augenblick, als diese Schicksale hereinbrachen, im Februar 1741, hat übrigens einer der anonymen Verfasser der „schlesischen Kriegsfama“²⁾ im Gefühl der obschwebenden Entscheidung zu erzählen unternommen, „was mit der Sanctione *pragmatica* der österreichischen Erbfolgsordnung in Schlessen vorgegangen;“ diese außerhalb Schlessens wenig verbreitete, daher neuerdings nicht wieder beachtete Darstellung sind wir in der Lage aus den Akten des Breslauer Staatsarchivs wesentlich zu ergänzen³⁾.

Die Einführung der pragmatischen Sanction in Schlessen ist nach

1) H. J. Bidermann, Entstehung und Bedeutung der pragmatischen Sanction; in Grünhut's Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart, Bd. II, Wien 1875; S. 123 flg., 217 flg. —

2) Theil I, S. 9—30. Frankfurt und Leipzig 1741.

3) Für gütige Erlaubniß zur Benutzung und für freundliche Förderung im Gebrauche des Materials sagt der Verfasser Herrn Archivrath Prof. Dr. Grünhagen und Herrn Archivsekretär Dr. Psotenhauer besten Dank.

keiner Richtung eine isolirte Thatsache; nicht bloß seitlich steht sie in nothwendiger Verbindung mit den gleichartigen Akten in den übrigen habsburgischen Erbländen, sie hat auch mit diesen zusammen eine gemeinsame Vorgeschichte, aus der wir die wichtigsten Daten zu rascher Uebersicht in Erinnerung bringen müssen. Der zwiefache Wunsch, die Beziehung ihres Landes zu den deutschösterreichischen Nachbargebieten dauernd zu sichern und zugleich die Selbständigkeit desselben den ungarischen Ansprüchen gegenüber zu bethätigen, bewog die Stände von Kroatien und Slavonien schon im März 1712 auf dem Landtage zu Agram unaufgefordert zu der Erklärung, sie seien bereit, auch aus der weiblichen Descendenz des Hauses Habsburg, dessen Mannsstamm seit Jahresfrist auf den zwei Augen Karl's VI. stand, diejenige Erzherzogin als erbberechtigt anzuerkennen, welche außer Kroatien und Slavonien selbst auch Innerösterreich und das Erzherzogthum beherrsche und in dem letzteren residire. In Wien beschloß man, die an sich unbequeme Initiative der loyalen Südslaven ausweichend gerade zu dem Versuche zu benutzen, die Anerkennung der weiblichen Erbfolge vonseiten der Ungarn zu gewinnen, welche bisher nur auf das Kronrecht der männlichen Linie des Erzhauses verpflichtet waren, während man die Succession der Frauen in den westlichen Erbländen ohnehin als staatsrechtlich gesichert ansah. Um die etwaigen Bedingungen des Landes kennen zu lernen, berief man eine Conferenz ungarischer Notabeln nach Preßburg, die im Juli 1712 als Antwort ein höchst umfassendes Programm für die staatliche Gestaltung der habsburgischen Monarchie überhaupt aufstellte. Denn zunächst ward hier für die künftige Herrin Ungarns und seiner Nebenländer nicht bloß der Besitz einiger deutschösterreichischer Provinzen, sondern schlechthin der sämmtlicher Erblande westlich der Leitha gefordert, unter denen Böhmen nebst Schlessien und Mähren, die den Ungarn allerdings ebenso nah wie den Kroaten fern lagen, noch besonders namhaft gemacht wurden. Dann aber sollten zu Gunsten der einen Gesamtterbin nicht nur alle übrigen Erzherzoginnen feierlich und womöglich eidlich auf die eigene Concurrnz wie auf die ihrer Nachkommen verzichten, sondern es sollten auch die westlichen Kronländer insgesammt zur Aufrechterhaltung dieser

einheitlichen Thronfolge in der untheilbaren Monarchie sofort unter einander einen festen Bundesvertrag schließen. Dieser auf solche Weise föderativ geeinigten Reichshälfte wollten dann die Ungarn mit Siebenbürgen, Kroatien und Slavonien als andere Hälfte an die Seite treten, gedachten aber bei dieser Art dualistischer Reichsordnung, während die innere Selbständigkeit ihres eigenen Staatslebens den westlichen Landen gegenüber durchaus gewahrt bleiben sollte, von diesen doch ihrerseits, namentlich militärisch und finanziell, Vortheil zu ziehen. Weder auf so weit aussehende Verhandlungen, als zur Gewährung dieser Wünsche nothwendig gewesen wären, mochte sich indeß Karl VI. einlassen — wie denn z. B. die schlesischen Stände zwar gern die Verkehrsschranken gegen Ungarn hätten fallen sehen, die Zumuthung aber, für die Garnisonen an der Maros, Theiß und Sau beständig besonders beizusteuern, mit Entrüstung zurückgewiesen hätten, — noch entsprach es überhaupt der bisherigen Richtung der Habsburger Politik, an Stelle der bequemen Personalunion ein realeres Band um die einzelnen Erblande zu schlingen. Wenn deshalb der Kaiser die Preßburger Conferenz dahin beschied, daß er wegen der noch vorhandenen Schwierigkeiten auf die Durchführung seines Planes vorläufig verzichte, so suchte er diesem doch alsbald auf andere Weise die Wege zu ebnen.

Wenigstens den Grundgedanken der ungarischen Eröffnungen, dem er wahrscheinlich von vornherein selbst zuneigte, nahm er sogleich entschieden auf: die Idee der Untheilbarkeit des Reiches auch bei weiblicher Succession, womit denn das gleichfalls von den Preßburger Notabeln betonte Bedürfniß einer festen Erbordnung unter den Damen des Erzhauses unmittelbar zusammenhing. Diesem Bedürfniß hausgesellig abzuhelpen und zugleich jenes Prinzip der Untheilbarkeit der Monarchie durch das eigene Herrscherwort zu bekräftigen, das ist der doppelte Zweck der bekannten Deklaration vom 19. April 1713, durch welche Karl VI. allen in Wien versammelten Ministern und Geheimrathen, darunter neben dem böhmischen Kanzler auch dem Kanzler wie dem Judex Curiae von Ungarn, seinen Willen dahin verkündete, daß die Thronfolge in der untheilbaren Gesamtheit der habsburgischen Erblande in Ermangelung männlicher Sprößlinge zunächst seiner

eigenen weiblichen Nachkommenschaft, in zweiter Reihe den Töchtern seines Bruders Josef, in dritter endlich seinen Schwestern, den Töchtern Leopold's, oder deren Descendenz, in jedem Falle nach der Erstgeburt und, wie gesagt, ohne jegliche Gebietstheilung zustehen sollte. Als Deklaration trat diese Kundgebung auf, insofern sie sich in mehreren Hauptpunkten, in der Anerkennung des Thronrechts der Frauen überhaupt, in der Tendenz auf dauernde Vereinigung der Totalmasse der habsburgischen Lande und in der Festsetzung der Primogenitur als allgemeiner Regel der Erbfolge, ausdrücklich auf ein älteres, bisher geheim gehaltenes Hausgesetz stützen durfte, auf das am 12. September 1703 zwischen Josef und Karl geschlossene Pactum mutuae successionis, während Karl andererseits das in dem letzteren für alle Fälle den Töchtern Josef's zugesprochene Näherrecht nunmehr zu Gunsten seiner eigenen etwaigen weiblichen Descendenz — noch war seine Ehe kinderlos — beseitigte. Trug nun der Akt vom 19. April 1713 in erster Linie freilich den Charakter hausgesetzlicher Verfügung an sich, so faßte der Kaiser dabei, indem er auch den versammelten Behörden die Beobachtung, Erhaltung und Vertheidigung der von ihm erlassenen Successionsordnung anbefahl, ohne Zweifel auch Wirkungen staatsrechtlicher Natur in's Auge; für alle die Erblande, in denen die weibliche Nachfolge im Regiment schon vorher grundgesetzlich zulässig war, oder über welche die Habsburger ihren Privilegien gemäß beliebig verfügen konnten, mußte jene einseitige Verkündigung vonseiten des Herrschers in der That an und für sich verbindlich sein; und in diesem Falle befand sich jedenfalls die Mehrzahl der nichtungarischen Lande, darunter auch Schlessien, das bei der kaiserlichen Erklärung gewissermaßen mit vertreten war durch Graf Leopold Schlick, Obersthofkanzler der Krone Böhmen. Mochte man am Wiener Hofe die gleiche Verbindlichkeit des Successionsediktes sogar für alle westlichen Provinzen ausnahmslos in Anspruch nehmen: daß es in Ungarn und seinen Nebenlanden nach wie vor der ständischen Genehmigung bedürfe, verstand sich nichts destoweniger von selbst; einer solchen aber war man freilich durch den Inhalt des Ediktes beträchtlich entgegengekommen. Dennoch stand die Wiener Regierung auch 1714 nach kurzer Berathung davon ab, die neue Erbfolgeordnung den transleithanischen Landtagen vorzulegen, da

man bei den Ungarn noch nicht auf Zustimmung in der erwünschten Form rechnete; und so blieb die Angelegenheit in der Schwebe, bis sich 1719 ein dringender Anlaß zeigte, sie auf's neue in die Hand zu nehmen.

Im April 1716 ward dem Kaiser ein Sohn geboren, der jedoch noch im selben Jahre starb, worauf in den folgenden, 1717 und 18, nur noch zwei Töchter, Maria Theresia und Maria Anna, erschienen. Wiewohl nun Karl die Hoffnung auf einen männlichen Erben keineswegs aufgab, so war doch mittlerweile der 1713 nur ideale Gegensatz zwischen einer josefinischen und einer karolinischen weiblichen Linie zum realen geworden; und als sich nun im August 1719 die ältere der josefinischen Erzherzoginnen mit dem Kurprinzen von Sachsen verlobte, ward dieser Gegensatz auf das gefährliche Feld der auswärtigen Politik hinübergespielt. Kein Wunder, daß Karl VI. von diesem Augenblick an die definitive Sicherung seiner Thronfolgeordnung ernstlich in Angriff nahm. Zunächst ward als Bedingung der Heirat von der Erzherzogin Maria Josefa selbst wie von ihrem Bräutigam neben eigenem eidlichen Verzicht auf jedes josefinische Näherrecht auch positiv die bündigste und förmlichste Anerkennung der Successionsordnung von 1713 in ihrem ganzen Umfange verlangt. In der Urkunde vom 19. August 1719 über dies Gelöbniß, dem hernach am 1. Oktober zu Dresden auch der Kurfürst von Sachsen beitreten mußte, erscheint jene Successionsordnung zum erstenmal unter dem Namen einer pragmatischen Sanction, d. h. eines allezeit und allgemein verbindlichen Grundgesetzes, und es wird hinzugefügt, daß sie in dieser Bedeutung ehester Tage in allen Reichen und Gebieten des Kaisers öffentlich bekannt gemacht werden solle. Um diese Absicht in's Werk zu setzen, richtete die Geheime österreichische Hofkanzlei, d. h. das Gesamtministerium an die Partikularministerien, die sogenannten Länderkanzleien unter'm 19. Januar 1720 die gemeinsame Weisung, die pragmatische Sanction, die allein auf Befestigung des Throns und dauernde, untrennbare Vereinigung aller Erblande abziele, den Ständen dieser Lande mit dem väterlichen Anliegen und mildesten Befehle des Kaisers vorzulegen, daß sie dieselbe pflichtschuldigst und bereitwilligst als immerwährende und unveränderliche Norm entgegennähmen, auf ihren Landtagen verkün-

deten und unter allen Umständen beobachteten. Dieser gemeinsamen Weisung nun sind die Länderkanzleien derart nachgekommen, daß die einzelnen ständischen Verhandlungen sich in einer im ganzen gewiß nicht zufälligen Reihenfolge abwickelten; den Reigen eröffneten im Frühjahr 1720 Ober- und Niederösterreich, die wohl zur Probe wie zum Muster vorangehen sollten, im Sommer folgten Innerösterreich und die adriatischen Bezirke, im Herbst die Lande der böhmischen Krone, im Winter Tirol, 1721 der Distrikt von Eger und die vorderen Lande, 1722—23 Ungarn mit seinen Nebenkändern, 1724 Belgien und 1725 Oberitalien. Man konnte so den Ungarn die Vereinigung wenigstens aller deutschen und böhmischen Kronlande auf die pragmatische Sanction als vollendete Thatsache entgegenbringen; wenn aber hierdurch, ebenso wie durch den josephinischen Verzicht von 1719, ein Theil der Preßburger Wünsche von 1712 erfüllt ward, so hatten doch beide Akte, der Verzicht wie die ständische Beglaubigung dießseits der Leitha, nicht etwa lediglich den Zweck, die Ungarn zu befriedigen und so ihrerseits zur Anerkennung der Sanction zu vermögen. Vielmehr lag das eine wie das andere jetzt an sich im Kreise der Zukunftspolitik Karl's VI. Wie der mit Maria Josefa und den sächsischen Herren geschlossene Pakt das System der internationalen Verträge zu Gunsten der Pragmatik einleitete, so schuf der besorgte Erblasser, bevor er jene Menge von ausländischen Garantien seiner Erbordnung erwarb, für dieselbe ein System inländischer Garantien durch die Zustimmungserklärungen vonseiten der Stände sämtlicher Erblande. Der politische Gewinn, der hieraus für die Folgezeit erwuchs, schien die staatsrechtliche Concession aufzuwiegen, die darin lag, daß der Monarch auch von den Ständen solcher Länder, die wie etwa Schlessen unzweifelhaft schon durch die Verordnung von 1713 für sich an die Thronfolge Maria Theresia's gebunden waren, nun doch noch darüber hinaus eine Billigung jener Verordnung forderte. Denn in ganz anderer Weise als vordem ließen sich so durch die aktive Betheiligung ihrer Stände an der das ganze Reich betreffenden Festsetzung die Kräfte dieser Länder auch außerhalb ihrer eigenen Sondergrenzen zur Aufrechterhaltung eben jener Gesamtordnung an allen Punkten des Reichs und gegen jegliche Störung, mochte sie von außen oder innen kommen, in Pflicht nehmen.

Bezog sich die kaiserliche Vorlage materiell auf den ganzen Umfang der Monarchie, deren unzerreißbarer Zusammenhang auf diesem Wege dauernd gesichert werden sollte, so wurden die Verhandlungen doch formell überall zwischen den Ständen des einzelnen Erblandes und dem Kaiser als Landesherrn desselben geführt; denn der Gedanke, die gegenwärtige Verfassung der Monarchie im Sinne strengerer staatlicher Einheit zu verändern, lag der Regierung Karl's VI. jezt wie früher gänzlich fern. Demgemäß ward denn auch in Schlessen verfahren; der Kaiser brachte sein Ansuchen an die treuehorsaamsten Fürsten und Stände dieses seines Erbherzogthums, ohne auch nur dessen historisch-politische Verbindung mit den übrigen Ländern der böhmischen Krone zu betonen oder auf die gleichzeitigen analogen Anträge an die Stände Böhmens und Mährens eigens hinzudeuten. Enthielten sich doch auch die gewöhnlichen Propositionen, die dem schlessischen Fürstentage von der Regierung gemacht wurden, solcher Hinweise, während die Stände selbst, wenn es galt, das Beispiel anderer Erblande für sich anzuführen, natürlich am häufigsten jene benachbarten, altverbundenen Gebiete namhaft machten; dießmal wäre es indessen geradezu unpolitisch gewesen, hätte der Kaiser den Werth des Aktes, den er in besonderem Vertrauen seinen schlessischen Ständen zumuthete, durch die Erinnerung an irgend welche Abhängigkeit ihres Landes in ihren Augen herabsetzen wollen. Ward nun aber so die Aufforderung zur Annahme der pragmatischen Sanction rein als Landessache an die Fürsten und Stände von Schlessen gebracht, konnten diese da nicht versuchen, sie zu den übrigen Landessachen in Beziehung zu setzen, für den Gefallen, den sie ihrem Erbherzog erweisen sollten, eine Gegenrechnung von eigenen Forderungen zu überreichen? Wie hätten Stände von alter Art und Bedeutung eine solche Gelegenheit zu nützen verstanden! Aber auch von den damaligen, so sehr sie herabgekommen waren, hätte man doch wenigstens einen oder den anderen Schritt in dieser Richtung erwarten sollen. Denn an mannichfachen Beschwerden sowohl materieller wie formeller Natur, im Interesse des Landes wie seiner Verfassung, hatte es zwar niemals gemangelt; gerade zu jener Zeit aber waren sie zu einer ungewöhnlichen Höhe gediehen.

Werfen wir einen Blick auf die Verhandlungen des Fürstentages

von 1720, gerade desjenigen, der sich mit der pragmatischen Sanction beschäftigen sollte! Ursprünglich angesagt auf den 28. November 1719, ward er am 8. Januar 1720 wirklich eröffnet. Um die Klagen richtig zu würdigen, welche dann den finanziellen Forderungen der Regierung, hauptsächlich für Militärzwecke, gegenüber, theils in den drei Curiatvoten vom 10. und 14. Mai, theils noch im Fürstentagschlusse vom 9. Oktober, ausgestoßen wurden, darf man freilich nicht vergessen, wie geübt der zu allen Staatsleistungen unlustige Egoismus dieser Stände war, die Schattenseiten der öffentlichen Lage hervorzukehren, ja wie selbst die geschmacklos schwülstige Ausdrucksweise, an die man sich in Schlessien seit den Tagen der sogenannten zweiten Dichterschule nur allzusehr gewöhnt hatte, dazu beitrug, Uebel ärger erscheinen zu lassen. Trotzdem, so stark auch die Farben aufgetragen sein mögen, die Grundlinien des von den Ständen entworfenen Bildes entsprechen jedenfalls den wirklichen Zuständen des Landes, wie sie sich in jener Periode wirtschaftlichen Verfalls und ungeschickter Finanzpolitik, welche alten Gebrechen durch neue Schäden abzuhelpen suchte, von Tag zu Tag trauriger gestalteten.

Schon durch elementare Landplagen, so vernehmen wir, durch Seuchen, Viehsterben, Wassers- und Feuersnöthe, vor allem durch mehrjährigen Mißwachs schlimmster Art sind namentlich auf dem Lande Drangsal, Elend und Hungerstand in einem Umfang eingerissen, wie niemals seit dem westfälischen Frieden. Rottenweis entweichen die Bauern über die Grenze, während andere ihr mühseliges Leben statt des Brotes durch Eicheln, Baumrinde und -knospen fristen, die Blümlein auf dem Felde sammeln, sich mit Kleie und Viehblut, ja mit gefallenem Vieh selber aßen. In solcher altägyptischen Hungersnoth sieht sich der mehr als bettelarme Landmann gezwungen, das Korn für Brot und Saat alljährlich zu borgen und so Gut und Blut an die Herrschaft zu versetzen, welche dabei selbst aller Mittel entblößt wird. Kaum minder bedrängt jedoch ist die städtische Bevölkerung; Handel und Credit liegen danieder, hieran aber sind zumeist die verkehrten ökonomischen Maßregeln der Regierung Schuld: das Verbot der Flachsausfuhr, die Beschränkung des Woll- und Garnhandels, der Tabakausschlag, die Verhinderung der Einfuhr des polnischen Salzes,

während die Zufuhr aus dem Salzkammergut so nachlässig betrieben wird, daß man im laufenden Jahr öfters sogar in Breslau und seinen Vorstädten nicht ein Körnlein für schweres Geld erlangen konnte. Und dazu noch überhaupt ganz plötzliche Zollerhöhungen, was keinem andern Erblande geschehen! Am verderblichsten indeß wirkt die Accise, die das ganze Land aussaugt; eine notorisch unerfleckliche Auflage, da ihre Erhebung nicht weniger als 7000 Beamte erfordert, die denn nicht aufhören, den letzten Blutgroschen und zwar vornehmlich von den unentbehrlichsten Lebensmitteln der Armuth zu erpressen. Zahllose Veruntreuungen und Meineide sind dabei unausbleiblich, wodurch der Zorn Gottes erregt wird, der sich dann wieder in jenen Heimsuchungen durch Naturereignisse äußert. Die ankerfeste Hoffnung auf Abschaffung dieser unseligen Steuer ist immer noch nicht erfüllt worden. Zu dem allen kommt die Bürde der auf Schlessen hypothecirten holländischen Schuld, ferner eine eigene Landesschuld von einer Million Gulden, sowie die Belastung der Privatkapitalien. Auch in der Garnison ist keine Erleichterung eingetreten; die endlich abgezogenen Regimenter sind sofort durch andere ersetzt worden. Selbst der Friede mit Spanien hat die langersehnte Erholung nicht gebracht; obwohl in welschen Landen herrliche Siegeszeichen aufgepflanzt worden, das durch die Quadrupelallianz gleichsam in der Gluth erstickte Feuer die Kräfte seiner Urheber aufgezehrt hat, bleibt unter dem wirklich grünenden Delbaum des europäischen Friedens Schlessen unerquickt. Im Gegentheil: anstatt das von ihm selbst auf zehn Jahr ausgemessene Militärquantum von $1\frac{1}{3}$ Million Gulden herabzumindern, fordert der Kaiser neben vielen anderen Posten noch ein Militärextraordinarium von über einer halben Million. Die Stände haben sich längst über Vermögen angestrengt und zwar um so mehr, da es neben den willigen Contribuenten auch gestiffentlich Morose giebt, für deren Säumniß und Hartnäckigkeit jene mit aufkommen müssen. Die Willigen waren dann stets bereit, mit Aufopferung Gutes und Blutes und ihres letzten Nothpfennigs lieber an der zur Fristung ihres mühseligen Lebens hochbedürftigen Nahrung die größte Nothdurft zu leiden, als dem Kaiser mit ihrer Schuldigkeit im Rückstand zu bleiben; jezt aber wissen sie nicht, wo das Verlangte hernehmen, ihre Bestürzung ist grenzenlos. Allerwehmüthigst und fast mit blutrie-

sendem Auge stellen sie dem Landesherrn die Lage vor, berichten ihm den aus dem Munde so vieler tausend Hunger klagender Contribuenten hervorschaallenden Behestand und — das ist das Ende vom Liede — erklären einstimmig, nur das Ordinarium bewilligen zu können.

Allein in Wien ließ man sich weder durch solche Rhetorik noch durch die Wahrheit, welche sie enthielt, einschüchtern. Man war ja längst gewohnt, durch Festigkeit im Handeln und Feilschen mit den schlesischen Ständen, wenn auch nicht völlig, doch nahe zum Ziele zu kommen, aus großen Remonstrationen kleine Abstriche hervorgehen zu sehen. Durch Rescript vom 28. Mai 1720 an das Oberamt und die Fürstentagscommission lehnte Karl VI. den Nachlaß des Extraordinariums unbedingt ab, da sein Aerar ebenfalls unvermögend sei, und trieb die Behörde wie die Commissarien an, zur Durchsetzung seiner Forderung alles aufzubieten. Und wirklich ward durch den Fürstentagschluß vom 9. October, einen vollen Monat, nachdem den Ständen das Anliegen des Kaisers wegen der pragmatischen Sanction bekannt gemacht worden, freilich unter lebhaftem Zammern und Wehklagen das vorgelegte Budget mit geringen Ermäßigungen im Detail und wenigen in Bittform angebrachten Klauseln in der Hauptsache bejahend votirt. Wie üblich, haben sich die Stände auch diesmal mit dem Reverse begnügt, daß alle diese Bewilligungen ihren Privilegien unschädlich sein sollten. Gab man damit anscheinend nur eben für jetzt nach und behielt sich erneuten Widerstand gegen künftige Bedrückung vor, warum konnte man nicht in der unmittelbar nachfolgenden Verhandlung über die Successionsache gleichsam die Offensive ergreifen und die ständische Zustimmung zur gewünschten Erbfolge an positive Bedingungen zu Gunsten der materiellen Erleichterung und Hebung des Landes knüpfen? Nicht die Spur eines Versuches dazu werden wir antreffen. Und was so auf materiellem Gebiete versäumt ward, hat man ebenso wenig in anderer Richtung unternommen. Wir denken hier nicht an den Gegensatz geistiger Interessen, etwa der Religion; denn einmal mochten so kurz nach der Ultranstädter Convention selbst in der evangelischen Bevölkerung weitere Wünsche schweigen, und andererseits hatte das officiële Schlesien nach 1648, der in weit überwiegender Mehrheit katholische Conventus publicus überhaupt nichts mit religiösen Beschwerden zu thun. Wir

meinen vielmehr gegenüber den realen wirthschaftlichen Zuständen die mehr idealen Fragen der Verfassungsform, die eigene rechtliche Stellung, auf welche gerade Stände von sinkender Bedeutung gewöhnlich einen besonders hohen Werth legen; und daß die schlesischen darin keine Ausnahme machten, zeigt eben jener Revers, der ihnen Jahr für Jahr für materielle Leiden formellen Trost gewährt hat.

Auch in dieser Hinsicht nun durfte man den Versuch eines Vorgehens von ständischer Seite vielleicht desto eher gewärtigen, je jünger die Beschwerde war, um die es sich handelte. Anfang 1719 erhielt Pfalzgraf Franz Ludwig, Fürstbischof von Breslau, auf sein wiederholtes Ansuchen den Abschied von der Würde eines obersten Landeshauptmanns von Schlessen, da er sich durch seine drei Jahr früher erfolgte Wahl zum Erzbischof von Trier an regelmäßiger Wahrnehmung seiner schlesischen Amtspflichten verhindert sah. Karl VI. aber hielt diesen Augenblick für geeignet, die Stelle des Oberhauptmanns überhaupt nicht wieder zu besetzen. Statt dessen betraute er seinen Kämmerer Hans Anton Grafen von Schaffgotsch, bisher Landeshauptmann von Schweidnitz und Jauer, am 23. Februar 1719 zunächst durch Substitution mit dem Präsidium des Fürstentages. Hiergegen erhoben nicht bloß Fürsten und Stände beim Kaiser selbst wie bei der böhmischen Kanzlei allerhand Einwände, sondern auch das Oberamt machte wegen der Sessionsschwierigkeiten und anderer Hindernisse, die daraus entspringen mußten, Vorstellungen. Allein der Kaiser erklärte am 28. März, es solle dabei bewenden; zu ständischen Besorgnissen sei kein Grund, da er Privilegien und Landesverfassung durch Reversalien sicher stellen werde; in Bezug auf die Session ordnete er an, daß der neue Präses den Commissarien des Fürstentages gegenüber vor der Fürstenbank in einem Lehnseffel auf etwas erhöhtem Fußbrette Platz nehmen solle. Drei Tage später ward Graf Schaffgotsch zum wirklichen Geheimrath ernannt; noch am 4. April jedoch fand der Kaiser abermals zu erinnern, derselbe solle nicht nur einen schlechten Lehnseffel erhalten, wie es dem Bernehmen nach von einigen Leuten ganz ungleich und vielleicht beflissener Weise ausgedeutet worden, sondern einen Lehnseffel, der mit Armen versehen sei, worauf er sich auch mit den Händen legen könne; ernstlich verbat sich Karl fernere

anmaßende Weiterungen. Am 27. April endlich erfolgte zum Abschluß der Neuierung die Ernennung Hans Anton's zum Oberamtsdirektor, auch sie dem Namen nach nur interimistisch; in der That aber hat dieser erste und letzte Oberamtsdirektor länger als zwei Jahrzehnte über Schlesien gewaltet, bis das Land selbst in die Hände Preußens fiel. Die Stände ließen sich dann auch hier an dem verheißenen Reverse genügen, daß die geschehene Veränderung ihren Vorrechten und Bräuchen nichts abbrehen noch irgendwie Beispiel oder Folgerung daraus gezogen werden solle. Nun ist freilich nicht zu leugnen, daß schon ein Jahrhundert früher, als Ferdinand II. nach der Bezwingung des schlesischen Aufstandes den Oberhauptmann zum Präsidenten eines Collegiums vom Kaiser bestellter Oberamtsräthe herabdrückte, der unabhängige Charakter jenes höchsten ständischen Landesbeamten wesentlich Eintrag erlitt; immerhin jedoch fühlte sich auch seitdem noch der Oberhauptmann im Präsidium der Fürstentage wie an der Spitze der Verwaltung persönlich als ein Glied des schlesischen Fürstenstandes; auch Franz Ludwig noch schied von seinen ständischen Genossen mit der Versicherung, er habe während seiner sechsunddreißigjährigen Amtsführung stets des Kaisers Dienst mit des Landes Wohlfahrt zu vereinigen gestrebt und werde allezeit gern auch als Kurfürst des Reiches ein Fürst des Landes Schlesien und Bundesgenos der Krone Böhmen bleiben. Die Einsetzung des Oberamtsdirektors vollendete dagegen die einseitig kaiserliche Gestaltung der Landesregierung, und Schaffgotsch selbst hat seine Aufgabe durchaus in solchem Sinne verstanden. Sollten nicht aber die Stände, die ihm 1719 die Armlehnen vom Präsidialseffel abzustreiten suchten, 1720 die Gelegenheit der Verhandlung über die pragmatische Sanction wenigstens zu der Bitte um einen rechten Oberhauptmann und fürstlichen Vorsitzenden ihrer Versammlungen benutzen? Auch hierzu haben sie sich nicht das Herz gefaßt.

Der Wiener Regierung auf der anderen Seite war der Weg zur Erreichung ihrer Absicht in der Successionsache in Schlesien sehr einfach dahin vorgezeichnet, daß sie die Verhandlung darüber von den übrigen ständischen Berathungen äußerlich wie innerlich möglichst zu trennen trachten mußte. Denn gegen die pragmatische Sanction an sich ließ sich gerade vonseiten Schlesiens schwerlich Widerstand oder

auch nur Abneigung befürchten. Seit einem Jahrhundert war der Geist der Selbständigkeit in diesem Lande gebrochen; die nunmehr längst befestigte Gewohnheit des leidenden Gehorsams verband sich mit dem gutmüthigen Charakter der Bevölkerung zu einer nicht eben überaus warmen und lebendigen, aber in ihrer Gelassenheit durchaus genügsamen Loyalität und Anhänglichkeit an das ferne Herrscherhaus, dessen Familienereignisse man devot mit zu feiern oder zu betrauern pflegte. Und schlechtweg als ein solches Familienereigniß halb schmerzlicher, halb tröstlicher Natur sah man wohl auch den bevorstehenden Ersatz der männlichen durch die weibliche Linie der Habsburger an; wer möchte nicht dringend bezweifeln, daß sich der Gedanke an Losreißung von der letzteren ohne den äußeren Anstoß von 1740 in Schlesien jemals geregt hätte? Hatte sich doch übrigens Ferdinand I., obwohl er sich auch in diesem Lande der ständischen Wahl unterzog, daneben auf das Erbrecht seiner Gemahlin gestützt, sodaß die ganze Stellung der Habsburger in Schlesien von Haus aus, wenn auf irgendwelchem Erbrecht, gerade auf dem der weiblichen Linie beruhte. Wie aber sollte jetzt, hundert Jahr nach der Schlacht am weißen Berge, ein schlesischer Fürst oder Stand auf das vorlängst entschlummerte Wahlrecht zurückzugreifen wagen, wie sollten insbesondere nach dem Abgang der alten Fürstengeschlechter die Aueröberg, Eichtenstein, Lobkowitz, ja selbst die Würtemberg, die sämmtlich dem Hause Oesterreich ihre Erhebung verdankten, zu solcher Anmaßung den Muth finden? Daß sie wegen des künftigen Erbgangs überhaupt zu Rathe gezogen wurden, mußte ihnen schon im Licht einer unverhofften kaiserlichen Gnade erscheinen. Und auch gegen den weiteren, über den Bereich ihrer Landesverfassung hinausgehenden Inhalt der pragmatischen Sanction konnten sie kaum etwas einzuwenden haben; in die dynastische Verbindung mit dem Donaureich, in den Begriff der österreichischen Monarchie hatte man sich auch auf dem vorgeschobenen Posten Schlesiens seit mancher Generation historisch eingelebt; noch schimmerte keine Ahnung auf von der Möglichkeit eines gedeihlichen Anschlusses an ein anderes Staats- oder Reichsgebilde. Bedenken hätte nur erregen können, wenn die Regierung von vornherein bei der Vorlage der Erbfolgeordnung die aus deren Annahme entspringende solidarische Verpflichtung Schlesiens zur

Vertheidigung der Herrschaft Maria Theresia's an allen Punkten des Reiches scharf betont hätte; das Schreckbild künftiger Lasten hätte dann leicht die Erinnerung an die gegenwärtigen hervorlocken können. Auch diesen Fehler hat jedoch Karl VI. klug vermieden; wie man denn nicht leugnen wird, daß die ganze Angelegenheit von Wien aus geschickt eingeleitet und mit vorsichtiger und sicherer Hand zum Ziele geführt ward.

Am 30. August 1720 erging von der böhmischen Kanzlei zu Wien an das schlesische Oberamt ein Reskript, durch welches das Successionswerk nun auch in Schlessien auf die Bahn gebracht ward. Am 21. October sollten danach noch vor der Schließung des gegenwärtigen Fürstentages, der jedoch mit seinen Budgetberathungen bis dahin jedenfalls zu Ende gediehen sein mußte, die zu diesem Akte mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Deputirten der Fürsten und Stände die Vorlage der pragmatischen Sanction entgegennehmen, sich, wie der Kaiser nicht zweifle, der ohnehin den Fundamentallandesgesetzen entsprechenden Anordnung mit allerunterthäufigster Danknehmigkeit fügen und ihre allerschuldigste Accession und Submission willigst zu erkennen geben. Das Oberamt ward angewiesen, die kaiserliche Absicht allen Fürsten und Ständen kundzuthun, was auch sofort durch besondere Einladungsschreiben vom 4. September geschah; inzwischen ward ihm noch aufgegeben, sich über die Modalitäten der Vorbereitung des Aktes gutachtlich zu äußern. Das verlangte Gutachten ging am 9. September ab und ward am 27. von Wien aus durch einen bemerkenswerthen Bescheid erwidert. Das Oberamt nämlich, an dessen Spitze, wie wir uns erinnern, jetzt Graf Schaffgotsch als königlicher Direktor stand, war mit einer Reihe von Rathschlägen hervorgetreten, welche zumeist dahin zielten, die Selbstthätigkeit der Stände bei der in Aussicht stehenden Verhandlung in außergewöhnlicher Weise auf ein geringstes Maß einzuschränken. In Wien jedoch sprach man sich dem entgegen, freilich nicht aus wirklicher Theilnahme für die ständischen Gerechtsame, wohl aber aus richtiger politischer Erwägung, durchweg für Schonung des Herkommens und Wahrung des Scheins der Freiheit aus. So ward der Vorschlag des Oberamts, die Einrichtung der fürstlichen und ständischen Spezialvollmachten durch ein von ihm selbst verfaßtes Formular genau vorzuschreiben, vom Kaiser mit dem Bemerken abgelehnt, er hege

daß Vertrauen zu Fürsten und Ständen, daß sie bei einem ihnen selbst höchst erspriesslichen Werk alles Erforderliche aus eigenem Antriebe beobachten würden; es sollte sich deshalb die Behörde auf eine bloße Anleitung für den Inhalt der Vollmachten beschränken. Eine andere Erinnerung des Oberamts wirft auf die Art, wie man sonst die Formen der ständischen Verfassung einzuhalten pflegte, ein interessantes Licht. Wir hören da, daß man sich auf den gewöhnlichen Fürstentagen zufrieden gab, wenn die Abgeordneten der Fürsten und Freiherren sowie die der Städte nur unterseigelte Vollmachten ohne Unterschrift ihrer Auftraggeber vorwiesen, was freilich so viel nicht besagen wollte; daß aber die Deputirten der Erbfürstenthümer gar keine Ausfertigung vonseiten ihrer nominellen Mandanten, der Landstände, mitbrachten, sich vielmehr kurzerhand durch die königlichen Aemter ihrer Heimat legitimiren ließen, zeigt recht deutlich, daß die landständische Organisation der Erbfürstenthümer, wie sie örtlich längst alle Bedeutung eingebüßt hatte, auch in der Gesamtconstitution der schlesischen Lande nur noch dazu diente, die mit der erbfürstlichen Regierung identische kaiserliche Regierung selber in einer der drei Curien des Conventus publicus zu vertreten. Dießmal nun galt es ausnahmsweise, nicht bloß den landesherrlichen Willen für den Augenblick durchzusetzen, sondern auch dem Lande selbst in allen seinen politisch berechtigten Gliedern eine bestimmte Verpflichtung für die Zukunft aufzuerlegen, die man den Einzelnen vielleicht einmal ausdrücklich in's Gedächtniß rufen mußte; kein Wunder daher, daß sich nun mit einem male das Oberamt, seinen sonstigen antiständischen Tendenzen scheinbar entgegen, sehr gewissenhaft um die klare und vollständige Beglaubigung der Vollmachten kümmerte und für die fürst-freiherrlichen und städtischen Deputirten unterschriebene, für die erbfürstlichen landständische Legitimationen forderte. Auch hierin jedoch hielt es der Kaiser für gerathen, an der bisherigen Observanz festzuhalten, die man ja jederzeit als rechtsverbindlich angesehen habe; höchstens sollten die Landeshauptleute von Teschen und von Oppeln und Ratibor ermahnt werden, in den Amtsattesten für ihre Deputirten der Landstände deutlicher Erwähnung zu thun. Wenn dann wiederum das Oberamt von der üblichen Einzelabstimmung der Abgeordneten in den Curien, ja sogar von der Sonderberatung und -votirung der Curien

selbst diesmal Abstand zu nehmen rieth, weil daraus Verzögerung erwachsen könne, eine derartige Behandlung eines solchen Gegenstandes überhaupt ungehörig sein würde, so entschloß sich der Kaiser auch in diesen Punkten für den alten Stil; doch fügte er höchst charakteristisch hinzu, die Trennung in Curien solle den Ständen nicht sowohl zur Deliberation als vielmehr dazu Gelegenheit gewähren, ihre Vota in desto förmlicheren und verbindlicheren Ausdrücken abzufassen; und allerdings solle das ganze Werk in drei oder vier Tagen abgemacht werden. Mehr bedarf es nicht, um einzusehen, daß es auch der Wiener Regierung einzig darauf ankam, die Stände durch formelles Entgegenkommen im Moment desto sicherer materiell für die Zukunft zu verpflichten.

Gemäß der erhaltenen Instruktion trat dann das Oberamt am 2. Oktober wenigstens mit einer Anleitung zur Einrichtung der Vollmachten hervor, welche an Fürsten und Stände versandt ward, die mittlerweile infolge der früheren oberamtlichen Ansage schon mit den Vorkehrungen zur Abordnung ihrer Specialdeputirten beschäftigt waren. Und dazu scheinen doch auch in einem und dem anderen Erbfürstenthum die Landstände wirklich herangezogen worden zu sein; wenigstens hören wir von einem außerordentlichen Landtage zu Brieg am 9. Oktober, auf dem die dortige Regierung die Stände des Fürstenthums Brieg und Weichbildes Ohlau zum Behufe der Wahl und Bevollmächtigung von solchen Deputirten versammelte. Es erhellt nicht, ob man dazu hier und anderswo neue Leute bestimmte, oder die bisherigen Vertreter beim ordentlichen Fürstentage von 1720 nur mit besonderen Vollmachten versah. Denn obgleich dieser ordentliche Fürstentag, nachdem am 9. Oktober jener den kaiserlichen Budgetforderungen im ganzen so günstige Schluß publicirt worden, am 10. mit den gewöhnlichen Formalitäten abgedankt ward, sollte ja die auf den 21. anberaumte Versammlung eigentlich noch als eine Fortsetzung der laufenden Session gelten; jedenfalls blieben die für diese ernannten königlichen Commissarien, Philipp Herzog zu Sagan, Carl Josef Erdmann Graf Henckel von Donnermark, Herr der Standesherrschaft Beuthen, und Carl Johann Emerich Graf von Berg — beide letztere Oberamtsräthe — auch während der außerordentlichen Sitzung in ihren Functionen. Die Vorbereitungen

fanden ihren Abschluß durch ein vom 12. Oktober datirtes, am 18. einlaufendes kaiserliches Reskript an das Oberamt, dessen wesentlichen Inhalt wir eingehend würdigen müssen, da es zugleich unmittelbar als Proposition der Regierung für die ständische Berathung dienen sollte und in der That gedient hat.

Der Kaiser geht darin aus von der väterlichen Sorgfalt, die er seit Anfang seiner Regierung bekanntermaßen stets der Aufnahme und dem Wohlfsein seiner sämmtlichen Erbkönigreiche und Lande zugewandt. Fürsten und Stände von Schlessen sollen nun erfahren, was in diesem Sinne vor allem zur Abwehr künftiger Uebel und Besorgnisse von ihm und seinen Vorfahren geschehen. Es wird dann erzählt, wie zuerst Ferdinand II. durch Testament von 1621 und Codicill von 1635 die Thronfolge in seinem Hause einheitlich in Gestalt eines ordentlichen Fideicommisses und Majorats geregelt, wie ferner unter Leopold's Auspicien die Pakte vom 12. September 1703 zwischen Josef und Karl geschlossen worden, welche durch Karl's eigene Deklaration vom 19. April 1713 mit Rücksicht, wie es hier ganz offen heißt, auf die von 1703 bis 1713 erfolgten Zufälle und veränderten Weltläufe, weiter erläutert und als pragmatische Sanction stabilirt seien; wie endlich diese pragmatische Sanction 1719 bei der Vermählung Maria Josefa's von dieser Erzherzogin selbst sowie von den sächsischen Fürsten feierlich bekräftigt worden sei. In acht umfangreichen Anlagen werden die Urkunden über alle diese Vorgänge beigebracht. Wie sich nun Karl entschlossen, diese zu Gute, Wohlfahrt und unzertheilte Erhaltung seiner Erbkönigreiche und Lande eingeführte Erbordnung in allen seinen Gebieten nach eines jeden Königreichs und Landes Art und Herkommen kund zu machen, so verlangt und begehrt er aus besonderer Gnade und landesväterlicher Zuneigung speziell von den getreuesten Fürsten und Ständen seines Erbherzogthums Schlessen die wirkliche Bezeugung ihrer gehorsamsten Beitretung und Submission hinsichtlich dieser Dispositionen, „als welche“ — hier erlauben wir uns wörtlich zu citiren — „allein die Versicherung der Thron- und Erbfolge wie auch die ewige unzertrennliche Vereinigung und Beisammenbehaltung der von Undermalen in und außer Deutschland bestehenden oder auch künftig zu-

kommenden Erbkönigreiche, Fürstenthümer und Lande, worab hauptsächlich das Heil, Ruhe und Wohlstand der Länder und Unserer treugehorsamsten Fürsten und Stände, auch Unterthanen selbst hange, zur Absicht haben.“ Nachdem dann der geschehenen Einladung der Stände gedacht worden, spricht der Kaiser die Zuversicht aus, daß dieselben zur Bezeugung ihrer Devotion gegen das Haus Oesterreich der ohnedem mit den Landesgrundgesetzen übereinstimmenden Successionsordnung dankbar und willig beitreten und sich unterwerfen werden.

Der Rest des Reskripts giebt dann Weisungen über die geschäftliche Behandlung der Vorlage. Das Oberamt erhält den speziellen Auftrag, die Proposition zu thun, die Wichtigkeit des Werkes und die dadurch bewiesene landesväterliche Güte den Ständen vorzustellen, dann das Direktorium zu führen und alles übrige Erforderliche zu veranstellen. Alle urkundlichen Beilagen sind deutlich zu verlesen; die Abstimmung über Accession und Submission erfolgt *curiatim* nach hergebrachter Observanz, jedoch sollen ausnahmsweise die bei gewöhnlichen Landesfällen von der Botirung ausgeschlossenen zeitigen Commissarien, nicht zwar als solche, sondern als einfache Mitstände persönlich oder durch Deputirte ihr Botum mit einlegen. Ueber den ganzen Akt ist alsdann ein förmliches Instrument zu verfassen, in welches eingangs *ad meliorem rei gestae memoriam* die Namen aller anwesenden Deputirten einzutragen sind; die verlesenen Dokumente aber dürfen nur relativ erwähnt, nicht ausführlich aufgenommen werden. Das Instrument wird, von Fürsten und Ständen besiegelt, wie die Fürstentagschlüsse sonst, in drei Exemplaren ausgefertigt, von denen eins an die böhmische Kanzlei geschickt, eins im fürstlich-ständischen Archive, das dritte in der Oberamtsregistratur verwahrt werden soll. Und zwar soll die Aufbewahrung mit größter Vorsicht geschehen; nicht bloß das dem Oberamt anvertraute Exemplar ist wohlversiegelt zu hüten, sondern namentlich das ständische, das mitsammt den beigehenden Urkunden im Fürstenzimmer des Breslauer Rathhauses in einem besonderen eisernen Behältniß unter dreifachem Verschuß der bei der Abstimmung präsidirenden drei Deputirten, sowie unter ihrem und überdies unter

oberamtlichem Siegel in Obhut gehalten werden soll. Denn der Kaiser verbietet ausdrücklich, den Text des Instrumentes selbst wie der anderen Dokumente in Copien bekannt zu machen; eben deshalb soll auch dem Fürstentagschluß von 1720 nur ein Auszug aus jenem angeteilt werden. Die Fassung dieses Auszugs wie die des Instrumentes selbst wird dem Oberamt übertragen, das jedoch der böhmischen Kanzlei vorher darüber Mittheilung zu machen hat. Ingleichen hat dasselbe über den ganzen Verlauf des Werkes, wobei ihm Geschick, Beßissenheit und genaueste Befolgung der kaiserlichen Befehle ans Herz gelegt wird, an die vorgesezte Behörde zu berichten.

Die Vorschrift zu so ängstlicher Geheimhaltung der Urkunden über die pragmatische Sanction in dem Augenblick, wo man dies Hausgesetz durch öffentliche Verhandlungen in allen Reichstheilen zum Staatsgrundgesetz erhob, muß auffallen; um so mehr, als ein halbes Jahr früher, am 22. März 1720 eine Ministerconferenz in Wien den Antrag des Grafen Alois Harrach, die entsprechenden Verhandlungen der niederösterreichischen Stände mit sämmtlichen Beilagen durch den Druck zu veröffentlichen, ausdrücklich gebilligt hatte. Was den Kaiser dann doch zur entgegengesetzten Entscheidung bewog, kann wohl nur das Bedenken gewesen sein, eben diese hausgesetzlichen Beilagen der politischen Discussion von ganz Europa vorzeitig preiszugeben; und zwar wird es dabei vornehmlich auf das Pactum vom 12. September 1703, die Grundlage der ein Jahrzehnt später aufgehobenen josefinischen Näherrechte, angekommen sein. Denn die Deklaration vom 19. April 1713 sowie die sächsischen Verträge von 1719 hat Karl VI. im Oktober 1731 unbedenklich dem Reichstage zu Regensburg präsentirt, als er sich bei'm Reich um Garantie der pragmatischen Sanction bewarb, worauf sie denn natürlich sofort publicirt wurden. Aus ihnen aber war der Inhalt jenes älteren Hausvertrags keineswegs deutlich zu ersehen, sodaß man infolge dessen mißliebige Erörterungen vonseiten feindseliger Publicisten nicht zu befahren hatte, die sich des Pacts von 1703 ohne Zweifel zur Anfechtung der karolinischen Rechte bedient hätten. Eben zu diesem Zweck ist dann auch der letztere im Oktober 1741 zuerst im Auftrage des sächsischen Hofes, in dessen Händen er sich jedenfalls seit 1719 abchriftlich befand, herausgegeben und alsbald allgemein ver-

breitet worden¹⁾). Immerhin bleibt es befremdend, daß man nicht wenigstens die ständischen Accessions- und Submissionserklärungen selbst, von denen sich die Anlagen ja wohl hätten trennen lassen, zur Publikation bestimmte. Allein es scheint, als habe der Kaiser, während er sich für jetzt mit der Thatsache der allseitigen Annahme seiner Erbordnung begnügte, den Wortlaut der betreffenden Instrumente nur für künftige Nothfälle gewissermaßen als persönliche Verschreibung der Treue der einzelnen Lande gegen seine Dynastie für sich bewahren wollen. Denn eben im Sinn einer persönlichen Verschreibung ist es doch zu nehmen, und nicht bloß, wie es so harmlos lautet, *ad meliorem rei gestae memoriam*, wenn die Eintragung der Namen der votirenden Abgeordneten in die Urkunde verlangt wird; wie es auch nur deshalb wünschenswerth erschien, daß sich auch die Fürstentagscommissarien der Abstimmung nicht, wie sonst üblich, entzögen. Wie aber in diesem Punkte, so wird man auch im übrigen der kaiserlichen Proposition eine kluge und gewandte Fassung nicht absprechen können. Die Motivirung der pragmatischen Sanction selber kehrt einzig und allein das Interesse hervor, welches das Land Schlessen gleich jedem anderen Erblande an der Erhaltung der Reichsgemeinschaft zwischen den sämtlichen Stücken des habsburgischen Machtgebietes habe. Der Beitritt zur pragmatischen Sanction erscheint daher als etwas, was die Fürsten und Stände sich einfach selbst schuldig sind. Daß sie durch diesen Beitritt auch lästige und ernste, vielleicht sehr weittragende Verpflichtungen übernehmen, wird durch die landesherrliche Vorlage mit keinem Worte angedeutet; wie hätte man auch von vornherein die abschreckende statt der verlockenden Seite herauskehren dürfen! Dem Oberamte, dessen „Dexterität und Besonnenheit“ die Leitung der Berathung wie die Redaktion der Beschlüsse anheimgestellt ward, blieb es vorbehalten, diese Lücke des allermildesten landesväterlichen Antrags nach Möglichkeit auszufüllen, was ihm denn auch trefflich geglückt ist.

¹⁾ Vgl. A. Fournier, zur Entstehungsgeschichte der pragmatischen Sanction, in Sybel's hist. Zeitschrift Bd. XXXVIII. S. 22. Anm. 1. — Fournier hat jedoch übersehen, daß das Pactum bei Olenzlager, Gesch. des Interregni, vollständig gedruckt ist, nur freilich nicht im ersten, sondern im dritten Band, S. 131 fgde. Fournier's Neudruck ist daher nur wichtig durch die Verbesserung *debitae* statt *debite* in der 27. Zeile seines Textes.

Am 21. Oktober 1720 früh waren die einundvierzig Deputirten der Fürsten und Stände, ausgerüstet mit ihren Spezialvollmachten, vollzählig im Fürstensaale des Breslauer Rathhauses versammelt; gegen 10 Uhr fand sich das Oberamt ein, seinen Direktor Grafen Schaffgotisch an der Spitze, der als substituirtter Präses den Vorsitz übernahm. Der Oberamtskanzler Graf Rottulinöky hielt sodann einen mündlichen Vortrag, in welchem er nach Vorschrift des Reskripts vom 12. Oktober Bedeutung und Segen des bevorstehenden Aktes auseinandersezte; darauf verlas Oberamtsekretär von Grossa jenes Reskript selbst als königliche Proposition. Mit der Verlesung der Beilagen brach man bald ab, da die Zeit zu kurz war. Ihre Beendigung erforderte noch am folgenden Morgen drei weitere Stunden; worauf der Generallandesbestellte Christian Anton Knorr von Rosenroth im Namen des *Conventus publicus* — ganz im Geiste der kaiserlichen Entscheidung vom 27. September, also offenbar auf einen vom Oberamt erhaltenen Wink — „ein kurzes *spatium* erbat, um nur die *vota* mit gehörigen *expressionibus* abzufassen.“ Gleich am nächsten Tage erklärten die Abgeordneten ihre allerunterthänigste Annahme und Unterwerfung und verabredeten, die *vota* danach einzurichten. Mit deren Abfassung haben sich darauf die Curien am 24. Oktober beschäftigt. Am 25. Vormittags erschien dann wiederum das Oberamt auf dem Rathhause; die *vota* wurden *curiatim* abgelegt, das Oberamt trat mit seinem *votum conclusivum* bei, wodurch die Summe der einhelligen Erklärung der Fürsten und Stände, „daß sie der von Ihrer kaiserlichen Majestät in Conformität der Fundamentalgesetze gemachten Successionsdisposition allergehorsamst beipflichteten und die von ihrem allergnädigsten Monarchen in diesem Fall für sie bezeugte allermildeste Vorsorge mit allerunterthänigstem Dank verehrten“, zum Beschluß erhoben ward. Nachdem sodann dem Generallandesbestellten aufgetragen worden, in Conformität der *Curiatvota* und, wie es charakteristisch heißt, „nach Ziel und Maß des allergnädigsten Reskripts“ das darüber auszufertigende *Instrumentum publicum* abzufassen, beschloß derselbe mit einer wohlgefügten Rede die „merkwürdige Verrichtung¹⁾.“

1) Diese Notiz wie andere kleine Ergänzungen der handschriftlichen Fürstentagsdiarien bietet die Europäische Fama v. J. 1720, Theil 239. S. 963 bis 64.

Uns freilich erscheint weit merkwürdiger, als die ständische Verhandlung selbst in ihrem überaus glatten und zahmen Verlauf, die Kunst, mit welcher die Regierung jener ständischen Beitrittserklärung eine möglichst vielsagende und weittragende Auslegung zu geben verstand. Man gewinnt einen Einblick darein, wenn man den Wortlaut der am 25. Oktober abgegebenen Curiatvoten mit dem Texte des auf sie gegründeten Gesamtinstruments sowie des aus diesem für den Fürstentagschluß gemachten Auszuges vergleicht, wie beide letztere endgültig in der böhmischen Kanzlei festgestellt wurden. Die Abfassung jenes Instrumentes hatte freilich, wie erwähnt, nach dem herrschenden Brauche zunächst der Landesbestellte zu besorgen, ein ständischer Beamter also; jedenfalls aber hat das Oberamt, dem ja durch das Reskript vom 12. Oktober die Redaktion eigentlich zugewiesen war, entweder von vornherein oder durch Revision des Rosenroth'schen Entwurfes das beste daran gethan. Der Aufsatz, den es dann am 28. Oktober nach Wien einsandte, hat auch dort noch einige Correkturen erfahren und ist so am 11. November zur Ausfertigung an's Oberamt zurückgeschickt worden. Am 16. December endlich ging das für die böhmische Kanzlei bestimmte Exemplar der vom 25. Oktober datirten Accessions- und Submissionssurkunde fertig nach Wien ab, und gleichzeitig wird auch wohl die Niederlegung des ständischen Exemplars in die eiserne Truhe im Fürstensaal erfolgt sein, wobei wir noch bemerken, daß man außer den bekannten Beilagen auch noch die einundvierzig Originalvollmachten der Deputirten in forma libelli eingebunden dem gleichen Gewahrsam übergab. Den Extrakt dagegen aus dem Accessionsinstrument für den Fürstentagschluß hatte ohne Mitwirkung des Landesbestellten gleich das Oberamt aufzusehen; er bekam erst im December durch die Oberbehörde zu Wien seine definitive Form, ward dann als Clansel dem neu anzufertigenden Fürstentagschluß angehängt und erhielt mit diesem zugleich am 16. Januar 1721 die kaiserliche Ratification, wodurch nun endlich der noch nominell offen gehaltene Fürstentag des Jahres 1720 seinen wohlverdienten huldvollen Abschied empfing. Da uns von den erwähnten Zwischenstadien der Textgestaltung übrigens nichts näheres überliefert ist, so sind wir, wie gesagt, auf den Vergleich des fertigen Instruments und Extractes

mit den ursprünglichen Aeußerungen der drei ständischen Curien angewiesen.

Am kürzesten und gemessensten ließ sich von diesen am 25. October 1720 die fürst-freiherrliche Stimme vernehmen. Nachdem der Inhalt der kaiserlichen Proposition in knapper Form wiederholt worden, heißt es weiter: „Gleichwie nun unsere in Gott ruhenden Vorfahren mit großer Begierde unter den Gnadenflügeln der allerdurchlauchtigsten Antecessorum ihre Ruhe und Schutz gesucht und daher sich in freiwilligster Devotion den Königen von Böhmen zu Lehen angetragen und ergeben, auch bis auf diese Stunde mit Aufsehung Gutes und Blutes sich jederzeit treuehorsaamst erwiesen, wogegen sie auch hinwiederum mit unterschiedenen Gnaden und Privilegien aller-mildest versehen worden; also da wir durch viele Saecula den allermächtigsten Schutz und angestammte österreichische Clemenzen genossen, wofür dem allmächtigen Gott nimmer genugsamer Dank abzustatten, auch aus gegenwärtigem Vortrag die allermildeste und landesväterliche Vorsorge für unsere und unserer Nachkommen künftige Ruhe und Wohlfahrt zur Genüge wahrzunehmen haben: um soviel mehr haben wir Ursach sothaner allermildesten Vorsehung und einrichtenden Thron- und Erbfolge mit allertieft und danknehmigster Submission beizutreten und den Allerhöchsten zu bitten, daß er Ihro kaiser- und königliche Majestät unseren allergnädigsten Herrn sammt dessen allerdurchlauchtigster Gemahlin mit Segen von oben herab mildreich überschütten wolle, womit es dem allerdurchlauchtigsten Erzhause von Oesterreich niemals an Erben ermangeln und wir, die wir uns auch fernerhin Ihro kaiser- und königlicher Majestät allermächtigsten Schutzes und allergnädigster Manutenenz unserer und unserer Vorfahren theuer erworbener Privilegien, kaiser- und königlicher Begnadigungen wegen künftiger Fälle allergehorsamst und demüthigst bittend zuversichtlich getrösten, nebst unseren Nachkommen unter Dero allerglorywürdigster Regierung bis an's Ende der Welt ein geruhiges und glückseliges Leben genießen mögen.“ So betäubend nun auch solcher Wortschwall der wohlredenden Devotion des 18. Jahrhunderts auf den Leser eindringen mag, dennoch wird man einräumen, daß aus dieser Erklärung, welche die Deputirten der Fürsten und freien Herren von Schlessen im Namen

ihrer „hoch und vornehmen Herren Principale“ abgaben, bei aller Demuth noch ein gut Stück altständischen Hochmuths und weit über alle Hingebung hinaus eine tüchtige Portion feudaler Selbstsucht hervorklingt. Diese edlen Magnaten von Habsburgs Gnaden geben sich noch als echte Nachfolger der alten Pfaffenherzöge; ihnen erscheint das staatsrechtliche Verhältniß, in dem sie zum Hause Oesterreich stehen, wirklich noch durch das alte böhmische Lehensband präcis bezeichnet. Und ganz in der Gesinnung mittelalterlicher Vasallen fassen sie denn auch den vorliegenden Fall auf: wir haben uns unter dieser Lehensherrschaft immerdar wohl befunden, für unsere Pflichten und Opfer zum Entgelt Rechte und Wohlthaten empfangen; in der Erwartung, diese fortzugenießen, wünschen wir also auch, wenn der Mannsstamm unserer Lehensherren ausgehen sollte, bei deren Weiberlinie auszuhalten! Nun läßt sich zwar folgern, daß sie sich damit auch zu neuen Pflichten und Opfern bereit erklären, daß sie vor der Aufsehung Gutes und Blutes, durch die sie bis zur Stunde ihre Treue erwiesen haben wollen, auch künftig nicht zurückscheuen werden; allein man vermißt doch jedes Versprechen, daß sie mit solchen Mitteln speziell die Ausführung der pragmatischen Sanction selbst vertheidigen, sich aktiv an deren Durchsetzung und Erhaltung, zumal in ihrem weiteren Sinne, auch außerhalb etwa der schlesisch-böhmischen Interessen, betheiligen wollen. Hatte der Kaiser in seiner Proposition diese Saite zu berühren vermieden, vielmehr nur auf die Vortheile seiner Successionsordnung für Land und Stände hingewiesen, so haben nun auch Fürsten und Freiherren eben allein den angeschlagenen Ton wiederhallend zurückgegeben. Mit diesem Botum war offenbar für die wahre Tendenz der kaiserlichen Politik wenig ausgerichtet.

Nicht unwesentlich weicht nun davon die zweite Curiatstimme, das Botum der Erbfürstenthümer ab, von denen, da sie in den Habsburgern wenigstens ideell die direkten örtlichen Gebieter verehrten, ein feineres Verständniß für die Absicht des Wiener Hofes, oder besser gesagt eine größere Neigung, ihr vollkommen zu entsprechen, allerdings von Haus aus zu erwarten war. Schon in der Recapitulation der kaiserlichen Vorlage wird betont, daß Karl VI. sich „zu allem Ueberflus“ entschlossen habe, seine Erbfolgeordnung allen seinen Erbkönigreichen,

Fürstenthümern und Landen kund zu machen. Was sich für die Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer, Glogau, Oppeln und Ratibor u. s. w. freilich von selbst verstand, das unbedingte Recht des Kaisers, seine Tochter zur Nachfolgerin zu ernennen, wird so gewissermaßen mit der Miene jener einseitigen Deklaration vom 19. April 1713 auf die ganze österreichische Monarchie erstreckt. Wenn es dann wieder heißt, Beitritt und Submission vonseiten Schlesiens solle erfolgen „gleichwie von allen anderen Erbkönigreichen und Landen“ des Kaisers, so haben wir hier viel deutlicher als in dem fürst-freiherrlichen Votum den weiten Reichshorizont der pragmatischen Sanction beständig vor uns. Der fernere Gedankengang ist kurz folgender: die landesväterliche Fürsorge erkennen die Erbfürstenthümer dankbar an; sie wünschen freilich nichts so innig, als Fortpflanzung des Erzhauses bis zu der Welt Ende; zumal nicht bloß sie ganz besonders diesem Hause mit Treue, Liebe und Devotion verpflichtet sind, sondern auch Schlessen überhaupt, wie man aus Erfahrung weiß, nicht glückseliger leben kann als unter seiner sanftmüthigen Regierung; überdies hegt man das Vertrauen, es werde der Kaiser auch seinen weiblichen Erben die österreichische Clemenz zu Erhaltung der schlesischen Privilegien mitgeben. Deshalb fühlen sich die Deputirten verpflichtet, im Namen der Erbfürstenthümer deren Accession und Submission „mit freudiger Aufopferung Gutes und Blutes hiermit zu contestiren, wie man dann auch ein gleiches zu thun der Posterität auf ewig einpflanzen wird.“ Es erübrige somit nur noch der Entwurf des gewünschten Instruments und was sonst der Kaiser vorgeschrieben. Man steht, über dies Votum konnte sich der letztere wahrlich nicht beklagen. Abgesehen selbst von jenem richtigen Gefühl für den gesamtstaatlichen Charakter der pragmatischen Sanction, ward auch die Sache Schlesiens hier in durchaus angemessener Weise behandelt. Die Fürsten und Freiherren hatten lediglich der eigenen Stellung gedacht; die Erbfürstenthümer heben zwar ihre direkten Sonderbeziehungen zum Herrscherhause hervor, jedoch nur insoweit ihnen daraus eigenthümliche Pflichten erwachsen; sie sprechen dagegen von dem Wohlbefinden ganz Schlesiens unter'm Scepter Habsburgs, sie verhoffen die Erhaltung der Gesamtprivilegien Schlesiens. Empfahl sich schon dadurch dieß Curiatvotum unverkennbar von selbst zur Grundlage des

gemeinsamen Instruments, so mußte dafür noch willkommener erscheinen, daß es, wiederum im Gegensatz zur fürst-freiherrlichen Stimme, in eine praktische Spitze anslief. Denn Beitritt und Unterordnung unter die pragmatische Sanction mit Aufopferung Gutes und Blutes bezeugen, kann, wiewohl unklar ausgedrückt, doch einzig besagen, daß die Botanten oder ihre Nachkommen, welche sie dazu anleiten wollen, für den Bestand der angenommenen Thronfolgeordnung im Nothfall auch Gut und Blut einzusetzen willens sind. Immerhin ist dieser Vorschlag auch durch die erbfürstliche Stimme noch keineswegs in sehr bündiger Form ausgesprochen; insbesondere bleibt undeutlich, ob man dabei nicht etwa bloß an eine Pflicht zur Vertheidigung der Succession Maria Theresia's in Schlesien selber dachte.

Dem Collectivvotum der Städte endlich, — welches bekanntlich die Stimme des auf der erbfürstlichen Bank vertretenen Breslau nicht einschloß, — ist zunächst eigenthümlich ein Uebermaß von Unterwürfigkeit in der Form; wie es freilich dem aller Selbständigkeit und Unabhängigkeit beraubten Sinne des damaligen Bürgerstandes, zumal in kleineren Städten, genau entsprach. Hier macht gleich den Anfang des Schriftstückes „die allerhöchst anstammende niemals genugsam gepriesene Clemenzen“ des Kaisers; hier soll den Abgang des habsburgischen Mannsstammes „der grundgütige Gott nach seinem unerforschlichen Rathschluß in allen Gnaden abwenden.“ Den „ponderösen Vortrag des hochlöblich königlichen Oberamts“ haben die Städte „in allerunterthänigster Devotion und Erniedrigung angehört.“ Sie beeilen sich, ihre dem Kaiser und seinem Hause „in unverrückter Treue und Erbunterthänigkeit beständigst zu tragende Devotion“ zu bezeugen. Sie schließen, nachdem sie Accession und Submission „mit allerunterthänigster Danknehmigkeit und pflichtschuldigstem Gehorsam“ erklärt, mit folgendem, man möchte sagen, in der Tonart des *ruere in servitium componirten* Sage: „daher denn nichts mehr übrig zu sein erachtet wird, als daß dem allergnädigsten kaiserlichen Befehl gemäß das hierob abzufassen kommende instrumentum submissionis et accessionis eingerichtet und sodann solches zu Dero allermildester Approbation förderlich abgesendet, mithin *enixissima et Augustissima voluntas Caesarea* in allem und jedem *praescripto modo* ad amus-

sim adimplirt und befolgt werde!“ Allein trotz dieser überschwänglichen Ergebung in den Willen des Kaisers trifft das städtische Votum den wahren Zweck desselben bei weitem nicht so sicher und genau wie das erbfürstliche; der Sache nach steht es vielmehr dem fürst-freiherrlichen ungleich näher. Denn erstens sprechen auch die Städte wesentlich von ihrem eigenen Interesse, anstatt die gemeinsame Sache des Landes Schlessen in den Vordergrund zu stellen; ihnen, den Städten, betonen sie, könne von der ganzen weiten und breiten Welt nichts erfreulicher und angenehmer sein, als die höchst erwünschte fernere Fortpflanzung des Hauses Oesterreich zumal in zahlreicher männlicher Nachkommenschaft, sodaß „folglich mehrgerügte königliche Städte, wie von vielen saeculis her, also inßkünftige und bis zu der Welt Untergang unter Vero allermächtigsten kaiser- und königlichen Adlers Flügeln allergnädigst protegirt, auch von allem besorglichen Uebel und Unheil präservirt werden“ möchten. Ferner aber hat auch das praktische Schlußgelöbniß, das hier allerdings direkter ausgesprochen wird als bei den Fürsten und Freiherren, doch ebenfalls einen partikularistischen und ständisch egoistischen Beischnack, wenn die Städte außer ihrer Accession und Submission „auch zugleich zu beharrlichen unschätzbaren kaiser- und königlichen Gnaden und Huldern mit freudiger Sacrificirung Gutes und Blutes sich in allertiefstem Respekt devovirt haben wollen.“ Wäre diese Redewendung indeß auch nur durch zufälliges Ungeschieß so herausgekommen, als sollte damit die engste Wechselbeziehung zwischen Huld und Treue, Empfangen und Leisten bezeichnet werden; jedenfalls wird auch der scharfsinnigste Deuter aus dieser Stelle nicht das bestimmte Gelübde der Aufopferung für die Sache der pragmatischen Sanction selber, so freudig man sich derselben gleichzeitig unterwarf, herauslesen wollen. Auch in diesem Hauptpunkt also kam das städtische Votum mit all seinem Aufwand von Unterthänigkeit an Brauchbarkeit dem erbfürstlichen keineswegs gleich.

Kein Wunder daher, daß zur Abfassung des Accessions- und Submissionsinstrumentes „in conformitate votorum“ ohne Rücksicht auf die Stimmen der ersten und dritten Curie fast ausschließlich die erbfürstliche Erklärung von der Regierung benutzt worden ist. Die Ur-

kunde¹⁾ enthält nach dem einleitenden, Inscription und Promulgation umfassenden Satz: „Wir Fürsten und Stände im Herzogthum Ober- und Niederschlesien bekennen, erklären und thun kund hiermit vor jedermannniglich,“ zunächst einen historischen Bericht über die Vorladung der Stände, das Erscheinen der einundvierzig, sämmtlich einzeln mit Namen und Titel aufgeführten Deputirten und ihre Legitimation, sowie über den Inhalt der ihnen geschehenen kaiserlichen Eröffnung, letzteres ingestalt eines kurzen sachlichen Auszugs aus der Proposition, wie sie im Reskript vom 12. Oktober gegeben war. Alsdann folgt die Motivirung des ständischen Beschlusses, wie gesagt, fast wörtlich nach dem erbfürstlichen Votum in nachstehender Fassung: „Sintemalen nun diese allermildest landväterliche höchste Vorsorge von uns gesammten Fürsten und Ständen dieses Erbherzogthums Ober- und Niederschlesien mit allerunterthänigster Dankveneration erkennet, auch mit vereinbarten Mund und Herzen nichts so innigst als die glorwürdigste Abstammung des allerdurchlauchtigsten Erzhauses von Oesterreich zu der Welt Ende gewünscht wird; zumalen über die Treue, Liebe und Devotion, mit welcher wir demselben verpflichtet sein, uns auch die Erfahrung gelehrt, daß dieses treudevoteste Erbherzogthum nicht glückseliger als unter der sanftmüthigen Regierung allerhöchst ermeldten durchlauchtigsten Erzhauses leben könne, man ingleichen des allerunterthänigsten Vertrauens ist, daß, da mehr allerhöchst gedachte Se. Kaiserl. und Königl. Maj. in Abgang männlichen Geschlechts (so der Allerhöchste in Gnaden verhüten wolle) ex sexu femineo Dero Erben zu assigniren befunden, Dieselben auch solchen die österreichische Clemenz zu fernerweitiger Erhaltung der von diesem treuehorsaamsten Erbherzogthum durch unausseßliche treue Dienste und Gehorsam theuer erworbenen Privilegien, Begnadigungen und Freiheiten mitzugeben allermildest geruhen werden“: Für den Nachsatz aber, der den eigentlichen Akt der Annahme der pragmatischen Sanction aussprechen sollte, genügte lange nicht die erbfürstliche Versicherung: „als finden wir uns allerschuldigst verpflichtet, die allerunterthänigste Accession und Submission für diese allermildest väterliche Disposition mit freudiger Aufopferung Gutes und Blutes

¹⁾ Gedruckt in der „Schlesischen Kriegssama“ Theil I. S. 13–19; in Zeile 11 lies 21. statt 28. Oktober.

hiermit zu contestiren, wie man dann auch ein gleiches zu thun der Posterität auf ewig einpflanzen wird.“ Vielmehr gipfelt das Instrument in den Worten: „als verbinden wir vermittelst gegenwärtigen Instrumenti uns und unsere Nachkommen kräftigt und zu ewigen Zeiten, daß wir allem demjenigen, so allerhöchstgedachte Se. Kaiserl. und Königl. Maj. an uns wegen erwähnter Thron- und Erbfolge in kaiserlichen und königlichen Gnaden gelangen lassen, uns vollkommentlich submittiren und erwähnte dispositiones tanquam leges fundamentales et perpetuo valituras in treueghorsamster Devotion erkennen, auch dawider sub quocunque praetextu weder selbst handeln noch anderen solches gestatten, so vielmehr Gut und Blut dabei auszusetzen jederzeit bereit sein werden, treulich und ohne Gefährde.“

Erst hierdurch ward, wie man sieht, eine bestimmte Verbindlichkeit für die Zukunft übernommen; die gegenwärtige Generation der schlesischen Stände unterwarf sich und alle folgenden Geschlechter der pragmatischen Sanction in ihrem ganzen Umfang und Inhalt als einem unverbrüchlichen Staatsgrundgesetz; ja sie versprach demselben nicht nur passiven Gehorsam von ihrer Seite, sondern auch aktiven Schutz gegen jedwede Störung von andersher. Und eben diese Verpflichtung zur Vertheidigung der Successionsordnung und damit selbstverständlich der mit ihr solidarisch verknüpften Einheit des Reichs in unverkürzter Gestalt tritt in dem Auszug aus der feierlichen Urkunde vom 25. October, der dem Fürstentagschluß von 1720 als Clausel angehängt ward, fast noch deutlicher hervor als in dem Instrumente selbst; wenigstens zeigt dieser in allem übrigen äußerst knapp gehaltene Extrakt¹⁾ einzig und allein an dieser Stelle einen pleonastisch erweiterten und dadurch stark accentuirten Text, wenn es lautet, Fürsten und Stände hätten der pragmatischen Sanction als solcher „vollkommentlich beigepflichtet und solche mit Gut und Blut, Leib und Leben zu allen Zeiten zu vertheidigen sich auf das kräftigste verbunden.“ Solche, von Wien aus nicht nur gebilligte, sondern offenbar mehr oder weniger anbefohlene und überwachte Redaction der Breslauer Beschlüsse lehrt uns, in Verbindung mit jenen auf möglichst deutliche Bezeichnung der

1) Schlesische Kriegsjama I. S. 20.

einzelnen Bürgen gerichteten Anordnungen, augenscheinlich den eigensten Zweck nicht allein der schlesischen Verhandlungen vom 21. bis 25. Oktober 1720 kennen, sondern zugleich die Pointe sozusagen jener ganzen Summe von ständischen Beitritts- und Unterwerfungsverklärungen in allen Reichslanden. Diese Erhebung der pragmatischen Sanction zum Staatsgrundgesetz sollte durchaus kein neues Moment der Einigung und inneren Wechselbeziehung ihrer Theile in die Monarchie einführen, wie sie einmal bestand; sie war vielmehr eine lediglich conservative Maßregel, eine defensive Gegenrüstung wider die Gefahren, welche diesem Bestande der Monarchie beim Uebergange der Herrschaft von der männlichen auf die weibliche Linie drohen konnten; ein System, wir wiederholen es, von inländischen Garantien, welches der Kaiser nur freilich, nach dem bekannten Rathschlage des Prinzen Eugen, durch finanzielle wie militärische Vorkehrungen praktisch hätte entwickeln sollen, anstatt es durch jenes weitere europäische System von internationalen Garantien schlechterdings theoretisch weiterzubilden.

Der erste Schritt nun zum praktischen Ausbau dessen, was durch die allgemeine Accession und Submission der einzelnen Erblande erreicht war, wäre offenbar eine bindende Abrede über die Art und Weise der gemeinsamen Vertheidigung der Thronfolge Maria Theresia's gewesen, eine vertragsmäßige Festsetzung der gegenseitigen Hülfsleistung der Lande bei deren Gefährdung hier oder da; und wirklich hatte, höchst wahrscheinlich auf Anregung vom Hofe selbst her¹⁾, der niederösterreichische Landtag schon bei der Annahme der pragmatischen Sanction selbst den dahin zielenden Gedanken einer, ausschließlich ad hoc bestimmten, Erbverbrüderung aller Erbkönigreiche und Länder hingeworfen. Allein mochte Karl VI. auch noch den innerösterreichischen Ständeversammlungen im Sommer 1720 die Aufnahme dieses Gedankens nahelegen, bei den Herbstverhandlungen in Schlessen ist er mit keinem Worte darauf zurückgekommen; gerade hier, wo man den formellen Abschluß der Sache so willig seiner nachbessernden Hand überließ, wäre es ihm, wenn er noch die Absicht dazu hegte, ein leichtes gewesen, eine Andeutung nach dieser Richtung hin in die ständische Urkunde hinein-

¹⁾ Vgl. Bidermann a. a. D. S. 150, 151.

zubringen. Daß er es nicht that, zeigt, daß er für jetzt wenigstens nichts derart mehr begehrte. Und so kam es ihm gewiß von Herzen, wenn er für die Erfüllung seines kaiserlichen Wunsches in der Sanctionsache gerade den Schlesiern in verhältnißmäßig warmen Worten seinen Dank aussprach. Schon die am 16. Januar 1721 vollzogene Ratifikation des Fürstentagschlusses endete mit der Versicherung des Wohlgefallens und fernerer Huld und Gnade; wie auch das Oberamt unter gleichem Datum gleiches Lob wegen bewiesenen Fleißes und Eifers erhielt. Doch konnte das der Hauptsache nach auf die ordentlichen Geschäfte des abgeschlossenen Fürstentages bezogen werden; Karl VI. ließ daher unter'm 3. März 1721 noch ein besonderes Reskript an das Oberamt nachfolgen, das sich ausschließlich mit der außerordentlichen Verhandlung vom Oktober 1720 beschäftigt. Der Kaiser genehmigt darin den Akt der Accession und Submission sammt dem darüber errichteten Instrument um so mehr, ja nimmt beides zu besonderem höchsten Wohlgefallen an und auf, als er darin wahrgenommen, „mit was blündigen und ihren Pflichten, auch der höchsten Wichtigkeit des Werkes selbst und der damit verknüpften allgemeinen Wohlfahrt zukommenden Expressionen“ Fürsten und Stände seiner Intention ausgesprochen haben. Dafür will er ihnen denn mit beständigen höchsten Gnaden gewogen bleiben, womit er auch dem Oberamte wegen seiner bei Dirigirung des Aktes gleichfalls für des Kaisers und des Publici allerhöchsten Dienst bezeugten Beßissenheit wohl beigethan sei. Das Oberamt ließ nach Empfang dieses Reskriptes am 15. März durch den Generallandesbestellten den Conventus publicus wissen, daß „Ihro Majestät Dero allermildestes Gefallen über die von dem treugehorsamsten Lande bezeugte Conduite in sonderbar allermildesten terminis exprimirt“ habe. Der Convent zeigte sich darüber „unendlich vergnügt“, er glaubte jedoch, die Consolation werde noch größer sein, wenn das Oberamt solches in plena sessione zu eröffnen geruhen möchte. Da man aber die Behörde deswegen allein nicht außs Rathhaus bemühen wollte, ward die Publikation bis auf ein gelegentliches Erscheinen derselben in Fürstentagsachen verschoben und fand so erst am 1. August statt.

So gnädig indeß der Dank des Kaisers lautete, eins hätten die Stände wohl darin vermissen können: die Zusicherung der Erhaltung

der Landesprivilegien auch im Namen der künftigen weiblichen Descendenz, worauf sie hoffnungsvoll in ihrer Urkunde angespielt hatten. Karl VI. aber wollte entweder seine Nachfolger in dieser Beziehung grundsätzlich nicht binden, oder es erschien ihm bedenklich, die Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten des Herrschers und der Beherrschten auf solche Weise zu bekräftigen. Indem er sich daher in jenem Dankschreiben vom 3. März auf die allgemeine Verheißung beständiger Gnade beschränkte, erließ er schon drei Tage später ein anderes Reskript an das Oberamt mit dem Befehl, zwar nicht durch Patent, sondern durch die gewöhnlichen Currenden allen Ständen, Städten, Stiftern, geist- und weltlichen freien Communitäten und standesmäßigen Familien für die ihnen von den früheren Landesherren verliehenen Privilegien, Immunitäten und anderen Begnadigungen auf mehrfaches Gesuch seine königliche und fürstliche Bestätigung anzukündigen. Von irgendwelcher Motivirung aber durch die jüngsten Begebenheiten ist dabei geistentlich keine Rede; es heißt vielmehr, der Monarch habe diese Confirmation eigentlich bis auf seine böhmische Krönung verschieben wollen, da jedoch zu dieser wegen der gegenwärtigen Kämpfe und anderer erheblicher Ursachen annoch nicht Zeit sei, habe er der Inständigkeit seiner treuehorsaamsten schlesischen Landesinsassen längerhin gnädigst nicht entfallen wollen. Ward durch die gewählte Form dieses Gnadenaktes jede Concession an die feudale Theorie geschickt vermieden, so ist für uns doch kein Zweifel, daß auch der Erlass vom 6. März nicht minder als der vom 3. der Zufriedenheit des Kaisers mit dem Verlauf der Erledigung des Successionswerkes in Schlessien entfloßen ist.

Wer hätte damals weiffagen wollen, daß zwanzig Jahr später gerade das treuehorsaamste Schlessien unter den Gnadenflügeln des allermächtigsten österreichischen Adlers hervorgezogen werden würde durch die Hand eines kühnen Eroberers, welche sodann mit einem zweiten heilsamen Griff auch die morsche ständische Verfassung nebst so manchen anderen Privilegien, Freiheiten und Begnadigungen, die sämmtlich zum Untergange reif waren, hinwegbrach? Es ist bekannt, daß König Friedrich einen Widerspruch seiner schlesischen Unternehmung gegen die pragmatische Sanction nicht anerkannte, da durch diese die älteren preu-

fischen Partikularrechte nicht hätten hinfällig werden können¹⁾). Andererseits versteht sich von selbst, daß den Schlesiern sogut wie der übrigen Welt die preussische Invasion zunächst doch eben als ein Schlag gegen die pragmatische Sanction erscheinen mußte. Bei Lebzeiten Karl's VI. war man zwar im öffentlichen Leben des Landes auf die einmal festgesetzte Erbordnung nicht wieder zurückgekommen; eine weitere Publikation derselben durch kaiserliches Patent — etwa wie in Belgien durch das vom 6. December 1724 — hat in Schlessen so wenig wie in den übrigen Erblanden stattgefunden²⁾). Der Thronwechsel von 1740 jedoch führte von selbst den Unlaß herbei, daß den schlesischen Politikern inzwischen durch die Nachrichten über die europäischen Händel so oft in Erinnerung gebrachte Hausgesetz auch in staatsrechtlicher Beziehung wieder in Betracht zu ziehen. In dem Schreiben vom 21. Oktober 1740, durch welches sie den Tod ihres Vaters und die eigene Thronbesteigung dem schlesischen Oberamt anzeigt³⁾), beruft sich Maria Theresia natürlich sofort neben den älteren Gesetzen auch auf die pragmatische Sanction. „Vermöge,“ sagt sie, „in Unserem Erbkönigreich und dessen incorporirten Landen althergebrachter Fundamentallandesgesetze und bestätigter Erbfolgsordnung ist auf Uns als rechte natural-immediate Erbin die gesammte königlich böhmische Krone gleichwie alle übrigen Erblande gediehen.“ Und dieselbe Hinweisung begegnet dann nicht nur in den auf dies Reskript gegründeten Bekanntmachungen der Behörde, sie ist auch wörtlich in die Antwort des *Conventus publicus* vom 27. Oktober⁴⁾ übergegangen, welche neben Condolenz und Gratulation auch die Bitte um österreichische Clemenz und Schutz der Landes- und Standesprivilegien zum Lohn für unablässig bezeugte Devotion vorzutragen wagt. Offiziell ist dann allerdings nach diesen auf den Thronwechsel vom 20. Oktober 1740 bezüglichen Schriftstücken in Schlessen der pragmatischen Sanction nicht wieder gedacht worden; weder in dem vom 1. December datirten, seit dem am 16. December

1) Vgl. das Circularreskript vom 28. Februar 1741; bei Droysen und Duncker, preuß. Staatschriften aus der Zeit Friedrichs II. Bb. I. Nr. XIII. S. 91 fgde.

2) Schon die „schlesische Kriegesama“ hat darüber I. S. 29 die bis auf die neueste Zeit immer wieder auftauchende irrige Meinung.

3) Ebenda S. 39—41. 4) Ebenda S. 41—43.

erfolgten Einmarsch der Preußen verbreiteten Patente König Friedrich's ¹⁾), welches die Freiheiten und Gerechtigkeiten des Landes und der Einwohner so energisch zu schützen versprach, noch in dem nach Wiener Vorschrift entworfenen Gegenmanifest des Oberamts vom 18. December ²⁾); ja auch Maria Theresia nahm, nachdem sie einmal auf Grund des Erbfolgegesetzes die Treuversicherung des Landes empfangen, keinen Anlaß mehr, die Aufforderung zur Vertheidigung desselben ausdrücklich durch die Pflicht zu motiviren, welche die Stände durch die Accession und Submission von 1720 übernommen. In ihrem letzten nachweisbaren Rescript vom 17. December 1740, das am 21. in die Hände des Oberamts gelangte ³⁾), spricht sie nur ganz allgemein das gnädigste volle Vertrauen zu ihren treuehorsaamsten Fürsten und Ständen aus, sie würden mit allem Ernst beflissen sein, in ihrem bisher bezeugten wahren patriotischen Eifer fortzufahren, mit vereinigten Kräften zusammenzugreifen und so die gemeinsame Wohlfahrt zu retten; „welche Uns und ihrem bedrängten Vaterlande bezeugende patriotische Treue und Liebe“ — so schließt die Königin ihr Abschiedswort an den *Conventus publicus* — „Wir auch bei den sich ergebenden Gelegenheiten gegen dieselben künftighin mit königlicher Gnade zu erkennen unvergessen sein werden.“ Fürsten und Stände Schlesiens haben dieß Vertrauen nicht gerechtfertigt. Bald genug, als es galt, die erste große finanzielle Anforderung des Eroberers von „dem wahrhaften Unvermögen dieses ganz versunkenen Landes“ bittend abzuwenden, entströmten der in „wehmüthigsten Vorstellungen“ so unvergleichlich geübten Feder ihrer Deputirten Versicherungen des „ankerfesten Vertrauens“ auf die „weltbekannte Clemenz“ König Friedrich's ⁴⁾). Durch ihr unthätiges und unrühmliches Verhalten bei der Katastrophe ihres Landesgeschicks haben sie so womöglich noch mehr als durch die frühere Verbindung von devoter Schwäche mit kurzfristigem Eigennuß die Vernichtung ihrer überlebten politischen Rechte verdient. Zu dem welthistorischen Ereigniß der preussischen Eroberung Schlesiens konnten sie jedoch auch

1) Droysen und Duncker, Staatschriften I. Nr. IX. S. 67 fgde.

2) Kriegsfama VI. S. 11—14. 3) Ebenda V. Beilage S. S. 30—31.

4) Schreiben der ständischen Deputirten an den König vom 28. Februar 1741; Kriegsfama VIII. S. 24 fgde.

negativ so oder anders kaum etwas beitragen; das Gelingen der großen That des jungen Preußenkönigs beruhte, völlig unabhängig von der aktiven Erfüllung oder passiven Versäumniß der den schlesischen Ständen 1720 auferlegten Pflicht, abgesehen von der Macht und dem Geiste Friedrich's selbst und der europäischen Lage, die er für sich zu benutzen verstand, vielmehr auf der Unfähigkeit Oesterreichs, das für ewig in Pflicht genommene Land in ernster Gefahr ausreichend zu schützen, sowie auf der Gesinnung der evangelischen Bevölkerung desselben, welche für ihre wichtigsten Interessen in dem ständischen Wesen keine Vertretung und bei dem Landesherren keine Rücksicht gefunden hatte.

Spiegelte so die vor zwanzig Jahren eingeführte pragmatische Sanction in Schlesien seit dem December 1740 im Geräusche der Waffen und inmitten realerer politischer Fragen und Verhandlungen keine lebendig eingreifende Rolle mehr, so hat sie doch eben damals sozusagen noch ihre Bestattung und ihren Nekrolog erhalten. Eine der letzten Amtshandlungen des am 3. Januar 1741 durch Friedrich gesprengten Oberamtes ist die Begführung der beiden in Breslau aufbewahrten Exemplare der Accessions- und Submissionsurkunde vom 25. Oktober 1720 gewesen¹⁾. Am 22. December 1740 ließ die Behörde dem Conventus publicus insgeheim beibringen, man halte für nöthig, das Oberamtsarchiv mit den Privilegien und anderen wichtigen Aktenstücken einpacken und nach Olmütz schaffen zu lassen, und man erwarte, daß mit dem ständischen Landesarchiv „insbesondere wegen des diplomatis sanctionis pragmaticae“ gleichermaßen verfahren werde, jedoch alles in möglicher Stille, um jeden Argwohn zu vermeiden. Der Convent lehnte vorerst ab, ohne ausdrücklichen königlichen Befehl darauf einzugehen, da man die im dreißigjährigen Kriege nach Böhmen geflüchteten Landesprivilegien niemals zurückerhalten habe. Dennoch ist kein Zweifel, daß der ständische Ausschuß bald nachgab und auch den Inhalt jenes eisernen Kastens im Fürstensaale, das ständische Exemplar des Sanctionsinstrumentes mit seinen Beilagen von Urkunden und Vollmachten für die Abfuhr zur Verfügung stellte; denn

¹⁾ Vgl. für das folgende Guzmars Nachrichten, *Scriptores Rer. Sil.* V. S. 19, 22, 24—25; dazu *Kriegsfama* V. S. 31, und C. Grünhagen, *Friedrich d. Gr. und die Breslauer* 1740—41. S. 67—68.

weder im königlichen noch im städtischen Archive zu Breslau ist heut eine Spur von diesen Dokumenten aufzufinden¹⁾). Am 28. December verließen die zehn mit Akten beladenen Wagen die schlesische Hauptstadt, nachdem der Einspruch einer Deputation von Bürgern, die den Versuch einer Entführung von Werthsachen aus dem sogenannten Depositum oberamticum vermutheten, mit Mühe beschwichtigt worden. So gelang es, die papierenen Angebinde der Treue und Devotion von Fürsten und Ständen Schlesiens der Gefahr einer Zerstörung durch preussische Hand zu entreißen; und so ruhen denn wahrscheinlich alle drei Ausfertigungen des Instruments vom 25. Oktober 1720, vielleicht in ein und derselben historischen Gruft, in Wien friedlich beisammen.

An dies Begängniß aber schloß sich, wie gesagt, alsbald eine Art Gedächtnißrede. Das erste Heft der jedenfalls in Breslau gedruckten²⁾ „schlesischen Kriegesama“ brachte etwa Ende Februar 1741 unter anderem eine kurze Geschichte der Einführung der pragmatischen Sanction in Schlesien, weil ja die durch die gegenwärtigen Handel bedrohte Verknüpfung dieses Landes mit dem Erzhaufe jetzt großentheils auf diesem weltbekannten Gesetze beruhe. Die Objektivität, deren sich der Verfasser beleißigt, ist doch gleich der Neutralität, welche sich die Stadt Breslau selbst am 2. Januar 1741 ausbedungen, trotz aller Vorsicht von Anfang an eher von preussischer als von österreichischer Sympathie durchleuchtet. Sein Material hat er sichtlich den Akten der Oberamtskanzlei entnommen, vielleicht noch vor der Abführung der wichtigsten Dokumente nach Mähren. Denn er bringt den vollständigen Text der Accessionsurkunde; da er aber bedauert, den der Beilagen nicht zu kennen, so kann er das wohlversiegelte Original Exemplar der Stände, das notorisch mit den Anlagen zugleich aufbewahrt ward, nicht eingesehen haben, und man dürfte aus dem Abdruck jenes Textes nicht etwa schließen, dieß Exemplar sei dennoch Ende 1740 in Breslau zurückgeblieben. Daß dem Oberamt überantwortete Exemplar dagegen enthielt die Beilagen nicht; von ihm also, und zwar entweder vom

1) Nach der gütigen Mittheilung des Herrn Archivrath Grünhagen und des Herrn Stadtlarchivar Dr. H. Markgraf.

2) Vgl. Droysen und Düncker, Staatschriften I. Einleitung S. XLVII.

Zeitschrift d. Vereins f. Geschichte u. Alterthum Schlesiens. Bd. XIV. Heft 2.

Original und dann vor'm 25. December, wo die Verpackung vollendet war, oder von einer vielleicht doch — wozu sich Karl VI. die Genehmigung vorbehalten — danach angefertigten Kanzleicopie, die dann auch in Breslau verblieben sein könnte, auf uns aber nicht gekommen ist, hat der Autor der Kriegsfama für den Druck Abschrift genommen und sich durch diese Indiscretion in unseren Augen ein Verdienst erworben, da sonst auch dieß schlesische Accessions- und Submissionsinstrument noch ebenso unbekannt sein würde wie die meisten anderen Aktenstücke zur Geschichte der Einführung der pragmatischen Sanction in den Habsburger Erblanden.

XX.

Herzogin Barbara von Liegnitz-Brieg, geborne Markgräfin von Brandenburg, ihr Hofhalt und ihre Regierung von 1586—1595.

Von Dr. C. A. Schimmelpfennig, ev. Pfarrer in Arnsdorf.

Auf der Stadtbibliothek in Breslau befindet sich ein Briefbuch der Herzogin Barbara, auf welches mich Herr Dr. Markgraf aufmerksam zu machen die Güte hatte. Eine flüchtige Durchsicht der Handschrift überzeugte mich von ihrer Bedeutung für die Kulturgeschichte des XVI. Jahrhunderts, zugleich aber auch davon, daß zu einer wirklichen Ausnützung derselben mehr Zeit, als mir in Breslau zu Gebote stand, erforderlich sei. Ich that keine Fehlbite, als ich bei dem Curatorium der Bibliothek um leihweise Ueberlassung dieser Brieffammlung auf vier Wochen anhielt und so durfte ich sie daheim in aller Bequemlichkeit und Behaglichkeit durcharbeiten. Die am Schlusse als *Missiven* = *register* bezeichnete Sammlung, denn Titel und die 4 ersten Blätter fehlen, enthält die Correspondenz der Herzogin aus den Jahren 1591 bis 1593 in sauberster Abschrift. Der Schreiber ist *Kaligraph*, die Anfangsbuchstaben behandelt er künstlerisch und verziert sie bald reicher, bald sparsamer mit allerlei Zügen und Schnörkeln, ohne sich dabei zu wiederholen. Die Zahl der Briefe ist 313. Neben einzelnen an die Herzogin zu Braunschweig, an Markgraf Georg Friedrich zu Ansbach, an die Herzöge Johann und Adolph zu Holstein, an den Kurfürsten und die Kurfürstin zu Sachsen, an den Kurfürsten von der

Pfalz, die Landgräfin zu Hessen, die Herzogin zu Teschen sind ihrer 54 an die Herzöge in Ohlau und namentlich an Joachim Friedrich, 15 an Herzog Friedrich IV. von Liegnitz, 12 an den Kurfürsten von Brandenburg, ebensoviel an die Frau Administratorin in Halle und deren Gemahl, 9 an Herzog Karl von Delß gerichtet. Außerdem enthält die Sammlung 12 Briefe an die Rathmanne von Breslau, 23 an die Grudtschreiber in Michellau, 11 an die Frau Panowiz in Pogarel, 10 an Kaspar Danowiz in Johnsdorf, ebensoviel an Balthasar Pückler und dessen Wittwe, mehrere an die Frau Beß in Löwen, an die Beß in Mangschütz, an Balthasar Frankenberg in Neudorf und andere.

Sollte jedoch die Bearbeitung des in dieser Brieffammlung gebotnen Stoffes etwas mehr als ein Bruchstück liefern, so durfte das im Königl. Staatsarchive über die Herzogin Barbara vorhandne reiche urkundliche Material nicht unbenutzt gelassen werden. Die Senitzsche Sammlung enthält zahlreiche Briefe an die Herzogin aus den Jahren 1551–1594, auch Brouillons einiger in unserm Missivenregister eingetragnen Schreiben, während das Hansarchiv außer den vor 1591 an die Herzöge in Ohlau von ihrer Mutter gerichteten fast sämtliche Originale der 1591–1593 an sie geschriebnen Briefe aufbewahrt. Mir bereits von früher bekannt, theilweise sogar von mir schon benutzt, kostete die Durchsicht an Ort und Stelle, die mir durch die zuvorkommendste Unterstützung des Herrn Archivrath Grünhagen und seines Schüßlen, des Herrn Archivsecretsairs Dr. Potenhauer in aller Weise erleichtert wurde, verhältnißmäßig wenig Zeit und Mühe. Das über den Hofhalt der Herzogin Barbara und der Herzöge in Ohlau im Archiv vorhandne urkundliche Material hatte ich vor Jahren schon excerptirt und ich durfte bloß in meine Collectaneen hineingreifen, um in diesem wichtigen und interessanten Punkte meiner Aufgabe gerecht zu werden.

Man denkt sich gewöhnlich das XVI. Jahrhundert schöner und glänzender als es in Wirklichkeit gewesen ist; es liegt so fern, daß die Schatten verschwinden und unser Auge nur Licht sieht; die Ferne verschönt eben Alles, sogar das Unschöne. Die folgende Darstellung, vom ersten bis zum letzten Buchstaben urkundlich, zeigt die Dinge und die Menschen von damals, wie sie wirklich waren; ich lasse überall die Urkunden selber sprechen und gönne auch dem Gewöhnlichen und schein-

bar Gleichgültigen seinen Platz, es gehört zur Charakteristik der Zeit und durfte darum nicht übergangen werden. Was die Zeichnung dadurch an Schönheit einbüßt, gewinnt sie auf der andern an Aehnlichkeit, und auf diese kommt in letzter Stelle Alles an.

Herzogin Barbara war die älteste Tochter des Markgrafen von Brandenburg und Kurfürsten des h. Römischen Reichs Joachim II. und seiner Gemahlin Magdalene, gebornen Herzogin zu Sachsen, Landgräfin zu Thüringen, Markgräfin zu Meissen, Herzog Georgs zu Sachsen Tochter und 1527 den 10. August geboren. Die zwischen Herzog Friedrich II. von Liegnitz und Kurfürst Joachim 1537 Donnerstag nach S. Galli, den 18. Oktober abgeschlossene Erbverbrüderung¹⁾ bestimmte die damals 10 jährige Prinzessin zur künftigen Gemahlin des jüngern Sohnes Herzog Friedrichs und Friedrichs Tochter Sophia zur Gemahlin des Kurprinzen Johann Georg. Die Doppelhochzeit sollte 1545 an ein und demselben Tage gefeiert werden. Im Sommer 1544 reiste Herzog Georg nach Berlin, um sich seiner jungen Braut vorzustellen und verpflichtete sich dabei, sie binnen Jahr und Tag heimzuholen; 1545 zur Fastnacht²⁾ wurde die Vermählung beider Brautpaare mit großem Glanze zu Köln an der Spree vollzogen.

Um etwaigem Streite zwischen seinen beiden Söhnen vorzubeugen, hatte Herzog Friedrich 1539 seine Länder in zwei ganz gleiche Theile getheilt und unter sie verloost; Krieg war dabei dem Herzog Georg zugefallen und dort hielt er 1545 mit seiner jungen Gemahlin seinen feierlichen Einzug. Ihre Ehe war eine sehr glückliche. Auf seinem Sterbebette gab Herzog Georg seiner Gemahlin das ehrende Zeugniß, sie sei ihm allewege eine gehorsame Frau gewesen, die ihm nie widerstrebt, ihn in allen Krankheiten treulich gepflegt habe und namentlich in seiner letzten so aufopfernd, daß sie es, wie er voraussehe, werde beliegen müssen. Nachdem er seinem Sohne Johann Georg die Mutter befohlen, (Joachim Friedrich war nicht einheimisch sondern wegen seiner Dom-

¹⁾ Grünhagen, die Erbverbrüderung zwischen Hohenzollern und Pfälzen im Jahre 1537, in der Zeitschr. f. preuß. Gesch. Jahrg. 1868.

²⁾ Der Fastnachtsdienstag traf den 17. Februar. Die Annahme des Ehebeslusses, die Trauung möchte wohl am Sonntag Esto mihi, also am 15. geschehen sein, widerspricht durchaus den Ansichten und Bräuchen des XVI. Jahrhunderts, welches den Sonntag durch Hochzeitmachen zu entheiligen fürchtete.

propstei in's Reich gereist,) und die Geschwister zur Eintracht ermahnt hatte, wurde er 1586 den 7. Mai zu Nacht zwischen 11 und 12 Uhr durch einen sanften Tod zu seinen Vätern versammelt.

Außer einem reichen Brautschlag¹⁾ hatte Barbara ihrem Gemahl 20,000 Fl. Rh. Ehegeld zugebracht. Nach allgemeinem Landesbrauch, der auch bei den fürstlichen Häusern beobachtet wurde, setzte der Mann der Mitgift der Frau die gleiche Summe entgegen, und beide Beträge, mit 10 Procent verzinst, bildeten alsdann das Leibgedinge der Wittwe. So hatte auch Herzog Friedrich den 20,000 Fl. seiner Schwiegertochter entsprechend seinem Sohne Georg 18,000 Thaler schl. Ehegeld ausgesetzt; das künftige Wittthum der jungen Herzogin bestand mithin jährlich in 4000 Fl., mit denen sie auf Stadt und Weichbild Brieg verleihegedingt wurde. Nach dem Ehevertrage sollte ihr auf den Fall eines einstigen Wittwenstandes von den Unterthanen des Wittthums der Ewentualhuldigungsseid geleistet werden, doch wurde die Bestätigung dieses Leibgedinges vom Kaiser als Oberlehnsheern vielleicht nicht ohne Absicht von Jahr zu Jahr hingezogen, bis endlich Herzog Georg zur Betreibung dieser Angelegenheit selber nach Wien reiste. Nachdem endlich die kaiserliche Einwilligung eingegangen, huldigten Prälaten, Herren, Ritterschaft, der Rath der Stadt und die Bauern der Kammergüter 1558 Dienstag nach Hedwig (October 18.) in Gegenwart der kurfürstlichen Gesandten ihrer künftigen Landesherren in Brieg.

Mehr als 4000 Fl. hat das Einkommen aus Stadt und Weichbild Brieg zur Zeit der Verleihegedingung in keinem Falle betragen, aber Herzog Georg hatte den fürstlichen Besitz durch bedeutende Güterkäufe vermehrt; 1565 war die Herrschaft Reherdorf, 1572 Scheidewitz, Paulau und Rogelwitz erworben worden; daß die Einkünfte daraus dem Leibgedinge seiner Gemahlin zuwuchsen, darf wohl kaum bezweifelt werden. Im Jahre 1583 beliefen sich die Einnahmen²⁾ des Briegschen Amtes aus der Stadt auf 2033 Th. 4 gr. 8 h., vom Lande auf 4772 Th. 8 gr. 1 h., zusammen also auf 6805 Th. 12 gr. 9 h.,

¹⁾ Siehe am Schlusse die urkundlichen Beilagen I.

²⁾ Schönwälder Ortsnachrichten II. 143. In seinen Pfaffen zum Briege II. 183 ist das Einkommen aus dem Rentamt Brieg bloß zu 2996 Th. angegeben.

fast das Doppelte der stipulirten 4000 Fl., und dennoch „erstreckten sich,“ wie Seniz seinem Anschlage zur Hofhaltung der verwittweten Herzogin vorausschickt, „die Renten und Einkommen nicht so weit, daß sie zu Erhaltung des Hofwesens erklecklich.“ Indes Herzogin Barbara war Wittwe und demgemäß wurde auch ihr Hofhalt eingerichtet; er war recht bescheiden.

An der Spitze desselben stand der Hofmeister. Eine Dienstinstruction für Thomas Dyhr von der Gimmel, Hofmeister und Marschall J. F. G. der Herzogin Barbara (Brieg 1587 Juli 17.) giebt über seine Amtsobliegenheiten und deren onera wie munera erwünschte Auskunft. Danach hatte er „den Hofhalt zu beaufsichtigen, die Reisen zu leiten, Unterschließ zu verhüten. Früh um 5 Uhr mußte er auf dem Schlosse sein und sich nach der Dienerschaft umsehen. Während des Speisens soll das Schloß gesperrt sein und nicht eher geöffnet werden, bis die Knechte und das Gesindel abgeessen und das Gebet verbracht haben. Fremde Gesindel sollen sich bei den Tischen nicht eindringen und bei Gefängnißstrafe Niemand seinem Weibe oder andern Personen Fleisch oder andre Kost hinunterschleppen. Nach dem Essen und Gebet soll der Marschall die Knechte und Jungen (die adligen Hofjungen, Pagen, sind gemeint) in den Dienst gehn heißen und sie nicht lange erst sitzen und schwagen oder des Spielens und Saufens warten lassen. Im Frauenzimmer soll er nicht Ungebührlichkeiten leiden. Das Naschen der Jungen von den aufzutragenden Schüsseln, von Obst, Käse, Zucker, Mandeln, Kostnen, Gebäcknem, Confect soll er verhindern und die darüber erwischten bestrafen, dergleichen auch beim Wein. Abends 9 Uhr wird das Schloß gesperrt, er soll sich alsdann umsehen, daß die Lichter gelöscht werden, und Niemandem wird geöffnet ohne J. F. G. Befehl. Streit und Zank soll er verhindern, bei Thätlichkeiten die Zänker in Handgelöbniß und Bestrickniß nehmen. Die Zettel der Bäcker, der Wein- und Bierschenken über das, was verbacken und getrunken worden, hat er jede Woche abzufordern, dergleichen vom Kornschreiber, wieviel Mehl, Hafer und Rauchs Futter aufgegangen. Was wöchentlich aus den Vorwerken und dem Keßerdorffschen Amte genommen, was an Fleisch und Fisch wöchentlich verspeiset wird, darüber soll er Wochenzettel machen lassen.“ Dieß die onera, nun die munera. „Für solche seine Mühe

soll er vor sich samt einem Knechte, für sein Weib¹⁾ als bestellte Hofmeisterin in's Frauenzimmer samt ihren beiden Töchtern und einem Mägdelein zu Hof einen freien Tisch haben, an Besoldung aber für seine Person auß Jahr 100 Th. und sein Weib 36 Th. für Alles und jedes; Koffe aber, wenn J. F. G. ihn zu verschicken haben, soll er ihme auf seine Unkosten selbst halten." An Dyhrs Stelle trat später Friedrich Bavor von Holobuß. Hauptmann war Balthasar Fylcz von Puditsch, Burggraf Wolff von Burgk. Er hatte die Parteisachen zwischen den Kammergüterunterthanen zu entscheiden, aber bescheiden und gelindiglich zu verfahren und schwere Sachen an den Hauptmann zu bringen, und bezog dafür jährlich 150 Th. Besoldung und die Kost, täglich 2 Maaß Bier, für 3 Rüche Futter, für 2 Koffe zur Bereitung der Wirthschaft frei Futter und Hufschlag und 30 Klaftern Holz; auch wurden ihm auf einem der Vorwerke 2 Schweine aufgezogen und ein halber Scheffel Wein gesäet. Stallmeister²⁾ war Friedrich Sterz; den Ehrendienst bei der Herzogin versahen 3 Junker, Hans Dittrich Rohr, Joachim von der Schulenburg und Matthias Spiegel und 3 Jungfrauen von Adel³⁾. Für die niedern Dienstleistungen wurden 13 Dienerinnen⁴⁾, unter ihnen Anna Maria, die Türkin, gehalten. Von 4 Edelknaben sollten der Ersparung wegen 2 entlassen werden; sie hatten die Tafel zu besorgen und die Speisen aus der Küche in das Tafelzimmer hinaufzutragen.

1) Aus einem andern Briefe geht hervor, daß sie Beate hieß und eine geb. Stwolinski war.

2) Herzog Joachims Stallmeister Jochem Flancz hatte 100 Fl. Besoldung, auf 2 Pferde und einen Knecht Futter, Mahl, Kleidung und jährlich pro Roß 16 Fl. auf Hufschlag und für den Knecht 5 Fl. zusammen 137 Fl. Nach einer Instruction von 1611 stand der Stallmeister unter dem Marschall und führte die Aufsicht über Stall und Koffe, „mußte möglichst beim Futter und „Wieschen“ auf sein, damit die Roß mit guter Wartung versorgt sein mögen; auch soll er zur Ersparung eines sonderbaren Roßbereiters die jungen Roß wohl und seinem Verstande nach zureiten und abrichten. Mit den Mühlkrossen hatte er Nichts zu schaffen, sie blieben in des Burggrafen Befehlich und Aufsicht.“

3) Ihr Gehalt war nicht sehr opulent. Ein Hofjunker erhielt für seine Person 30 Th. und ein Ehrenkleid, für jedes Roß 16 Fl. und für den Knecht 5 Fl.; jede Hofjungfrau jährlich 20 Th.

4) Die Kammerweiber und Mägde an Herzog Joachims Hofe bezogen 6 Th. Jahreslohn.

Das Rechnungswesen stand unter dem Rentschreiber und dem Kornschreiber. Der letztere mußte auch fleißig bei den Arbeitern sein und fleißig zusehn. Der Hausvogt¹⁾ hatte Haus und Schloß in gutem Befehlich zu halten, die Dächer in Obacht zu nehmen, sich um die Mühle, das Wehr, die Fischhälter zu kümmern, bei Ausgebung von Hafer, Heu und Stroh selber zugegen zu sein, und die Schlüssel vom Hafer Niemandem anzuvertrauen. Der Hofbalbier¹⁾ besorgte die gewöhnlichen ärztlichen Dienstleistungen, das Aderlassen und Schröpfen, was damals in gewissen Zwischenräumen zur Erhaltung der Gesundheit regelmäßig wiederholt wurde. Die Kuchelpartei²⁾ bestand aus dem Küchenmeister, der den Einkauf zu besorgen, über den Verbrauch Register zu führen und strenge Aufsicht zu führen hatte, damit Nichts verschleppt werde, einem Mundkoch, einem Koch, 2 Küchenjungen, dem Hofesfleischer, der unverheirathet sein mußte, einem Fisch- und einem Küchenknecht.

Das Silberzeug beaufsichtigte der Silberkämmerer³⁾, dem Tafeldecker waren die beiden Edelknaben zur Hülfe gegeben.

Zum Weinkeller³⁾ waren zwei, im Bierkeller eine Person verordnet, 3 Bäcker sorgten für das tägliche Brot, der Bierbrauer mit 3 Brauknechten für den nöthigen Trunk.

Zum Stalldepartement⁴⁾ gehörten der Pfänder, dem ein Roß gehalten wurde, der Schirrmeister, der Malzführer, 4 Kutschenknechte, 2 Wagenknechte, der „Wagenfelliger“ (Stellmacher). Auch ein „Vogkay“ wurde gehalten; „er kann neben seinem Dienste künstliche Drathfenster machen, item Vogel singen, daß er nicht müßig gehen dürfe.“ Der Thürhüter sollte allerlei „Püffelarbeit mit machen, mit Stricken oder mit Holzwerk, an Radbern zu bessern, die Bretlein unter die

1) Der Hausvogt in Ohlau erhielt jährlich 50 Fl. für Alles und jedes, der Hofbalbier jährlich 80 Fl.

2) In Herzog Joachims Haushalt bezogen der Küchenmeister 50 Fl., die Mundköche je 25 Fl., die niedern Köche 18 Fl., die Küchenjungen 1 Fl., der Hofesfleischer 4 Fl., der Küchenknecht 8 Fl. jährlich außer Kleidung und freiem Tisch.

3) Herzog Joachims Kammer- und Silberknechte hatten außer freiem Tisch und Kleidung 20 Fl., der Tischdecker 10 Fl. Besoldung; jeder Kellermeister 20 Fl.

4) An Herzog Joachims Hofe betrugen die Lohnsätze für den Schirrmeister 11½, für Kutscher und Wagenknechte 7½, für den Lakeien 14, für Thürhüter und Ofenheizer je 5 Fl. jährlich.

Dachziegeln zu schneiden oder auch andre Arbeit.“ Das Einheizen besorgte ein Stubenheizer; zu Schicketanzen dienten zwei Holunken.

Im Waschhause handtirten der Waschmann mit seinem Weibe und 3 Mägden. Sie erhielten, während das Schloßgesinde täglich Fleisch hatte, nur die Kost der Leute auf den Vorwerken: Sonntag, Dienstag und Donnerstag jeder ein Stück Fleisch, die andern Tage aber Zumoß; zum Trunke wurde von jedem Gebräu was von „Tischber und Langwel in Fässern nausgegeben“¹⁾).

Die Wagenfahrt, zu welcher wie oben erwähnt 4 Kutschenknechte gehörten, mag wohl aus 2 Zügen zu je 6 Rossen bestanden haben; von weniger Pferden waren die schweren Wagen auf den damaligen Wegen kaum fortzubewegen. Uebrigens fraßen diese Rösse kein müßiges Futter; sie wurden in der Erndte zur Wirthschaft verwendet, mußten Malz in die Mühle fahren und Brennholz aus dem Walde holen. Beiläufig gedenken wir hier noch einer Sänfte, die damals vielleicht das einzige Exemplar ihrer Art in Schlessien gewesen ist. Ihre war mit ihr leider nicht einzulegen. Zweimal um Leihung derselben angegangen, hat die Herzogin die deswegen an sie gerichtete Bitte beide Male abgeschlagen; zuerst dem herzogl. Würtembergischen Rath Burghardt Berlinger von Geldersingen, der in Ohlau krank geworden sie von der Herzogin erbat, um sich darin bis Prag abführen zu lassen. In welcher Verfassung sie sich befand, erfahren wir aus der Antwort der Herzogin an ihren Sohn Joachim; sie schreibt ihm (1590 August 9.): „solche Sänfte sei ihr von weiland Herzog Julius zu Braunschweig, ihrem Ohm, verehrt worden und sie habe sie unlängst aus Leipzig mit ziemlichen Unkosten abholen lassen, könne ihm jedoch nicht bergen, daß sie zu Leipzig fast über die fünf Jahr nach einander in einem Gewölbe gestanden, aldor die Tragstangen nicht allein ziemlich morsch, sondern auch die Rinken und das Gestelle im Herwege sehr zerschlettert worden; außerdem seien auch die Umhänge mehrentheils vermodert und zu nichte, und wenn wir solche etwa heutiges Tages für uns bedörfende wären, so wollten wir uns darinne nicht gern vertrauen, haben sie

¹⁾ Das Waschhaus lag nämlich auf der Rathen vor dem Breslauer Thore in einem schönen Garten. Dort standen auch 12—14 Melktische für den Hof. Schönwälder Ortsnachr. II. 110.

auch von Leipzig mehrentheils deßwegen abholen lassen, daß wir eine andre allhier darnach fertigen lassen könnten.“ Daß war nun leider unterblieben, vielleicht weil ein dergleichen Staatsstück nach dem gegebenen Muster anzufertigen sich in Brieg Niemand getraute, aber der Ruf von der Sänfte hatte sich einmal nicht bloß im Fürstenthume sondern über die Grenzen desselben hinaus verbreitet, und so verfiel Balthasar Pückler von Groditz ebenfalls auf den unglücklichen Gedanken, die Herzogin um dieselbe anzusprechen, als er 1591 sein Podagra im warmen Bade bei Hirschberg wegbaden wollte und die Reise im Wagen ihm bedenklich vorkam. Er erhielt ebenfalls eine abschlägige Antwort (1591 Juni 9.): „die begehrte Sänfte sei gar nicht angerichtet noch gefertigt. Wäre sie zum Gebrauche tüglich, so wollte die Herzogin ihm gern, nicht allein in diesem, sondern in viel mehrerem willfahren; er möge sie also entschuldigen.“

Nach den an Herzog Joachims Hofe 1589 gezahlten Sätzen ließ sich der Titel Besoldungen und Löhnungen mit ungefähr 1600 Th. jährlich bestreiten, aber der Baargehalt war damals doch nur der kleinste Theil der Unkosten des Hofhalts. Kleidung und Unterhalt für das ganze auf mehr als 60 Köpfe sich belaufende Personal erforderte ein gar Großes und daher nehmen wir es der Herzogin nicht übel, daß sie als gute Wirthin, die zu rechnen verstand, sich allen Versuchen, ihr Einkommen zu schmälern, entschieden widersetzte.

Zu den fürstlichen Einkünften aus der Stadt Brieg gehörte unter anderm der Röhrwasserzins¹⁾. 1591 verweigerten ihn die Nutznießer und Besitzer der Stiftdhäuser unter Berufung darauf, daß sie als Herzog Joachims Diener davon frei und exempt wären. Die Herzogin war jedoch gar nicht gesonnen, ihren Gerechtsamen etwas zu vergeben, sondern schrieb alsbald (1591 Juni 18.) an ihren Sohn, „sie wolle den Stiftdhäusern keine Freiheit entziehen, aber sie bezweifle, daß ein Privilegium vorhanden sein möchte, so daß Röhrwasser besagen thäte. Ein Röhrmeister werde mit ziemlich starker Besoldung gehalten, Röhre müßten, wenn sie wandelbar würden, ersetzt und Arbeiter gehalten werden, sie sei daher als fürstliche Leibgedingsfrau gar nicht gemeint, ihren oder

¹⁾ Ueber den Röhrwasserzins Schönwälder Ortsnachrichten II. 115. Piasen zum Brieg II. 93.

des Herzogs Dienern Etwas nachzulassen; der Herzog möge ihr sein Gutachten mittheilen.“ In demselben Jahre hatte Georg Pogrel von Michelau in Michelwitz, einem fürstlichen Zinsdorfe, ein Banergut gekauft und um Zulassung und Verreichung desselben bei der Herzogin angehalten. Mag er nun um Erlaß der Dienste ausdrücklich gebeten oder sie stillschweigend vorausgesetzt haben, die Herzogin ertheilte ihrem Hauptmann die Ermächtigung zur Bestätigung des Kaufes nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Pogrel die schuldigen Dienstbarkeiten, es sei an Fuhren, Robothen, Silberzinsen, Spinnen und allem andern unverkürzt jährlich verrichte und das ins Schöppenbuch eingetragen werde.

Ihren Wirthschaften stand sie, wie es einer guten Hausfrau geziemt, in eigner Person vor, Großes und Kleines mit gleicher Sorge umfassend. Sie fährt auf die Vorwerke und sieht zum Rechten, sucht für ihre Richte, die Frau Sophie von Promnitz und deren Schwägerin Ursula Freiin von Kittlitz, die um eine „Kue“ der großen Zucht bei ihr angehalten haben, höchstselbst eine Kalbe und ein Deckel aus und benachrichtigt die Damen, (1591 Juli 5.), sie auf das allerehefte abfordern zu lassen. Es fehlt im Gestüte ein tüchtiger „Stuttgaul“ (Beschäler), sie ersucht (1588 April 2.) ihren Sohn, ihr einen auf etliche Wochen zu leihen. Ein ander Mal fordert sie vom Burggrafen Auskunft über den Strohvorrath auf ihren Vorwerken, weil Herzog Joachim um Stroh gebeten hat. Leider konnte sie ihm nicht ausbelfen, da, wie sie (1590 März 27.) ihm schreibt, nach des Burggrafen Bericht „nur noch auf 14 Tage kümmerlichen Stroh vorhanden sei“, doch hat sie dem Kegerdorfer Amtmann befohlen, soviel Koffe und Wagen aus den Vorwerken als möglich mit denen des Herzogs ins Kreuzburgsche zu schicken, um von dort Stroh zu holen. Ein ander Mal erkundigt sich die Herzogin bei ihrer Schwiegertochter¹⁾, ob auch die nöthige Leinsaat vorhanden ist und giebt Auftrag, sie in Zeiten zu kaufen; sie besorgt die Bleiche der von Herrnsstadt geschickten Leinwand selber und theilt sie dem Gesinde zu. Die Herzogin-Wittve von Braunschweig, ihre Schwester, hat ihr 1593 aus der Mark zweierlei Rübensamen geschickt; „sie werde, antwortet ihr (1593 Juli 9.) Barbara, alēbald versuchen,

1) Beilage III.

welcher von beiden derer Ort am besten gerathen und vorkommen wird.“ 1592 hat sich die Frühjahrssaat bis in den Mai verspätet und die Herzogin hat die Bauern der nicht unter ihrer Jurisdiction stehenden Stiftdörfer um Hülfe bei Bestellung des großen Teiches angeredet. Unglücklicher Weise werden auf den der Herzogin zugesagten Tag die Bauern von Dhlau aus zur Anfuhr von Baueichen beordert. Alsbald wendet sich die Herzogin (1592 Mai 7.) bittend an ihren Sohn, „da die Arbeit im Teich schleunigst und ehist fortgestellt werden müsse, mit den Bauholzfuhren, wenn es ohne Nachtheil geschehen könne, bis nächste Woche zu warten.“ Uebrigens wurde in Nothfällen auch der Adel herangezogen. Im August 1593 hatte großes Wasser an Ufern, Wehr und Mühlen großen Schaden gethan. „Obwohl wir,“ heißt es in dem Schreiben an die von Adel im Briegschen (1593 August 18.), „unsre Unterthanen auf den Kammergütern und Stiftdörfern zu Fuhren fleißig antreiben lassen, so seien doch die armen Leute über der Oder dermaßen verterbet, daß sie solche Fuhren auf die Länge nicht leisten können. Weil hier aber kein Verzug mit dem Bau sei, so möge der Adel seine Bauern und Unterthanen künftige Woche eine Fuhre thun lassen, und welchen Tag sie solche verrichten wollen, beim Landeskämmerer¹⁾ anmelden, damit sie angewiesen werden möchten.“ Die herzoglichen Vorwerke hatten besonders gelitten, Hutung und Gräserei waren so zu Grunde verterbt, daß das Vieh anderswohin vertheilt und verschickt werden mußte. Der Schwiegersohn der Herzogin, Herzog Karl von Dels, hatte sich verwilligt, eine Anzahl zu übernehmen. Sie meldet ihm (1593 August 17.), „sie habe 23 Stück in seine Vorwerke abtreiben lassen, er möge aber auch noch die 13, die jetzt nicht haben getrieben werden können, in seinen Vorwerken aufnehmen und versorgen lassen.“

Der Reherdorfer Eisenhammer lag ihr nicht minder am Herzen als die Mühle in Brieg; für jenen wird eine Nothdurft Eisensteine von Nifel Dresse in Steinerdorf angeschafft und (1593 Mai 16.) an Kaspar Kottulinsky zur Dammer geschrieben, die fürstlichen Fuhren,

¹⁾ Ein sehr hoher Titel für einen recht niedrigen Posten. „Landkämmerer ist der Aufwärter bei den Landhofgerichten und andern expeditionibus,“ also der Thürsteher. Sinapius Olsnographia I. 526.

die sie abholen, durch seinen Zoll frei passieren zu lassen, und für die Mühle werden in Glas Mühlsteine gekauft, deretwegen die Herzogin sich an die Aebte in Heinrichau und Ramenz (1592 März 4) wendet, sie möchten sie ihr mit 8 Fuhren bis Strehlen schaffen; die frühern Aebte hätten ebenfalls dabei immer geholfen.

Es kam der Herzogin zu gute, daß sie früher bei Lebzeiten ihres Gemahls, so oft er nicht einheimisch war, in allen Wirthschaftsangelegenheiten seine Stellvertreterin gewesen. Aus dem Jahre 1566, als Herzog Georg in Ungarn gegen die Türken zu Felde lag, sind mehrere Rapporte des Hauptmanns Hans von Wildberg des jüngern zu Kölln und auf Keizerdorf an die Herzogin auf uns gekommen. In dem einen derselben (1566 Januar 8.) berichtet er über den Eisenhammer, „man habe wegen der großen Dürreigkeit fast 8 ganze Wochen nicht schmieden können; seitdem er den Hammer verwalte, seien nicht mehr denn 118 Wagen Eisen geschmiedet, aber in wenigen Tagen werde er wieder anfangen;“ und Mittwoch nach Francisci (1566 October 9) sendet er an die Herzogin einen Nachweis, was auf den Vorwerken gewachsen und in die Scheunen gekommen und meldet, „daß er noch gar wenig gesäht habe und wie weit der Bau des großen Teiches bei Minken gediehen. Mit dem Viehe stehe alles gut, nur hätten die Schafe in Minken und Pieschkowitz¹⁾ geblattet, doch seien auf beiden Schäferereien über fünf Viertel²⁾ nicht abgegangen. Eine Stute, so der Erzherzog geschickt, sei plötzlich gestorben; das Brauhaus zu Minken sei fertig, bereits wären ein acht Bier ungefährlichen gebrauen worden, und fast alle Wochen gingen auf die Kretschmer 14 Viertel Bier auf.“

Wie in ihren Wirthschaften, so hatte sie auch in ihrem besondern Haushalt überall die Augen, auch in Küche und Keller. Die Küche anlangend, so sei aus früherer Zeit hier erwähnt, daß 1571 Spargel in Brieg noch nicht zu haben war und die Herzogin dem Doctor beider Rechte Laurentius Heugel in Breslau den Auftrag gab, ihr welchen in Breslau zu besorgen. Am Tage Philippi und Jacobi (1571 Mai 1.) sendet er nun „etliche Spargen“ und meldet, „er habe trotz alles Fleißes und Bestellens nicht mehr als drei

1) Bischwitz bei Minken. 2) scil. Hundert.

Bündeln bekommen mögen, doch hoffe er, man werde ihm mehr bringen und sobald es geschehe, sollen sie J. F. G. unterthänigst zugesandt werden.“ Das dürfte leicht die älteste urkundliche Nachricht über Spargel sein. Ab und zu liefen von auswärts Geschenke für die Küche der Herzogin ein. Abraham Jentwiz von Goldschmieden, Hauptmann des Fürstenthums Breslau, schickt zu den Osterfeiertagen einen Fachs, den die Herzogin (1593 April 14.) zu günstigem und gnädigen Dank- und Gefallen annimmt, und beim Jägerndorfer Rath bedankt sie sich um dieselbe Zeit (1593 April 29.) für etliche Quart Steinbeissen, die dieser ihr zur Verehrung gesendet, welche zuneigliche Willfährigkeit im günstigem, gnädigen Willen unvergessen gehalten werden soll.

Zur vollen Tafel gehörte ein guter und reichlicher Trunk, also ein voller Keller; er lag der Herzogin ebenso wie die Küche am Herzen. Sie hatte 1590 ihren Söhnen die beiden Dörfer Weistritz¹⁾ und Steinerdorf abgetreten und Herzog Joachim hatte sich dafür anheischig gemacht, jährlich 2 Faß ungerschen Wein zur Hofhaltung in Briege zu „verehren und anfahren zu lassen.“ Die Herzogin erinnert ihn (1591 April 12.) an sein Versprechen; „es sei jetzt wenig Weins in den Kellern vorhanden, er wolle daher verordnen, daß der versprochne Wein angeliefert werde.“ Ungarweine wurden von den Herzögen in Ohlau aus erster Hand in Ungarn eingekauft und die Herzogin pflegte sich an den Käufen ihrer Söhne zu betheiligen. Als diese 1589 in St. Georgen einige hundert Eimer Wein gekauft hatten und sie durch ihren Küchenmeister abholen ließen, nahm sie 100 Eimer für ihren Keller und schickt (1589 Januar 18.) den Betrag dafür an Herzog Joachim in baarem Gelde. Der Preis des Eimers von der bessern Sorte betrug $3\frac{1}{2}$ Th., die geringere war einige Groschen billiger. Auch der Bierkeller wurde nicht vergessen. Das Minkner Bier erfreute sich damals eines großen Rufes und Herzog Joachim hatte sich der Mutter „eßlich Gerstenbier von Minken söhnllich zu verehren verwilligt,“ was von dieser zu mütterlichem Gefallen und Danke angenommen worden war. Wie es oft zu gehn pflegt, war die Sache ins Vergessen gerathen, so daß die Herzogin (1592 Juli 1.)

¹⁾ Weistritz bei Ohlau. Vergl. Schönwälder Pfaffen zum Briege II. 228.

daran erinnert; „sie versehe sich, wie ihm bewußt, jezt fürnehmer und gar lieber Gäste und der Vorrath von Gerstenbier möchte leicht abgehn, so möge er ihr also ehestens das versprochne schicken,“ und 1594 ersucht sie ihren Sohn, ihr durch den Brauer in Minken drei Gerstenbiere brauen zu lassen.

So sorgfältig die Herzogin in ihrem Haushalt war, so schenkte sie doch den Beamten ihrer Rentkammer mehr Vertrauen als sie verdienten. Als der Rentschreiber Merten Schott 1591 gestorben war, stellte es sich alsbald heraus, daß seine Bücher „schon vom ersten Jahre der Uebernahme der Regierung durch die Herzogin an sehr lüderlich geführt, die Handregister nicht in Ordnung und Einnahmen und Ausgaben meist in Scarteken eingetragen waren. Als ihm kurz zuvor einiges Geld abgefordert worden war, hatte er solches mit dem Vermelden verweigert, er hätte und wüßte kein Geld, während sich nach seinem Tode in der Rentkammer und zu Keßerdorf und in seinem Fohament in die 700 Th. in unterschiedlichen 60 Posten zerstreut vorfanden.“ Erschrocken benachrichtigt die Herzogin davon ihren Sohn (1591 März 28. u. 29.) und bittet ihn, schleunigst nach Brieg zu kommen, um selber zu sehen und ihr Rath zu ertheilen. Durch Schaden klug geworden, hielt sie nachher unter Zugiehung ihres Sohnes, Herzog Joachim, regelmäßig mit ihren Dienern Abrechnung. Ganz entgegen ihrem seligen Herrn und Gemahl, der zuweilen in einer Geldklemme steckte, von der wir uns heut kaum einen Begriff machen können, hielt sie in ihrem Hofhalt auf strengste Ordnung und überall auf Baarzahlung; selbst ihren Söhnen zu Gefallen ging sie von dieser Gewohnheit nicht ab. So sehr sie sie liebte, so mochte sie sich doch um ihrewillen nicht in Verlegenheit setzen. Im Jahre 1591 hatten die Herzöge zur allmählichen Abbürdung der von ihrem Vater hinterlassenen Schulden der Landschaft auf eine Reihe von Jahren die Kammergüter abgetreten¹⁾ und sich dadurch genöthigt gesehen, ihre Hofhaltung „etwas einzuziehen und zu ändern.“ Auf ihre Bitte kam die Mutter von Brieg, um ihnen dabei mit ihrem Rathe beizustehen. Ein Theil der Dienerschaft sollte entlassen werden, als aber die Söhne sich nachträg-

1) Schönwälder, Piasien zum Briege II. 232 ff. 242 ff.

lich an die Mutter wandten, ihnen zur Abfertigung der abgedankten Hofgesinde auf kurze Zeit eine Summe Geldes zu leihen, antwortet sie ihnen (1591 Februar 3.), „sie habe die ihr zugemuthete Summe nicht in Besiz, habe binnen weniger Zeit auf Besoldungen, item zur Erkaufung eplicher Weine, auch zu Bezahlung andrer Schulden, dann, daß sie auch epliche ihrer Diener habe kleiden lassen, nahe in die 3000 Th. aufwenden müssen, und ob zwar etwa ein 600 Th. bei Handen wären, so sei sie bedacht, was mehr von Weinen kaufen zu lassen, auch stehe der Markt von Breslau bevor und es sei für die Kuchel und sonst was einzukaufen.“

Uebrigens verstand sie sich ganz gut auf den Werth des Geldes. Fräulein Sophie hatte ihren Brüdern in Ohlau 2000 Th. und zwar in schwesterlicher Liebe zu 5 Procent vorgeliehen. Als nun die Landschaft gegen Einräumung und Abtretung der Kammergüter die Bezahlung sämmtlicher Schulden über sich genommen, ersucht die Herzogin (1591 Mai 30.) den Hauptmann von Strehlen, Heinrich Senitz, um Rückzahlung jenes Kapitals auf nächste Johannis; „sollte sich das jedoch nicht thun lassen, so könne das Geld noch ein Jahr jedoch gegen 6 Procent Zinsen stehen bleiben.“ Daß sie (1593 September 2.) der Frau Wilhelm Oppersdorf zu Rosel, welche ein Gut gekauft hatte, das zur Abzahlung desselben begehrte Darlehn von 2500 Th. abschlug, ist natürlich; solche Darlehne zu machen, reichten ihre Einkünfte nicht hin und ihre Entschuldigung, „daß von der Baarschaft große Ausgaben geführt worden seien, sie auch durch das große Wasser an ihren Einkommen, Vorwerken und Nutzungen großen Schaden gelitten habe und der Frauen also nicht willfahren könne,“ war durchaus begründet, denn das Jahr darauf bittet sie selber ihren Sohn, ihr mit 2000 Th. auszuhefeln, da sie durch die Wasserfluth in Schulden gerathen sei. Mit kleinen Darlehen war sie nicht schwierig, doch verlangte sie gehörige Sicherheit. 1590 an Michaelis hatte sie dem Nicolaus Lohs zu Kniegnitz bei Lüben 150 Th. auf ein Jahr geliehen und dieser, er war Unterthan Herzog Friedrichs von Liegnitz, sich verpflichtet, einen fürstlichen Consens auf ein Stück seines Gutes von größerem Werthe als das Capital sammt Interessen auszubringen und die Herzogin damit zu sichern. Als die Ausfertigung des Consenses sich verzögerte, schrieb sie

alsbald (1591 Januar 10.) an den fürstlichen Rath Wenzel Kreiselwitz in Liegnitz, den Herzog Friedrich zur Bewilligung desselben zu bewegen, und an Nikel Lohs an demselben Tage, „ihr den bedungenen Consens wo möglich mit dem Boten zuzuschicken, damit wir uns um unser eigen Geld fernere Mühe und Mangel nicht zufügen dürfen.“

Gute Hausfrauen pflegen auch gute Mütter zu sein; bei Herzogin Barbara trifft diese Voraussetzung in vollstem Maße zu. Die Nähe von Ohlau, wo ihre Söhne residirten, und von Dels, wo ihre Tochter Elisabeth Magdalene verheirathet war, gestattete den lebhaftesten und vertrautesten Verkehr. Alle drei Höfe bildeten fast eine Familie. Es ist fast rührend, wenn die Mutter, indem sie sich (1589 November 29.) bei ihrem Sohne Herzog Joachim für zwei Schweine und ein Reh bedankt, die er ihr gesendet, ihn zugleich ermahnt, „seine Schwester in Dels auch mit einem Frischling zu bedenken“ und dabei sendet sie seiner Gemahlin ein Fäßlein Großnischen Wein, „wie ihr derselbe von ihrem Bruder, dem Kurfürsten, eben zugekommen.“ Von der Qualität dieses Weinens wird freilich Nichts gesagt. Freud und Leid waren gemeinschaftlich. Ist in Ohlau am Hofe eine Hochzeit, so wird die Mutter mit der noch ledigen Schwester geladen, richtet die Herzogin in Brieg eine solche aus, so dürfen die Herrschaften in Ohlau und Dels nicht fehlen. War Jemand in Ohlau krank, wie ängstet sich darüber die Mutter! Sie ließ es alsdann nicht bloß bei Erkundigungen bewenden, sie hilft vielmehr, wozu Frauen bekanntlich immer bereit sind, hinter dem Rücken der Aerzte mit ihren besondern Medicamenten aus. Als Herzog Joachim einst leicht erkrankt, sendet sie (1588 September 17.) auf die Nachricht davon alsbald „ein Glas voll Zimmtwasser wie denn auch ein Glas voll Jugendwasser¹⁾), was der Herzog zu gebrauchen wissen werde.“ Sie bewahrte in ihrer Hausapo-

¹⁾ Das Jugendwasser dürfte wohl Aqua vitae sein, zu dessen „Temperirung“ die Kurfürstin von Sachsen, Mutter Anna, die das Destilliren desselben ins Große betrieb, Zimmtwasser empfahl. Sie pflegte „die köstliche Arznei, die um Geld nicht zu haben war“ und die sie selbst bereitet hatte, jedes Jahr an den Kaiser und die Kaiserin, an Fürsten und Fürstinnen im Ausland als Präsent zu versenden. Da sie auch mit der Herzogin Barbara in Verbindung stand, ist diese Hypothese, daß Jugendwasser und Aquavit identisch sind, im höchsten Grade wahrscheinlich. v. Weber, Anna Kurfürstin von Sachsen p. 457.

theke noch andre rare und kostbare Mittel. Um ein wenig Einhorn¹⁾ wird sie (1594 März 9.) von George Debschitz von Schadowalde zu Ortmanndorf²⁾, ihrem willigen, fleißigen, demüthigen alten Diener gebeten, und von Frau Sophie von Promnitz, ihrer Großnichte, (1591 März 12.) „um ein wenig Kinderbalsam³⁾ und ein wenig Tugendwasser oder was anders nach ihrem Gutdünken, was sonst gut ist.“ Neben den genannten Mitteln finde ich auch noch Rosenwasser⁴⁾ erwähnt und Regereschmalz⁵⁾ soll ihr Senitz 1574 bei den Gellhornen oder sonst zu Wege bringen. Für Muscatenöl⁶⁾ bedankt sie sich (1591 Januar 18.) bei ihrer Muhme, der Frau Administratorin zu Halle, und theilt ihr ihrerseits (1591 September 12.) die Description eines Magenpulvers mit, welches weiland ihr herzogliebster Herr und Gemahl des Abends nach dem Essen auf den „Beschnitten⁷⁾ vorß Drucken“ gebraucht, mit dem herzlichen Wunsche, „die göttliche Majestät geruhe und wolle Gnaden und Segen hinzu verleihen, daß hochgedachte J. E. solch Pulver zu Deroselbigen guter beständiger Leibesgesundheit nützlich gebrauchen möge.“ Der Herr Administrator litt nämlich „vom Drucken eplicher Maßen harte Beschwerden“ und seine Gemahlin wollte solchen gerne durch geordnete Mittel vorkommen und steuern. Sichtwasser, dessen Tugend Bal-

1) Wohl der Stoßzahn des Narwal, wurde geschabt eingegeben; es war eins der kostbarsten und kräftigsten Heilmittel und fand sich ebenfalls in der Hausapothek der Kurfürstin Anna. v. Weber p. 476.

2) Hartmannsdorf, vielleicht das bei Landsbut.

3) Kinderbalsam, von schwangern Frauen gebraucht, „wenn sie sich übel befinden, sonderlich wenn sie etwa erschrecken, schwermüthig oder bewegten Gemüthes sind“, aber auch „den Kindern eingegeben, wenn sie geboren werden,“ wurde aus Eichenmißpeln bereitet. v. Weber p. 463. 470.

4) Rosenwasser diente gegen Augenleiden; v. Weber p. 464.

5) Reiherschmalz, wahrscheinlich für die Kurfürstin Anna, deren Pieserantin Herzogin Barbara für diesen Artikel gewesen ist. Doch war es in Schlesien nur mit Mühe zu erlangen, „weil man in dieser Landesart nicht viel darnach fragt.“ v. Weber p. 480.

6) Ebenfalls in der Apotheke der Kurfürstin Anna; v. Weber p. 465.

7) Bähnschnitten, Gebähtes, am Feuer geröstetes Brot, warm gegessen. Von diesem Magenpulver überschickt die Herzogin (1588 Septbr. 22.) auch ihrem Sohne Joachim ein „Skattelschen.“ „Nach dem Essen ein Paar Schnittchen von Roggenbrot Gebäht, über einem Teller mit Wein begossen und des Pulvers etwa 3 gute Messerspitzen darauf gethan und zwischen der Mahlzeit Nichts getrunken; verhoffen zu Gott, es werde D. E. nicht undienstlichen sein.“

thasar Pückler einst der Herzogin angepriesen, suchte sie sich durch dessen Gemahlin Polirena geb. Necher zu beschaffen. Sie schrieb an sie (1591 August 9.): „ihr Gemahl habe ihr, der Herzogin, gute Vertröstung gethan, ihr ein Wasser aus Ungarn, welches etwan für Podagra dienen sollte, unbeschwert zu Wege zu bringen; sie werde jetzt aus dem Reiche von ihren nahen Verwandten wiederum wegen des Wassers angelangt; da sie Herrn Balthasar wegen seiner Krankheit damit nicht behestigen wolle, so möge Frau Polirena sich bei ihren Amtleuten und Dienern erkundigen, wie es um das Wasser beschaffen sei und ob sie desselben, wann und zu welcher Zeit gegen gebürliche Zahlung anhero bekommen könnte.“

Ihre Mittel mögen bei andern vielleicht besser angeschlagen haben als bei ihr selber, denn sie war in ihren letzten Lebensjahren recht oft leidend und die schriftlichen Erkundigungen ihrer Kinder nach ihrem Ergehen sind zahlreich. Mit Medicamenten konnte Herzog Joachim seiner kränkenden Mutter allerdings nicht dienen, dafür theilt er christlich mit ihr, wenn er in seiner Küche etwas Gutes hat. Als er 1593 im Januar eines Faches habhaft geworden war, sandte er die Hälfte desselben nach Brieg. Ein ander Mal schickt er der Mutter 3 Fohren. Umgekehrt müssen aber auch, wenn die Mutter etwas Besonderes hat, die Söhne ihren Theil davon haben, und wenns auch bloß zum Kosten wäre. 1587 hatte der Bischof Andreas der Herzogin ein Gericht Fohren verehrt; um sie nicht alleine zu essen, schickt sie einige nach Ohlau, die sie der Kürze wegen bald hat abbraten lassen. 1590 Juli 4. macht sie ihren Söhnen ein Präsent mit einem halben Achtel Zerbster Bier, das ihr geschenkte ganze Achtel redlich mit ihnen theilend.

Wie besorgt sie um Kinder und Enkel gewesen ist, bezeugt uns ein Schreiben (1593 März 28.) an Herzog Joachim. „Wir sind glaubwürdig berichtet, heißt es darin, daß nicht allein in Ohlau sondern auch unter Deroselbigen Hofdienern ganz beschwerlich gefährliche und wie zu fürchten anfällige Krankheiten sich ereignen sollen;“ namentlich ist die Großmutter wegen der Kinderlein in Angst und warnt, „nicht zu lange bei und in solcher Gefahr zu warten; der Herzog möge solch treuherziges Wohlmeinen in sonderlichem Willen aufnehmen; wolle er sich aber noch länger in seiner Hofstatt aufhalten, so möge er wenigstens

die Kinderlein, welche sonderlich solche Zufälle leicht fangen, in ihre großmütterliche Pflege vertrauen.“ Es ist unzweifelhaft von syphilitischen Krankheiten die Rede, die sich das Jahr zuvor auch in Brieg gezeigt und zur Entlassung des herzoglichen Weinschenk geführt hatten. Der Hauptmann Balthasar Hylcz hatte der Herzogin gemeldet, daß Peter Gerhardt, des Hofweinschenken Mutter mit der „anfällig, abscheulichen Krankheit,“ deren Namen die Herzogin nicht in den Mund nehmen mag, befallen war. Der gedachte Weinschenk gehe nun, schreibt die Herzogin (1592 Februar 1.) an ihren Schwiegersohn in Dels „bei seiner Mutter aus und ein, lasse seine Kleider bei ihr waschen und gebrauche sich bei ihr andrer Bequemlichkeit, könne also leicht selbst befallen worden sein. Da nun, weil ihm der Trank- und Mundbecher der Herzogin anvertraut wäre, daraus für sie selber Gefahr entstehen könne, habe es der Hauptmann anzeigen zu müssen geglaubt. Seinen Bericht hätten die Balbiere und zwar der Älteste, der die Frau eine Zeitlang behandelt, bestätigt. Peter Gerhardt sei deßhalb in allen Gnaden seines Dienstes entlassen und der Mundbecher allreit einem andern anvertraut worden; deßhalb müsse denn auch die Herzogin die für den Entlassenen von Herzog Karl eingelegte Fürbitte abschlagen, zumal auch Peters Bruder, der sich nach Ranth verheirathet, an derselben Krankheit leide und sich dort bei dem Balbier curiren lasse.“

Ihren Schwiegertöchtern in Ohlau war Herzogin Barbara die freundlichste und theilnehmendste Mutter. Die Gemahlinnen der Herzöge genossen das ihnen zur Bewirthschaftung eingegebene Vorwerk in Baumgarten. Als Barbara erfuhr, daß es wegen der Uebergabe der Kammergüter an die Landschaft von ihren Söhnen wieder eingezogen werden sollte, legt sie alsbald (1591 April 21.) bei ihnen Fürbitte ein; „sie erachte, schrieb sie an sie, daß I. L., die beiden Herzoginnen, dießfalls ihren eignen Nuß im wenigsten nit suchen, sondern vielmehr der Meinung wären, solch ihnen eingegebenes Vorwerk mehr wegen der Lust als wegen Nußes zu erhalten, so möchten denn die Söhne sich ehelicher Liebe und Treue halben so viel bequemen und bezeigen, ihnen bemeltes Vorwerk hinfort und ferner zu belassen, sintemal vielleicht die Einkommen so übrig hoch nit seien.“ Mit ihrem Onkel Johann Christian hat sie, wie Großmütter pflegen, ein wenig

gehätschelt; er war 1593 ein drolliger Knabe von 2 Jahren und der Liebling der Großmutter; sie nennt ihn regelmäßig „den kleinen Mann.“ Um der Rechnung mit ihren Dienern beizuwohnen, ladet sie (1593 Mai 11.) ihren Sohn nach Brieg ein: „weiln auch wir, heißt es in dem betreffenden Schreiben, Dero herzlichste Gemahlin, unsre freundlich geliebte Muhme und Tochter nebenst dem jungen Herrichen, dem kleinen Manne, die Zeit über, weiln Dero E. angeregten Sachen abwarten wird, allhier bei uns gerne sehen und haben möchten, so bitten wir gleichfalls mütterlich, Dero E. wollen diese mit sich allhero zu bringen nicht unterlassen, die kurze Zeit zu unsrer Erlustigung allhier zu verbleiben.“ Und als Herzog Joachim in demselben Jahre, dem unterthänigen Ansuchen der Schützen in Brieg, auf den 29. August dem Bogelschießen beizuwohnen nachkommend, die Mutter von seiner Ankunft in Kenntniß setzt, antwortet ihm diese durch seinen Boten, „er solle das ja nicht unterlassen und sich neben seiner Gemahlin und dem kleinen Manne bei ihr den Abend zuvor einstellen.“

Ihrem Bruder, dem Kurfürsten von Brandenburg und seinen Kindern war sie in herzlicher Liebe zugethan. Ihn noch einmal zu besuchen, war bei ihrem Alter nicht ausführbar, Besuchbriefe mußten ausbelfen. „Da ihr nun einmal, schreibt sie ihm (1593 April 24.), bei ihrem schweren Alter, ihrer großen Unvermögenheit und da auch ihre Tochter Fräulein Sophie mit plöblicher und sorglicher Krankheit überfallen und ganz lagerhaftig sei, die Erfüllung ihres seit Jahren gehegten Wunsches, ihn und die andern Verwandten im Reiche zu besuchen, versagt bleibe, so möge er dafür seinen geliebten Söhnen so weit in Gnaden verlauben, die alte Muhme in Schlessen in diesem Sommer besuchen zu dürfen, daß sie sich mit dieser Ausreise auf kurze Zeit erlustigen und mit ihr bekannt werden möchten. Sie wolle fleißig Aufsicht geben, damit der Vater unbesorgt sein könne.“ Daneben schickte sie ihm durch ihren Stallmeister Friedrich Sterz einen Zelter, „so gut er dieser Zeit zu bekommen gewesen, schwesterlich und freundlich bittend, ihn zu Gefallen haben und annehmen zu wollen,“ ihren Neffen aber „zur geringen Verehrung ein junges ungezäumtes und noch nicht abgerichtetes „Kleprichen“ aus der Wirthschaft, damit sie sähen, was vor Zucht in Schlessen wäre,“ sie dabei ermahnend, „nun auch

ihrerseits nicht abzulassen, solche Reise zur alten Muhme in Schlesien, die ihnen nicht übel bekommen werde, vom Vater zu erlangen und anzustellen.“ Der Kurfürst gewährte den erbetnen Urlaub, worauf die Herzogin (1593 Juli 8.) unter schwesterlichem Danke um Nachricht bittet, wenn die jungen Herrschaften abreisen und bei ihr eintreffen würden.

Das Verhältniß zu ihrem Neffen, Herzog Friedrich IV. von Liegnitz, war, das geht aus allen ihren Briefen an ihn hervor, ein rein conventionelles; er war ihr nicht sympathisch; sie schreibt an ihn nur, wenn sie muß, bloß in Geschäften, und dann ganz geschäftsmäßig, nie wird ein wärmerer Ton angeschlagen. Als sie von ihm gelegentlich um Willd angesprochen wird, weil Herzog Johann von Schleswig Holstein und Abgesandte anderer Kur- und Reichsfürsten in Liegnitz erwartet wurden, die ihm in seinem Schuldwesen gegen Landschaft und Städte Beistand leisten sollten, antwortet sie (1591 August 19.) recht kühl, „sie habe mit den Jagden gar Nichts zu thun, ersuche selber, wenn sie zu Nothdurft ihrer wenigen Hofhaltung was bedürfe, ihre Söhne darum, auch habe sie Nichts im Vorrath, womit sie dienen könne, er möge sich an die Herzöge wenden.“ Diese abschlägliche Antwort ist fast unerhört; dergleichen Bitten zu erfüllen galt als Ehrensache. Dafür suchte sie den verwaisten Töchtern Herzog Heinrich XI., ihres Neffen, soviel in ihren Kräften stand, die Mutter zu ersetzen. Als Herzog Friedrich 1591 zum Kurfürsten nach Brandenburg reiste, erbot sich Herzogin Barbara (1591 April 8.), Fräulein Emilien bis zu seiner Rückkunft in Brieg zu unterhalten, und als deren Schwester Anna Maria in demselben Jahre nach Dnolzbach (Ansbach) reisen wollte, um wo möglich „aus der Hinterlassenschaft ihrer Frau Großmutter Christmilder hochlöblicher Gedächtnuß was zu erlangen,“ war es wieder Herzogin Barbara, die diese Reise ermöglichte; sie ließ ihr 6 Rosse und gab ihr ihren Hofmeister zur Begleitung mit. Als sie jedoch nach Ablauf der bestimmten Zeit, weil sie noch Nichts erhalten, aber immer noch Etwas zu bekommen erwartete, bei der Herzogin Barbara um fernern Urlaub für den Hofmeister und die Rosse anhielt, antwortet ihr diese (1591 Juni 23.), „sie könne nicht sehen, wie der Hofmeister von seinen mehrentheils unerzogenen kleinen lieben Kinderlein noch längere Zeit daselbst erwarten solle und wisse auch nicht,

wenn und welche Stunde sie die 6 Rosse zu etwa fürfallender Gelegenheit bedörfende sein werde; groß Wasser habe an den Dämmen viel Schaden gethan und überdieß sei die Erndte vor der Hand, daß dieser und anderer Rosß nit entrathen werden könne; daß Fräulein möge daher dem Hofmeister die Rückkehr mit den Rossen gestatten."

Von ihrer Großnichte Freiin Sophie von Kurzbach, welche am Brieger Hofe ¹⁾ aufgewachsen und seit 1590 mit Heinrich Anselm Freiherrn von Promnitz vermählt war, wurde Herzogin Barbara wie eine Mutter verehrt. So oft sie von ihrem Herrn und Gemahl nach Breslau abgefertigt wird, kommt sie jedes Mal auch einige Tage zum Besuch nach Brieg; ihrem Mühmchen, Fräulein Sophie, sendet sie die bei einem solchen Besuche versprochenen „Moster“ durch einen eignen Boten von Sagan. Trotz des Tugendwassers und Kinderbalsams der Herzogin Barbara war ihre 1591 geborne Tochter nur wenige Tage alt geworden. Hatte es bei ihrer ersten Entbindung an rechter Abwartung gefehlt oder was sonst der Grund gewesen sein mag, kurz ihr zweites Wochenbett wünschte sie bei ihrer Großtante in Brieg abzuhalten. Die Herzogin hatte in dieses Verlangen gewilligt und als Promnitz an das ihm gegebne Versprechen erinnerte, antwortete sie (1593 December 15.), „sie sei bereit, seine Gemahlin bei sich in ihrem Hoflager anzunehmen und mit Wartung und Pflege in ihren sechswochen versehen zu lassen, sobald nur solches nicht wider seines geliebten Herrn Vaters Willen und rathsames Gutachten sein möchte, denn sie habe aus seinem Schreiben ersehen, daß jener bereits Zimmer habe zubereiten lassen. Sie, die Herzogin, wolle sich also seiner Gemahlin versehen und zu nothwendigem Unterhalte die Verschaffung thnn, wohlmeinender Zuversicht, daß sie mit ihr, der Herzogin und ihrer Tractation, die Diener aber mit den fürstlichen Dienern also vorwillen nehmen würden. Was solchen Unterhalt betreffe, so wolle sie sich mit ihm derowegen bei nächster Zusammenkunft, welche Gott glücklich verleihen wolle, des fernern unterreden.“ Der letzte Passus bezieht sich offenbar auf die von Herrn Promnitz der Herzogin angebotne Entschädigung; sie darf nicht befremden, in Geldsachen war man damals

¹⁾ Thebesius Liegn. Jahrb. III. 215. Schönwälder Pfaften II. 199.

durchaus nicht empfindlich und der Freiherr von Promnitz war wahrscheinlich reicher als die verwittwete Herzogin Barbara.

Mit den Verwandten im Reiche werden ebenfalls fleißig Besuchsbriefe gewechselt, oft sind sie von Präsenten begleitet. Ihrer Schwägerin Sabine, Markgräfin zu Brandenburg, schickt Barbara 1551 einen schönen Kragen und empfängt dafür als Gegengabe 3 Duzend goldne Stifftliche¹⁾; die Administratorin von Halle wird von ihr 1591 mit ihrem Conterfeit erfreut und 1580 mit 15 „treugen Karpfen“ bedacht. „Es ist uns, heißt es im Danksagungsschreiben der Administratorin, von E. E. an solcher Verehrung der treugen Karpfen ein sonder freundlicher Gefallen geschehen, ist uns gar ein gut Essen.“ Daß getrocknete oder geräucherte Karpfen ein gar so gut Essen sein sollen, will uns freilich nicht einleuchten. Präsende aus der eignen Haushaltung waren damals Mode; so erhielt Herzogin Barbara von Frau Barbara gebornen Biberstein²⁾, Frau Terzken auf Smirß, wie Senitz auf ihren Briefen vermerkt, regelmäßig jedes Jahr ein Schock „Malderficken und zweene Schmetten³⁾, so gut sie heuer der Ort gerathen sind,“ und da eine Hand die andre wäscht, so gab die Herzogin dem Gesandten der Frau Terzken, der jedes Jahr auf den Ochsenmarkt nach Brieg kam, um für 300 Th. Mastochsen, aber von den größten und schwersten, einzukaufen und doch vom Ochsenkauf Nichts verstand, stets ihren Ruchelmeister auf den Markt mit, der dann den Einkauf besorgte⁴⁾. Doch erfahren wir auch von andern Geschenken. 1558 hat dieselbe Frau Barbara geborne von Biberstein von Prag aus der Herzogin einen „Seiger“ und „ihrem allerliebsten Buben Hans Georg,“ dem zweiten Sohne

1) Beilage II.

2) Sie war eine Tochter des mit Ursula, einer Tochter Herzog Karls I. von Oels vermählten Freiherrn Hieronymus von Biberstein. (Grotefsend Stammtaf. XIV. Nr. 6.) Sie nennt den Herzog Georg Oheim und Schwager.

3) Es mögen wohl Käse darunter zu verstehen sein.

4) Um übrigens hier noch ein Beispiel von der Consumption der damaligen fürstlichen Höfe anzuführen, so schickte der Kurfürst von der Pfalz alljährlich von Heidelberg einen seiner Diener nach Schlessen, um 600 Ochsen vor seines Herrn Gebrauch, Provision und Nothdurft einzukaufen, welche zollfrei, sicher und unaufgehalten durch ihr Fürstenthum und Leibgebingsgebiet passiren zu lassen, die Herzogin jedesmal gebeten wurde. Da aber der Kurfürstliche Diener die Ochsen dem Brieger Markte zum Schaden mehrentheils an der polnischen Grenze und den Heiden kaufte, und

der Herzogin Barbara, bei welchem sie zu Gevatter gestanden, ein „Hemett“ (Hemdchen) gesendet. Wie bescheiden und genügsam war man damals!

In diesen Besuchbriefen werden natürlich auch Neuigkeiten mitgetheilt und abgehandelt. „Der Herzogin von Liegnitz,“ meldet Barbara (1591 Januar 18.) ihrer Muhme, der Administratorin, „sei es wirklich unrichtig gegangen, bei welcher Gelegenheit es aber geschehen, wisse sie nicht zu sagen; aber ihre Tochter Elisabeth Magdalene, Herzogin von Dels, habe der getreue liebe Gott bis anhero noch vor solchem Unfall gnädiglichen behütet.“ Das Gerücht davon muß doch also den Weg bis nach Halle gefunden haben und die Frau Administratorin hat sich bei Barbara des Nähern erkundigt.

Doch nicht bloß Neuigkeiten, zuweilen werden in diesen Briefen auch recht ernste Geschäfte verhandelt, wie wir aus einem Schreiben der Herzogin Barbara an die Frau Administratorin (1591 Juli 30.) ersehen. Bekannt ist, daß Herzog Joachim Friedrich Dompropst von Magdeburg ¹⁾ war, nicht aber, daß 1591 wegen Abtretung der Propstei

diesem Beispiele andre Kaufs- und Gewerksleute zu folgen anfangen, so beschwerte sich die Herzogin deswegen beim Pfalzgrafen (1591 Juli 28.), „er möge seine Diener anhalten, mit Kaufung der Ochsen die dazu deputirten und ausgelegten Stellen inne zu halten.“ Sie kehrten sich wenig an diesen Protest sondern pflegten 1592 und 1593 zum Verdrusse der Herzogin wieder außerhalb der Märkte an der Grenze und den Heiden Kaufhandlung mit den Polacken.

1) Die Bewerbungen Herzog Georgs um die Dompropstei in Magdeburg für einen seiner beiden Söhne beginnen schon im Jahre 1562. Aus einem uns erhaltenen Briefe an Albrecht Thunab, der Rechten Dr., Kurfürstl. Brandenburgischen und Erzbischöflich Magdeburgischen Rath zu eignen Händen d. d. Brieg 1562 April 7. erfahren wir, daß der Kurfürst von Brandenburg und Sigismund, Erzbischof von Magdeburg, dem Herzog Georg, den Consens der Thumpropstei anlangend, freundliche Zusage und Vertröstung gethan. Thunab werde am Besten wissen, wie und auf was Wege diese Handlung angestellt werden solle, und darum halte es der Herzog für unnöthig, ihm besondre Instruction deswegen zuzuschicken. „Und ist an Euch unser gnädiges Ansinnen und Begehren, Ihr wollet mit allem treuen Fleiß fördern und anhalten helfen, daß Ihr den obgedachten Consens auf unsrer geliebten Söhne einen zu gedachter Thumpropstei erhalten und zu Wege bringen wollet. Das wollen wir Euch neben gnädiger gebürlicher Verehrung in allen und sondern Gnaben bedenken.“ Außer bei Thunab muß es auch bei den Rätthen der andern Mitglieder des Capitels, in deren Händen die Wahl lag, viel Geld gekostet haben. Die Sache zog sich übrigens außerordentlich in die Länge. 1586 war Herzog Joachim noch nicht investirt. Um seine Investitur persönlich zu betreiben, machte er in diesem Jahre an den interessirten Höfen Besuche, wie wir aus einem Briefe

gegen ein Abstandsgeld unterhandelt worden ist. Um diese Unterhandlungen zu fördern, steckte sich Herzogin Barbara hinter des Administrators Gemahlin. „Sie werde gehört haben, schreibt sie an die letzte, daß Herzog Joachim Friedrich sich mit ihrem, der Administratorin, Gemahl in Tractation eingelassen habe, sein bishero an der Thumpropstei zu Magdeburg gebrauchtes Recht gegen gebürliche Recompens gutwillig abzutreten und zu übergeben. Der Recompens halben sei man noch nicht einig, und darum habe gegenwärtig Herzog Joachim seine Rätthe an den Gemahl der Administratorin gesandt, um die angefangne friedliche Verhandlung ferner zu befördern und zu schließen. Demnach es uns gar wohl bewußt, wie ein großes Geld es unsern geliebten Herrn und Gemahl gekostet, ehe vorgemelter unser geliebter Sohn ermeldte Thumpropstei einbekommen, so haben wir in Betrachtung unsrer geliebten Söhne hohes Ob- und Anliegens nicht unterlassen mögen, an E. E. dieß unser Schreiben ergehen zu lassen. Die Administratorin möge daher bei ihrem Gemahl wohlgemeint „vorbitten und in Anbetracht der nahen Verwandtschaft und damit diese ansehnliche Prälatur vom Hause Brandenburg nicht wegkomme, befördern helfen, sich freundlich und gutwillig zu erweisen, zumal ihm an so einem Stück Geldes, als begehrt werde, nicht hoch gelegen sein könne, während ihren Söhnen und derselben Land und Leuten damit gar hoch und nützlich gewillfahrt werde.“ Die Verhandlungen scheinen damals ganz aussichtsvoll gewesen zu sein, denn die Herzogin bedankt sich (1591 September 12.) bei der Frau Administratorin für das, „was sie in der vertraulichen bewußten Sache, daß sie nun eßlicher maßen auf gutem Wege beruhe, zu fruchtbarem Fortgange bei ihrem Gemahl geholfen;“ gleichwohl sind sie vielleicht an der Höhe des verlangten Abstandsgeldes gescheitert.

seiner Mutter (1586 August 31.) an ihn erfahren. „Und daß nunmehr D. E. Thumpropstei Sachen dergestalt beschaffen, daß D. E. den völligen Besiß derselben und ordentliche Einführung in die Kirchen und das Thumkapitel in Kurzem zu bekommen vermeinen, wünschen wir D. E. dazu Gottes milden reichen Segen, damit es zu endlicher und guter Verrichtung gelangen und die nur von vielen Jahren her vielfältige Mühen und große Unkosten einstens erspart werden möchten.“ Vergl. Schönwälder, Pfaffen II. 231. Die dunkle Andeutung S. 245 über die Dompropstei wird durch unsere Briefe erst verständlich.

Bei ihren Hofjungfrauen vertrat die Herzogin, wie das übrigens damals an allen Höfen Sitte war, Mutterstelle; heiratheten sie, so richtete ihnen die Herzogin die Hochzeit aus und gab ihnen als Hochzeitsgeschenk zur Abstattung 50 Fl. Diese Hochzeiten bildeten einen Hauptbestandtheil der damaligen Hoffestlichkeiten, die ganze fürstliche Verwandtschaft nahm an ihnen Theil. 1593 hatte sich die Hofmeisterin der Herzogin Frau Anna Reideburg geb. Urleben, Magnus genannt, Wittib¹⁾, mit Balthasar Seydlitz von Gohlau auf Jacobsdorf²⁾ verlobt und die Hochzeit war auf den 12. Juli angesetzt. Unvermuthet fand sich zu dieser ersten noch eine zweite, so daß die Herzogin (1593 Mai 12.) Seydlitz benachrichtigt, „sie hätte es gern gesehen, daß er zu seiner Hochzeit seine nahe Blutsfreundschaft einlade, da sie aber auf diese Zeit auch ihre Kammerjungfrau Eva Seydlitz in Gnaden ehelich auszustatten sich entschlossen und zu diesem sich etlicher Fürsten und andrer vornehmen Gäste verseehe, so sei sie verursacht, dieß Wesen Etwas einzuziehen. Er solle deßhalb von Frauenzimmern nicht mehr Personen als Mutter und Geschwister anher verschreiben und bitten, da auch dem von Raczbar, dem Bräutigam der Eva Seydlitz von Schmiedzdorf, mehr einzuladen nicht erlaubt worden sei.“ Als Hochzeitsgäste waren nämlich von der Herzogin gebeten die Herzöge Karl von Dels und Joachim Friedrich von Ohlau nebst Gemahlinnen und die verwittwete Herzogin Johannsen von Wohlau, ihre Schwiegertochter. Die öffentliche Vertauung sollte auf dem fürstlichen Hause in Brieg geschehn. Der Hauptmann Ernst Prittwitz in Ohlau hatte sich trotz seines Alters freiwillig zum Dienst erboten. Ihm schrieb die Herzogin (1593 Juli 12.): „er möge sich bald nach verfloßnem Fürstentage nach Brieg verfügen und neben andern ihren Rätthen und Dienern einrathen helfen, was

¹⁾ Zu Hofmeisterinnen wurden vorzugsweise Wittwen gewählt. Die Kurfürstin Anna von Sachsen sah es höchst ungern, wenn eine Hofmeisterin heirathete; als dieser Fall bei der Hofmeisterin ihrer Tochter, der Pfalzgräfin Elisabeth, eintrat, schrieb sie darüber an die Gräfin Rhönburg: „Wir haben nicht gern gehört, daß F. E. Hofmeisterin wiederum gefreit hat. Wir gönnen ihr zwar nichts Böses, da sie aber der Mann weiblich abbläunte, wie zu besorgen, daß geschehen möchte, Wanten wir kein sonderlich Mitleiden mit ihr haben, denn wir noch nicht erfahren, daß eine Hofmeisterin sich wieder verheirathet hätte.“ v. Weber 76.

²⁾ Seine erste Frau, Barbara geb. Bess war ebenfalls Hofjungfrau der Herzogin gewesen.

zur Präparation der Hochzeit anzuschaffen nöthig sei, auch folgendes bei solchem Hochzeitswesen Marschalksstelle vertreten; um ihn aber ephlichermaßen zu verschonen und zu übertragen, werde ihm der Hofmeister und neben demselben auch Jemand anders zugegeben werden.“

Auf die Schmißdorfer Seydlitz, also auch auf unsre Eva, bezieht sich ein Bittschreiben der Herzogin in unserm Copialbuche, welches ihrem Herzen zur höchsten Ehre gereicht. Heinrich Seydlitz von Schmißdorf war seinem Schwager Otto Borschnitz vom Prauß 200 schwere Mark schuldig, die dieser seiner Schwester zur Erkaufung eines Gütleins in Laugwitz geliehen hatte. Seydlitz war ziemlich verschuldet verstorben und die Herzogin legt deßhalb bei Borschnitz Fürbitte ein, (1593 August 31.) „den Seydlitzschen Waisen als seinen nächsten Blutsverwandten diese 200 M. zu erlassen. Gott habe ihn mit Vermögen und Gütern dermaßen gesegnet, daß er das gegen diese armen, ihm so nahe verwandten Waisen ohne Schaden thun könne, zumal er auch bloß eine einzige wohl versorgte Tochter habe. Ihm seien die 200 M. ein Schlechtes, den armen Kindern aber eine große Hülfe. Auch Wenzel Borschnitz habe sich auf ihre Vorbitte den armen Waisen ganz willig und vetterlich erwiesen; es sei ihre erste Bitte und so hoffe sie, er werde sie gern erfüllen.“ Diese Bitte abzuschlagen, hätte er sehr hartherzig sein müssen.

Natürlich war die Herzogin Barbara auch in Dhlau zu solchen Hochzeiten regelmäßig mit ihrer Tochter geladen; so 1590 im Juni zu der Hochzeit des Leibmedicus Dr. Sebisch und in demselben Jahre auch zu der des Kammerjunkers Friedrich Stosch auf Wangern und Reudichen mit Rosina Reibnitz, der Herzogin Kammerjungfrau, und als 1593 der Kanzler Johann Keymann sich mit weiland Georg Ebens zu Breslau nachgelassener Tochter in Ehegelöbniß eingelassen, nahm die Herzogin nicht bloß die an sie und ihre Tochter Fräulein Sophie ergangne Hochzeitseinladung an sondern versprach auch, „ihr zu dieser Hochzeit erbetnes Silberwerk gern zu leihen und darob zu sein, daß solches zu rechter Zeit nach Dhlau geschickt werde.“

Daß ihre Jungfrauen auch nach ihrer Verheirathung ihrer gütigen Herrin in treuester Anhänglichkeit zugethan blieben, ist nicht verwunderlich. Ursula Haffe, die mit der Herzogin aus Brandenburg nach Schlesien gekommen war und später den Freiherrn Wilhelm Oppersdorf geheir-

rathet hatte, blieb lebenslang die Vertraute der Herzogin und scheint jedes Jahr in Brieg zum Besuch gewesen zu sein. Sie verstand sich ebenso gut auf Damenputz als auf's Schwätzen und beides gehört ja wohl zu den Vollkommenheiten einer Hofdame. 1574 schickt sie der Herzogin ein Fürtuch¹⁾, „für welches sie 18 Schock 6 Kr. 2 H. davon zu machen gegeben. Den von F. G. dazu gelieferten Zwirn sende sie zurück, denn er hat nicht dazu gedocht. Die Herzogin möge nicht ungnädiges Gefallen daran haben, daß sie in das Fürtuch eine andre Form habe machen lassen, „denn mich hat die andre, welche F. G. haben wollen, gar nicht hübsch gedocht.“ In den beiliegenden Zetteln werde die Herzogin sehen, „was Alles gesteht.“ Dabei schickt sie als Präsent „eine weiße Schlafhaube.“ Es handelt sich um Sticerei und „Form“ ist dasselbe, was die Frau von Promnitz „Moster“ nannte.

Da wir grade von Putz reden, so sei auch eines „Cassians“ gedacht, den Frau Margaretha Oppersdorf geb. von Lobkowitz, Frau auf Wich und Friedstein 1575 für die Herzogin Barbara anfertigen lassen sollte; den Stoff hatte die Herzogin gesendet. Frau Margaretha getraute sich indessen nicht, den Kasian auf gut Glück machen zu lassen, sondern schickte „einen zu Probe, den die Herzogin versuchen soll, ob derselbe recht und auch breit und lang genug sein wird, dann wolle sie den andern darnach anfertigen lassen.“ Der Brieger Hof war in der Mode also hinter der Frau Oppersdorf zurück, aber Ober Ologau lag auch näher an Prag als Brieg.

Auch eine Haubenbestellung mag hier noch Platz finden. Ob die goldgestickten Kappen in Schlesien bereits Mode waren oder erst Mode wurden, bleibe dahin gestellt, doch möchte ich das letztre annehmen²⁾; gewiß ist, daß wer 1575 ein solches Prachtstück haben wollte, sich nach Dresden wenden mußte. In gedachtem Jahre besorgte nämlich Frau

1) Fürtücher sind Schürzen. v. Weber 42. 43.

2) Sie scheinen am Dresdener Hofe angekommen zu sein. Christine von Hessen ließ sich 1563 durch die Kurfürstin Anna 2 goldne Hauben zurichten undzahlte darauf als Angeld 20 Th., mußte aber laut Rechnung noch 39 fl. nachzahlen. Für die Königin Sophie von Dänemark ließ Kurfürstin Anna 1574 eine goldne Haube von gezogenem Golde nach ihrem Muster fertigen, die großen Beifall fand; „diese Hauben, antwortet ihr die Königin, seien zumal seltsam und artig, auch in diesen Landen unzweifelhaft so wenig gesehn als gemacht worden.“ v. Weber 173.

E. (Elena) Bockhin, des Hofmarschalls Abraham Bock in Dresden Gemahlin, zehn Stück dergleichen Hauben für die Herzogin; das dazu nöthige Gold, gezogene Goldfäden im Gewicht von 2 Pfd. war von der Herzogin gesendet worden. In Breslau muß sich auf dergleichen Sticerei doch Niemand verstanden haben. 1576 Februar 12. schickt Frau E. Bockh „durch ihren Mann als ihren liebsten Boten vor der Hand 5 Stück, da die Frau, die sie mache, zu viel Arbeit gehabt; die übrigen sollten sobald als möglich folgen.“ Dabei meldet sie, „daß Sammet nach der von der Herzogin gesendeten Probe weder in Dresden noch Leipzig zu haben gewesen sei; sie habe daher die Probe dem vornehmsten Kaufmann in Dresden gegeben und dieser ihr versprochen, ein ganz Stücke zu bestellen, von dem die Herzogin nächsten Ostermarkt alsdann soviel als sie begehre, erhalten solle¹⁾.“ Aus den Fürstenschlössern auswandernd haben diese Goldkappen auf den Bauerhöfen ein dauerndes Unterkommen gefunden und bis in das gegenwärtige Jahrhundert behauptet. Bei meinem Amtsantritte 1843 existirten in meiner Parochie noch 2 oder 3 höchst ehrwürdige Exemplare in Gold und Silber, die indeß heute längst verschollen sind.

Daß es an den damaligen kleinen Höfen an Häfeleien und Zänkereien ebenso wenig gefehlt hat, wie heut an den großen, ist leicht zu erachten, und wenn um nichts Anderes, so wurde um die Kirchplätze gestritten. Ein solcher Streit hätte beinahe dem Stiftsverwalter Friedrich Häusler sein Amt gekostet. Die Sache war folgende. Zur Stiftskirche gehörten der Hof, die herzoglichen Diener und sämtliche der Jurisdiction des Stifts- und Burgamts unterstehenden Häuser mit ihren Bewohnern²⁾. Drei Frauen, die Kammermeisterin, die Frau Wachteln und Frau Hächeln³⁾ waren wegen ihrer Bänke uneins

1) In Sachsen, besonders im Meißnischen gab es damals schon Sammetweber, welche von wälschen Sammetmachern, die die Kurfürstin Anna in ihren Dienst genommen, angelernt worden waren. 1573 schickte sie zwei in Meissen gewebte Stücke Sammet an ihren Bruder, den König von Dänemark. v. Weber 354.

2) Schönwälder, Ortsnachrichten II. 281.

3) Kammermeister oder Rentmeister Herzog Joachims war Hans Jonas Lilgenau. Frau Eva Wachtel geb. Dreßke lebte als Wittwe in Bries in einem eignen Hause. Für ihren Sohn Friedrich Wachtel, der wegen geringer Geldschuld in Prag in „schweres, unerträgliches, auch ungebührliches Gefängniß gelegt worden,“ verwendete sich Herzogin Barbara (1592 Mai 10.) bei Herrn Ehrenfried von Mindkwiß, Röm. K. M. oberstem

geworden und die Frau des Leibmedicus Dr. Sebisch hatte sich trotz der Protestation des Stiftsverwalters in ihrer Bank gar einen Sperrsiß machen lassen. Da keine dieser Frauen der andern weichen und sich in die Anordnungen des Stiftsverwalters finden wollte, mußte sich die Herzogin selbst in's Mittel legen und höchstselbst bestimmen, wie es künftig gehalten werden solle. „Die Häckhelin soll, so es ihre Gelegenheit wäre, in der Wachteln Bank treten und die ihre der Kammermeisterin einräumen; wolle sie aber in ihrer Bank verbleiben, so soll die Kammermeisterin in der Wachteln Bank stehen, der Unterschied in der Doctorin Bank aber abgethan werden.“ Wenzel Jedliß, der Herzogin Rath, verständigte darüber den Stiftsverwalter und wies ihn im Namen der Herzogin und des Herzogs Joachim ausdrücklich an, „die unterschiedne Bank wiederum zu ordnen.“ Allein Häusler fürchtete sich vor den Vorwürfen der drei gestrengen Frauen mehr als vor dem Tadel der gütigen Herzogin und ließ, als gebranntes Kind das Feuer scheuend, Herrn Jedliß entbieten, „er wäre zuvor wegen der Bank in Ungunsten kommen und wüßte Nichts zu thun, er hätte denn vom Herzog schriftlichen Befehlich; wolle es Herr Jedliß aber thun, so möge er selber dem Tisler befehlen, den Unterschied wegzuschaffen.“ Das war denn doch der Herzogin zu viel, und sie verklagt den Stiftsverwalter, der ihr nicht untergeben war, bei Herzog Joachim. „Das sei nun ganz unziemlich, schreibt sie an diesen (1593 April 1.), daß der Häusler uns und Dero Liebden gleich Ordnung geben will, wie und was er Gestalt, schriftlich oder mündlich ihm Eins oder das Andere soll anbefohlen werden und daß er unsren und D. E. durch derselben Rätthe und Diener gethanen Befehlich nicht annehmen, viel weniger verrichten will. Weiln er auch früher dergleichen Hochmuth und Ungehorsam geübet und auf unsrer Rätthe Erfordern wegen ehlicher Pauern, so er für sich gehabt, nicht vor ihnen erscheinen wollen, ja weiln er uns selbst mit unziemlichem Entbieten beschwerlich gewesen; wolln geschweigen, was er sonst gegen gemeine Leute für Uebermuth üben mag, so wollen E. E. gegen ihn sich also erzeigen, daß er innen werde, daß er auch dieseß, was wir und D. E. ihm ohne Schrift durch unsre

Gerichtsrath in Prag, er möge doch helfen, daß Wachtel des schweren Gefängnisses erlebte würde. Die Frau Häckhelin mag wohl eine Brieger Bürgerfrau gewesen sein.

Diener auferlegen, in Gehorsam zu leisten schuldig sei und daß ihm sein Hochmuth Etwas gedämpft werde.“ Der Stiftsverwalter mag das Ungewitter, welches sich über seinem Haupte zusammen zog, gemerkt haben und kam ihm dadurch zuvor, daß er die Herzogin demüthig um Vergebung bat. Leicht versöhnt wurde sie jetzt seine Fürbitterin. „Der Stiftsverwalter, meldet sie jetzt (1593 April 5.) ihrem Sohne, habe sich in höchster Demuth anders erzeigt und in Erkenntniß seines Strauchelns Gnade gesucht und seine Irrungen hoch beklagt, daher sie gesonnen sei, die ihm zuge dachte Strafe auf des Herzogs Erkenntniß Etwas zu lindern. Jedoch weiln wir auch gern wollten, daß dergleichen einschleichendes hochmüthiges Wesen, welches jezo zu Briesg sehr gemein werden will, ungestraft nicht gelassen, der alte Gehorsam in Erhaltung unsrer fürstlichen Ob- und Botmäßigkeit fortgesetzt werde, als stellen wir in D. E. Gefallen, was sie neben ernster Verweisung, es sei mit Bestrickniß oder sonst gegen ihn zur Strafe vornehmen wolle, damit er nicht allermäßen frei ausgehe.“ Dieß der Ausgang jenes „Bankstriets“; der Kammermeister und der Leibmedicus werden sich wohl verglichen und die Frauen sich endlich in den Entscheid der Herzogin gefunden haben. Die Klage der Herzogin über das Schwinden des alten Gehorsams und das Einschleichen hochmüthigen Wesens war übrigens durchaus nicht gegenstandslos; ihre eignen adligen Hofdiener waren recht unbotmäßig. Ihr Hoffunker Hans Dittrich Rohr hatte seinen Jungen ohne Wissen des Hauptmanns und des Raths durch einen Stadtknecht kurzer Hand und ganz eigenmächtig aus der Stadt verweisen lassen, „darum wir dann, beklagt sich die Herzogin (1591 Mai 30.) bei ihrem Sohne, nicht alleine sehr bekümmert worden, sondern tragen auch ein großes Mißfallen daran. Sie habe den Rohr ermahnen lassen, sich mit dem Jungen zu vergleichen und ihn mit einer Kundschaft (einem Zeugniß) abzufertigen, er habe sich dessen aber trotz mehrfachen Befehles geweigert; des Jungen Verbrechen sei nicht groß, er habe Nichts veruntreut, der Herzog möge ihr deßhalb unbeschwert Rath ertheilen, wie sie sich gegen den Rohr bezeigen und was sie gegen ihn vornehmen solle.“

Die Stiftskirche machte der guten Fürstin noch andre Sorge; sie mußte sich auch um die Grabstellen in derselben kümmern. Der alte

Adam Gfug, welcher von der Pike auf an die 60 Jahre dem herzoglichen Hause treu gedient¹⁾, war (1593 Januar 28.) gestorben und hatte unmittelbar vor seinem Tode noch die Herzogin gebeten, „ihm die Stelle bei des Marschalls Gestühle zum Ruhebettlein zu vergönnen.“ Noch an demselben Tage schreibt die Herzogin dieserhalb an ihren Sohn, „sie wisse nicht, ob doselbst soviel Raumes vorhanden, sei aber unter Voraussetzung der Einwilligung des Herzogs gesonnen, im Mangel eine andre Stelle, wo es am bequemsten sein möchte, aufsuchen zu lassen.“ Auch wegen des verstorbenen Hofballbiers Jacob Polderberg fragt sie (1591 April 11.) bei Herzog Joachim an, wo er begraben werden soll.

Zum Hofe gehörte selbstverständlich auch der Adel des Fürstenthums. Die im Leibgedingsgebiet der Herzogin angesessene Ritterschaft war nicht zahlreich. Als die Leiche des (1591 October 10.) in Rom gestorbenen Herzogs Heinrich Wenzel²⁾, einzigen Sohnes erster Ehe ihres Schwiegersohns des Herzogs Carl von Dels, Brieg passiren sollte, ersucht die Herzogin, besorgend, daß die dazu verordneten 8 Personen die Leiche in den verschiedenen Särgen nicht ertragen würden, ihren Schwiegersohn (1592 Mai 25.), „noch morgenden Tages etliche von Adel anhero zu verordnen, weils unsrer Unterthanen eine geringe Anzahl und dieselben ephliche Alters halben zu tragen unvermögend seien.“ Die Besh in Mangschütz, Frau Besh auf Löwen, Caspar Danowiß auf Johnsdorf, die Frankenberg in Neudorf, die Nepolskys zu Groß-Zenkwiß, Wolf Odersky von Eyderaw zum Taschenberg, Frau Chrysolde Pano-
wiß auf Pogarel, Heinrich Walbe in Schwanowiß und Pramsen, Hans Zierowsky von Zierow zu Frohnau, deren Namen in unserm Copialbuch besonders häufig wiederkehren, dürften wohl die ganze Ritterschaft der fürstlichen Leibgedingsfrau ausgemacht haben. Langten bei irgend einer Gelegenheit die Hofdiener nicht zu, so wurden ohne weiteres Etliche von Adel zum Aufwarten oder zum Ehrendienst aufgeboten. Als 1591 die Herzogin zu der auf dem fürstlichen Hause zu Dhlau zu feiernden

¹⁾ In Herzog Joachims Hofhalt von 1589 wird er unter den Räten als „in der Proffion,“ also als pensionirt, mit 100 fl. aufgeführt.

²⁾ Ueber Heinrich Wenzel ist die Olsnographia des Sinapius I. 187 ff. zu vergleichen.

Hochzeit des Georg Friedrich Herrn von Rittlitz auf Ottendorf und Kreisewitz¹⁾ geladen war, schrieb sie, weil der Hofmeister, auch Friedrich Sterz und Hans Dittrich Rohr nicht einheimisch waren, (1591 Juni 25.) an Balthasar Seydlitz von Gohlau auf Jacobsdorf²⁾, sich am 6. Juli Abends in Brieg einzustellen, um sie mit einigen andern von Adel nach Ohlau zu geleiten. Die Herzogin hielt auf dieses Ehrengelait so streng, daß, als sie einmal nach Breslau reiste und in Ohlau anhalten und ein Frühstück einnehmen wollte, sie (1588 Mai 5.) ihren Sohn express bittet, „ihr etliche Hofdiener zu Roß entgegenzuschicken, damit sie in Ohlau nicht so gar schlecht einkommen möge.“ Als Gegenleistung für diese Dienste nahm der Adel dafür die Ehre in Anspruch, die Herzogin bei seinen Familienfesten, bei Hochzeiten und Kindtaufen bei sich zu sehen und bewirthen zu dürfen. Solche Bitten wurden nie abgeschlagen. Konnte die Herzogin in den letzten Lebensjahren wegen Krankheit oder andern „Ehehaften“ nicht erscheinen, so schickte sie einen Gesandten, der ihre Stelle vertrat und ihr Geschenk überreichte. An Wolf Odersky zum Taschenberg, der, ob schon bloß Pächter dieses Gutes, die Herzogin und ihre Tochter gleichwohl zu Bevatter gebeten hatte, schreibt sie (1593 December 23.) entschuldigend, „sie hätte das christliche Werk gern in eigner Person verrichtet, aber ihre Tochter sei nach dem Willen Gottes außs Siechbette gelegt und mit Schwachheit beladen, sie werde daher einen Gesandten abfertigen.“ Zu diesen Familienfesten, namentlich zu Hochzeiten gehörte ein Wildbraten und auch auf den Tafeln der vornehmern Bürger durfte er nicht fehlen; er wurde von der Herzogin erbeten, und von ihr regelmäßig gewährt, ob schon sie sich deswegen erst an ihre Söhne wenden mußte, denen die hohe Jagd vorbehalten war. In einem Briefe aus dem Jahre 1590 theilt sie ihrem Sohne

1) Bei Herzog Georgs Begräbniß trug er den ersten Helm mit dem ganzen Wappen und führt den Titel: F. G. Kammerer. Im Hofstaat Herzog Joachims ist unter den Hofjunkern ein Herr Friedrich von Rittlitz mit 4 Rossen und 3 Gefinden aufgeführt; jedenfalls derselbe; 1603 ist Georg Friedrich Freiherr von Rittlitz Hofmarschall in Brieg.

2) Welches von den vielen Jacobsdorfen gemeint ist, ob J. im Kreuzburgschen oder J. im Nimptschen Kreise, denn außerhalb des Fürstenthums wird es wohl nicht zu suchen sein, ist ungewiß. Gewiß aber war Seydlitz nicht unmittelbar Unterthan der Herzogin, sondern Vasall ihrer Söhne.

mit, „sie habe zu einer Hochzeit Wildpret versprochen und ersucht ihn, solches 8 Tage vorher schießen zu lassen, damit sie ihr Versprechen halten könne.“ Herzog Friedrich erhielt, wie wir oben sahen, eine abschlägige Antwort. Hof und Land bildeten eine große Familie und wer was brauchte, wendete sich an die Herzogin und durfte sicher sein, das Erbetne, wenns Menschen möglich war, zu erlangen. Uebrigens wurde ihre Freigebigkeit nicht bloß von Einheimischen in Anspruch genommen, auch Auswärtige fanden sich ein, um etwas zu erschnappen. So meldete sich der Landeshauptmann von Grottkau Gabriel Hund 1591 bei dem Brieger Hauptmann Fylcz von Puditsch wegen einer Stute, die ihm die Herzogin versprochen haben sollte. Natürlich fragte der Hauptmann erst an, wie es sich damit verhielte und Gabriel Hund erhielt jetzt von der Herzogin (1591 Juni 25.) den freundlichen Bescheid, „sie wisse bloß, daß sie durch ihren Hofmeister Friedrich Vafor um eine Stute für Gabriel Hund gebeten worden sei, aber nicht, daß sie dieserhalb eine Zusage gethan. Das Gestütt sei von ihren Söhnen von Brieg weggenommen worden; soviel in ihrer Leibgedingsregierung an Pferden vorhanden, würde in den Wirthschaften und Vorwerken gebraucht, der Hauptmann möge sie deßhalb für entschuldigt ansehen.“

Um die Herzogin ganz kennen zu lernen, müssen wir sie auch in ihrer öffentlichen Thätigkeit als Landesherrin und Regentin ins Auge fassen. Voraufgeschickt sei hier, daß das Stift und das Gymnasium ihr nicht unterstanden und daß die Wälder und deren Bewirthschaftung sammt der Jagd ebenfalls ihren Söhnen in Ohlau vorbehalten waren. Das Regieren war damals wirklich ein recht mühsames und verdrießliches Geschäft. Die Staatsmaschine arbeitete im höchsten Grade unvollkommen, so daß mit unsäglichlicher Kraftverschwendung doch nur sehr wenig ausgerichtet wurde. Was wurde an die gute Herzogin Alles gebracht, was Alles von ihr verlangt! Vom Größten bis zum Kleinsten hatte sie Alles zu besorgen; Justiz, Verwaltung, Wegebau, Vormundschafts-, Kirchen-, Ehefachen, Polizei, Innungswesen, Alles lag auf ihren Schultern und ihr Regierungspersonal bestand in ihrem Hauptmann, die sämtliche Sicherheitspolizei in einem Pfänder. Wußte sich die Herzogin nicht recht Rath, und das war recht oft der Fall, so wendete sie sich an ihre Söhne in Ohlau und selbst in den allergewöhnlichsten

Angelegenheiten wird Herzog Joachim Friedrichs Gutachten eingeholt; zu wichtigern Sachen sendet er seine Rätthe, denn eigne hatte die Herzogin nicht, oder kommt in Person um die Parten zu vergleichen; wozu möglich wurde alles in Güte hingelegt. Des Herzogs Kanzler Dr. Johann Heymann erhielt für seine Bemühungen in den Geschäften der Herzogin eine außerordentliche jährliche Besoldung von 150 Th. Als sich später die Nothwendigkeit herausstellte, in Brieg einen besondern Rath zur Hand zu haben, richtete Herzogin Barbara ihr Augenmerk auf Wenzel Jedliß von Rankau und ersuchte (1591 Juli 29.) ihren Sohn, sich bei ihm zu erkundigen, ob und unter welchen Bedingungen er sich zu solchem Dienste bestellen lassen und auch in Brieg aufhalten wolle? Wenzel Jedliß nahm die ihm angetragne Stelle an. Als Rath des Herzogs bezog er 200 Th. Gehalt, auf 4 Rosse und 3 Personen Futter, Kleidung und Mahl, auf das Ross 20 Fl. für Hufschlag und dem Knecht 5 Fl. „fürn Uebertrunk,“ zusammen 310 Fl. Wahrscheinlich ist ihm bei seiner Uebersiedelung nach Brieg seine Besoldung noch gebessert worden. Im November ist er bereits in Geschäften der Herzogin in Prag und im Januar 1592 wird Heymann unter Uebersendung der halben Jahresbesoldung von 75 Th. seiner Bestallung in Gnaden entlassen. Jedliß war der fränkischen Herzogin bald so unentbehrlich und fand so viel zu thun, daß, als Herzog Joachim 1592 im December die Mutter ersucht, ihm ihren Rath auf einige Tage nach Breslau mitzugeben, diese ihm (1592 December 12.) antwortet, „sie könne Jedliß augenblicklich nicht entbehren; sie sei krank und wolle nicht von einem jeden verunruht werden, und da stündlich Sachen vorkämen, so habe sie ihn nicht einmal zu den Feiertagen nach Hause beurlauben mögen. Der Herzog möge sich daher nach Jemand anderm umsehen, oder wenn die Reise Aufschub leide, bis zu ihrer verhoffentlich baldigen Besserung warten.“

Die nächste Veranlassung zur Berufung Wenzel Jedlißes mögen „die Grenzdifferenzen gegeben haben, die sich zwischen dem Fürstenthum Oppeln und der Herrschaft Cölln und Reßerdorf strittig erhalten.“ Sie sind alten Datums und haben aller Wahrscheinlichkeit nach schon unter Adam Besh, Freiherrn von Cölln auf Reßerdorf im Jahre 1550 gespielt. Ich schließe es aus einem Erlaß Herzog Georgs an Adam

Beß, in welchem von einem gebotnen „Stillstande“ die Rede ist, welchen Beß nach des Hauptmanns von Oppeln Klage nicht gehalten. Solche gebotne „Stillstände“ spielen im gegenwärtigen Streite keine kleine Rolle. Es handelte sich um einen nicht unbedeutenden Theil der Keßerdorffschen Wälder, deren Benutzung die Bauern von Poppelau in Anspruch nahmen. Die Bauern von Poppelau waren ein rohes, zu Gewaltthat allzeit bereites Volk, denen die Lage des Dorfes, $\frac{3}{4}$ Meilen südlich von Keßerdorf dicht an der Grenze des Fürstenthums, so wie seine Zugehörigkeit zum Fürstenthum Oppeln in den meisten Fällen Straßlosigkeit sicherte. Für Brieg war Poppelau Ausland. Auch Wildddiebe ¹⁾ hatten dort ihren Schupswinkel; in aller Ruhe schossen sie des Herzogs Hirsche in den großen Grenzwäldern nieder und waren immer gleich in Sicherheit. Einer dieser Wildddiebe, Greger Dida, „der in der Herrschaft Keßerdorf auf Wild, dasselbe zu schießen, gestanden,“ hatte, da man ihn angetroffen und wie billig zur Haft bringen wollen, „auf der Flucht sich umgewendet und des Waldförsters zu Keßerdorf Schwager jämmerlichen erschossen.“ Seinetwegen schrieb die Herzogin Barbara, auf die Nachricht, daß Dida in Gölischen im Namslauschen gesehen worden sei, (1591 October 24.) an Adam Frankenberg von Proschlitz auf Bankwitz, „er möge fleißig Aufacht haben und den Dida, wenn er getroffen würde, doch Alles im Geheimen und soviel möglich unbemerkt, aufheben und zur Haft bringen lassen.“ Streit mit solchen Leuten war ein böses Ding. Im Jahre 1590 scheint er aufß neue zum Ausbruch gekommen zu sein. Den 28. October fragt die Herzogin bei ihren Söhnen an, „wie stark an Personen von Adel und an Rossen sie alldohin gegen Keßerdorf zu der angestellten Grenzhandlung ankommen würden, damit für die Rätthe und vornehmsten Diener die Lagerstatt bestellt, auch vor die Kuchel und Rosse die Nothdurft desto besser verschafft werden könne.“ Verglichen wurde durch diese Handlung nicht das geringste, vielmehr wurde die Herzogin um

¹⁾ Mit der Wildddieberei war es sonst in den herzoglichen Wäldern nicht arg. Bekanntlich war Herzog Georg ebenfalls ein gewaltiger Jäger vor dem Herrn, aber zu Verordnungen, wie sie Kurfürst August von Sachsen zum Schutze des Wildes erließ, und zu Strafen, wie er sie über Wildddiebe verhängte, (von Weber 263—271) dürfte sich in Schlessen nirgends ein Gegenstück aufzeigen lassen.

den Ausgang so besorgt, daß sie im nächsten Jahre ihren Bruder, den Kurfürsten, und ihren Vetter, den Administrator von Halle anging, ihr zu dem in dieser Sache weiter abzuhaltenden Termine ihre Räthe zu Beiständen zu schicken. Der Kurfürst sendete seinen Rath Dr. Christoph Rademann, Professor in Frankfurt a./D., doch wurde (1591 im Septbr.) nur so viel erreicht, daß die Herzogin vorläufig im Besiß und Gebrauch der strittigen Orte gelassen, die endgültige Entscheidung aber Kaiserlichen Commissarien vorbehalten wurde. Nur kehrten sich die Poppelauer Bauern an diesen Abschied gar nicht; sie schalteten im Walde wie in ihrem Eigenthum und als ob ihnen Niemand Etwas zu gebieten hätte, nahmen den Köhlern der Herzogin die Aelte und dachten gar nicht daran, sie auf den Befehl ihres Landeshauptmanns wieder herauszugeben. Jetzt erhob Herzogin Barbara mit Zustimmung ihrer Söhne direct bei des Kaisers Majestät Klage und sandte Jedliß mit besondern Empfehlungsschreiben an die Kaiserl. Geheimräthe Rosenberg und Rumpf, so wie an den Vicekanzler Heugel und andre Räthe zur persönlichen Betreibung dieser peinlichen Angelegenheit im November 1591 nach Prag.

Auf den 8. September 1592 war ein neuer Termin zur Bereitung der Grenze durch eine Kaiserliche Commission und möglichst richtigen Hinlegung und Entschied dieser Handlung angesetzt. Wieder wendet sich die Herzogin an ihre Verwandten im Reich, ihr „abermals mit brüderlicher Hülfe zu erscheinen und auf bestimmten Tag eßliche Räthe abzuordnen, weil dieser Streit sehr wichtig und einen merklich großen Theil ihrer und ihrer geliebten Söhne Nuzungen anlangen thue und vornehmer und erfahrener Leute ansehnlicher Beistand und rathsames Gutachten ihr hoch von Nöthen sei.“ Aber auch dießmal wurde Nichts ausgemacht, sondern bloß beiden Theilen Stillstand geboten. Wieder waren es die Bauern aus dem Oppelnischen, die ihn brachen und gewaltsam vorgehend eine große Anzahl Holz nahe bei Keßerdorf und zwar an einem niemals strittig gewesenenen Orte niederschlugen. Die Herzogin nahm jetzt, da sie beim Landeshauptmann von Oppeln Nichts ausrichtete, klagend ihre Zuflucht zum Oberlandeshauptmann von Schlesien, Bischof Andreas Jerin, „er möge den Oppelnischen ihre Gewaltthätigkeit im Ernst verweisen, ihnen befehlen, die Herzogin unbetrübt

und das gefällte Holz liegen zu lassen, das bereits abgeführte aber wieder zur Stelle zu schaffen und den status quo zu respectiren, damit sie nicht genöthigt werde, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, auch möge der Bischof ihr wegen dieses Ansuchens Recognition ertheilen.“ Er bewies sich wenig zuvorkommend, schickte der Herzogin wohl eine Copie dessen, was er an den Oppelnischen Landeshauptmann hatte gelangen lassen aber keine Recognition über ihre eingereichte Klage, auch wurde an dem Ort, wo der Stillstand hingelegt worden war, nach wie vor von den Poppelauern weiter Holz geschlagen und abgeführt, so daß die fast zur Verzweiflung gebrachte Herzogin ihren Sohn auffordert, „ernstlich nachzufinnen, wie dem gesteuert werden möchte, da daraus künftig Eintrag zu besorgen sei.“ Zugleich hielt sie beim Bischof nochmals um Recognition an: „Wir wollen hiermit bezeugt haben, heißt es in dem betreffenden Schreiben (1592 December 18.), daß wir durch dieses unser jetziges Nachsehn und Geduld Nichts an unserm Wiedmuth oder auch unserm Sohne zum Nachtheil und an dessen Rechten wollen begeben und den Oppelnischen eingeräumt haben, wollen auch bei der Römisch Kais. Majestät, die wider uns, eine ohnehin betrübte Fürstliche Wittwe, gewaltsam zu verfahren nicht befohlen haben, entschuldigt sein, so wir ihren, der Oppelnischen, fernern Gewaltthaten, welcher sie noch nicht gänzlich absteheh, steuern und wehren ließen.“

Eine neue Beschwerde und Klage der Herzogin (1593 Januar 21.) constatirt, daß die Oppelnischen „mit ihren gewaltsamen Eingriffen täglich fortfahren und an verbotnen Orten ungescheut Holz fällen und abführen; es werde ihr also nicht zu verdenken sein, wenn sie aus dringender Noth die Mittel vornehme, die Oppelnischen zurückzutreiben und bei Ruhe zu erhalten.“ Dabei dringt sie wiederholt auf die Recognition „über zuvor und jezo beschene Protestation und gesuchte Inhibition.“ Kaum läßt sich der Verdacht abweisen, daß der Bischof den Oppelnischen vorsätzlich durch die Finger sieht; wie würden sie es sonst haben wagen dürfen, den gelegten Stillstand, den die Herzogin streng respectirte, so ohne alle Scheu zu durchbrechen?

Der Bischof ließ sich nun zwar endlich herbei, die sehnlich verlangte Recognition auszustellen, aber was war der Herzogin damit geholfen, da die Bauern trotzdem nicht aufhörten, das geschlagne Holz wegzuz-

führen? Es blieb ihr Nichts übrig, als sich so gut als möglich selber zu schützen; vier auf frischer That von den herzoglichen Förstern ergriffene Bauern wurden festgenommen und eingesezt. Sofort intercedirte der Oppeln'sche Landeshauptmann für die Uebelthäter und verlangte alsbaldige Loslassung der Eingezogenen ohne Entgelt. Die Herzogin rief in Folge dessen das Oberamt an (1593 Februar 25.): „die Bauern seien gewaltsam und mit gewappneter Hand in die Herrschaft Keizerdorf eingefallen, hätten eine große Menge Holz niedergeschlagen und zum Theil hinweggeführt, ohne sich an die Inhibition des Bischofs zu kehren. Sie habe nicht dazu gegriffen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, sondern da jene nicht abgelassen hätten, das Holz wegzuholen, nur einzelne Personen zur Haft bringen lassen, damit nicht durch ihr Nachsehen ihrem Sohne an seinem Grund und Boden und gutem Rechte Nachtheil geschehe. Uebrigens sei einer ihrer Unterthanen auf fürstlichem Gebiete gegen Oppeln eingezogen und in schwerem fast unerträglichen Gefängniß lange Zeit gehalten worden. Sie werde in dieser Sache Rath halten und Statt finden lassen, was ohne Nachtheil ihres Rechts geschehen möge.“ Hier brechen die Briefe unsers Copialbuchs ab. Die Senig'sche Sammlung enthält noch ein Schreiben des Landeshauptmanns Hylcz (1593 März 14.) wegen der 4 Gefangnen von Poppelau, deren Erledigung der Landeshauptmann von Oppeln aufs neue gefordert hat. Die Herzogin, schreibt Hylcz „sei jetzt krank und bettlägerig; sobald es sich mit ihr bessere, werde er ihr die Sache vortragen und die Intercession befürworten; was die Herzogin alsdann beschließe, solle ihm alsdann sofort mitgetheilt werden.“ Der Streit zog sich in die Länge und wurde erst 1616 zu Ungunsten des Herzogs Johann Christian entschieden, in welchem Jahre ihm ein großer Strich Waldes ins Oppeln'sche hinein durch eine Kaiserl. Commission abgesprochen wurde ¹⁾.

Das Verhalten der Poppelauer Bauern beweist übrigens, wie wenig Sinn für Geseßlichkeit damals im Volke lebte. Die Autorität der Polizei war nicht groß; die Straßenbereiter (einer für das ganze Fürstenthum) wurden vielleicht von den Einheimischen aber gewiß nicht von

¹⁾ Schönwälder Ortsnachr. I. 340.

Untertanen andrer Herrn respectirt. Und wie viel Umstände machte es, die Widerseßlichen zur gebührenden Strafe zu ziehn! So waren zwei Untertanen des Breslauer Domdechant's, Peter Langner und Melchior Leuschner aus Lichtenberg, auf verbotner Straße den Zoll in Brieg umfahrend, mit etlichen Waaren in Bankau vom Straßenbereiter angetroffen und angehalten worden. Sie ließen sich von ihm ruhig aus dem Dorfe hinaus escortiren, dachten aber gar nicht daran, mit ihm nach Brieg zu fahren. An der Stelle angelangt, wo sich vom Wege nach Zindel die Straße nach Lichtenberg abzweigt, machten sie sich über den Straßenbereiter her, schlugen ihn in die Flucht und fuhren ruhig nach Hause; dort waren sie in Sicherheit; sie aus ihres Herrn Gerichten herauszunehmen durfte Niemand wagen. Freilich schrieb die Herzogin alsbald (1591 Juli 31.) ihretwegen an den Domdechanten, er möge die Uebertreter nach Brieg stellen, um sich mit den Gerichten abzufinden; aber so leicht wird er sich dazu nicht verstanden haben, denn gewiß hielt er sich zum Schutze seiner Untertanen für verpflichtet.

Der Umstand, daß Jedermann auf seinem Gebiete Herr war und seine eignen Gerichte hatte, erschwerte die Verfolgung von Verbrechern ungemein. Ehe gegen sie Etwas unternommen werden konnte, waren sie in der Regel über alle Berge. Bei Laugwitz war 1593 im Januar ein von Haugwitz auf freiem Felde ermordet und beraubt aufgefunden worden. Bis ins Fürstenthum Neisse-Grottkau hatte der Thäter etwa eine Meile; bevor dort auf ihn gefahndet werden konnte, gingen einige Tage hin. Allerdings meldete die Herzogin auf der Stelle (1593 Januar 11.) dem Bischof den geschehenen Mord, auch daß der Thäter wahrscheinlich „nach dem Gejenz und Gebirge, etwa nach der Grafschaft Glatz“ seinen Weg genommen, der Bischof möge daher vigiliren lassen und das Nöthige verfügen, aber indeß hatte der Mörder in aller Bequemlichkeit seine Flucht fortsetzen können und war, als des Bischofs Mandate erschienen, längst in Sicherheit.

Auch um die Vagabonden mußte sich die Herzogin kümmern. 1591 waren 3 Garten- oder Landsknechte in Brieg betroffen und zur Haft gebracht worden; sie entschuldigten sich, „daß sie erst den neunten Tag vorher in Neisse Urfried gethan und daher Leibesunvermögenheit halben nicht weiter in oder außer dem Lande hätten gelangen mögen.“ Die

Herzogin meldete das Geschehene ihren Söhnen (1591 November 10.) und fordert sie auf, beim Bischof, dem Oberlandeshauptmann, anzufragen, was mit den Arrestanten geschehen solle? Am 17. November schreibt sie an Zedlitz, „die Gartz- und Landsknechte saßen noch immer, er möge Herzog Joachim erinnern, sich ihretwegen beim Bischof zu erkundigen.“ Wieder vergingen einige Wochen und der Rath in Brieg, der „die Gartz- und Landsknechte und ihre Betteln“ in gutem Verwahrsam hatte, und dem sie Unkosten verursachten, fing an schwierig zu werden. Auf seine Klage und Beschwerde schrieb die Herzogin zum dritten Male (1591 December 12.) an ihre Söhne um ein Gutachten, was mit den Leuten gemacht werden solle? Was der Herzog gerathen hat, ist nicht ersichtlich. Wahrscheinlich mögen sie wie aus Reife auf einen Urfried hin des Landes verwiesen worden sein. Bis ins Fürstenthum Dels hatten sie nicht viel über zwei Meilen und dort hat sich vielleicht dasselbe Stück auf neue abgespielt.

Für Landesmeliorationen fehlte es der Herzogin nicht sowohl an Verständniß als an den zu ihrer Ausführung erforderlichen Mitteln. Der Holzreichthum der großen Wälder jenseits der Oder ließ sich nur schwer, fast gar nicht ausnutzen. Der Transport auf der Achse machte das Holz unverkäuflich; konnte es auf den die Wälder durchfließenden Bächen bis in die Oder gefloßt werden, so war den Breslauern damit ein großes Waldgebiet erschlossen und sie hatten billiges Holz. Der Breslauer Rath wendete sich daher 1593 im Juni an die Herzogin mit der Anfrage, ob nicht der Fluß Gwoźnica ¹⁾ geräumt und zu gemeinem Landnuß der Holzflöße könne gebraucht werden. Der Herzogin leuchtete der Vorschlag ein und sie antwortete dem Rath auf der Stelle (1593 Juni 16.), „sie habe sich mit Heinrich Walde auf Schwanowitz und Pramsen und mit Herzog Joachim darüber unterredet; schon ihr Gemahl Herzog Georg sei nicht übel gesonnen gewesen, angeregtes Wasser räumen und flößig machen zu lassen, doch sei es wegen der Kosten unterblieben; auch der Hauptmann Hylcz sei darauf schon bedacht gewesen; da nun gemeiner Stadt Breslau daran zu derselben Nuß

¹⁾ Ein Gwoźnicafluß ist auf der Rappardschen Karte nicht zu finden. Wäre der Name mit Kuźnica (Hammer) identisch, so könnte wohl bloß der Stober gemeint sein, der aus dem Ranslaußchen kommend, das Karlsmarkter Revier durchfließt.

Etwas gelegen und sie hierbei das ihrige zu thun bedacht wäre, so möge der Rath sich erklären, was er zu thun gesonnen sei und ephliche der Seinen zu gewisser Zeit zur Besichtigung abfertigen, sie wolle ihren Hauptmann gleichfalls hinschicken."

Ziel zu schaffen haben der Herzogin die Handwerkzechen und ihre Streitigkeiten unter einander gemacht. Immer gab es etwas zu schlichten und meist waren es ganz einfältige Dinge, welche zu den widerwärtigsten Händeln Anlaß gaben. Der Hutmacher Älteste Thomas Huberg sollte in Gegenwart der Kürschner „ephliche beschwerliche und ehrenrührige Worte wider die Hutmacher in Breslau ausgeschüttet" haben und war deswegen von ihnen bei der Herzogin Barbara verklagt worden. Um die Sache zu untersuchen und falls von den Briegern den Breslauern ja zu viel beschehen wäre, gebührliche Versöhnung zu vermitteln, wird von der Herzogin ein Termin angesetzt, zu welchem die Breslauer Hutmacher durch den dortigen Rath vorgeladen wurden ¹⁾. Das Verhör ergab, daß die Irrungen aus einem Mißverstände hergeslossen seien und ephliche Worte für ehrverleßlich angezogen werden wollten, die gar nicht so geredet und gemeint gewesen. Aber obgleich die Brieger Hutmacher erklärten, daß sie von den Breslauern nichts Anders als was ehrlich und rühmlich ist, zu sagen wüßten und obgleich die Herzogin sich bereit zeigte, den Breslauern einen Ehrenversorg fertigen und ertheilen zu lassen, so waren diese doch damit nicht zufrieden, und schlugen für die verba injuriosa, deren sich die Rätthe der Herzogin gar nicht erinnern, die Brieger Kürschner als Zeugen vor. Natürlich protestiren die Brieger gegen Zeugen, welche die fraglichen Reden den Hutmachern in Breslau hinterbracht haben, und die Herzogin schreibt außs neue an den Breslauer Rath, „da die Sache nicht klar genugsam erwiesen wäre, und ihren Hutmachern, bevor sie nicht durch kräftigen Beweis der Injurien überwunden wären, Abtrag und Abbitte zu thun nicht auferlegt werden könne, so möge er die Breslauer anhalten, von fernern Weitläufigkeiten abzustehn," und erbietet sich zum zweiten Male zur Ausstellung eines Ehrenversorges. Die Herzogin hatte vergeblich geschrieben und der Rath in Breslau seine Meister

¹⁾ Schreiben der Herzogin an die Rathmanne zu Breslau 1591 Januar 23., 1591 März 13., 1591 Juni 7., 1591 Juni 19.

vergeblich ermahnt. Als Brieger Hutmacher bald darauf mit von Breslauer Kaufleuten bestellten Hüten nach Breslau kamen, wurden diese ihnen von den Breslauer Hutmachern aus den Herbergen weggenommen, und wieder muß die Herzogin beim Rathe intercediren. „Breslau, schreibt sie an denselben, sei zu einer Handelsstadt ausgesetzt und fremden Handelsleuten stehe es frei, jederzeit ihre Waaren alldahin abzuführen und zu verkaufen. Dieses Recht dürfe den Briegern nicht verschränkt und verwidert werden; den Breslauern sei das gleiche Recht in Brieg gerne gegönnt; der Rath möge daher seinen Hutmachern im Ernst auferlegen, die eingezogenen Waaren und Hüte ohne Entgeltniß wieder zurückzustellen und folgen zu lassen.“ Sie mögen denn darauf wohl auch wieder zurückgegeben worden sein, aber die Versöhnung der Streitenden war noch fern; die Breslauer scheinen vielmehr die Brieger Zechen verrufen zu haben, denn 1592 finden wir die Hutmacherzehen anderer Städte in den Zwist verwickelt. Die Herzogin schreibt (1591 Juli 8.) an ihren Sohn Joachim Friedrich: „Demnach der Zwiespalt, so die Hutmacher in andern Städten mit der Hutmacherzechen in Brieg fürgenommen, so lange Zeit her mit ihrer Versäumniß und Schaden aufgezo-gen worden und noch zur Zeit unerörtert sei, so wolle der Herzog der Hutmacher gehorsames Suchen und worauf sie ihre Klage gründen neben ihren nothwendig zusammen gefaßten Bedenken in Gnaden erwägen und sie zur Billigkeit entscheiden lassen.“ Und das Alles wegen einiger anzüglichen Worte!

Noch mehr Unrath und Schreiberei verursachte 1593 ein Sattler-gesell David Wiesner, welcher, der Grund ist nicht ganz klar, die Brieger Sattler bei den Breslauern verklagt hatte. Die Breslauer besannen sich nicht, auf diese Klage eines Bruder Lüderlich ihre Zechgenossen in Brieg zur Verantwortung zu ziehen; diese aber legten die Sache den Meistern ihres Mittels in den Nachbarstädten vor und baten die Herzogin um Schuß gegen die Uebergriffe der Breslauer. Noch hartnäckiger als die Hutmacher dachten letztere gar nicht daran, von ihrem vermeintlichen Rechte, die Brieger vor ihren Richterstuhl zu ziehn, auch nur ein Jota fahren zu lassen, kehren sich weder an Bischof noch Oberamt, deren Entscheidung von den Briegern angerufen wird, und an Herzog Joachim Friedrich, dem der Bischof die Beilegung der Sache

überträgt, erst recht nicht; sie machen allerlei Einwendungen und werden in ihrem Widerstande vom Breslauer Rath unterstützt. Die Herzogin, darüber ungehalten, empfiehlt deshalb ihre Sattler in Brieg (1593 April 27.) ihrem Sohne auß nachdrücklichste zu gnädigem Schutze, „in Anmerkung, wo denen von Breslau so viel sollte eingeräumt werden, daß ihre Meister gute nützliche Ordnungen in andern Städten, welche das Handwerk oder desselben Waaren und Arbeit nicht belangen, sondern allein, wie in diesem Falle beschiebt, den wandernden armen Handwerksgefelln selber zum Besten und Nutz gerichtet und lange Zeit gehalten worden sind, aufzuheben und umzustößen, auch die Meister in andern Städten ihres Willens, wie sie suchen, zu strafen Macht haben, dagegen aber wegen ihres Fürnehmens auch vor dem Königl. Oberamte Bescheid zu geben nicht schuldig, sondern also aller Obrigkeit entzogen sein sollen, daß dadurch nicht allein D. L. und andern dieser Lande Ständen und Fürsten ziemlich nahe gegangen würde, sondern auch die Handwerksmeister in kleinern Städten von ihnen gar leicht würden verdrückt und verterbt werden;“ und darum verweigerte auch die Herzogin ganz entschieden ihre Einwilligung dazu, daß die Brieger Sattler sich vor ihren Zechgenossen in Breslau stellten und von ihnen urtheilen ließen, was Herzog Joachim bereits halb und halb zugestanden hatte.

Als Herzog Joachim mit den störrigen Meistern in Breslau Nichts schaffte, schrieb die Herzogin (1593 Juli 29.) an den Bischof, „sie hielte es für eine Unbilligkeit, welches auch den andern Städten in Schlesiens hochbeschwerlich und unleidlich fallen werde, daß es den Handwerksmeistern zu Breslau frei sein solle, auf Angebung eines flüchtigen Gesellen die Meister aus andern Städten ihres Gefallens und Willens vor sich zu erfordern, sie mit Strafen eigenmächtig zu belegen, auch überdies, da sie den Sachen zu viel thäten, sich dem Verhör und Erkenntniß des K. Oberamts zu entziehen. Damit denn diesem Unwesen zur Verhütung allerlei Unheils durch Einsehn und gebührliche Vermittlung abgeholfen werde, so richte sie an den Bischof die Bitte, den Sattlern von Breslau, welche doch Nichts weniger als andre dem Oberamte untergeben seien, von Amtswegen aufzulegen, sich zum Verhör vor des Bischofs Liebden zu stellen oder sie zu gebühlichem Ge-

horsam zu bringen.“ Die Sache lag der Herzogin so am Herzen, daß sie nach 4 Wochen (1593 Septbr. 2.) noch einmal anfragt, ob denn der Bischof die Sattler dergestalt zum Obergerichtsverhör nicht bringen könne? Hier brechen die Nachrichten ab, kennzeichnen aber das damalige Innungswesen zur Genüge. Gewiß hatte die Herzogin nicht Unrecht, die Selbstständigkeit ihrer Zechen gegen die Anmaßungen der Breslauer Meister in Schutz zu nehmen, und vollends im vorliegenden Falle, in welchem es sich vielleicht bloß um das einem wandernden Gesellen zu reichende übliche Geschenk oder etwas Aehnliches handelte.

Die andern Zechen Breslaus blieben übrigens hinter den Sattlern und Hutmachern nicht zurück, sondern übernahmen ebenfalls die Führung ihrer Genossen in der Provinz und gaben in Innungsangelegenheiten die Parole zu gemeinschaftlichem Vorgehen aus. So erließen die Breslauer Feineweber 1591 „wegen der Umläufer und Vorkausler, so sich unterstehen allenthalben auf dem Lande und in den Dörfern zu haufiren, von einem Hause zum andern das Garn und andre Waare aufzukaufen, welches sie nachmals aus dem Lande führen und in andre Länder und Städte haufenweise verhandtiren, also daß das Garn iziger Zeit in theurem Kaufe gar wenig oder wohl Nichts zu bekommen ist, dadurch das Handwerk verterbt werde, andre Handwerke und der gemeine Mann zu seiner Nothdurft nicht Garn bekommen könnten, und die Märkte geringert würden,“ als vornehmste Hauptzeche ein Circular an alle andern Zechen des Landes mit der Aufforderung, sich mit ihnen an den Fürstentag zu wenden, damit diesem Uebel und Unrath möchte gesteuert werden. Die Brieger Feineweber wollten indeß das nicht ohne Erlaubniß ihrer Landesfürstin thun und hielten bei ihr an, ihnen ihr Vorhaben zu vergünstigen. Die Herzogin holte darüber (1591 Juni 27.) das Gutachten ihres Sohnes ein, welches in diesem Falle wohl kaum anders als zustimmend gelautet haben wird.

Wie eifersüchtig die verschiedenen Zechen über ihre Privilegien wachten, lehrt uns eine bei der Herzogin eingebrachte Klage der Schneider. Georg Beudner in Mollwitz hatte den hergebrachten und erlangten Privilegien der Brieger Schneider zuwider einen Meister, der nicht ihres Mittels war, heimlich in sein Haus genommen und für sich arbeiten lassen. Die Herzogin hatte in Mollwitz Nichts zu sagen, denn

es gehörte dem Vincenzstift in Breslau, aber sie übersendete die Beschwerde sofort dem Abte zur Abstellung. „Die Schneider, heißt es in ihrem Schreiben, hätten laut eines ihnen von Herzog Georg ertheilten Privilegiums die Macht, alle Störer und Pfuscher, wenn sie dieselben auf der halben oder ganzen Meile von Brieg über der Arbeit ergreifen würden, aufzuheben und zur gebührliehen Strafe zu bringen, wie denn auch die, welche dergleichen Störer mit Arbeit bei sich beförderten, angedeuteter Strafe gewärtig sein sollten. Der Abt möge daher den Beudner in Strafe nehmen und dergleichen Umläufer auf seinen Dörfern nicht leiden.“

Als in Pogarel 1593 sich einer Brot zu backen und in die Stadt zu feilem Kauf zu führen und in die benachbarten Dörfer austragen zu lassen unterfang, beschwerten sich die Brieger Bäcker alsbald bei der Herzogin über diese Beeinträchtigung in ihrem Gewerbe und über die Verletzung ihrer Privilegien sowie der Freiheit der Stadt, und erwirkten einen fürstlichen Befehl an die Frau Panowiß, die Besitzerin von Pogarel, dem Manne das Handwerk zu legen. Den Brotverschleiß in der Stadt scheint er in Folge dessen wohl eingestellt zu haben, nicht aber auf den Dörfern, denn 1593 Mai 20. folgte ein zweiter und strengerer Befehl; „da der Mann wöchentlich ein Großes verbacke und in die fürstlichen und der Stadt Brieg Dörfer verföhre, so gereiche das zur Schmälerung der Einkommen der fürstlichen Mühle, in welche jezt weniger zu mahlen eingebracht werde.“

Die Maurer in Brieg waren damals mit Innungs- und Zechrechten noch nicht begabt; da sich aber in ihrem Mittel allerhand Unrath und Unfug einschlich, hielten sie 1593 bei der Herzogin an, „daß die Anordnung, welche Herzog Georg unter ihnen aufzurichten bedacht gewesen, zu Werke gerichtet werde.“ Die Herzogin wies (1593 März 24.) die Bittsteller wegen Ertheilung der erbetnen Zechartikel an Herzog Joachim, doch erfolgte die Constituirung¹⁾ erst 1597.

Daß der hermetische Verschuß gegen jede Concurrenz die Handwerker in ihren Leistungen nicht förderte, bedarf kaum der Erwähnung. In Brieg stand damals das Handwerk noch auf sehr niedriger Stufe.

¹⁾ Schönwälder Ortsnachrichten II. 65. Piasen II. 298.

Nur die Hutmacherei scheint schwunghafter betrieben worden zu sein. Nicht bloß nach Breslau wurde mit Hüten gehandelt, die Brieger Hutmacher suchten sogar in Oesterreich einen Markt für ihre Erzeugnisse zu gewinnen. Als Caspar Danowiß 1593 nach Wien ging, trug ihm die Herzogin auf, sich für Hans Blandt, Hutmacher in Brieg, zu verwenden, „daß er seine Waaren unverhindert nach Oesterreich und Wien verföhren und seinen Handel betreiben könne.“ Aber Gaze in Fliegenfenster konnte in Brieg Niemand fertigen. Ein Laquai, wie er in der Hofordnung von 1587 vorgesehen war, der sich auf künstliche Drathfenster und den Vogelfang verstand, damit er nicht müßig gehn dürfe, muß doch nicht aufzutreiben gewesen sein, denn 1591 Mai 30. schreibt die Herzogin an den Hauptmann Seniß in Strehlen unter anderm, „er möge ihr einen tüchtigen Steller zum Federwildprett verschaffen, der zu Felde und auf den Schlägen die Gelegenheit weiß; es solle ihm ein Garten eingegeben und von jedem Stück gebührliche Zahlung und Darreichung gethan werden“; und weiterhin: „Demnach sich nunmehr in den hitzigen Tagen allerlei Ungeziefer in die Zimmer finden thut, so gesinnen wir gnädig an Euch, Ihr wollt uns den Mann, welcher an die Fensterrahmen die Fliegen Sieb macht, durch welche keine Fliege kommen kann, des ehisten anhero schicken; im Falle er aber gestorben, so wollet Ihr Euch doch Nichts weniger um eine andre Person erkundigen lassen, die sich zur Anfertigung oder Angebung solcher Arbeit anhero begeben möchte.“ Auch die Tischlerei lag noch in den Windeln; ein Badestüblein von Brettern für die Herzogin zu bauen, hat sich in Brieg Niemand getraut. Es mußte in Berlin bestellt und von dort durch besondre Fuhre abgeholt werden. Die Schwester der Herzogin Barbara, die verwittwete Herzogin von Braunschweig, hatte sich der Besorgung unterzogen. „Minder Nichts, schreibt Herzogin Barbara (1593 Juli 9.) an sie, thun wir uns auch gegen E. L. schwesterlich bedanken, daß sie wegen Bestellung des Badestübleins ihren Fleiß unbeschwert angewendet, und weils solches nunmehr verfertigt, haben wir dasselbe abzufordern und uns zuzubringen mit Ausrichtung einer Fuhren die Anordnung gethan, inmaßen wir auch das Macherlohn beinebens übersenden und von hier aus einen Tischler abgefertigt, Acht zu haben, wie solches Badestübel zerlegt und nachmals allhie wieder aufgesetzt

werden solle.“ Wie es scheint, handelte es sich um Flußbäder in der Oder, sonst hätte das Badestüblein wohl kaum einen Sinn. Zwischen den Wehren befand sich ein von Mühlgraben und Oder umflossener Werder¹⁾, der zum landesfürstlichen Besitz gehörte; vielleicht sollte es dort oder in dem ebenfalls nicht weit entfernten Abrahamsgarten aufgestellt werden.

Allen Bürgern gemeinschaftlich gehörte bekanntlich das Braurbar und der Bierverlag auf den zum Reichsbilde gehörenden Dörfern war eins der wichtigsten Privilegien der Stadt. Nun hatten die Herzöge in Ohlau 1591 dem Caspar Mettich in Hünern ein zuvor niemals in Brauch gewesenes Braurbar verstattet und zugelassen. Gegen diese Verleihung konnte der Brieger Rath unmöglich Etwas einwenden, denn Hünern gehörte zum Fürstenthum Ohlau. Anders gestaltete sich die Sache, als Mettich mit Genehmigung der Herzöge dieses Braurbar an Balthasar Pückler gegen Kanterisdorf und Neudorf, welche bisher ihr Bier aus Brieg hatten nehmen müssen, um eine benannte Summe Geldes²⁾ verkaufte. Sofort beschwerte sich der Rath über diesen Eingriff in die Privilegien gemeiner Stadt bei der Herzogin auf's höchste und zeigt an, „er werde die nächsten drei Theile der Hülfs gelder nicht einbringen können, da sich die ganze Gemeinde gesamt und ungesondert dessen gegen den Rath deutlich erklärt habe, andern Unrath zu geschweigen, der aus solchen öffentlichen Neuigkeiten zu Schmälerung und gänzlichen Aufhebung der Stadt Privilegien erwachsen könnte, auf welchen Fall sie sich ihres Theils ebenfalls entschuldigt halten wollten.“ Sehr ehrerbietig und demüthig war diese Sprache grade nicht, sie klingt beinahe wie Steuerverweigerung, aber sie erreichte ihren Zweck; die Herzogin schrieb alsbald (1591 Mai 31.) an ihre Söhne, „sie möchten sorgen, daß dieses Braurbar, weil Herzog Georg dem alten Caspar Pückler ein solches für Kanterisdorf überdieß durchaus abgeschlagen habe, und solche neue Verleihungen, wenn sie alte Privilegien beschädigten, eo ipso ungültig wären, außer Kraft gesetzt und zurück gefordert und der vorige Stand wieder hergestellt werde.“ Als unter-

¹⁾ Schönwälder Ortsnachrichten II. 111.

²⁾ Nach Schönwälder Ortsnachrichten II. 118 für 1300 Th.

deß Balthasar Pückler gestorben war, trat die Herzogin mit seiner Wittwe wegen Aufgabe deß Brauurbars in Unterhandlung und diese ließ ihr durch ihren Amtmann melden, „daß sie es fortzustellen nicht begehre, wenn sie das dem Mettich gezahlte Kaufgeld wieder zurückerhalte,“ worauf die Herzogin ihre Söhne (1591 September 21.) ersucht, die Sache jezt in Ordnung zu bringen, da durch dieses Brauurbare ihre und der Stadt Einkommen beschädigt würden. Die Sache wird in den Briefen nicht weiter erwähnt, doch ist das Brauurbare bei Cantersdorf verblieben, der Rath aber erhielt zur Entschädigung die Erlaubniß, Minken¹⁾, dessen Brauerei cassirt wurde, Peisterwitz, Biskowitz und Steinersdorf mit Briegischem Bier gegen einen Zins von 4 Kr. für jedes Achtel zu verlegen.

Wie ihrer Bürger in der Stadt so nahm die gute Herzogin sich auch der Bauern auf dem Lande redlich an und suchte sie gegen Vergewaltigung Seitens ihrer Herrn nach Möglichkeit zu schützen. Ein günstiges Zeugniß können wir dem damaligen Adel grade nicht ausstellen; von einer Milderung der Sitten war nicht viel zu spüren, die alte Rauflust noch nicht erstorben, besonders beim Becher machte sie sich öfter in gewaltsamen Ausbrüchen Luft, Todtschläge sind nicht selten. Selbst der Burgfriede deß fürstlichen Hauses wurde nicht respectirt. Hans Christoph Wachtel, Herzog Joachims Hofjunker, und Herrn Georg Friedrichs von Kittlitz Junge wurden 1589 von einem französischen Grafen und seinem Anhange „zu Tode entleibt“ und ein andrer Hofjunker von Horn „hart und gefährlich beschädigt“; und 1591 war Joachim Besh von und auf Mangschütz mit Friedrich Oppersdorf von der Heyda, seinem Verwandten, Diener und Unterthan der Herzöge in Ohlau²⁾, zusammengedrathen und hatte ihn entleibt. Herzogin Barbara war darüber deß Todes erschrocken, aber es macht ihrem Herzen Ehre, daß sie augenblicklich und unaufgefordert (1591 März 8.) bei ihren Söhnen Fürbitte einlegt, gegen Besh „wegen seines ansehnlichen

¹⁾ Ortsnachrichten II. 118. Vergl. Piasen II. 296. Nach letzterer Stelle ist das Brauwerk in Minken 1591 eingestellt worden; offenbar ein Druckfehler in der Jahrzahl, denn 1594 läßt die Herzogin (siehe oben S. 350) noch Gerstenbier in Minken brauen. Vielleicht ist die Cassation der Brauerei 1597 erfolgt.

²⁾ In Herzog Joachims Hofhalt wird er als „Hengstreuter“ mit 16 Th. Gehalt und Kleidung aufgeführt.

Geschlechts und Freundschaft Gnade und Barmherzigkeit zu üben, daß er am Leben verschonet und anderweit gestraft werde, und weil es in dergleichen Fällen ihre erste Bitte an ihre Söhne sei, ihn derselben fruchtbarlich im Werke genießen zu lassen.“ Zugleich schrieb sie auch an Herzog Joachims Gemahlin, bittend, ihre Fürsprache für Beß bei ihrem Gemahl kräftig zu unterstützen, und an demselben Tage auch an die Mutter und Gefreundte Friedrich Oppersdorfs, daß sie sich wegen ihrer Verwandtschaft mit den Bessen zu christlicher Milde und Verjöhnlichkeit möchten bereit finden lassen.

Zu gleicher Fürbitte hat Herzogin Barbara noch zweimal Gelegenheit gehabt. Christoph von Hubrig (Hochberg) auf Alten Schön¹⁾ war durch die Gebrüder von Leste im Zorn erschlagen worden; auch hier intercedirt die Herzogin (1591 October 21.) bei der Mutter des Entleibten, daß doch „die Sache nicht durch Schärfe des Rechts sondern durch Sühnmittel gehandelt und zwischen der Freundschaft mit gütlichen Verträgen entschieden werden möge.“ Der dritte Fall betraf einen Ausländer, Hans Hacke zu Barnim, den Brudersohn der Frau Ursula Oppersdorf geb. Hacke auf Schlawentschütz. Er hatte seinen Better unversehens erschlagen und war flüchtig geworden. Die Herzogin schrieb (1593 Febr. 12.) seinetwegen sofort an ihren Bruder, den Kurfürsten, erinnert ihn, „daß Frau Ursula mit ihr aus der Mark nach Schlesien gekommen und mit den ihrigen von langer Zeit her ihr dienstbar gewesen sei, und bittet, dem Uebelthäter Gnade zu erweisen und Geleit zum Vertrage widerfahren zu lassen.“

Wenn der Adel gegen seine Standesgenossen so gewaltthätig verfuhr, so ist nicht zu erwarten, daß er gegen seine Unterthanen sich sehr rücksichtsvoll benommen haben sollte. Sie waren ihnen nicht etwa bloß, wie ihr Titel besagte, gestrenge, sondern oft recht unbarmherzige Herrn, und haben der Herzogin ihr Schutzamt recht sauer gemacht. Mehr als einmal hat sie die Autorität ihres Sohnes zu Hülfe rufen müssen, um ihren Befehlen wenigstens scheinbaren Respekt zu verschaffen. Caspar Danowiß auf Giersdorf und Johnsdorf, Erzherzog Maximilians Kämmerer und Herzog Joachims Rath, ging mit schlimmem Beispiel voran.

1) Alt-Schönau, Kr. Hirschberg.

Es war damals die Zeit des Auskaufens der Bauern und die Herrn hatten das Recht, Unterthanen, die ihnen nicht gefielen, zum Verkauf ihrer Wirthschaften zu zwingen; Gründe, sie von ihrem Grund und Boden zu vertreiben, ließen sich leicht finden; da aber der Grundherr wieder den ersten besten als Käufer nicht anzunehmen brauchte, so war in der Regel das Ende vom Liede das, daß er selber die Wirthschaft für die gerichtliche Taxe annahm. Zu welchen Ungerechtigkeiten das führen mußte und wirklich geführt hat, ist leicht zu ermessen. Die Herzöge von Brieg haben die armen Bauern stets nach Möglichkeit geschützt und ihre völlige Unterdrückung, wie sie in Oberschlesien nach und nach durchgesetzt worden ist, gehindert, aber wie schwer ihnen das gewesen, zeigt das folgende Beispiel.

Caspar Danowiz hatte den Lorenz Rätther und Adam Schaares nachgelassene Wittwe gezwungen, ihm ihre Güter zu verkaufen. Was sie verbrochen haben mögen, ist nicht ersichtlich, denn die Sache war 1591 im Januar bereits anhängig. In den erzwungenen Verkauf ihrer Güter hätten sich die armen Leute wohl gefunden, wenn Danowiz ihnen nur den Schätzungswerth auch gezahlt hätte; das war aber nicht geschehen. Auf ihre Klage befiehlt ihm (1591 Januar 23.) die Herzogin „endlichen und zu allem Ueberflusse im Ernst, die armen Leute binnen 8 Tagen ihres Zustandes völlig zu befriedigen, damit sie nicht weiter von ihnen angelaufen und betrübet werden dürfe. Würde er diesen Befehl wie frühere ungehorsamlich hintenansetzen, so solle er sich ohn alles Einwenden in sein Haus oder sonst eine Herberge in Brieg verfügen und bei adeligen Ehren und Treuen nicht daraus weichen, bevor nicht die Leute zufriedengestellt wären, „denn wenn Euch die armen Leute solches oder ander Geld zu thun schuldig wären, mit wasserm Recht und Zwange Ihr sie zur Zahlung bringen würdet, wollet Ihr dießfalls in Euch selbst gehen.“ Danowiz that weder das Eine noch das Andre, sondern meldete der Herzogin in einem langen Schreiben, die Kläger seien ihm in eine Geldpön verfallen und darum habe er Nichts zu zahlen.

Die Herzogin erwiedert ihm (1591 Febr. 4.), „die armen Leute kämen gar übel dazu, daß sie ihm noch in eine Geldpön verfallen sein sollten, da sie genugsam gestraft wären, daß sie ihm ihre Gütlein hätten

abtreten müssen. Zwar sei es vor diesem vorgelassen, daß sie ihre Gültlen vermöge habenden Befehlß nicht verkauft hätten, aber dafür seien sie bereits zu vielen Malen gestraft worden und so, daß er für seine Person wohl damit habe zufrieden sein können. Auf sein eignen Bitten und Ersuchen seien alsdann solche Gültlen durch die fürstlichen Landgerichte gewürdigt worden, er habe die Taxe angenommen, ja über dieß Alles die Termine zur Ablegung der Gelder auch selber ange-
 setzt, auch Brief und Siegel zu richtiger Bezahlung ein- und zugestellt, die Termine aber verstreichen lassen. Da er nun alle Befehle zu zahlen verachtet, auch nach dem Mandat vom 23. Januar sich nicht her-
 eingestellt und sie, die Herzogin, als seine von Gott verordnete Obrigkeit und Leibgedingsfrau in ihrem nunmehr hohen erlebten fürstlichen Alter so wenig respectirt habe, was Gott anheimgestellt sei, so werde sie mit ihren Söhnen darüber berathen, was gegen ihn vorzunehmen sei; wegen der armen Leute aber befiehlt sie ihm bei 100 Ungerschen Gulden Strafe, daß ihnen schuldige Geld völlig in die fürstliche Kanzlei einzulegen.“

Diese Strafandrohung ließ unsern Danowiz ebenso ruhig als der erste Befehl, sich in Brieg zur Haft zu stellen; er zahlte nicht und eine in Herzog Joachims Auftrag außer Landes unternommene Reise befreite ihn einige Wochen von dem Drängen der Herzogin. Rätther hatte sich indeffen in Loffen angekauft und wie damals bräuchlich für richtige Zahlung des Kaufgeldes Bürgen stellen müssen, welche, als Rätther sein Geld nicht erlangen konnte, schließlich zur Zahlung gezwungen wurden und jetzt große Schäden auf ihn zu treiben suchten. In dieser Noth lief er wieder zur Herzogin und um ihn nicht ganz in Verderb gerathen zu lassen, schrieb sie (1591 Febr. 9.) an den Loffener Amtmann, „Rätthers Bürgen dahin zu vermögen, sich wegen der erlegten Kaufgelder noch einige Zeit zu gedulden, da Caspar Danowiz den ihm erteilten Zahlungsbefehl schlecht in Acht genommen habe und jetzt von den Herzögen in Ohlau in hohen und wichtigen Angelegenheiten außer Landes geschickt worden und nicht einheimisch sei.“

Nach seiner Heimkunft nahm sich Herzog Joachim selber der Sache an und befahl ihm (1591 März 16.), „sich angesichts des ihm übergebneuen Schreibens alsbald gegen Brieg zu verfügen und die schuldigen

Gelder in der Kanzlei zu depouiren, widrigenfalls er sich die Ungelegenheit, die für ihn daraus entstehen möchte, selber zuschreiben solle." Allein Herr Danowiß machte es wie der Fokel, der weder den Hafer schneidet noch nach Hause kommt. Er spielt Versteckens und verreisst, anstatt sich nach Brieg zu stellen; der Herzogin blieb das Nachsehen. Ihre Geduld schien unerschöpflich. In einem ähnlichen Falle von Ungehorsam hatte sie sich Gehorsam zu verschaffen gewußt. Ulrich Grudtschreiber von Michellau, auf dessen Zeugniß sich Wenzel Studniß von Kritschin in einem Prozesse berufen, war zweimal unter leeren Entschuldigungen im Termin ausgeblieben; das dritte Mal schickte sie etliche Bürger, welche ihm den schriftlichen Befehl überbrachten, sich angesichts desselben sofort herein zu verfügen; „falls es nicht beschehen sollte, lautete es weiter, so haben gegenwärtige unsre Unterthanen und der Zechen Jüngste allhier von uns ernst gemessenen Befehl, daß sie Dich, es sei an welchem Orte oder Stelle es wolle, aufheben und Dich als einen solchen Menschen, der seiner von Gott geordneten Obrigkeit widerstrebend ist, hereinbringen sollen; darnach Du Dich zu richten!" Doch eine solche Zwangssistirung gegen einen Rath des Herzogs zu verfügen, schien bedenklich und so wurde der Weg der Unterhandlung nicht verlassen und sogar von weitem Drohungen abgesehen, da die bisherigen so ganz ohne Erfolg geblieben waren.

„Er habe sich, lesen wir im nächsten Schreiben (1591 April 20.), weder an schriftliche noch mündliche Befehle gefehrt sondern sei verreist. Ihm solchen Unfug ferner nachzusehn, könne die Herzogin gegen Gott schwer verantworten, sie befehle ihm daher noch einmal Angesichts ihres Briefes nach Brieg zu kommen und bevor nicht die armen Leute zufrieden gestellt seien, nicht aus der Stadt zu gehen." Danowiß blieb taub; er antwortete nicht, zahlte auch nicht und kam auch nicht nach Brieg. Bereits hatte die Herzogin, um dem von seinen Bürgen bedrängten Räther Lust zu schaffen, 72 Th. aus ihrer Rentkasse hergezogen, damit er sich gegen seine Verkäufer fristen könne; jetzt riß ihr die Geduld und sie verlangte (1591 Mai 2.) ernst und eindringlich von ihrem Sohne, daß er anstatt ihrer den Danowiß bedränge; wenn er die armen Leute nicht ehstens richtig bezahle, so könnte sie nicht umgehen, wie ungern sie es auch thäte, ihn auf ihr fürstliches Haus

in ein sonderlich Zimmer mit Bestrickniß zu verfassen oder sonst durch andre ernste Mittel zur Zahlung bringen zu lassen.“ Herzog Joachim mag in Folge dessen wohl auch ein ernstes Wort mit ihm geredet haben, denn Danowiß legte freilich unter Protest die schuldigen Gelder in die fürstliche Kanzlei ein, worauf alsdann die Herzogin ihren Hauptmann Hylcz von Buditsch von Dels aus (1591 Mai 15.) beauftragte, „bei den Herzögen die Nothdurft wegen der von Caspar Danowiß eingelegten Gelder, die den armen Leuten noch immer zur Ungebühr vorenthalten würden, zu befördern, daß sie ihnen, sintemal sie ihres Verbrechens halber zuvor mit Gefängniß und Verkaufung der Güter gestraft worden seien, voll und unabgefürzt ohne irgend einige Pön gefolgt werden möchten.“ Am 5. Juni endlich meldet die Herzogin dem Danowiß, sie habe den armen Leuten, die mit ihren Bürgen in große Schäden gerathen seien, trotz seiner Protestation die Gelder folgen lassen.

Nicht bloß hier, auch anderweitig bewies sich Danowiß als schlechter Zahler. Von Wenzel Krauß von Troppau, Mitbürger zu Neutittschin, wurde er 1591 bei der Herzogin wegen 150 Th. verklagt, die er 1574 gegen Handschrift von Wenzels Vater geborgt hatte. Danowiß machte allerlei Ausflüchte und ließ es anstatt zu zahlen auf einen Proceß ankommen. Auch bei dem Professor Jeremiaß Gerstmann hatte er eine Anleihe von 60 Th. aufgenommen und dachte an keine Tilgung. Die Herzogin gab daher (1592 December 14.) dem Amtmann in Johndorf auf, seines Herrn Handschrift ehestens auszulösen. Nach seinem Tode 1597 fanden sich so viel Schulden¹⁾, daß seine Schwestern sich nicht getrauten, die Erbschaft anzutreten sondern bloß ihre noch hinterstellige Abstattung verlangten.

Ein ganz ähnliches Stück wie in Johndorf spielte 1592 in Löwen. Frau Beß, eine geborne von Panowiß, und ihre Vormünder hatten dem Lorenz Vogt auferlegt, „nicht allein sein Haus und Grund in kurz ausgemessener Frist zu verkaufen, sondern auch innerhalb vier Tagen eine Bürgschaft von 300 Mark schwer mit 8 unter der Herrschaft angeessenen Personen zu bestellen.“ Wohin sollte er seine Zu-

¹⁾ Schönnwälder Ortsnachrichten I. 230.

flucht nehmen als zur Herzogin? „Die Anschaffung seines Abzugs, schreibt diese (1592 Juni 16.) an Frau Beß, solle an seinen Ort gestellt bleiben, aber die kurz angesetzte Zeit und hochbegehrte unmögliche Bürgschaft sei Bogts gänzlicher Verderb und bringe ihn an den Bettelstab. Frau Beß möge ihm daher gehörige Frist zum Verkauf lassen und von Bürgschaft und Strafe absehn, besonders da er Haus und Gut jedem Käufer nach der landüblichen Taxe abzutreten bereit sei.“ Es bedurfte eines neuen Befehls der Herzogin (1592 Juni 30.), um wenigstens Antwort und Bericht von der gestrengen Frau zu erhalten; in Folge desselben ließ es die Herzogin (1592 Juli 9.) bei dem verbleiben was wegen Verkaufung des Hauses des Bogt angeordnet war, nur verlängerte sie die ihm dazu zu gewährende Frist bis auf Nicolai; bis dahin soll er verkauft haben und die Stadt räumen; und den Tag darauf befiehlt sie noch einmal, bis Nicolai den Mann unbedrängt und unverhaftet in seinem Hause zu lassen. Selbst nachdem Bogt Haus und Hof in Löwen verkauft hatte, hörten die Plackereien nicht auf; es scheint, als ob er durchaus zu Grunde gerichtet werden sollte. Bei Einziehung seiner in Löwen ausstehenden Gelder ließ ihn der Rath hilflos, trotz aller Klagen konnte er seine Schuldner nicht zur Zahlung bringen, und für seine Mühle in Rauzke, $\frac{1}{4}$ Meile von Löwen im Fürstenthum Oppeln gelegen, wollte sich kein Käufer finden, da sich das Gerücht verbreitet hatte, daß die Herrschaft in den Kauf treten werde. Wieder wandte er sich an die Herzogin um ein Vorbittschreiben; sie schlug es ihm nicht ab, sondern schrieb (1593 Juni 14.) an Caspar von Panowitz zu Mechwitz, einen der Vormünder, „die Mühle zu Rauzke sei allreit taxirt; indeß die Käufer zögen sich zurück, da man vermuthe, daß die Herrschaft selbst an den Kauf zu treten gesonnen sei; so gerathe der arme Mann in Schaden; Caspar Panowitz möge ihn daher bescheiden, ob und wann die Herrschaft mit ihm Kaufhandlung anstellen wolle, damit er sich bedenken könne, oder ob ihm frei sein würde, die Mühle einem andern hinzulassen?“ Als die Antwort ausblieb, nahm die Herzogin (1593 Juli 26.) die Hülfe des Oppelner Landeshauptmanns für ihren Unterthan in Anspruch. „Bogt könne von der Herrschaft und den Vormündern zu keinem richtigen Bescheide kommen; weils solcher Unrath billig abgeschafft und das Wesen zur

Verhütung des Schadens und der Verwüstung der Mühle zu Wichtigkeit gebracht werden müsse, so möge er von Amtswegen die Handlung vornehmen, daß Supplikant entweder bei seiner Mühle bleibe oder ihm der Verkauf nicht gewehrt werde.“ Dieses Hereinziehen des Oppelner Landeshauptmanns scheint die Vormünder erst recht erbittert zu haben, denn im December beschwert sich Bogt bei der Herzogin, „man habe ihm den Meßkasten in der Mühle und den Getreidesöller gesperrt und mit andern Schlössern verwahrt, so daß er sein Vieh nicht erhalten könne.“ Daß der Befehl der Herzogin an die Vormünder (1593 December 18.), dem Kläger das Seine wieder zu eröffnen und zu berichten, ob die Sperrung durch Gerichtspersonen aus dem Oppelnischen geschehen sei, Folge gefunden haben sollte, ist kaum anzunehmen.

Wie Frau Beß in Löwen führte auch Frau Chrysolda Panowitz, eine geborne Pogereel von Winzenberg, in Pogarell ein gar strenges Regiment. Eine Bauertochter Ursula Hanne hatte sich gegen das sechste Gebot vergangen, war dafür „erstlichen von ihrer Herrin epliche viel Wochen durch Gefängniß bestraft worden“ und hatte alsdann auch noch bis über das halbe Jahr in Brieg in Haft gesessen. Der Frau Panowitz war das Alles noch nicht genug; als die Missethäterin von der Herzogin auf Bürgschaft ihrer Verwandten losgelassen worden war, wollte sie durchaus auch noch eine Geldstrafe von ihr eintreiben, so daß die Herzogin selber (1591 April 8.) Fürbitte für sie einlegte; „sie sei allerdings, schreibt sie, ebenfalls entschlossen gewesen, noch eine Geldpön, die zu guten Werken deputirt und verwandt werden sollte, zu fordern, doch habe sie auf ihrer Eöhne Gutachten und auf Bitten der Freunde der Magd davon abgesehen und sie ihr ganz und gar erlassen, so möge denn auch die Frau Panowitz an der bisherigen Strafe es gut sein lassen und ihr die Geldstrafe schenken.“ Die Frau Panowitz scheint sich dazu nur schwer entschlossen und nur unter der Bedingung eingewilligt zu haben, daß die Magd nicht bloß von ihrem Grund und Boden abgeschafft sondern ganz des Landes verwiesen werde, worein die Herzogin (1591 Juli 19.) nach weitem Verhandlungen mit ihren Eöhnen willigt; wiederholt hat Herzog Joachim nach Brieg kommen müssen, um „wegen der Pogareller Magd treuen Rath zu ertheilen.“

Mit der Abschaffung und Landesverweisung waren aber die Ansechtungen der armen Magd noch nicht am Ende. Sie hatte ihr Vermögen in Pogarell stehen und ihrem Manne Hans Milde wurden wegen Ausantwortung desselben alle möglichen Bürgebänder gemacht. Die Vormünder fordern von ihm Caution und werden in diesem ganz ungerechtfertigten Verlangen von der Frau Panowiz unterstützt und bestärkt; offenbar steckte sie dahinter. Zweimal erließ die Herzogin (1593 Juni 25. November 2.) an sie Mahnungen und Befehle, dafür zu sorgen, „daß Hans Milde's Weib zu dem ihrigen käme,“ und „den Milde mit den Vormündern in Pogarell zu betagen und die Sache endlich in Ordnung zu bringen,“ aber anstatt zu gehorchen, remonstrirt sie und beschwert sie sich bei der Herzogin wegen ungnädigen Schreibens. „Und thut uns, antwortet ihr die Herzogin (1593 November 15.) in Wahrheit befremden, daß Ihr in denen Vormundschaftsachen der Vormünder unleidliche Ausflüchte bei Euch so weit Statt finden lassen, daß Ihr auch nachmals dafür haltet, wir führen gegen ihnen oder Euch ungnädig.“ Andern Sinnes ist Fran Panowiz durch diesen Verweis nicht geworden; von Gehorchen war keine Rede; 1594 im März war Hans Milde noch immer nicht befriedigt. Mochte die Herzogin befehlen oder verbieten, der Adel that, was ihm beliebte.

Ein guter Theil sämmtlicher Briefe unsers Copialbuchs, ihrer mehr als zwanzig, sind an Adam Grudtschreiber in Michelau gerichtet. Er hat der Herzogin mit seiner Unverträglichkeit, mit seiner Genießlichkeit und Rücksichtslosigkeit viel Mühe und Verdruß gemacht. Seinem Nachbar Balthasar Pückler auf Kanterisdorf zum Schaden „bringt er den Reißstrom aus seinem alten und rechten Laufe und untersteht sich allerlei Gewalt zu üben,“ es kommt beinahe „zu laudfriedbrüchigen Thaten;“ einen demselben Pückler von einer Mühle im Falkenbergischen zu entrichtenden Mehlgins, der von jeher in Falkenbergischem Maaße gegeben worden, will er auf einmal früherem Vergleiche zuwider bloß in Brieger Maaß abführen; dem Hans Mosche in Koppendorf umfährt er den Zoll, und mit seinen Unterthanen machte er gar, was er wollte. Den einen zwingt er zu verkaufen und weigert sich alsdann aus ganz nichtigen Gründen den ihm präsentirten Käufer, der obendrein sein

eigner Unterthan ist, anzunehmen; andre zieht er mit der Auszahlung ihrer Erbegelder auf, und seine Gläubiger ließ er warten, um sie in der Geduld zu üben. Wie er sich in einem besondern Falle gegen die Herzogin betragen, verdient der Vergessenheit entrissen zu werden.

Adam Grudtschreiber richtete 1593 im Mai seiner Stieftochter die Hochzeit aus und hatte zu derselben als guter Unterthan wie bräuchlich auch seine gnädige Landesfürstin und Herzog Joachim eingeladen. Durch wichtige Sachen verhindert verständigt ihn die Herzogin (1593 Mai 16.) über ihr Ausbleiben, setzt ihn aber zugleich in Kenntniß, daß an ihre Stelle ein Gesandter werde abgefertigt werden. „Hierbei neben, heißt es alsdann weiter, möchten wir Euch in Gnaden nicht bergen, daß uns, wiewohl nur durch fliegendes Gerücht, zu Ohren gekommen, sambt Ihr die Praeparation und Anstellung gemacht haben sollet zu allerhand Saitenspiel, Tanz und Kurzweil. Weiln die Trauerzeit dieses Fürstenthums noch nicht aus und verlaufen¹⁾, Ihr auch dießfalls von uns keinen Verlaub und Indult niemals gebeten noch weniger erlanget, so thun wir Euch in Gnaden verwarnen, Ihr wollet die Inhibition und billige Trauerzeit in Acht haben und bei bevorstehender Hochzeit nicht zulassen, noch weniger selbst Anlaß geben, daß dem allgemeinen Leide zuwider Freudenspiel, Tanzen und andre Kurzweil vorgenommen werde.“

Grudtschreiber muß demnach aus seiner Absicht, die Hochzeit nicht ganz still vorübergehn zu lassen, gar keinen Hehl gemacht haben, wie hätte man sonst in Brieg davon wissen und am Hofe darüber reden können? Hat nun die Herzogin erwartet, Grudtschreiber werde in Folge ihrer Warnung und wegen der Gegenwart ihres Gesandten von seinem Vorhaben abstehen und das ausdrückliche Verbot respectiren, so hat sie sich über ihre Autorität sowohl als über den guten Willen ihres Lieben Getreuen völlig getäuscht. Nach dem Hochzeitessen ertönte auf einmal Musik, allerdings bloß sanftes Saitenspiel ohne Trompeten und Posaunen, und wie sehr sich der Hochzeitvater erschrocken stellt und von Tanzen Nichts wissen will, die angeheiterten Gäste lassen sich Nichts einreden, trotz Landesstrauer und Verbot der Herzogin wird lustig weiter

¹⁾ Herzog Johann Georg war 1592 Juli 6. gestorben.

gesiebelt und fort getantz, und das Alles unter den Augen des Gesandten der Herzogin.

Als geriebener Diplomat suchte Grudtschreiber den vor auszusehenden Sturm damit zu beschwören, daß er das Borgefallne unter demüthigen Entschuldigungen, Nichts dafür zu können, weil Alles ohne sein Wissen und wider seinen Willen geschehen sei, selber der Herzogin durch ihren Gesandten schriftlich meldete, in dem guten Glauben daß, wenn er Alles auf einen seiner ausländischen Gäste schöbe, Michelau liegt bekanntlich dicht an der Grenze des Fürstenthums Meisse, die Herzogin sich damit begnügen könne und die Sache als erledigt ansehen werde; indeß die Herzogin sah sie nicht als erledigt an; daß Alles abgekartetes Spiel war, ließ sich mit Händen greifen, unmöglich durfte die Fürstin dazu schweigen. „Er habe zwar, antwortet sie (1593 Mai 19.) auf der Stelle, Saitenspiel und Tänze verwidert, und sich darin, wie sie gern anerkenne, als gehorsamer Unterthaner erzeiget, aber es sei doch beides angestellt worden; er solle daher durch den Boten ausführlich berichten, wer derjenige sei und wo angeessen, der Saiten- und ander Freudenspiel in seine Behausung gebracht, so wie den Tanz angefangen und behalten habe. Denn ob uns wohl Mittel und Wege gar nicht mangeln, durch welche Denjenigen, so uns zuwider und zu sonderlichem Despekt solchen Muthwillen geübt, könnte begegnet werden, wir auch ihre Personen dießfalls gar nicht in Acht nehmen, so wollen wir doch ihre Obrigkeit lieber ersuchen als selber wider sie verfahren, in Meinung, wir wollen auch durch diesen Weg die Sache gebürlich dahin bringen, daß es sie ihres freventlichen Muthwillens gereuen werde.“

Was Grudtschreiber geantwortet hat, ist nicht auf uns gekommen, aber die Herzogin sandte seinen Bericht an Herzog Joachim (1593 Mai 21.) und schrieb ihm: „ihrem und des Herzogs Verbote zuwider habe Grudtschreiber auf der Hochzeit Tanz gehalten; sie habe gewissen Bericht, daß ihm gar wohl bewußt gewesen, wie es dem Wirthe doch auch nicht verborgen sein könne und solle, wer der ist, der Saitenspiel in sein Haus gebracht und den Tanz angefangen, und es sei ihr nicht unbillig ganz beschwerlich und gebe ihr nicht wenig Nachdenken, daß er auch iho zum Ueberfluß seines Gehorsams vergessen und das, was fast männiglich kund sei, verbergen und ihr gleichsam die Augen zuhalten

wolle, da es doch, so er entschuldigt und ohne Verdacht sein wollte, seine Pflicht gewesen wäre, für sich ohne weitere Aufforderung den Thäter zu nennen und die ganze Wahrheit zu berichten. Sie sei derhalben nicht gemeint, sich von ihm ferner also scherzen und umführen zu lassen und der Herzog möge rathe, durch was gebührliche Mittel der Grudtschreiber, sonderlich so er noch ferner seine Wissenschaft davon zu eröffnen sich wegern würde, zum Gehorsam möchte gewiesen und bei demselben besser als anhero möchte gehalten werden.“ Der Herzog konnte nicht umhin, seinem Lehnsmanne den Standpunkt klar zu machen, und das an ihn deswegen abgelassene laconische Schreiben (1593 Mai 31.) lautete nicht sehr tröstlich. Es bestand aus wenigen Zeilen, „er möge sich angesichts dieses Schreibens in das Hoflager nach Brieg verfügen und bei der Kanzlei fernern Befehlig unterthänig erwarten und anhören; daran beschiedt unser endlicher Wille.“ Er wird nach dem lustigen Tanze wohl jetzt Etwas zum Sitzen gekommen sein und sich haben ausruhen dürfen.

Wegen Schuldsachen wurde die Herzogin von Einheimischen wie Auswärtigen über die Maassen angelaufen. Bei ihr suchte alle Welt Hilfe gegen böse Zahler und säumige Schuldner; sie war die Hoffnung aller Gläubiger. Wir haben heut kaum einen Begriff, in wie schwerfälligen Formen damals der Verkehr sich bewegte. Das Land war in viele Gebiete zertheilt und jede Obrigkeit auf ihre Jurisdiction so eifersüchtig, daß ohne ihre Einwilligung sich Niemand vor einem fremden Gericht stellen durfte, wie war da saumseligen Zahlern beizukommen? Die Gläubiger waren meist dem guten Willen ihrer Schuldner Preis gegeben. Einige Beispiele mögen genügen.

Die Basse in Mangschütz waren schlechte Zahler, ihre Namen kehren in unserm Copialbuche sehr oft wieder. Der Breslauer Bürger und Schneider Heinrich Berneck klagt gegen sie wegen 40 Th. Tisch- und Kostgeld, die er von Carl Bess zu fordern hat und wegen 5 Th., die ihm Joachim Bess noch schuldig ist. Die erste Zahlungsaufforderung der Herzogin blieb ohne Erfolg. In der zweiten Erinnerung (1591 November 15.) heißt es, „es falle der Herzogin beschwerlich, so geringer Sache halben verunruht zu werden,“ sie sollten doch endlich Richtigkeit machen. Es bedurfte noch einer dritten Mahnung (1592

März 18.), sie lautete ganz kategorisch: „wir vermerken diesen Deinen unbilligen Aufzug mit sonderlichen Ungnaden und thun Dir zum Ueberfluß im Ernst auslegen und befehlen, daß Du endlich ohne weitre Ausflucht obgedachten Berneß zur Genüge bezahlest und zu weiterm Einsehn nicht Ursach gebeß.“ Für den Buchführer Peter Lindner¹⁾ in Brieg, dem Freiherr Bernhard von Würben zu Glembska²⁾ 20 Th. schuldig geblieben, schrieb die Herzogin wiederholt an den säumigen Schuldner, um ihn zur Zahlung zu vermögen. Eine alte Dienerin und Schloßköchin der Herzogin hat in Strehlen Etwas zu fordern; die Herzogin verwendet sich für sie (1591 December 12.) beim dortigen Rathe, „er möge in Anbetracht, daß die Bittstellerin alt und gebrechlich und der Gegenstand ein so geringer ist, die Schuld eintreiben und nach Brieg senden.“

Viel umständlicher und schwieriger waren Forderungen von fürstlichen Personen einzutreiben; auch in solchen delicaten Fällen hat Herzogin Barbara ihre Hülfe nicht versagt; an ihrem guten Willen und der Eindringlichkeit ihrer Fürbitte hat es nicht gelegen, wenn die Zahlung trotzdem ausblieb. Die Gemahlin des Administrators zu Halle Katharina, geborne Markgräfin zu Brandenburg, hatte dem Bildhauer Simon Gerlach zu Reiffe die Anfertigung eines Crucifixes in Alabaster für 40 Th. verdungen. Die fertige Arbeit war von ihm auf Befehl der Bestellerin in Beisein ihres zur Abholung abgeschickten Hausvogts gehörig in Berg verwahrt in eine Kiste verpackt und verschlagen worden, trotz der sorgfältigen Verpackung aber zerbrochen in Halle angekommen. Der weite Transport und die Beschaffenheit der

1) Nach Schönwälder Pfaften II. 315 hat Herzog Joachim dem Peter Lindner 1593 das Recht erteilt, in Brieg einen offenen Buchladen zu halten; das Privilegium muß aber viel ältern Datums sein. Nach dem ersten Schreiben der Herzogin (1591 März 22.) an den Freiherrn, ist dieser dem Buchführer Peter Lindner noch 20 Th. seit mehreren Jahren schuldig und die Herzogin hatte bereits wiederholt an ihn intercedendo geschrieben. Dießmal ersucht sie ihn, das Geld gegen Empfang seiner Verschreibung dem Boten mitzugeben, „damit wegen eines so Geringeschätzigen halben ihm nicht unannehmlich möchte nachgerühmt und geredet werden.“ Der Bote kam indeß unverrichteter Sache wieder, so daß die Herzogin (1591 December 21.) noch einmal mahnen muß.

2) In Knieß Oörserversverzeichnis nicht aufzufinden, vielleicht im österreichischen Antheil von Schlesien gelegen.

damaligen Wege erklären das Unglück zur Genüge, aber fürstlich war es nicht, daß die Frau Administratorin sich dadurch von der Zahlung für dispensirt ansah. Der vom Bildhauer zur Erhebung des Geldes nach Halle mitgegebene Junge war dort in die 10 Wochen aufgehalten und mit 10 Th., die ihm der Secretair der Herzogin eingehändigt, abgespeist worden. Die Dingzettel hatte man zurückgehalten. Herzogin Barbara, der Gerlach wohl auch die Bestellung verdankte, gewährte gern die erbetene Intercession; aber der mit dem betreffenden Schreiben (1591 Juni 17.) nach Halle gesendete Bote kam mit leeren Händen zurück. Nach fast zwei Jahren verwendet sich die Herzogin (1593 April 24.) aufs neue bei der Administratorin für den Bildhauer auf das wärmste, „daß ihm doch der Rest der Zahlung endlich zugestellt werden möchte, da er an dem Verluste des Crucifixes keine Schuld trage. Wenn es, wie vermuthlich auf dem Wege verwahrlost oder verrückt worden, so dürfe doch das dem Bildhauer nicht zur Last gelegt werden; er sei ein Mann guten Namens und Wandels und dergleichen Unterschlief, daß er es schon zerbrochen sollte verpackt haben, dürfe ihm nicht zugetraut werden; obendrein sei es in Gegenwart des Hausvogts laut des Befehls der Markgräfin sorgfältig in Berg eingepackt in die Kiste gelegt und verschlagen worden; so möge sie doch dem armen Manne das Wenige zu gänzlicher Abzahlung herausgeben lassen.“ Es wurde aber Nichts herausgegeben, denn am 27. September schreibt die Herzogin in dieser Angelegenheit zum dritten Male an ihre Muhme, ob mit besserem Erfolge, ist nicht auf uns gekommen.

Ihren Unterthanen war die Herzogin natürlich vor allen Andern verpflichtet zu dem Ihrigen zu verhelfen, es mochte sich nun um Erbschaften oder außerhalb des Fürstenthums ausstehendes Vermögen handeln, und dieser Pflicht hat sie sich nie entzogen. Hans Kretschmer, ein Bauer, hat sich in Briesen angekauft; er war der Herzogin nicht zu gering, seinetwegen (1593 April 10.) an Balthasar Mettich zur Steinaw¹⁾ zu schreiben, dem Manne zu seinem durch die Vormünder im Steinschen ausgethanen Gelde zu verhelfen. Ananias Gerlach, ein Brieger Bürger, hat in Hainau eine Erbschaft gemacht, deren

1) Wohl das Städtlein bei Neustadt D./S.

Ausantwortung der dortige Rath Schwierigkeiten entgegensezt. Die Herzogin verwendet sich alsbald (1593 April 15.) bei Herzog Friedrich von Liegnitz für ihren Unterthan. Mehr dergleichen anzuführen würde langweilen.

Sie ist noch mit ganz andern Dingen behelligt worden. Merten Greulichß, eines Schneiders in Brieg, Junge ist vom Kettenhunde des Müllers in Taschenberg gebissen worden; er hat natürlich bei der Herzogin geklagt und diese schreibt alsbald (1591 Juli 5.) an Wolf Odersky von Lyderaw, den Pächter von Taschenberg, er möge den Müller anhalten, sich mit dem Supplikanten „wegen seines beschädigten Kindes richtig zu vergleichen.“ „Ob wir nun zwar zu erwägen, heißt es in dem Schreiben der Herzogin, daß einem idweden Wirth, außß beste er weiß und kann, vor Ungelegenheit sich zu verhüten und zu bewahren bevorsteht, so können wir doch nit sehen, wie er solchen anfalligen und heißigen Hund, dessen Untreue ihm bevor wissend solle gewesen sein, mit Fug zu halten berechtigt gewesen.“ Im November verwies die Herzogin diese Sache an Adam Grudtschreibers in Michelau Erkenntniß. Er solle beide Parten hören und vergleichen und namentlich darauf achten, „ob es erweislich sei, daß der Hund sich wegen übler Verwahrniß abgerissen und die Müllerin die Ergrimmniß des Hundes gehört und solchem Wesen nachgesehn habe.“ — Ein Brieger Fuhrmann ist von einem Klossdorfer Bauer „mit einem Rosse angeführt worden“ und in seiner Noth zur Herzogin gelaufen. Um dem armen Manne zu helfen, schreibt die Herzogin an den Hauptmann der Commende (1593 Juni 17.): „weiln dergleichen betrüglische Handlung nicht zulässig und sonderlich das fälschliche Betheuern sträflich, so möge er den Verkäufer anhalten, sein Roß zurückzunehmen und ihn der geübten Frechheit halben, (jedensfalls wegen seiner fälschlichen Betheurungen,) gebührlich strafen“; offenbar etwas Viel verlangt. Sogar wegen Schweinen wurde die Herzogin angelaufen. Einem Unterthanen in Kanraw ¹⁾ hat Joachim Raffe in Städtel ²⁾ Schweine eingetrieben und verlangt für jedes 3 Gr. Pfandgeld; den Leuten in Althammer ³⁾ hat er es

1) Rauern bei Brieg im Amte Reherdorf.

2) Dorf SED. 2 1/8 Meile von Namslau.

3) Ebenfalls im Reherdorfer Amte.

ebenso gemacht. Die Beschädigten nehmen zur Herzogin ihre Zuflucht und sie schreibt (1592 Januar 30.) an Rässe, „solch Verfahren sei gar nicht nachbarlich, auch seien die Schweine gar nicht auf Rässes Gute, sondern auf dem stittigen Orte angetroffen worden. Ein solches Recht könne ihm auf diesem Orte nicht eingeräumt werden, er solle solche Attentate auf die Rechte der Herzogin ferner nicht wagen.“ An denselben Joachim Rässe schreibt die Herzogin (1592 December 10.) auch wegen eines Geburtsbriefes, welchen einer ihrer Unterthanen bedurfte. Vor 100 Jahren gingen die Bauern, welche nicht schreiben konnten, zum Schulmeister und ließen sich einen Brief machen, vor 300 Jahren besorgte ihnen das ihre Landesfürstin. Indes es handelte sich bei diesem Geburtsbriefe auch höchst wahrscheinlich um eine Heirath und dieses Departement wurde von der Herzogin mit Vorliebe besorgt.

Als Hausfrau hielt sie sich von jeher für verpflichtet, Leben und Wandel ihres Gefindes auf den Aemtern streng zu beaufsichtigen; sie vertrat bei ihnen Mutterstelle und zu Heirathen war vor allem ihre Genehmigung einzuholen. Der Bäcker „aufm Teich¹⁾“ hatte sich 1585 mit der Waschmagd daselbst in Ehegelöbniß eingelassen, sich aber später anders besonnen und in Brieg einem andern Frauenzimmer Anträge gemacht. Bei der Herzogin deswegen verklagt, befahl sie dem Hauptmann Seniß (1585 Mai 8.) ganz ernstlich, den Burschen zu seiner Pflicht zurückzuführen; „sie sei gar nicht gemeint, ihre Dienerinnen, von der wenigsten bis zur vornehmsten, in dergleichen und andern Sachen und sonderlich, so die Gewissen berühren und angehn thun, so spöttlichen an Affen setzen zu lassen.“ Als sie selber die Regierung führte, wurde sie in diesem Punkte noch strenger. Eheversprechungen waren unwiderruflich, Verlöbniße unauflöslich, Liebschaften daher für beide Theile gefährlich; die Herzogin nahm dergleichen sehr ernst. Eine nach unsern Ansichten recht einfältige Geschichte wirbelte 1591 in Brieg viel Staub auf.

Ein Goldschmiedegesell Zacharias Mühlstapfen verklagt den M. Paul Jungius, Professor am Gymnasium in Brieg²⁾, bei der Fürstin,

¹⁾ Rothschloß bei Nimptsch.

²⁾ Näheres über ihn bei Schönwälder Ortsnachr. II. 436. Jungius war vorher Professor in Goldberg gewesen, hatte aber dort „seine Besoldung, die er an der

„daß er ihn in Heirathsachen übel angeführt und dadurch vorsätzlich in Spott gesetzt habe.“ Jungius scheint ihm Aussicht auf die Hand seiner bei ihm sich aufhaltenden Schwägerin Christine, Merten Kirsteins, Bürger's und Seifensieders zu Brieg hinterlassener Tochter gemacht zu haben. Der Magister war Schuldiener und so überwies die Herzogin (1591 November 4.) die Klage an Herzog Joachim mit recht ernster Beschwerde; Jungius solle „auch andre Personen so angeführt haben, solch lüderlich Fürnehmen sei aber gar nicht zu billigen.“ Und in der That als die Sache näher untersucht wurde, kamen noch mehr Bräutigame zum Vorschein. Jungfer Christine hatte auch dem Georg Sturm, Hofmeister der Porschnitzer vom Prauß, und wie sie behauptete, nicht ohne Wissen der Vormünder die Ehe versprochen, diese aber hatten sie schließlich auch einem Schuster zur Frau zugesagt. Das war nun allerdings ein verwickelter Fall. Georgius Sturmius verlangte die Erfüllung des Eheversprechens, der Schuster berief sich auf die Zusage der Vormünder und dem Goldschmiedegesell hatte Jungius Hoffnung gemacht. Zunächst wurde die zweite Verlobung mit dem Schuster von der Herzogin vorläufig suspendirt, „diese beschene Inhibition mit Stillhaltung der anderweit angestellten Verlobung“ nach eingeholtem Rath der Herzöge in Ohlau und in Folge eines Gutachtens des Herrn Zedliß (1591 November 17.) nachträglich bekräftigt und der Kläger, „sintemal er sich mit einer gewissen Zusage, um welche die Vormünder Wissenschaft gehabt, auf M. Jungii Anlockung und Bertröstung deutlich und beharrlich angiebt, angewiesen, seine Action vor den Herzögen nach geendetem Fürstentage zu prosequiren.“ Inmittelfst war aber auch die Jungfrau „von M. Jungio weggenommen und einem ihrer Vormünder zur Pflege und Inspection anbefohlen und übergeben worden.“

War somit Alles auf gutem Wege das gefährdete Verlöbniß zu retten, so litt es zum großen Verdrusse der Herzogin unmittelbar vor dem Einlaufen in den Hafen des Ehestandes doch noch Schiffbruch. Hören wir die Herzogin selber, was sie darüber (1591 December 12.)

Schule verdient, viele Jahr her nicht erhalten.“ 1593 April 17. schreibt die Herzogin an den dortigen Rath, ihn zufrieden zu stellen und den Tag darauf in derselben Angelegenheit an Herzog Friedrich von Biegnitz.

an ihre Söhne in Ohlan schreibt: „Nun sollen wir aber G. E. nicht bergen, daß der hiesigste Superintendent, wie er sich entschuldiget, auf Anregen Wenzel Porschnitzes zum Prauß, welcher dieser Sachen Verantwortung auf sich genommen haben soll, beides den Sturmium und die Jungfrau vor sich gefordert und sie als unersucht unser und wie wir achten auch G. E. in der Stille verglichen und losgezählt hat. Wenn aber hierdurch beides, unser und G. E. ergangner Befehlig und Verordnung geschwächt und hintan gesetzt worden und solches uns allseits, so es deromassen hingehen sollte, gleichsam dadurch gescherzet, zu diesem auch viel Andre davon Exempel und Ursachen zu dergleichen nehmen würden, als haben wir G. E. solches zu wissen zu machen der Nothdurft erachtet, mit mütterlichem Begehren, G. E. wolle denen Sachen in Gebühr vordenken und dieselben dahin richten, damit von den Parten demjenigen, welches beides wir und G. E. angeordnet, gehorsamlich nachgegangen werde. Wir haben indessen abermalig Befehlig gethan, mit obengedachter Verlobung so lange inne zu halten, bis wir G. E. Willen und Meinung vernommen haben werden.“

Indeß das Geschehene ließ sich nicht ungeschehn machen. Die Loszählung des Superintendents anzusechten oder gar aufzuheben mag den Herzögen denn doch zu bedenklich gewesen sein und so wird das ehrbare Handwerk wohl schließlich das Feld behalten und der glückliche Schuster die Braut heimgeführt haben.

Uebrigens stand die Jurisdiction der Herzogin in geistlichen, d. h. in Ehesachen, damals noch auf recht schwachen Füßen. Ihren unmittelbaren Unterthanen hatte sie allerdings unbedingt zu gebieten, bei den Unterthanen des Adels aber kam es auf den guten Willen der Herrschaft an, ob sie dieselben hereingestellt wollten. Ich hätte es einem Bauer nicht rathen wollen, ohne Wissen und Willen seines Erbherrn vor dem Consistorium in Brieg, wenn von einem solchen damals überhaupt die Rede sein kann, Recht zu suchen oder Recht von ihm zu nehmen. Simon Hollet, des Scholzen Sohn zu Pampitz, (Pampitz war Stiftsgut), hatte sich mit Caspar Buches zu Pogarell Tochter mit Einwilligung ihrer Mutter in eheliche Versprechung eingelassen. Als nun der Vater die Tochter einem Andern auszusetzen Anstalt machte, klagte der Angeführte bei der Herzogin, seiner Herrin. Offenbar hat

der Beklagte sich geweigert, in Brieg sich zu stellen, denn die Herzogin schreibt (1592 December 16.) an Frau Chrysolde Panowiß, „diese Ehesache werde billig zu rechtmäßiger Entscheidung an das Consistorium gewiesen, gemelter Buche aber wolle mit seiner Tochter nicht ohne sonderlichen Befehl erscheinen, Frau Chrysolde möge ihm daher im Ernst auflegen, sich samt Mutter und Tochter auf gebührliche Erforderung vor dem Consistorium in Brieg einzustellen.“ Ein Jahr darauf spielte in Pogarell dasselbe Stück nach einmal. Vormünder hatten ihre bereits durch Eheversprechung gebundene Mündel einem andern zugesagt, worauf alsdann die um Hülfe angerufne Herzogin die Trauung inhibirt und alle Betheiligten zu rechtlicher Erkenntniß der Sachen vor die Geistlichen in Brieg vorladet, natürlich durch Vermittlung ihrer Herrin, der dieser Eingriff in ihre Jurisdiction wieder recht ungelegen gewesen zu sein scheint.

War die Herzogin in Ehesachen strenge, so war sie bei Vergehungen gegen das sechste Gebot unbarmherzig. Selbst wenn der Fehltritt durch nachfolgende Heirath gesühnt wurde, hatten sich die Sünder auf Gefängniß und Landesverweisung gefaßt zu machen. Ein Beckenknecht hatte eine Magd geschwängert und war, nachdem die Sache ruchtbar geworden, mit ihr ins Grottkausche geflüchtet, aber nun gar aus dem Regen in die Traufe gekommen. Der Grottkauer Hauptmann Gabriel Hund zog beide gefänglich ein und meldete das Geschehene der Herzogin. Sie bedankt sich (1591 Juli 17.) dafür bei ihm, „da aber die Missethäter sich bereits hätten trauen lassen, so möge er sie auf einen Unfrieden des Gefängnisses entledigen; in der Herzogin Landen sollten sie sich indeß bei schwerer Strafe nicht finden lassen und dabei möge der Hauptmann auch die Verordnung thun, daß sie in des Bischofs Landen nicht möchten geduldet werden.“ Wo sollten denn aber die Armen bleiben, wenn Niemand sie in seinem Gebiete leiden wollte?

Noch bleibt uns übrig, zum Schlusse einen Blick auf die kirchlichen Angelegenheiten des Fürstenthums und Barbaras Stellung zur Reformation zu werfen.

Seiner Zeit war die Augsburger Confession in allen Kirchen des Landes, auch in den Klöstern und Stiftern untergebenen ohne alle Schwierigkeit eingeführt worden. Um 1550 gab es im Fürstenthum

nicht eine einzige katholische Kirche. Versuche Seitens der Klöster, ihre Kirchen mit katholischen Priestern zu besetzen, waren durch Herzog Georg stets siegreich abgewehrt worden; anders nach seinem Tode. Seiner Wittve und seinen Söhnen gegenüber hatte der erstarkende Katholicismus ein viel leichteres Spiel und des mächtigen Schutzes des Kaisers sicher, machten die geistlichen Orden mit der Gegenreformation in den Kirchen ihres Patronats unverzüglich den Anfang. Der Malteser Komthur Hans Mettich, Kaiserlicher Truchseß und Commendator von Klein-Dels, gab dazu mit der Abschaffung des Pfarrers Martinus Tycz¹⁾ in Niemen das Zeichen. Die Stelle blieb vor der Hand unbesetzt und die Parochianen waren ohne Gottesdienst. In ihrer Bedrängniß wenden sie sich auch an die Herzogin, vielleicht hoffend, daß der gestrenge Comthur der Herzogin gewähren werde, was er den Herzögen bisher verweigert hatte. Die Herzogin erfüllte ihr Ansuchen und intercedirte für sie (1592 Juni 25.) bei Hans Mettich. „Die Dörfer Niemen, Günthersdorf und Callen hätten geklagt, daß ihr evangelischer Prädicant abgesetzt worden sei und sie eine ziemliche Zeit ohne Seelsorge gelassen wären. Sintemalen, heißt es alsdann weiter, es zumal schwer und sorglichen ist, über die Gewissen der Menschen zu herrschen und diese mit Zwang zu einer andern Religion zu bringen, so ist ihretwegen an Euch unser günstiges Anlangen und Sinnen, Ihr wollet dieser armen Leute höchliches Flehn und Seufzen erwägen und sie bei der Augsburgerischen Confession lassen, wie sie es bisher in ihrer Kirchen richtig und ruhig gehalten haben.“ Erfolg hat ihre Bitte so wenig gehabt als die Protestationen und Vorstellungen der Herzöge in Ohlau.

In ihrem Leibgedingsfürstenthum richtete sie sich in kirchlichen Dingen nach ihrem Sohne. Als dieser 1587 eine Generalvisitation der Kirchen seines Fürstenthums halten ließ, erlaubte die Herzogin, sie auch auf die Pfarren ihres Gebiets auszudehnen²⁾ und als 1593 vom Fürsten-

¹⁾ Seinetwegen erkundigt sich (1591 März 23.) die Herzogin bei ihren Söhnen um die Pfarrei in Kossen, in welche sie ihn gern befördert gesehen hätte. Doch scheint Tycz (Titius) sie nicht erhalten zu haben. Ehrhardt Presbyterol. II. 194. Ueber die Gegenreformation auf den Commendegütern Schönwälder Pfaffen II. 259.

²⁾ Leider ist über diese Generalvisitation Nichts weiter bekannt, als daß sie gehalten worden ist. Joachim Friedrichs Kirchenordnung (Schönwälder Pfaffen II. 287 ff.) scheint die Frucht derselben gewesen zu sein.

tage in Breslau wegen der Türkengefahr das Läuten der Betglocke befohlen wurde, wünschte die Herzogin in Zeit und Stunde Gleichheit gehalten zu haben und erkundigte sich darüber (1593 April 9.) bei Herzog Joachim. „Ihr scheine 12 Uhr Mittag die passendste Zeit, da in den Städten früh die gewöhnliche Betstunde gehalten werde; auf den Dörfern sei die Mittagßstunde die schicklichste, wann die Pauerleute am besten zu Hause seien, und in den Städten werde es außerhalb der Betstunde mehr Andacht und Bewegniß bei den Leuten erregen. Was aber auch der Herzog beschließe, sie wolle es in Brieg mit ihm gleich halten.“ Der Herzog entschied sich für den Vorschlag der Mutter. Unser Mittaggeläut auf dem Laude ist die weiland Türkenglocke.

Mit der eigentlichen Regierung der Kirche hatte die Herzogin Nichts zu thun. Ueber ihre persönliche Stellung zu den damaligen Wirren in Liegnitz klären uns ihre Briefe vollständig auf. So gar lutherisch, wie sie uns durch die von ihr ausgegangne Berufung Blumes zum Superintendenten in Brieg erscheint, ist sie keineswegs gewesen¹⁾. Die Intriguen gegen Krenzheim in Liegnitz waren ihr so betrüblich, daß sie (1591 Januar 23.) aus freien Stücken tröstend an Krenzheim schrieb: „Der Kanzler Johann Keymann habe ihr berichtet, wie daß Euch von ephlichen Curer Widerwärtigen allerlei Ungelegenheit und Schmach zugefügt wollt werden, tragen ob solchem Eurem betrübten Zustande, so Euch als einem alten treuen Seelsorger zugefügt werden will, gar ein treuherziges Mitleiden; wir wollen uns aber gar keinen Zweifel machen, Ihr als ein Hochverständiger werdet Euch, daß Curer Widerwärtigen Sinn und Gemüth Gott der Allmächtige zu seiner Zeit ungezweifelt väterlichen begegnen wird, vernünftigt zu trösten wissen, und ob wir wohl zu erachten, daß Euch solche Zunnöthigung schmerzlich fallen thut, so wollet Ihr nun in mitter Weil die liebe Geduld vor sich nehmen und deß gewiß sein, daß alle Eure Trübsal zur Freude gewendet werden kann.“

Nicht zufrieden, dem verfolgten Krenzheim persönlich ihre herzliche Theilnahme ausgesprochen zu haben, wandte sie sich auch (1591 Februar 4.) mahnend an Herzog Friedrich²⁾, ihren Neffen, „den alten treuen

1) Schönmälder Pfaften II. 266. 275 ff.

2) Der für die Geschichte der kirchlichen Wirren in Liegnitz wichtige Brief ist

Seelforger, welcher 37 Jahre zu Liegnitz im Predigtamt gewesen und beides mit Leben und Wandel sich unsträflich und eingezogen verhalten, gegen die jungen Prädicanten zu schützen und seiner langwierigen Dienste genießen zu lassen.“ Als Krenzheim darauf der Herzogin zwei Exemplare seiner Summarien über das ganze Neue Testament übersendete, bezeugte sie ihm (1591 März 19.) nochmals, „sie wisse ihm wegen seiner Klage gegen die Widerwärtigen keine Schuld zu geben, und sei der Zuversicht, sein Herz und Gemüth werde anders nicht denn seine Schriften beschaffen sein.“ Sich für die übersendeten Summarien bedankend, versichert sie ihn, „daß sie seiner Widerwärtigen Aufsatz halben ein gar gnädiges und treuherziges Mitleiden mit ihm trage und allezeit erbötig sei, ihm mit allen Gnaden alles Gute zu thun.“

Unter so bewandten Umständen ist es befremdlich, wie die Herzogin den zelotischen Blume nach Brieg hat berufen können, eine Berufung, mit welcher Herzog Joachim, wie er in dem nach Blumes Absetzung an die Stände erlassenen Memorial ausdrücklich versichert, von vorn herein nicht einverstanden gewesen ist¹⁾. Der Superintendent Laurentius Starcke war 1593 den 21. Mai gestorben und zu seinem Nachfolger von Herzog Joachim jedenfalls Martin Moller²⁾ in Sprottau in Aussicht genommen, einer der frömmsten und geistreichsten Theologen des XVI. Jahrhunderts und durch eine ganze Reihe von Schriften in der damaligen gelehrten Welt bereits berühmt. Die später in Görlitz von ihm verfaßte *praxis evangeliorum* steht als werthvolles Erbauungsbuch noch heute in Ansehn. Gewiß nicht ohne Veranlassung hatte Moller seinen eben erschienenen Tractat „*Manuale de praeparatione ad mortem*, heilsame und nützliche Betrachtung wie ein Christenmensch aus Gottes Wort soll lernen christlich leben und selig sterben“, der Herzogin übersendet, und daß diese verblühte Meldung verstanden worden ist, geht daraus hervor, daß sie über ihn bei Melchior Eccard in Dels Erkundigungen einzog³⁾. Offenbar aber hatten sich bereits

in den Beilagen unter Nr. IV. abgedruckt. Ueber Krenzheim Ehrhardt IV. 92 ff. Schönwälder Piasen II. 268 ff.

1) Ehrhardt Presbyterol. II. 59. Schönwälder Piasen II. 275 ff.

2) Ueber Moller ist Ehrhardt III. 1, 380 zu vergleichen.

3) Vergl. meine Abhandlung über die Organisation der ev. Kirche im Fürstenth. Brieg. Zeitschr. IX. 22. Note 2.

andre Einflüsse geltend gemacht; denn die Herzogin bedankt sich (1593 Juni 15.) bei Moller für den übersendeten Tractat, „den sie in Gnaden angenommen,“ recht kühl und kurz und überschießt ihm „mit der Versicherung, solche Ehrung in Gnaden zu bedenken und unvergessen zu halten, in Gnaden neun Thaler.“ Moller war damit abgethan, Blume wurde bald darauf vocirt; aber wie ist es zugegangen, daß ein Mann, der erst seit zwei Jahren in dem unbedeutenden Kosel Pfarrer und in Schlesien wahrscheinlich Niemandem bekannt war, von dem gar Nichts, nicht einmal eine Leichenpredigt gedruckt vorlag, einem Moller vorgezogen werden konnte? Die Sache ist recht natürlich zugegangen. Die gute Herzogin hat der Empfehlung einer alten vertrauten Dienerin mehr Vertrauen geschenkt als der ihres Sohnes, ein Fall, der durchaus nicht so selten vorkommt. Die Sache verhielt sich so.

Kosel gehörte dem Freiherrn Wilhelm von Oppersdorf von Aich und Friedstein und auf der Kosel, Erzherzog Maximilians von Oesterreich Kämmerer. Er hatte in Oesterreich Güter gekauft und stand im Begriffe, seinen Wohnsitz dorthin zu verlegen. Daß Blume ihm dorthin folgen und sein reich dotirtes Amt mit einer simplen Hofcaplanstelle vertauschen solle, war von ihm nicht zu erwarten, noch weniger zu verlangen. Um daher in seiner neuen Residenz nicht ohne Predigt und Seelsorge zu sein, hielt der Freiherr um Ordination eines Hofcaplans bei Herzog Joachim an. Mit Ordinationen war man in Brieg sehr vorsichtig; sie den durch ihre freie Verfassung von Wien fast unabhängigen Ungarn zu gewähren, war unbedenklich; für andre österreichische Kronländer hingegen lehnte sie Herzog Joachim, um in Wien nicht anzustoßen, regelmäßig ab. Ob er es dießmal auch gethan, wissen wir nicht, aber seine Mutter hat sich bei ihm sehr angelegentlich für die Genehmigung dieser bei ihr erbetnen Ordination verwendet. „Sie wisse zwar, schreibt sie (1593 März 25.) an ihn, daß er andre als die aus Ungarn nach Brieg kommen, zur Ordination zuzulassen Bedenken trage, doch möge er dießmal eine Ausnahme machen und die Bitte gewähren, da der Kaplan seinen Kirchendienst bei Herrn Oppersdorf haben werde.“ Also weil es Herr Oppersdorf ist, soll Herzog Joachim dießmal fünf grade sein lassen. Natürlich, denn der Herzogin frühere Hoffjungfran, die mit ihr aus der Mark gekommen,

Ursula Hacke ¹⁾), später vermählte Freiin Wilhelm Oppersdorf, ist höchstwahrscheinlich des Bittstellers Mutter. Diese würdige Dame lebte als Wittwe auf ihrem $\frac{7}{4}$ Meilen von Rosel entfernten Gute Schlawentschütz und ihrer Empfehlung verdankte Blume unzweifelhaft seine Berufung nach Brieg. Geistliche, die sich aufs Poltern und Eifern legen, finden bekanntlich den meisten Beifall, und Blume, der sich darauf meisterlich verstand, hatte damit der Frau Ursula in Schlawentschütz imponirt. Ihrer Vorsprache war es ein leichtes, ihn in Brieg unterzubringen und Herzog Joachims Pläne zu durchkreuzen. Blumes Orthodorie war über allen Zweifel erhaben, und da er von Crell 1591 aus Wittenberg vertrieben worden war, so schmückte ihn zum Ueberfluß auch noch der Heiligenschein des Bekennerß; er wurde am 2. September 1593 vocirt und am 6. d. M. schrieb die Herzogin an den Freiherrn von Oppersdorf, „sie habe erfahren, daß er in Oesterreich ein Gut erkaufte und sich auf dasselbe zu begeben gesonnen sei, Herr Nicolaus Blumer aber schwerlich mit ihm nach Oesterreich werde gehen wollen. Weiln dann wir seine Person zur Ersetzung der unlängst erledigten Superintendentenstelle gerne haben anstellen wollen, und damit ihm die ordentliche Vocation, da wir seines Gemüths und Willens verständigt wurden, zugeschiedt werden möchte, als langet an den Herrn unser in Freundschaft Sinnen, er wolle allen Fleiß anwenden und gedachten seinen Pfarrer dahin vermögen und bewegen helfen, daß er nach erlangter ordentlicher Vocation sich alhier bestellen zu lassen keine Scheu und Bedenken trage, sintemaln wir zu seiner Person auf guter Leute Recommendation das gnädige Vertrauen gesetzt, er werde diesem Amte wohl und fleißig vorstehen und uns in unserm hohen Alter mit treuer Seelsorge beipflichten, auch derer Orte allhier zu der christlichen Kirchen Wohlfahrt viel Nuß schaffen.“ Blume zu bewegen, die Stelle anzunehmen, wird nicht viel Mühe gekostet haben, aber die Hoffnung der Herzogin, daß er zu der christlichen Kirche Wohlfahrt viel Nuß schaffen werde, ist nicht in Erfüllung gegangen; sie würde sich und ihrem Sohne viel Verdruß erspart haben, wenn sie „der Recommendation guter Leute“ nicht so unbedingt Glauben geschenkt hätte.

¹⁾ Siehe oben S. 363.

So stellt sich die Berufung Blumes einfach als ein Mißgriff heraus, wie dergleichen so oft vorkommen. Die Kirche des Fürstenthums in andre Bahnen zu lenken, ist der Herzogin nie in den Sinn gekommen. Daß sie wegen Blumes Sohn, als er von seinem Vater auf die Universität nach Wittenberg geschickt wurde, an die Gemahlin des Kurfürsten von Sachsen (1593 December 8.) schrieb, „sie möge sich doch verwenden, daß ihn Megidius Hunnius in seine Disciplin und Achthabung unter seine Kostgänger aufnehme,“ ist als Beweis besondrer Gnade für ihren Hofprediger nicht anzusehn. Nicht bloß ihre Rätthe und Geistliche sondern alle ihre Unterthanen, der Stadtmüller in Brieg ebenso gut als ihr alter Rath Adam Gfug, durften für ihre studirenden Söhne auf ihre Fürsprache rechnen; namentlich die, welche nach Frankfurt a./M. gingen, empfahl sie, um ihnen ihre Studien zu erleichtern, sämmtlich ihrem Bruder, dem Kurfürsten, (1592 Juni 6., September 9., 1593 Februar 26.) „sie um gebräuchlichen Tischgroschen in die dortige Communität aufzunehmen, damit sie ihre Kost haben möchten.“ Die Herzogin war die Fürsprecherin für Alle, die Etwas bedurften.

Die damals beginnenden Rücktritte zur katholischen Kirche verurachteten der frommen Fürstin nicht wenig Besorgniß. Die Söhne des Adels pflegten ihre erste Unterweisung für künftigen Hof- und Herrendienst in den Schlössern des hohen Adels zu suchen; so hatte der Hauptmann Heinrich Senß seinen Sohn dem Andrzej Bzenek auf Kinsberg zur Ausbildung anvertraut und mit ihm befand sich dort auch ein Sohn des verstorbenen Freiherrn Botho von Dohna. Als die Herzogin aber erfuhr, daß Bzenek „die bápstische abgöttische Lehr und Glauben an sich gezogen haben sollte,“ so schrieb sie alsbald (1591 Mai 30.) voller Sorge an Senß, „sie müsse ihm das wegen seines Sohnes in Gnaden zu vernehmen geben, da ihr bewußt sei, daß die Jugend zu solcher Abgötterei leichtlich geführt werden könne.“

Den Zänkereien der Theologen war sie abgeneigt; sie sah bei Geistlichen und Laien nicht sowohl auf das Glaubensbekenntniß als auf die im Leben gezeitigten Früchte desselben. Ihr Rath Wenzel Zedliß war Calvinist und das kann ihr nicht unbekannt gewesen sein, denn er war deßhalb 1587 von seinem Pfarrer in Rankau vom Abendmahl

ausgeschlossen worden¹⁾); gleichwohl hat sie sich ihn zum Rathe erbeten. Daß sie für ihre Person an der lutherischen Abendmahlslehre unverrückt fest hielt, ist damit durchaus nicht unvereinbar. Blume giebt ihr in seiner Leichenpredigt das Zeugniß, „sie habe über der wesentlichen Gegenwart des Leibes und Blutes Christi im Abendmahl wie über einer Mauer gehalten und gesagt, sie bleibe beim Buchstaben;“ auch Eccard in Dels rühmt in seiner Ehren- und Gedächtnispredigt von ihr, „sie habe sich von keinen keßerischen Irrwischen von der reinen Lehre abführen lassen, habe fleißig zu Hause die Bibel gelesen, nicht minder das Wort Gottes in der Kirche gehört und oft das hl. Abendmahl gefeiert.“

Ihre letzten Lebensjahre waren durch Krankheit und durch Todesfälle in der Familie vielfach getrübt. Fast jedes Jahr hatte sie eine Niederlage. Den Vorjaß, ihre Verwandten im Reiche noch einmal zu besuchen, mußte sie unausgeführt lassen, ihre Gesundheit war den Anstrengungen einer so weiten Reise nicht mehr gewachsen, weiter als bis zu ihrer Tochter nach Dels ist sie nicht mehr gekommen. 1592 am 6. Juli starb ihr zweiter Sohn Johann Georg; im December darauf erkrankte sie selber; ihrem Sohne, der sich nach ihrem Befinden erkundigt, antwortet sie (1592 December 18.), „sie leide an heftigem Husten, sei ganz matt und empfinde wenig Besserung,“ und der Kurfürstin von Sachsen meldet sie (1593 Januar 3.) gelegentlich der Gratulation zur Geburt eines Prinzen, „daß sie geraume Zeit ganz lagerhaftig sei.“ Sie war es auch noch im März, so daß sie (1593 März 9.) den Hauptmann Senitz beauftragt, bei der Taufe ihrer Enkelin Barbara Agnes in Ohlau ihre Stelle zu vertreten und ihr Präsent zu überreichen. Einem Briefe an den Bischof von Breslau aus jener Zeit (1593 März 17.) sei seiner Naivetät wegen hier ein Plätzchen vergönnt. „E. L. mögen wir unverhalten freundlichen nicht lassen, daß wir aus gnädigem Willen Gottes eine ziemliche Zeit her mit Leibeschwachheit in unserm Alter anheimgesucht worden, dannenhero uns die Lust zu essen und trinken ehlicher Maßen entfallen. Weiln aber wir uns zurücke erinnern, daß E. L. uns hiebevorn mit frischen

¹⁾ Schönwälder Pfaßen II. 265.

Föhren freundlichen vorehret und wir derselben ein Gerichtlein gerne haben und ob wir derselben genießen könnten, versuchen möchten, als langet an G. L. unser freundliches Bitten, sie wollte uns zu freundlichem Gefallen ein Gerichtlein unbeschwert zuschicken. Daß wollen wir dankbarlich und freundlich gegen G. L. zu verschulden Willens sein."

Der Sommer brachte Genesung und den Besuch ihrer Neffen aus der Mark, dafür aber wurde es mit der Kränklichkeit ihrer Tochter Sophie immer bedenklicher. Im December (1593 December 15.) schreibt die Herzogin an Heinrich Anselm Freiherrn von Promnitz, „Fräulein Sophie sei mit sehr gefährlicher Leibeschwachheit behaftet, also daß sie nunmehr an derselben Gesundheit und Aufkommen fast Zweifel setze.“ Sie hatte sich nicht getäuscht, doch war es ihr vergönnt, der geliebten Tochter die müden Augen zuzudrücken und sie in ihr lektes Ruhesämmerlein zu betten. Von allen ihren Kindern lebten ihr nur noch ein Sohn, Herzog Joachim Friedrich, und eine Tochter, Elisabeth Magdalene, die Herzogin von Dels, aber Joachim Friedrich hatte erst einen einzigen Erben und die Hoffnung des alten Fürstengeschlechts stand damals, denn Herzog Friedrich in Liegnitz war kinderlos, auf den zwei Augen „des kleinen Mannes,“ der eben das dritte Lebensjahr vollendete; die Geburt des zweiten Enkels hat die Herzogin nicht mehr erlebt. Ihr Lebenstag ging zu Rüste, der Heimgang war still und friedlich, „wie es Gott, sagt Eccard davon in seiner Leichenpredigt, mit seinen frommen Gläubigen und auserwählten Kindern zu halten pflegt, daß er sie durch langwierige Schmerzen und Krankheiten nicht quält noch aufhält, sondern risch mit ihnen fertig wird und ihrem Jammer in einem Nu und Augenblick ein seliges Ende macht.“ 1595 am 2. Januar Morgens wurde sie unwohl, drei Stunden darauf war sie von aller Krankheit und allem Jammer durch einen sanften Tod erlöst. Am 16. Januar wurde ihre abgelegte Hülle in der fürstlichen Gruft zu Brieg mit herkömmlichen Feierlichkeiten beigesetzt, am 31. Januar ihr Andenken in allen Kirchen des Landes, auch in der Pfarrkirche zu Dels, durch eine Gedächtnißpredigt geehrt.

Nach ihrer am Portale des Brieger Schlosses erhaltenen Bildsäule ¹⁾

1) Buchs Fürstenbilder Tafel 13.

war Herzogin Barbara von stattlicher Figur, etwas zur Fülle neigend, Nase und Kinn tragen unverkennbar den Typus der Hohenzollern, aus ihren Zügen spricht Herzensgüte, um die vollen Lippen spielt ein schalkhaftes Lächeln.

Zu den von der Welt bewunderten und in der Geschichte berühmt gewordenen Frauen gehört Barbara nicht, aber unter den guten und braven Frauen, was man gewöhnlich darunter versteht, war sie gewiß eine der besten und bravsten. Seltne Herzensgüte und ungeheuchelte Frömmigkeit bilden den Grundzug ihres Charakters. Ihre hohe Stellung als eine Verpflichtung ansehend, Andern zu dienen und zu helfen, war sie ihren Unterthanen in Wahrheit eine Mutter, bei der jeder für seine Klagen ein offnes Ohr, für seine Noth eine hülfsbereite Hand zu finden gewiß sein durfte. „S. F. Gnaden, schildert sie Eccard seinen Zuhörern, seind mit viel schönen, heiligen und hohen Gaben von Gott ornirt und geziert gewest, haben sich treuherzig, liebeich und gutthätig erzeigt gegen derselben herzliebste Kinder und fürstliche Erben, durch Gnade, milde Hülfe und Wohlthat gegen die Unterthanen, sonderlich aber gegen arme betrübtte Wittwen und Waisen und dergleichen nothleidende und bedrängte Leute ein mütterlich Herz und Wohlmeinen getragen. Schließlichen haben S. F. G. sich in Dero Reden, Geberden und ganzem Leben nicht allein gegen gleiche hohe Personen, sondern auch gegen Derselben Diener, ja auch andere schlechte, geringe Leute so freundlich, gnädig und demüthig erzeigt, daß sich menniglich darob zu verwundern und S. F. G. zu lieben und Derselben unterthänigst zu dienen Ursach gehabt.“ Ein etwas verschwommen gemaltes aber im Ganzen wohlgetroffenes Bild der Herzogin in alterthümlichem Rahmen. Um ihr gerecht zu werden, hätte Eccard wohl etwas glänzendere Farben wählen und auftragen sollen.

Urkundliche Beilagen.

Nachfolgendes theile ich vier Schriftstücke mit, welche wohl ein allgemeineres Interesse in Anspruch nehmen dürften.

Aus Nr. I. lernen wir die Ausstattung einer Fürstentochter des XVI. Jahrh. kennen, welche freilich etwas Anders ausgesehen hat als

die unsrer heutigen Prinzessinnen. Einen großen Raum würde die Ausstellung nicht erfordert haben, doch lohnt es der Mühe, sie an der Hand des von ihr erhaltenen Katalogs genauer in Augenschein zu nehmen.

Zunächst nehmen die beiden Wagen unsre Aufmerksamkeit in Anspruch¹⁾. Es sind vergoldete auf dem Wagengestelle befestigte offene Kasten, an der Seite durchschnitten, um das Einsteigen zu ermöglichen, welches auf einem „Leiterlein“ geschah. „In Schweberollen hängende, verdeckte, sanfte Kutschwagen“ kamen erst unter Kurfürst Augustus auf²⁾. Die Decke von Goldstoff für den Wagen der Herzogin, die von rothem Sammet für den andern, auf welchem das herzogliche Frauzimmer fuhr, denn die Herren ritten, diente zum Zudecken der darin Sitzenden. In dem Brautwagen der Tochter der Kurfürstin Anna wird eine Decke von braunem Goldtuch mit breiten goldnen Franzen neben 4 Polstern von braunem Seidenatlas, die oben mit braunem Goldtuch, unten mit braunem Sammet überzogen sind, ausdrücklich genannt³⁾. Zum Schutze gegen Sonne und Regen war ein auf 4 Säulen ruhendes, mit rothem lundischen (Londoner) Tuch überdecktes Gestelle, ein Himmel, angebracht. Die „Laven“ werden wohl schwerlich etwas Anders als dieses Gestelle bedeuten. Himmelswagen kommen in Inventarien aus dem Anfange des XVII. Jahrh. häufig vor. Daß das Geschirr für die Pferde ebenfalls roth und wahrscheinlich mit Silber beschlagen war, versteht sich von selbst.

Mit Staatskleidern war die junge Herzogin wohl auf ihr ganzes Leben versehen. Die Mode wechselte nicht und die Stoffe, deren die Markgräfin eine ganze Anzahl unverarbeitet mitbrachte, waren derber und dauerhafter als die heutigen. Ober- und Unterröcke sind wohl zu unterscheiden. Die Ober Röcke waren die eigentlichen Staatskleider, Markgräfin Barbara hatte ihrer 14; sie bestehen aus „Stuck,“ (wahrscheinlich Uebersetzung des italienischen broccato, von broccare flechten, sticken), schwerem, reich mit Gold oder Silber durchwebtem Seidenzeug von allen Farben, (es giebt braunen, gelben, grauen, schwar-

1) Roß und Wagen gehörten zu den Ausstattungen der Fürstentöchter. Herzog Joachim setzte in seinem Testamente (1595 Januar 11.) seiner Tochter Barbara Agnes 1700 Th. dafür aus. Schönwälder Pfaffen II. 303.

2) v. Weber 357. 3) v. Weber 358.

zen, rothen gulden Stuck), oder aus Atlas oder Sammet. Die Stuckröcke sind mit Perlen ausgenäht, die von Atlas und Sammet entweder mit Stuck „gebrämbt,“ (mit einem breiten Streifen dieses Stoffes besetzt), oder mit „Strichen“ (schmalen Streifen) von Stuck oder Goldborten verziert. Die „Sammate“ waren als Winterkleid in der Regel mit kostbarem Pelzwerk, mit Zobel, Hermelin, Marder, als Herbstkleid mit „rauhem Sammet“ gefuttert, ebenso die „seiden Atlas¹⁾.“ Diese Ober Röcke hatten, wie das Portrait der Kurfürstin Anna bei v. Weber erkennen läßt, keine oder doch nur sehr kurze Ärmel, so daß der Oberarm von der Schulter an frei blieb, und waren vorn offen.

Die „Unterröcke,“ unsre heutigen Kleider, mögen wohl bloß Röcke gewesen sein, da „Brustlätze, Kittel“ besonders ausgeführt werden. Diese Trennung der Taille vom Rocke machte Gürtel nöthig; sie waren reich mit Perlen besetzt, auch von Gold oder Silber. Der Gürtel von hungarischem gezogenen Golde der Herzogin Barbara wog 25½ Loth. Zu Unterröcken wurde „Damaschen, Damasken, Tamaschen“ (Damast), ein vorzugsweise in Damaskus verfertigter Seidenstoff, wohl leichter als Atlas, zu Staatskleidern „gulden,“ also mit Goldfäden durchwebter „Damaschen,“ sogar „gulden Stuck“ verwendet. Das Haupt- und Prachtstück der ganzen Kleiderausstattung der Herzogin aber war der Perlenrock, aus 20 Ellen gelb golden Stuck angefertigt und mit 216, zweihundert sechszehn, Brust und Ärmel noch extra mit 53 Loth Perlen besetzt, ein Kleid, welches gut seine zehn Pfund gewogen haben muß. Diese massenhafte Verwendung von Perlen für die damalige Frauenkleidung, auf Röcken, Brustlätzen, Kitteln, Armbunden, Hauben, Bändern, Gürteln setzt in Erstaunen. Das Aufnähen derselben nach bestimmten Mustern bildete einen besondern Industriezweig und beschäftigte die Perlenhefterinnen²⁾.

1) v. Weber 168 ff.

2) Die Kurfürstin Anna von Sachsen hatte besondre Perlensticker in ihrem Dienste. v. Weber 353. Ein Brief der Herzogin Barbara an die Rathmanne in Breslau (1593 Januar 20.) bezieht sich auf eine Breslauer Perlenhefterin, Ursula Hieronymus, einst Dienerin der Herzogin. Sie war „durch böswilligen Bersatz ihrer Waaren bei einer Tandlerin in Unfall gerathen.“ Die Herzogin verwendet sich für sie bei dem Rathe, er möge ihr, da sie fälschlich hintergangen und ihre Waaren hinter ihrem Rücken versetzt worden seien, zu dem ihrigen verhelfen.

Die „täglichen Röcke,“ die Hauskleider, waren von grauem oder leberfarbenen Damast mit schwarzem Sammet besetzt. Sehr weit können sie nicht gewesen sein, da 14 und 18 schlesische Ellen Stoff dazu ausreichten. Schleppen sind wohl bloß bei feierlichsten Gelegenheiten getragen worden, unser Verzeichniß nennt eine Sammeteschleppe. Wo zu Staatskleidern 20 Ellen Zeug gerechnet werden, ist vielleicht auf eine kleine Schleppe gerücksichtigt. Die Kleiderärmel waren weit und bauchig und wurden durch „Bundlin, Armbündlein,“ 2 über, 3 unter dem Ellenbogen zusammen gerafft. Handschuhe sind im Verzeichnisse nicht erwähnt. Zur Kopfbedeckung dienten Hauben von Goldstoff mit Perlen besetzt; unter der Rubrik Perlen werden ihrer 4, 4 andre am Schlusse aufgeführt. Sie bedeckten das Haar vollständig; mit einer von der Kurfürstin Anna besorgten Haube, die ein wenig vom Seitenhaar frei ließ, war die Markgräfin Sabine von Brandenburg gar nicht zufrieden¹⁾. Die am Schlusse genannten scheinen, da von einem goldnen Boden die Rede ist, nicht sowohl Kappen- als Hutform gehabt zu haben. In Inventarien aus dem Anfang des XVII. Jahrh. habe ich öfter „Tellerhauben“ aufgeführt gefunden. Die Haube auf dem Portrait der Kurfürstin Anna ist eine das Haar völlig verdeckende Kappe.

Neben den zahlreichen und prächtigen Kleidern der Herzogin nimmt sich ihre Ausstattung in Leinen und Wäsche recht armselig aus. Was bedeuten die zwei Stück der besten niederländischen Leinen? Sie reichten ja kaum für die Bettüberzüge und einige Hemden. Indesß der Wäschevorrath der Fürsten ist in der That damals nicht sehr groß gewesen. Die Rechnungen über Herzog Georgs achtwöchentlichen Aufenthalt in Prag beim Landtage 1569/70 enthalten auch den Nachweis des gezahlten Wäscherlohns. Einmal erhält die Wäscherin „von F. G. 14 hemdden, 25 tuchlen,“ und der jungen Herrn (der beiden Söhne Herzog Georgs) „7 hembde und 17 tuchlen zu waschen 28 gr.“ Die beiden Prinzen mögen zusammen also wohl kaum ein Duzend Hemden mitgehabt haben.

Den Kern der Ausstattung bildeten die Schmucksachen. Ge-

¹⁾ v. Weber 173. Vergl. oben S. 364.

schmückt wurden Haupt, Hals, Brust, Arm, Hand, aber nicht das Ohr. Ohringe, Ohrgehänge hat es damals überhaupt nicht gegeben, sie würden hier genannt und auf Portraits abgebildet sein; aber wir suchen sie auf dem Bilde der Kurfürstin Anna bei v. Weber vergebens und auch die Statue der Herzogin Barbara ¹⁾ zeigt keine. Wann mögen sie in die Mode gekommen und von wem und woher eingeführt worden sein?

Hauptschmucke, Diademe, hatte die Herzogin drei; sie waren reich mit Edelsteinen besetzt, wurden über oder auf der Haube getragen und umspannten den ganzen Kopf, das „Vorgespann“ nur die Stirn; die „Hefstlin“, aus denen sie bestehen, sind schwerlich etwas Andres als die einzelnen Glieder, Theile des auf eine Binde von Leder oder anderm haltbaren Stoffe aufgehefteten Schmuckes. Unter den Kleinoten und Gehängen figuriren ebenfalls Hefstlin, auch „Hefstlin am bannet.“ Den Hals schmückte das Kehlband, welches in seiner Breite der Höhe des Halses entsprechend die Kehle umgab, ein Halsband im eigentlichsten Sinne des Wortes. Das an demselben befestigte Gehänge bestand aus gefassten großen Edelsteinen und Perlen. Auch Kameen wurden mit Vorliebe dazu gewählt. Außer Kreuzen erwähnt unser Verzeichniß auch eine Tafel mit dem Namen Jesu, eine Demantlilie u. a. m. als Gehänge. Das Gewicht dieser Kehlbänder war bedeutend; ein golden Halsband mit Perlen der Herzogin Barbara wog 58 Loth. Und was für wunderliche Dinge stellten die Glieder dieser Hals- und Kehlbänder vor. Goldne Herzen, Sanduhren, Narrenohren! Die Kurfürstin Anna trug ihr breites Kehlband über einem fein gefältelten Halskragen, welcher aus demselben hervorstehend Kinn und Wangen schön umrahmt.

Der Unterschied der Kleinote, Gehänge und Hefstlein scheint bloß in der Größe und im Werthe nicht in der Sache bestanden zu haben. Jedenfalls ließen sich die Gehänge an Kehlbändern und Ketten aus- und andre dafür einhängen, um Abwechslung zu erzielen. Daß in den Kleinoten der Herzogin Barbara das Bild des h. Georg, des Schutzpatrons ihres Gemahls, in mehreren Exemplaren auf-

¹⁾ Euchs, schlei. Fürstenbilder. Taf. 13.

tritt, ist nicht verwunderlich, aber was kommt außerdem noch Alles vor! Ein Glückbrad, David mit der Harfe, eine reitende Buhlschaft, eine Uhr, ein Schiff mit Segel, der englische Gruß, ein geschmolzt Weiblein u. dgl.

Ketten waren Brustschmuck; sie waren von Gold und wogen bis 4 Mark, also 2 Pfund, doch gab es auch hohle Ketten „auf die neue Manier,“ nur etwas über 8 Loth schwer. Zu diesen Ketten gehörten ebenfalls mit Perlen und Edelsteinen besetzte Gehänge. Unser Verzeichniß nennt „Bornketten,“ deren längliche Glieder wie die einer eiser-
nen Kette gestaltet waren, „gewundne Ketten, Ketten von gezogenem Drath,“ letztere beiden wohl identisch; endlich auch „Ketten von Mollenstein.“ Mollenstein können bloß Mühlsteine sein; es sind also Ketten gemeint, deren einzelne Glieder Mühlsteine nachbilden, welche durch Drähte mit einander verbunden oder durch Dehre an einander gehängt sind. Die Kette auf dem Portrait der Kurfürstin Anna besteht aus massiven, rechteckigen, mit Perlen und Edelsteinen besetzten Gliedern, welche unten durch ein aus 3 großen Edelsteinen bestehendes Kleinot geschlossen sind.

Armbändlein werden nur drei aufgeführt, sie müssen damals also noch nicht sehr beliebt gewesen sein, fielen auch auf dem Kleider-
ärmel, und in bloßen Armen ging Niemand, wenig in die Augen; dafür hatte die Herzogin eine hübsche Auswahl von Ringen, und konnte sich, wenn sie wollte, alle zehn Finger nöthigenfalls doppelt bestecken.

Ueberschlagen wir das Gewicht der von den damaligen Fürstinnen bei feierlichen Gelegenheiten angelegten Kleider und Schmucksachen, so werden zwanzig Pfund nicht zu hoch gegriffen sein, eine Last, welche einen halben Tag am Leibe herumzuschleppen¹⁾, heut wohl nur wenigen Frauen gegeben sein möchte.

Das Silbergeschirr, welches die Herzogin Barbara mitbrachte, bestand in 2 Handbecken, 6 „Anrichte- und 6 Beckschüsseln,“ (vielleicht zum Auftragen von Confect und Leckereien), 2 kleinen Schüsseln, Bechern, theils mit, theils ohne Deckel und 12 Löffeln im Gewicht

¹⁾ Der Perlenrock der Herzogin Barbara wog an die 10 Pfund, das Halsband 58 Loth, die große goldne Kette 2 Pfund; nehmen wir ein pelzgefüttertes Oberkleid von 3 Pfund hinzu, so werden die sonstigen Kleinigkeiten das geschätzte Gewicht wohl voll gemacht haben.

von 33 Loth, (so leicht werden sie heute nicht mehr gearbeitet), davon 2 vergoldet, aber keine Gabeln und Messer. Das sämmtliche Silberzeug wog Etwas über 44 Pfund.

Die naheliegende Frage nach dem Werthe dieser Kostbarkeiten läßt sich aus dem Inventar nicht beantworten. Das Gewicht des Silbergeschirrs ist zwar angegeben, auch das einiger Ketten und Halsbänder, aber der Hauptwerth der Kleinode lag doch in den Edelsteinen, die sich jeder Schätzung entziehen. Was jedoch aus dem Inventar selber nicht zu entnehmen ist, ist gleichwohl aus anderweitigen Nachrichten mit ziemlicher Sicherheit zu erschließen. Bei den fürstlichen Häusern war das den Töchtern zu gewährende Ehe- und Schmuckgeld durch Herkommen bestimmt. Das Ehegeld, die eigentliche Mitgift, brachte das Land auf, die Ausstattung an Schmuck war Sache der Eltern. Die Briegschen Fräulein erhielten 12000 Th. Ehegeld, Herzogin Barbara hatte 20,000 Fl. mitgebracht, jedenfalls der Satz für die Brandenburgischen Prinzessinnen. Nun liegt uns aber auch eine von Matthias Hag, „Subilirer von Augschpurk“ (1597 Dezember 6.) aufgestellte Rechnung¹⁾ vor über das, was er an „Silbergeschirr, gulden Rosen mit Steinen und an Steinen, an ledigen (ungefaßten) Steinen, auch an Halsbänden, Kleinoden, Ketten, Gultelen“ (Gürteln) auf vorherige Bestellung für die Ausstattung der Fräulein Magdalene, Tochter des Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg, verlobten Landgräfin zu Hessen gearbeitet und geliefert hatte, die sich auf 30,205 Th. beläuft, und da das ebenfalls wohl der herkömmliche Satz für die Schmuckausstattung der brandenburgischen Fräulein gewesen sein möchte, so ist die Annahme, daß Barbaras Kleinodien einen ähnlichen Werth repräsentiren, gewiß höchst wahrscheinlich.

Sonst gewährt uns das Inventar nur noch einen Einblick in die Ausstattung des Wohn- und des Schlafzimmers der hohen Herrschaften. Für jenes brachte die Herzogin 16 Ellen rothen Sammet zum Tischteppich und 12 Polster, 2 von goldnem Stuck, 4 von rothem Sammet, 6 von Damasken mit; gepolsterte Bänke und Stühle können also noch nicht im Brauch gewesen sein; für dieses Umhänge von Zindel, wohl ein Seidenzeug, um das Ehebett und goldnen Sammet

1) Breslauer Staatsarchiv L. B. W. I. 2. K.

zu Bettdecken; was aber die Aufschläge gewesen sein mögen, wage ich nicht zu bestimmen.

Die ganze Ausstattung der Herzogin Barbara hatte übrigens in 2 großen Kasten und 3 Eaden (kleinere Kasten) Platz, allzugroß ist also das Brautfuder nicht gewesen.

Der unter Nr. II. abgedruckte eigenhändige Brief der Markgräfin Sabine¹⁾ an ihre Schwägerin Barbara lehrt uns den Bildungsstand der damaligen Fürstinnen kennen. Sabine war die jüngere Tochter Markgrafs Georg des Frommen von Anspach und Johann Georgs von Brandenburg zweite Gemahlin; ihre ältere Schwester Anna Maria war mit Herzog Christoph zu Württemberg vermählt. Der Brief ist ohne große Buchstaben und ohne alle Interpunction, letztere habe ich bessern Verständniß wegen ergänzt. Die erlauchte Briefschreiberin schreibt den Dialekt ihrer Heimath, in welchem ei wie a klingt und w durchweg das b ersetzt. Den Zischlaut sch scheint sie nicht zu kennen und n vor g nicht zu lieben; sie schreibt „legere, legist“ für „längere, längst.“ Natürlich bilden Puz und Kleider den Inhalt dieses Besuchbriefes. Ob ich die „Stiftliche“ und die „sane Mattel Dächer“ richtig erklärt habe, mögen die Herrn des Alterthum-Vereins entscheiden.

Der Brief unter Nr. III. zeigt, daß Herzogin Barbara in der Hauswirthschaft besser als in der Orthographie und im Briefstyl beschlagen war. Interpunction und große Buchstaben sucht man in ihrem Briefe ebenfalls vergeblich; auch ihren Namen schreibt sie mit einem kleinen Anfangsbuchstaben, sie folgte darin ihrem Gemahl. Ihre Schriftzüge sind groß, mit breiter Feder geschrieben, indeß nicht unleserlich, während die Handschrift ihrer Schwägerin Sabine klein und kritzlich ist.

Nr. IV. ist ein klassisches Zeugniß für Leonhard Krenzheim, welches der Vergessenheit entrißen zu werden verdient. Es gereicht der Herzogin Barbara ebenso zur Ehre wie es dem armen verfolgten Manne zum Troste gereicht haben muß. Schlagender kann die Keßerrieckerei nicht abgefertigt werden, als es in diesem Fürbittschreiben geschieht. Wer auch der Conciipient desselben gewesen sein mag, die Herzogin hat seine Ausführungen durch ihre Unterschrift zu den ihrigen gemacht.

¹⁾ Aus der Senitzschen Sammlung.

I. Vortzeihnus Frauen Barbara Herzogin Inn Schlesien zur Liegnitz 1c.
Abfertigung Inirem Ehelichen Beylager.

Kleider.

- 1 braun gulden stück mit silbern Blumen.
- 1 ganz gelb gulden stück, die brust mit Perlen gebrembt.
- 1 glat gelb gulden stück, die brust vnnd ermell mit perlen gestickt.
- 1 Roten seiden Atlas mit rotem gulden stück besetzt, die brust vnnd ermell mit perlen borten gebrembt.
- 1 Rothens seiden Atlas mit grahem guldenstück gebrembdt, die brust vnnd ermell mit gezogen goldporten gebrembt.
- 1 Grunen Sammat mit vier strichen ¹⁾ gulden stück gebrembt.
- 1 Weißen Atlas mit Zwelff strichen guldenn stück gebrembdt.
- 1 Leberfarben Sammat mit schwarzem gulden stück besetzt.
- 1 Braun Sammat mit gulden stück besetzt.
- 1 Schwarzen Sammat mit gulden stück besetzt.
- 1 ganzen schwarzen Sammat.
- 1 Grahe gulden stück, ist zuvor mit perlen bestickt gewest.
- 1 Grunen Sammat mit Roten gulden stück besetzt.
- 1 Schwarzen Damaschken mit Sammat gebrembdt.
- 1 Rotten Sammat Unterrock.
- 1 grunen Sammat mit gulden tuch besetzt.
- 1 Rotten Sammat mit gulden tuch besetzt.
- 1 grunen Damaschken Unterrock.
- 1 gelben Damaschken Unterrock.
- 1 Rotten karteken ²⁾ Unterrock mit grunem Sammat verbrembdt.
- 20 elen braun gezogen gulden Damaschken.
- 20 = Roth = = =
- 5 = Roten = = = zu vorbremen.
- 5 = gezogen weißen Damaschken zu vorbremen.
- 20 = gelb gulden stück zum perlen Rocke.
- 1 Roth gulden stück zum Unterrock.
- 1 Grahe gulden stück = =
- 8 elen Roten Sammat zu dem grahen gulden stück.
- 14 Ellen Roten Damaschken zum Unterrock.
- 14 = braunen = = =
- 4 = gulden stück vff den braunen Damaschken zubremen.
- 18 Ellen gutten schwarzen Sammat zu eynem Ober Rock mit schwarzem gulden tuch verbrembdt.

¹⁾ Streifen. ²⁾ Kartek war aus Leinwand. v. Weber 167.

- 18 Ellen grahen Damastten zum teglichen Rocke.
- 18 = leberfarben = = = =
- 14 = schwarzen Sammat, die beidt Damastten Rock zuvorbremen.
- 40 = Roten gulden Sammat zue Betdecken, vffschlegen vnnnd Heupt-
pfuelenn.
- 50 = gutten schwarzen Sammat zu Rockenn vnnnd zuvorbremen.
- 6 = Roten kermesin Sammat zu dem gelbenn gulden stuck mit
silbern Blumen.
- 3 Stadt Zindel zu den Vmbhengen vor den Bettenn.
- 16 Ellen Roten Sammat Zum tisch tepicht.
- 6 Stuck Roth vnnnd Schwarz Feinwandt die Vmbheng vnnnd vffschlag
zu besetzen.
- 12 Polster, darunter 2 von guldenen stuck, 4 von Rotem Sammat vnnnd
6 von Damastten.
- 2 Gulden wagen, vff den ersten als der Furstin ein gulden stuck, vff
den Andern ein Rotenn Sammat Decken vnnnd uber beide wagen
Rothe Kundische tucher, auch uber die knopff vnnnd lawen.
- 12 Wagenpferdt vor beidt wagen vnnnd Alles geschirr mit Rottem Kun-
dischen tuch.

Perlenn.

Soll Ir F. G. haben zu allem schmuck als rocken, vmbschlegen, hauben,
ermel, Bannet vnd sonst 600 loth, dorauff haben i. f. g. empfangen
wie folgett:

- 216 Roth vff dem perlen rocke zum Vnterbremen,
- 53 = auf der brust vnnnd ermel.
- 44 = vff einer andern brust vnd armbunde.
- 28 = vff ein bannet, seindt 4 loth vberbliben vnd dem frewlin vber-
antwortt.
- 12 Roth auf ein vmbschlag.
- 5 = auf ein sammet schlappenn.
- 2 = vff ein schwarz sammet bannet.
- 5 = vff 10 armbundlein.
- 10 = vff ein roten seiden atlas mit guldem tuch beschlagenn.
- 16 = auf einer gulden Hauben.
- 10 = auf einer andern hauben.
- 10 = abermaln auf einer Hauben.
- 7 = vff einer Andern Hauben.
- 17 = vff die bundlin.
- 10 = vff vier brustlacz.
- 16 = vff vier kittellin.

- 4 Loth vff zwey bundlin.
- 6 = vff zwen görtell.
- 23 = hatt Hanß geseln selbenslicker frewlin Barbaren vberantwortt.

Silbergeschir.

- 2 Silbern hanndtbecken von 14 marc.
- 12 Silbern schüssel, 6 anricht vnnnd 6 leckschüssel von 46 margf.
- 2 Kleine silbern schüssel von 26 loth.
- 12 silbern löffell, dorunder czween vbergült von 33 loth.
- 2 par vbergülte scheuern ¹⁾ von 14 margf.
- 2 schlechte vbergülte becher mitt Decken ²⁾ von 6 marc.
- 4 schlechte weyse vbergülte becher an decken ³⁾ von 5 margf.
- 30 loth vbergülte flindern ⁴⁾.

Bettenn.

- 3 bettenn. 2 küssen. 2 hauptpfuele. 2 par wellsche leinlach. 2 stück der besten nieder lendischn leinwadtt. 2 groffe kasten. 3 laden.

Hauptschmuck, kleinot vnnnd ketten.

- 1 Hauptschmuck von 10 hefflin mit Edelgesteinen, Demanten, Robinen, Schmaragden, Saphiren vnnnd perlen Roßlin.
- 1 Vorgespan von 5 grossen hefflin mit Edelgesteinen, Schmaragden, Robinen, Saphirn vnnnd perlen Roßlin.
- 1 Alter hoher Hauptschmuck von perlen vnnnd golde von 8 hefflin.
- 1 felbandt von Demanten, Schmaragden, Robinen vnnnd grossen Ronden perlin; daran ein Gehenglein von Demant. Der Namen IHS. ⁵⁾
- 1 felband von gulden herßen, dorzwischen perlin, Sandhorlin ⁶⁾, Robin, Demant vnd Schmaragd Inn die herßlin, daran ein gehenglin, ein Demant Kilen.
- 1 felbandt von Narren ohrenn mit Robinen, Demanten vnnnd hängenden Ronden perlen.
- 1 felbenndtlin geblackmalt ⁷⁾, mit Robinen, Schmaragden vnnnd hängenden Ronden perlen.

¹⁾ Schauer sind große silberne Becher, meist je 2 in einander gesteckt.

²⁾ Deckel. ³⁾ Ohne Deckel.

⁴⁾ Glittern von Gold und Silber auf künstlichen Blumen. Vexer Mittelhochd. Wörterbuch.

⁵⁾ Jesus. ⁶⁾ Sanduhrlein.

⁷⁾ Blackmal heißt die aus dem goldhaltigen Silber, wenn es in Fluß geräth, schwimmende Schlacke. Grimms Wörterb. Geblackmalt wird daher wohl mit „geschmelzt“, emailirt, ziemlich gleich bedeutend sein.

- 1 felbandt von golt vnnnd perlen mit einem gehenglin von einem Gamahu¹⁾ sambt dreyen steinenn, Ein Robin, Demant vnnnd Schmaragd.
- 1 klein geblackmaldt gulden halßbendlenn mit 3 kleinotlin von Tachzintenn²⁾, Chrsolitus vnnnd Gamahu kopflin.
- 1 Gulden halßbandt mit perlen wigt 58 Loth.
- 1 halßbendlin mit 3 kleinotten von Demanten vnnnd Robinen.
- 1 Großen halßbandt von Saphiren vnnnd Almadin³⁾, darzwischen perlen Rosen, mit einem gehenglein, ein Demant A⁴⁾, oben ein kron, vmbhero Robin vnd perlen.

Armbendlin.

- 1 Armbendlin von Saphiren, Robin Balas⁵⁾ vnnnd perlen Roslin.
- 1 Armbendlein mit Schmaragden, Diemant, Robin, Saphiren, darzwischen Ronde perlen.
- 1 Armbendlin von herzenn, darzwischen Sanddhorlin⁶⁾.

Einnot.

- 1 Groß kleinot oben ein Schmaragd, doruntter ein Torgen bildet geschmelzt, vff Tder seitten einn Saphir, vntten 1 großer Saphir, vff der seitten ein Robin balas, doruntter ein Schmaragdt, vier perlen klebetter⁷⁾ mit 3 anhangenden gulden Roslin, Ein Robin balas, Inn der mitten ein perlen, vff der andern seitten ein Saphir.
- 1 Groß kleinot mit einem grossen Saphir, Roblenen, Schmaragden, vnnnd 5 anhangenden Saphirn, oben ein geschmelzt Torgenn Bildt.
- 1 kleinot mit einem grossen Saphir, vier Roblenen, zweien Sandhoren von perlen, obenauf ein Sandhora vnnn Diemanten, ein anhangende Robinlin.
- 1 kleinot darinn ein geschmelzt Torgen bildet, oben ein Demant, vff Tder seithenn ein Robin, vnden ein Saphir, 5 perlen.

¹⁾ Gamahu, Gamahen, sind erhaben geschnittne Steine, Cameen. Ueber den Namen und dessen Ableitung G. E. Lessing in den Briefen antiquarischen Inhalts Br. 47.

²⁾ Hyacinth. ³⁾ Almandin, der ins Bläuliche schimmernde Rubin.

⁴⁾ Das Zeichen soll wohl einen „spizigen Demant“ oder einen „Dreiecker“ bedeuten. Die Diamanten wurden früher in ihrer natürlichen Gestalt gefaßt und „Spizsteine“ genannt. Die Dreiecker zeigen auf der einen Seite eine platte Grundfläche, die in der Fassung verborgen wird, und auf der Schauffeite eine Pyramide mit dreiseitigen Facetten.

⁵⁾ Robin Balas, Rubin Balais ist der blaßrothe oder ganz weiße Rubin, dem Diamant gleich geschäzt. ⁶⁾ Sanduhrlein.

⁷⁾ Kleeblätter, wohl ein vierblättriges Kleeblatt von Perlen.

- 1 kleinot, dorinn ein gluck Radt, doruntter ein Sandhora von perlen sambt einer geschmelzten Zettel, vnnten 3 Robinlin, 3 Demantlin, zwo perlen.
- 1 kleinot mit einem gulden herß, dorzu ein Diemant, vnden ein Saphir, vff beidenn seittenn Robin balas, oben ein Dhren¹⁾ vonn Robinlin, ein Diemantlin vnnd Schmaragdin.
- 1 Gulden hefflin, oben mit einer Reittenden Vulschafft²⁾, doruntter ein Saphir, vff beiden seitten vnden Robin Roslin vnnd 4 anhangent perlen vnnd Robin Roslin.
- 1 Gulden hefflin oben ein Dauidt mit der haryffen, vff jeder seithenn ein Robin, vnnten ein Saphir vnd Schmaragdt vnd 3 anhangenden geschmelzten Roslin.
- 1 Gulden hefflin, obenn ein geschmelzt weiblin, oben ein Robin, vnnten ein grosser Saphir, vmbhero 3 Robin Roslin, 2 perlen Roslin.
- 1 Gehenglin, dorinn ein Gamahu Lucretia bilidt, vmbhere Robin vnnd perlen, vnnten 1 hangendts Saphirlin.
- 1 Gehenglin, obenn ein Crisolitus, vnnten ein Saphir, vff beidenn seithen Robinlin, ein hangendt perlenn.
- 1 Gehenglin, in der mitten ein Gammahau, vf beiden seiten horlin, sandhörlein³⁾, ein hangendes robinlyn.
- 1 gehenglin, in der mitten ein kleines Gamahülin, oben ein Demantt, vnten eyn Rübyn vnnd Schmaragdt sampt dreyen perlen.
- 1 gehenglin, oben ein Diemantt Torg, vnten zwey Robinlyn, in der mitten eyn Smaragdin, vnden 3 ründe perlen.
- 1 gehenglin vom gülden herßen, dortzu 1 Robynlen, eyn cron von Robinlyn, vff baldt seyten 3 Demantlyn.
- 1 gehenglin, von Demantt A vnnd Anhangenden perlen.
- 1 gehenglin, in der mitte eyn geblackmalt herßlin mit eynem Saphir, oben eyn Chron, vnden eyn geschmelzt zettell.
- 1 gehenglin mit eynem Robyn, zweyen Demantlin sampt 6 perlen.
- 1 gehenglin, in der mitten eyn Dimantt, oben eyn Smaragdt, vnden zwey Robyn, eyn hangendt perlen.
- 1 gehenglin, eyn Demanten kreuglein mitt 4 Robinleyn vnnd 7 perlen.
- 1 Gehenglin, oben eyn Crisolitus, vnden ein Tachzintt.
- 1 Gehenglin, in der mitten ein Gammahau Mucius Scevola, oben ein Demant, vmbhero 3 Robinlin, 5 perlen.
- 1 gehenglin, in der mitten eyn blau geschmelzt hora⁴⁾, eyn Tachtzintlin vnd Robinlin, vnten eyn Sapirlin vnd hangende perlen.
- 1 gehenglin, in der mitten eyn Gamahau Lucretia, obent eyn Demantt, vnten zwey Robinlyn, 3 perlen.

1) Uhr. 2) Ein postillon d'amour. 3) Sanduhrlein. 4) Eine Uhr.

- 1 gehenglin, in der mitten ein Demantt stiechen ¹⁾).
- 1 gehenglin vom schieff, im siegel ²⁾ ein Demant A vnd etlichen perlen.
- 1 pfeiffen mit anhangenden Robin, balasß vnnnd Zwo perlen.
- 1 hefftilin am bannet, doryn die Engelsch gruß geschmelzt.
- 1 gulden hefftilin am bannet, doryn eyn bildtlyn.
- 1 gulden geblackmals fleschlin.

Ketten.

- 1 groß gulden ketten von hungrißchem golde mit perlin geschurcz, wigt 4 markß.
- 1 ketten, geschurcz knebel in der mitten vnd anhangenden perlin mit einem gehenglin, ein Demant kreucz, 4 Robinlin vnd 5 perlin.
- 5 lange feten in einander von Mollenstein, wigen 3 markß 6 loth.
- 1 altt lange guldene feten, wiget sechzehendhalb loth.
- 2 güldene hole feten vff die Newe Manir, wigen 8 ½ loth.
- 1 gulden feten, schwarz geschmelzt, wiget 8 lott.
- 1 gulden Bornketlin mit einem gehenge, in der mitten ein saphir, oben ein Demant, unten ein Robin vnd smaragdt, dreyen perlen.
- 1 klein gewunden ketlein mit einem gehenglin, ein kreucz von Robinen vnd Demanten sampt 5 perlin.
- 1 gulden ketlin mit Zweifels knoten mit einem gehenglin, ein Demant Roselin, oben ein smaragt, 5 Robin, 7 perlin.
- 1 gulden blaw geschmelcztt kettenlin mit einem gehenglin, oben ein Demant, in der mitt ein smaragt, 2 Robin, 3 perlin.
- 1 klein Mollenstein kettenlein mit einem gehenglin in der mitt, ein Saphir, 3 Robin, 3 perlin.
- 1 gulden feten von gezognem Drott mit einem gehenglin, in der mit ein Demant Roslen, umbher 5 Robin, 5 perlen.

Ringe.

- 1 Ring mit einer grossen Demant taffel, hatt ir f. g. kens. Majestet geschendtt.
- 1 Ring, in der mit ein Robin, an einer selten ein smaragt, an der andern ein Demant.
- 1 alten ring mit einer Demant Rosen.
- 1 ring mit einem spiczigen Demant vnd Robin.
- 1 Robinherß ring.
- 1 Demant teffellein ring.

¹⁾ Wohl ein fliehender, fliegender, hängender Demant. ²⁾ Schiff, Segel.

- 1 Altß Ringlin mit 5 Demantlin.
- 1 Dreiecker ¹⁾ Demant Ring.
- 1 Robin form ²⁾.
- 1 Robin teffelein.
- 1 Demant Ringlin.
- 1 kleines Ringlin mit eynem Demantlin.
- 1 Schmaragdin vnd Robinlin.
- 1 klein Demant Roßlin Ring.

-
- 1 gulden bortten vff ein fittelin von hungriſchem gezogenem golde, wigt zwanzigſthalb loth.
 - 1 gulden gurttel von hungriſchem gezogenem golde, wigt Sechs vnd zwanzigſthalb loth.

Haubenn.

- 1 Alt perlen hauben ganz geſtickt mit eynem gulbenn bodem.
- 1 Schlecht perlen haubenn.
- 1 gulbenn hauben mit 5 perlen bortten.
- 1 New perlen hauben, doruntter gulbener Zintell.

II. Schreiben der Markgräfin Sabine von Brandenburg an die Herzogin Barbara von Liegnitz-Brieg. (1551 Oktober 24.)

Hoch gebornne furſtin, freuntliche hertzsliewe ſchwester, mum vnd gefatter. Wens e I glücklich vnd wol gleng vnd e I mitt ſamptt e I hertzsliewen heren vnd gemal vnd der ſelwiche hunge herſchaft friſ ³⁾ vnd geſuntt wern, ſo wers vns ein hertzslliche groſe fratt ⁴⁾ von e I zu horen, des ſelwichen gleichen wiſen vns e I mitt ſamptt vnſerm hertzsliewen heren vnd gemal vnd der ſelwiche hunge herſafft auch noch in zimlicher geſuntt hat ⁵⁾, der alle mechtige gott vor lele legere ⁶⁾ zeit mitt ſamptt e I nach ſeinem gott lichen wilten. Auch freuntliche hertzsliewe mum vnd gefatter, wir dun vns gegen e I auff das aller freuntt lichſt bedanken des ſon ⁷⁾ fragen vnd bortten, den vns e I geſchickt hat vnd wolen von e I wegen dragen vnd e I dor beie gedenden, vnd wir ſchicken e I hie mitt iij duczſett ſtiſtlich ⁸⁾ vnd bitten e I auff das freuntt lichſt, e I wo-

¹⁾ Siehe S. 423, Note 4.

²⁾ Wird wohl Schreibfehler ſein und krone heißen ſollen.

³⁾ Friſch. ⁴⁾ Freude. ⁵⁾ Geſundheit. ⁶⁾ längere. ⁷⁾ ſchönen.

⁸⁾ Nadeln können dieſe „ſtiſtliche“ entſchieden nicht ſein, was ſie aber eigentlich geweſen ſind, wird auch aus dem von Weber (Anna Kurfürſtin zu Sachſen S. 42) mitgetheilten Briefe der Kurfürſtin an die Herzogin Anna von Baiern, in

lens von vnseritt wegen dragen vnd behaltten, den wir e l gern legest¹⁾ stiftlich geschicktt hawen, so hawen wir kanne²⁾ nitt be kumen ken, awer die hawen wir beitt einnem goltt smitt von norm berg³⁾ bestellt, so hatt er vns gleich an dag zu vor gebracht, ew⁴⁾ min hers liener her vnd gemal hatt sein dinner ban wiezh⁵⁾ aw geferttigt, vnd wir hetten e l geren beser geschicktt. so hawen wirs yn der zeitt nitt beser bekumen konen vnd wier bitten e l auf aller freuntt lichst, e l wolen e l hern vnd gemal vnserem freund lichen lieuen fetteren von vnseritt wegen alles lieues vnd guczs sagen vnd wens seiner liew glück selich vnd wol ging, so wers vns ein grose fratt von seiner liew zu horen. Auch schicken wir e l hie mitt die gurttel vnd brust lacz, wie vns den e l dorim geschriewen hatt, vnd wens e l gefil, so hortten wirs geren. Auch freuntt liche lieue Schwester, mum vnd gefatter, mein herczs lieue Schwester, die herczslygn von wirtten berg, hatt vns geschriewen, wen wir bott safft⁶⁾ zu e l hawen, so solen wir e l von yr liew wegen fil lieues vnd guczs schreiwten vnd wens e l glugk selich vnd wol gieng, so horetts irs liew geren vnd sie lest e l auf das aller freuntt lichst bitten, wen e l sane mattel ducher⁷⁾

welchem ihrer erwähnt wird, nicht klar. Die Stelle lautet: „E. L. wolle mir das unhöfliche Anmuthen Schwesterlich zu Gute halten und bei Ihren Seidenstickern 12 Schürzen und soviel Niederlein und 1 Paar Ärmel, nach Ausweisung bei verwahrten Mustern von Feinwand, auf Seidenatlas mit Gold und Silber, doch ohne Perlen oder goldne Stifte, sondern allein mit schönem artigem Blumenwerk durchaus und nicht streifig, bestellen und sticken lassen.“ Es scheinen goldne Knöpfchen gewesen zu sein; die Kurfürstin Anna hatte einen Schleier, zu welchem 103 goldne Knöpfe und 102 Perlen verwendet waren; in einem andern waren 600 „goldne Knöpflein“ und ebensoviel Perlen. v. Weber 174 ff.

1) längst. 2) keine. 3) Nürnberg. 4) ehe; auch heute noch im Volksmunde „eb er kam“ für „ehe er kam.“ 5) Panwig. 6) Botschaft.

7) Unter: sane dürften wohl seidne zu verstehen sein. Aber was die „Mattel“ Tücher sein sollen ist schwer zu sagen. Vorausgesetzt daß Mattel unsern Mantel bedeutet, (gelegt = längst, legere = längere,) so dürften wohl die langen Tücher gemeint sein, deren sich noch vor 40 Jahren Mütter und Wärterinnen im Briegschen und Ohlausehen zum Tragen der Kinder allgemein bedienten. Diese Tücher waren mindestens 4 Ellen lang, vielleicht eine Elle breit und verwahrten das auf dem Arme getragne Kind nicht bloß vortrefflich gegen die Kälte sondern erleichterten der Wärterin auch das Tragen desselben. In der Mitte der Breitseite war es mit einer Halskrause, der den Rücken bedeckende Theil mit andern Krausen verziert. Unser Brief datirt aus dem Jahre 1551. Herzogin Barbara und ihre Schwägerin Sabine sind beides junge Frauen und die Herzogin von Württemberg war es ebenfalls. Da sie das Tuch ohne Schaden zurück zu schicken verspricht, sie also offenbar bloß ein Muster haben will, um sich ähnliche Tücher anfertigen zu lassen, so dürfte diese Erklärung wohl die höchste Wahrscheinlichkeit für sich haben. Daß Fürstinnen zu diesen Tüchern Seidenstoffe verwendeten, ist wohl natürlich.

hetten, e I wolltens ir lieu leien, den sie wolls e I an allen fatten ¹⁾ witter schicken. Vnd wir hetten e I noch sil zu schreiben, so ist es vns auf dis mal zu eilencz gewesen vnd bitten e I auf das aller freuntt lichst, e I wolen vnser nitt ver gesen vnd wolen vns oft witter schreiben, wis e I gett, des selwichen gleichen wolen wir auch dun vnd wolen e I oft schreiben; da mitt seie e I gott dem allmechtigen befolen, der gew e I was e I nucz vnd gutt ist zu sel vnd leiw. dattum solen an der spre den sun awett nach Brfela im 1551 iar ²⁾). Sawinna MZBburgk.

III. Schreiben der Herzogin Barbara an ihre Schwiegertochter, die Herzogin Anna Maria, Herzog Joachims in Ohlau Gemahlin.
(1587 März 12.)

Hochgeborne furstin, gelibette tochter. Die weil ich disse gelegne botschaft gehabet habe, dich mit dissem schreiben zu besuchen vnd kan der nich for hallen ³⁾), das wir got lob noch bei gutter gesund heit sein, got for lei weitter sein genade, vnd da ir auch alle bei gutter gesund heit werit, were mir ein herczlichste freude zu ersarren. Es ist an dich mein mutter lichste bit, du wollest dein gelibetten herren von meinet wegen an schpregen ⁴⁾), das er mit dem burgrawn ⁵⁾ reden wolt, das er sich wolt er kundigen, ob er auch wirt so vil sammen ⁶⁾ haben, das er die beide wiehse ⁷⁾ besemmen wird, wo aber nicht, das er sich in czeiten bemuhen wolt, da mit wir in vmb gelt bekomen mochtten, dar mit die wise besemmet mochtten wurden. Auch bitt ich dich, du wollest dein herren von meint wegen an schprechgen, die weil ich mir die heurige blege ⁸⁾ for behaltten habe, das er dem heupman zur herstat ⁹⁾ befellen wolt, das er mir die leibein ¹⁰⁾ fegen brig schicken wole, da mit ich dem gesinde dar mit zu geben habe. Himitt befelle ich dich den liben got. dat olffe.

Dein s mutter d wil ich I ¹¹⁾

Barbara, herzogin zur lignitz vnd brig, mittlib.

IV. Schreiben der Herzogin Barbara an Herzog Friedrich IV. von Liegnitz in der Krenzheimischen Angelegenheit. (1591 Februar 4.)

Was wir der freundlichen Verwandtniß nach und in mütterlichen Treuen Ehren Liebs und Guts vermögen, zuvor.

1) Dhn allen Schaden. 2) Kßln an der Spree Oktober 24. 3) Dir nicht verhalten.

4) ansprechen. 5) Burggrafen. 6) Samen, jedenfalls Leinsamen. 7) Wiesen.

8) Bleiche. Zum Schlosse in Brieg gehörte „ein umzäunter Garten an der Oder, in welchem die fürstliche Obrigkeit die Leimt bleichen läßt.“ Schönwälder Orten. II. 112.

9) Herrnstadt. 10) Leinwand. 11) Schwiegermutter, dieweil ich lebe.

Hochgeborner Fürst, freundlicher geliebter Herr Dhm, Schwager und Sohn! E. L. können wir mütterlichen nicht vorhalten, daß uns nunmehr zum Öftern fürkommen, welcher Gestalt der Ehrwürdige und wohlgelarte Herr Leonhard Krenzheim, Pfarrer und Superintendens zur Liegnitz in viel Wege von seinen Mißgünstigen verfolgt und fürgetrieben werde, daraus denn nicht allein seiner Person Verkleinerung und Verachtung erfolgt, sondern auch allerhand Weitläufigkeiten und Zerrüttlichkeiten zu besorgen, welches uns dann zu erfahren herzlich betrübt und schmerzlichen fürkommt und große Befahr haben, daß nicht etwa anders wohero auch was zur Neuigkeit diesen Landen ausgedrungen werden möchte; denn wir ja Gottlob in der Schlesie bis anhero bei der Augspurgschen Confession und wie die in ihrem rechten und unverfälschten Verstande in corpore doctrinae Philippi begriffen, geblieben, auch unverhindert gelassen worden und haben keiner neuen Confession, also wenig auch der Formulae concordiae bedurft. Wenn nun durch unruhige Personen oder einen und den andern widerwärtigen und zänkischen Prädicanten Aufwiegelung beschehn und ihrem eignen Sinne, Wahn und unzeitigen Eifer disputationes aufgejagt werden, was wird dadurch anders gesucht, als daß dieselben ihre Privataffekten dem Wort Gottes auf Verbitterung fürziehn, Störungen und Unruhe aus Ehrgeiz machen und mehr durch Gewalt aus Hitz denn aus sanftmüthigem stillen Geist und in der Furcht des Herrn den Leuten ihren Dinkel fürblatten und einbinden wollen, durch welchen Weg dann die Kirche Gottes geärgert, die Gewissen gefährlicher Weise genöthigt und gepreßt werden wollen, sintemalen Gott allein über die Gewissen zu herrschen und zu gebieten, und dergleichen unordentlichen Gewalt und Primat niemals eingeräumt hat. Wir können unsers Theiles auch nicht billigen, daß sich durch solche Ungeberd der Theologen, welche mit ihren Verdammungen, als wären sie von Gott zu Executorn seines Gerichts gesetzt und verordnet worden, die Obrigkeiten anfrischen lassen, mit Verjagungen ins Glend und andern scharfen Mitteln zufahren, dazu gleichsam Stroh und Feuer zugetragen wird, unschuldige und rechtgläubige Christen an vielen Orten und Königreichen jämmerlichen zu verfolgen und zu verderben; so wissen auch E. L. ohne unsre fernere Erinnerung zu bescheiden, wie man die Inwohner dieser Lande gleich aus dem Religionsfriede setzen und schließen wollen und zu befahren, da ein Geschrei an der Röm. Kais. Majestät unsers allergnädigsten Herrn Hof gelangen sollte, daß E. L. in der Stadt Liegnitz ein Religionsgezänk hätten, daß nicht allein E. L. sondern auch den andern Ständen draußen großes praejudicium und Versang in andern Sachen geursachet werden möchte, welches weder wir noch E. L. Jemandes gönnen sollten.

Weil denn E. L. solches Alles besser bei sich zu erwägen haben werden und an ihme selbst unleugbar, daß gemelter Krenzheim in die 37 Jahr zur Liegnitz im Predigtamte gewesen und bedens mit Leben und Wandel sich unsträflich und eingezogen verhalten und von den jungen Prädikanten je mehr Ehre ihm widerfahren solle, als daß sie gleichsam in seinem hohen Alter ihn verhöhnen und verachten sollen, als ist an E. L. unser ganz freundlich und mütterlich Ersuchen, dieselben wollte ihn fürder auch schützen und seiner langwierigen Dienste genießen lassen, denen Leuten auch, so zu unnöthigem Gezänk begierig und verfließen sein, verschaffen, daß sie ruhig sein, ihre unzeitigen disputationes einstellen und in der Still ihres Amtes und Berufs pflegen, wie wir uns getrösten, E. L. hierzu auch geneigt sein, dies unser Schreiben auch nicht anders, wie es von uns gemeint, im Besten vermerken werden: das sind wir um E. L. hinwieder in allem Guten freundlichen zu verschulden erbötig und thun E. L. samt derselben freundlich herzlieben Gemahlin zu göttlicher Bewahrung treuherzig empfehlen. Datum Brieg d. 4. februarii 1591.

XXI.

Ein Prinzenbesuch am Hofe der Brieger Piasten (1618—21).

Von Dr. Julius Krebs.

Im Jahre 1830 hat der ehemalige Brieger Syndicus Koch „Denkwürdigkeiten aus dem Leben der Herzogin Dorothea Sibylla von Liegnitz“ veröffentlicht, deren Echtheit bald nach ihrem Erscheinen angezweifelt worden ist. Schönwälder hat die Kochschen Nachrichten, obwohl er sie für echt hält, in seinen Piasten zum Brieger nicht benützt, um, wie er schreibt, der Zweifelsucht keinen Anstoß zu geben. Nach Buttke's, Grünhagen's und Rückert's Kritik der Kochschen Publication wird letztere heute allgemein als Falsificat betrachtet. Daß sie überhaupt als ernsthafte Arbeit angesehen werden konnte, lag lediglich an dem Mangel an zuverlässigen Nachrichten über Leben und Character jener vortrefflichen Fürstin. Auch die folgenden dem Zerbster Archiv¹⁾ entstammenden Mittheilungen geben nur Bruchstücke; allein, sie stützen sich doch auf Originale und werden im Verein mit anderen, vielleicht noch in Privatbesitz oder im Berliner Archive befindlichen Actenstücken mit beitragen, die Kochsche Arbeit als Fälschung zu erweisen. Koch weiß von dem dreijährigen Aufenthalte eines fremden Prinzen am Brieger Hofe kein Wort, er bringt in seinem Buche nicht eine der gleichzeitigen Nachrichten, welche der anhaltische Prinz den Seinigen

¹⁾ Ich verdanke die Vorlegung der bezüglichen Acten und die Erlaubniß zu ihrer Benützung der Güte des Herrn Geh. Archivraths Siebigk in Zerbst, wofür ich auch an dieser Stelle meinen Dank ausspreche.

meldet. Wohl aber weiß er uns zu erzählen, daß sein angeblicher Gewährsmann, der biedere Rothgerber Balten Gierth, welcher eine platonische Neigung zur schönen Herzogin im Busen trägt, in eben jenen Tagen ein Gespräch der Herzogin mit ihren Hofdamen im fürstlichen Lustgarten belauscht und zur Strafe von einem Hofjunker am Ohrläpplein aus dem Garten geführt wird. Das Leben am Hofe der Brieger Pfaffen erscheint bei Koch als die reine Idylle; „die liebe Dorel“ welche etwas ungemein Sanftes und Verklärtes hat, wird von ihrer ganzen Umgebung wie auf den Händen getragen und wie eine Heilige verehrt. In den Acten, welche mir in Zerbst vorlagen, erscheint Dorothea Sibylla als sehr natürlich und gesund, ja derb, aber durchaus nicht als lyrisch gestimmt oder sentimental.

Die Beziehungen der Brieger Herzöge und der anhaltischen Fürsten waren von der Mitte des 16. Jahrhunderts an sehr intimer Natur. Als Joachim Ernst von Anhalt im Jahre 1570 die sämtlichen anhaltischen, bisher getrennten Landestheile wieder in seiner Hand vereinigt hatte, war er, wie mehrfache, aus England und Frankreich an ihn gerichtete Gesandtschaften erkennen lassen, als eifriger Schützer und Beförderer der protestantischen Sache in Deutschland namentlich in der Achtung der auswärtigen Fürsten wesentlich gestiegen. Dies mochte mit Ursache sein, daß sich mehrere seiner Töchter an mächtige protestantische Fürsten jener Zeit verheiratheten. Agnes Hedwig wurde 1586 die Gemahlin des Kurfürsten August von Sachsen, die vierzehnjährige Elisabeth vermählte sich 1577 mit Kurfürst Johann Georg von Brandenburg. Sie ist die Mutter der obengenannten, 1590 geborenen, Dorothea Sibylla geworden. Eine dritte Schwester Anna Maria verheirathete sich ebenfalls im Jahre 1577 mit Joachim Friedrich, dem ältesten Sohne Georgs II. von Brieg. Begleitet von ihrem Vater und ihren Brüdern Christian und Johann Georg kam sie 1577 mit zahlreichem Gefolge durch Breslau, gerade als Rudolf II. dort die Huldigung der schlesischen Stände empfing. Noch nicht ganz 16 Jahre alt wurde sie am 19. Mai in der Schlosskirche zu Brieg mit Joachim Friedrich vermählt, welcher, wie bekannt, später die Landestheile Brieg und Liegnitz wieder vereinigte. Vierzehn Jahre lang blieb die Ehe ohne Nachkommen. Dann gebar Anna Maria ihrem Gemahle noch sechs

Kinder, darunter die späteren Regenten Johann Christian und Georg Rudolf. Nach dem Tode ihres Gemahls hat sie von 1602—1605 drei Jahre hindurch unter dem Beistande ihres Bruders August von Plöbkau die Regentschaft über die Brieger Lande geführt. Auch in der Folge haben noch Eheschließungen zwischen den Häusern Brieg-Liegnitz und Anhalt stattgefunden. Georg Rudolf heirathete 1614 Sophie Elisabeth, die 25jährige Tochter Johann Georgs von Dessau. Auch die Mutter des letzten Piasten Georg Wilhelm, Luise, die 1680 in ihrem Wittwenſiße Ohlau verstarb, war eine anhaltische Prinzessin.

Johann Christian war von seiner Mutter eine Zeit lang an den Hof seiner Tante, der Wittwe Kurfürst Johann Georgs von Brandenburg, welche seit 1598 in Krossen residirte, geschickt und dort mit deren Kindern zusammen erzogen worden. Aus dieser ersten Bekanntschaft entwickelte sich eine Neigung zu seiner Base Dorothea Sibylla, die schließlich zu einem Ehebunde führte. 1610 wurden die Kinder der beiden anhaltischen Schwestern vermählt und auch ohne Kochs Phantasiemalde wüßten wir aus gleichzeitigen Berichten, welch' heiteres, aber von aller süßlichen Schwärmerei entferntes Bild der Hof der Brieger Piasten vor dem Ausbruche des 30jährigen Krieges darstellte. Mit den Verwandten in Anhalt blieb die Piastenfamilie in regem Verkehr. Zahlreiche Schreiben unter den persönlichen Briefen der Brieger Herzöge mit den anhaltischen Freunden im Breslauer Archive und noch mehr in Zerbst sind Zeugniß dafür.

Unter den Brüdern der oben genannten drei Schwestern aus dem anhaltischen Fürstenhause ist nun der bedeutendste jener Christian I. von Anhalt-Bernburg gewesen, den man als Hauptbegründer der evangelischen Union von Ahausen und als Führer des böhmischen Heeres in der Schlacht am weißen Berge kennt. Er war frühzeitig in nähere Beziehungen zu den kurpfälzischen Regenten getreten. Schon unter dem vierten Friedrich wurde er Verwalter desjenigen Theils der Kurpfalz, welcher von den rheinischen Besitzungen gesondert nördlich vom Herzogthum Baiern lag. Er schlug 1595 seine Residenz in Amberg auf und vermählte sich am 2. Juli desselben Jahres mit Anna, einer Tochter des Grafen Arnold von Bentheim-Tecklenburg. Fürst Christian hat Amberg nur verlassen, wenn ihn seine vielfachen diplomatischen Reisen

in andere Länder führten. Die Regierungsgeschäfte seines Heimathlandes Bernburg leitete der von ihm bestellte Landeshauptmann v. Börstel; nur Christian's Gemahlin hielt sich alljährlich eine Zeit lang im Schlosse Harzgerode im Bernburgschen auf. Christian von Anhalt stand bekanntlich im Mittelpunkte der damaligen protestantischen Diplomatie Europa's. Ueberall hatte er seine Correspondenten, man staunt über die Fülle handschriftlichen Materials, welches aus allen Theilen Europa's damals in Amberg zusammenkam und noch heute einen werthvollen Theil des anhaltischen Centralarchivs in Zerbst bildet. Es kam vor, daß die ausgedehnten diplomatischen Reisen des Fürsten ihn oft die Hälfte, ja drei Vierteltheile des Jahres von seiner Familie fern hielten. Dann war die Sorge für die Erziehung der heranwachsenden Kinder ganz allein in die Hände der Fürstin Anna gelegt. Beckmann giebt in seiner Geschichte des Fürstenthums Anhalt ein Bild der Fürstin: aus der üblichen weiten, spanischen Krause hebt sich ein höchst interessanter Kopf. Die schmalen Lippen, der energische Zug um die Mundwinkel verrathen Willenskraft und Festigkeit des Character's. Die Stirn ist hoch und klar, die Augen blicken dunkel und entschlossen. Anna's Handschrift hat einen sicheren, bestimmten Zug, die Ausdrucksweise der Fürstin ist knapp und treffend. Das Zerbster Archiv bewahrt mehrere Tagebücher der Fürstin, welche ganz von ihrer Hand ausgefüllt sind und ihren wirthschaftlich-practischen Sinn in hohem Maße darlegen. Da ist jeder Hirsch notirt, welcher in den Bernburger Jagdrevieren am Harze erlegt wurde und wenn dem Superintendenten von Ballenstedt aus besonderer Gnade ein Mehrücken verehrt wurde, so findet sich das gewissenhaft bemerkt. Ihre Ehe mit Christian von Anhalt ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Musterehe gewesen. In den französisch geschriebenen Briefen an seine Gemahlin, welche im Zerbster Archive aufbewahrt werden, spricht der Fürst in Ausdrücken größter Zärtlichkeit und reinsten Hochachtung von ihr. Ja, er gesteht ihr freimüthig, wie in Paris die Versuchung in Gestalt reizender Frauen an ihn heraugetreten sei und wie er dieselbe durch Gebet und die Erinnerung an das reine Glück seiner Ehe überwunden habe.

Fürstin Anna war die Mutter von 16 Kindern. Am 19. Mai 1608, fast um dieselbe Zeit, in welcher Christian von Anhalt seinen Namen

unter die Unionsacte von Ahausen setzte, wurde ihm in Amberg ein Sohn geboren. Derselbe erhielt den Namen Ernst und wurde, da die vielen diplomatischen Geschäfte die Thätigkeit des Fürsten fast ausschließlich in Anspruch nahmen, lediglich von der Mutter erzogen. Als der junge Prinz 9 Jahre alt war, beschloßen die Eltern, ihm einen sogenannten Hofmeister zu bestellen und wählten dazu denselben Mann, der schon ihren ältesten Sohn Christian erzogen hatte, nämlich den fürstlich Briegischen Rath Peter von Sebottendorf. Am 15. August 1617 schrieb Christian von Amberg aus an Johann Christian von Brieg: er möge Peter von Sebottendorf erlauben, daß er eine Zeit lang, womöglich auf ein paar Jahre, zu ihm ziehe¹⁾. Derartige Gesuche erledigten sich damals höchst einfach; der Fürst befahl, und die Räte gehorchten.

Fürstenerziehung scheint eine Specialität Sebottendorfs gewesen zu sein. Außer dem schon genannten Christian II. von Anhalt-Bernburg hatte er auch die Söhne Johann Georgs von Dessau erzogen und auf die Universität Jena begleitet. Schönwälder nennt ihn Herr auf Gaulau, nach anderen Nachrichten besaß er 1630 das Gut Cunern im Münsterbergischen. Er wird als überaus gelehrter Herr gerühmt; von ihm rührt der Vorschlag her, das Brieger Gymnasium in eine Ritteracademie umzuwandeln. 1599 schrieb er für Herzog Joachim Friedrich einen Unterricht von Aufrichtung einer Academie oder Ritterschule. Es gelang ihm in der That, den Herzog für seinen Plan zu gewinnen, doch der frühe Tod dieses Fürsten ließ das Project nicht zur Ausführung kommen. 1622 wurde Sebottendorf unter dem Namen „der Wohlgemuthete“ Mitglied der fruchtbringenden Gesellschaft. Die Brieger Gymnasialbibliothek soll zum großen Theil aus den Vermächtnissen Sebottendorfs herrühren. In der vom Rector des Brieger Gymnasiums, Magister Johann Lucä, auf Georg III. gehaltenen Leichenrede heißt es über Sebottendorf, der ja später auch Erzieher dieses Fürsten war: er sei *satus ac natus ad informandum Principum filios* gewesen; dann nennt er ihn *optimum optimorum Principum Hodegum et Achatem*. Auch Henel spendet ihm ähnliches Lob in

¹⁾ Bresl. St.-Arch.

seiner Silesiographie. Die Fürstin von Anhalt giebt Sebottendorf äußerlich zwar alle Ehre, sie nennt ihn „lieber Gevatter“ und „lieber Besonderer“ in der Anrede ihrer Briefe. Allein, im Grunde ihres Herzens war sie ihm, wie wir bald sehen werden, wenig gewogen.

Die äußeren Verhältnisse in Amberg, namentlich die vielen Besuche heidelberger und fremder Diplomaten, das ganze unruhige Treiben dort am Hofe, mochten es den Eltern gerathen erscheinen lassen, Ernst zunächst nicht bei sich zu behalten, sondern an einen religiös wie politisch verwandten Hof zu senden. Eine darauf bezügliche Anfrage in Brieg wurde von dort mit herzlicher Zustimmung beantwortet und die Fürstin von Anhalt traf nun die nöthigen Vorbereitungen zur Reise.

Zunächst bestellte sie einen Kammerdiener für den kleinen, zehnjährigen Prinzen, Namens Pennep. Für diesen schrieb sie auf Wunsch ihres Gemahls am 19. April 1618 ein eigenhändiges Memorial nieder, in welchem es heißt: Pennep solle seinem Herrn sowohl bei Tage als bei Nacht aufwarten und sonderlich darauf Acht geben, wenn ihm die Flüsse Nachts gehlingen auf die Brust fallen. Er soll den Prinzen aus- und anziehen, seine Kleider warten, sein Zeug sauber halten, sich auch nicht auf Pagen verlassen, sondern alles selbst verrichten. Falls er etwas an Feinenzeug bedürfe, möge er es herauschreiben. Wenn an seines Herrn Kleidern oder sonst Mangel vorkomme, so müsse das dem Hofmeister von Sebottendorf angezeigt werden, ohne dessen Geheiß und Rathun überhaupt nichts angeschafft werden dürfe. Seinen Herrn soll er ferner nicht zu Hoffart und Uebermuth, sondern zu Demuth und Sparsamkeit anreizen und sich selbst vor schlechter Gesellschaft und vorm „Sausen“ hüten. „Dergestalt soll es an seiner Beförderung auch nit mangeln, sondern dieselbe wohl in Acht genommen werden; auf'm widrigen Fall aber würde er bald abgeschafft werden, darnach er sich zu achten.“

Gleichzeitig sandte die Fürstin einen Brief an Sebottendorf, worin sie über ihren Sohn Ernst schreibt: Er ist Gottlob! fromm und furchtsam, daß ich desto weniger zweifle und Gott von Herzen bitte, euch den Segen zu eurer Mühe und Arbeit zu verleihen, damit es bei diesem so wohl angeleget sein möge, als es bei seinem Bruder gerathen ist. Zwischen Ernst und dem älteren Bruder Christian herrsche eine

solche brüderliche Liebe, daß sie dem höchsten Gotte dafür zu danken habe. Ernst's Gesundheit sei bisher leidlich gewesen; bisweilen leide er an Obstructionen, was ihm dann heftige Schmerzen in der Seite zuziehe, Nachts neige er zum Asthma. Sie habe ihn bisher tüchtig zu allerlei Leibesübungen angehalten, Arzneien aber, außer Hirschhorn, bei ihm nicht angewandt, „denn das gute Zerbfster Bier, das er meistens gewohn, an sich selbst für Arznei gehalten wird.“ Viele Kleider habe sie Ernst nicht machen lassen, falls er etwas brauche, möge Sebottendorf sie nur benachrichtigen, er werde dann Geld und Zeug jederzeit erhalten. Nachdem die Fürstin so nach allen Seiten hin Vorsorge getroffen, entließ sie ihren Liebling leichteren Herzens aus der Heimath.

Am 29. April berichtet Ernst der Mutter aus Prag (gedankenlos datirt er noch aus Amberg), daß er Mittags mit Herrn von Budowec und anderen vornehmen Böhmen Gast des Grafen Thurn gewesen sei, der ihm alle Ehre und Freundschaft erwiesen habe. Dann ging es weiter über Breslau nach Brieg, wo der junge Prinz am 5. Mai 1618 ankam. In einer Reihe von Briefen meldet nun Dorothea Sibylla der anhaltischen Fürstin ihre Freude über die Ankunft des jungen Vetter's. Sie wolle sich ihn wie ihr eignes Kind befohlen sein lassen. Ernst trage zu allem solchen Lust, es sei gewiß, daß, weil er sich gar selber ziehe und lerne, seine Mutter sich bei seiner Rückkehr sehr freuen werde. Er sei ihr und ihrem liebsten Herrn Gemahl so angenehm wie ihre eigenen Kinder. Ernst habe sich mit ihren Kleinen, namentlich mit ihrem ältesten Sohne (das war der 1611 geborene, spätere Georg III.) so herzlich, als ob sie zwei Brüder wären. Der junge Prinz und Sebottendorf konnten die ihnen zu Theil gewordene freundliche Aufnahme nur bestätigen. Ernst kann nicht genug rühmen, was für Freundschaft und geneigter Will ihm von dem Herrn Vetter und der Frau Muhme bisher erwiesen worden sei. Die Wendung: von der Frau Muhme geschieht mir viel Gutes, kehrt fast in allen seinen Briefen wieder. Sebottendorf berichtet Aehnliches: Der herzliche, fromme Herr — er meint damit seinen Bögling — läßt es ihme allhier sehr wohl sein, nimmt fürstliche Exercitien und allerhand Ergötzlichkeiten vor, inmaßen denn S. F. Gn. sonderbar große Lust dazu tragen. Ferner meldet er mit gebührlcher Reverenz, daß Ernst seine

Constipationes und Verstopfungen fast gänzlich verloren habe und fast täglich offenen Leibes gewesen sei. Die Zeit werde Ernst gar nicht lang, die beiden jungen Herren trügen eine große Affection zu einander und seien stets lustig. Er hofft es also zu machen, daß die Fürstin jeder Zeit mit ihm zufrieden sei. Als die Nachricht vom Tode Johann Georgs von Dessau — er war der Oheim des jungen Prinzen — nach Brieg kommt, läßt Sebottendorf ein neues schwarzes Trauerkleid für Ernst machen. Die Kleiderfrage spielt überhaupt eine große Rolle während des prinzlichen Aufenthaltes in Brieg. Vor jedem Weihnachtsfeste macht Sebottendorf Vorschläge und die Mutter hat zu entscheiden, ob das neue Kleid von meergrünem Atlas mit Silber besetzt oder von Atlas und Königsfarbe mit blauem Taft unterlegt angefertigt werden soll. Werden die Kleider zu eng, oder sind sie abgenützt, so geht Bericht darüber nach Amberg. Auch in anderen kleinen Angelegenheiten zeigte sich Sebottendorf sehr gewissenhaft. Hundert Goldgülden, welche man ihm von Bernburg gesandt hatte, schickte er zurück, weil man (es war die Zeit der Ripper und Wipper) beim Wechseln in Brieg zu viel daran verlieren würde. Er hätte indeß besser gethan, sie zu behalten, denn sie gingen unterwegs verloren. Zweihundert Gulden für Ernst und ihn, 50 für den Präceptor und 60 für den Kammerdiener, schreibt Sebottendorf, seien richtig angekommen. Daß aber die 100 Goldgülden verschwunden, sei ihm räthselhaft. Fürst Ernst sei selbst dabei gewesen, als er das Geld abgezählt und in eine Schachtel mit Fleiß versiegelt habe. Bald darauf sei es nach Breslau gesandt und dem dortigen Agenten Höckwe in seine selbsteigene Hand eingantwortet und anvertraut worden. Wahrscheinlich werde der Geselle, der es veruntreut habe, früher schon Aehnliches getrieben haben, so daß man die Hoffnung daraus schöpfen dürfe, er werde sich endlich einmal selber verrathen. Aus den übrigen von 1618—19 zwischen den beiden Fürstenhöfen gewechselten Briefen erfahren wir, daß der Herbst des Jahres 1618 so schön war wie seit vielen Jahren nicht. In einem Briefe vom 27. November heißt es: es ist allhier immer fast Sommer. Weihnachten 1618 wurde der junge Prinz von Seiten seiner Brieger Verwandten außs reichste beschenkt. Er erhielt ein weißatlassnes, mit Gold und Seide gesticktes

Kleid, dazu meergrüne, seidene Strümpfe und Hosenbänder, sowie Schuhrosen. Dann zwei gold- und silbergestickte Feldzeichen, sechs Ueberschläge mit schönen, langen Spitzen samt „Handtätlein,“ sechs neue Hemden, darunter zwei mit rother und blauer Seide ausgenäht. Ferner ein Perlensträußlein, darinnen sechs Diamanten und acht Rubinen gefaßt, eine neue auf rothen Atlas mit Silber gestickte Hutschnur und ein schön Paar Messer. An seinem Namenstage, dem 13. März, wurde Ernst von seinem Vetter mit einem schönen Degen angebunden, von der Muhme erhielt er einen Ring mit einem schönen Diamanten, von Fräulein Agnes Barbara († 1631), der Schwester Johann Christians und späteren Gemahlin des unglücklichen Hans Ulrich Schafgotsch einen Ring mit drei Diamanten. Weiter erfahren wir, daß Dorothea Sibylla am 6. April 1618 einen Sohn geboren hatte; auch am 15. März 1619 wurde sie, wie Ernst seiner Mutter berichtet, mit einem jungen Herrn erfreut, welcher so schwach war, daß er alsbald getauft werden mußte. Ernst sollte mit dem Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf und Georg von Kittlitz nebst Gemahlin Pathenstelle bei dem Neugeborenen vertreten. Da jedoch ein für diesen Act bestelltes Staatskleid nicht rechtzeitig fertig wurde, so vertrat Abraham von Dohna seine Stelle. Dafür wurde ihm die zuge dachte Ehre im nächsten Jahre zu Theil. Am 30. Juni 1620 gebar Dorothea Sibylla eine Tochter, welche am 15. Juli getauft wurde. Pathen waren diesmal außer Ernst der Herzog von Vels und der Herzog von Bernstadt mit Gemahlin. Nicht lange zuvor hatte Ernst die Nachricht aus Amberg erhalten, daß ihm selbst ein Bruder geboren worden sei. Der von dem elfjährigen Knaben an seine Mutter gerichtete Glückwunsch — wahrscheinlich hat ihn Sebottendorf in die Feder dictirt, -- klingt sonderbar genug. „Und dieweil ich auch aus Schwester Eleonorae Mariae Schreiben vernommen, daß der allmächtige Gott G. Gn. gnädiglichen entbunden und mit einem jungen Herrn erfreuet, wünsche ich von Herzen, daß der liebe Gott G. Gn. ferner ihm wolle lassen befohlen sein, derselben langes Leben und Gesundheit, zeitliche und ewige Wohlthat verleihen, daß junge Zweiglein aber, damit er unser fürstliches Haus begabet, wolle er die Gnade geben, daß es in wahrer Gottesfurcht und allen fürstlichen Tugenden erzogen

werden möge, ihm zu Ehren und unserm ganzen fürstlichen Geschlechte zum Aufnehmen."

Noch mehr als über diesen Glückwunsch möchte man über das politische Verständniß des jungen Prinzen erstaunen. Fast in jedem seiner Briefe finden sich politische Nachrichten eingestreut. Vielleicht waren derartige Nachrichten in Amberg gar nicht unerwünscht. Denn Christian von Anhalt, der Vater unserß Ernst, stand im Mittelpunkt der Coalition, welche sich nach dem Prager Fenstersturze gegen die habsburgsche Monarchie zu bilden begann. Er hatte das größte Interesse für die Politik der Schlesier; es war sein lebhaftester Wunsch, daß sich Schlesien dem Aufstande wider den Kaiser anschloß. Und da die Briefe von Ernst und Sebottendorf meist durch eigne Boten nach Amberg gingen, so erfuhr er wichtigere Nachrichten dadurch schnell und sicher. Sebottendorf berichtet einmal, daß er den verlangten Bericht über den schlesischen Succurs mit eingeschickt habe. Aus Ernst's Briefen erfahren wir, daß Johann Christian 1618 nach Wien reiste, am 10. September von da nach Brieg zurückkehrte und sich anfangs October zum Fürstentage nach Breslau begab. Was aber den Fürstentagsbeschuß daselbst betrifft, so hält man dafür, schreibt Ernst am 12. October seiner Mutter, daß man den Böhmen Hilfe schicken wolle, ob zwar die Erbfürstenthümer und die von den Städten noch nicht gewilliget. Doch endlichen, wie man vermeint, gewiß werde geschehen. Als Friedrich V. zur Krönung nach Breslau kam, war Christian von Anhalt natürlich in seinem Gefolge und der junge Prinz benutzte die Gelegenheit, den Vater nach zwei Jahren wieder einmal zu sehen. Wenn die Nachricht von einem Siege der Böhmen über die Kaiserlichen in Brieg eintraf, so war die Freude am Pfaffenhofe groß und allseitig. Ende Mai 1620 schreibt Ernst seiner Mutter: 1400 Polacken hätten am Ostertage eine Meile von Brieg über eine Brücke durchbrechen wollen. Da aber der Sturm dieselbe weggerissen hatte, so mußten sie den Uebergang bei Oppeln mit Schwimmen versuchen, was ihnen schlecht bekam. Viele ertranken, viele wurden niedergeschossen, 28 Mann gefangen durch Brieg gebracht und am 27. Mai vor dem Oderthore in Breslau gehängt. Der Rest wurde bei einem Flecken Namens Bautsch, nahe der mährischen Gränze, vom Oberstlieutenant Herrenberger mit zwei Compagnien überfallen;

200 wurden getödtet, drei Fahnen erbeutet, ein Rittmeister, zwei Lieutenants, ein Wachtmeister und etliche Gemeine gefangen, außerdem stattliche Beute gewonnen. Die Uebrigen sollen, wie der Prinz schreibt, in Mähren auch „ziemlich gekloppt“ worden sein und nur 200 Wien erreicht haben. Der 20. Mann des schlesischen Landvolkes sei aufgegeben und an die polnische Gränze gelegt worden. Das Bisthum Meisse, das Fürstenthum Troppau und die Herrschaft Wartenberg würden confiscirt werden, weil ihre Inhaber der schlesischen Conföderation nicht beitreten wollten.

Mittlerweile gingen Ernst's Studien unter Sebottendorfs Leitung, unbehindert von diesen politischen Vorgängen, ruhig ihren Gang weiter. Sebottendorf berichtet, daß Ernst in Mathematik und Fortification sehr fleißig sei, „denn er einen feinen jungen Gesellen überkommen, der ihn gar treulich und emsig unterrichtet.“ Bisweilen wurden die Studien durch Ausflüge in die Umgebung Briegs unterbrochen. So war Ernst einmal in Ohlau, „welches ein sehr lustiger Ort ist und in Sonderheit wohl zu besetzen, was der Herr Better mit Zeit zu thun nicht übel gemeinet.“ Ein anderes Mal war er mit Sebottendorf zum Jagen, Hegen und einer lustigen Fischerei sechs Meilen von Brieg. Auch die körperliche Ausbildung des Prinzen wurde nicht vernachlässigt. Ich habe etwas zu drillen angefangen, schreibt Ernst der Mutter, d. h. er hat Fechtunterricht beim Capitän Schindler genommen. Zu seiner weiteren Uebung vertraute ihm Johann Christian ferner ein Fähnlein der Brieger Bürgerschaft an. Bald konnte Dorothea Sibylla seiner Mutter die freudige Mittheilung machen, S. L. werde sein lang und stark, der herzliche Better sei Gottlob wohl in die Länge gewachsen. Auf einen Dankbrief der Fürstin von Anhalt antwortete Dorothea Sibylla: Die Fürstin Anna brauche für Ernst's Aufnahme nicht zu danken, sie habe ohnehin nur Ursache, ihn zu ehren und zu lieben; auch sein Hofmeister Sebottendorf ertheile ihm das Lob, daß er sehr wohl mit D. L. in allem zufrieden sei. Ernst und ihr ältester Sohn hätten jetzt auch einen Tanzmeister. „Darzu sich denn D. L. Sohn sehr wohl bequemet und S. L. auch wohl ansethet. Haben auch in kurzer Zeit so viel gelernt, daß es S. L. vielen Großen zuvorthun. Anfang December (der Brief ist von 1619) feiere Karl Friedrich von

Dels das Beilager mit dem Fräulein von Sachsen. Hoffentlich sei letztere gesünder als des anderen Bruders Gemahlin, „daß ist noch immer ein sehr krank Mensch.“ Nach der Hochzeit kamen die Gäste von Dels nach Brieg. Es wurde vor ihnen von 10 Edelknaben ein Ballet aufgeführt, welches Ernst und Hans Fürge, d. i. der spätere Georg III. leiteten. Johann Christian begleitete die Eltern der Braut zurück bis Leipzig.

Im Frühjahr 1620 brach in Brieg eine ansteckende Krankheit aus, an welcher ein Kammerjunker Johann Christians und Ernst's Kammerdiener Pennep (letzterer mit Hinterlassung von 100 fl. Schulden) starben. Dorothea Sibylla hatte in Erfahrung gebracht daß Anna von Anhalt ein sogenanntes Schlangenzpulver oder Universalmittel gegen derartige Krankheiten besitze und wandte sich deshalb an sie: Ich bitte, D. E. wollen mich doch wissen lassen, was Sie gebraucht, weil sie sich fast der Hauptkrankheit bewahret haben; es hat in Brieg auch ziemlich anfangen wollen. Wenn mir D. E. die Freundschaft erzeigen wollten und mir wollten wissen lassen, wie man das Schlangenzpulver bereiten sollte, so geschehe mir von D. E. eine große Freundschaft. Ich wollte es wohl auch nicht weiter kommen lassen, bitt auch, wo D. E. etwas bereitet haben, D. E. wolle mir ein wenig zukommen lassen, ich will mich's befeßigen, wiederum um D. E. zu „fordienen.“ Das Schlangenzpulver traf zur richtigen Zeit in Brieg ein. D. E., schreibt Dorothea Sibylla an Anna von Anhalt zurück, haben mir damit eine so große Freundschaft erzeigt, daß ich nicht weiß, wie ich das wieder verdienen soll und dürfen D. E. nicht gedenken, daß es Jemand von mir erfahren soll, denn ich solche Sachen gern still halte, daß es nicht weiter kommt. Um seiner Mutter eine unverhoffte Freude zu bereiten, hatte sich Ernst portraittiren lassen. Dorothea Sibylla urtheilte nun, das Bild sei ziemlich ähnlich, nur sei es im Gesicht zu „vollständig.“ Sebottendorf meinte, Angesicht und Nase seien zu groß, in den übrigen lineamentis aber sei es nicht ganz unähnlich; ein anderes, größeres Brustbild, das eben angefertigt würde, werde hoffentlich besser ausfallen. Die über diese Aufmerksamkeit hocherfreute Mutter schrieb damals an ihren Gemahl: Da er ihr erlaubt habe, ihre Mutter in der Heimath Westfalen zu besuchen, so bitte sie ihn um die Erlaubniß,

Ernst mit dahin zu nehmen. Er solle seine Studien ja nur so lange unterbrechen, als ihm der Vater Urlaub geben werde. Ob nun der Widerspruch Christians oder die drohende politische Situation diesen Wunsch der Mutter vereitelt hat, genug, ihre Absicht ist nicht zur Ausführung gelangt.

Etwa um die Mitte des Jahres 1620 erhielt Ernst einen Lehrer der französischen Sprache Namens Johann Werner Seiz. Will man das bisher Erzählte als Exposition gelten lassen, so folgen nun Verwickelung und Lösung in ziemlicher Schnelle, die Handlung kommt in Fluß, die Episoden treten zurück. Werner Seiz war ein Intriguant. Sei es, daß er auf die höhere Stellung Sebottendorfs am Brieger Hofe neidisch und eifersüchtig war oder mochte er hoffen, durch Schmeicheln und Liebedienerei Einfluß bei Ernst und seiner Mutter zu erlangen, er fing bald nach Uebnahme seiner Stellung an, gegen Sebottendorf zu intriguiere. Während die Handschrift des Prinzen sonst für sein Alter deutlich und ausgeprägt erscheint, wird sie in dem am 16. September 1620 an seine Mutter geschriebenen Briefe plötzlich unsicher und unregelmäßig. Der Brief lautet: Hochgeborne Fürstin, gnädige, herzliche Frau Mutter! Ich bitte, E. F. Gn. wollen meiner nicht vergessen, daß ich hier ganz eingesperrt bin und gehet mir bald übler als hiervor, nur bitte ich E. F. Gn. wollen mir doch nur wo es möglich hiervon noch vor Winters helfen, sonst weiß ich nit, wo aus noch ein. Ich bin sehr traurig, aber doch weil wir izund die Zeitung, daß tampir (Dampierre) geschlagen¹⁾, sehr froh, wird aber nit lang wahren, so werde ich wieder wegen Schlagen und Schelten müssen traurig sein, bitte E. F. Gn. um Gottes Willen wollen mir nur hievon helfen. Ihue E. F. Gn. hiermit in Gottes Schutz befehlen. Datum Brieg, 16. September 1620. E. F. Gn. gehorsamer Sohn Ernst Fürst zu Anhalt. Darunter ist von Seiz's Hand, der schon vorher Andeutungen über üble Behandlung des Prinzen durch Sebottendorf an die Fürstin hatte gelangen lassen, bemerkt: Ernst werde dermaßen schlecht von Sebottendorf behandelt, daß Edelleute, welche früher unter Christian von Anhalt gedient, ihm Geld und

¹⁾ Das war ein bloßes Gerücht. Dampierre begann seine Operationen gegen Bethlen erst Anfangs October. Vgl. Gindely, Gesch. d. 30jähr. Kr. III. 279.

Pferde angeboten hätten, damit er in Person zur Fürstin reisen und ihr Alles mittheilen könne. Als nun Sebottendorf in eben jenen Tagen nach Amberg meldete, Ernst habe etwas an der Kräfte, wie auch hernach an der gelben Sucht gelitten und hätte, obwohl keine Geschwulst zu bemerken gewesen, den Schenkel nicht ausstrecken können, die Hofbarbiers hätten ihn aber bald wieder curirt, — da gerieth seine Mutter in die größte Besorgniß. Sie beschloß sofort, direct einen Boten von Amberg nach Brieg zu senden, um sichere Nachricht zu erhalten. In einem eigenhändig verfaßten Memoriale schreibt sie „Christoph dem Mahler“ am 23. Oktober vor: Er solle sich, mit Empfehlungsschreiben an den brandenburgischen Kanzler versehen, nach Berlin begeben, dort sich nach der Sicherheit des Weges erkundigen und über Krossen nach Schlesien begeben. In Brieg solle er etwa acht Tage bleiben, sich bei den Aerzten nach Ernst's Befinden erkundigen und mit einem schriftlichen Gutachten derselben wieder nach Amberg zurückbegeben.

Bevor dieser Bote der Mutter in Schlesien ankam, war jedoch Seiß schon persönlich nach Amberg abgereist. Als Legitimation nahm er einen von Ernst mit großen, unregelmäßigen Buchstaben beschriebenen Zettel dieses Inhalts mit: 3. November, datum in der Eil. Ich muß bekennen, daß dieser Johann Werner Seiß diese Zeit über treulich gedienet und in der französischen Sprache großen Nutzen mir geschaffet, also daß ich E. F. Gn. bitte, daß wenn ihm Gott das Leben verleihet und ich will's Gott heraus komme, keinen Anderen begehre auch wohl schwerlich bekommen werde. Wie ich hier gehalten werde, können E. F. Gn. von ihm als einem Glaubwürdigen erfahren und bitte E. F. Gn. wollen mir aus dem Gefängniß helfen. Am Rande steht: Und ich habe ihm auch befohlen, zu E. F. Gn. zu ziehen und meinen elenden Zustand E. F. Gn. anzuzeigen und bei E. F. Gn. zu bitten, mir herauszuhelfen.

Daß von der Fürstin begehrte medicinische Gutachten wurde von dem Leibarzte der Herzogin von Brieg, dem als medicinische Autorität der Zeit viel genannten Dr. Christoph Kößler ausgestellt. Es liegt im Originale bei den Acten und verdient, als Curiosum mitgetheilt zu werden: Bei Ernst's Ankunft sei eine stete, oft Tage lang währende

obstructio alvi vorhanden gewesen, die aber wenigen Mitteln und Mutation der Diät gewichen; iho sei alvus täglich operta gewesen, auch habe sich einmal oder drei eine kleine diarrhoea sine jactura virium eingefunden. Einmal oder zwei habe es calor febrilis gegeben, dem leichtlich zu wehren gewesen. Zweimal dieses Jahres sei J. F. Gn. von der Krätze ziemlich angegriffen worden, mit ziemlich großen Blattern namentlich an der Hand. Dieselbe ist zum Theil daher entsprungen, daß J. Gn. eine hitzige Leber haben, von welcher acus sive vitiosi humores provociret sind, welche, wann sie bonitate et robore naturae zur Haut getrieben werden und nicht gar evaporiren können, nothwendig eine scabiem verursachen, zum Theil auch daher, daß die prima concoctio in ventriculo gleichwohl bisweilen per nimium motum a sumto cibo turbiret und mit ungesund und unbequemer Speise, gehlingem Trinken und anderer Unordnung dem Appetit zu sehr ist indulgiret worden. Scilicet vitium primae concoctionis non corrigitur in secunda. Dannhero sind die obgedachten vitiosi humores vermehret worden. Es hat aber solche Ungelegenheit auf gebrauchte interna et externa remedia leichtlich nachgelassen, wie dann jezo wenig oder nichts davon vorhanden. Vor etlichen Wochen hatte sich circa tendines et nervos des linken Knieß eine materia gesammelt, welche den legitimum modum etlichermaßen impediret hat, ist aber in wenig Tagen attenuirt und dissipirt worden.

Aus dem Verhalten seines Zöglings, wie aus der plötzlichen Abreise von Werner Seiß mochte Sebottendorf erkannt haben, daß ein Unwetter gegen ihn heranziehe. Er suchte dem vorzubauen. Aus den Briefen der Fürstin, schrieb er den 25. November an Anna, habe er das Vertrauen verspürt, daß sie zu seiner wenigen Person trage. Er bittet sie, dabei in Gnaden zu verharren und überzeugt zu sein, daß er sich die Institution des herzlichen jungen Herrn je mehr, je besser angelegen sein lasse; mit Gottes Hilfe hoffe er es also zu erweisen, daß sie gnädiges Gefallen daran haben werde. Gleich darauf traf die Nachricht vom unglücklichen Ausgange der Schlacht am weißen Berge in Brieg ein. Mitten in dem Unglücke, welches der treue Gott über sie habe kommen lassen, schreibt Sebottendorf nach Amberg, freue es ihn doch, daß sein früherer Zögling Christian am Leben geblieben

fei¹⁾. Don Guielmo Verdugo gelte für einen richtigen, tapferen Cavalier; wie Capitän Erlach — es ist derselbe, welcher Breisach später an die Franzosen auslieferte — aus Prag kommend berichte, werde der Fürst ohne Guardia gehalten, Jedermann könne frei bei ihm ein- und ausgehen. Ihm aufzuwarten seien drei gar feine, bescheidene Leute aus Malta²⁾ deputirt worden. Christian habe in Prag den Dr. Justus und zwei Barbieri um sich, von denen der Eine, Meister Andreas, in Prag wohnhaft sei; der Andere, welcher den Fürsten zuerst verbunden habe, sei ein Wallone. Am Brieger Hofe halte man für gut, daß Anna an die ältere Herzogin von Baiern, die Gemahlin Herzog Albrechts, schreibe.

So herzlich und gut gemeint nun auch die Theilnahme Sebottendorfs an dem Unglücke der anhaltischen Fürstenfamilie sein mochte, sie war nicht im Stande, den seit längerer Zeit und neuerdings wahrscheinlich durch Seiß's Relation in Anna's Brust gegen Sebottendorf angesammelten Groll zu zerstreuen. Sie sandte damals an ihren auf der Flucht befindlichen Gemahl einen Brief, welcher durch die Treuherzigkeit des Ausdrucks und die Unmittelbarkeit seiner Empfindung eine eigenthümliche Wirkung auf den Leser hervorbringt. Auf Sebottendorfs pädagogische Maximen wirft er freilich sonderbare Schlaglichter. Er lautet:

Herzallerliebster Herr! Ob ich schon herzlich gern E. Gn. verschonen wollte und mit meiner Widerwärtigkeit nicht beschwerlich sein, so dringt mich doch mein Gewissen, daß ich noch diesmal wagen muß,

1) Der jüngere Fürst von Anhalt (Regent in Bernburg von 1630—56) zeichnete sich in der Prager Schlacht ganz besonders aus. Er führte einen berühmt gewordenen Reiterangriff auf den linken Flügel der kaiserlichen Armee aus, warf zwei kaiserliche Infanterieregimenter über den Haufen, nahm den Oberst Brenner gefangen und ward an der Spitze seiner Truppen vom Pferde geschossen. Am Abend des 8. November lief er auf dem Schlachtfelde dem Anführer der Wallonen, Verdugo, in die Hände, welcher ihn so mühelos gefangen nahm. Vgl. Mittheilungen aus der anhalt. Geschichte 1. Heft, 1830.

2) Nach Christians II. eigenhändiger Relation „zween französische Ritter von Malta: Mr. Perussy und Mr. Lanbranday, dergleichen zween Wallonische Capitäne Mr. St. Maurice (auch ein Ritter von Malta aus der Grafschaft Burgund) und Mr. Ulst aus Gelderland.“ Nach derselben Quelle sandte „seine gnädige Frau Mutter“ den Hauptmann Knoche seiner Erledigung halber an ihn ab, welcher ihn in Tglau traf, allein trotz einer Reise nach Wien nichts erhalten konnte.

E. F. Gn. unsres armen Ernst halber zu schreiben und bitte um Gottes willen, E. F. Gn. wollen sich doch des armen Kindes annehmen, das treue Vaterherz zu ihm neigen und ihn von Briege wegthun. Jetzt haben E. F. Gn. Gelegenheit genug, daß ihn E. F. Gn., wo nit anderst wohin, jedoch hie hero schicken könnten. Warum wollten E. F. Gn. den (der durch seine Geburt und hernach in seiner Kindheit E. F. Gn. so oft erfreuet hat und so ein lieb gehorsam Kind gewesen) sein fromm und wacker Gemüth länger also quälen und vermuthlich verderben lassen. E. F. Gn. wollen doch erwägen, ein solch furchtsam Kind (wann er nit in einem Huy alles lernen kann, so man ihm fürlegt) zu Boden zu werfen, mit Füßen zu stoßen, mit Messern zu „drawen,“ mit Stecken zu jagen und schlagen und dergleichen schlimme Sachen anzumuthen, was kann endlich daraus folgen, als daß das Kind auf Abwege gerathen oder gar zum Lappen gemacht werden möchte? Es ist allzu wahr, was ich hie schreibe und hab' ich dessen gewisse Nachrichtung. Wie ich hie ins Land¹⁾ kommen bin, hab' ich von E. F. Gn. Bruder gehört²⁾, daß der Hofmeister sich ganz dem Trunke ergiebt; nun ist mir dasselbe genugsam confirmirt, daß es nit allein bißweilen, sondern täglich geschieht. E. F. Gn. wissen sich auch zu erinnern, wie er vor diesem, wann er trunken gewesen, mit Christian umgangen ist. Da nun solches bei diesem täglich geschieht und das wunderliche Alter noch mit der Colera um so viel Jahre zugenommen, wie ist es so einem zarten Kinde möglich zu ertragen! Hätte er jemals, (wie er doch Gott Lob und Dank mit Fürsatz nie gethan!) E. F. Gn. erzürnet, so wäre es doch nun fast drei Jahre wohl genug gebüßt; ich kann E. F. Gn. nicht schreiben, wie hart mir diese Widerwärtigkeit zu Herzen gehet, darum bitte ich nochmals zum höchsten und als eine recht betrübte Mutter, E. F. Gn. wollen doch mich und den elenden Sohn in Gnaden ansehen, in diesem einigen Stück mein Herz erleichtern, das ja sonst genugsam gequälet ist und ihn unter andere, bescheidene und nicht tyrannische Hände geben, gereicht es doch E. F. Gn. selbstern hernach ob Gott will zu Freud und Trost. Ich, obwohl eine geringe, elende, doch treue Mutter, kann seiner nicht vergessen, bitte

1) Von Amberg nach Harzgerode im Bernburgschen.

2) Wahrscheinlich ist Fürst Ludwig von Anhalt-Cöthen gemeint.

deßwegen noch ganz unterthänig, daß E. F. Gn. sich nicht über mich erzürnen wollen, ich hab' mein Gewissen befreien müssen und nicht weniger thun können u. s. w.

Dieser Aufschrei eines gequälten Mutterherzens fand sein Echo. Mitten auf der Flucht vor der unterdessen wider ihn ausgesprochenen kaiserlichen Acht fand Christian am 2. Februar 1621 in Brandenburg Zeit, um eigenhändig niederzuschreiben: was wegen Abholung meines Sohnes Ernst in Acht zu nehmen. Seine Gemahlin solle mit seinen Brüdern und dem Hauptmann Heinrich von Börstel Rath halten, ob Ernst von Brieg wegzunehmen sei oder nicht. Entscheiden sie sich dafür, dann soll Salomon Muschwitz schleunigst zum brandenburgischen Hauptmann Ludwig von Börstel in Pegasus ziehen, um mit diesem zusammen Ernst aus Schlesiens abzuholen. Ueber Grotzen solle der junge Prinz, im Nothfalle mit Reiterbedeckung, nach Bernburg geleitet werden, wo seine Mutter weiter über ihn beschließen werde.

Vier Tage später schrieb Anna von Harzgerode aus an Ludwig von Börstel in Pegasus, sandte ihm 400 Fl. als Reisegeld und Abfindung für Ernst's Pagen etc. in Brieg und bat ihn, Ernst in höchster Still und Geheimniss zu ihr zu geleiten. Wenn die Wege etwa unsicher seien, so solle einer der Oberstlieutenants des Herzogs von Liegnitz, v. Iffelsstein oder Bulager, den Zug mit einer Reiterescorte geleiten. Sie befürchte, daß, falls der Kaiser mit den Schlesiern Frieden schliesse, ihr Sohn Ernst nicht mit darunter begriffen werden könnte, sondern für eine bonne prise erachtet und uns zum Verdruss und Herzeleid (wie dergleichen Exempel vorhanden und es wider allen Kriegsgebrauch mit unserem ältesten Sohne Herrn Christian aniso practicirt wird) vor-enthalten, vielleicht auch wohl gar zu einer anderen Religion gezwungen werden dürfte, woran sie König Friedrich von Böhmen, ihre Brüder und Rätthe erinnert hätten. Das eigenhändige Postscriptum der Fürstin zu diesem Briefe lautet: Lieber, Besonderer! Weil mein hoher Herr noch bei den schlesischen Ständen etliche Gelder ausstehen hat, und mir befohlen, bei dem Herzoge von Brieg deßwegen zu sollicitiren, wie ich dann hiebei schriftlich gethan, so ist mein Gefinnen an euch, ihr wollet deßwegen bei des Herzogs E. anhalten und so viel ihr erlangen könnt, annehmen, mit herausbringen und

eine Interims-Quittung von euch geben, soll von mir hernach die rechte Quittung zum Empfang der Gelder geschickt werden. Worin die Forderungen Christian's von Anhalt an die schlesischen Stände bestanden haben, ist mir zu eruiren nicht möglich gewesen. Ich vermuthe indeß, daß es Restforderungen seines Generalsgehaltes waren, zu welchem ja auch die Schlesier nach Verhältniß contribuiren mußten. Es ist sehr zu bezweifeln, daß die Fürstin den Betrag ihrer Forderung von den Ständen erhalten hat; gerade damals zeigten sich Eptere außerordentlich zäh und zahlungsunlustig.

Für Anna von Anhalt waren das Tage herber Prüfung. Ihr Gemahl war geächtet und auf der Flucht, sein Land sequestrirt, ihr ältester Sohn Christian weilte als kaiserlicher Gefangener in Wien, ihr jüngstes Söhnlein Friedrich Ludwig war am Anfange des Jahres gestorben. Nun trat zu dem allen noch die Sorge um ihren Liebling Ernst. Indeß, die Sicherheitsmaßregeln, welche Anna für seine Reise nach Bernburg vorgeschlagen hatte, erwiesen sich als ebenso überflüssig, wie ihre Befürchtungen wegen einer eventuellen Zwangsbekehrung ihres Kindes. Die Brieger Herzogsfamilie hatte sich nach der Schlacht bei Prag zu größerer Sicherheit nach Liegnitz begeben, wo sie der Brandenburgischen Grenze näher war, um für den Fall einer Aichtserklärung auch gegen Johann Christian sich schnell nach der Heimath der Herzogin retten zu können. Ende Februar reiste Dorothea Sibylla mit ihren Kindern und dem Prinzen Ernst von Anhalt nach Frankfurt ab. Schon am 2. März 1621 konnte Ernst der Mutter melden, daß sie sämmtlich glücklich dort angelangt seien. Sebottendorf schrieb am 4. März von da an die Fürstin: Als Fürst Christian I. vor kurzem in Breslau gewesen, habe er beschlossen, Ernst noch für ein paar Jahre unter seiner Inspection zu belassen. Da nun aber die Brieger Herrschaften Schlessien verlassen hätten, so frage er an, ob die Fürstin damit einverstanden sei. Bei Annas Widerwillen gegen seine Person konnte die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Sebottendorf schied in Frankfurt aus seiner officiellen Hofmeisterstellung aus. Er übernahm wunderbarer Weise bis 1624 die Erziehung des späteren Georg III. von Brieg während der Studien dieses Prinzen auf der Frankfurter Hochschule. Vielleicht wurde die Behandlung, welche Sebottendorf dem anhaltischen

Prinzen hatte angebeihen lassen, damals als nothwendiges Ingredienz einer guten Fürstenerziehung betrachtet. Später hat er die Brieger jungen Prinzen auf ihren Reisen in's Ausland begleitet und ist 1631 auf einer dieser Reisen zu Saumur in Frankreich gestorben. Ernst von Anhalt aber wandte sich von Frankfurt nach Bernburg und folgte dann seinem Vater nach Stade in das Exil. Er wurde später eine Art Günstling Wallensteins, welcher den anhaltischen Fürstenthümern in Folge dessen vielfache Erleichterungen zu Theil werden ließ. Bis 1630 kämpfte er unter kaiserlichen Fahnen in Italien gegen die Franzosen, 1631 trat er in kursächsische Dienste und zeichnete sich durch seinen stürmischen Kampfesmuth in der Schlacht bei Lützen aus. Im Getümmel des Kampfes erhielt er verschiedene Schüsse auf Helm und Kuraß. Zuletzt traf ihn eine Musketenkugel durch den rechten Schenkel oben in die Wade. Man brachte den Prinzen nach Raumburg, wo er an den Folgen der Verwundung am 3. December 1632 — acht Jahre nach dem Tode der Mutter — in einem Alter von 24½ Jahren verschied. Er liegt in Bernburg begraben.

XXII.

Die Standesherrschaft Wartenberg im Besitz des Herzogs Biron v. Kurland und des Feldmarschalls Münnich (1741—64)¹⁾.

Von Dr. Theodor Schönborn.

Die Standesherrschaft Wartenberg, welche gegen Osten an das Königreich Polen, gegen Süden an den Raminlauschen Kreis, gegen Westen und Norden an das Delbñische Fürstentum grenzend etwa einen Umfang von 9 bis 10 □ Meilen enthält, gewinnt vor allen andern schlesischen Standesherrschaften ein um so größeres und höheres Interesse, als sich an ihre Geschichte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zwei Namen eng anschließen, die in der Geschichte des russischen Staates einen hervorragenden Platz einnehmen, eines Staates, welcher in dieser Zeit zuerst entscheidend in die allgemeinen europäischen Verhältnisse eingriff. Die beiden Männer, welche je nach ihren intellektuellen Fähigkeiten und mitten in den Schauplatz des politischen Treibens und Rechtslebens einführen, sind die beiden russischen Minister Biron und Münnich.

Das Schicksal des Grafen Ernst Johann v. Biron ist mit dem Lebensgang der verwittweten Herzogin von Kurland, der späteren

¹⁾ Die vorliegende Arbeit ist zum größten Theil geschöpft aus den noch unbenützten Aktenstücken der Ministerial-Registratur, die, früher in dem Geh. Staats-Archiv zu Berlin, jetzt dem Staats-Archiv zu Breslau übergeben worden sind. Andere Notizen sind mir durch die Freundlichkeit des Herrn Archivraths Grünhagen und Herrn Professor Reimann mitgetheilt worden, wofür ich denselben hier meinen Dank ausspreche.

russischen Kaiserin, Anna Iwanowna, eng verbunden. Schon einige Jahre nach Absolvirung seiner Studien auf der Universität zu Königsberg war Biron im Jahre 1718 an den Hof der verwittweten Herzogin von Kurland, der zweiten Tochter Iwan's, des Bruders Peter des Großen, gekommen und hatte dort die Stellung eines Kammerjunktors inne. In kurzer Zeit erwarb sich Biron die Zuneigung der Herzogin, die ihn bald darauf im Jahre 1723 zur Vermählung mit einer bei ihr in hoher Gunst stehenden Hofdame, Benigna Gottliebe Trotta, genannt von Freyden, veranlaßte. Nach der Thronbesteigung Catharina's I. wurde er zum Kammerherrn und dann zum Oberhofmeister ernannt. Als im Jahre 1730 Peter II., der letzte Sprößling der Romanow, eines frühzeitigen Todes dahingeschieden, war die verwittwete Herzogin von Kurland, Anna, von den russischen Großen, an ihrer Spitze die Dolgorucki, auf den Kaiserthron berufen worden. Am 26. Februar 1730 hielt Anna ihren Einzug in Moskau, am 9. Mai fand die Krönung ebendasselbst statt. Nach dem Krönungsfeste wurde Biron an Stelle des gestürzten Iwan Dolgorucki Oberkammerherr, dann zum russischen Grafen erhoben und endlich erster kaiserlicher Minister. Nur wenige Jahre darauf wurden durch den Grafen Löwenwolde, welcher durch sein vertrautes Verhältniß zu der russischen Kaiserin einen bedeutenden Einfluß ausübte¹⁾, Unterhandlungen mit dem Standesherrn v. Wartenberg, Albrecht Christoph v. Dohna, eingeleitet. Graf Löwenwolde hielt sich damals, als nach dem Tode des polnischen Königs August II. die Diplomatie durch den Nachfolgestreit sehr beschäftigt war, mit Aufträgen seines Kabinet's bald in Warschau, bald in Schlesien und Preußen auf. In diesem Kampfe um die Krone Polens stützte sich der Gegenkönig Stanislaus Leszcynski auf die reiche Handelsstadt Danzig, um dort der Möglichkeit auswärtiger Hilfe sich zu versichern; doch hatte die Stadt am 30. Juni 1733 nach tapferer Vertheidigung sich unterwerfen müssen. Zur Strafe sollte Danzig mit 2 Millionen Thalern büßen; doch erließ die Kaiserin Anna, als der Stadtrath eine Gesandtschaft nach Petersburg schickte, die eine Hälfte; von der andern bekam der Premierminister Biron

¹⁾ Vgl. des Legationsraths Le Fort's Bericht vom 1. März 1727 bei Herrmann, Gesch. v. Rußland, 4. S. 492, Anm. 505.

180,000 Thaler, welche er zum Kauf der Staudesherrschaft Wartenberg verwandte ¹⁾).

Die Unterhandlungen Löwenwoldeß hatten nämlich bereits zu einer Uebereinkunft am 13. Juni 1733 zu Elodien in Preußen geführt, welche der Bruder des Staudesherrn Alexander Nemilins v. Dohna mit dem Bevollmächtigten und Günstlinge des Grafen Biron abschloß. Die Dohnaschen Aquaten gaben am 16. und 17. Juni ihre Zustimmung, am 22. Juni erfolgte vom deutschen Kaiser die Verleihung des Inkolats im Lande Schlessien für den Grafen Ernst Johann v. Biron. Der Kauf wurde am 1. September 1734 zu Danzig abgeschlossen, der Kaufpreis betrug 380,000 Rth. ²⁾). Die kaiserliche Anerkennung des Besizes und die Publikation geschahen am 21. März 1735, am 4. April wurde den Ständen der Verkauf der Herrschaft ³⁾) angezeigt und die Huldigung am 21. November vollzogen.

Am Petersburger Hofe strebten Biron zwei mächtige und einflußreiche Persönlichkeiten entgegen, welche gegen einander von bitterem

1) Hermann, Gesch. von Rußland, 4. S. 557 f.

2) Der Thaler zu 30 Silbergrößen oder 90 Kreuzer. Im Kaufkontrakt ward der Burggräfl. Dohnaschen Familie das jus protimiseos, das Vorkaufsrecht, reservirt. Br. St. A. M. R. III. 6. e.

3) Die Herrschaft Wartenberg kam nach mannigfachem Wechsel im Jahre 1323 an das Herzogthum Oels und blieb bei diesem über 160 Jahre. Darauf wird das Geschlecht von Haugwitz als Besitzer von Wartenberg genannt, dann kam es an einen böhmischen Herrn Zdenko (Staney) Löwe von Rosenthal auf Plattne, obersten Burggrafen in Prag. Nach wenigen Jahren wird sein Sohn Adam Löwe als Mitbesitzer erwähnt. 1529 kaufte der Erbmarschall des Herzogthums Stettin und des Fürstenthums Wenden die Herrschaft Wartenberg, welche später im Jahre 1570 an Georg Braun v. Ottendorf kam. Sein Sohn Georg Wilhelm verkaufte tief in Schulden versunken die Herrschaft an Abraham v. Dohna für den Preis von 140,000 Thlr.; aber erst nach Zahlung der Verbindlichkeiten wurde im April 1592 die ganze Herrschaft abgetreten sammt den beiden Häusern in der Stadt, die man das Stein und der alten Frauen Haus nannte. (Br. St. A. M. R. III. 6. e.) Nach dem Tode Carl Hannibals II. († 9. April 1711), welcher keine männlichen Erben hinterließ, kam die preußische reformirte Linie der Burggrafen v. Dohna in den Besitz der Staudesherrschaft. Der neue Staudesherr Alexander v. Dohna konnte den Besitz der Herrschaft, obwohl die Successionsentscheidung des Ober- und Fürstenrechtes zu Breslau schon am 23. August 1713 (vgl. Walther, Siles. dipl. II. 529) erfolgt war, doch erst später antreten. Dies lag hauptsächlich am protestantischen Bekenntnisse dieser Familie. Erst am 30. Mai 1719 wurde die Huldigung vollzogen. Sein Sohn Albrecht Christoph verkaufte die Staudesherrschaft an den Grafen Biron.

Haße entbrannt waren. Oftermanns Unentbehrlichkeit sah Biron wohl ein, er anerkannte seine immense Arbeitskraft; den brennend ehrgeizigen Münnich aber suchte er zu beseitigen. Der Türkenkrieg vom Jahre 1735 gab ihm hierzu Veranlassung. Es gelang ihm, seinem Gegner bei der Kaiserin die Oberbefehlshaberstelle zu verschaffen und ihn so von Petersburg zu entfernen. Diese Zeit des Türkenkrieges war es auch, in welcher Biron es erreichte, Polen und die kurländische Ritterschaft zu gewinnen und das Herzogthum Kurland nach dem Tode des letzten männlichen Sprossen aus dem Kettlerschen Hause, des Herzogs Ferdinand († 4. Mai 1737) zu erwerben. Von den kurländischen Ständen zu Mitau am 13. Juni 1737 durch den Einfluß der russischen Kaiserin zum Herzog erwählt, erfolgte am 14. Juli die oberlehnsherrliche Genehmigung des Königs von Polen; die feierliche Belehnung erhielt der Herzog am 20. März 1738 durch Deputirte vor dem königlichen Thron zu Warschau. Und bald darauf nahm auch Biron die schlesische Standesherrschaft in die fürstliche Titulatur auf. In dem Türkenkriege hatte Rußland gemeinschaftliche Sache mit Karl VI. gemacht, aber Oestreich ohne Finanzen, ohne tüchtigen Feldherrn hatte keinen Erfolg und beeilte 1739 den Belgrader Frieden. Münnich hatte am 28. August 1738 über den Seraßkier Weli Pascha einen glänzenden Sieg erfochten¹⁾, er hatte die Moldau erobert, er schmeichelte sich hier schon Hospodar zu werden und Biron bei weitem zu überflügeln, da hatte Biron zu seinem großen Zorne die Kaiserin zu einem für Rußland nicht sehr vortheilhaften Frieden getrieben.

Münnich suchte nun, wie es Biron mit der Erwerbung des Herzogthums Kurland geglückt war, wenigstens den Titel eines Herzogs von der Ukraine zu erlangen, aber die Kaiserin wies ihn spöttisch ab²⁾. So steigerte sich immer mehr und mehr der persönliche Haß gegen einander. Als die Kaiserin Anna nicht lange darauf am 28. October 1740 gestorben war, übernahm die Regentschaft der Herzog Biron von Kurland. Doch dauerte dieselbe wenig über 3 Wochen. Er wurde gestürzt durch Münnich am 20. November des nämlichen Jahres. Die Regentschaft wurde auf die Großfürstin Anna übertragen (reg. vom

1) Herrmann, Gesch. v. Rußland IV. 591.

2) Herrmann, Gesch. v. Rußland IV. S. 594.

20. Nov. 1740 bis 6. Dec. 1741) und Münnich, dem die Großfürstin den Sturz Biron's und ihre Erhebung zur Regentschaft dankte, wurde Premierminister. Biron wurde in Anklagezustand versetzt und am 13. Januar 1741 das Urtheil bekannt gemacht, daß der vormalige Herzog von Kurland sich der Verbrechen des Hochverraths, der beleidigten Majestät und Unterschlagung der kaiserlichen Gelder schuldig gemacht und das Leben verwirkt habe. Doch wurde dasselbe von der Großfürstin dahin gemildert, daß Biron mit Confiscirung all seines Vermögens und Entziehung aller Ehren und Würden nebst seiner ganzen Familie zu immerwährendem Gefängniß nach Sibirien abgeführt werden solle.

Mit dem Schicksal, welches Biron in Rußland traf, steht das Schicksal der Ständeherrschaft Wartenberg in engster Verbindung. Nicht bloß das Herzogtum Kurland, sondern auch die schlesische Ständeherrschaft Wartenberg sollten Biron entzogen werden. Die Entziehung Kurlands, wo der Kampf um die Selbständigkeit des Landes hin und her wogte und der russische Einfluß dominirte, war nicht schwer in's Werk zu setzen. In Mitau, Liebau und Windau wurden alle herzoglichen Effecten unter Siegel gelegt. Der König von Polen als Oberlehnsherr verwandte sich vergebens für Biron, ohne Erfolg waren seine Schreiben in dieser Angelegenheit an Münnich und Ostermann, und so bewilligte er endlich aus Freundschaft für den russischen Hof die Sequestration der herzoglichen Allodialgüter in Kurland¹⁾. Anders aber verhielt es sich mit der schlesischen Ständeherrschaft, welche noch der Krone Oestreich unterworfen war und Rußland Biron zu entreißen kein Recht hatte. Wenn in Kurland die braunschweigische Succession in Aussicht gestellt wurde²⁾, so suchte Münnich die Großfürstin zu gewinnen und die politisch-kriegerischen Verhältnisse zu benützen, um Wartenberg an sich zu bringen. Wie schnell ihm das gelungen war, zeigt ein Schreiben des Feldmarschalls an seinen Schwiegersohn, Grafen zu Solms, nur wenige Wochen nach der Verurteilung Biron's. „Ich

1) Russische Günstlinge. Tübingen 1809. Anonym. Der Verfasser hat über Biron das Buch benützt: „Wertwürdige, in dem Archive der Bastille wirklich gefundene, Inquisition's-Akten, Protokolle und andere wichtige Papiere.“ Leipzig 1790.

2) Geschichte d. preuß. Politik v. J. G. Droysen. V. I. S. 203.

habe nicht anstehen wollen," schreibt Münnich aus Petersburg am 17. Januar 1741, „Ew. Hochgeboren hierdurch zu benachrichtigen, welcher gestalt Ihro Kayserliche Hoheit Unser Allergnädigste Großfürstin, auf Anleitung des Wienerischen Hofes, und eines deßfalls von dem Böhmischen Canzler Herrn Grafen von Kinský an mich eingelaufenen Schreibens, Allergnädigst geruhen wollen, mir die in Schlessien belegne freye Standes-Herrschaft Wartenberg mit allen appertinentien, und dem von dem Herzoge von Churlande zugekauften Güttern, für mich und meine Nachkommen Allergnädigst zu schenken¹⁾." Hiernach erhielt also Münnich durch den befürwortenden Einfluß der Großfürstin mit Bewilligung des Wiener Hofes die schlesische Standesherrschaft als ein Geschenk.

Bald nämlich nachdem Biron in Ungnade verfallen, war Wartenberg von einer kaiserlichen Commission in Besiz genommen und das dortige Archiv nach Breslau zum Oberamt transportirt worden²⁾. Einen ganzen Monat im December hatte eine lange Krankheit den Feldmarschall und Premier-Minister Münnich von den Geschäften ferngehalten³⁾. Wenige Wochen nach seiner Genesung aber begannen die Unterhandlungen in Bezug auf die Erwerbung dieser Herrschaft. Die Großfürstin Anna hatte bei dem Wiener Hofe die Sequestration dieses Besizes verlangt, die kaiserliche Commission sollte die Interims-administration übernehmen. Der Feldmarschall Münnich, so berichtete am 17. Januar 1741 der englische Gesandte Finch, hat in dieser Angelegenheit ein eigenhändiges gnädiges Schreiben von Maria Theresia empfangen; die jährlichen Einkünfte der Herrschaft Wartenberg werden hier in einer Höhe von 30,000 fl. angegeben⁴⁾.

1) Bresl. Staats-Arch. M. R. III, 6, e. Das Schreiben ist eine Copie, aber, wie ausdrücklich verzeichnet ist, collationirt mit dem Original.

2) Schreiben des Generalpächters Fischer (d. Wartenberg, 19. Aug. 1762) an den wirl. geh. Stats- und Kriegs-Minister (Schlaberndorf).

3) Herrmann, Gesch. v. Rußland, IV. 662.

4) Aus dem Londoner Archiv. — Im Jahre 1775 verlangte der Staatsminister v. Poyrn die Einkünfte der Standesherrschaft in den lezten 6 Jahren zu wissen und wandte sich deshalb an den Landrath des Wartenbergischen Kreises, v. Poser. Dieser, welcher die jährlichen Revenuen der Herrschaft auf 36000 Rthlr. schätzte, bat hierüber den Generalbevollmächtigten Wartenbergs, den Landeshauptmann v. Salisch um Auskunft. Von Wolpersdorf (N. N. W. 3½ N. v. Glaz) aus berichtete am

Der böhmische Kanzler Graf Kinsky hatte in der Königin Namen an Münnich geschrieben und ihn mit obiger Standesherrschaft „vermöge unserer an solcher Herrschaft habenden völligen Recht erb- und eigenthümlich begnadigt“ und verordnet, daß ihm alle dazu gehörigen Dokumente und Briefschaften, so Herzog Biron in Händen gehabt, ausgehändigt werden sollten¹⁾. Die Königin von Ungarn und Böhmen hatte an das schlesische Ober-Amt ein Reskript erlassen, daß man gesonnen sei, die Interimsadministration von Wartenberg dem Grafen v. Solms zu übertragen und diesen hierbei zu schützen²⁾. Der russische Obrist und Generaladjutant Graf zu Solms war am 20. Januar 1741 aus Biliz nach Wartenberg gekommen, um die von der Königin Maria Theresia durch das Königl. Ober-Amt der Wartenbergischen Regierung am 28. December 1740 notifizirte Interims-Administration zu übernehmen. Am 23. Januar 1741 waren bereits sämtliche Wirtschaftsbeamten vorgesordert, um ihm vorgestellt zu werden. Doch Friedrich der Große, welcher bereits Schlesien in Besiz genommen und am 3. Januar 1741 das Königliche Ober-Amt aufgelöst hatte, verfügte durch eine von dem Kriegs-Commissariat am 21. Januar Abends angekommene E Stafette die Sequestration Wartenbergs und somit trat eine Verzögerung in der Uebernahme der Administration ein³⁾. Der König von Preußen schien als im Besiz von Schlesien durchaus nicht geneigt, Maria Theresia das Recht einzuräumen, diese Herrschaft zu verschenken. Der preussische Gesandte in Petersburg, Mardefeld, so schreibt der englische Gesandte Finch, wundert sich, daß Maria Theresia Wartenberg verschenkt, während Preußen ganz Schlesien besetzt hat; Münnich

25. September 1775 v. Salisch, obwohl er diese Frage mit Mißtrauen aufnahm, dennoch an den Randrath, daß die Revenuen der letzten 6 Jahre durchschnittlich ungefähr einen Unterschied von etlichen hundert Thalern ergeben und der wirkliche Ertrag jährlich 30,000 Rthlr. betragen hätte, wie aus den Jahrextrakten nachgewiesen werden könnte. Br. St.-A. M. R. III. 6. e.

1) Aus der Copie eines Kais. Russ. Decreti, d. Petersburg, 20. Januar 1741, collationirt mit dem Original, unterschrieben von der Großfürstin Anna selbst. Bresl. Staats-Arch. M. R. III. 6. e.

2) M. R. III. 6. e. Dem Reskripte fehlt das Datum.

3) Extract aus dem Wartenberg. Regierungs-Protocoll, an. 1741, 23. Januar. Schreiben des früheren Regierungsekretärs in Wartenberg, Ernst Sigmund König, d. Bernstadt, 6. September 1762 an den Chef-Praesidente. Bresl. Staats-Arch. ebendaß.

nimmt an, so fährt Finck fort, sie hätte bezüglich der Herrschaft ein Recht der Confiskation gehabt und schließt: Gewiß ist, daß unser neuer großer Mann in 2 Monaten so reiche Ernte gemacht hat, wie Kurland in 7 Jahren. Am 27. Januar theilt Finck mit: Der König von Preußen hat geschrieben, da er Ansprüche auf ganz Schlessien und das Land in Besitz habe, so habe Maria Theresia kein Recht Wartenberg zu verschenken, bitte den Marschall es aus seinen Händen zu nehmen¹⁾. Ein Umschwung in dieser Sache ließ auch nicht lange auf sich warten.

Münich, dessen Einfluß die Kaiserin beherrschte und welcher den Oestreichern nicht vergessen konnte, wie sie ihm 1739 den glänzenden Ruhm des Türkenkrieges mit einem schmachlichen Frieden zunichte gemacht, hatte sich bei den politischen Machinationen, welche die militärische Action des Preußenkönigs begleiteten, entschieden auf die Seite Preußens gestellt. Friedrich II. hatte, um der Großfürstin zur Uebernahme der Regentschaft Glück zu wünschen, seinen Flügeladjutanten Major v. Winterfeld, den Schwiegersohn Münichs, nach Petersburg gesandt. Die Gunstbezeugungen, welche der König dem Feldmarschall durch denselben erweisen ließ, steigerten seinen Eifer so, daß der Allianzvertrag zwischen Preußen und Rußland gezeichnet (Januar 1741), der Vertrag dagegen, welchen Biron mit August III. von Sachsen geschlossen, in Petersburg als nicht vorhanden betrachtet wurde. Man sparte preußischer Seits kein Geld und keine Huld, um den Petersburger Hof ganz für sich zu gewinnen. Auf Münich konnte der König sich immerhin verlassen, aber er hatte viele Feinde. Marchese Botta versuchte alles, ihn zu überflügeln. Der Herzog von Braunschweig war unzufrieden mit dem Titel Generalissimus; wenn auch Friedrichs II. Schwager, so verdankte er sein Glück dem Wiener Hofe, besonders der Kaiserin-Wittwe, der Schwester seiner Mutter, und neigte sich deshalb mehr auf die Seite Oestreichs hin. So begann am Petersburger Hofe ein fortwährender Kampf gegen den preußischen Einfluß. Marchese Botta suchte mit Geschenken und Dotationen Preußen zu überbieten, der englische Gesandte Finck und der sächsische, Graf Lynar, unterstützten ihn.

1) Aus dem Londoner Archiv.

Noch hielt der Premierminister Münnich den preußischen Einfluß aufrecht (Februar 1741). Friedrich II. hatte dem Feldmarschall die Domäne Biegen¹⁾ angeboten, welche er jedoch abgelehnt hatte²⁾; der Wiener Hof hatte ihn überboten und ihm die Standesherrschaft Wartenberg in Schlesiens geschenkt, das aber schon von den Preußen besetzt war. Diese Preußen freundliche Stimmung und Stellung Münnichs hatte auch Rückwirkung auf das Geschick der schlesischen Standesherrschaft. Schon gegen Ende Februar 1741 kam Graf Solms wieder nach Wartenberg und die preußische Regierung stellte nun nichts entgegen, daß die Administration von ihm übernommen und dieß in der Regierungskanzlei am 2. März in Gegenwart zweier Deputirten aus dem Landeskollegium, Leonhard Moritz v. Prittwitz auf Commerau und Adam Wenzel aus Frankenberg auf Langendorf gesetzmäßig bekannt gemacht wurde. Hiermit war also die gerichtliche Auflassung d. h. die feierliche Uebertragung des Eigentums an Grundstücken vor Zeugen erfolgt.

So war Graf Münnich zum rechtlichen Besitz der Standesherrschaft gelangt. Indessen wurde bei der damaligen politischen Verwicklung die Huldigung der Stände nicht vorgenommen. Graf Solms wurde bald darauf zum Geh. Rath und russischen Gesandten an den Dresdener Hof ernannt; er ließ seinen Vater in Wartenberg zurück, welcher sich weder in die Oekonomie noch in das Justizwesen einmischte, sondern in stiller Ruhe lebte und dann im selbigen Jahr an einem Schlagflusse starb³⁾. Das Haupt-Direktorium hatte der Landeshauptmann v. Dreßky und Wirtschafts-Hauptmann war ein Herr v. Magusch.

Am Petersburger Hofe fanden unterdessen heftige Schwankungen statt; es war ein Kampf um den überwiegenden Einfluß zwischen Ostermann und Münnich. Immer mehr schlug derselbe zu Ungunsten des letzteren aus. Der Einfluß des Marchese Botta wuchs immer mehr und mehr, die Auswechselung der Ratificationen des preußisch-russischen Vertrages war gescheitert, der Zwiespalt im russischen Cabinet steigerte sich immer heftiger, so daß endlich Münnich seinen Abschied

1) Rgbz. Frankfurt, Nr. Cebus.

2) Droyßen V, 1, S. 202 f., 205, 206, 211 mit Anm. 3.

3) Aus obigem Schreiben des E. S. König, d. Bernstadt, 6. Sept. 1762.

forderte, welchen er am 15. März 1741 erhielt. Für Preußen schien der Sturz Münnichs eine furchtbare Krisis werden zu wollen, auf die Standesherrschaft Wartenberg äußerte er zunächst keinen Einfluß. Friedrich II. ließ noch wenige Tage nach dem Sturze Münnichs dem Kommissariate zu Breslau den Befehl zugehen, Wartenberg ganz zu schonen und keine Contributionen von ihm zu fordern; es soll dieß ein Beweis der Huld sein für den Premierminister und Feldmarschall Graf Münnich¹⁾).

Als dann später am 7. November 1741 die Erblandesehuldigung dem Könige Friedrich II. in Breslau geleistet wurde, erschien auch der Landeshauptmann von Wartenberg, v. Drestky, als Bevollmächtigter des Grafen Münnich und erhielt vom Könige Befehl, ihm nach Berlin zu folgen, wohin sich auch die sämtlichen Gesandten, die sich damals in Breslau aufgehalten hatten, begaben. Nachdem jedoch Feldmarschall Münnich bei der neuen Revolution im December 1741 nach Sibirien verurteilt worden war, kehrte Drestky nach Wartenberg zurück.

Die Verbannung Münnichs übte wiederum eine Rückwirkung auf das Schicksal Wartenbergs. Bald darauf wurde ein Befehl des Königs von Preußen, d. Berlin, 9. Januar 1742, an den Geh. Finanz-Rath v. Reinhardt gegeben, nach welchem, „da bei der jüngsthin geschehenen Revolution in Rußland den Generalfeldmarschall Graf v. Münnich und dessen Familie die Fatalität betroffen, daselbst arretirt und zur Inquisition gezogen zu werden, dieses aber seine Wirkung auf die in Schlehien gelegene dem Grafen Münnich zuständig gewesene Herrschaft Wartenberg mit haben könnte,“ dieses Land im Namen Sr. Majestät in Besitz genommen und eine ordentliche Sequestration eingerichtet werden sollte. Die baaren herrschaftlichen Gelder sollten an das Rentamt in Breslau abgeliefert, alle von der Standesherrschaft abfallenden dem Grafen Münnich sonst gehörigen Revenüen berechnet und dem König mit Ende jedes Monats davon ein Extract unter der Adresse an den Geh. Rath Eichel eingesandt werden. Die vorhandenen Gelder sowohl als die künftigen Erträge sollten von dem Rentamt zu Breslau eingezogen und unter dem Titel von Chatulle-Geldern berech-

¹⁾ Das Schreiben datirt vom 18. März 1741. Es ist verfaßt „par ordre exprés du Roi.“ Unterzeichnet: H. v. Podewils, C. W. Borcke. Bresl. Staats-Arch. M. R. III. 6. e.

net jedesmal vierteljährlich an Eichel überschickt werden. Alle diese Maßregeln waren ohne „Eclat“ und „sonder bruit,“ jedoch ohne die geringste Zeit zu verlieren, auszuführen¹⁾. Am 17. Januar 1742 eröffnete der preussische Kriegs- und Domänen-Rath v. Fuchs der Regierung und dem Rentamt zu Wartenberg, daß Er. Kön. Maj. für gut befunden, die freie Standesherrschaft Wartenberg zu sequestriren und erteilte dazu die nöthigen Verhaltungsbefehle. Am 18. Januar wurde vom Commissarius v. Fuchs der Landeshauptmann von Wartenberg, v. Dressky, zum Sequester bestellt und der Wirtschafts-Hauptmann v. Magusch, ebenso der Amtmann und der Rentmeister vereidigt. Darauf wurde die Standesherrschaft aufgenommen und die Regierung daselbst kassirt²⁾. So kam Wartenberg unter preussische Sequestration.

Fassen wir das Resultat zusammen, so ergibt sich, daß Viron auf gesetzmäßige Weise von der Dohnaschen Familie die Standesherrschaft Wartenberg durch Kauf erworben. Nach seinem Sturz nahm die Großfürstin Anna das Recht der Confiskation aller Besitzungen Viron's in Anspruch und dehnte dasselbe auch aus auf die schlesische Besitzung; sie verlangte von der Kaiserin Maria Theresia die Sequestration Wartenbergs. Maria Theresia gab hierzu ihre Einwilligung und darauf gab im Einverständniß mit dem Wiener Hofe die Großfürstin Anna dem Premierminister Münnich die Standesherrschaft zum Geschenk. Friedrich II., welcher damals Schlessen besetzt hielt, führte dann nichts weiter aus, als daß er, ohne bei der damaligen politischen Verwicklung die Sache erst untersuchen lassen zu können, aus politischen Motiven diesem von Maria Theresia schon bewilligten Schenkungsakte später seine Zustimmung erteilte. So erfolgte am 2. März 1741 durch die Bekanntmachung in der Regierungskanzlei in Gegenwart zweier Deputirten des Landeskollegiums die rechtmäßige Einsetzung Münnich's in den Besitz der Standesherrschaft oder nach dem heutigen Ausdrucke, die sogenannte Auflassung. Bei der später Friedrich dem Großen geleisteten Erblandeshuldigung beteiligte sich auch der Bevollmächtigte

1) Soweit das Schreiben Friedrich's II. an den Geh. Finanz-Rath v. Reinhardt. Br. St.-A. M. R. III. 6. e.

2) Schreiben des früheren Regierungsekretärs in Wartenberg, C. S. König, d. Bernstadt, 6. Sept. 1762 an den Chef-Präsidenten. Br. St.-A. M. R. III. 6. e.

Münichs, von Dreßky. Von staatsrechtlicher Seite betrachtet hatte freilich die Großfürstin Anna kein Recht gehabt, die Confiskation der Güter auszudehnen auf eine außerhalb ihres Staates in Schlessen gelegene Herrschaft. Die Confiskation kann nach den Lehren des Staatsrechtes nicht erstreckt werden auf das außerhalb des strafenden Staates gelegene Vermögen der Verurtheilten, da der andere Staat, in dessen Gebiete die Güter gelegen sind, kein Recht hat, dieselben auf den Grund einer auswärtigen Verurteilung für den auswärtigen Staat, noch weniger für sich selbst in Beschlag zu nehmen¹⁾. Es war und bleibt einmal somit die Wegnahme dieser Herrschaft ein Gewaltakt; die Zustimmung aber des Wiener Hofes und später des Königs von Preußen haben diesen Gewaltakt zu einem legalen Akt gestempelt. Noch verdient aber eine andere nicht minder wichtige Frage erörtert zu werden; eine Frage, welche damals, als wegen der politischen Wirren alle Rechtsverbindlichkeiten ausgeschlossen schienen, gar nicht beleuchtet wurde. Erst später, als bei der Wiedereinsetzung Biron's die Huldigungsformalitäten festgesetzt werden sollten, kam dieser Gegenstand zur Behandlung. Mit welchem Rechte hatte denn Biron die Standesherrschaft inne gehabt? oder besser, unter welchem Rechtstitel haben Maria Theresia und Friedrich II. ihre Zustimmung gegeben? War Wartenberg ein feudum, ein Fideikommiß oder ein Allodium? Wenn es ein feudum war, so war der Landesherr der Oberlehnsherr, er hatte als solcher bei schweren Vergehen das Recht, das Lehen wegzunehmen und wieder zu verleihen. Wenn es ein Fideikommiß war, so hing immerhin die Besitznahme ab von der Zustimmung der Familie, der Agnaten. War es ein allodium, so war die Herrschaft ein freies Eigentum; die Wegnahme derselben hing ab von der Einwilligung und Bestätigung des Landesherrn als solchen. Wie stand es nun mit Wartenberg? Wartenberg war von dem Burggrafen Abraham v. Dohna mit landesherrlichem Consens im Jahre 1600 zu einem Fideikommiß und Majorat gemacht und diese Einrichtung im Jahre 1606 vom Kaiser Rudolf II. bestätigt worden. Als aber Albert Christoph v. Dohna mit Einwilligung der Agnaten und fideikommiss. Erben

1) Vgl. v. Martens, Einl. in das positive europ. Völkerrecht, §. 103. Schmid, Lehrb. des Staatsrechts, §. 90. Note **.

Wartenberg dem Grafen Biron verkauft hatte, war das Fideikommiß cassirt und die Standesherrschaft in das Erbrecht und Allodium versetzt worden ¹⁾. Der Bevollmächtigte Biron's, der Landeshauptmann v. Dreßky, hatte das Juramentum fidelitatis (et Homagii) am Kais.

¹⁾ Wenige Jahre vor seinem Tode errichtete am 8. December 1768 Herzog Ernst Johann zu Kurland ein Testament, worin festgesetzt war, daß die Standesherrschaft Wartenberg nebst Zubehör, so lange der herzoglich Biron'sche Mannstamm dauern würde, nicht separirt noch verkauft oder verschuldet werden sollte. Auf den Bericht des damaligen Staatsministers Freiherrn v. d. Reß wurde die Bestätigung desselben am 3. Januar 1769 bei dem Könige Friedrich II. nachgesucht und von demselben die für den Mannstamm gegründete Fideikommißstiftung am 21. Januar bewilligt, aber nicht förmlich ausgefertigt. Im Jahre 1769 überließ Johann Ernst die Besitzungen seinem Sohne Peter, welcher am 13. Januar 1800 zu Sellenau in der Grafschaft Glatz starb. Nach seinem Tode erhob die Vormundschaft seiner minorennen Prinzessinnen Töchter Ansprüche auf Wartenberg. Gegen diese trat der Bruder des verstorbenen Standesherrn, Carl Ernst, auf Grund des obigen Testamentes mit der Vindikationsklage auf und hierauf wurden durch das am 2. März publicirte, in der Revisionsinstanz bestätigte Urtheil des 2. Senates der hiesigen Ober-Amts-Regierung die Erben des Herzogs Peter v. Sagan (Sagan durch Kauf erworben seit 1785, der Titel eines Herzogs von Sagan seit 1799 vgl. Br. St.-A. Stb. W. I. 9. h.) und Kurland verurtheilt, die Herrschaft an den klagenden Prinzen Carl Ernst v. Biron und, da dieser im Laufe des Processes gestorben war (16. Octob. 1801 in Königsberg), an dessen Erben herauszugeben. Hierauf erhob der älteste Sohn des verstorbenen Carl v. Biron, Gustav, nachdem er mit dem jüngeren Bruder Peter ein gerichtliches Abkommen geschlossen und sich völlig mit ihm auseinandergesetzt hatte, Anspruch auf die Standesherrschaft auf Grund des obigen Testamentes. Ebenso formirte aber auch die Vormundschaft der minorennen Töchter des verstorbenen Prinzen Carl Ernst v. Biron, über welche, da sie sich in dem Fräuleinstift zu St. Petersburg befanden, wegen ihrer etwaigen Anrechte auf Wartenberg nach § 84 Tit. 18 P. 2 Allg. E. R. eine Special-Curatel geführt ward, Erbansprüche auf diese Herrschaft. Zunächst weil die von ihrem Großvater testamentarisch angeordnete Fideikommißstiftung von Wartenberg ursprünglich landesherrlich nicht bestätigt worden sei und weil deshalb die Standesherrschaft auf Grund der in Schlessen geltenden Provinzialgesetze, wonach ein landesherrlich nicht confirmirtes Fideikommiß nur „usque ad proximum gradum substitutionis“ die fideicommissarische Qualität behalte, in den Händen des Vaters der Prinzessinnen (des verstorbenen Prinzen Carl Ernst) zum Allodium geworden, so daß die Prinzessinnen ein gleiches Erbrecht auf diese Herrschaft hätten als ihre Brüder. So entstand ein langwieriger Proceß zwischen Gustav Biron und seinen Schwestern. Ebenso wurde über den Nachlaß des „ab intestato“ und mit Hinterlassung zweier Prinzen und zweier minorennen Prinzessinnen verstorbenen Prinzen Carl Ernst v. Biron wegen der von demselben nachgelassenen Schulden bei der Ostpreuß. Regierung zu Königsberg der erbischastliche Liquidationsproceß eröffnet; die Gläubiger desselben nahmen die Herrschaft Wartenberg als ein zur Verlassenschaft ihres Schuldners gehöriges Vermögensstück in Anspruch und suchten aus dieser ihre Befriedigung zu erreichen. Deshalb wurden

Hofe abgelegt¹⁾); d. h. die einfache Hulde geleistet, der Standesherr hatte nur hiermit das Vasallenverhältniß zum Landesherren feierlich bekannt. Da also Wartenberg ein Allodialgut war, so geht daraus hervor, daß Maria Theresia wie der Berliner Hof ihre Zustimmung nicht als Oberlehnherrn, sondern nur als Landesherren haben ertheilen können. Und es erscheint somit natürlich, daß damals gegen die Besiznahme Wartenbergs von Seiten Münnichs kein Prätendent der Bironschen Familie mit Protest aufgetreten ist.

Nachdem am 3. Januar 1741 von Friedrich II. das österreichische Oberamt aufgelöst worden war, trat zunächst das Feld-Kriegscommissariat, dessen Leitung den Geheimrätthen v. Münchow und v. Reinhardt unterstellt war, an die Stelle desselben, welches die Verwaltung des eroberten Landes in sich vereinigte. Nach der Erblandes-huldigung im November 1741 und bei der bald darauf gegen Ende des Jahres erfolgten Neuorganisirung der Provinz erhielt Schlesien in den beiden Kriegs- und Domänenkammern zu Breslau und Glogau eine eigene

die bis zum Todestage des Prinzen Carl Ernst v. Biron erwachsenen Revenuen dieser Herrschaft im Betrage von 38,746 Rthlr. in das Pupillar-Depositum zu Breslau eingezogen und auf Requisition der Regierung zu Königsberg für die erb-schaftlichen Gläubiger des verstorbenen Prinzen eine Protestation gegen alle ihnen nachtheilige Eintragungen auf Wartenberg intabulirt. Ebenso wurden auch im Interesse der Prinzessinnen die Revenuen der Herrschaft zur Hälfte bis zum 1. März 1806 in das Breslauer Pupillar-Depositum eingezogen und zur Aufrechthaltung ihrer etwaigen Gerechtsame eine Protestation für sie auf Wartenberg eingetragen. Am 5. Juni 1806 wurde von Friedrich Wilhelm III. die Fideicommissstiftung von Wartenberg bestätigt. Der Prinz Gustav Biron erhob nun Klage sowohl wider die erb-schaftlichen Gläubiger seines Vaters als auch wider die Vormundschaft seiner Schwestern bei dem Ober-Pupillar-Collegium zu Breslau und beantragte, daß ihm die Standesherrschaft Wartenberg auf Grund der erfolgten Immediatbestätigung des Fideicommisses zuerkannt und seine Schwestern, sowie die erb-schaftlichen Creditoren seines Vaters mit allen darauf formirten Ansprüchen abgewiesen würden. Der Prozeß war im J. 1808, nachdem sein Fortgang durch den Krieg und durch die unterbrochene Passage nach Königsberg und Petersburg gehemmt worden war, wiederum im Gange*). Diese verwickelten prozeßualischen Verhältnisse konnten hier nur kurz berührt werden, insoweit sie die Allodialfrage der Standesherrschaft betreffen. Näheres im Br. St.-A. M. R. P. III. 6. m.

1) Schreiben der zur Bresl. D. A. Reg. verordneten Präsidenten und Rätthe, Breslau, d. 18. Juni 1764 an den König. D. Kais. Reskript d. d. Wien, 18. Mart. 1735.

*) Schreiben der Bresl. Ober-Amts-Regierung und des Ober-Pupillar-Collegium an den König, d. Breslau, 5. Januar 1808. M. R. P. III. 6. m.

Verwaltung, welche unmittelbar unter dem Kabinet stand und der zum Staatsminister ernannte Graf Ludwig v. Münchow wurde der erste Minister für Schlesien. Die schwerfällige ständische Kreisverwaltung war beseitigt worden; an ihre Stelle waren Land- und Steuerräthe getreten, durch welche hauptsächlich Sorge getragen werden sollte für alles das, was in das Reffort der Contributionen, Accise, Polizei- und Kammereiwesen fiel¹⁾. In der Rechtspflege wurde der althergebrachte wirre Apparat von Landhauptmannen, Manngerichten, Zwölfer-Gerichten u. s. w. abgeschafft. Früher waren die gegenseitigen Streitigkeiten der Prälaten und der Ritterschaft vor dem böhmischen Kammerpräsidenten und Landvogt als ihrem Landesheerrn geführt worden und sobald man mit dem Erkenntniß unzufrieden, war die Appellation nach altem üblichen Brauch an das ordentliche Mann-Recht gerichtet worden, welches vierteljährlich gehalten wurde. Die Streitigkeiten der Bürger in den Städten waren zunächst bei den ordentlichen Gerichten (diese bildeten die *primam*, auch *leutationis instantiam*) entschieden worden; die zweite Instanz hatte die Königliche Appellationskammer gebildet, die dritte der Landesheerr. Bei den Streitigkeiten der Bauern, welche dem Landesheerrn unmittelbar unterworfen waren, hatte die erste Instanz aus dem Scholz und den Gerichten bestanden; dagegen bei den Streitigkeiten der Bauern, welche ihre mittelbare Obrigkeit hatten, aus den Untergerichten derselben; die Appellationsinstanz war hier der Landesheerr oder sein verordnetes Amt. Die Streitigkeiten zwischen dem Landesheerrn und den Prälaten oder dem Ritterstand waren durch die ältesten Mannen entschieden worden, welche bei der Sache nicht interessirt waren. Der Besitzer der Standesherrschaft Wartenberg hatte das „*privilegium exemptionis fori*“ erhalten „in causis mere personalibus vel etiam extra judicialibus;“ nur noch der Kaiser war hier die Appellationsinstanz außer in Sachen, die vor das ordentliche Fürsten-Recht in Schlesien gehörten²⁾. Jetzt blieben zwar die städtischen

1) So auch in Wartenberg nach einem Schreiben des Königs, d. Znayn, 19. Febr. 1742 an den Etats-Minister v. Cocceji. Br. St. A. Stb. Wbg. III. 1. c.

2) Br. St. A. Stb. Wbg., I. 9. d. Ueber diese Rechtsverhältnisse in der Herrschaft Wartenberg wird verhandelt in dem Privilegium vom 24. Januar 1611, wonach vom Kaiser Rudolf II. Wartenberg in die Würde einer Standesherrschaft erhoben wurde.

und Patrimonialgerichte; jedoch wurden zwei neue Justizkollegien in Breslau und Glogau zur Aufsicht und als höhere Instanz angeordnet. Keine besondere Regierung noch Landeshauptmannerei, so hieß es in der Königlich-kabinettsordre, d. Znaym, 19. Februar 1742¹⁾, auch für die Standesherrschaft Wartenberg, sollte fortan mehr bestehen; in Justizangelegenheiten sollten Adel, Städte und Immediat-Herrschaften vom Ober-Amt zu Breslau „releviren.“ Die geistliche Gerichtsbarkeit erhielt ihre Controle und höhere Instanz in den zwei Consistorien, die mit der Regierung verbunden wurden. Deshalb werden auch die in dieser Standesherrschaft befindlichen Vasallen, Städte und andere Gerichte an das Königl. Ober-Amt und an das Consistorium zu Breslau verwiesen. Das alte Landesarchiv der Standesherrschaft sollte versiegelt und verschlossen werden²⁾ und wurde später (im April a. c.) nach Breslau transportirt³⁾. Freilich wurden auch in Wartenberg, wie anderwärts, Versuche gemacht, die alte Regierung beizubehalten. Der hiesige Adel, so heißt es in einem Schreiben des Landhauptmanns v. Dreßky v. 15 März 1742 an den Kammer-Präsidenten, sei notorisch arm und dieser müßte sich mit unerschwinglichen Kosten bei jedem Vorfalle nach Breslau wenden und dieß überstiege bei weitem den nach hiesigen Umständen gering eingerichteten Gehalt⁴⁾. Betrug doch der Gehalt des ganzen Regierungs-Amtes von Wartenberg nur die dürftige Summe von 700 Rthlr.⁵⁾ Daß der Entscheid des Königs noch ausblieb, lag in den bedrängten Zeitverhältnissen. Das Massenaufgebot in Schlesien und Mähren v. 13. Febr. d. J., wozu Commissäre

1) Das Original dieser Königl. Ordre befindet sich in den Wartenbergischen Sequestrationsakten. Vgl. Br. St. A. Eth. W. III. 1. c.

2) Schreiben, d. Glogau, 7. Mart. 1742 infolge einer Kabinettsordre vom 19. Februar a. c. Eth. W. III. 1. c.

3) Vom Ober-Amts-Regierungsrath v. Fülbner wurde das Archiv und Depositorium von Wartenberg abgeholt. Die Liquidation der dabei für Zehrung, Reise und gefertigte Kisten verwendeten Kosten betrug in Summa 12 Rthlr. 4 Sgr. Vgl. Bresl. St. A. P. A. III. 45. m. Schreiben der Ober-Amts-Regierung, d. Breslau, 11. April 1742.

4) Br. St. A. Eth. W. III. 1. c.

5) Schreiben des H. v. Dreßky, d. Wartenberg, 16. Mart. 1742 an den Kammer-Präsidenten. Eth. W. III. 1. c. Ein Regierungs-Sekretär in Wartenberg hatte damals 100 Rthlr. Gehalt, wovon jährlich 60 Rthlr. als Concipistengage abgezogen waren. Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. I.

des Wiener Hofes aufforderten, übte seine gewaltige Wirkung. Ein wilder Volkskrieg schien entsacht werden zu sollen, von der Gefahr und Verzweiflung der Herrschaften meldet Geh.-Rath Eichel in mehreren Schreiben an Staatsminister Podewils¹⁾. Eine Sendung, in welcher gestanden hatte, wie es mit der Verwaltung von Wartenberg gehalten werden sollte, war in dieser aufgeregten Zeit verloren gegangen. Hierbei mußte immerhin mit der größten Vorsicht verfahren werden. Schien man doch bei längerer Verzögerung Rußlands Einfluß und Eingriff heraus zu beschwören und zu befürchten, wie er sich ja im vorigen Jahre wirksam genug erwiesen hatte. Deshalb schrieb in Bezug auf die oben erwähnte verloren gegangene Sendung Eichel an Podewils: Doch ist glücklicherweise Rußland gar nicht erwähnt, weder Biron noch Münnich²⁾. Kurz vor dem Abmarsch aus Mähren ward dem Landeshauptmann v. Dreßky berichtet, daß es bei der Königl. Kabinettsordre vom 19. Februar bleiben solle³⁾.

Bald nach dem Friedensschluß zu Breslau (28. Juli 1742) begann der unermüdlich tätige König Friedrich II. seine Friedensarbeiten, wobei er über dem großen Ganzen auch das Kleine nicht vergaß. So unterzog er sich auch bald der Arbeit, welche die Sequestration der Standesherrschaft Wartenberg mit sich brachte. Wartenberg hatte viel gelitten besonders durch die daselbst stehende Esquadrons v. Brunikowski. Die Lieferungen, welche an diese Truppen nur im Juli abgegeben wurden, waren derartig, daß der Landeshauptmann v. Dreßky an die Breslauer Kammer und diese wieder am 3. August 1742 an den wirkf. Geh. Etats-Minister und Chef-Präsidenten Grafen v. Münchow berichtete: Wenn solche Lieferungen fortgesetzt werden sollten, müßte das Königl. Dominium 1000 Schafe und etliche 100 Stück Vieh abschaffen⁴⁾.

Wenn man bedenkt, daß in Schlesien auch damals auf die Erhaltung des Viehstandes ein vorzügliches Gewicht gelegt werden mußte, so daß

1) Drossen, Gesch. der preuß. Politik V. 1. S. 409, Anm. 2.

2) Znaym, 6. März 1742. Geh. Berl. Staats-Archiv.

3) Schreiben, d. Berlin, 7. April 1742. Stb. B. III. 1. c.

4) Bresl. St. A. M. R. III. 6 f. Vol. I. Hiernach war im Juli geliefert worden 428 Sch. 3 B. 2 Ml. Haber, 857 Sch. 3 B. Siede, 2217 Gebund 6 Pfd. Heu und 2217 Bund 6 Pfd. Stroh.

man nicht allein auf die Vermehrung des Pferdebestandes, was ja im Kriege nicht ohne Bedeutung hervortritt, Rücksicht zu nehmen hatte, sondern grade damals vor allem auf Nichtverminderung des Schafbestandes, weil nach einem späteren Bericht des Ministers Graf Hoyer über den Zustand Schlesiens, d. d. Breslau, 23. August 1787, die Woll-Manufacturen Schlesien in jener Zeit mit $\frac{1}{2}$ Million bereicherten und 12,087 Fabrikanten ernährten¹⁾, so wird man immerhin erkennen, daß eine derartige Verminderung des Viehbestandes, sobald dieselbe nicht durch irgend andere Mittel gehoben würde, auf den Ertrag auch eines kleinen Territoriums eine verderbliche Wirkung üben würde. Nur die Abschaffung von 1000 Schafen würde damals dem Dominium mindestens einen jährlichen Reingewinn von 210 Rth., bei guten Jahren einen Betrag von über 500 Rthlr. entzogen haben²⁾. Da nun der Reingewinn der Herrschaft Wartenberg vom 17. Januar 1742 an d. h. vom Tage der Sequestration bis zum 31. December d. J. sich auf 4735 Rth. 14 Gr. 3 d. belief³⁾, so würde dieser Verlust der Schafe allein wenigstens $4\frac{1}{2}\%$ des Reinertrags betragen. Es wird im obigen Schreiben deshalb zugleich angefragt, wie es ferner damit für jetzt und in Zukunft zu halten und woher die geschehene Lieferung bezahlt werden solle. Der Chef-Präsident Graf v. Münchow wies auf den wünschenswerthen Modus bei den Lieferungen hin, er zeigt, daß man gleich anfangs einen Ueberschlag der zu leistenden monatlichen Fourage hätte machen müssen, dann die erforderlichen Gelder aus der Dispositionskasse hätte einziehen und daraus die Fourage durch Entrepreneurs oder freiwillige Ablieferung anschaffen müssen⁴⁾. Zur Untersuchung der Wartenbergischen Revenüen wurde zugleich Dir. Baron v. Eöben beauftragt⁵⁾. Jedoch scheint der letzte Auftrag gar nicht zum Vollzug gekommen zu sein. Der König selbst wollte einen eingehenden Ueberblick gewinnen über alle Einkünfte der Standesherrschaft seit der Zeit der Sequestration. Deshalb forderte er einen summarischen Ex-

¹⁾ Vgl. Ztschr. f. schl. Gesch. I. 135.

²⁾ Grundsätze von Generalverpachtungen der Domainen in den preussischen Staaten. Berlin 1785, S. 55, 82. Der ungenannte Verfasser hat das Buch dem Staatsminister Freiherrn v. Werder gewidmet. Aus den hier aufgestellten Ansätzen ist obiges Resultat gezogen.

³⁾ Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. I.

⁴⁾ Schreiben an die Breslausche Kammer, exp. zu Reisse d. 9. August 1742. Br. St. A. M. R. III. 6 f. Vol. I.

⁵⁾ Exp. zu Reisse, d. 9. August 1742 an die Breslauer Kammer.

trakt von allen Revenüen seit jener Zeit bis zuletzt verflossenen Trinitatis von der Breslauschen Kriegs- und Domänenkammer. Hierin soll verzeichnet sein: 1) wie stark der Bestand an Gelde gewesen beim Beginn der Sequestration, 2) was hierzu bis zu Ende des Quartals Reminiscere dieses Jahres eingenommen, 3) was bis dahin wieder ausgegeben und zwar a) auf allergnädigsten Befehl, b) ad onera publica, c) zur Führung der Wirthschaft. Alsdann soll 4) die ganze Ausgabe von der ganzen Einnahme abgezogen und der bis Reminiscere bleibende Bestand gesetzt werden. 5) Von dem darauf folgenden Quartal Trinitatis soll demnächst ein besonderer Extrakt auf vorgedachte Art formirt und in solchen der von Reminiscere bleibende Bestand übertragen werden, so daß nach Abzug aller Ausgaben und Einnahmen genau zu sehen sei, wie stark der ganze Bestand bis lezt verwichenen Trinitatis bleibe und zwar sowohl an baarem Gelde, als an noch bestehenden Resten. Diesem soll darauf noch eine besondere Designation beigelegt werden von allem, was an Getreide und andern zu versilbernden „denrées“ (Lebensmittel) bis Trinitatis vorrätig und zum Verkauf geblieben. Künftig sollen dergleichen Extrakte mit Ablauf eines jeden Quartals an den Geh.-Rath Eichel eingesandt werden¹⁾.

Es war eine recht mühevolle Arbeit, deren größte Last der Geh. Rath Lautensack tragen mußte. Lautensack berichtet in einem Schreiben von Wartenberg aus am 18. September 1742 an den Etats- und Kriegs-Minister, daß er fast 6 Tage und Nächte geseffen, um bei Sr. Königl. Maj. Ankunft in Breslau fertig zu werden, er befindet sich aber deshalb seit gestern „sehr miserabel²⁾.“ Die Vollendung der Arbeit verzögerte sich doch noch länger hin. Am 15. Januar 1743 war der summarische Extrakt des Chatoull Amtes Wartenberg von Crucis bis Lucia 1742 (12. September — 13. December) zur Absendung fertig³⁾. Am 30. Januar 1743 ward der Extrakt und die Bilanz über Einnahme, Ausgabe und Bestand bei der Standesherrschaft Wartenberg von Zeit der Sequestration an bis Ausgang Decembers 1742 übersandt. Erst am 2. Februar 1743 konnte der Ueberschlag der Einnahmen und Ausgaben

¹⁾ Schreiben des Königs Friedrich II. (d. Charlottenburg, 10. August 1742) an den Etats-Minister Graf v. Münchow. Br. St. A. M. R. III. 6 f. Vol. I.

²⁾ Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. I.

³⁾ Das erste Schreiben, d. Breslau, 15. Januar 1743 an Exc. v. Münchow. Br. St. A. ebdas.

der Standesherrschaft Wartenberg vom 1. Januar bis Trinitatis c. überschickt werden. Diese Aktenstücke sind, wenn sie sich auch freilich nur auf eine einzige schlesische Standesherrschaft beziehen, doch nicht von geringer Bedeutung. Sie gewähren uns hauptsächlich einen Einblick in die ökonomisch wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir ersehen nicht bloß daraus die einfachen Einnahmen und Ausgaben, sondern was an Staatslasten die Herrschaft zu zahlen hatte, wie groß die Befoldung der Geistlichen und Bedienten, die Höhe des gesammten Tagelohnes bei den Dreschern, Hofarbeitern und Handwerkern, kurz den gesammten ökonomischen Zustand der Standesherrschaft.

Die Einnahmen betrugen vom 1. Januar bis zum 9. Juni als ad Term. Trinitatis 1743 während der Administration der Herrschaft Wartenberg: 14,740 Rth. 15 ggl. 10 d. Die Ausgaben 7714 Rth. 20 ggl. Es blieb also ein Ueberschuß von 7025 Rth. 19 ggl. 10 d. An beständigen Gefällen war innerhalb dieser Zeit 800 Rth., an unbeständigen Gefällen 450 Rth., an Gerichtsgefällen 50 Rth. eingegangen. Bei den Vorwerken (es waren ihrer 30) waren für zu verkaufendes Getreide 4500 Rth., für die Wolle von „der Walpurgis Schube“ 2200 Rth., von der Viehzucht an Pacht 1319 Rth. 18 sgr. 9 hl., für ausgemergeltes Vieh 60 Rth., für zu verkaufendes Garn 700 Rth. eingenommen worden. Die Brauerei hatte 2000 Rth., die Branntweinbrennerei 500 Rth., die Ziegelscheunen 80 Rth., die Schönsfärberei 20 Rth., die Pottaschbrennerei 54 Rth. 1 sgr. 3 hl., der Pechofen 10 Rth. eingebracht. Die Geld- u. Getreidezinsen von den Mühlen betrugen 739 Rth. 20 sgr. 7 hl., die Steuern von den Unterthanen 183 Rth. 14 sgr. 6 hl., die Forstgefälle nur 60 Rth., dagegen die Erträge von den Fischereien 1000 Rth., die Einnahme von den herrschaftlichen Wohnungen in der Stadt 13 Rth. 25 sgr. 7 hl. Die Ausgaben ad onera publica beliefen sich auf 1805 Rth. 24 sgr. 9 hl., für die Wirthschaft 1804 Rth. 15 sgr. 9 hl. Das Gehalt des Landeshauptmanns v. Dreßky vom 1. April 1742 bis Ausgang Juni 1743 betrug 541 Rth. 20 sgr. Sein Jahresgehalt war normirt auf 433 Rth. 10 sgr. Das Gehalt der übrigen Amts- und Forstbedienten einschließlich der Geistlichen belief sich insgesammt auf 325 Rth.

27 sgr. An Tagelohn war für die Dreschgärtner, Hofarbeiter und Handwerker in dieser Zeit ausgegeben worden die Summe von 1177 Rth. 6 sgr.¹⁾

Die Mehrzahl des dortigen Landvolkes lebte in Zuständen, die, wie aus den Dienstbeschreibungen hervorgehen mußte, elend und jämmerlich erschienen¹⁾. Der Geh.-Rath Lautensack spricht in einem Berichte, d. Wartenberg, 18. Sept. 1742 „von dem ganz wilden polnischen Gesinde und Unterthanen“; er bemerkt, es seien selbige lauter Leute, denen die Herrschaft Haus und Hof bauen und unterhalten, ihnen auch das nöthige Zugvieh von einer Zeit zur andern anschaffen muß, wodurch sie zu einer lüderlichen Wirtschaft verleitet werden und in einer recht mutwilligen Armut verbleiben, obgleich sie nach der Beschaffenheit des Landes wohl Brot haben und sich selbst in Stand erhalten könnten²⁾. War es aber denn möglich, daß der Bauernstand an der Scholle gebunden, dem Gutsherrn zu ungemessenen Diensten pflichtig, in förmlicher Leibeigenschaft gleichsam zu dem lebendigen Inventarium der Herrschaft gerechnet, so zu einer wirtschaftlichen Selbstständigkeit heranreifen konnte?

Wie alle schlesischen Aemter, so wollte auch Friedrich II., daß die herrschaftlichen Dominialstücke der Standesherrschaft Wartenberg gegen Trinitatis des nächst folgenden Jahres 1743 verpachtet würden³⁾. Lautensack wollte, um die Verpachtung zu erleichtern, das jährliche Pachtquantum auf 18,000 Rth. in den ersten 3 Jahren setzen, damit ein Pächter innerhalb dieser Zeit die Wirtschaft erst auf den gehörigen Fuß setzen und zu sicherer Herausbringung des ganzen Ertrages alles einrichten könne. Nach seiner Anschauung erscheint die übliche Methode, dem Pächter die Wirtschaftsausgaben gut zu rechnen, nicht gerechtfertigt. Er glaubt, daß, wenn man einem Pächter beweisen könne, daß das, was man ihm zur Bestreitung der Haushaltungskosten überlassen habe, soweit hinreiche, er zufrieden sein und für das übrige schon weiter zu sorgen im Stande sei⁴⁾.

1) Schreiben des Geh. Rath v. Fuchs, d. Breslau, 29. Dec. 1742 an den Minister v. Münchow. Vgl. Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. I.

2) Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. I.

3) Schreiben des Königs Friedrich II., d. Potsdam, 23. October 1742 an den Staats-Minister v. Münchow.

4) Schreiben Lautensacks, d. Oppeln, 13. October 1742 an den Staats- und Kriegs-Minister. Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. I.

Die Generalpacht übernahm, wie es heißt, ein „geschickter und bemittelter Mann,“ den der König auf seiner Reise durch die Mark zu Züllichau kennen gelernt hatte, Namens Adami, unter anderem mit der Bedingung, daß ihm der Charakter als Oberamtmann gewährt werde¹⁾ und daß, wenn die Contribution nach der neuen Classification nicht jährlich an 3241 Rth. 3 gl., d. h. so hoch solche für jetzt fixirt betragen möchte, das abgehende Quantum ihm zu Gute gerechnet würde. Der Pachtkontrakt wurde am 12. Februar 1743 vollzogen, die Generalpacht auf 6 Jahre geschlossen, die jährliche Pachtsumme betrug 19000 Rth., die Caution wurde auf 7000 Rth. gestellt²⁾. Die Administrationsrechnungen hatten innerhalb der Zeit der Verpachtung ihren weiteren Fortgang³⁾, sie mußten genau angefertigt und nach Breslau an die Kriegs- und Domänenkammer übersandt werden. Die Einnahmen und Ausgaben bei dem Königl. Chatoull Amt Wartenberg wurden genau nach den von Friedrich II. oben angegebenen Gesichtspunkten aufgestellt; die Ministerial-Registratur handelt im 2. Bande hauptsächlich nur davon für die Jahre von 1744—50. Und dies nicht allein. Auch von dem Zustande der 30 Vorwerke-Acker, der Winterung und von dem Vieh-Inventarium wurden detaillirte Berichte eingesandt, die uns einen Einblick geben in den damaligen Zustand und Wert dieser Ackergebiete, wie in den Kapitalreichtum des Viehstandes⁴⁾. Die Haupt Sorge der preussischen Regierung ging darauf hinaus, das gesammte Abgabensystem auf einen ganz neuen Fuß anzuordnen. Es sollte die möglichste Gleich-

1) Schreiben, d. Glogau, 22. Januar 1743, unterschrieben Fr.

2) Schreiben des Adami, d. Glogau, 28. Januar 1743 an den König. Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. I.

3) Hieran arbeiteten der Landeshauptmann zu Wartenberg v. Dressl, der dasige Rentmeister Neugebauer und der Amtmann Gottschling. Schreiben, Breslau, 7. Juli 1743. Br. St. A. ebdas.

4) Auf 30 Vorwerke-Acker wurden im Jahre 1743 an Weizen 293 Scheffel und an Korn 3910 Scheffel ausgesät. Rechnen wir nur annähernd einen Scheffel Ausfaat Weizen und einen Scheffel Korn auf den Morgen, so giebt dies im Ganzen 4203 Morgen oder in runder Zahl 140 Hufen (die Hufe zu 30 Morgen gerechnet). Eine mittlere Hufe trug damals ungefähr 52 Rth., also ist der Wert dieser Ackergebiete mindestens auf 7280 Rth. zu veranschlagen. Der Bestand an Pferden belief sich im Jahre 1743 auf 187, an Ochsen auf 461, an Rühen auf 607, an Jungvieh auf 689. Rechnen wir nach damaligem Preise auf ein Pferd 25 Rth., auf einen Ochsen 18 Rth., auf eine Kuh 12 Rth., auf ein Stück Jungvieh 5 Rth., so trug der Reichtum des Viehstandes summarisch 23,702 Rth. aus.

heit in die Vertheilung der Steuerbeträge gebracht werden. Deshalb wurde die Ausarbeitung eines richtigen Katasters oder Verzeichnisses der steuerbaren Güter und ihrer Nutzungen, wie der Teiche, Mühlen, Forsten u. s. w. für nötig gefunden. Die Commissarien mußten sämtliche steuerbare Artikel und ihren Ertrag ausmitteln und aufzeichnen. Auf die Vieh- besonders Schafzucht wurde ein besonderes Gewicht gelegt. Der Ertrag der meisten Produkte ist steigend und fallend, deshalb wurde die Durchschnittssumme von einigen Jahren bei dem Grade der Nutzung angenommen. In der Standesherrschaft Wartenberg wurde auf den Rath des Kriegs- und Domänen-Rathes v. Werner eine niedrigere Schaf-Viehtaxe veranschlagt ¹⁾. Den Ertrag schätzte man überhaupt nach der Fruchtbarkeit des Bodens und nach den mäßigsten Preisen der Erzeugnisse. Wenn im besten Boden der Scheffel Aussaat nur zu 6 Scheffel Ertrag, der Preis für einen Scheffel Weizen nur zu 24 Silbergroschen und die jährliche Nutzung einer Kuh nur zu 3 Reichsthaler angeschlagen wurde, so betrug der Weizenertrag für Wartenberg im Jahre 1743 also mindestens 1758 Rth. und der Nutzungswerth der Kühe 1821 Rth. Der Ingenieur Struve hatte das Amt Wartenberg mit den dortigen in- und außerhalb der Stadt gelegenen und zum Amt gehörigen Pertinenzien, wie auch das große Vorwerk, das kleine Vorwerk sammt den dabei gelegenen Zinsäckern und das Vorwerk Neuhoff sammt den Zinsäckern zu vermessen. Davon wurden Vermessungsregister angefertigt und die ganze Messung auf 2 Karten getragen, welche an Morgenzahl 5091 Morgen 36 Ruthen betrug. Diese Arbeit wurde in 84 Tagen einschließlich der Karten vollendet, täglich wurden 60 Morgen vermessen. Von Schirrmeister wurden vermessen die Vorwerke Distelwitz, Ellguth, Ober-Distelwitz und Nieder-Distelwitz. Der Flächeninhalt betrug 5042 Morgen 142 Ruthen. Diese Arbeit wurde in 58 Tagen einschließlich der Karten vollendet, täglich wurden 86 Morgen vermessen ²⁾. Wegen seiner

¹⁾ Breslau, 7. Juni 1743. Die Hammel durch die Bank auf 20 gr., die Schafe auf 16 gr., die Lämmer auf 8 gr. gesetzt. M. R. III. 6. f. Vol. I.

²⁾ Br. St. U. M. R. 6. f. Vol. II. Interessant dürfte in Bezug auf die Höhe des Kaufpreises die Notiz sein, daß damals der Mechanische Kretscham im Amte Wartenberg von dem Gärtner Boiteck Rosenblatt zu Nechau für 24 Rth. gekauft wurde mit Beibehaltung sowohl der monatlichen Contribution à 4 sgr. 6 hl. als des bisherigen Zinses à 8 Rth. und noch 3 ggr. Erbzinß.

Gesundheitsumstände wurde später der Ober-Amtmann Adami veranlaßt zur Generalpacht des Amtes Wartenberg einen Socius anzunehmen in der Person des Regiments-Quartier-Meisters Fischer vom Bippach'schen Regiment¹⁾, welcher später die Generalpacht übernahm. Es stellte sich heraus, daß der frühere Generalpächter Adami, wie der Kriegs-Rath v. Normann am 19. Juli 1754 berichtet, gar kein Wirt gewesen, sämtliche Vorwerke sublocirt, Unterpächter angestellt hat, die ebenfalls die Wirtschaft nicht nur nicht verstanden und unvermögend waren, etwas hineinzustecken, sondern nur darauf ausgingen, die Güter auszusaugen, so daß die Aecker außer Dünger gekommen, die Wiesen verwachsen, die Leiche verwildert sind²⁾. Durch den 7jährigen Krieg wurde die Standesherrschaft sehr mitgenommen. Als im Feldzug des Jahres 1761 die Oesterreicher unter Laudon die Vereinigung mit den Russen erstrebten, wählte der russische Feldherr Buturlin nicht den kürzeren Weg den österreichischen Vorschlägen gemäß über Dels nach Brieg, sondern den weiteren Weg längs der polnischen Grenze über Wartenberg³⁾. Damals wurden auf den 30 Vorwerken des Amtes Wartenberg durch diese russische Invasion 113 Pferde, 299 Ochsen, 404 Kühe, 415 St. Gäste Vieh und 9039 Stück Schafe verloren und geraubt und es waren an Vieh auf allen Vorwerken nur 101 Pferde, 122 Ochsen, 133 Kühe, 179 St. Gäste Vieh und 4171 Stück Schafe übrig geblieben⁴⁾. Der Generalpächter Fischer schreibt am 12. Juli 1762 an den Etats- und Kriegs-Minister: Ich habe mein eigenes Vermögen nicht mehr, was ich in's Amt gebracht habe. Wann ist jemals ein Beispiel gewesen, daß jemand zur Pacht gezwungen worden. Er bittet, daß ihm das Amt abgenommen werde, zu dessen fernerer Verwaltung alle seine Verbindlichkeiten aufgehört haben⁵⁾. In den letzten Jahren des 7jährigen Krieges war das Amt Wartenberg 3 Jahre hinter einander verwüstet und im 4. Jahre durch die

1) Schreiben des Adami v. 25. April 1752. M. R. 6. f. Vol. III.

2) Br. St. A. M. R. III. 6. f. Vol. III.

3) Schäfer, der siebenjähr. Krieg, II. 2, 231.

4) Vgl. dagegen die Höhe des Viehstandes im Jahre 1743. S. 472. Anmerkung 4.

5) M. R. III. 6. f. Vol. III.

große russische Armee völlig beraubt worden. Die erlittenen russischen Kriegsschäden betrugen 22650 Rth. 15 Gr. 4 Pf.¹⁾.

Wenn aber auch in den letzten Jahren des 7jährigen Krieges Warthenberg viel gelitten hatte und von der Höhe seines früheren Wertes herabgesunken war, so war dies wider Verschulden des Königs durch die den Krieg begleitenden Unfälle herbeigeführt worden. Friedrich II. hatte, wir müssen dies hervorheben, mit allen seinen Kräften für die Standesherrschaft gesorgt. Dies zeugen die jährlichen Rechnungen, die auf das genaueste angefertigt und nach Berlin übersandt werden mußten. Wenn Friedrich der Große aber selbst, wie wir sehen, Pachtanschläge zu machen, die Anschläge, in denen die Einkünfte der Herrschaft, ihre Ab- und Ausgaben berechnet waren, zu prüfen verstand, wenn er über das Größte hierbei mit scharfem Blick auch das Kleinste nicht übersah, so verdankte er diese Wirtschaftlichkeit, diese Menge von Detailkenntnissen nicht wenig den Jahren, welche er gezwungen zu Ruppin verlebt hat. Scheint aber unter dem ersten Generalpächter Adami die ökonomisch-wirtschaftliche Lage der Herrschaft nicht blühend gewesen zu sein, so hat dies seinen Grund einerseits in dem damals beliebten Verpachtungssysteme als auch gewiß daran, daß es Adami in den damals kriegsschwangeren Zeiten unmöglich war, an vermögende Persönlichkeiten seine Güter zu verpachten. Man lese die Aktenstücke, und man wird sich überzeugen, wie schwierig es der preussischen Regierung wurde einen Generalpächter für die Standesherrschaft aufzubringen, der eine hinreichende Caution zu leisten im Stande war; selbst Adami schien wegen der Uebernahme Warthenbergs bei dem schlechten Zustande der Unterthanen besorgt zu sein²⁾. Die Standesherrschaft hatte in den letzten Zeiten des 7jährigen Krieges alle Transporte und Kriegsschwernisse zwar tragen müssen, aber dennoch ist es bemerkenswert, daß trotzdem kein einziges Bauergut, ja nicht eine Stelle wüste geworden war³⁾.

Nach der Thronbesteigung der russischen Kaiserin Elisabeth war

¹⁾ M. R. III. 6. f. Vol. III.

²⁾ Schreiben des Geh. Rath v. Fuchs, d. Breslau 29. December 1742 an den Minister v. Münchow.

³⁾ M. R. III. 6. f. Vol. III.

einer der ersten kaiserlichen Befehle die Befreiung der Familie Biron. Allein einflußreiche Persönlichkeiten des Hofes wünschten den Herzog nicht zurück; deshalb widerrief Elisabeth den Befehl und ließ die Familie, die schon von Pelim abgereist war, nach Jaroslaw gehen. Hier lebte dieselbe bis an das Ende der Regierung der Kaiserin mit großer Freiheit. Peter III. ließ aus eigenem Antriebe den Herzog zurückkommen, Biron lebte zunächst in Petersburg und begegnete dem ebenfalls aus der Verbannung zurückgerufenen Grafen Münnich am Hofe Peters III., welcher vergebens eine Versöhnung zwischen ihnen herbeiführen wollte.

Nachdem Peter III. am 9. Juli 1762 durch seine eigene Verblendung und durch die besonnene Klugheit seiner Gemahlin gestürzt worden war, wurden bald darauf von Biron mit der Kaiserin Katharina II. Unterhandlungen angeknüpft, um die schlesische Standesherrschaft Wartenberg wiederzuerlangen, und die russische Kaiserin hatte sich hierauf an den König von Preußen gewandt. In Schlessien war dem Grafen v. Münchow als Minister auf kurze Zeit v. Massow gefolgt, und diesem unmittelbar noch vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges der Präsident der Magdeburgischen Kriegs- und Domänenkammer, Graf v. Schlaberndorf, welcher diesen vererblichen Krieg hindurch die Zügel der Verwaltung mit fester Hand gehalten hatte. Deshalb wurde zunächst im Auftrage des Königs auf Befehl dieses Staats- und Kriegsministers von Seiten der Ober-Amts-Regierung zu Breslau über das, was von dem Grafen v. Münnich Besitz der Standesherrschaft Wartenberg in dem dortigen Ober-Amtlichen Archive eruiert werden konnte, die genaueste Nachsuchung gehalten, um festzustellen, „quo titulo“ die Herrschaft Wartenberg von dem Grafen v. Biron auf den Grafen v. Münnich gekommen. Das Resultat dieser archivalischen Nachforschungen genügte noch nicht, so daß man auch den Generalpächter des Amtes Wartenberg, Fischer, und den früheren Regierungs-Sekretär in Wartenberg, König, zu Rathe ziehen mußte. Der Erfolg dieser Nachsuchungen ist bereits oben mitgetheilt. Auch die finanziellen Verhältnisse der Standesherrschaft unter Biron und Münnich wurden jetzt genau erforscht. Es stellte sich heraus, daß Graf Biron die Standesherrschaft Wartenberg

für 380,000 Rth. erkaufte, für die neu erkauften Güter ¹⁾ 113,140 Rth. gegeben und theils aus den Revenüen, theils aus ansehnlichen Remessen aus Petersburg bezahlt; außerdem für die (durch v. Dreschy) in Wien geleistete Huldigung und für die Bewilligung einer Schloßkapelle zu Wartenberg wie an douceurs 50,000 Rth. verwendet, weil vom 20. Mai 1734 bis zu der Ankunft des Grafen Solms die ganze Correspondenz nach Petersburg und Wien durch den früheren Regierungs-Sekretär in Wartenberg, König, geführt, auch selbst in Wien die Auszahlung und Berechnung geführt worden war ²⁾). Der Wirtschafts-Hauptmann v. Magusch versicherte auf amtliche Anfrage, daß der Feldmarschall Münnich viele Gelder nach Wartenberg geschickt, um sowohl die auf den vom Herzog von Kurland neu hinzugekauften Gütern haftenden Schulden

¹⁾ Sie heißen: Ischermin, Mergdorff, Meebau, Sbitschin, und die Rippinschen Güter: Rippine, Rippiner Elguth, Gruschhoff und Mangschütz. Als unter der Administration des Amts-Rathes Fischer Hussiten in das Land kamen, dißmembritte man die beiden ersten Güter Mergdorff und Ischermin und vertheilte auch einige tausend Morgen Wald unter diese Familien. Im Jahre 1749 legte Friedrich II. im Interesse der böhmischen Emigranten die Kolonie Groß-Friedrichs-Labor an, worin sich im Jahre 1818 schon über 120 Wirthe befanden. Der Herzog Ernst Johann v. Biron hatte schon wegen Dißmembration dieser Güter bei Friedrich d. Gr. Beschwerde geführt, doch es war keine Resolution erfolgt. Endlich machte im Jahre 1788 der Herzog Peter von Kurland mit dem Könige Friedrich Wilhelm II. ein Abkommen wegen dieser Dißmembration und wegen Zurückzahlung der ihm als Kronprinz geliehenen 100,000 Rth. Der König entschädigte ihn dafür mit den ehemaligen Jesuitenämtern Wartenberg, Kleinitz und Lindau. Der Kaufpreis betrug 100,000 Stück Speciesdukaten. Die jährlichen Revenüen dieser Güter werden nach Abzug der davon zu entrichtenden Landessteuer à 50 % auf 21,018 Rth. angegeben. Der Kauf wurde von dem Minister Grafen Hoyer und dem Bevollmächtigten des Herzogs Peter v. Kurland, Grafen Ralkreuth auf Siegersdorf zu Breslau am 27. Mai 1787 geschlossen; die Ratifikation erfolgte d. Berlin, 11. August 1787. Später im Jahre 1818 wünschte Prinz Gustav Biron v. Kurland eine Abschrift von diesem Vertrage und wandte sich deshalb an die Regierung zu Breslau. Da die Aktenstücke hierüber zu Breslau sich nicht vorfanden, fragte man in dieser Angelegenheit bei der Regierung zu Kienitz und, da in der dortigen Registratur nicht das mindeste aufzufinden war, bei dem Staatsminister des Innern, Freiherrn v. Schudmann, an; doch stellten diese Mühen sich als fruchtlos heraus. Nach manchen vergeblichen Versuchen gelang es erst diese Dokumente zu ermitteln, deren Originale sich in den Akten des damals dem Königl. Ministerium des Innern in Berlin gehörigen Schles. Geh. Archivs befanden. Vgl. Br. St. A. Stb. Bthg. I. 9. h.

²⁾ Schreiben des Ernst Siegmund König, Bernstadt, den 16. September 1762 an den Chef-Präsidenten. Br. St. A. M. R. III. 6. e.

zu bezahlen, als auch um mehrere Güter hinzuzukaufen¹⁾. Für die kurz vor dem Fall des Herzogs erkauften Rippiner Güter, für Medau und Ebitschine waren noch Kaufgelder zu bezahlen gewesen; weshalb der Herzog 31000 Rth. darauf haftende hypothekarische Schulden übernommen hatte²⁾. Es ergab sich, daß Feldmarschall Münnich zur Bezahlung der auf der Herrschaft Wartenberg stehenden Schulden im Jahre 1741 von Petersburg aus nach Wartenberg per Wechsel bezahlen ließ die Summe von 30,837 Rth. Das Horguelinische Handlungs- haus in Petersburg, durch welches alle Gelder berichtigt wurden, zahlte noch vom 15. Juli 1741 bis 20. Februar 1742 die Summe von 30,000 Rth. So viel ließ sich ermitteln über die Gelder, welche Biron und Münnich für Wartenberg verwendet hatten.

Die Kaiserin Catharina II. wollte in dem Streite Biron's und Münnich's nichts persönlich entscheiden. Sie vermied eine öffentliche Rechtsentscheidung. Daß sie aber in ihrem Innern dem Grafen Biron zugeneigt war, geht daraus hervor, daß sie sich von Friedrich II. das Versprechen geben ließ, Biron in seine Herrschaft wieder einzusetzen³⁾. So kam es, daß die Vermittlung, welche sie zwischen Biron und Münnich gestattete, in der Person des Vicekanzlers Prinzen Galizin in diesem Sinne übernommen und mit diesem Erfolge in Ausführung gebracht wurde. Mit großer Mühe brachte man den Feldmarschall Münnich dahin, daß er seine Rechte dem Grafen Biron für die Zahlung von 80,000 Rth. cedirte, d. h. das Forderungsrecht von sich auf Biron übertrug. Die Cession

1) Zu Zeiten des Feldmarschalls Münnich wurden hinzugekauft: Distelwiger Ellguth und Commerau. Das erste Gut war von einer Frau v. Frankenberg für 8000 Reichthal. oder 10,000 Thlr. schles. (der schles. Thaler zu 24 Silbgr. und der Silbergr. zu 18 Hell.) verkauft worden. Das Gut lag in der Indiction von 195 Thal. schles., 26 Groschen, $\frac{1}{2}$ Hell., gab jährlich Pfarrdecem nach Distelwitz $4\frac{1}{2}$ Scheff. Korn und ebensoviel Hafer Bresl. Maß. Der Kaufkontrakt wurde geschlossen den 8. Dec. 1741. — Commerau war verkauft worden von Peonh. Moriz v. Prittwitz für 15000 Reichthal. (Der Thal. zu 30 Silbergr., der Silbergr. zu 18 Hell.). Das Gut lag an Steuerindiction auf 522 Thlr. schles. Dem Geistlichen zu Wartenberg hatte es zu entrichten 4 Scheff. Korn, 4 Scheff. Hafer Wartenberg. Maßes an Decem und 8 Groschen Weiß an Geld. Der Kaufkontrakt vom 22. Dec. 1741. Br. St. A. M. R. III. 6. e.

2) Schreiben des Generalpächters Fischer, d. Wartenberg, d. 17. u. 24. Sept. 1762 an den Etats- und Kriegs-Minister. Br. St. A. M. R. III. 6. e.

3) Schreiben des Finkenstein an den Staatsminister v. Schlagerndorf, d. d. Berlin, 19. August 1764.

war also nicht durch richterliche Verfügung oder durch gesetzliche Vorschrift, sondern durch die freiwillige Willenserklärung des Cedenten erfolgt¹⁾. Nachdem der Vergleich zu Stande gekommen, suchten Münnich und Biron die Approbation des Königs von Preußen für die Ratification dieses Aktes zu erlangen²⁾. Darauf schrieb Graf Finkenstein an den Herzog von Kurland, daß Sr. Maj. mit großer Genugtuung den Vergleichsschluß zwischen ihm und Feldmarschall Münnich erfahren, und brachte ihm zugleich seinen Glückwunsch zum neuen Jahr für ihn und für sein berühmtes Haus dar. Friedrich II. schrieb am 17. December an Biron: „Mon Cousin. J'ai reçu la lettre que Votre Altesse m'a fait le plaisir de m'écrire le 25 de Novembre, et j'ai été charmé de voir par son contenu qu'elle a terminé à l'amiable les différents qu'elle avait avec le maréchal de Munnich au sujet de la seigneurie de Wartenberg³⁾.“

Der Vergleich zwischen Biron und Münnich war geschlossen und von Friedrich II. genehmigt. Der Wiedereinsetzung Biron's in die Standesherrschaft schien nichts im Wege zu stehen. Da hielt der Etats- und Kriegsminister v. Schläberndorf, wie er in einem Schreiben, d. Berlin, 29. December 1763 an den Kabinetminister Graf v. Finkenstein hervorhebt, es für seine Pflicht, dem Könige vorzustellen, daß es für Sr. Maj. Interesse vorteilhaft sein würde, wenn der Herzog Biron, statt daß ihm die Standesherrschaft zurückgegeben würde, mit Geld abgefunden werden könnte, da es nachteilig ist und in der Folge bleiben dürfte, einen solchen Vasallen zu haben und selbigen alle Verfassungen des Landes und sämtliche zu erlassenden Verfügungen bekannt werden zu lassen, und endlich die Herrschaft soviel Revenüen trüge, daß Sr. Königl. Maj., wenn auch die Gelder hierzu von der Landschaft negotiirt werden müßten, allemal Vorteil dabei haben würden. Schläberndorf zeigte zugleich an, daß die Prinzliche Gesamt-Kammer auf die Herrschaft Wartenberg ein Kapital von 21,000 Rthl. in vollwichtigen Dukaten vorgeschossen hätte⁴⁾. Diese Kapitalaufnahme war

1) Vgl. über Cession v. Holzendorff, Rechtslexikon, Bd. I. S. 276.

2) So berichtete Graf Solms an den König Friedrich II. d. 11. Nov. 1763. Vgl. Sbornik russkago istoriceskago obsčestva. Thl. 22, S. 156.

3) Sbornik russkago istoriceskago obsčestva. Th. 20, S. 187, 188.

4) Br. St. A. M. R. III. 6. e.

in der Zeit der Sequestration vollzogen worden. Da von dem Feldmarschall Münnich das von ihm zugekaufte Gut Commerau noch nicht bezahlt worden war, und außerdem noch auf den von dem Herzog v. Biron zugekauften Gütern Kapitalien gestanden hatten, so mußte zur Tilgung derselben aus den Kapitalien des Prinzen Ferdinand diese Summe aufgenommen werden, wovon jährlich 1050 Rthl. Interessen an das Rentamt abgeliefert wurden¹⁾. Diese Gelder sollten nach obigem Schreiben des Kriegs-Ministers, wenn der Herzog Biron die Herrschaft wieder bekommen sollte, von demselben notwendig bezahlt oder im andern Falle sicher gestellt werden, damit die Prinzliche Kasse darunter nicht leide. Am 20. Januar 1764 hatte der Herzog von Kurland noch nicht die wirkliche Restitution von Preußen nachgesucht, man wollte dies zunächst abwarten²⁾. Friedrich II. schickte indessen bald darauf nach dem Ratschlage Schläberndorfs eine gewandte Persönlichkeit nach Mietau, um wegen Ankaufs der Herrschaft zu verhandeln. Der Herzog lehnte aber die Proposition, Wartenberg zu verkaufen, ab und führte „solche Motive an, welchen nicht widersprochen werden konnte³⁾.“ Am 17. April benachrichtigte der König das Staatsministerium, daß „sich der vorgewesene Handel mit dem Herzog von Kurland wegen der Herrschaft Wartenberg gänzlich zerschlagen hat, indem dieser Herzog gar nicht zu disponiren gewesen, auf den Verkauf von solcher zu enttiren⁴⁾.“ Schläberndorf bedauert in einem Schreiben, d. Breslau am 25. April 1764, an Finkenstein, daß die Negotiation sich zerschlagen habe; diese Nachricht ist ihm gar nicht lieb zu vernehmen und er hätte wol gewünscht, diesen neuen Vasallen los zu werden, um bei der Herrschaft selbst diejenigen „meliorationes und nützlichen etablissemments“ zur Ausführung bringen zu können, wozu sich daselbst in der Folge Gelegenheit gefunden haben würde⁵⁾. Am 26. April 1764 schrieb Friedrich II. selbst an

1) Schreiben des Generalpächters Fischer, d. Wartenberg d. 24. September 1762 an den Etats- und Kriegs-Minister.

2) Schreiben, Berlin, 20. Januar 1764 an den Etats- und Kriegs-Minister v. Schläberndorf.

3) Schreiben des Grafen v. Finkenstein, d. Berlin d. 4. Mai 1764 an den Etats-Minister v. Schläberndorf.

4) Extract aus der Königl. Ordre, d. d. Potsdam, 17. April 1764. M. R. III. 6. e.

5) Br. St. A. M. R. III. 6. e.

den Staats-Minister v. Schlaberndorf: „Mein lieber Staats-Ministre v. Schlabrendorff. Was Ihr in Eurem Bericht vom 22. dieses wegen der Herrschaft Wartenberg an Mich melden wollen, solches wäre an sich ganz gut. Da aber wegen Erkauffung dieser Herrschaft vor Mich kein Handels mehr zu treffen ist, so kann es nicht anders seyn, als daß gedachte Herrschaft an den Herzog von Curland wird übergeben und eingeräumt werden müssen ¹⁾.“

Zimmerhin war es jetzt diesem Minister erwünscht, daß der Herzog von Curland die Standesherrschaft nicht für sich behalten, sondern an einen seiner jüngsten Söhne abtreten wollte. Biron schickte zunächst seinen Schwager, den Kammerherrn v. Trepden, nach Wartenberg, welcher die Uebergabe der Herrschaft nachsuchen sollte ²⁾. Dieser verlangte auch bald darauf die Tradition Wartenbergs und die Zulassung zur Huldigung ³⁾. Zu dieser Zeit war es auch, daß von Friedrich II. die Frage zur Erledigung gestellt wurde, ob die früheren Besitzer der Herrschaft Wartenberg dieselbe jure feudi oder allodii besaßen und in welcher Form sie die Huldigung oder Lehnspflicht geleistet hätten. Hierüber sollte in den Breslauer Registraturen nachgesucht werden ⁴⁾. Deshalb zog sich die Feier des Huldigungsaktes in die Länge. Am 30. Juni war diese Angelegenheit so weit gediehen, daß der Uebergabe selbst nichts als die Qualifikation des herzoglichen Mandatars zur Huldigung von Seiten des neuen Standesherrn im Wege stand. Am 16. Juli war endlich die Huldigung zu Berlin durch den herzoglichen Bevollmächtigten von Trepden geleistet worden. In diesem bei der Huldigung geleisteten „juramento fidelitatis et subjectionis“, waren, wie es in einem Schreiben an den Staatsminister Schlaberndorf heißt ⁵⁾, alle die Verbindlichkeiten, welche die Besitzer der sogenannten „statuum maiorum“

¹⁾ M. R. III. 6. e. Auch die folgenden Citate sind ebendaher entlehnt.

²⁾ Schreiben des Grafen v. Finckenstein, d. Berlin, 4. Mai 1764 an den Staats-Minister v. Schlaberndorf.

³⁾ Schreiben des Grafen v. Finckenstein an Schlaberndorf, d. Berlin, 31. Mai 1764.

⁴⁾ Schreiben des Königs Friedrich an die Breslauer Ober-Amts-Regierung, d. Berlin, 31. Mai 1764.

⁵⁾ Schreiben an v. Schlaberndorf, d. d. Breslau, 30. Juni 1764 von Einem hohen Departement auswärtiger Affairen.

gegen ihren Landesherrn und dessen Landesverordnungen hatten, concentrirt. Es handelte sich jetzt um die Vollziehung der Civil- und Natural-Tradition der Herrschaft Wartenberg. Vor derselben sollte jedoch noch die Prinz Ferdinandsche Schuld im Betrage von 21,000 Thlr. geregelt sein. Der Kammerherr v. Treyden erklärte in Gegenwart des von dem Prinzen Ferdinand abgeschickten Hof-Marschalls v. Meden, daß er wegen dieser auf Wartenberg haftenden Schuld das Erforderliche leisten werde und der Hof-Marschall versicherte, daß der Prinz einen Advokaten zu Breslau beauftragt habe, das Nötige daselbst zu besorgen¹⁾. Darauf veranlaßte die Breslauer Ober-Amts-Regierung den Mandatar des Prinzen Ferdinand, Hof-Rath Böhm, diese Angelegenheit unter seinen Schutz zu nehmen und sobald dieselbe geregelt, dem Staatsminister Schlaberndorf davon Nachricht zu ertheilen²⁾. Am 10. August war schon die Civil-Tradition durch die Ober-Amts-Regierung erfolgt und der Kriegs- und Domänen-Rath Plümcke, dem das Departement von Wartenberg übertragen war, beauftragt worden, zur Natural-Tradition sobald sich dahin zu begeben³⁾. Am 1. September kam der Kammerherr v. Treyden nach Wartenberg, logirte in einem Privathause und versicherte dem Landrath des Wartenbergischen Kreises, v. Poser, wie er nächstens hier eine Regierung errichten würde, durch welche er nach vollzogener Natural-Tradition den sämtlichen Ständen und Gemeinden die Besignahme der Standesherrschaft bekannt machen lassen würde. Der Landrath selbst war von dieser Veränderung auf keine Art informiert worden und mußte sich deshalb Verhaltungsbefehle von dem Staats-Minister Schlaberndorf erbitten⁴⁾. Doch wurde die Natural-Tradition noch auf weitere Zeit hin verschoben; der Staats-Minister v. Schlaberndorf scheint nicht geringe Schuld an der Verzögerung getragen zu haben. Da wandte sich der Herzog

1) Schreiben des Grafen Finckenstein an den Etats-Minister v. Schlaberndorf, Berlin, 16. Juli 1764.

2) Schreiben der Breslauer Ober-Amts-Regierung an den Staatsminister Schlaberndorf, d. Breslau, 9. Aug. 1764.

3) Schreiben des v. Schlaberndorf an Eine hochl. Breslauer Kriegs- und Domänen-Kammer, d. Breslau 10. Aug. 1764.

4) Schreiben des Gottlieb Heinrich v. Poser, d. Wartenberg, 4. Sept. 1764 an Sr. Excellenz v. Schlaberndorf.

von Kurland selbst an den Chef-Präsidenten v. Schlaberndorf in einem Schreiben, in welchem er zunächst für die ihm geleisteten Dienste seinen Dank ausdrückte und dann also fortfährt: „Je me flatte que Votre Excellence ne refusera point au Chambellan de Treyden la continuation de ses bontés pour ce qui lui reste encore à effectuer soit par rapport à la Tradition même ou à l'égard des revenus et comme il ne manquera point de faire tous ses efforts pour les merites, ie serai de mon coté charmé d'aller audevant de toutes les occasions ou ie pourrai faire paraître que ce suis

Monsieur

de Votre Excellence le tres humbell Serviteur

E. Johann h. h. z Curl¹⁾.“

Aus dem Schreiben leuchtet hervor, daß der Herzog v. Kurland den Staats-Minister v. Schlaberndorf vor allem ersucht, ihm die Natural-Tradition nicht zu verweigern. Was die Revenüen betrifft, welche in dem Briefe erwähnt werden, so bezog dies sich auf die Frage, wer eigentlich das Quartal Crucis der Wartenbergischen Revenüen zu erheben habe. Finkenstein war der Meinung, daß dieselben dem Herzog von Kurland zukommen, weil Sr. Königl. Maj. demselben die Restituierung der Herrschaft Wartenberg bereits im vorigen Jahre versprochen, der Herzog auch nicht „in mora“ der Huldigungsleistung gewesen, sondern solcher Aufschub von hiesiger Seite gekommen sei, indem die Auffuchung der Briefschaften einige Zeit erfordert hätte²⁾. Endlich wurde am 19. August die Anzeige nach Berlin gesandt, daß durch den Kriegs-Rath Plümcke die Natural-Übergabe der Standesherrschaft Wartenberg an den Bevollmächtigten des Herzogs v. Kurland, den Kurfürstl. Sächsischen Kammerherrn v. Treyden vollzogen sei. Der Amts-Rath Fischer setzte aber die Generalpacht bis künftigen Trinitatis noch fort; dann erst wollten beide Teile sich wegen Ablieferung des Inventariums unter sich auseinander setzen³⁾. Darauf verlangte

¹⁾ Das Schreiben d. Mitau, 18. September 1764.

²⁾ Schreiben des Finkenstein (und Herzberg) an den Etats-Minister v. Schlaberndorf, d. Berlin, 19. August 1764.

³⁾ In dieser Abhandlung kommen öfter die Ausdrücke Civil- und Natural-Tradition vor, von welchen der erstere weder in dem Rechtslexicon von Weiske noch von Holshendorff erläutert ist. Aus den Aktenstücken geht hervor, daß Civil-Tradition die

v. Trehden die Herausgabe der die Standesherrschaft betreffenden Akten, Urkunden, Karten, des Cautions-Instrumentis und des Contraktis des Generalpächters ¹⁾). Die Auslieferung derselben fand aber nur in beschränkter Weise statt. Man war gesonnen, dem Mandatar das Cautions-Instrument, den Original-Pacht-Contrakt des Beamten, weil von letzteren das Concept zurückblieb, ebenso die Dokumente, welche den Ankauf der erworbenen Güter Cummerau und Distelwitz betreffen, herauszugeben; jedoch in Bezug auf die übrigen die Herrschaft und das Amt angehenden Aktenstücke konnte man nicht so „indistincte“ verfügen, sondern damit sei „mit sehr vielem discernement“ vorzugehen, damit man nicht Sachen abgebe, „welche der neue dominus nicht zu wissen braucht,“ besonders diejenigen, in welchen zuletzt wegen Wiederabtretung der Herrschaft verhandelt worden. Deshalb soll der Registratur aufgegeben werden, von allen die Herrschaft und das Amt Wartenberg betreffenden Akten eine Spezifikation zu übergeben, so daß solche sodann nicht nur von dem Collegium nach den Rubriken genau geprüft, sondern auch die Aktenstücke selbst eingesehen werden können, um zu bestimmen, welche unter ihnen zurückzubehalten oder dem Mandatar zu verabsolgen sind ²⁾).

So war Graf Biron endlich in seine Standesherrschaft wieder eingesetzt. Viele Schwierigkeiten hatten bekämpft werden müssen, ehe dieser Akt erfolgt war. Viele Aktenstücke mußten durchforscht, manche Persönlichkeiten früherer Zeiten herangezogen werden, um festzustellen, daß dem damaligen Premier-Minister Münnich Wartenberg mit Einwilligung des Wiener Hofes von der Großfürstin Anna als Geschenk übergeben worden war. Münnichs Rache war gesättigt für die spöt-

Uebertragung der Rechte bezeichnet, welche dem künftigen Besitzer als solchem zustehen. So hatte z. B. der Standesherr von Wartenberg das „privilegium Exemptionis fori“ und das votum sessionis in der fürstfreiherrlichen Stimme (vgl. Br. St. A. Stb. Wtg. I. 9. d.). Unter Natural-Tradition verstand man die Besitzübertragung d. h. die Auseinandersetzung wegen Ablieferung des Inventariums und die spezielle Uebergabe der Güter und deren Inventariums. Die Civil-Tradition wurde durch die Ober-Amts-Regierung, die Naturaltradition an Ort und Stelle durch ein Mitglied der Breslauer Kriegs- und Domänenkammer vollzogen.

1) Schreiben der Räte, Breslau, d. 9. Oktob. 1764 an den Chef-Präsidenten v. Schlabenndorf.

2) Schreiben, d. Breslau, 15. Oktober 1764 an die Bresl. Königl. Dom. Kammer.

tische Verweigerung des Herzogstitels von der Ukraine von Seiten der Kaiserin Anna. Wer wollte, nachdem auch der Berliner Hof seine Zustimmung zur Besitznahme Wartenbergs durch Feldmarschall Münnich gegeben hatte, diesen Gewaltakt rückgängig machen, als Biron und Münnich aus ihrer Verbannung zurückgekehrt waren? Sollte Rußland nun in offener und energischer Weise gegen den Grafen Münnich vorgehen? Selbst aber wenn die damalige russische Kaiserin Katharina II. sich hätte entschieden zu Gunsten des Herzogs Biron auszusprechen wollen, würde Friedrich II. denjenigen Mann, der ihm zu seiner Zeit treffliche Dienste nach seinen Kräften geleistet hatte, der von ihm auf gesetzmäßigem Wege in die Standesherrschaft eingesetzt worden war, gemäß dem Rechtspruche der russischen Kaiserin haben fallen lassen und dieser Entscheidung sich gefügt haben? So hielt man, um eine Ausöhnung herbeizuführen, den Weg des Vergleiches für den geeignetsten und dieser kam endlich freilich mit großer Mühe zu Gunsten Biron's zu Stande. Die Größe der Geldsumme, welche Münnich für die Cession seiner Rechte erhielt, mag immerhin eine mäßige genannt werden, da nach Ausweis der Rechnungen mehr als $\frac{2}{3}$ davon im Interesse der Standesherrschaft verwandt worden war. Eine neue Wandlung in der Wartenbergischen Angelegenheit, die durch den Staatsminister v. Schlagerndorf aufgetaucht war, ging ebenso schnell vorüber, als sie gekommen war. Dennoch dauerte es, obwohl das herzoglich kurländische Haus in hoher Protektion bei dem Petersburger Hofe stand und in freundschaftlichem Vernehmen mit dem Berliner Hofe ¹⁾, fast ein Jahr noch, bis der Herzog Biron in seine frühere Standesherrschaft rechtmäßig eingesetzt wurde.

¹⁾ Schreiben der Rätthe an den Chef-Präsidenten v. Schlagerndorf, d. Breslau, 10. December 1764.

XXII.

Die Kastellanei Sandewalde und ihre Germanisirung,

eine ortsgeschichtliche Studie im Kreis Guhrau.

Von H. Schuch in Weimar.

Vorbe-
merkung.

In dem kleinen Kirchdorf Sandewalde an der Bartsch, 1 Meile unterhalb Herrnsstadt ¹⁾), lebt noch heute die Erinnerung an eine bedeutendere Vergangenheit des Ortes. Man glaubt, Sandewalde sei einst eine blühende volkreiche Stadt mit Festungswerken und Thürmen gewesen, ihr gegenüber auf dem südlichen Flußufer habe sich eine Burg erhoben, in welcher ein mächtiger Statthalter des Fürsten residirte; aber in einem großen Kriege soll Stadt und Burg vom Feinde erstürmt und völlig zerstört, die Einwohner erschlagen, oder in die Gefangenschaft fortgeführt worden sein. Erst lange danach sei an der alten Stätte wiederum eine Kirche erbaut worden; eine größere Ortschaft aber habe nicht mehr entstehen können, weil das einst weit ausgedehnte Stadtgebiet inzwischen in den Besitz der benachbarten Edelleute gerathen war. Der Zeitpunkt dieser Katastrophe wird gewöhnlich mit dem Einfall der Mongolen in Verbindung gebracht.

Zur Begründung deutet man auf die namentlich in der Nähe der Kirche bei jeder tiefer grabenden Erdarbeit zahlreich zu Tage kommenden

¹⁾ Die Feldflur umfaßt nur etwa 200 Morgen, von denen die Hälfte zur Kirche als Widemuth gehören. Die Zahl der Einwohner betrug 1867 nur 52.

menschlischen Gebeine. Man will an den Schädeln auffallend gut erhaltene Zahngebisse bemerkt haben, und schließt daraus, daß sie der Mehrzahl nach von jugendlichen Menschen herrühren müßten, von den Einwohnern der alten Stadt, die bei deren Erstürmung massenhaft den Tod fanden. Der Platz, auf dem die Kirche steht, heißt von jeher „der Ring,“ zur Erinnerung an den ehemaligen Marktplatz, was bei Dörfern niemals der Fall sei. Ebenso heiße die Dorfstraße, die nach Tschistey hinführt, „die Judengasse,“ weil hier wie in andern Städten die Juden abgesondert gewohnt hätten. Im angrenzenden Walde fanden sich unter der Erdoberfläche lange Strecken Steinpflaster, Ueberreste der ehemaligen Stadtstraßen.

Ein flacher Hügel im Wiesenlande südlich der Brücke wird der „Schloßberg“ genannt und als die Stelle bezeichnet, wo einst das Schloß gestanden habe. Jetzt ist hier ein rings von Wiesen umgebenes Fleckchen Ackerland. Einige Vertiefungen von unregelmäßiger Form könnten vielleicht als Ueberreste ehemaliger Befestigungsgräben gedeutet werden, sonst spricht hier Nichts von der einstigen Existenz eines Schlosses.

Man sieht, daß die Vorstellung von Sandewaldes Vergangenheit sich zu einem sehr undeutlichen, nebelhaften Bilde gestaltet hat. Wer aber mit der Geschichte Schlesiens bekannt ist weiß, daß abgesehen von dem tragischen Untergang des Ortes diese Tradition dennoch einen Kern historischer Wahrheit enthält. Ueber die Entstehung der Stadt Gubrau hat die Sage ebenfalls ein Netz angeblicher Thatfachen gewoben, die mit der Wirklichkeit wenig übereinstimmen. Der Zweck dieser Studie ist, die ältesten historisch sichern Nachrichten über Beide zusammen zu stellen, um dadurch ein richtigeres Bild ihrer Vergangenheit zur Anschauung zu bringen, was, soviel ich weiß, noch nirgend geschehen ist.

Sandewalde klingt vollkommen deutsch und scheint ein aus „Sand“ Name. und „Wald“ zusammengesetzter Name zu sein. Dennoch ist er sicher polnischen Ursprunges, weil er ähnlich lautend schon vorkommt, als in Schlesien noch gar nicht deutsch sondern nur polnisch gesprochen wurde. Er heißt urkundlich im Jahre 1155 Sandouil, 1202 Rudovel, und Sandoval, 1218, 1244 und später gewöhnlich Zandovel, gehört also zu den ehemals polnischen Ortsnamen, welche bei der fort-

schreitenden Germanisirung so weit verändert worden sind, bis ihre Aussprache der deutschen Zunge geläufig geworden war. Man sieht auch, daß die heutige Form des Namens sich leicht aus dem Klange des alten entwickeln konnte. Ueber die ihm inne wohnende Bedeutung giebt Röpell gewiß richtige Auskunft, wenn er ihn von den polnischen Worten *sąd*, das Gericht und *wola*, die Ansiedlung ableitet, ihm also die Bedeutung: Ort des Gerichtes oder „Gerichtsstätte“ unterlegt, unter Hinweis auf die Erzählung des *Chronicon polono-silesiacum*, daß die Entstehung des Namens an ein bestimmtes Ereigniß, an die Verurtheilung Zbigniew's durch seinen Halbbruder Boleslaus III. knüpft. Ersterer, von einem polnischen Adligen der Verrätherei beschuldigt, muß mit diesem kämpfen, wird überwunden und mit Verbannung bestraft. Der Sieger erhält zur Belohnung des Territorium Poniec (Punip). Der Ort, wo der Zweikampf und die Verurtheilung stattfand, hieß davon seitdem Sandueli (et locus iudicii ac pugne a re nomen suscepit Sandueli)¹⁾.

Sandewalde war aber, abgesehen von der Wahrheit dieser Erzählung, thatsächlich Jahrhunderte hindurch ein Ort, wo im Namen des Landesherrn Gericht gehalten wurde.

Schon in der ältesten schlesischen Urkunde, in der Bulle Hadrian's IV., vom 23. April 1155 werden Sandewalde und Guhrau in einer für ihre damalige Bedeutung charakteristischen Weise genannt. Ganz am Schlusse der langen Reihe bischöflicher Güter steht auch das Dorf Guhrau bei Sandewalde (et villam juxta Sandouil que Gora dicitur)²⁾. Damals also war Sandewalde der wichtigere Ort von beiden und in seiner Nähe lag Guhrau, ein Dorf im Besitze des Bischofs von Breslau. Etwa ein Jahrhundert später, am 9. August 1245, bestätigt abermals ein Papst, Innocenz IV. zu Lyon, diese bischöflichen Güter und giebt den Beweis, daß sich inzwischen in dem Verhältniß der beiden Orte zu einander noch Nichts geändert hat; Guhrau wird nochmals als ein Dorf, in der Nähe der Burg Sandewalde gelegen, bezeichnet (juxta castrum Sandouel villam Gora cum pertinenciis suis)³⁾,

1) Röpell I. 239—40. Grünhagen: Regesten zur schles. Geschichte I. p. 15.

2) Zeitschrift für schles. Geschichte II. 191.

3) Stenzel: Urkunden zur Gesch. des Bisthums Breslau im Mittelalter Nr. 7.

die Eigenschaft Sandewalde als Burg dagegen deutlich ausgesprochen; daß aber Sandewalde nicht nur eine Burg schlechtthin, sondern eine der alten Kreiburg war, von denen aus das polnische Reich in der ältesten Zeit verwaltet wurde, folgt außerdem aus einer großen Anzahl anderer Urkunden.

Was eine solche Kreiburg (*castrum, castellatura*) bedeutete, was die Amtsverrichtungen des dort residirenden Kastellan's und seiner Unterbeamten waren, ist, soviel man davon noch weiß, anderweitig erschöpfend angegeben ¹⁾ und darf hier darauf nur hingewiesen werden. Hervorzuheben aber ist davon, daß der Kastellan nicht nur der Befehlshaber der im Bezirk der Burg angesessenen Krieger, sondern auch der Vertreter des Fürsten, von dem alle Gerichtsbarkeit ausging, in der Verwaltung der Letzteren war, so daß also Sandewalde mit Recht eine Gerichtsstätte genannt werden konnte.

In den Urkunden Heinrichs I. erscheint als Kastellan von Sande-Kastellane. walde zuerst 1202 ²⁾ Chanstobor oder Chastobor bis 1208. Von ihm ist Weiteres nicht bekannt, als daß sein Bruder Bintemir hieß. 1223 ist durch 2 Urkunden ³⁾ bezeugt Graf Pribislaw, der Sohn des Goglaw und Bruder des Dirzel, Donator des Klosters Trebnitz, Besitzer von Zarnovo (Sarne?) und Powisko; 1228 und 1230 Moyco oder Graf Moycho ⁴⁾. In Urkunden Herzog Boleslaw's II. findet sich 1243 und 1244 Gebhard ⁵⁾ oder Gebehard, 1244 Zbilut, der Sohn des Pribislaw, Kastellans von Lebus. Er ist 1250 Hofrichter und kommt noch in vielen Urkunden der Breslauer Fürsten bis 1273 vor. Im Nekrolog des Vincenz-Stiftes ist der 24. October ohne Jahreszahl als sein Todestag angegeben ⁶⁾. Sein Sohn hieß Gebhard. Unter Herzog Conrad von Glogau erscheint als Kastellan 1251 und 53 Scoffo oder Graf Stoffo ⁷⁾. Von ihm kann man vermuthen, daß er dem Geschlechte angehörte, das sich nach dem in ihm gebräuchlichen Vornamen Stoffo später von Stosch nannte, im Kreise Gubrau allezeit beträchtlichen Grund besaß inne hatte und noch blüht. 1253 heißt der Kastellan Gebhard,

¹⁾ Röpell I. p. 86. 157. 615. Stenzel: Gesch. Schlesiens p. 154. 200 ff. Tschoppe und Stenzel Urkundensammlung p. 75. 78.

²⁾ Reg. Nr. 78. 79. 92 und 129. ³⁾ Nr. 270 und 734. ⁴⁾ Nr. 336 und 351.

⁵⁾ Nr. 607 und 610. ⁶⁾ Zeitschrift X. 448. ⁷⁾ Reg. Nr. 751. 777. und 856.

sein Bruder Thimo; 1257 Graf Peter¹⁾), der auch 1259 vorkommt, doch nicht ausdrücklich als Kastellan von Sandewalde bezeichnet, indessen ist auch bei den andern Zeugen das Amt nicht angegeben. In Urkunden Heinrich's III. von Breslau: 1260 Graf Nicolaus²⁾); 1265: Dirsziaus, herzoglicher Baron und Ritter³⁾); 1279: Dzijlaus, Ritter⁴⁾); 1283: Nycholaus Grimzlawiz⁵⁾). Dieser ist von dem ersten Nicolaus durch seinen Beinamen als Sohn des Grimzlaus unterschieden. Schon 1261 ist er als Ritter Zeuge Conrads von Glogau⁶⁾); 1266 Kastellan von Beuthen⁷⁾), 1278 Landrichter (judex generalis) Heinrich IV. von Breslau⁸⁾). Sein Nachfolger in Sandewalde ist Budivoy Copassin, auch Busivoy Copastinus oder Copazino genannt bis 1290⁹⁾). Von ihm weiß man, daß er in dem großen Streit Heinrichs IV. mit dem Bischof Thomas treu auf der Seite seines Fürsten blieb, auch als dieser mit dem Kirchenbann belegt worden war. Er wird auch in vielen andern Urkunden genannt und scheint zu der ritterlichen Familie Busewoy zu gehören, die in der Mongolenschlacht mitkämpfte¹⁰⁾), lange im Gebiet der Sandewalder Kastellanei begütert war, jetzt aber erloschen ist.

Zu betonen dürfte sein, daß seit der Mitte des Jahrhunderts Einige von den Kastellanen deutsche Namen tragen, daß aber die polnischen auch dann noch in der Mehrzahl sind. Mehrere von ihnen sind als Ritter, andre als Barone oder Grafen bezeichnet, was bekanntlich weder auf den Besitz der Ritterwürde in der damaligen idealen Bedeutung derselben, noch auf einen höheren Adelsrang schließen läßt, da in Polen damals jeder Adlige Ritter hieß, mit dem Titel Graf oder Baron aber nur ihre Stellung als hohe Landesbeamte bezeichnet werden soll. Die nicht unbedeutende Zahl von Urkunden, in denen Sandewalder Kastellane im Vergleich zu denen der übrigen Kreisburgen vorkommen, beweist, daß dieselben sich oft in der Nähe ihrer Fürsten befanden.

Dagegen ist keine einzige Urkunde in Sandewalde selbst ausgestellt worden, ein Zeichen, daß sich die Herzöge hier nur selten aufgehalten

1) Nr. 815. 987. 1014. 2) Nr. 1039. 1043. 3) Nr. 1212. 4) Nr. 1606.

5) Tzschoppe und Stenzel p. 401. 6) Reg. 1083. 7) Nr. 1238. 8) Nr. 1555. 1576 und 1577.

9) Stenzel: Urkunden zur Gesch. des Bisthums Breslau p. 250.

10) Stenzel Gesch. Schlesiens p. 48. Doch siehe hierüber auch: Euchs, Bilder der Hedwigslegende p. 5 über die Quelle dieser Nachricht.

haben, und daraus könnte wohl geschlossen werden, daß hier keine einem Fürsten angemessene Behausung bestand, die auch deutlichere Anzeichen ihrer Existenz hinterlassen haben würde. Einmal aber findet sich doch eine sichere Spur von der Anwesenheit fürstlicher Gäste in Sandewalde. Als Herzog Heinrich I. mit Wladislaw Laschonogi von Posen 1216 in Krieg gerathen war, vermittelten die Bischöfe von Posen, Breslau und Lebus einen Friedensvertrag, der dem Papste Honorius III. zur Bestätigung vorgelegt wurde. Er ertheilt dieselbe in einem Schreiben vom 9. Mai 1218, in welches ein Brief eingedrückt ist, den Wladislaw an den Papst gerichtet hatte, und worin er die Rückgabe aller seit dem „colloquium in Zandowel“ gemachter Gefangenen gelobt¹⁾. Dieses colloquium hatte also mit friedlichen Abmachungen geendet, und es ist wahrscheinlich, daß hier beide Herzöge, vielleicht auch die Bischöfe zur Unterhandlung zusammengekommen waren. Der geschlossene Friede könnte „der Sandewalder Friede“ genannt werden.

Die Ausstellungsorte der vielen erhaltenen Urkunden schlesischer Fürsten beweisen, daß die ersten derselben keine bleibende Residenz^{der Burg.} hatten, sondern mit ihrem Gefolge, je nachdem des Bedürfnis es erheischte, im Lande umherzogen. Sie wohnten dann auf den Kreisburgen, und die in der Nähe gelegenen Domainen hatten nach dem Maassstabe des polnischen Rechtes für ihren und ihres Gefolges Unterhalt zu sorgen. Die Burgen waren nach damaliger Weise gewiß so gut wie möglich befestigt. An hohes und dickes Mauerwerk, an ragende Thürme und prächtige Hallen ist aber wohl nur selten zu denken. Oft mag die Hauptstärke und die Sicherheit in der Lage der Burg bestanden haben, wobei die Kunst diejenigen Vortheile vervollkommnete, welche die Natur von selbst dargeboten hatte. Im Flachlande, das den weitaus größten Theil des polnischen Reiches erfüllt, wo von steilen Höhen und schroffen Felsen wenig zu finden ist, wählte man Vertlichkeiten aus, bei denen Gewässer und Sümpfe die Abwehr eines Angriffs erleichterten und den Zugang erschwerten. Eine künstliche Befestigung wurde durch Wall und Graben, Pallisaden und Pfankenzäune, schmale und mit Abschnitten

1) Grünh. Nr. 204, auch Köppl I. 424.

versehene Eingänge bewirkt. Innerhalb des Wallcs, der einen beträchtlichen Raum einschloß, standen die kunstlosen, niedern, mit Stroh gedeckten Gebäude, die für eine Besatzung, eine Anzahl Beamte und deren Dienerschaft, für Vieh und Vorräthe Behausung gewährten. Diese Burgen waren die Festungen des Landes. Zu ihnen flüchtete die Bevölkerung bei feindlichen Einfällen, und von ihrem Besiße hing zuweilen die Herrschaft über das Reich ab. Ein Theil von ihnen bestand schon seit den ältesten Zeiten der Nation; andre waren später angelegt worden, als die Eroberungskriege mit den Nachbarvölkern begannen. Boleslaus Chrobry, der zuerst erobernd über die alten polnischen Grenzen, die Oder und Neße, hinaus griff, soll viele von ihnen angelegt, die Bezirke derselben geregelt, auch eine Getreide-Abgabe (stroza) zum Unterhalt ihrer Besatzungen eingeführt haben. Mit Kriegsvolk war die Burg wohl immer versehen, um ihren Besiße zu sichern und die Autorität der hier waltenden Beamten zu verstärken. Eine solche Burg war also auch Sandewalde, und obwohl die einst in ihr befindlichen Gebäude schwerlich eine die Jahrhunderte hindurch dauernde Spur hinterlassen konnten, so mußte dies doch von dem Wall und dem Graben erwartet werden dürfen. Da nun davon auf dem sogenannten „Schloßberg“ so gut wie nichts gefunden wird, so scheint es wenig glaubhaft, daß die Burg einst hier gestanden habe. Dagegen wird man schwerlich irren, wenn man in dem alten und großen Ringwall, der sich nicht weit davon in der Nähe des Dorfes Ischistey erhebt, ihren Ueberrest zu erblicken meint. Etwa 1000 Schritt östlich der Brücke auf dem nördlichen Ufer des Flusses, der sich hier ehemals in mehrere Arme spaltete, liegt er mitten in den jeder Frühjahr=Ueberschwemmung ausgelegten Flußwiesen, ohne ihr selbst unterworfen zu sein, früher wahrscheinlich rings von Sumpf und Wasser umgeben. Die Form seines Grundrisses zeigt einen etwas eiförmigen Kreis von mehr als 200 Schritt Durchmesser. Der Wall ist im Laufe der Zeit von seinen Eigenthümern, den Besizern des Rittergutes Ischistey schon erheblich abgegraben worden, da der ganze Raum jetzt als fruchtbares Ackerland benützt wird.

In der Nachbarschaft wird dieser Wall, so wie auch ein viel kleinerer, der $\frac{1}{4}$ Meile davon bei Klein-Beltsch liegt und noch besser erhal-

ten ist, die „Schwedenschanze“ genannt. Auch auf der Generalstabskarte, Section Guhrau ist er so bezeichnet. Da aber alten Erdwällen diese Bezeichnung schon oft ohne Grund gegeben wurde, so darf sie wohl auch in diesem Fall angefochten werden; die Geschichte spricht wenigstens nicht für ihre Berechtigung. Die Schweden hatten sich zwar seit dem Jahre 1633 an der Bartsch festgesetzt, doch nur in den Städten, von denen aus die Beherrschung der Landschaft und ein stets gesicherter Uebergang über den Fluß am besten bewirkt werden konnte. Deshalb hatten sie damals auch die Schlösser von Herrnsstadt und Trachenberg inne. Was könnte sie aber veranlaßt haben, bei einem so unbedeutenden Dorfe, auf freiem Felde ein so ausgedehntes Werk anzulegen, daß die 1000 Schritt davon entfernte Flußbrücke nicht einmal unmittelbar deckt? Es kann sein, daß der vor dritthalb Jahrhunderten noch besser erhaltene Wall von ihnen vorübergehend militairisch benützt worden ist, aber erbaut haben sie ihn schwerlich. Das *Theatrum Europæum*, die *Annales Ferdinandeæ* und Pufendorf's Schwedisch-deutsche Kriegsgeschichte wissen Nichts von einer bei Sandewalde angelegten Befestigung, oder von einer dort vorgefallenen kriegerischen Action, obwohl sie doch die kleineren militairischen Ereignisse aus der Nähe, bei Guhrau, Herrnsstadt, Trachenberg u. s. w. berichten.

Eine von Jonas Scultetus aus Sprottau gefertigte, den Freiherrn von Stosch auf Tschirnau gewidmete, nach dem Ende des 30jährigen Krieges in Amsterdam ohne Jahreszahl erschienene Karte ¹⁾ des Fürstenthums Glogau zeigt reguläre bastionsartige Befestigungen am Hundspfaß, hier Hundeloch genannt, da wo die Glogau-Guhrauer Straße den Landgraben überschreitet, an der Bartsch bei Zapplau und bei Rüßen, aber keine bei Sandewalde. Der dortige alte Ringwall ist zwar auch auf ihr angegeben, aber durch ein von jenen Befestigungen sehr verschiedenes Zeichen, nämlich seinem Grundriß entsprechend durch einen kleinen Kreis, und er heißt hier, wie auch auf den späteren Homann'schen Karten (Fürstenthum Wohlau 1736): der Wall. Wäre dieser Wall erst in der Schwedenzeit zu militairischen Zwecken aufgeschüttet worden, dann würde man für seinen Grundriß sicher eine

¹⁾ Ein Exemplar derselben auf der Königl. Bibliothek in Berlin.

andre als die Kreisform gewählt haben. Grade diese deutet auf ein hohes Alter desselben, das bis in die vorchristliche und vorgeschichtliche Zeit des Landes zurückreichen mag. Sehr nahe liegt hier der Vergleich mit dem alten castrum Recen am sumpfigen Oderufer nahe unterhalb Brieg, das einst gleichzeitig mit Sandewalde eine polnische Kreisburg war, von der ebenfalls Nichts weiter übrig geblieben ist, als ein verlassener Wall im Oderwalde.

Ischistey hat ehemals als Domaine des Herzogs zur Burg Sandewalde gehört. Aus der Scholtisei des Dorfes entstand das dortige Rittergut erst 1532, als der Burggraf Balthasar v. Dohna die Scholtisei zu einem Freigut machte „frei vom Dienstpferde und aller Dorfordnung, zu erb und eignen polnischen Rechten, als einen ganz freien Ritterstz.“ was Herzog Friedrich II. von Liegnitz 1535 bestätigte¹⁾. Ischistey war also schon vorher zu deutschem Rechte ausgekehrt und ihm die ganze damals zur Burg gehörende Feldmark überwiesen worden, wobei für die alte Ansiedlung in der nächsten Umgebung der Kirche, das jetzige Dörfchen Sandewalde, außer der Pfarrwiedemuth nur wenig Land übrig blieb. Die Familie der Burggrafen von Dohna war einst in unserer Landschaft mit großem Grundbesitz angesessen; seit 1489 gehörte ihnen auch Herrnsstadt. Jener Balthasar mußte 1536 alle seine Güter wegen großer Schulden an Herzog Friedrich von Liegnitz verkaufen²⁾. Die Erhebung der Scholtisei von Ischistey zu einem Rittergut mag ihm einen finanziellen Gewinn gewährt haben.

Gebiet der Burg. Die benachbarten Kastellaneien waren: im Osten Militsch (schon 1136 erwähnt³⁾), im Süden Steinau (der Kastellan wird 1251 genannt⁴⁾), im Westen Glogau, dessen Burg bereits in den Kriegen, die Boleslaus Chrobry mit Kaiser Heinrich II. führte, 1010 eine Rolle spielt⁵⁾. Im Norden lagen die großpolnischen Landschaften. Wo diese Gebiete sich berührten wird mit Sicherheit wohl kaum noch zu ermitteln sein; wahrscheinlich aber folgten ihre Grenzen den Linien, welche die Natur durch Gewässer und dichte Wälder zwischen ihnen gezogen hatte. Das

1) Ischoppe und Stenzel p. 154.

2) Schönwälder, Platten z. Brieg p. 12.

3) Reg. pag. 23. 4) Reg. Nr. 777.

5) Reg. p. 6 auch Zeißberg: die Kriege Heinrich's II. und Boleslaus I. p. 375.

Gebiet, welches zur Kastellanei Sandewalde allem Anschein nach gehört hat, wird fast auf seinem ganzen Umfang von solchen natürlichen Grenzen eingeschlossen.

Die Niederung, in welcher der polnische und schlesische Landgraben zwischen dichtbewaldeten und sumpfigen Ufern in einem großen Bogen tragen Laufes zur Bartsch fließen, so wie das ähnlich gestaltete Flüsschen Maßla östlich Triebusch bis zur Orla, bildeten ehemals gewiß viel unterschiedenere Verkehrshindernisse, als dies noch heute der Fall ist und haben stets die Landesgrenze zwischen Schlesien und Groß-Polen bezeichnet. Das Thal der Orla in der Gegend, wo die Maßla mündet, so wie das der nahefließenden Bartsch waren bis in die neuere Zeit auch aufwärts in der Richtung gegen Trachenberg weit und breit mit Bruch und Wald erfüllt. Hier mag in unbestimmter Richtung die Grenze zwischen Sandewalde und Militzsch gegangen sein. Auf dem südlichen Bartsch-Ufer hebt sich das Terrain allmählich zu einem in nordwestlicher Richtung bis zur Oder und über diese hinaus streichenden Höhenzuge, auf welchem fernhin sichtbar Winzig liegt. Dieses gehörte zur Kastellanei Steinau und war später selbst der Mittelpunkt eines Landkreises. Da der Kreis Herrnsstadt sich aus dem Sandewalder entwickelt hat, wird seine Grenze mit Winzig gewiß mit der Südgrenze der Kastellanei Sandewalde zusammenfallen. Noch im Jahre 1557 waren die Bauern des Dorfes Tscheschen verbunden, zum Herrnsstädter Schloß Bauzuführen zu leisten, auch das Schloß in Kriegszeiten zu bewachen, und diese Verpflichtung war von alten Zeiten hergebracht¹⁾. Eine grade Linie von der Bartsch-Niederung bei Kamin bis zur Oder bei Lübben würde etwa diese Südgrenze darstellen; die Oder und Bartsch bis zur Mündung des Landgrabens schließen das Gebiet auf dieser Seite vollends ein. Daß dasselbe einst über die nordwestliche Grenze des späteren Kreises Herrnsstadt hinausreichte folgt aus den päpstlichen Urkunden von 1155 und 1245, welche Guhrau ein bei Sandewalde belegenes Dorf nennen, was doch wohl heißen soll, daß Guhrau damals im Bezirk von S. lag. Wenn dieser Guhrau einschloß, dann wird er auch bis an die angegebenen natürlichen Terrain-Einschnitte gereicht haben, zumal diese

¹⁾ Tschoppe und Stenzel p. 28.

von Alters her die Landesgrenze bildeten und von Glogau sowohl wie von Steinau schwieriger zu erreichen waren.

Kirche und
Parochie.

In der „historischen Statistik der evangel. Kirche Schlesiens von G. Anders heißt es pag. 208 von der Kirche zu Sandewalde, sie sei „nach Abschrift einer lateinischen Urkunde von Boleslaus bald nach 1037 erbaut und mit den Kirchen in Guhrau, Osten und Schabenuau der Diöcese Posen einverleibt worden.“ Daß diese Angabe unrichtig sei darf wohl bestimmt behauptet werden, da das Bisthum Breslau stets das ganze Land Schlesien, also auch die Sandewalder Kastellanei, umfaßt hat, da damals kein Boleslaus regierte und die öffentlichen Verhältnisse (Eroberung durch Böhmen, Abfall vom christlichen Glauben, Anarchie und Christenverfolgung) für die Erbauung von Kirchen sehr ungünstig waren. Aber wenn auch nicht grade 1037, so ist die Kirche doch gewiß schon sehr frühe errichtet worden. Die Kreisburgen, als Centralpunkte der sie umgebenden Landschaft, waren dafür sehr geeignet. Das Jahr ihrer Entstehung entzieht sich indessen jeder Nachforschung. Erst in der Mitte des 13. Jahrhunderts wird ihre Existenz beglaubigt durch eine Urkunde ¹⁾ Herzog Heinrich's III. von Breslau vom 30. Mai 1260, in welcher der Pfarrer von Sandewalde, Namens Otto, als Zeuge genannt wird. Derselbe war Hofkaplan des Herzogs. Für das hohe Alter der Kirche spricht auch der Umstand, daß Sandewalde noch im 14. Jahrhundert der Sitz des Erzpriesters für das Archipresbyterat Guhrau war, obwohl es bereits zu einem ganz unbedeutenden Orte herabgesunken und fast an der Peripherie seines Kirchenkreises lag. 1376 wird das Archipresbyterat schon nach der Stadt Guhrau bezeichnet. (Heyne II. 116.) Zu diesem gehörten in der Mitte des 14. Jahrhunderts folgende Kirchen: Sandwel, Herrnsiat, Kroschin, Syecz, Grabaw, Gzyrna, Offethin, Glynik, Sabin, Smus, Wilkow, Gora, Cunradivilla (Kursdorf), Gzedlig, Hinricivilla (Hinzendorf), Drebic, Kowel, Hynmandorf (Heyersdorf). Die letzten 6 Kirchen liegen bei Fraustadt, und ihre Zugehörigkeit nach Sandewalde ist eine Folge des Umstandes, daß der Kreis Fraustadt am Schluß des 13. Jahrhunderts in den Besitz Herzog Heinrich's III. von Glogau gerathen war, aber 1343 wieder an Polen verloren ging ²⁾.

¹⁾ Reg. Nr. 1050. ²⁾ Heyne Bisthumsgegeschichte I. 709.

In diesem Verzeichniß fehlen die Kirchen von Groß-Saul, Geischen, Tribusch, Rüßen, Herrnlauerß, Heuzendorf, Königsbruch, Gabel und Katschkau, die alle später erbaut worden sind, zum Theil innerhalb der Parochie von Sandewalde. Hünern gehört in derselben Zeit zum Archipresbyterat Wohlau; von der Kirche zu Tschilesen ist Nichts bekannt.

Die ältesten Kirchen hatten keine festbegrenzten Parochien; als diese später festgestellt wurde, erhielten sie meist eine sehr große Ausdehnung, da zu den in nicht genügender Anzahl vorhandenen Kirchen eine Menge Dörfer gewiesen werden mußten. Die erste Nachricht über Feststellung der Kirchsprengel findet sich 1217, als Bischof Laurentius diejenigen von Städtel-Leubus, Schlaup bei Jauer und Dyas bei Liegnitz bestimmte¹⁾. Alle drei sind sehr groß. Wann die Parochie zu Sandewalde begrenzt worden ist, bleibt ungewiß; daß es aber frühe geschah, beweist ihre große Ausbreitung. Noch jetzt gehören zu derselben: Tschistey, Groß- und Klein-Wiersewitz, Schäß, Schlaube, Gewersewitz und Hoch-Beltsch. Es haben aber außer diesen einst noch dazu gehört: Tribusch, Geischen, Kaltebortschen, Heinebortschen, Porlewitz, Saborwitz, Groß-Saul, Klein-Saul, Bronau, Groß- und Klein-Räudchen, Zechen, die nun die 3 eignen Kirchspiele Tribusch, Geischen und Groß-Saul bilden. Wann dieselben von Sandewalde abgetrennt wurden, ist nicht bekannt, wahrscheinlich ist es im 14. und 15. Jahrhundert mit der um sich greifenden Ausdehnung des deutschen Rechts in dieser Gegend geschehen. Es war schwierig, die alten großen Parochien in kleinere zu zerlegen²⁾, weil nicht nur der Bischof, sondern auch der Pfarrer dazu seine Einwilligung geben mußte und sich dagegen sträubte, sofern er nicht anderweitig entschädigt wurde. In einem großen Theil der oben genannten Dörfer, wenigstens in Tribusch, Geischen und Groß-Saul, war der Herzog der Eigenthümer, was wohl die Abtrennung erleichterte.

Herzog Konrad III. von Dels (1403—1412) hatte Tribusch anfänglich als Stadt angesetzt; 1406 aber bestimmte er, daß es ein Dorf sein solle. Der ehemalige Vogt wurde Schulz, erhielt das Gericht

¹⁾ Reg. Nr. 177. ²⁾ Meitzen: Urkunden schlesischer Dörfer p. 93; auch Heyne: Bisthumsgeschichte I. 728.

den Hof, 4 Hufen Erbe, Trift für 200 Schafe und diente dafür dem Herzog mit einem Pferde, 3 Mark werth. (Dies ist wohl der Ursprung des jetzigen Rittergutes.) Von den gesammten 50 Hufen bleiben nach Abzug der 4 des Schulzen und der 2, welche der Kirche gehören sollen, noch 44 zinsbar. Jede gab jährlich eine Mark Zins, sowie 3 Scheffel Hafer und war anfänglich 8 Jahr zinsfrei¹⁾. Da hier 2 Hufen Land für die Kirche bestimmt werden, wird sie wohl um diese Zeit errichtet worden sein. Von Groß-Saul und Geischen kann man das nicht so wahrscheinlich angeben; vielleicht bestanden sie zuerst als Filialen von Sandewalde, da die Entfernung für Kirchgänger doch sehr bedeutend ist. Beide Kirchen haben indessen eine Widemuth, was eine Errichtung in der Zeit, als ihre Dörfer deutsches Recht erhielten, vermuthen läßt. Im ältesten Kirchenbuch von Groß-Saul hat der Pastor David Keisel, 1669 „von Hirschberg durch Herzog Christian vocirt“ die Namen seiner Vorgänger bis 1589 angegeben. Von dem, der dem ältesten derselben vorausging, konnte er nur noch sagen, er wisse, daß er hier sehr lange im Amt gewesen. Das würde also kaum bis in's Reformationszeitalter reichen. Die einstige Zugehörigkeit von Sabornitz, Porlewitz, Geischen, Zechen, Groß- und Klein-Räudchen zu der Sandewalder Kirche ergeben die Acten der Lehteren im Königl. Landrath-Amt. 1671 schließen die genannten Dorfgemeinden und Dominien auf dem Herzoglichen Hause zu Wohlau vor dem Amtmann Siegmund von Nostitz mit dem Ritter v. Haugwitz, der als Besitzer von Tschisten Patron der Sandewalder Kirche war, einen Vergleich, worin sie ausdrücklich anerkennen, daß sie sämmtlich nach S. eingepfarrt seien, obwohl sie sich schon seit undenklichen Jahren andrer Kirchen als Gäste bedienten. In unserem Jahrhundert hat dann eine förmliche Ablösung stattgefunden.

Nächst der Sandewalder ist wohl die Landkirche ad S. Andream vor Herrnstadt die älteste in dieser Gegend. Ihre Erbauung wird, ohne daß man es beweisen könnte, der heiligen Hedwig zugeschrieben²⁾. Auch ihre Parochie ist sehr ausgedehnt; es gehören nicht weniger als 16 Dörfer, meist von der Domaine Herrnstadt hierher. Im Schlosse

1) Tschoppe und Stenzel 179. 2) Heyne I. 223.

zu Herrnsdorf befand sich seit unbekannter Zeit eine Kapelle, die jetzt eingegangen ist, aber älter war als die Stadtkirche ad S. Matthiam. Bei der Stadtgründung durch Heinrich III. von Glogau 1290 erhielt auch diese 2 steuerfreie Hufen Land; man darf deshalb annehmen, daß sie damals erbaut wurde, obwohl ihre Existenz vor 1399 nicht nachgewiesen werden kann¹⁾. Ein Pfarrer in Winzig (Win) erscheint urkundlich bereits 1273²⁾.

Neben jeder Kirche befand sich ein Begräbnißplatz, der bei so alten Kirchen, wie die Sandwalder, viele Jahrhunderte hindurch benutzt wurde. Hieraus würden sich die erwähnten so zahlreich in S. aufgefundenen menschlichen Ueberreste am einfachsten erklären lassen.

Mit dem ausgehenden 13. Jahrhundert sinkt die Bedeutung der alten Kastellaneien, in Folge der sich mehrenden deutschen Einwanderung und der damit in enger Verbindung stehenden Veränderung der Rechtsverhältnisse eines großen Theils der Einwohner. Wenn die Kastellanei nach polnischem Rechte der Mittelpunkt für eine ausgedehnte Landschaft in Beziehung auf Gerichtsbarkeit und Verwaltung war, so entzog sich jedes Dorf, dem deutsches Recht verliehen ward, der Einwirkung des Kastellan's, und dessen Gewalt mußte noch mehr sinken, wenn in seinem Gebiet eine deutsche Stadt emporwuchs, die nicht nur ihre Angelegenheiten ganz selbstständig verwaltete, sondern bald auch in ihrer Umgebung einen Gerichtssprengel zugewiesen erhielt. Die alte Landesverfassung ward immer mehr durchlöchert und brach zuletzt ganz zusammen. Schlesien trennte sich durch eine tiefgreifende innere Verschiedenheit von Polen und wurde im Laufe des 14. Jahrhunderts ein ganz deutsches Land, obwohl der Prozentsatz der deutschen Einwanderer zu den einheimischen Bewohnern kein bedeutender genannt werden kann.

Empor-
kommen
von
Guhrau.

Guhrau, polnisch Gora, oder gor (zu deutsch: der Berg) galt lange für eine der ältesten deutschen Städte in Schlesien, aber mit Unrecht. Die von Erhard (dipl. Beitr. p. 36) angeführte Urkunde vom Jahre 1067 über Gründung und Begebung der Guhrauer Pfarrkirche ist längst als Fälschung erkannt³⁾. Auch die Beziehung des von Dlugosch beim Jahr 1109 erwähnten festen Schlosses Gora auf die Stadt G.

1) Heyne I. 710. 2) Reg. Nr. 1406. 3) Reg. p. 11.

ist ebenso unwahrscheinlich, wie die Existenz des angeblich von Herzog Heinrich I. hier 1210 erbauten Jagdschlosses¹⁾. Stenzel sagt zwar, daß von Heinrich I. wahrscheinlich auch Guhrau²⁾ deutsches Recht erhalten habe, allein Grünhagen erklärt diese Ansicht mit Grund für unglaublich³⁾. Man kennt bis jetzt weder den Fürsten, der die Stadt anlegte, noch die Zeit, in welcher dies geschah, mit Sicherheit. Nur das ist sicher, daß alle diese hier aufgeführten Nachrichten falsch sind. Der einstige Glaube an sie ist um so seltsamer, da eine so wichtige Urkunde wie die von 1245 Guhrau noch ausdrücklich als ein Dorf bezeichnet, daß dem Bischof von Breslau gehörte. Erst im Jahre 1256 tritt ein Wechsel ein. In einer Urkunde dieses Jahres ohne Ort und ohne Datum urkundet Herzog Heinrich III. von Schlesien, daß vor ihm Bischof Thomas von dem Sohne des Wilhelm, dem Ritter Goslaus und den Söhnen von dessen verstorbenem Bruder Albrecht eingetauscht habe gegen das Gut Gora jenseit Sandewalde deren von des Herzogs Großvater (H. I.) verdientes Landgut (gelegen in der Gegend der späteren Stadt Reichthal⁴⁾). Guhrau kam also damals in den Besitz mehrerer Edelleute, deren Familien Name leider nicht genannt wird, und ebenso wenig weiß man, wie lange diese es behielten. Guhrau heißt hier ein „Gut,“ soviel wie Dorf, keineswegs „Stadt“ und seine Lage ist immer noch nach der Burg Sandewalde bezeichnet, zwar nicht wie früher „juxta“ sondern „ultra“, jenseit, wohl in Beziehung auf den Standort Breslau. Ganz ebenso bezeichnet der Bischof Thomas im Jahre 1271 das nahe bei Guhrau liegende Dorf Ellgut (Łgota⁵⁾). Eine solche Bezeichnung nach dem entfernten Sandewalde würde nicht gewählt worden sein, wenn neben dem Dorfe Alt-Guhrau, auf welches sich doch wohl die Urkunden beziehen, bereits eine Stadt Guhrau gelegen hätte. Auch wird in gleichzeitigen Urkunden das ältere Dorf von der gleichnamigen neuern Stadt durch die Beifügung „Alt,“ z. B. Alt-Wohlau von der Stadt Wohlau, deutlich unterschieden. Es darf deshalb wohl vor 1271 an die Existenz einer „Stadt“ Guhrau nicht gedacht werden. Die Bulle von 1245 enthält in den Worten: „Das Dorf Guhrau mit seinem Zubehör

1) Reg. p. 290. 2) Schles. Gesch. p. 41. 3) Reg. p. 292. 4) Reg. Nr. 909.

5) Heyne I. 568, auch Reg. Nr. 1369.

(villa Gora cum pertinenciis suis)“ vielleicht die erste Andeutung einer Ansiedelung an der Stelle, wo sich jetzt die Stadt befindet.

Nach 1256 weiß man länger als 50 Jahre Nichts von Gubran, und doch muß in diesem Zeitraum die Metamorphose vom Dorf zur Stadt sich vollzogen haben, denn 1310 tritt sie als solche vollkommen organisiert aus ihrem bisherigen historischen Dunkel hervor. Herzog Heinrich IV. von Glogau begrenzt in einer zu Glogau am 12. März 1310 aufgestellten Urkunde den Gerichtsprengel (forum et iudicium) einer Stadt Gubrau¹⁾. Er gründet sie damals nicht erst, sie bestand schon. Er giebt ihr auch, wie es scheint, nicht zum ersten Mal einen Gerichtsprengel, sondern bestimmt diesen, der vielleicht bestritten war, genauer, oder vergrößert ihn, wie man aus den Worten: „ad iecimus et addidimus“ schließen könnte. Die Stadt hat damals bereits Bedeutung und Kraft, wozu doch eine gewisse Entwicklungszeit nothwendig ist, denn sie nimmt in demselben Jahr an einem Bündniß Theil, welches 8 Städte des Fürstenthums (Glogau, Sagan, Sprottau, Freistadt, Steinau, Lüben, Fraustadt, Gubrau) zu gemeinschaftlichem Schutze schließen²⁾. Die Urkunde haben als Magistrats-Personen von Gubrau unterzeichnet: der Erbvogt Frisko, der Bürgermeister Pezold de G—lis, die Konsuln: Arnold de Swidennis und Dietrich de Gasen.

In der Zeit, in welcher die Stadt Gubrau gegründet worden ist, scheint das Gebiet von Sandewalde eine Zerreißung in zwei Hälften erlitten zu haben, und dieser Umstand hat vielleicht zu der neuen Stadtgründung die nächste Veranlassung gegeben. Nachdem Konrad II. sich 1251 den Besitz des Fürstenthums Glogau erkämpft hatte, erhielt er auch Sandewalde, denn die Kastellane dieser Burg sind seit 1251 unter den Zeugen seiner Urkunden bis 1257. Der Graf Peter, der 1257 noch als Kastellan von S. bezeichnet wird, heißt so in der Urkunde von 1259 nicht mehr, und seit dem 8. März 1260 sind die Sandewalder Kastellane Zeugen Herzog Heinrich's III. von Breslau. Die Burg war also in dessen Besitz gerathen. Wann dies geschah und aus welcher Ursache wissen wir nicht; es scheint aber, daß nicht das ganze bisher zu ihr gehörende Landgebiet, sondern nur die südöstliche Hälfte

1) Sommersberg Script. rer. Sil. I. 875.

2) Worbis: Neues Archiv I. 132, auch Münsberg: Geschichte von Glogau I. 180.

desselben an Breslau verloren ging, während die nordwestliche, das spätere Weichbild Guhrau, bei Glogau verblieb. Hierfür spricht die Bezeichnung des Dorfes Guhrau im Jahre 1256 und des Dorfes Ellgut im Jahre 1271 als „jenseit“ (ultra) Sandewalde belegen; nicht mehr wie früher gesagt wird: juxta = bei, im Gebiet der Burg. In der Urkunde vom 18. April 1273, in welcher Konrad sich mit der Kirche kurz vor seinem Tode ausöhnt, findet sich unter den Zeugen, die doch sicher alle glogausche Vasallen waren, auch der Ritter Dirseco von Dffetno ¹⁾). Letzteres ist das Dorf Groß-Osten bei Guhrau, welches deshalb damals zu Glogau gehört haben wird, mithin wohl auch die Landschaft, in der es lag. Wenn diese Vermuthung richtig ist, dann erscheint der Verlust des bisherigen Verwaltungsmittelpunktes als genügende Veranlassung, um für den zurück behaltenden Theil des Sandewalder Kreises einen neuen zu schaffen, den die Stadt Guhrau bilden sollte. Der Gründer desselben wäre demnach Konrad II. in seinen letzten Lebensjahren, oder sein Sohn Heinrich III. (1273—1309). Beide sind eifrige Förderer der deutschen Einrichtungen. Worob ²⁾ sagt von Konrad: „Auch andre Städte soll er verbessert und besonders Sprottau, Sagan und Guhrau mit Deutschen bevölkert haben“ — nähere Beweise kann er aber nicht anführen. Der kluge und unternehmende Heinrich war in dieser Richtung nicht minder thätig. Als er den verloren gegangenen Theil von S. nebst der Burg im Jahre 1290 wieder erlangte, gründete er hier sogleich Herrnsstadt und bald darauf Wohlau. Guhrau, das er schon vorher besaß, wird er also entweder als deutsche Stadt bereits vorgefunden, oder in einem früheren Jahre seiner Regierung als solche eingerichtet haben. Rathshäusliche archivalische Nachrichten ³⁾ sollen besagen, daß er hier einen wöchentlichen Getreidemarkt anordnete und dadurch das Gedeihen der Stadt beförderte. Da er unter den Glogauer Herzogen sowohl Heinrich III. wie auch Heinrich I. heißt, so entstand möglicher Weise aus diesem Umstande die Verwechslung mit Heinrich I. dem Bärtigen, der so lange als der Gründer von Guhrau angesehen worden ist.

¹⁾ Reg. Nr. 1424. ²⁾ N. Archiv I. 29.

³⁾ Ein Stück Chronik im Guhrauer Kreisblatt von 1863 pag. 184 (wohl aus Zimmermann's Beschreibung von Schlessen).

Der Tod Heinrichs IV. von Breslau am 29. Juni 1290 brachte Gründung auch die Burg Sandewalde wieder in den Besitz Heinrich's III. von Glogau. Noch in demselben Jahre legte er in ihrem Gebiet die Stadt ^{von} Herrnsstadt an.

Auf der schmalen Landzunge, welche die Horle dicht vor ihrer Mündung in die Bartsch mit dieser bildet, in durch Wasser und Sumpf gesicherter Lage hatte schon seit alter Zeit die Burg Waziosz (spr. Wonschosch) gestanden, deren Name angeblich „Schlangenburg“ bedeutet. 1313 erscheint urkundlich das castrum Wanschosch und dessen Kreis, der districtus Wanschosiensis; noch 1531 kommt Herrnsstadt unter der Bezeichnung „alias Wasosze“ urkundlich vor¹⁾. Die Burg war keine Kreisburg, sondern diente nur als Mittelpunkt der zahlreichen in ihrer Nachbarschaft belegenen fürstlichen Güter und ausgedehnten Wälder, die später das Domainen Amt Herrnsstadt und die Oberförsterei Bobiele ausmachten.

In der Gründungsurkunde, welche zu Steinau am 22. November 1290 ausgestellt ist, übergiebt Heinrich, Herzog von Schlesien und Herr zu Glogau, seinem getreuen Vogt, Otto von Sprottau, genannt Halbesalcz die am Flusse Baricz im oberen Theil der Kastellanei Sandowel gelegene Stadt, welche gewöhnlich Herrnsstadt genannt zu werden pflegt, um sie nach deutschem Rechte wie Sagan und Sprottau einzurichten. Er weist derselben 80 Hufen fränkischen Maaßes zu, von denen 2 der Kirche frei gehören sollen; 6 andere Hufen behält sich der Herzog als Allodium vor (das Stadtvorwerk), die dem Vogt nicht untergeben sind. Die Stadt erhält 6 Hufen zur Viehweide im Walde innerhalb einer Meile. Der Vogt bekommt den 7. Theil jener 80 Hufen, vom Gericht den 3. Pfennig, soll soviel Fleisch-, Brot- und Schuh-Bänke frei besitzen, wie nach Bedürfniß angelegt werden können, Gärten (ortos, hortos?) und eine Badstube. Außer einer Mühle, die sich der Herzog vorbehält, soll der Vogt innerhalb einer halben Meile soviel Mühlen an der Bartsch erbauen dürfen, wie er will. Die Bürger erhalten das Recht der Fischerei in der Bartsch innerhalb einer halben Meile, und näher als eine Meile von der Stadt soll kein

¹⁾ Eßchoppe und Stenzel p. 408. Anmerkung.

Wirthshaus bestehen dürfen. Die schon urbar gemachten Aecker erhalten völlige Abgabensfreiheit auf 4 Jahre, die noch nicht cultivirten und der Wald eine solche auf 10, die Stadt selbst auf 12 Jahre. Dann aber soll jede Hufe dem Herzog jährlich 4 Schffl. Weizen, 4 Schffl. Hafer und 4 Schffl. Gerste geben, als Zins einen Bierdung (ferto) und als Zehnten ebenfalls einen Bierdung Silber gebräuchlichen Gewichtes. Wenn aber der Bischof sich mit weniger als einem Bierdung begnügen sollte, so solle der Herzog den Unterschied genießen.

Zeugen: Theodorich von Baruth, Bogusch von Wiesenburch, Sulko Passociß, Sybau von Dher, Trutwin, Landrichter in Steinau, Conrad, Bogt in Rankenburch und Heinrich, Hofnotar.

Seitdem nahm der bisherige Kastellan von Sandewalde seinen Sitz auf der Burg zu Herrnstadt und nennt sich nach dieser, die auf derselben Stelle stand, wo jetzt noch das kleine Schloß liegt. Die polnische Kastellanei ist nun erloschen, die deutschen Städte Gubrau und Herrnstadt sind ihre Erben. Am 4. December 1292 bezeugt bereits Theodorich, Kastellan von Herrnstadt, dem Stift Leubus den Erwerb von 6 Fleischbänken in Herrnstadt von dem Bogt Otto und den Bürgern Nicolaus und Rüdiger daselbst¹⁾. Dieser Kastellan ist wohl identisch mit jenem Theodorich von Baruth, der die Gründungsurkunde in erster Stelle unterzeichnet hat. Er gehörte einer aus Deutschland eingewanderten vornehmen Familie an, die ihren Namen von der 1 Meile nordöstlich Baußen belegenen alten Burg Baruth ableitete. Schon 1247 ist ein Heinrich v. Baruth Zeuge der Herzoge Boleslaus II. und Heinrich III.²⁾, 1277 ist Sifrid v. Baruth Kastellan von Breslau³⁾ und noch 1386 ist Heydan von Baruth Breslauer Domherr⁴⁾. Nach Ledebur's Adelslexikon ist das Geschlecht gegen Ende des 17. Jahrhunderts erloschen. Der Bogt Otto Halbesolecz war kein Edelmann, was sonst im Allgemeinen von den Locatoren der Städte angenommen wird⁵⁾, denn in der Urkunde, durch welche Heinrich's III. Brüder, der Herzog Konrad III. von Glogau-Sagan 1289 den Verkauf der Erbvogtei in Sprottau bestätigt, steht er nicht unter den Rittern (an deren Spitze wieder Theodorich von Baruth), welche die-

1) Heyne I. 902. 2) Reg. Nr. 667. 3) Reg. Nr. 1576.

4) Tschoppe und Stenzel p. 603. 5) Stenzel Schles. Gesch. 222.

selbe bezeugen, sondern unter den Bürgern von Sprottau, daß somit als seine frühere Heimath erscheint.

Von den späteren Herrnstädter Kastellanen ist nur noch Einer bis jetzt bekannt. Nemera (oder Nemersa) castellanus de Wansose, welches nach dem früher Gesagten Herrnstadt bezeichnet, ist i. J. 1300 Zeuge Herzog Heinrich's III. von Glogau¹⁾, als er zu Trebnitz die Privilegien des Bisthums Breslau bestätigt. Nemera war polnischer Abkunft und gehörte zu der mächtigen Familie gleichen Namens vom Wappen Nalecz, die im Jahre 1393 an König Wladislaw II. die Burg Inowloz an der Pilica gegen Bentschen und Kiebel (Zbansim und Kieblow) vertauschte, sich seitdem von ihrem neuen Besitz Zbonski nannte und noch zu blühen scheint²⁾.

Mit der vermehrten Uebertragung deutscher Rechts-Verhältnisse auf die Dörfer mußte auch die Bedeutung des Herrnstädter Kastellans allmählich abnehmen, die ohnehin schon an die der alten zu Sandewalde nicht heranreichte. Ihm blieb nur die immer kleiner werdende Zahl der Dörfer, die noch unter polnischem Rechte standen, bis seine Gerichtsgewalt auch hier den Dominien zufiel. Zuletzt hat er nur noch die fürstl. Domainen unter seiner Aufsicht, und in Erfüllung dieses einen und vielleicht untergeordneten Theils seiner ehemaligen Functionen existirt er unter der Benennung „Burggraf von Herrnstadt“ weiter, bis in's 18. Jahrhundert. Sein Amt ward in der Regel von einem Besitzer eines der benachbarten Rittergüter verwaltet (z. B. von den Pannewitz in Wikoline).

Wenn die Sandewalder Burg seit 1290 auch nicht mehr vom ^{letzte Nach-} Kastellan bewohnt ward, so bestand sie als fester Ort doch vorläufig ^{richten von} noch fort. Sie scheint sogar in der nächsten Zeit noch für sicherer ^{Sandewalde.} gegolten zu haben, als Herrnstadt. Denn als Heinrich V. von Breslau durch den Verräther Lutko überfallen und in die Hände Heinrichs III. ^{1294.} von Glogau geliefert ward, nahm ihn dieser in der Burg Sandewalde in Empfang und brachte ihn von hier in sein grausames Gefängniß nach Glogau, aus welchem ihn erst die bedeutenden Landabtretungen vom 6. Mai 1294 befreien konnten³⁾. Seitdem tritt Sandewalde

1) Stenzel: Bisthums-Urkunden.

2) Wuttke: Städtebuch des Landes Posen p. 268. 3) Vorbes II. 17 und ff.

immer mehr in den Hintergrund. Als Heinrichs III. Söhne das Fürstenthum Glogau unter sich theilen (1312) wird sein Name schon nicht mehr genannt¹⁾. Die Burg kommt zuletzt noch in dem Kriege vor, den Boleslaus III. von Brieg (1311—52) im Jahre 1319 mit Konrad I. von Dels begonnen, um diesem die Landschaften wieder abzurufen, die sein Vater 1294 hatte abtreten müssen. Es war ihm gelungen, einen großen Theil davon in seine Gewalt zu bekommen; die Burgen zu Herrnsdorf, Bobiele und Sandewalde hatte er außer vielen andern erobert. Im Friedensvertrage vom 10. August 1323 trat er die genannten Burgen an Dels wieder ab²⁾. Von der Burg zu Bobiele geschieht sonst keine Erwähnung, doch sind ihre Spuren am nördlichen Ausgang des Dorfes, Wall und Graben, heute noch zu bemerken. Im Urbar des Dorfes von 1557 wird gesagt: Vor Alters haben die Bauern den Schloßgraben Winterszeit aufeisen müssen, was man ihnen nachgelassen, seitdem sie von jeder Hufe 3 Fuder Küchenholz vor das Schloß fahren³⁾.“

Sandewalde erscheint schließlich noch einmal in der Urkunde vom 6. Mai 1329, durch welche Konrad I. von Dels sein Fürstenthum von König Johann von Böhmen zu Lehen⁴⁾ nimmt. Wunderbarer Weise wird es hier in der Reihe der Städte neben Herrnsdorf aufgeführt als letzter Anklang an die ehemalige Bedeutung des alten Ortes. Eine deutsche Stadt S. hat es auch damals nicht gegeben. S. war auch in alter Zeit nie mehr als das, was man nur in Polen einst eine Stadt genannt hatte, eine Niederlassung unter dem Schutze der Burg. Lag diese an einem großen Verkehrswege, an einem guten Uebergang über den Strom wie Glogau, Breslau, Oppeln u. s. w. so entstanden zahlreiche Ansiedlungen, es fanden sich Kaufleute, Handwerker; man hielt Märkte und die wachsende Anlage wurde meist auch befestigt. Lag die Burg aber wie Sandewalde und so manche andre⁵⁾ an einer

1) Der Theilungsvertrag bei Münsberg, Gesch. von Glogau I. 61.

2) Schönwälder: die Pfaffen zum Brieg I. 119, auch Tzschoppe und Stenzel 75 in der Anmerkung.

3) Tzschoppe und Stenzel p. 27.

4) Philipp Hanke, Chronik von Winzig p. 47.

5) Z. B. Recen bei Brieg, Zobtenschloß, Gröbzigberg, Gberz bei Posen, Wyssogrod an der Brähemündung.

schwer zugänglichen Vertlichkeit, wie sie einst für ihre Anlage wünschenswerth gewesen, so fand ein Anwachsen der Bevölkerung nicht, oder oder doch nur in sehr geringem Maaße statt, und die Ansiedlung ward leicht von solchen überflügelt, die sich günstigerer Lebensbedingungen erfreuten. Im Kriege von 1319 mag die Burg stark beschädigt, deßhalb nicht mehr benützt und so nach und nach ganz verfallen und aufgegeben worden sein. Nur der hohe Wall hat die Jahrhunderte überdauert und giebt mit seinen Ueberresten Kunde von der Stelle, wo einst die alte Beste stand.

Bei der Theilung des Fürstenthums Glogau 1312 unter die Söhne Heinrich's III. kam der Kreis Guhrau zur westlichen Hälfte desselben, zunächst zum Fürstenthum Steinau, später zu Glogau und mit diesem gegen Ende des 15. Jahrhunderts in den unmittelbaren Besitz der böhmischen Könige, die dasselbe durch Landeshauptleute regieren ließen. Herrnsstadt dagegen kam zur östlichen Hälfte, zum Fürstenthum Dels, bis die dortigen Piasten 1492 ebenfalls anstARBEN. König Wladislaw gab 1494 Herrnsstadt nebst Rügen, Winzig, Trachenberg und Militisch als freie Standesherrschaft an den Freiherrn Sigismund von Kurzbach, dessen Söhne Hans und Heinrich 1525 Winzig, Herrnsstadt und Rügen an Herzog Friedrich II. von Liegnitz-Brieg verkauften. Bereits 1523 hatte derselbe Herzog den Antheil des Fürstenthums Glogau, welchen Freiherr Hans Thurzo besaßen, käuflich an sich gebracht ¹⁾, nämlich Wohlau, Steinau und Raudten, und aus diesen Erwerbungen das spätere Fürstenthum Wohlau gebildet, das im Besitz der Herzoge von Liegnitz-Brieg bis zu deren Aussterben (1675) geblieben ist. Dieser Unterschied der Landeshoheit beider Kreise hatte ein sehr verschiedenes Schicksal des evangelischen Religions-Bekenntnisses in ihnen zur Folge. Während in der den kaiserlichen Waffen günstigen ersten Periode des 30jährigen Krieges, besonders seit 1626, in den Erbfürstenthümern, also auch in Guhrau, das evangelische Glaubensbekenntniß gewaltsam ausgetrieben und nach Abschluß des Friedens gänzlich vertilgt werden sollte, blieb die Glaubensfreiheit für das Fürstenthum Wohlau vorläufig noch erhalten. Auch nach dem Heimfall dieser Landschaften an

Weichbild
Guhrau.

¹⁾ Schönwälder, Piasten zum Briege II. 12.

den Kaiser, seit 1675 war die Bedrängung der Protestanten nicht so gewalththätig wie vorher in den Erbfürstenthümern. Die Evangelischen im Kreise Guhrau, denen seit 1653 alle Kirchen weggenommen waren ¹⁾, erhielten damit die Möglichkeit jenseit der mohlauischen Grenze evangelischem Gottesdienst beizuwohnen zu können. Es wurden sogar für sie hart an der Grenze einige neue Kirchen in Rügen und Herrnlauerßiß 1660 und 1657 erbaut. Ebenso ließ der Besitzer von Bojanowo, Stefan Bojanowöski eine Grenzkirche in Schlemßdorf erbauen. Eine große Anzahl Evangelischer war in der Zeit der ärgsten Verfolgung in das benachbarte Polen ausgewandert, dessen Grenzdistricte dadurch einen gewissen Aufschwung nahmen und sogar die Veranlassung zur Entstehung der Städte Rawitsch (1632), Bojanowo (1638), Zaborowo (1645) und Schlichtingsheim (1645) gab. An der Ausbreitung der beiden großen Religionsbekenntnisse im Kreise Guhrau kann man heute noch die alte Grenze zwischen den einstigen Weichbildern Guhrau und Herrnstadt erkennen. Die landschaftliche Kredit-Verfassung der Provinz bewahrt sie noch jetzt; festgestellt wird sie zuerst durch die Urkunde Herzog Heinrichs IV. von Glogau vom 12. März 1310. Darin werden zum Gericht von Guhrau folgende Ortschaften gewiesen:

Gußenaw (unverständlich, vielleicht Rainzen?), in der Richtung auf Herrnstadt: Graba des Hinko, Graba des Bernhard und Graba Nickelwiz (jetzt Graben, wohl mit Sallschütz), drei Dörfer Kloda (jetzt Groß- und Kl.-Kloden mit Guglize), Schediz (wohl Schäß, das einst aus 2 Gütern bestand, von denen eins zu Guhrau, das andre zu Herrnstadt gehörte), drei Dörfer drobrassyna genannt (vielleicht die 3 Dörfer Polnisch-Bortschen, Kalte-Bortschen und Heinze-Bortschen), Elgota (Ellgut), Scirnhyna benexuo (Tschirnau, benexuo ist unverständlich), Tablona (Gabel), Sceffowiz (unverständlich, der Reihenfolge nach könnte Ratschkau oder Roniken gemeint sein), die Dörfer in Lanka (Lanken), Ucz (unerklärbar), Neocena (Rügen), Gulau (Guhlau), Ofsedno (Gr.-Ofsen), Zestersemba (Zästersheim), Mechaw (Mechau), Conradiswalde,

¹⁾ Guhrau 1650. Tschirne und Gr. Ofsen 1653. Heinzendorf, Konradiswalde, Kraschen, Gabel, Graben, Gleinig, Schabenau, Ratschkau 1654. Herrnstadt die Stadtkirche 1694 bei einer Vacanz, die Landkirche 1698 mit gewaffneter Hand. In d. Ultransl. Conv. 1707 beide restituirt. (Worö Rechte der evang. Gem. an die genommenen Kirchen, auch Anders, Statistk p. 200 ff.)

Nechlaw, Tarrachaw (dies unerklärbar), Langkenaw, Bronaw (Braunau), Siffridivilla (Seiffersdorf), Wschkaw, Tarpenaw, Schlesewo (vielleicht Schlabs), Grosshna (Kraschen), Richnaw (Reichen), Glinka (Gleinig), Seibar (vielleicht Zeippen), Elanotiz (unerklärbar) und die übrigen Dörfer zwischen Bartsch und Oder vom Dorfe Gzichnau (Züchen)¹⁾ bis an den Ort, wo Bartsch und Oder sich vereinigen und das Dorf des Stephan, welches gewöhnlich Seitisch genannt wird.

Hier bleiben eine Menge Namen unverständlich oder zweifelhaft, auch fehlen eine große Anzahl damals unzweifelhaft vorhandener Dörfer, die Grenze des Bezirks ist aber deutlich zu erkennen. Suchen wir auf der Karte die am meisten östlich gelegenen Orte auf, so stehen wir hier überall an der Grenze der ehemaligen großen Parochie der Sandewalder Kirche und vermuthlich ist diese nicht nur für die Zuweisung an Gubrau maachgebend gewesen, sondern bezeichnet auf die Landschaft, welche um 1260 mit der Burg an Breslau abgetreten worden war.

Auch die Namen sämtlicher Dörfer, die zwischen Bartsch und Oder liegen, sind nicht genannt, sondern nur im Allgemeinen als „die Dörfer Rüßen und in der Meseritz“ bezeichnet. Meseritz, von den polnischen Worten między (mitten) und rzeka (Fluß) abzuleiten, bezeichnet eine Landschaft zwischen zwei Flüssen, hier also zwischen Oder und Bartsch. Diese hat zu der fürstlichen Burg Rüßen an der Bartsch gehört. Im Jahre 1353 verkauft Herzog Johann von Steinau „das Haus Riczen — gar und zumal alz es der Heinrich von Behirsteyn, vom Stolze genannt, erblich von uns gehabit um 200 Mark Groschen polnischer Zahl — und die Mesericz, da gelegen ist czwischen der Odir und der Baracz,“ an Heinrich V. von Glogau²⁾. Seitdem von Gubrau getrennt, bildet die Meseritz einen eignen Kreis, der von Rüßen aus verwaltet wurde. Die Burg stand auf einem Hügel nahe dem südlichen Ausgang der Brücke, dicht am Flusse. Die erste urkundliche Erwähnung von Rüßen findet sich in einer Urkunde Herzog Konrads von Glogau vom 26. Februar 1262, in welcher der Bischof Thomas bei Gelegenheit eines

¹⁾ Um dieselbe Zeit hieß Korangelwitz auch Gzichnaw. Herzog Heinrich IV. gab 1311 Gzichnow an „Nicolaus, Chorangewicz genannt.“ Noch im Jahre 1337 hieß der Ort Gzichnau, allein 1475 sagt Herzog Conrad X. der Weiße von Dels-Wohlau: „Gzchnow, das man jeshunder Korangelwitz nennt.“ — Tschoppe u. Stenzel 129.

²⁾ Minsberg, Gesch. v. Glogau I. 375.

Gütertausches noch einige Ackerstücke in Rützen zugebt¹⁾. Schon in alter Zeit hat in R. bereits eine Kirche gestanden, von der man indessen nichts Bestimmtes mehr weiß. In einem Verzeichniß der im Jahre 1318 für den Papst gesammelten Einkünfte von den in der Breslauer Diözese vacanten Benefizien steht auch unter Nr. 25: Johannes, Pfarrer in Rützen²⁾. Diese Angabe kann sehr wohl auf unser Rützen bezogen werden, weil das ehemalige Kirchdorf Rützen bei Brieg in demselben Verzeichniß außer dem genannt wird. In einem Verzeichniß von 1376 kommt die Kirche zu Rützen im Archipresbvt. Guhrau ebenfalls vor. (Heyne II. 116.) Die jetzige Kirche ist bekanntlich erst 1660 erbaut. Unbegründet aber ist die zuweilen noch festgehaltene Ansicht, daß hier im 11. Jahrhundert der Sitz des schlesischen Bischofs gewesen sei und in dem nicht weit davon belegenen Dorfe Schmograu bei Winzig die erste christliche Kirche Schlesiens gestanden habe³⁾. Was davon überhaupt Wahrheit ist, bezieht sich auf Rützen bei Brieg und Schmograu bei Namslau.

Ähnlich wie Triebusch scheint auch Rützen einst die Rechte einer Stadt erhalten zu haben, ohne daß es zu einer solchen sich zu entwickeln vermocht hätte. In einem Verzeichniß von 1547 wenigstens werden die beiden Deputirten der „Städte Guhrau und Rützen“ unter den Beisitzern des Zaudengerichts für diesen Bezirk aufgeführt⁴⁾.

Die dritte der heutigen Städte des Kreises Guhrau, Tschirne, war nach Ausweis der Urkunde Heinrichs IV. von 1310 damals noch ein Dorf und blieb ein solches noch geraume Zeit. Erst 1515 verlieh König Wladislaw von Böhmen ihrem Besitzer dem Burggrafen Heinrich von Dohna ein Privilegium, durch welches Tschirne Stadtrechte erhielt. Aber erst die von Stosch, denen der Ort von 1538—1705 gehörte, haben ihn als Stadt völlig eingerichtet. Ein Weichbild hat zu derselben niemals gehört.

Ursprung der Ortschaften, Abstammung der Bevölkerung. Betrachtet man die Kreiskarte, so gelangt man bald zur Uebersetzung, daß die Wurzel in den meisten Ortsnamen slavisch ist. Diese müssen also bereits in einer Zeit existirt haben, da die Bevölkerung noch ausschließlich polnisch redete. Die Orte mit deutschem Namen

¹⁾ Reg. Nr. 1110. ²⁾ Zeitschrift VII. 208.

³⁾ J. B. in Hanke, Chronik von Winzig p. 33.

⁴⁾ Tschoppe und Stenzel p. 84.

sind deshalb die jüngern, und einige davon sind sogar erst am Schluß des vorigen Jahrhunderts entstanden.

Friedrich der Große ließ im Forstrevier Bobiele auf dem ausgedehnten Terrain der „dürren Haide“, das den piastischen Herzogen einst nur als Jagdgrund gedient hatte, 4 Dörfer anlegen: 1776 Herrndorf, 1782 Königsbruch, Wilhelmsbruch, Bartschdorf und bevölkerte sie mit Einwohnern, die meist aus der Rheinpfalz kamen, wo sie religiösen Bedrückungen ausgesetzt gewesen. Friedrich Wilhelm II. versah diese kräftig gedeihenden Gründungen mit Kirche und Schule und erbaute noch eine Kolonie: Königsdorf. Aus derselben Zeit stammen Ober-, Mittel- und Nieder-Friedrichswalde, von der Stadt Guhrau — Friedrichshuld, vom Besitzer des Gutes Ronicken, v. Lilienhof — Adelstein — Johannisfeld, von v. Woyrsch auf Birkendorf — Friedrichsau, von der Frau v. Klobuszinska auf Ober-Lanken — Rothenhayn vom Staatsminister Graf Garmer auf Rügen angelegt.

Eine andre Anzahl kleiner Ortschaften, die sich an ein herrschaftliches Vorwerk anschließen, Abzweigungen eines ältern und größern Dorfes, sind entstanden, als durch weiterschreitende Rodungen des Waldes und Urbarmachung wüster Ländereien die Ackerfläche der Rittergüter sich immer mehr vergrößert hatte. Es wurden Wirthschaftsvorwerke erbaut und, wo es nöthig erschien, bei diesen zur Vermehrung der Arbeitskräfte eine Anzahl Dreschgärtner angesetzt. Dadurch entstand eine neue Dorflage, wie z. B. bei Neu-Sorge zu Eschirne, Wehrse zu Sandeborske, Nieder-Backen zu Ober-Backen, Heidedorf und Neu-Wiersewitz zu Klein-Wiersewitz gehörig; vielleicht auch das jetzt selbstständige Rittergut Waldvorwerk. Alle diese, sowie auch die sämtlichen isolirten Dominialvorwerke finden sich schon auf der Homannschen Karte des Fürstenthums Wohlau von 1738. Ihre Entstehung wird daher bei den meisten bis an den 30jährigen Krieg hinaufreichen, wenn nicht noch weiter.

Nach diesen Ausscheidungen bleiben im ehemaligen Gebiet der alten Kastellanei Sandewalde noch etwa 100 Ortschaften übrig, die weit älter sind, in ihrem Namen den breiten Stempel ihres Bestehens schon zu der Zeit tragen, in welcher Schlesien noch zu Polen gehörte. Diese Namen haben sich im Laufe der Jahrhunderte gewiß erheblich verändert

und nur wenige sind in der alten Form sicher überliefert; daher möchte es ein vielen Irrgängen ausgesetztes und unfruchtbares Bemühen sein, jetzt noch die Bedeutung derselben, wie etwa bei Sandewalde, ermitteln zu wollen. Einige Versuche und Andeutungen seien indessen gewagt, deren Richtigkeit freilich sprachkundigem Urtheil anheimgestellt bleiben soll.

Die polnischen Ortsnamen sind entweder nach dem Namen des Besitzers oder nach hervorstechenden und bezeichnenden Eigenschaften der Dertlichkeit gegeben worden. Zu den ersteren darf man wohl zählen: Brenowiß, der Ort wo die Brenowici d. h. die Angehörigen, die Familie oder die Leute des Breno wohnten, — Kutschebrowiß, die des Chotjebor — Peterwiß, die des Peter, Tscheschkowiß, die des Czesko — Gewerjewiß, die des Zavor — Hengwiß die des Henko oder Hanko — Steinau, Eigenthum des Stjon — Lühchen = Ljubochowo, Eigenthum des Ljuboch, Abkürzung von Ljubochwal = Gottlieb; Rändchen = Radechowo, Eigenthum des Radek — Bronau und Braunau = Bronowo von Bron, der Rabe, welches sowohl Thiernamen wie Personen Name ist¹⁾. Dahin gehören vielleicht auch noch Gugliße von gogol, eine Entenart, aber auch ein Personname, ebenso Katschkau von kaczkä, die Ente. Wiersjewiß erinnert an die Wierschowezßen (Wriszowici), die in der älteren böhmischen und polnischen Geschichte eine tragische Rolle spielten.

Zu den Orten, die ihren Namen von gewissen Eigenthümlichkeiten erhielten, kann man rechnen:

Elgut von Lgota, Kolonie — Bortschen von bor, Wald — Gabel von jablo, der Apfel — Gleinig = Glinka von glina, der Lehm — Gurfau von gorek, die Anhöhe — Guhlau und Gahle entweder von gola, der Forst, oder goly, fahl — Kamin von kamen, der Stein — Kahlau von kal, der Schlamm — Lanken von lanka, die Wiese — Kloden von kloda, das Stockhaus — Kraschen von kraszny, schön — Zästeröheim von jastrzemb, der Falke — Schwinaren von swinia, das Schwein, der Schweinestall — Tribuisch, Dreihäuser oder drei Wachen — Tschiläßen = Tschil lesno, am Walde — Schlaube = zloby,

¹⁾ Ao. 1311 verkauft Apejko v. Rabenau an das Kloster Leubus sein Gut Braunau. Rabenau scheint die wörtl. Uebersetzung von Bronowo zu sein.

das Engthal, die Bachrinne — Tschirne von czerny, roth oder czarny, schwarz — Wikoline = w kolne, auf Pfählen erbaut — Biersebiuz = Bjerjebina, Weidenbusch — Winzig = Win, Winnica, der Weinberg; das älteste Wappen der Stadt war ein Thurm mit einer Weinrebe — Wohlau entweder von wol, der Dohse oder wola die Ansiedlung, oder wloha, sumpfig (Wolhynien) — Trachenberg hieß ehemals Straburka = stara borek, das alte Wäldchen — die Bartsch, baracz von para, der Sumpf — das Flüsschen Horle von orla, der Adler — Niebe von niwa, Ackerland — Ronicken von rowny, = eben — Ostrawe, die Insel — Seitsch = syedz, sjec, der Waldhau. Von Guhrau, Rüßen, Sandewalde ist schon geredet und auf weitere Combinationen möchte ich nicht eingehen ¹⁾.

Nur bei wenigen Dörfern gestattet es die deutsche Namensform auf eine Gründung derselben durch deutsche Ansiedler zu schließen, insofern hieraus überhaupt auf eine solche geschlossen werden kann. Das neue Dorf erhielt allerdings meistens den Namen seines Anlegers; wenn aber an seiner Stelle schon früher eine Ortschaft gestanden hatte, so wurde wohl auch der polnische Name beibehalten, obwohl eine förmliche Neugründung erfolgte. Unzweifelhaft deutsche Namen tragen nur Neudorf, Neuguth, Heinzendorf, Seiffersdorf, Konradswalde, denen vielleicht noch Birkendorf, Gaisbach, Zupendorf, Heidchen, Langenau, Wendstadt zugezählt werden dürfen. In Langenau steckt aber wahrscheinlich das polnische lanka, die Wiese, Birkendorf heißt auf der Karte das Scultetus: alias Gembize, und Gaisbach hat schwerlich Etwas mit „Gais“ und „Bach“ zu thun. Vielleicht liegt ihm der Personenname Geijo zu Grunde, wie wohl auch Geischen. Neusorge kommt nicht von dem deutschen Wort Sorge, sondern vom polnischen Szygowa und Wendstadt scheint von selbst zu sagen, daß hier Wenden, d. h. Slaven wohnten. Wenn diese Erwägungen treffend sind, dann ergibt sich daraus mit großer Wahrscheinlichkeit, daß die Einwanderung deutscher Kolonisten hier nur in geringer Zahl und Ausdehnung für das platte Land erfolgt ist und sich hauptsächlich auf Guhrau und Herrnsstadt beschränkt haben wird. Die Hauptmasse der Landbevölkerung

¹⁾ A. Buttmann, die Ortsnamen in der Mark und Lausitz. Dazu die wichtigen Bemerk. im n. Lausitz. Magazin Band 46 von P. Bronisch.

ist sicher slavischer Abstammung. Auch der Adel bestand hier noch Jahrhunderte hindurch fast durchweg in der Nachkommenschaft der alten polnischen Szlachta. Wiederholte kaiserliche Befehle ließen in Schlesien, seit es unter habsburgische Herrschaft gerathen, gestützt auf altes Herkommen, zum Ankauf von Rittergütern nur den Adel zu, der das schlesische Indigenat hatte. Aus den Namen kann man beim Adel, wenn schon nicht ausnahmslos, auf die Nationalität sehr gut schließen. Ueber die Besitzer der Güter geben aber Kirchenbücher in vielen Fällen einigen Aufschluß. Die meisten derselben sind zwar in den Verwüstungen, welche die Russen im 7 jährigen Kriege in unserer Gegend angerichtet haben, zu Grunde gegangen und reichen über diese Zeit nicht hinaus; in Groß-Saul jedoch sind sie bis zum Jahre 1647 erhalten. Darin kommen eine Menge Besitzer nicht bloß der eingepfarrten, sondern auch der Nachbargüter besonders als Taufzeugen vor und zeigen in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts in unserer Gegend als angesessen die Familien:

v. Beß, v. Busewoy, v. Adelsdorf, v. Abschaß, v. Glaubitz, v. Hock, v. Grünberg, v. Kindler, v. Kottulinski, v. Lüttwitz, v. Lestwitz, v. Haugwitz, v. Stosch, v. Schindel, v. Seyditz, v. Panwitz, v. Warfotsch, v. Luck.

Aus Ledeburs Adels-Lexikon der preuß. Monarchie können diese Angaben noch vervollständigt werden. Danach saßen auf den Gütern der hiesigen Gegend im 15., 16. und 17. Jahrhundert außer den genannten noch folgende Familien:

v. Aulock, v. Bibran, v. Bojanowski, v. Kanitz, v. Diebitzsch, die Burggrafen zu Dohna, v. Dyhrn, v. Gutten genannt Flodke, v. Kalckreuth, v. Kittlitz, v. Kottwitz, v. Kreckwitz genannt Strauwald, v. Lassota, v. Lidlau, v. Niebelschütz, v. Rostitz, v. Obisch, v. Pogrell, v. Pusch, Buntsch genannt Raßbar, Sack von Bohuniowitz, v. Salisch, v. Schellenberg, v. Seherr-Thos, v. Thader, v. Tschammer, v. Wandritsch, v. Woytmil, v. Zwick, deren Vorfahren keinesweges aus Deutschland nach Schlesien eingewandert sind, sondern Eingeborne polnischer Abkunft waren. Aber der Adel sowohl wie der Bauer, waren inzwischen längst völlig germanisirt, die Meisten unter ihnen hatten vielleicht schon damals, so gut wie heute, gar nicht mehr das Bewußtsein, germanisirte

Slaven zu sein. Die polnische Sprache, in der ihre Vorfahren, die Kämpfer in der Tartarenschlacht, sogar noch die Zeitgenossen Boleslaus des Kahlen ganz allgemein redeten, war längst verschwunden, deutsche Rechtsverhältnisse hatten durch die Begünstigungen, welche die Fürsten des Landes ihnen zuwendeten, die polnischen überall verdrängt und sich fest eingebürgert. Die Germanisirung ist jedoch auf dem linken Oderufer rascher und früher erfolgt, als auf dem rechten, wo auch die polnische Sprache länger im Gebrauch blieb und um so länger, je näher die polnische Grenze lag. Daß dies auch für unsere Gegend gilt, darf schon aus dem Umstande geschlossen werden, daß das alte polnische Landgericht des Adels, die Zaude im 15. Jahrhundert im Allgemeinen in ganz Niederschlesien aufgehoben wurde, hier sich aber noch lange erhalten hat, wenn auch in seiner Bedeutung durch die fürstlichen Hofgerichte wesentlich eingeschränkt. Aus einem Verzeichniß von 1547 ergiebt sich, daß im Rügen'schen und Guhrauischen noch 16 Güter zur Zaude gehörten ¹⁾ und 1551 nennt sich Oswald v. Tschammer zu Gr.-Osten und auf der Niebe „verordneter Szandza und Landrichter des Erb- und Eigenen Rechts, daß man die Zaude nennt ²⁾.“ Durch landesfürstliche und kaiserliche Verordnungen mehrfach bestätigt, aber für einen immer engeren Kreis von Functionen, hat sich die Zaude im Glogauiischen, Raudtenschen, Guhrauischen, Herrnsstädtischen, Rügen'schen und Wohlauischen Kreise bis 1740 erhalten und ist erst mit der preußischen Besitznahme des Landes gänzlich erloschen.

Soweit wie die Grünhagen'schen Regesten einen Einblick gestatten, Verleihun-
gen
Deutschen
Rechtes. bis 1280, sind die Urkunden des 13. und der früheren Jahrhunderte über die Ortschaften des Kreises Guhrau merkwürdig schweigsam. Ein Theil dieser Urkunden handelt von Verleihungen deutschen Rechtes und man kann deshalb auch hierin einen Beweis für die Ansicht finden, daß die deutsche Einwanderung auf diesen Landstrich nur sparsam und spät eingewirkt habe. Daß sie ihm nicht ganz fern blieb, und er sich den mit ihr verbundenen Aenderungen der Rechtsverhältnisse nicht entziehen konnte, hat ja das Verwelken der Kastellanei S. und das Aufblühen zweier deutscher Städte im ehemaligen Gebiet derselben

¹⁾ Tschoppe und Stenzel p. 84. ²⁾ Tschoppe und Stenzel p. 79.

bewiesen. Wie aber von hier aus der Uebergang von polnischem zu deutschem Recht in den Dörfern sich vollzogen haben mag, darüber liegen bis jetzt nur wenige Nachrichten vor.

1244 verzichtet die Wittwe des Grafen Peter durch ihren Bruder den Grafen Bertold, Sohn des Heinrich, auf den Zehnten von Glynka¹⁾. Dies scheint Gleinig bei Guhrau zu sein.

1253 bestätigt Boleslaus II. zu Neumarkt am 19. Dezember dem Stift Leubus den Tausch der Dörfer Strupina und Gola gegen Pogolow (Pogul a/D.) und Wissonowiz. Nach Heyne I. p. 897 wären die genannten Dörfer Stroppen und Guhlau bei Guhrau; nach Grünhagen Reg. II. Nr. 760 Anmerkung ist an Guhlau schwerlich zu denken, sondern wahrscheinlicher an eine nicht mehr vorhandene Ortschaft zwischen Stroppen und Gr.-Peterwitz bei Prausnitz.

1271 August 3. zu Reiffe. Der Bischof Thomas II. von Breslau verleiht dem Ritter Sobeslaus von Ostrosische für dessen Dorf jenseit (ultra) Sandewalde Egota (Ellgut) mit Zustimmung seines Kastellan's Gordian, der den Zehnten als eine vom vorigen Bischof verliehene gratia zu genießen hatte, 12 Jahre Zehntfreiheit. Von den bereits urbar gemachten Aekern sollten für dieselbe Zeit 1½ Mark Silber statt des Zehnten, nach Ablauf der 12 Jahre aber überall der Feldzehnte entrichtet werden²⁾.

Ostroseszkow ist der polnische Name der Stadt Schilberg. Daß es sich hier um eine neue Dorfanlage handelt, geht schon aus dem Namen Egota = Kolonie hervor. Daß damit eine Verleihung deutschen Rechtes verbunden war, ist nicht gesagt; im bejahenden Fall würde Ellgut das älteste Beispiel für den Kreis Guhrau sein. Den Feldzehnten nahm der Bischof hier dem Gebrauch zuwider auch von Neubrückländern in Anspruch. Dörfer, die deutsches Recht genossen, gaben gewöhnlich den Malterzehnt, nicht den Garben- oder Feldzehnten. Daß Ellgut damals deutsches Recht erhalten habe, darf deshalb bezweifelt werden.

Die in Tzschoppe und Stenzel p. 160 angeführte 1273 erfolgte

1) Reg. Nr. 615. 2) Heyne I. p. 568. Reg. Nr. 1369.

Aussetzung des Dorfes Reichen (Richnow) bei Gubrau bezieht sich nach Grünhagen Reg. Nr. 1437 auf Reichen bei Namslau.

Wie im übrigen Lande, so sind es auch hier die Klöster, welche nächst dem Fürsten am frühesten mit Einrichtung der Dörfer nach Deutschem Rechte vorgingen. Nicht nur waren sie bei ihrer Stiftung mit deutschen Mönchen und Nonnen besetzt worden, sondern hatten auch vielfach ausgedehnte wüstliegende Landstrecken erhalten, die bis dahin nicht den geringsten Ertrag gewährten und nutzbringend gemacht werden sollten. Das Kloster Leubus hatte auch in unserer Gegend ausgedehnte Besitzungen.

1309 4 Dzbr. schenkte ihm Herzog Heinrich III. von Glogau († 7. Dzbr.) lektwillig sein Gut Seitsch (Sydcz, Sychza) mit dem Patronat über die Kirche daselbst und frei von Steuern und Diensten, vorbehaltlich eines Zinses von 30 Mark¹⁾.

1311 April 20 bestätigt ihm Herzog Heinrich IV. von Glogau den Kauf des Dorfes Langenau um 400 Mk. Prager Groschen.

In demselben Jahre kauft dasselbe Kloster von Apezko von Rabenau das Dorf Braunau für 300 Mk. Prager Groschen mit allem Rechte und aller Freiheit, was Herzog Heinrich am 10. Novbr. 1311 bestätigt.

1312 erwarb das Kloster von Friško von Buntense — dem obersten Notar des Herzog's, der auch die das Weichbild Gubrau betreffende Urkunde abgefaßt hat — und dessen 3 Brüdern Nikolaus, Arnold und Temchin das Dorf Seiffersdorf um 120 Mk. Prager Groschen. 1334 vertauscht das Kloster sein im Jahre 1331 erworbenes Dorf Quariz mit Einwilligung Aller, die daran ein Interesse hatten, an Johann von Tannenbergs gegen das vor der Stadt Gubrau liegende Dorf Zästersheim²⁾, was Herzog Johann von Steinau am 21. Januar 1354 bestätigt. Das Dorf kann also nicht schon 1321 von Herzog Heinrich neben Alt-Gubrau und Rainzen an die Stadt geschenkt worden sein³⁾.

Eine Anzahl Urkunden bezeugen, wie allmählich der Uebergang vom polnischen Recht zum deutschen in den genannten Dörfern stattfand und, wie es scheint, nicht ganz ohne Mitwirkung deutscher Kolo-

¹⁾ Heyne I. 906 ff.

²⁾ Heyne I. p. 917.

³⁾ Ein Stück Chronik im Guhr. Kreisblatt 1863 p. 184.

nisten. Zunächst treten bereits 1311 die Söhne Heinrichs III. an das Kloster den in der Urkunde von 1309 noch vorbehaltenen Zins ab.

1326 bestätigt Herzog Johann zu Steinau dem Kloster den Besitz der Dörfer Seitsch mit Ranken, mit dem Patronatsrecht der Kirche daselbst, so wie die von seinem Bruder Heinrich über Seitsch, Braunau, Weshkau, Seiffersdorf und Langenau mit den dazu gehörigen Wäldern und Haiden verliehenen Privilegien. Er verleiht dem Kloster in diesen Dörfern die Ober- und Niedergerichte über Kopf und Hand, so daß in Criminalsachen es keinem der herzogl. Richter oder Offiziale ferner gestattet sein soll, wie früher den Vorsitz im Gericht dieser Dörfer zu führen, oder in demselben Beistand zu leisten, vielmehr sollen die Laienbrüder und Richter des Stifts allein befugt sein, in allen Blutsachen Recht zu sprechen; jedoch behält sich der Herzog in den genannten Dörfern noch einige Abgaben vor ¹⁾).

1340 August 29. zu Leubus schenkt derselbe Herzog dem Kloster vom Münzgelde in Seitsch 1 Mark, in Ranken 2 Mk.; von 3 freien und von allen Diensten erimierten Hufen in Schüttlau $\frac{1}{2}$ Mk.; im Dorfe Weshkau 1 Malter Roggen, 1 Malter Hafer, 2 Hufen Land mit aller Herrlichkeit, der obersten Gerichtsbarkeit und allen herzoglichen Diensten; in Lärpen 1 Freihufe, die $\frac{1}{2}$ Mk. Zins und 12 Schffl. dreierlei Getreides giebt mit großer und voller Freiheit ²⁾).

1349 Juni 8. zu Mainz ertheilt Kaiser Karl IV. dem Stift das Privilegium sein Gut Seitsch auf Zinsäcker nach deutschem Recht (*jure theutonico sive emphyteutico locandi agricolis et censitis*) ³⁾ für die Bauern und Censiten anzulegen um einen nach Gutbefinden diesen aufzulegenden Zins und eine jährliche Pension ⁴⁾).

1349 Nov. 1. zu Guhrau ertheilt Herzog Johann dem Kloster dieselbe Freiheit mit dem Zusatz, daß es ihm auch gestattet sein solle: Scholtisei, Kretscham, Bäckerei, Schmiede, Schuhmacher und andre Werkstätten zu errichten, mit Bauern und Gärtnern nach Gutbefinden zu deutschem Rechte auszusetzen und von allen Steuern frei zu besitzen. Am 15. August 1350 zu Guhrau befreit der Herzog zur Vergebung seiner Sünden, zu seinem und seiner Vorfahren Seelenheil die Dörfer

1) Heyne I. 914. 2) Heyne I. 918. 3) Tzsch. und Stenzel 172. 4) Heyne I. 919.

Weschkau, Braunau, Seiffersdorf und Seitsch von allen herzoglichen Abgaben und Steuern¹⁾. Man sieht hieraus, daß obwohl dem Kloster bereits 1326 die hohe und niedere Gerichtsbarkeit über diese Dörfer ertheilt worden war, eine wirkliche Aussetzung auf Deutsches Recht erst 1349 erfolgte und daß erst damals vielleicht eine Einwanderung deutscher Kolonisten stattgefunden haben mag.

Ein zweites bei Gubrau begütertcs Kloster war das von Herzog Heinrich III. von Glogau 1307 gestiftete der Klarissinnen zum heiligen Kreuz. Schon 1310 kaufte dasselbe das Dorf Neugnth²⁾ und 1318 die Dörfer Schlabitz und Tarpn von Jakob von Wytowo. Die Herzogin Mechtilde, Wittwe Heinrich's III., verreichete dieselben mit Bewilligung ihrer Söhne Heinrich und Konrad dem Kloster am Donnerstag nach Mariä Lichtmess und befreite sie von allen dem Herzog zu leistenden Fuhren und Zinsen³⁾. In einer Erweiterung der Stiftungs-Urkunde vom 23. Juni 1307 war den Unterthanen dieses Klosters Zollfreiheit durch das ganze Land, nebst dem Vorrecht bewilligt worden, nur vor den Bögten und Procuratoren des Klosters gerichtet zu werden⁴⁾.

Weitere Nachrichten über Verleihungen deutschen Rechtes fehlen vorläufig; die angeführten Beispiele dürften aber wohl auch die Meinung verstärken, daß dieselben erst spät stattgefunden haben, wie ja auch Triebusch erst im Anfang des 15. Jahrhunderts dasselbe erhalten hat. Der Uebergang von polnischen zu deutschen Rechtsverhältnissen mag in vielen Fällen ganz ohne urkundliche Bestätigung geblieben sein. Indem nämlich der Herzog die obere und niedere Gerichtsbarkeit an die Grundherrschaft verliehen, eine große Zahl von Ortschaften damit von der Gerichtsgewalt seiner Kastellane befreit hatte, übertrug sich dieser Zustand zuletzt auch auf die übrigen Dörfer im Allgemeinen. Hierin ist der Ursprung der Dominialgerichtsbarkeit zu suchen, die im Laufe des 14. Jahrhunderts allmählich in ganz Schlesien anerkannt ist⁵⁾. Die Grundherrschaft gilt jetzt für berechtigt, auch ohne fürstliches Privilegium ihren Dörfern soviel von den Einrichtungen des deutschen Rechtes zu verleihen, wie sie vorthcilhast finden mochte. Es wurden wohl

1) Heyne I. 917. 2) Heyne I. 884.

3) Heyne I. 884 und Minsberg I. 61 Anmerk. 4) Minsberg I. 102.

5) Meitzen: Urkunden schles. Dörfer p. 99 — 101.

überall Schulzen und Dorfgerichte eingesetzt, aber das Eigenthumsrecht der Unterthanen an dem ihnen überwiesenen Lande bleibt beschränkt durch den jetzt eintretenden Begriff des Obereigenthums der Grundherrschaft. Deutlich zeigt sich dieser schon 1349 bei Seitsch, wo deutsches und emphiteutisches Recht als gleichbedeutend genannt werden. Die Lasten des polnischen herzoglichen Rechts, welche bei Neugründungen in zahlreichen Fällen urkundlich aufgehoben worden sind, kommen auch für die polnischen Dörfer allmählich außer Anwendung, soweit sie in ungemessenen Leistungen bestanden; die bestimmten Abgaben blieben jedoch bestehen, wurden sogar vermehrt. Die Abgaben und Dienste für die Grundherrschaft wurden allmählich fast überall fixirt; aber das Maaß derselben ward für die Verpflichteten im Allgemeinen immer ungünstiger, je später es festgesetzt wurde. Vielfach haben sich diese Zustände bis in unser Jahrhundert unverändert erhalten und sind erst durch die Gesetzgebung der neuern Zeit gänzlich beseitigt worden.

Solche Dörfer, die eine langgestreckte grade Dorfstraße haben, ein Kirchspiel für sich allein bilden, viele Bauergüter enthalten, deren Größe man in neuerer Zeit noch nach „Hufen“ bezeichnen hört, dürften einst ausdrücklich zu deutschem Recht ausgesetzt worden sein und vielleicht auch zum Theil deutsche Kolonisten empfangen haben, wenn auch der polnische Name darauf hinweist, daß hier schon vorher eine Ansiedlung bestand. Diejenigen Dörfer aber, die neben einem verhältnißmäßig großen Rittergut meist nur ehemalige Dreschgärtner, oder andre kleine Besitzungen enthalten, sind bestimmt slavische Wohnstätten von Alters her und am längsten in den polnischen Rechts- und Besitz-Verhältnissen geblieben, auch nachdem die Deutschen längst die Oberhand gewonnen hatten.

XXIV.

Beiträge zum Itinerar Karls IV. und zu seinem Aufenthalt in Schlessien mit dem König von Cypern im Jahre 1364.

Von Dr. Herquet, Staatsarchivar in Aarich.

In dem Itinerar Karls IV. findet sich zum Jahre 1364 von Ende August bis zum 7. October eine nicht unerhebliche Lücke, für die uns bis jetzt nur ein einziger Ausstellungsort gegeben ist. Nichts zeigt an, daß diese Lücke durch eine der interessantesten Touren ausgefüllt wird, die der Kaiser damals unternahm, nämlich seinen Ritt mit dem König Peter I. von Cypern von Prag nach Breslau, Posen und Krakau, wo eine Conferenz mit den Königen von Polen und Ungarn stattfinden sollte.

Das Verdienst, dieses bis jetzt ganz unbekannte Ereigniß uns überliefert zu haben, gebührt dem Chronisten Machaut, dessen bisher nur im Auszug bekannte Reimchronik „La prise d’Alexandrie“ im vorigen Herbst durch E. de Mas Latrie im Auftrage der neugegründeten „Société de l’Orient Latin“ zum erstenmal (Genf 1877) edirt wurde.

Guillaume de Machaut aus einer adeligen Familie der Beauce begann seine Laufbahn als Hof-Beamter Philipps des Schönen. Bald nach dem Tode desselben trat er (vor 1316) in die Dienste des franzosenfreundlichen Johann von Luxemburg, dessen Haus er bis zum verhängnißvollen Tage von Crécy, also volle 30 Jahre, angehörte. Bei dem Böhmenkönig hatte er die Stelle eines Cabinetssekretärs

(clere) inne. Seine großen poetischen und musikalischen Talente erwarben ihm die Gunst seines Herrn in so hohem Grade, daß dieser ihn mit Geschenken wahrhaft überhäufte.

Nach Johanns Tode nahm ihn dessen Tochter Guta, Herzogin der Normandie, in ihre Dienste und verschaffte ihm ein Canonicat an der Kathedrale von Reims. Als ihr Gemahl Johann 1350 den französischen Thron bestieg, wurde Machaut zum Notar des Königs ernannt, verließ aber später Paris, um sich auf seine Güter in der Champagne und nach Reims zu begeben. Seinen Tod setzt man in das Jahr 1377.

Als Schlußstein seiner literarischen Thätigkeit, die eine vielumfassende war und schon frühzeitig begann, ist unzweifelhaft „La prise d’Alexandrie“ anzusehen, welches Poem die Thaten des Königs Peter I. von Cypern zum Vorwurf hat und mit dessen Ermordung im Januar 1369 endet. Man weiß daß dieser Lusignan eine der glänzendsten Erscheinungen des 14. Jahrhunderts war – glänzend im Sinne der damaligen Zeit. Dazu regte sein tragischer Tod mit stark romantischer Färbung die Phantasie der Abendländischen Völker in ungewöhnlichem Maße auf und wir finden es ganz begreiflich, daß ein Mann wie Machaut diesen „König von Jerusalem,“ der ihm auch persönlich bekannt war, zum Heroß eines Epos’ machte, das nicht weniger als 8887 Verse umfaßt.

Man würde indeß irren, wollte man dies wirklich als ein Product der Poesie betrachten. Es hat davon nichts weiter als das äußere Gewand; höchstens daß Machaut hie und da dem Geschmacke der Zeit huldigend sich in Allegorien ergeht. Im Grunde sucht er seine Erzählungen mit möglichst genauen Daten zu belegen und es stehen uns jetzt Mittel genug zu Gebote, um sowohl die Wahrheit seiner Darstellung, als die Richtigkeit der Zeitangaben zu prüfen. Hierbei können wir Machaut nur ein günstiges Zeugniß ausstellen, obschon derselbe durchgängig auf die Mittheilung Anderer, die er uns meist namhaft macht, angewiesen war. Nur über den Tod des Königs Peter erhielt er eine ganz falsche Relation.

Für das uns besonders interessirende Jahr 1364 scheint Machaut seine Nachrichten von dem ihm bekannten Ritter Perceval de Cologne, Peters Kämmerer, empfangen zu haben, der an der Reise von 1364

betheiligt war, ſich bei der Erſtürmung Alexandriens auszeichnete und 1367 wieder an den franzöſiſchen Hof geſchickt wurde.

Um die abendländiſchen Fürſten zu einem neuen Kreuzzug zu bewegen, verließ Peter I. am 24. October 1362 Cypren und kam Anfangs December in Venedig an. Von hier begab er ſich am 2. Januar 1363 nach Avignon, wo er am 29. März eintraf. Am 31. Mai reiſte er nach dem Norden weiter, begab ſich auch ſpäter nach England, wo am 1. November ihm zu Ehren ein glänzendes Turnier zu London ſtattfand, und erſcheint im Februar 1364 wieder zu Paris. Am 7. Mai wohnte er den Erſequien des Königs Johann zu Saint-Denis bei und am 19. Mai der Krönung Karls V. zu Reims. Bei dieſer Gelegenheit wurde eine von Machaut componirte Pontificalmeſſe ausgeführt.

Bei Feſtſtellung des für uns beſonders in Betracht kommenden Itinerars haben wir es mit einem eng begrenzten Zeitraum zu thun, der ſich zwiſchen dem Krönungstag zu Reims, dem 19. Mai, und der Ankunft Peters I. zu Venedig, nämlich dem 11. November deſſelben Jahres, bewegt.

Nach Machaut begab ſich Peter zunächſt nach Köln, wo er ſich zwei Monate lang aufgehalten haben ſoll, ohne daß uns der Grund dafür erſichtlich iſt. Von Köln reiſte er nach Franken und Thüringen, wo er ſich namentlich in Erfurt aufhielt. Ein Abſtecher nach Eſſlingen, den Machaut vor den Erfurter Aufenthalt ſetzt, gehört wohl beſſer vor die Reiſe nach Franken. Von Erfurt begab er ſich nach Meißen zu dem dortigen Markgrafen (Friedrich dem Strengen), deſſen Hof durch ſchöne Frauen und glänzende Cavaliere berühmt war. Auch getrunken wurde dort ſehr ſtark, namentlich Ale (godale) und Bier (servoise). Der Markgraf ſagte dem König, daß er nur durch den Kaiſer etwas durchſetzen könne, weßhalb er ihn aufſuchen möge. Sicherlich war dieß auch die Abſicht Peters geweſen.

Von Meißen ging dieſer nach „Sachſen,“ wo der dortige Herzog (Rudolf II. von Sachſen-Wittenberg), „der Kurfürſt des Reichs war,“ ihm denſelben Rath gab und ſich erbot, ihn nach Prag zu begleiten. Nach acht-tägigen Feſtlichkeiten ritten ſie zuſammen nach Prag, wo der Kaiſer auch von ihnen angetroffen wurde. Mit großem Pomp empfangen werden ſie in dem auf dem Hradſchin gelegenen Schloſſe, wo auch die Kaiſerin

wohnte, einquartiert. Es war dies Elisabeth von Pommern, Enkelin des Königs Kasimir von Polen, deren Vermählung erst vor Jahresfrist gefeiert worden war.

Großartige Festlichkeiten finden statt, nach deren Beendigung Peter mit seinem Anliegen herauskommt. Der Kaiser als kluger Diplomat lobt zwar das Unternehmen nach Kräften, meint aber, daß es besser sei, wenn man auch die Ansichten der Könige von Polen und Ungarn, die über eine sehr große Macht verfügten, vernehme. Zu diesem Zwecke wolle er sie sofort nach Krakau einladen und sich auch selbst dorthin begeben.

Der Aufenthalt Peters I. zu Prag muß in den Monat August (1364) fallen, in welchem, wie in dem vorhergehenden, Karl IV. seine Residenz und die nächste Umgebung nicht verließ.

Die Abreise der beiden Herrscher zu der anberaumten Conferenz fällt in den Anfang des September. Ueber den eingeschlagenen Weg sagt Machaut (vv. 1268—1277) folgendes:

Ce fait, de Prague se partirent.
Or diray quel chemin il firent.
Parmi Behaigne chevauchierent
Trois journées et puis alerent
A Bresselau, à Liguénisse,
A Nuistat, à Suedénisse;
Costen, Calix, Buton, Glagouve
Passerent et par Basenouve
De là en Cracoe arriverent,
Où les roys dessus dis trouverent.

Sie ritten also von Prag in drei Tagen bis zur Grenze Schlesiens. Daß von hier ab die Route, wie sie Machaut aufstellt, nicht eingehalten wurde, liegt auf der Hand, denn es wäre eben unmöglich, so zu reisen. Wie der Augenschein zeigt, ist die Folge der besuchten Städte hauptsächlich durch den Reim bestimmt. Die Reise sollte über Breslau und Posen, wo man wahrscheinlich die dortigen Heiligthümer besuchen wollte, nach Krakau gehen.

Von der Böhmischen Grenze ritten die beiden Herrscher zunächst nach Schweidnitz (Suedénisse) und von hier nach Breslau. Weiter über Liegnitz (Liguénisse), Glogau und Kosten nach Posen (Basenouve)¹⁾.

¹⁾ Daß der Herausgeber unseres Werkes, E. de Mas Latrie, sonst als ein aus-

Von hier über Kalisch und Beuthen (Buton) nach Krakau. Ueber den Aufenthalt des Kaisers und des cyprischen Königs zu Breslau, wo sie um den 7. September eingetroffen sein mögen, findet sich keine directe Aufzeichnung, aber wir wissen durch den (nicht bekannten) Verfasser der *Chronica principum Poloniae*, der zwischen 1384 und 1385 schrieb, daß die Beiden wirklich zusammen in Breslau waren, ja wir wissen auch, worüber sie sich damals unterhielten.

Der Kaiser allzeit etwas zur Frömmerei geneigt, erzählte nämlich dem im Grunde zwar etwas leichtsinnigen, aber nach damaligen Begriffen ebenfalls sehr frommen Lufignan von dem an dem Generalinquisitor Johannes von Schwentfeld am 28. September 1341 verübten Mord, als dessen Urheber man die von dem Dominikaner excommunicirten Breslauer Rathsherrn sammt dem Landeshauptmann Konrad von Falkenstein bezeichnete. In folge dieses an einem so frommen Manne verübten Verbrechens sei nun, so setzte der Kaiser seinem Gaste auseinander, die Strafe des Himmels über das unbußfertige Breslau und seinen gottlosen Rath nicht ausgeblieben und habe sich in der verschiedensten Weise geäußert. Die betreffende Stelle lautet:

„Puto quod adhuc de hac materia sint signature publicorum notariorum in archivis Wratislaviensis episcopi et si ausus sum dicere, retulit met dominus imperator Karolus recolende memorie domino regi Cypri, cum secum esset in Wratislavia, qualiter magna plaga fuisset secuta, nedum propter occisionem viri sancti, sed et expulsionem cleri (SS. RR. Siles. I. 137).“

Bei Aufstellung des Itinerars haben wir das von Machaut genannte Neustadt weggelassen. Unmöglich kann darunter jene südöstlich von Reiffe gelegene Stadt gemeint sein, eben so wenig das im Freisädter Kreise gelegene „Neustädte.“ Eher mag es ein Lapsus calami sein und für „Neumark“ stehen. Daß Machaut Schlessien

gezeichneter Gelehrter bekannt, in der Deutung der obigen Ortsnamen ganz wunderliche Dinge vorbringt, hat schon der Referent in der „Historischen Zeitschrift“ (Band 39. drittes Heft S. 493) bemerkt. Basenouve soll „Passau“ sein; Buton: Baugen oder Bungen, was Mas Patrie selbst mit einem Fragezeichen versieht. Kosten wird für eine schlessische Stadt „Kost“ oder „Kosta“ ausgegeben. Geographie ist niemals die Stärke der Franzosen gewesen.

ganz genau kannte, ergibt sich schon aus seiner früheren Stellung als Cabinetssekretär des Böhmenkönigs Johann.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel daß die Reise von Posen nach Krakau über Kalisch ging, das Machaut ausdrücklich nennt. Von hier ab wäre es aber möglich, daß die beiden Fürsten nochmals Breslau berührt hätten. Wahrscheinlicher ist, daß ein näherer Weg von Kalisch nach Oppeln eingeschlagen wurde. Letzteren Ort nennt zwar Machaut nicht, wir besitzen aber eine zu Oppeln am 17. September 1364 von Karl IV. ausgestellte Urkunde (Huber Regesten Karls IV. Nr. 4082), deren Zeugen kennen zu lernen, falls solche genannt sind, für uns von besonderem Interesse wäre. Wir kennen die Urkunde bis jetzt nur nach einem Regest des Bayerischen Reichsarchivs.

Von Oppeln traf man über Beuthen in Krakau ein, wo König Kasimir von Polen und König Ludwig von Ungarn nach Machaut's Angabe bereits anwesend waren. Als nächste Frucht der Zusammenkunft betrachten wir, daß König Ludwig am 22. September den durch den Polenkönig und den jedenfalls mit anwesenden Herzog Bolko von Schweidnitz zwischen dem Kaiser, seinem Sohne Wenzel und seinem Bruder, dem Markgrafen Johann von Mähren, einerseits und den Herzogen von Oesterreich und ihm selbst anderseits geschlossenen Frieden bestätigte und feierlich zu halten gelobte (Huber a. a. D. Reichs-sachen Nr. 414).

Die Konferenz gestaltete sich, wie Machaut (v. 1289) sagt, zu einem „moult grant parlement,“ daß in großartigen Versprechungen seitens des Kaisers und der beiden Könige endete. Auch die deutschen Fürsten sollten zu dem beabsichtigten Kreuzzug dringend eingeladen werden. Den Schluß bildeten, wie immer, Festspiele und Turniere, in denen der König von Cypern durch seine Waffengewandtheit brillirte.

Hierauf trennte man sich und zwar ritt der Kaiser nach Breslau zurück, wo er am 7. October eine Urkunde für den Grafen Wilhelm von Ragenellenbogen ausstellte (Huber Nr. 6250). Am 18. October finden wir ihn bereits in Königgrätz und am 21. auf dem Karlstein.

König Peter zog von Krakau „in zehn Tagen“ an den Wiener Hof. Auch hier fanden große Festlichkeiten statt. Von Wien reiste er durch Kärnthen in das Land des Patriarchen von Aquileja. Am

11. November kam er dann in Venedig an, wo man schon unterm 26. October die Nachricht von seiner bevorstehenden Ankunft empfangen hatte.

Ueber den kläglichen Verlauf des ganzen Kreuzzugs, der mit der Eroberung und ephemeren Besetzung Alexandriens (10. October 1365) endete, ist an einem anderen Orte das Nöthige bemerkt worden.

Wir wollen zum Schluß nicht unerwähnt lassen, daß die Erinnerung an das gleichzeitige Verweilen des Kaisers und des Königs von Cypern an dem Hofsager zu Krakau sich auch bei Polnischen Chronisten erhalten hat. Man setzte dies aber irrig in die Zeit der Vermählung Karls IV. mit Elisabeth von Pommern, die etwa im Frühjahr 1363 zu Krakau stattgefunden hat. Anderseits läßt Froissart den König Peter im Sommer 1363 nach Deutschland reisen, wo er bis nach Prag gekommen sein soll. Wer aber irgendwie nach Froissart gearbeitet hat, weiß, daß auf seine Daten kein besonderes Gewicht zu legen ist¹⁾.

¹⁾ Ueber den Aufenthalt Peters zu Köln, zu Eßlingen und Meissen haben befreundete Kollegen in den Staatsarchiven zu Düsseldorf, Stuttgart und Dresden Nachforschungen angestellt, die aber kein Resultat ergeben haben. Vielleicht dürfte für Wien sich etwas ermitteln lassen.

XXV.

Die Schaff im Delßnischen.

Vom Hauptmann a. D. v. Prittwiß und Gaffron in Delß.

Unter den schlesischen Adelsfamilien nimmt die Familie Schaffgotsch nicht nur durch ihren alt besessenen umfangreichen Grundbesitz, sondern auch durch die große Anzahl ihrer Mitglieder und deren Bedeutung eine hervorragende Stellung ein.

Der Name selbst, aus Schaff und Gotsch gebildet, hat die Eigenthümlichkeit, daß außerdem in Schlesien Adelsfamilien Schaff und Gotsch vorhanden gewesen sind, die sich durch ihr Wappen, wie noch andere schlesische Familien z. B. die Dallwitz, an die Familie Schaffgotsch anschließen. Es ist daher natürlich, daß bei der Geschichte der Familie Schaffgotsch auf diese Familien Schaff und Gotsch Rücksicht genommen worden ist. Obwohl das Wappen der Schaffgotsche nur in Bezug auf das Helmbild, ein Schaf, redend ist, so haben doch andere schlesische Familien Schaff oder Schoff sich dieses Thieres als Schildfigur bedient, und würde dieser Hinweis auf das bekannte Hausthier führen, wenn nicht auch Schaff das alte keltische Cap, Caput, Chef, Haupt bezeichnen könnte und erst das Wappenbild dann angenommen wäre, als dieser Ursprung des Namens vergessen war. Bei den vielen Forschungen über die Familien Schaffgotsch, Schaf und Gotsch in Schlesien, ist es auffallend, daß nirgends einer Familie Erwähnung geschehen ist, die von 1540 bis 1640 mit bedeutendem Grundbesitz um Delß auftritt, und ebenso spurlos wieder verschwindet, als sie

erschienen war. Es ist dieß die Familie Schoff oder Schaff von Schemriß, Schemniß, Schemninski, oder auch Sieminski genannt, von der trotz einer Menge Urkunden im Delß'er Archiv leider kein Wappenabdruck bekannt ist, da man nur dadurch die Hauptfrage erledigen könnte, ob diese Familie deutschen oder polnischen Ursprungs ist.

Da es keinen Ort Schemriß oder Schemniß in Schlessien giebt und die ähnlichen Namen wie Schemrowiße zc. in Gegenden liegen, wo die Schaffgotsche nicht angelesen waren, so ist, wenn man einen deutschen Ursprung dieser Familie annehmen will, und den alten Stammsitz Kemniß der Schaffgotsche berücksichtigt, die Möglichkeit vorhanden, daß diese Schaffe einem nach Polen ausgewanderten Zweig der Familie Schaffgotsch angehören, der von dort nach dem Fürstenthum Delß zurückgekehrt ist. Es kann aber auch eine andere deutsche Familie dieses Namens sein, oder eine polnische aus dem Herb Junosza (Widder), die bei ihrer Uebersiedelung nach Schlessien ihren Wappennamen als Familiennamen aufgenommen hat, da bekanntlich die polnischen Namen auf ki meistens den Besitz und nicht den Familienstamm bezeichnen.

Die fast immer gebrauchte Schreibweise Schemriß oder Schemniß läßt freilich einen Ort vermuthen, dessen Name, obwohl polnischen Ursprungs, schon im 16. Jahrhundert deutsch geschrieben wurde, da die Polen die Consonanten-Verbindung Sch nicht kennen.

Alle diese Vermuthungen würden durch das Wappen der Familie begründet oder widerlegt werden.

1545 werden die Güter Grompusch und Kröwald im Delnischen den Brüdern Melchior, Georg und Barthel Schoff, Schemninski genannt, confirmirt, und scheint Kröwald, daß in den späteren Urkunden nicht wieder genannt wird, entweder einen besonderen Theil von Grompusch oder daß jetzt zu Kritschen gehörige Vorwerk Grünhof bezeichnet zu haben.

Von Grompusch aus breiteten sich die Brüder sehr bald in der Umgegend von Delß aus und finden wir nachstehende Güter in ihrem und ihrer Nachkommen Besitz:

Allerheiligen von 1571 — 1608.

Briefe von 1570 — 1625.

Antheil Buselwitz 1580.

Dreirademühle, Bierrademühle und Dammer von 1574 bis 1602 Pfandbesitz aus dem fürstlich Delnischen Schuldwesen, dann bis 1625 freier Besitz.

Neuhof bei Wiesegrade von 1571—1608.

Schwierse, von 1581—1602 und

Zucklau, von 1574—1602 Pfandbesitz, dann bis 1609 freier Besitz.

Ueber die Familienmitglieder ist folgendes bekannt:

Melchior (A), Georg (B) und Barthel (C) waren die Söhne des Georg Schoff und der Lucie Dziewunti, und die Brüder der Margarethe (D) Schoff, die 1579 Wittve des Lucas Kesselberg zu Boguslawitz ist, sowie 1595 einen Antheil Allerheiligen besitzt. Wahrscheinlich waren noch Geschwister, Hans (E) Schoff, 1589 auf Potschkale, der vor 1615 mit Hinterlassung einer Tochter Margarethe gestorben ist, die 1594 als Frau und 1615 als Wittve des Hans Seidlitz erscheint, und Lucie (F) Schoff von Schemnitz, 1570 Gemahlin des Jan Christoph Herr v. Wahlenstein.

A. Melchior, 1562 Hauptmann zu Bernstadt, kauft 1570 Briesse, erhält 1571 in der brüderlichen Theilung Neuhof und Allerheiligen und ist vor 1584 kinderlos gestorben, eine Wittve Anna geb. Brziiski hinterlassend, die bis 1600 genannt wird.

B. Georg, 1586 auf Briesse, 1591 todt.

C. Barthel, seit 1571 auf Grompusch, 1574 auf Grompusch und Allerheiligen, 1580 auf Antheil Buselwitz, gest. 1584. Von seiner Frau Anna geb. Sternberg, die 1600 Grompusch besaß und noch 1604 lebte, scheint er 7 Kinder hinterlassen zu haben, die den ganzen Familienbesitz (1588: Allerheiligen, Briesse, Grompusch, Dammer, Neuhof, Schwierse und Zucklau) geerbt haben. Wahrscheinlich ist auch der unächte Adam Schoff, der 1614 die für ihn aus den Grompusch'er Kaufgeldern deponirten 350 Rthlr. erhält, sein Sohn. Barthel's sieben Kinder sind:

- 1) Georg, seit 1596 mit Anna von Keltisch vermählt, 1598 auf Zucklau, erhält Briesse, 1604 Allerheiligen, Dreirade und Neuhof, 1607 Grompusch und ist 1627 todt. Er scheint nur Töchter hinterlassen zu haben, wenn nicht der 1637 genannte

mündige Erbe Hans Georg Schoff sein Sohn ist, da 1636 nachstehende Verkäuferinnen von Grompusch genannt werden:

- a) Elisabeth, 1636 Frau des Balthasar Ohm zu Stradam, 1670 Elisabeth Kesselberg geb. Schaff, Wittwe genannt.
 - ß) Eva, 1636 Frau des Caspar Postolski auf Postel, lebt noch 1649.
 - γ) Anna Maria, 1636 Jungfrau, 1639—1666 Frau des Caspar v. Siegroth auf Paulsdorf.
 - δ) Ursula, 1636 Jungfrau, 1639 Frau des Anton v. Frankenberg, der 1636 Grompusch gekauft hat und 1648 auf Buselwitz stirbt.
 - ε) Salome, 1636 Jungfrau, später Frau des Christoph Muloß auf Prießen.
- 2) Barthel, von 1600—1609 auf Zucklau, vermählt mit Margarethe v. Poster, verwittwete von Pasterwitz, lebte von 1615—1630 in Bernstadt.
 - 3) Heinrich, 1600 auf Grompusch, Schwierse und Dammer, verkaufte 1607 seinem Bruder Georg Grompusch, und lebte 1630 auch in Bernstadt.
 - 4) Melchior, 1600 todt.
 - 5) Elisabeth, vermählt 1590 mit Hans Gßlinger auf Grünhübel.
 - 6) Barbara, 1598 Frau des Barthel Seidliß von Strelitz, 1620 des Hans Gräbisch, der in Briesse wohnt, ist 1631 todt.
 - 7) Anna, seit 1599 an Hans Seidliß zu Dzienwentline vermählt, mit dem sie 1626 in einem Häuslein in Briesse wohnt.
- Dela, October 1878.

XXVI.

Das Criminalregister des Stadtgerichtes zu Troppau für die Jahre 1643—1670.

Von Professor Josef Zukal in Troppau.

Die Bibliothek des Gymnasialmuseums zu Troppau bewahrt einen handschriftlichen Folioband (Signat. F. S. I. 11), der, wie die Aufschrift am Rücken zeigt, seiner Zeit als „Criminalregister“ bezeichnet wurde. Auf dem ersten Blatte stehen unter dem Titel: „Gut und Peinliche Aussagen sambt den Urtheillen so angefangen den 6. July Anno 1643.“ die Namen der Bürgermeister, des Vogtes, der Schöppen und des Gerichtsnotarius¹⁾. Es ist das in der Rathskanzlei geführte summarische Protokoll über jene Criminalfälle, welche vom Juli 1643 bis August 1670 beim Troppauer Stadtgerichte in Verhandlung kamen. Die darin verzeichneten numerierten Acten erreichen die Zahl 84 und werfen manches interessante Streiflicht auf die Rechtspflege und die Culturstände des 17. Jahrhunderts. — Eingeleitet ist das Protokoll mit einem die Entlohnung des Scharfrichters Hans Winkler betreffenden Act²⁾.

1) Bürgermeister: Mathias Dominicus Dominakty von Karlsbrunn, Andreas Kurz, Paul Zrmeler, Georg Petrasch. — Geschworne Richter: Johann Sueb. Schöppen: Jakob Kheil, Christoph Siebenasch, Paul Berger, Wenzel Langer, Heinrich Giganke, Johann Georg Rebele, Wenzel Fischer, Daniel Nolle. Gerichtsnotarius: Mgr. Georg Wenzel Jagezdeckty.

2) Durch Rathschluß vom 20. October 1643 wurde demselben auf sein Ansuchen von der Justifizierung einer Person wie auch vom Staupenschlagen 30 Groschen bewilligt. Bis dahin hatte er nur 21 Gr. bezogen.

Die rechtsprechende Thätigkeit des Troppauer Stadtgerichtes erstreckte sich 1. auf die im Stadtgebiete verübten Verbrechen; 2. auf sogenannte öffentliche Verbrechen, begangen durch gemeinschädliche Leute (Laudesbeschädiger), und auf Privatverbrechen, welche dem Stadtgerichte von andern Obrigkeiten abgetreten wurden, weil diese wegen mangelhafter Besetzung ihres Halsgerichtes oder wegen der Schwierigkeit einzelner Criminalfälle es vorzogen, ihre Verbrecher in Troppau aburtheilen zu lassen. Ueberdies fungierte das Troppauer Gericht auch als belehrender Oberhof für Dominial- und Stadtgerichte des Fürstenthums, welche Informaturtheile auf Grund der eingeschickten Untersuchungsacten oder Auskunft in mancherlei Rechtsfragen (z. B. über die Zulässigkeit der Tortur) von den Troppaner Schöppen erbaten.

Darnach bietet unser Protokoll zweierlei: eigentliche Proceßacten und Rechtsbelehrungen. Die Nummern, welche vor dem Troppauer Gerichte durchgeführte Prozesse betreffen, enthalten in der Regel: die gütlichen oder peinlichen Aussagen und das Zeugenverhör nebst den auf die Untersuchung Bezug habenden Beschlüssen des Rathes; das Urtheil; die Ratificationsformel; den Vermerk über den Strafvollzug und den Wortlaut der Urfehde. Unter jedem einzelnen Act sind die fungierenden Schöppen, Bögte und Bürgermeister namentlich angeführt. In den Einträgen der zweiten Art sind gewöhnlich nur die abgeschickten Rechtsbelehrungen protokolliert, seltener wurden auch die eingeschickten Fragen und gütlichen oder peinlichen Aussagen aufgenommen¹⁾.

Das Stadtgericht besteht aus dem Bogte als Leiter und 7 Schöppen²⁾ als Beisitzern; es übt im Namen und unter scharfer Controle des Rathes die Criminaljustiz aus. In außerordentlichen Fällen vereinigen sich die 4 Bürgermeister und die 12 Rathsmannen sammt Bogt und Schöppen zum „vollen Schöppensstuhl,“ der als einheitliches Richtercollegium das Urtheil fällt. Die oberste Aufsicht über das

¹⁾ Ueberhaupt war die Buchhaltung der Gerichtsnotare nichts weniger als musterhaft. Manche Nummern sind unvollständig; 6 bringen die Aussagen ohne Gerichtspruch, bei einigen fehlt die Ratificationsformel, bei andern wieder der Executionsvermerk.

²⁾ Nur für das Jahr 1643 hat das Register 8 Schöppen, was umso mehr auffällt, als weder vor dieser Zeit noch später jemals diese Zahl vorkommt. Da die 8 Schöppen in dem Protokoll dreimal namentlich verzeichnet sind, kann ein Irrthum des Schreibers nicht angenommen werden.

städtische Justizwesen wie über das gesammte Stadtregiment hatte (analog den königl. Richtern in Böhmen und Mähren) der Eichtensteinische Fürstenrichter zu führen. Ihm kommt daher auch die erste Stelle im vollen Schöppenstuhle zu, aber sein Einfluß auf den Gang der Criminalprocesse erscheint seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in rascher Abnahme¹⁾. In einem Rechtspruch vom Jahre 1647 heißt es „erkennen und sprechen wir Fürstenrichter, Bürgermeister und Rathmanne sambt Vogt und geschwornen Gerichts-Schöppen“; später verschwindet der „Fürstenrichter“ in dieser Formel gänzlich. Im Jahre 1659 werden „auf Verordnung des Fürstenrichters“ Frauen wegen superstitiones in Untersuchung gezogen, 1668 wird ein 9 jähriger Junge „auf Begehren“ des Fürstenrichters Caspar Franz, dem er Einiges entwendet hatte, examinirt. Außer diesen drei Fällen, wird der Fürstenrichter im Criminalregister nicht erwähnt. —

Welche Stellung das Stadtgericht gegenüber dem Bürgermeisteramt und Rathscollegium einnahm, darüber giebt uns das Strafverfahren näheren Aufschluß.

Die Verhaftung eines Verbrechers im Stadtgebiete erfolgte auf Befehl des Amtsbürgermeisters durch den Vogt, welcher sodann unter Zuziehung wenigstens 2, in schwierigen Fällen sämmtlicher 7 Schöppen (examinatores, relatores) das Verhör des Inculpaten sowie der Zeugen vornahm. Das Inquisitionsprotokoll wurde hierauf dem Rathe vorgelegt, der darüber in seinen regelmäßig am Dienstag und Freitag abgehaltenen Sitzungen Beschluß faßte. Erschien die Sache als spruchreif, so forderte der Rath das Schöppencollegium zur Schöpfung des Urtheils auf, gewöhnlich mit der Formel: „Die ehrbaren Gerichte sollen hierinnen erkennen, was Rechts ist und sprechen.“ Im entgegengesetzten Falle befahl der Rath neuerliche Untersuchung, formulierte wohl auch Punkte (positiones), über welche der Inquisit noch zu befragen wäre oder gab andere Weisungen behufs Aufklärung des Thatbestandes.

Daß die Tortur im Beweisverfahren eine Hauptrolle spielt, ist

¹⁾ Ueber wiederholte Bitten des Rathes und der Gemeinde wurde das Amt des Fürstenrichters durch königl. Rescript vom 10. Juni 1705 aufgehoben. (Vergl. Biermann, Gesch. v. Troppau und Jägerndorf, S. 595.)

für jene Zeit selbstverständlich. Man verhörte den Angeklagten, der auf gütliches Befragen nicht zum Geständnisse schritt, „mit Bedrohung der scharfen Frage,“ „mit Vorstellung des Scharfrichters,“ „mit Vorstellung des Scharfrichters und der Instrumente“ und „mit wirklicher Disposition zur Tortur.“ Letztere bestand darin, daß der Angeklagte in die „schwarze Stube“ (Folterkammer), wo der Scharfrichter mit den Werkzeugen in Bereitschaft stand, geführt und auf die Folterbank gebunden wurde. Blieben die Preßionsmittel dieser Verbal- und Realterrition ohne Erfolg, dann hatte das Gericht aus eigener Initiative oder auf Weisung des Rathes über die wirkliche Anwendung der Tortur Beschluß zu fassen. Doch kam es auch vor, daß ohne vorangegangenes gerichtliches „Interlocut“, oder trotz demselben, „auf gemessene Verordnung“ des Rathes zur Tortur geschritten wurde. Es scheint, daß die Schöppen im Allgemeinen rücksichtlich der Tortur viel skrupulöser und humaner waren, als die rigorosen Herrn des Rathes und ihr rechtsgelehrter Syndicus. Susanna Resporek, eine 44jährige Wittwe aus Jestzenbi bei Loßlau, zuletzt im Lichtensteinischen Vorwerk zu Troppau als Magd bedienstet, wurde am 3. Juni 1670 gütlich, am 4. Juni mit Vorstellung des Scharfrichters examiniert und gestand, ihr uneheliches Kind während der Geburt durch Drücken getödtet zu haben. Hierauf resolvierte der Rath am 15. Juli: „die Ehrbaren Gerichte sollen interloquieren ob die Verhaftte ad Torturam zue zihen seye.“ Das Interlocut vom 18. Juli lautete dahin: Da die Tortur nur in den Fällen gebraucht werden soll, in denen die die Wahrheit anderer Gestalt nicht eruirt werden kann, so sei gemäß den Rechtslehrern Manlius und Zierikus und in Uebereinstimmung mit der Carolinischen Constitution die Resporek, welche die Tödtung ihres Kindes wiederholt gestanden hat, mit der Tortur von Rechtswegen nicht zu belegen. Trotzdem erläßt der Rath am 30. Juli die Weisung, die Delinquentin solle über gewisse positiones¹⁾ durch die Tortur vernommen werden. Daß am 1. August angestellte peinliche Examen förderte das Geständniß zu Tage, daß das Kind nach der Geburt noch

¹⁾ Der Rath inquirierte darauf, ob die Angeklagte nicht nach der Geburt an das Kind Hand angelegt und ob sie nicht mehrere Kinder umgebracht habe.

gelebt und die Delinquentin dasselbe an der Gurgel gedrückt habe, um es vollends zu tödten¹⁾).

Die peinliche Aussage konnte nur dann als Basis für das Endurtheil genommen werden, wenn sie am nächsten Tage von dem Torturirten über gütliches Befragen wiederholt wurde. Erfolgte ein Widerruf des peinlichen Geständnisses — was übrigens selten und nur bei notorischen Verbrechern vorkommt — so wiederholte man, beim Vorhandensein „wichtiger Indicien,“ die Tortur im verschärften Grade. Welche Arten und Grade der Folter in den einzelnen Fällen zur Anwendung kamen, erhellt aus dem Protokolle nicht; nur einmal (bei dem Räuber Wenzel Mysliwee, s. unten) werden die „spanischen Stiefeln“ und, als zweiter Grad, das Anlegen brennender Kerzen erwähnt.

So viel unser Register ausweist hatten in der 28jährigen Periode 1643—1670 von 99 Angeklagten 23 Folterqualen zu erdulden und zwar 13 beim Troppauer Stadtgerichte, 10 bei anderen Obergerichten des Fürstenthums. Unter den Gefolterten zählt man 15 Diebe, Räuber und Mörder, 4 Kindesmörderinnen, 2 Zauberinnen und 2 „Espione“; hievon wurden zum Tode verurtheilt 19, zu Leibesstrafen 2, als unschuldig wurde entlassen 1, unbekannt ist die Sentenz bei 1.

Bei den vielen Schwierigkeiten, mit denen die Beschaffung der nöthigen Beweismittel in jener Zeit verbunden war, mußte die Untersuchungshaft eine langwierige sein, wenn es auch dem Gerichtezustand in Criminalfällen, wie sie das Register verzeichnet, summarisch zu verfahren. Katharina Volk, Dienstmagd aus Zauditz, wurde im November 1652 wegen Unzucht und Abtreibung der Leibesfrucht eingezogen und schmachtete im Gefängniß bis 22. Januar 1657²⁾. Besonders bei externen Verbrechern wurde der Proceß durch die Saum-

¹⁾ Das Urtheil vom 4. August lautet auf Tod durch das Schwert. Der Executionsvermerk sagt: „Obiges von E. E. E. W. Rath ratificirtes Urtheil ist an der Delinquentin an gewöhnlicher Richtstatt vor dem Gräzer Thor, bey St. Leonhards Kirchhofe an praefigirten Tage (Samstag den 9. August) exequirt worden, undt willig wohl disponiret, undt verhoffentlich seelig gestorben“ (sic.)

²⁾ Laut Gerichtsspruch vom 18. Januar 1657 wurden ihr statt der Strafe des Schwertes, „weilen sie in das fünfte Jahr undt zwar ohne einige ihre Verursachung im Gefängnuß gehalten worden,“ 15 Staupenschläge und des Fürstenthums ewige Verweisung zuerkannt.

seligkeit der zuständigen Obrigkeiten in der Leistung der Verpflegsbühnen und Bestellung der Zeugen verzögert. Die Landeshauptmannschaft war in dieser Beziehung nicht coulanter als der adelige Gutsherr.

Unterbrechung des Verfahrens durch die Flucht des Inquisiten scheint auch keine Seltenheit gewesen zu sein. Die Mehrzahl der dem Troppauer Gerichte eingelieferten Diebe und Räuber konnte sich rühmen ein oder mehrere Mal aus irgend einem Schloß- oder Dorfgängniß entweichen zu sein; aber auch der Troppauer Kerker erweist sich nicht als sicher genug (s. weiter unten). Die Unholde tragen zu diesem Zwecke Zauberkräuter bei sich und die Troppauer Schöppen examinieren (1665) einen entsprungenen und wieder eingebrachten Bösewicht ganz ernstlich, ob er nicht mit Hilfe höllischer Künste das Weite gewonnen habe. In Wahrheit sind es ganz natürliche Umstände, welche den Gefangenen die Flucht ermöglichten. Vor Allem trug dazu bei der ziemlich freie Verkehr des Inquisiten mit seinen Anverwandten, die mangelhafte Anlage des Gefängnisses, Nachlässigkeit und Bestechlichkeit der Wachorgane und die unmenschliche Behandlung, welche den verzweifelnden Häftling jedes Wagnisses fähig machte. —

Die Rechtsprüche der Troppauer Schöppen sind noch immer auf dem alten sächsischen Recht gegründet. Die Ausdrücke „nach Ausfuß der hier üblichen Sachsenrechte“ und „der landüblichen Thursächsischen Constitution gemäß“ wechseln mit einander in der Urtheilsausfertigung ab. Sonst werden noch in einem Falle (Duell) kaiserliche Mandate, und in einem andern (Bestrafung entlaufener Unterthanen) Verordnungen des schles. Fürstentags als Rechtsquelle angeführt. Häufig schließt das Urtheil mit dem „Vorbehalt der obrigkeitlichen Gnade,“ einige Mal auch mit einem direkten Antrage auf Milderung der gesetzlich bemessenen Strafe. Der Schöppenspruch mußte dem Rathe zur Ratification vorgelegt werden. Von da ab erscheint der Rath dem Stadtgericht gegenüber als höhere, separate Instanz. Er genehmigt die Sentenz unbedingt und bestimmt den Tag der Execution, oder er macht vom Begnadigungs- und Milderungsrechte Gebrauch. Im Ganzen erlangen 8 Verurtheilte eine Milderung der Strafe. In den dießbezüglichen Beschlüssen wird auf die verschiedenen mildernden Umstände, als lange Untersuchungshaft, „unerzogene

Kinderlein," viel häufiger auf „die Intervention der Geistlichkeit," „unterschiedlicher vornehmer geistlicher und weltlicher Personen" und auf „die Fürsprache vornehmer Frauen" hingewiesen. Den Einheimischen floß der Born stadträthlicher Gnade selbstverständlich reichlicher als den Fremden. Dreimal (bei Vergehen gegen die Sittlichkeit) hat es der Rath für nothwendig gefunden, das Erkenntniß der Schöppen zu reformieren. Margaretha Michalek, eine ledige Dienstmagd aus Ottendorf, sollte laut Gerichtsspruch vom 27. Januar 1661 wegen Unzucht durch den Scharfrichter aus der Stadt verwiesen werden. Der Rath verschärfte jedoch die Strafe dahin, daß die Verurtheilte zuvor „mit der Pauke um die Brodbänke geführt, dann vollends ausgepaukt und durch den Scharfrichter verwiesen werden solle." Wegen desselben Vergehens sollte laut gerichtl. Erkenntniß vom 17. Februar 1661 Mariana Gartner, aus Schebischowitz bei Gleiwitz gebürtig, Sonntags an das Halßeisen auf dem Friedhose der Pfarrkirche gestellt werden. Der Rath fand die Strafe wieder zu milde und resolvierte: „Weylen E. E. E. W. W. Rath sihet, daß die Erbahren Gerichte gar zue gnädig gesprochen, daß dießes Urthel in vorhergehendes Verbrechen ¹⁾ der Marg. Michalkin solle morgendes Tags reducirt undt exequirt werden" (sic). Darnach wurde auch die Gartner am 19. Februar ausgepaukt und aus der Stadt verwiesen.

Die Vollziehung der Todesstrafe fand gewöhnlich am dritten, die der andern Strafen am nächsten Tage nach der Verkündigung des Urtheils statt. Hinrichtungen durch den Strang geschahen meistens am Sonnabend, dem Tage des Wochenmarktes ²⁾. In den Fällen, wo auf eine andere als die Todesstrafe oder auf Schuldlosigkeit erkannt wurde, hatte der Gefangene vor seiner Entlassung noch die Urfehde zu leisten d. h. er mußte schwören, daß er wegen der ausgestandenen

¹⁾ Die Criminalsache der Gartner folgt im Protokolle unmittelbar auf jene der Michalek.

²⁾ Der aus einem großen gemauerten Viereck bestehende Rabenstein befand sich am Südbahange des sogenannten Galgenberges außerhalb der Gräzer Vorstadt, unmittelbar an der Straße. Beim Abtragen desselben im Jahre 1809 fand man Steintafeln mit den Jahreszahlen 1320, 1486, 1547, 1644, 1773, welche die Zeit der Renovierung angeben. Ueberreste der Grundmauern sind noch heute zu sehen (Moravia, 1844, S. 114).

Haft oder Strafe weder selbst noch durch Andere sich rächen wolle. Welche Wichtigkeit man diesen Urtheilen beimaß, erhellt daraus, daß dieselben in das Criminalregister wörtlich aufgenommen wurden¹⁾.

Schreiten wir zur Uebersicht der in unserer Quelle verzeichneten Straffälle, so begegnen wir der ganz natürlichen Thatsache, daß Raub und Diebstahl am häufigsten vorkommen und daß Pferde und Rinder der beliebteste Gegenstand dieses Verbrechen sind. Viele der dem Troppauer Gerichte eingelieferten eigenthumsgefährlichen Individuen hatten einst dem Soldatenstande angehört. Sie sind mitten unter den Gräueln des 30jährigen Krieges aufgewachsen; waren sie bis zu ihren Jünglingsjahren unbescholten, so lernten sie die „Mauserei“ und das „Absatteln“ als Soldatenjungen, Musketiere und Reiter.

Ein Lebenslauf möge zur Charakterisirung der ganzen Gattung dienen.

Johann Sykora, aus Ludgierzowitz bei Hultschin, hatte in Schillerödorf und an andern Orten als Knecht gedient. Später nahm er Kriegsdienste bei den Schweden. Als schwedischer Soldat stahl er mit Kameraden 2 Kühe in Dstrau, 5 Pferde in Krawarn, 8 Pferde im Hultschiner Schlosse, woselbst er auch den herrschaftlichen Schreiber „auszog.“ Später vom Obersten Warlowski für das kaiserliche Heer angeworben, setzte Sykora die „Mauserei“ fort, bis endlich, als er einigen vom Jahrmärkte zu Hultschin heimkehrenden Juden aufspasste, die „Jüngsten“ aus dem genannten Orte ihn festnahmen, worauf er durch Warlowski's Leute ins Troppauer Stockhaus gebracht wurde. Von dort wußte er zu entweichen, flüchtete sich zu den Dominikanern und wurde durch den Klosterknecht in einer Missethate zum Stadthore hinausgeschafft²⁾. Nach wiedererlangter Freiheit

1) Sie sind theils in deutscher, theils in böhmischer Sprache abgefaßt.

2) Wenn, wie wahrscheinlich, Sykora mit Wissen der Mönche geborgen wurde, so ist hierin eine unbefugte Ausübung des Asylrechtes zu sehen. Anklänge an dieses alte Recht bietet noch ein zweiter Criminalfall. Im Jahre 1663 hatte Heinrich Scholz, Kürschner zu Troppau, sein 17jähriges schwangeres Weib und das Kind im Mutterleibe durch einen Messerstich getödtet. Mit dem blutigen Messer in der Hand stürzt er aus seiner Wohnung und flüchtet sich in die nahe gelegene Dominikanerkirche, von wo er durch den Vogt ins Gefängniß abgeführt wird. Scholz wurde den 13. April 1663 enthauptet und sodann der Körper aufs Rad gelegt. (Vergl. Kais. Rescript an die böhm. Statthalterei vom 27. Juni 1688 in Weingarten's Codex Ferdinando Leop. Jos. Carolinus.)

wendet sich Sykora in die Gegend von Ratibor und verdingt sich als Knecht bei dem Herrn Georg Kozlowsky zu Adamowiz. Hier stiehlt er polnischen Roßhändlern ein Paar Pferde, die aber in dem Hofe seines Herrn, wohin der Dieb sie gebracht hatte, ausgekundschaftet werden. Auf die Anzeige der Bestohlenen läßt der Ratiborer Hauptmann Twardawa ohne Vorwissen des Hr. Kozlowsky den Dieb ins Gefängniß abführen. Sykora behauptete den Diebstahl im Auftrage seines Herrn verübt zu haben, welcher ihm auch 3 Thl. ins Gefängniß schickte und versprach ihm zur Freiheit zu verhelfen. In der That ließ ihn das Gesinde Twardawa's nach 6 Wochen wieder laufen. Kaum frei geworden entführt Sykora im Dorfe Kamin ein Pferd von der Weide, wird aber schon in Benkowiz ertappt und daselbst eine Woche lang in Roßeisen gefangen gehalten, bis es ihm gelingt sammt den Fesseln zu entinnen. Gleich hinter dem Dorfe löst er selbst ein Eisen vom Fuße, in Nova Ves (Neudorf) schließt ihm ein Gärtner das zweite auf. Seit beiläufig 1651 diente Sykora als Knecht in Troppau und wurde 1653 wegen neuer Diebstähle durch den Stadtvogt eingezogen. Aber seine Verwegenheit bietet Troß auch dem Stadtgefängnisse. Nächtlicher Weile entweicht er aus demselben „durch Gitter und Rinnsal,“ und übersteigt beim Jesuitenkollegium die Stadtmauer. Wie weit er gekommen, sagt unsere Quelle nicht. Am 13. Oktober stand Sykora vor den Schranken des Stadtgerichtes und wurde, nach kurzem peinlichen Verhör, den 25. Oktober durch den Strang vom Leben zum Tode hingerichtet.

Verüchtigt als Räuber und Diebe waren im 17. Jahrhundert auch „die Schützen,“ d. i. verkommene Bauern und andere arbeitsscheue Individuen, welche sich bei irgend einem Gutsbesitzer als Heger und Flurschützen anstellen ließen, um die Berechtigung zum Waffentragen zu erlangen und ihrer Gier nach fremdem Hab und Gut ungeachtet fröhnen zu können¹⁾. Als ein höchst gefährliches Subject dieser Art erscheint Wenzel Mysliwec (d. h. Schütz), welcher 1663 zum ersten

¹⁾ Das Jagdpatent vom 4. Mai 1701 verbot den Ständen, die Felder und das Weidwerk an Soldaten, Raubschützen oder „Kreuter“ zu vermietthen, da diese Leute ohne Unterschied der Zeit Alles wegschießen. (Sanctiones pragmaticae für Schlessen I. Thl.)

Mal vor den Troppauer Schöppen sich zu verantworten hatte. Wenzel war der Sohn eines Bauern zu Kl.-Ellgot bei Wüß-Polom. Die bösen Anlagen verriethen sich schon in dem Knaben, da er einen seiner Gespielen erschoss, einen zweiten gleichfalls durch einen Flintenschuß schwer verletzte, welche Sache der Vater durch eine Buße von 7 Thl. verglich. Als Wenzel die Wirthschaft von seinem Vater übernommen hatte, behagte ihm das Bauernleben nicht lange; er verließ mit dem Weibe Haus und Hof, um sein Glück jenseits der Oder im Ratiborschen zu suchen. Zu Newiadam wurde er im Wirthschaftshofe des Herrn Paul Rogowsky als „Schütze“¹⁾ installiert. Dieser Ort war um jene Zeit ein verrufenes Diebsnest²⁾. Wenzel gesellte sich bald einer Verbrecherbande zu, in der sich nebst anderen Georg Kozel, Pächter eines Straßenkretschams bei Newiadam, mit seinem Sohne Bartel befand und welche das rechte Oderufer unsicher machte. Abgesehen von zahlreichen Diebstählen, die sie verübten, wurde von ihnen ein Mann Namens Golech im Kochlower Walde ermordet und beraubt. Bei einem Ausfluge des diebischen Kleeblattes ins Troppauische gerieth Wenzel in die Gewalt seiner Obrigkeit, des Grafen Prażma, welcher ihn nach Troppau zur Aburtheilung brachte.

Bei seinem ersten Examen am 11. Mai 1663 gestand Wenzel außer wiederholter Unzucht nur unbedeutende Diebstähle ein; Anfangs Juni befand er sich schon wieder auf freiem Fuße. Sein Weib hatte ihm bei einem Besuche ein Werkzeug zugesteckt, mit dem er seine Fesseln löste. Hierauf hatte er das Gefängniß erbrochen und war nach Uebersteigung der Stadtmauer bei der Pfortenmühle in den Wald bei Kautzen geflohen. Bald erschien Wenzel wieder bei seinen Spießgesellen im Revier von Newiadam. Den 5. September 1663 brach er mit denselben bei Herrn Joachim Kozlowsky zu Kozlow ein und leerte eine Kammer, worin die Frau ihren Schmuck aufbewahrte, vollständig. Den Verkauf des gestohlenen Gutes besorgte Wenzels Weib. Ein silbernes vergoldetes Halsband kaufte die Frau Rogowska

¹⁾ Daher auch sein Zuname.

²⁾ Eine ganze Bande von Beutelschneidern, alle zu Newiadam unter dem Herrn Heinrich Fragstein gefessen, trieb ihr Unwesen in Oberschlesien und Mähren. Zwei davon Math. Jarzonzek und Witek Swiegeniak sind im Oktober 1663 zu Troppau gehängt worden.

zu Newiadam, ein goldenes Kreuz Herr Zibřidovský d. Ältere ebendort. Ein anderes Halsband und zwei Armbänder verehrte Wenzel dem Bagstädter Amtmann Peter. Der Diebstahl erregte selbst in der damaligen, an Freveln jeder Art reichen Zeit großes Aufsehen. Die Bande konnte sich in Newiadam nicht mehr sicher fühlen und zog sich, der damals üblichen Diebstrategie gemäß, ins Troppauische zurück. Kozel und seinen Sohn Bartel treffen wir als „Schützen“ in Smolkau wieder; Wenzel aber wird von der Obrigkeit zu Gnaden aufgenommen und läßt sich wieder in seinem Geburtsorte Elgot nieder. Das Präsent scheint also beim Amtmann Peter die erhoffte Wirkung gehabt zu haben. Volle zwei Jahre konnte Wenzel sein Unwesen weiter treiben. Erst als auch die Gräfin von Thurn zu Stettin, Frau Helene Donat zu Grabin, Graf Albert Wrba auf Radun bestohlen, zwei Menschen im Rauthner Walde ermordet worden waren, traf die Landeshauptmannschaft selbst Maßregeln im Interesse der öffentlichen Sicherheit und ließ Wenzel Mysliwec verhaften. Derselbe wurde auf einhelligen Schluß der drei obern Stände dem Troppauer Stadtgericht behufs Durchführung des Kriminalprocesses übergeben mit dem Auftrage, „so die Güte nicht versangen wollte, sogleich mit dem peinlichen Examen gegen ihn zu verfahren.“ Vom 26. August bis 26. September 1665 wurde der Missethäter wiederholt gütlich und zweimal peinlich verhört, in Gegenwart des Herrn Wenzel Semoradský von Semorad, Landrichter des kleinern Rechts¹⁾. Er bekannte sich zu einer großen Anzahl von Diebstählen und Gewaltacten, auch zur Ermordung des Golešch, leugnete aber hartnäckig eine Reihe anderer Unthaten, für deren Urheber oder Theilnehmer man ihn halten zu müssen glaubte²⁾. Den Mord im Rauth-

¹⁾ Das 13 Folioblätter füllende Examen ist ausnahmsweise in böhmischer Sprache eingetragen.

²⁾ Darunter waren: wiederholte Beraubung der Kirche zu Pischow, Ermordung von Studenten bei Koslau und Rybník, Ermordung eines Edelmanns bei Karnowak, Ermordung eines schwangeren Weibes in Breziny (v Brezinach), aus dessen Leib der Mörder das Kind herausgeschnitten hat, um das Herzchen desselben im Biere zu verzehren. Daß solche Unthaten wirklich geschahen, beweist unter Anderem der Fall des Räubers Melchior Hedloff, „Schützenmelcher“ genannt, (1654 zu Dels hingerichtet), welcher seine eigene Frau gezwungen hat, ihr neugeborenes Kind zu tödten und ihm zur Speise zu bereiten. (Schles. Provinzialblätter 1867 S. 38.) Die Unholde glaubten sich dadurch unsichtbar machen zu können.

ner Walde schob Wenzel auf die Smolkauer Schützen und den dortigen Junker Gottfried, welcher in walachischer Kleidung¹⁾ mit ihnen dem Raube nachgehe. Wenzel rieth, den Schützen beim Smolkauer Vogte aufzupaffen, da sie dort ihre Herberge haben. — Leider erfahren wir nicht, was aus Wenzel Mysliwec schließlich geworden ist. Mit dem Verhöre vom 26. September brechen die Acten ab, ohne daß eine Andeutung über den Ausgang des Processes vorhanden wäre²⁾.

Eine andere Seite der öffentlichen Zustände im 17. Jahrhunderte wird durch jene Nummern des Protokolls beleuchtet, welche Verhandlungen wegen Spionage zum Gegenstande haben. Mit Rücksicht auf die Thatfache, daß die Türken Rundschafter und Mordbrenner in großer Zahl nach den kaiserlichen Erbländern ausschickten, wurde auf Veranlassung der Landesbehörde bei drohender Türkengefahr nach solchen Individuen eifrig gefahndet. So geschah es auch im Jahre 1663, als der Krieg in Ungarn wüthete und feindliche Schaaren bis tief im Inneren Mährens zogen und mordeten. Im Fürstenthume Troppau wurden im Laufe der Monate August und September 16 der Spionage verdächtige Personen aufgegriffen und dem Troppauer Stadtgerichte eingeliefert, welches gemäß einer Verordnung des schles. Oberamts de dato Breslau den 29. November 1663 „die gerichtlichen Aussagen derselben erwägen und was Rechtens ist darüber ergehen lassen“ sollte³⁾. Das gerichtliche Examen ergab jedoch, daß man außer harmlosen Flüchtlingen, wohl Bagabunden und Betrüger, aber keinen einzigen Spion festgenommen hatte. Die Mehrzahl der Verhafteten gehörte jener Sorte von Landstörzern an, welche als „vom Türken Ruinierte,“ als

1) Daß sich schlesische Schnapphähne häufig in walachische Kleider steckten, um sich unkenntlich zu machen, erhellt auch aus anderen Criminalfällen unseres Registers. Bekanntlich waren die Bewohner der mährischen und schlesischen Beskiden (Walachen) wegen ihrer Räubereien verrufen.

2) Den 16. Okt. 1666 stand vor dem Stadtgerichte der Bagabund Jakob Paplek aus Friedek, weil er beschuldigt war, mit Kameraden einem Fourrier zwischen Oberberg und Koslau die Straße vertreten zu haben. Derselbe gab auf eine (nicht verzeichnete) Frage zur Antwort, „daß er den Waplaw Schützen gar nicht kennen thete.“ Darnach wäre man fast zu der Vermuthung gedrängt, daß Wenzel nochmals durch Flucht sich dem Arme der Justiz entwunden hat.

3) Auch die Stadtgerichte von Olmütz und Ungriß-Grabisch hatten in dem genannten Jahre mit Spionen zu thun. (Notizenblatt der histor. statist. Sektion der mähr. Ackerbaugesellschaft 1856 S. 38.)

römische und Jerusalem-Pilger auf Grund falscher Zeugnisse bettelten, nach Gelegenheit wohl auch stahlen und allerlei Betrügereien verübten. Polen hatte dazu das größte Contingent gestellt. Die vermeintlichen Spione waren:

1. Peter, ein „Crabat“ aus Winno, war aus seiner Heimath mit einem Schneider nach Posen gezogen. Nachdem er dort zwei Jahre als Knecht gedient, ist er seinem Herrn entlaufen und über Oppeln nach Troppau gekommen, um Kriegsdienste zu nehmen. Unterwegs hatte er sich stumm gestellt „um Almosen und Unterhalt zu haben.“ Er betheuerte kein Spion zu sein; die Mutter habe ihn in der Jugend „wider den Türken beten gelehrt ¹⁾.“

2. Anna Ledischowna, aus Slubczy in Polen, über 30 Jahre alt. Nach dem Tode ihres Mannes, der im Demeurischen Regiment gedient, hatte sie mehre Wallfahrten nach Rom unternommen und ist sonst mit Georg Bartlomowski bei Ob.-Glogau, Wagstadt und Troppau herumgezogen.

3. Georg Bartlomowski, aus Milowitz in Polen, bei 46 J. alt, bettelte in die 9 Jahre auf falsche Briefe, die ihm Johann Kojakowski geliefert hatte.

4. Albert Klusek, aus „Zelze“ in Polen, „Rosarien und Bilderherumbtrager“ (vulgo Paterⁿnik genannt), hat seit 9 Jahren die Jahrmärkte in Schlesien, Mähren und Böhmen „durchgestrichen“ und „zu besserer Erlangung des Almosen^s“ zwei falsche Briefe von Kojakowski genommen.

5. Mathias Selecky, aus Neustadtl an der Waag, 83 Jahre alt, war dortselbst 36 Jahre im Rathe, 15 Jahre Bergmeister und 1 Jahr Wirthschaftshauptmann. Beim Anrücken der Türken hat er sich sammt dem Weibe über Jablunkau und Teschen gegen Troppau geflüchtet ²⁾.

6. Susana, dessen Eheweib.

¹⁾ Peter wurde auch der Tortur unterzogen, worüber das Protokoll bemerkt: „Ist zu der Tortur unerjrocken gangen, undt wiederholter vor undt in der Tortur gesagt, Gott hette seine Seele in seiner Gewalt undt die Gerichte deßen Leib, er kente nichts mehr als er gesagt bekennen. Sonsten ist kein Zeichen an seinem Leib zue vermerckhen gewesen.“

²⁾ Selecky wurde durch einen Franciscanermönch, der aus Freistadt in Ungarn nach Troppau gekommen war, legitimiert.

7. Melchior Rosinſky, aus Tſekow bei Trentſchin in Ungarn, 70 J. alt, war 6 Jahre lang Burggraf auf dem dortigen Schloſſe und hat ſich wegen der Türkengefahr mit Selekty nach Schleſien begeben.

8. Johann Murway aus Zwantſch in Kroatien, über 80 J. alt, hat ſich von Jugend auf zu Kriegsdienſten gebrauchen laſſen, dem Iſolani gedient, iſt auch in der Schlacht am weißen Berge geweſen. Nun zieht er ſchon 13 Jahr mit dem Bettelſtab herum, um Weib und Kinder zu ernähren. Die linke Hand iſt ihm durch die Türken, „als er unter Graf Forgatſch bei Lewiſ in einer occaſion geweſen,“ lahm gehauen worden. In türkiſche Gefangenſchaft gerathen hat Murway für einen gefangenen Chriſten gebürgt; als ſich dieſer mit der Ranzion nicht einſtellte, wurde der Bürge zur Strafe durch das linke Ohr an eine Wand genagelt. Murway erklärte, daß er keinen Spion kenne, auch nicht den Jakob Roſakowſki¹⁾.

9. Wojciech Baranowſki, vulgo „Galernik,“ aus Kaſimirz in Polen. Iſt als polniſcher Soldat von den Tartaren gefangen und in die Türkei verkauft worden, wo er 18 Jahre an die Galeeren geſchmiedet blieb. Vor drei Jahren nebst vielen Andern durch die Venetianer befreit, iſt er über Deſterreich nach Mähren gekommen; hier arbeitete Baranowſki bei einem Bauern des Dorſes Tſchelowiſ bei Keltſch, biß ihn das Vordringen der Türken zur Flucht nach Schleſien zwang²⁾.

10. Stanislaus Wolotkowicz, „ein Pohniſcher von Adel,“ aus Tſchelicht in Lithauen gebürtig, bei 54 Jahr alt, hat vor 7 Jahren ſeine Heimath, „die durch den Moſkowiter ruinirt worden,“ verlaſſen, ſich in Mähren und Schleſien aufgehalten und zu Janowiſ bei Ratibor ſein Weib zur Ehe genommen.

11. Regina, des Vorigen Eheweib, aus Iſkuſch in Polen. Nach-

1) Bei der gerichtlichen Beſichtigung des Körpers wurde das Vorhandenſein der erwähnten Leibſchäden conſtatirt. — Daß M. ebenfalls falſche Briefe mitführte, erhehlt aus dem Bekenntniſſe des Joh. Roſakowſki (ſ. unten), welcher den M. als „größter Betrüger aus Mähren“ bezeichnet.

2) Nach einem von Bürgermeiſter und Geſchwornen des „Gütels“ Altitſchein für B. eingelaufenen Legitimationsberichte hat er ſich während ſeines dortigen Aufenthaltes „Georg“ genannt. Das Gericht ſetzt ſich über dieſen Widerspruch mit der Bemerkung hinweg: „Worinnen man ſoviel nachrichts erhalten, daß im Königreiche Polen die nomina Georg und Wojciech oder Albrecht (weiſen ſie auf einen Tag einfallen) promiscue gebraucht werden.“

dem ihr erster Mann von den Schweden erschossen worden, hat sie in Schlessien zu Kornik, Petrowik und Janowik gedient und vor einem Jahre den Wolotkowik geheirathet¹⁾.

12. Andreas Scholze, aus Goltzsch bei Guben, bei 50 J. alt, seines Handwerks ein Maurer. In Folge eines schweren Falles zur Arbeit untauglich geworden, hat er in Mähren und Schlessien Almosen gesammelt. „Bei diesen Menschen examine hat sich anlassen, als wann er nicht bei guten Verstande undt sehr einseltig wehre, wie deszen thailß auß seinen einseltigen räden, thailß aber undt zwar maistenß auß denen bey ihme gefundenen Brieffen, deren thailß mit münz als Kayserl. Fünffböhmern undt Sielbergr., besiegelt, thailß Conceptus ganz einseltig undt lächerlich sein.“

13. Georg Lukas, aus Austerlitz in Mähren, 45 J. alt, hat sich dem Betteln ergeben, weil er „Mangel an Gehör leide.“

14. Johann Cromerus, aus Lesnik bei Kosel, bei 40 J. alt, hat in Troppau bei den Jesuiten studiert und ist hierauf nach Ungarn gekommen, wo er in verschiedenen Dörfern um Tyrnau Schulmeisterdienste leistete. Beim Einfalle der Türken hat sich G. geflüchtet und war Willens seine Verwandten in Lesnik zu besuchen, wurde aber in Oderberg verhaftet²⁾.

15. Dorothea Kojakowska, geborne Rogoschinska, „eine Pohlische von Adel,“ 62 Jahr alt. Ihr Mann, welcher vor 12 Jahren im Gefängniß gestorben ist, hatte ein Gut zu „Kojakowik, 3 Meilen von Raischlemburg,“ besessen. Nachdem dasselbe durch die Moskowiter ruiniert worden, mußte sie mit ihrem Sohne in fremden Ländern Unterhalt suchen. Sie gestand, daß Johann falsche Briefe verfertigte, doch habe sie ihn davon fleißig abgemahnt.

Von vorstehend genannten 15 Inquisiten wurden 14 Ende December 1663 und Anfangs Januar 1664 gegen übliche Urfehde einfach aus

1) „Weilen sie schweren Leibes, hat man Bedenken getragen, ihr den Scharfrichter oder peinliche Instrumenta vorstellen zu lassen, jedoch ihr Sohn erster Ehe von 8—9 Jahren examiniert worden, ist aber nichts nachrichtliches von ihm zu bringen gewesen.“

2) Derselbe ist durch Attestationen eines ungarischen Pfarrers, „unter dem er in die 7 Jahre Schulmeister gewesen,“ und durch Bürgermeister und Rath von Lesnik legitimiert worden.

der Haft entlassen, nachdem sie durch amtlich eingeholte Legitimationsberichte verschiedener Dominial- und Stadtbehörden vom Verdachte der Spionage gereinigt worden waren. Dorothea Kojakowska erlangte erst den 28. Mai 1664 die Freiheit wieder¹⁾. Schlimmer ergieng es ihrem Sohne Johann. Zwar wurde auch ihm keine Spionage nachgewiesen, wohl aber wegen Fälschung und Betrug ein Proceß gegen ihn angestrengt, der ein sensationeller genannt werden kann, weil er nicht bloß die Aufmerksamkeit des Kaisers sondern auch die des Königs von Polen auf sich lenkte.

16. Johann Kojakowski, aus Kojakowiz bei Reischlemburg, 25 Jahr alt, war nach der Schilderung mehrerer oben erwähnten Bagabunden, die von ihm falsche Briefe genommen haben, eine Person von langer Statur mit rundem Gesicht und schwarzem „Bartel“; er trug ein grautuchenes Kleid, einen Degen an der Seite und sah einem Studenten ähnlich. Kojakowski wurde in der Zeit vom 25. September 1663 bis 13. Februar 1664 wiederholt gütlich und einmal peinlich einvernommen. Seine Aussagen, frei von Widersprüchen und mit den Angaben der Mutter sowie anderer Inquisiten übereinstimmend, erscheinen im Ganzen als glaubwürdig. Ich entnehme denselben Folgendes:

Seit 1650 hat Kojakowski Schlesien, Mähren, Ungarn, Oesterreich, „alle Churfürstenthümer und vornehmste Reichsstädte,“ Holland, die Niederlande, Pommern und andere Länder „mit falschen Briefen, daß sein Vater in der Türkei gefangen sei mendicando durchgestrichen.“ Im Jahre 1651 hat er von dem gewesenen königl. polnischen Sekretär Adam Krosinski das erste Mal falsche Siegel stechen gesehen, „worinnen er sich nachmahlen durch seinen Fleiß und dexteritet perfectionirt undt mit einer zubereiber Nadel, Schuhahle, Bromeyßen undt Meßer in ein gewissen Stein untterschidlicher vornehmer Magnatum undt Standes Perschohnen Insiegell nachgestochen, dan vielen Perschohnen

1) Das Erkenntniß lautete: „Daß K. in Consideration, daß sie ihrem sohne zue dessen üblen vornehmen in falschen Insiegell stechen undt Brieffmachen keinen Anlaß geben, maßen Er es wie Peinlich also gütlich außgesagt, sondern nur auff falsche Brieffe mit demselben gebettelt, dan in ihreß alterß ansehung undt Biß anbero außgestandenen gefängnuß berer gefänglichen Haftt gegen ablegung aydtlicher uhrpfähde entlaßen werden undt dan ihr Brodt anderwertß zueläßiger Gestalt suchen solle.“

falsche Brieff in forma der Pilgramenen, von Türken gefangenen undt ruinirten Leuten außgefertigt."

Eine Zeit lang war dem Kojakowski ein Karmelitermönch beim Aufsetzen der Fälsficate behilflich, der aber schließlich unter Mitnahme von 4 Thl. nach Polen durchgieng. Sonst benutzte der Falsarius als Formularien andere falsche Briefe, welche nach seiner Angabe sämmtlich aus Krakau stammten. Dasselbst hatten ein sicherer Fialka, welcher bei der „Schwiralkin“ unter dem Schlosse und der Ganzowity, welcher im Krzepitzkischen Hause wohnte, eine förmliche Kanzlei errichtet und betrieben das Fälschergeschäft nicht etwa heimlich, sondern offen, da sie jährlich auf das Schloß 20 fl. und auf das Rathhaus 6 fl. zu zahlen hatten.

Den 7. Februar 1664 übergab Kojakowski dem Gerichte ein eigenhändig geschriebenes Verzeichniß aller Personen, denen er falsche Briefe außgefertigt oder „vernewert“ hatte. Außer den oben angeführten Klusek, Bartlomowski und Murway waren es folgende: Peter Dobrowski aus Podolien, Martin Sokolowski aus Groß-Polen, Paul Ostrowski aus Groß-Polen, Albert Fußbarski aus Preußen, Adam Piecziskora aus Ratibor, Peter Kozlowski aus Klein-Polen, Franz Ogodonski aus Altitschein in Mähren, Paul Schwirala aus Klein-Polen und Albert Masurkowiez aus Lithauen. Bei allen Briefen will er nicht mehr als 5 Rthl. verdient haben, „denn so oft er viel gefordert, haben die Personen gedroht, ihn zu verrathen.“ Für sich selbst und für seine Mutter hatte Kojakowski zwei falsche Adelsbriefe mit anhangenden Insiegeln des Königs von Polen und ferner Zeugnisse, als ob er einen in der Türkei gefangenen Vater hätte, fabriciert, worauf er als angebliche „Ranzion“ 130 Thl. sammelte. Der Städte Reischlemburg und Kamienez, sowie des russischen Fürsten Michael Puhnia Insiegel sind von ihm zwar nachgestochen, aber wieder zerschlagen worden. Die Adelsdiplome hat Kojakowski angefertigt, weil ihm zu weit gewesen ist, die rechten Diplome zu holen, und er sie zur „Fortstellung der vorgehabten Heirath“ dringend benöthigte. Denn er hatte den Entschluß gefaßt, von dem bisherigen Leben abzustehen, sich in Mähren niederzulassen und ein Frau-

lein aus dem Geschlechte der Fragsteine zu ehelichen, die zu Gluschow bei Weißkirchen in Mähren wohnte ¹⁾.

Bezüglich der andern nach Troppau eingebrachten Landstreicher gab Kojakowski an, daß sie meistens falsche Briefe haben, das gesammelte Almosen in den Wirthshäusern verkaufen und sonst ein böses fleischliches Leben führen.

Daß schlesische Oberamt von dem Resultate der Untersuchung in Kenntniß gesetzt, berichtete den 4. August 1664 darüber an den Kaiser, welcher sich veranlaßt sah, dem König von Polen über die Existenz der Fälscherbande in Krakau Mittheilung zu machen und die Anfrage zu stellen, ob die Einlieferung Kojakowski's nach der Hauptstadt Polens behufs eventueller Confrontation nicht gewünscht wird.

Daß kaiserliche Schreiben lautete:

Leopoldus etc.

Serenissime ac Potentissime Princeps Auuncule et Frater Charissime. Quid curia nostra suprema Ducatus Silesiae in causa falsi a Joanne Koiakowsky multipliciter commissi ad nos retulerit Seren^{ti}. vrae ex adiunctis copys, caeterisque appositis Instrumentis et originalibus fusius patebit. Cum itaque crimina eiusmodi non tantum pessimi sint exempli, sed et, si his tempestive non occurratur Regnis ac Provinciis utriusque nostris summe noscitur futura eo magis quod (uti ex depositione praedicti Koiakowsky apparet) Seren^{is} vrae Secretarius aliquis nomine Krosinsky delicti huius author, et in ciuitate Cracouiensi apud Chriwalskianam sub arce integra huius modi Cancellaria esse perhibeatur: Quia-propter Seren^{em} vram hac de re quantocius certiores reddere

¹⁾ Die Vermögensverhältnisse der Braut können nicht glänzend gewesen sein. Kojakowski hat derselben nach einem von ihm verfaßten Ausweise folgende Beträge „zue einkauffung in die würrthschaft“ gegeben:

Zwey Rhue pro	10 Fl.
Ein Pferd pro	12 „
Zue einkauffung der Schaffe	15 „
Zue einkauffung der Binnen	3 „
Auff getraidt zum Saamen	9 „
Auff Schuh Bandel undt dergl.	4 „ 30 Kr.
Derer Schwester gelihen	3 „
Auffzuheben geben	6 „

uolumus, quatenus super Veritate huius delationis inquirere et pro re rata omne pertimendum inde periculum anteuertere Valeat. Nos praeinominatum Koiakowsky tam diu interim in carceribus detinendum iussimus, donec â Seren^{te} v^{ra} de certitudine unius alteriusve, et an delinquentis praesentia ad confrontationem necessaria sit? sufficientem habeamus informationem. Qui de reliquo etc. Viennae 30. Aug. Ao. 1664.

Ad Regem Poloniae.

Zu gleicher Zeit erging ein kaiserlicher Befehl an das Oberamt und von diesem an den Troppauer Magistrat, „daß der Proceß wider Kojakowski rechtlicher Ordnung nach vollführt, jedoch mit Execution desselben bis zu fernerer kais. Verordnung innegehalten werde.“ Die Antwort aus Polen ließ jedoch auf sich warten¹⁾ und der Proceß ruhte mehrere Monate vollständig. Den 12. Januar 1665 endlich wendet sich der Stadtrath an das Oberamt, um sich wegen der durch den Verzug auslaufenden Kosten zu beschweren und eine Information zu erbitten, wie er sich gegenüber einem (nicht näher bezeichneten) Ansuchen des Gefangenen verhalten solle. Das Oberamt erwiedert mittelfst Schreibens vom 24. Januar, es habe die allerhöchste Resolution urgirt, dieselbe sei jedoch bis jezt nicht eingetroffen, im Uebrigen habe sich der Rath an den oben erwähnten kais. Befehl zu halten. Die entscheidende kais. Resolution erließ endlich am 11. Februar 1665 dahin, „daß im fahl es noch nicht Beschehen, der process vorhin schon anbefohlener maßen vollführt, daß urthel sodan abgefaßt undt zue unserer ferneren gnädigsten resolution nebenst denen Actis (jedoch ante publicationem)“ zu Händen der böhm. Hofkanzlei eingeschickt werde. Das Oberamt intimirt diese kaiserliche Entschließung dem Stadtrathe durch Zuschrift vom 4. März, kündigt an, daß der königl. obereschlesische Fiscäl Johann Ignatius Melzer von Friedeberg²⁾ sich nach Troppau versügen werde und befiehlt, dem Fiscäl auf sein Anmelden „einen bequemen

¹⁾ Die Acten enthalten nicht die geringste Andeutung darüber, ob und in welchem Sinne das kaiserliche Schreiben durch den König von Polen beantwortet wurde.

²⁾ Derselbe entstammte einer vermögenden Bürgerfamilie zu Troppau, woselbst er noch 1650 Gerichtsvogt war. Das Fiscälamt muß er seit 1660 bekleidet haben, da im Verlaufe des Processes von seiner 5jährigen Praxis die Rede ist.

verlangenden Tag ad agendum wieder besagten Kojakowski außzusetzen undt ad iudicium hoc poenale den ganzen Schöppenstuhl, womit coniunctis votis ein Sententz verfasst undt sonsten sein anbringen desto Besser beobachtet werden möge,“ beizuziehen, ferner auch dem Angeklagten zur Vertheidigung den juris Practicum Kaspar Franz¹⁾ ex officio zuzuordnen.

So ward denn der im Zuge befindliche Inquisitionsprozess abgebrochen und ein neuer fisdalischer Proceß auf Grund der bereits gewonnenen Untersuchungsergebnisse durchgeführt.

Den 23. März begann im Troppauer Rathhause die Verhandlung. Der Fisdal Melzer v. Friedeberg klagte Kojakowski an auf Haut und Haar, Leib und Leben, „daß er sich nicht gescheut mentito vestitu et persona auch zum Theil eines Pilgrambs, wie unterschiedlicher Orten, also maisten in Thro Kayserl. Meytt. Ländern, nicht allein mit falschen Brieffen als validus mendicans dieselbe mendicando durchzustreichen, sondern auch sogar assumpto regio priuilegio, auch in anderer hoher Leute statt undt nahmb, vor sich undt andere, sowohl durch unterwundenes falsches Sigellstechen, also auch conceipirung undt außfertigung nahe 14 falsche Bettel undt adelöbrieffe unverantwortlich zustellen, solche gegen einen gewissen liberlichen geldeßerlang zueverkauffen, dardurch selbstn zuegemahlen per viam mendicationis ein ergebige Summam gelbes, von hinterführten fromben gemüthern zuverforteln, auch solches andern zuethun gar offenbahren anlaß zugeben.“ Ein solcher Eingriff in die regalia principum sei ein crimen enormissimum. Kojakowski habe sich gegen Gottes und des Kaisers Recht, sowie gegen die Landespolizeiordnung schwer vergangen und verdiene das ultimum supplicium umso mehr als er „ein Polnischer von Adel sein solle.“

Der Vertheidiger Kojakowski's, Kaspar Franz, tritt der Anklage mit der Behauptung entgegen, daß, nachdem gegen seinen Klienten

1) Der Familie Franz begegnet man in Troppau seit dem Ende des 16. Jahrhunderts. Der hier genannte Jurist machte eine glänzende Carrière. Er ward 1666 Bürgermeister, 1668 (Januar) Fürstenrichter, später Bichtensteinischer Kanzler. 1687 in den Adelsstand erhoben mit dem Prädicate „von Franzen,“ erhielt er Sitz im Troppauer Landtage und erwarb 1692 von dem St. Klarastifte das Gut Hochfretscham.

ein Inquisitionsproceß bis zur Urtheilsschöpfung durchgeführt worden, nunmehr ad processum criminalem ordinarium nicht geschritten werden könne, weil (nach Carpzovius) duo processus judiciales secum consistere non possint. Demnach bittet er das Gericht, zu beschließen, daß Kojakowski auf die proponierte peinliche Anklage nunmehr zu antworten nicht schuldig sei.

Die Replik des Fiscals culminiert in den Sätzen, daß Ihre Majestät das lebendige Gesetz selber sei, darum diesen Proceß „genugsam anschaffen“ könne, und daß es Niemandem zustehende, den Kaiser zu fragen, warum etwas zu thun befohlen wird. Worauf der Vertheidiger dupliciert, auch ein kaiserlicher Befehl könne niemals juri tertio adquisito präjudicieren.

Nach einem kurzen Protest und Reprotest der Gegner beschließt das Gericht, auf den kaiserlichen Befehl und die oberamtliche Verordnung sich stützend, daß Kojakowski auf die peinliche Anklage zu antworten schuldig sei.

Demnach hatte der Proceß am folgenden Tage seinen Fortgang. Da der Angeklagte auch gegenüber dem Vertreter des Fiscus bei dem früher abgelegten Geständnisse verharrete, beschränkte sich die „Exception“ des Vertheidigers darauf, nachzuweisen, daß die enormitas delicti nicht vorhanden sei, indem die strafbaren Handlungen des Angeklagten auf fremdem Gebiete geschehen wären. In den kaiserlichen Ländern habe Kojakowski nur Almosen zur Erhaltung seines Lebens gesammelt, was kaum strafbar sei. Sollte aber das Gericht es dennoch für strafbar befinden, so möge es bei Bemessung der Strafe neben dem Recht Gnade walten lassen und des Angeklagten langwierige Leiden im Kerker, die Möglichkeit der Besserung, seine adelige Geburt, sowie den Umstand berücksichtigen, daß er schon als 11jähriger Knabe verleitet worden und „magis ex errore quam dolo mit der praxi continuirt hat.“

Die Replik des Fiscals, mit spitzigen Ausfällen¹⁾ gegen den patronus causae reich ausgestattet, führte aus: Kojakowski habe allerdings auch in den Ländern Sr. Majestät Fälschungen verbrochen, er

1) Es fehlt auch nicht an saftigen Grobheiten, wie „Ignoranz“, „Impertinenz“, die dem Vertheidiger ins Gesicht geschleudert werden, ohne daß er es wagt, sie entsprechend zu erwidern.

habe sich dessen sogar im Gefängnisse unterwunden, daher man Ursache genommen, die theils fertigen, theils unvollendeten Briefe und Siegel an das Oberamt, von diesem an Sr. Majestät, dann wieder an den König von Polen „durch Keyserl. eigene staffecta“ einzuschicken. Im Uebrigen sei Rojakowski ein „vaganter“ Mensch; ein *forum delicti* komme da nicht in Frage, es habe das *forum deprehensionis* Platz zu greifen und ein solcher Mensch müsse nach der allgemeinen Praxis dort gerichtet werden, wo er ertappt wird. Die Straflosigkeit des Almosensammelns könne nicht zugestanden werden, weil der Angeklagte sich hiezu falscher Briefe, also eines unzulässigen Mittels, bedient hat, sonst würde man auch den Dieb nicht hängen dürfen. Die Langwierigkeit des Kerkers könne keinen Milderungsgrund bilden „wo ein *concursum* so hauptsächlicher umstehend sich gesamblet,“ der Adel des Angeklagten aber müsse sogar als erschwerender Umstand zur Geltung kommen; die Bestimmung des alten Rechts, wornach in *passu criminis falsi* in *nobili deportatio* iam autem *relegatio*, in *plebeio condemnatio* in *metallum*, in *servo* autem *ultimum supplicium* die Strafe ist, passe nicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse, da es ja auch keine *servi* mehr gebe. Hoffnung auf Besserung sei bei einem Menschen, der durch so viele Vergehen „schon den *habitus delinquendo* bekommen,“ nicht vorhanden. Die vorgeschützte Jugend könne dem Angeklagten auch nicht zu Statten kommen; auch ein 11 jähriger Knabe sei strafbar, übrigens sehe man in *judicando* nicht auf die Zeit der Lehre, sondern auf das, was er nach der Erlernung durch so viele Jahre geübt hat. Die *substantia delicti* und der *dolus* seien nachgewiesen, Rojakowski habe sein Leben verwirkt. Gleichwol will der Fiscäl, der „ohne rhumb, von natur allezeit mehr zuer sänffte als Schärffe“ geneigt ist, dem Angeklagten das Leben gönnen und schließt mit dem Antrage, das Gericht möge ihm die Lebensstrafe nachsehen und in eine andere verwandeln, falls es als delegiertes Gericht hierzu befugt zu sein glaubt.

Nachdem der *patronus causae* kurz dupliciert hatte, wurde die Verhandlung geschlossen. Den dritten Tag darauf erfolgte die Verkündigung des Urtheils mit folgendem Wortlaut:

Auff angeführte Fiscälische peinliche Anklage Herrn Johann Ignaty

Melzerß von Friedeberg, Königl. Oberschlesischen Fiscalis (titul) gegen undt wieder den Jan Koiakowsky von Koiakowiz auß Pohlen, seinen vorgeben nach Adelichen Herkommenß in causa untterschidliche mahlen verübten, selbst güttlich undt peinlich Bekandt undt Zuegestandenen Falsi, daß er nehmlich vornehmer Magnatum undt Standes Verschohnen Insignell nachgestochen, Vielen Verschonen gegen gewisser Bezahlung falsche Brieffe in forma der Pilgramen alß von Türken gefangenen oder abgebrandten undt ruinirten Leuthen außgefertiget undt vernewert, selbige wie auch Er absonderlich auff dergleichen falsche Brieffe in vielen Landen undt Prouincien von Ao. 1651 hero gebettelt undt allmosen gesamblet, ja sogar untter nahmen undt anhangenden von ihme Zubor nachgestochenen Insignel Ihro Königl. Meytt. Zue Pohlen Zwey Adels Brieffe auff Pergamen, für sich undt seine Mutter allso falschlich außgefertiget hat: Erkennen undt sprechen, Wir Burgemeister undt Rathmannen, sambt Vogt undt Geschworne Gerichts Scheppen der Stadt Troppaw alß von dem Hochlöbl. Keyserl. undt Königl. Oberamt delegirte Judices nach raiffer erwegung der acten undt derer annoch gestendiger außsagen umbständtlicher Beschaffenheit vor Recht, daß ihme angeklagten Jan Koiakowsky wegen solches seines vielfältigen Betrugs ihme zue wohlverdienter Straffe, undt andern Zum abschewlichen Exempel öffentlich die Rechte Handt solle abgehawen undt so dan des Landes Ewig verwiesen werden. Von Rechtswegen. Jedoch vorbehaltentlich dero Keyß. undt Königl. allergnädigsten gnade. Urkundt. untter Unser undt der Stadt Insignell außgefertiget. Actum Troppaw den 27. Marty 1665.

Nach der Publicierung des Gerichtsspruches mußte Koiakowski noch ungefähr vier Monate im Gefängnisse schmachten. Nachdem das schles. Oberamt in einem Berichte vom 24. April den Antrag auf Milde rung der Strafe gestellt hatte, entschied der Kaiser durch Rescript vom 17. Juni 1665, daß Koiakowski ohne Abhauung der Hand gegen gewöhnliche Urfehde cum fustigatione des Landes ewig verwiesen werden solle. Diese kaiserliche Resolution wurde dem Stadtrathe mittelst oberamtlicher Zuschrift vom 22. Juni intimirt, das modificierte Urtheil aber erst den 20. Juli durch das Gericht in Vollzug gesetzt. Den 8. August berichten hierüber Vogt und Schöppen an den Rath:

„ . . . Also seindt wir am nechst verwichenen 20. July auf hiesigen Rathhanse in gewöhnlicher Gerichtsstelle zusammen kommen, undt nach Beschehener unterredung *ratione processus executiui* demselben vornehmen lassen, undt zwahr Erstlichen damit derselbe Jedermänniglichen desto Kundtbahrer sein möge, daß Malefiz glöcklein auff der Niederlage laiten lassen, nachmahlen unß zue dem Delinquenten ins gefängnuß hiesiger Curiae stylo nach verfügt, Ihme allerhöchstgedacht Ihrer Kayf. undt Königl. Meytt. allergnädigste resolution wißendt gemacht, undt solche hohe Kayf. undt Königl. Gnade, mit repraesentirung seines großen Verbrechenß Zuegemüthe geführt, dan damit Er hiervon abstinde, Kayf. undt Königl. Erbländer hinführo maiden undt sich aller offension enthalten thete ihn anermahnet, hirauff unterm freyen Himmel vermöge Beylag eine Uhrpfade ¹⁾ schwären, nach diesem Ihn durch den Scharfrichter binden, auß dem gefängnuß führen, undt durch den Gerichtß diener sein verbrechen publiciren, Endtlichen aber bey dem Pranger durch den Scharffrichter mit Bier undt Zwanzig schlägen fustigiren undt ferner auß der Stadt führen undt auff ewig verwaissen lassen, maßen dieseß alleß Einen Ehrsamten Rath ohne Weithlauffige deduction deß *processus executiui* Befandt sein wirdt. Undt weisen wir mit diesen Delinquenten in *processu executiuo* gemühet gewesen, So beschieheth an Einen Ehrsamten Rath, derselbte wolle sich gehörigen ortß göttlichen dahin interponiren, damit wir Lauth Beyligender specification ²⁾ die Gerichtß Gebühr undt uncosten erhalten mögen.“

Im Ganzen umfaßt das Criminalregister 93 Straffälle. Dieselben sind auf die einzelnen Jahre der 28jährigen Periode sehr ungleich vertheilt. Während die meisten Jahre je 2—5 Prozesse aufweisen, entfallen auf das Jahr 1663 16, auf 1665 10 Criminalsfälle. Hingegen ist für die Jahre 1644, 1648, 1649 und 1651 kein einziger Gerichtsact eingetragen, was vielleicht in dem durch Kriegßwirren und Pest herbeigeführten Stillstand der Rechtßpflege seinen Grund hat.

Dem Inhalte nach werden gezählt 38 Fälle von Raub und Dieb-

¹⁾ Dieselbe wurde in böhmischer Sprache geleistet.

²⁾ Die Specification ist nicht vorhanden.

stahl, 17 Mord und Todtschlag, 16 Espionage, 11 Unzucht, 3 Ehebruch, 3 Betrug, 2 Zauberei, 2 Entweichen von Unterthanen, 1 „Superstitiones.“

Die Strafen entsprechen den Bestimmungen der Carolina und der sächsischen Constitutionen. Ueberwundene Räuber und Gewohnheitsdiebe verfallen regelmäßig dem Galgen. Geringer oder erster Diebstahl wird mit Staupenschlägen, mit dem Halßeisen und nachfolgender Stadt- oder Landesverweisung, später (seit 1665) häufig auch mit Straßensäuberung und Schanzarbeit geahndet¹⁾. Raubmörder werden mit dem Rade hingerichtet; jede andere Art von Mord sowie den Todtschlag trifft in der Regel die Strafe des Schwertes. Bei einer Kindesmörderin wurde wegen besonders erschwerender Umstände auf Ertränken in einem Sacke erkannt²⁾. Constatirte Verschärfung der Todesstrafe das Zwicken mit glühenden Zangen ein. Dem Schwerte verfielen auch der Ehebrecher und die Ehebrecherin; nur bei dem ledigen Weibe wurde dieses Vergehen, wie jede Art von Unzucht, mit Staupenschlägen oder mit dem Halßeisen nebst Landesverweisung gestraft. Ueber zwei Zauberinnen verhängte das Gericht „den sächsischen Constitutionen gemäß“ den Feuertod³⁾ (1653), während es für gotteslästerischen Aberglauben (superstitiones) öffentliche Buße („Gestelltnuß“) bei der Kirchenthür auferlegte⁴⁾. Ueber Anfrage des Herrn Karl Maximilian Pichnowsky auf Pisch, Dwischt und Beneschau, wie zwei entlaufene Unterthanen zu bestrafen wären, gaben die Troppauer Schöppen

1) Ein kais. Rescript v. 28. Aug. 1688 an die Prager Appellationskammer verordnete, daß statt der Fustigation und Relegation die poena operis publici anzuwenden sei, weil sonst die Obrigkeiten ihre Unterthanen verlieren, „auch wohl Viele aus Böhmen nach Meissen gehen und dem Luthertum verfallen.“ (Weingarten, Codex Ferdinand. Leop. Jos. Carolinus.)

2) Dieselbe hatte ihr neugeborenes Kind den Schweinen zum Fraße vorgeworfen.

3) „Dieweil sie Gott ihrem Schepfer undt Heylandt abtrinnig, dem Hellsichen Geiste gehuldiget, zuegehalten, Mensch undt Vieh durch Zaubereyen, beschädiget, also der Christlichen gemeinschaft unwürdig geworden.“ Diese beiden Unglücklichen waren Eva Mazow von Waissat und Christine Sucha von Bawrowitz, Unterthanen der Troppauer Johanniter-Commende.

4) Dieses Vergehens machten sich (1659) drei Troppauer Frauen dadurch schuldig, daß sie behufs Hebung eines Schages geweihte Kerzen schmolzen und das Wachs in geweihtes Wasser gossen.

(1665) die Belehrung, daß die entwichenen Bauern gemäß der Verordnung der schles. Fürsten und Stände vom 1. Oktober 1652 mit 4 wöchentlicher Arbeit ohne Entgelt, wenn sie aber obrigkeitliche Hilfe an Geld und Getreide empfangen und dieselbe „boshaft verthan“ hätten, mit Staupenschlägen und Verweisung des Fürstenthums belegt werden sollen; alles das jedoch nur für den Fall, „daß die entwichenen Personen über deren Schuldigkeit Recht und Billigkeit nicht aggraviret worden undt im Fürstenthumb Troppaw keine absonderliche constitution oder gewohnheit (derer billich zue inhaeriren wehre) vorhanden.“

Von 99 in Untersuchung gezogenen Personen (63 männlichen, 36 weiblichen) wurden 72 verurtheilt, und zwar zum Tode 28, zu andern Strafen 44; freigesprochen wurden 18, unbekannt ist das Urtheil bei 9.

Unter den 99 waren ihrer Geburt nach:

Auß der Stadt Troppaw	17
= dem übrigen Fürstenthume	32
= Oberschlesien	25
= Mähren	4
= Polen	14
= Oesterreich	1
= Ungarn	3
= Kroatien	2
= Brandenburg	1

XXVII.

Ein Gedicht vom Liegnitzer Kriege.

Herausgegeben von Dr. Meißner in Berlin.

Die Königl. Bibliothek in Berlin ist im Besitze der Handschrift eines Gedichtes auf den Liegnitzer Krieg im Jahre 1581. Dieselbe umfaßt 8 Blätter in Quart, jedes 6 Strophen enthaltend; die Rückseite des letzten Blattes ist leer und trägt quergeschrieben die Bemerkung: „Daz lied vom liegnitzer Putter Kriege.“ Die großen und deutlichen Schriftzüge können sehr wohl noch dem 16. Jahrhundert angehören.

Von dem Kriege selbst giebt Kraffert in der Chronik von Liegnitz (II, 2. S. 85) eine ausführliche Beschreibung. — Der Verfasser unseres Gedichtes ist an dem Hofe Heinrich XI. selbst zu suchen, darauf deutet die Eingenommenheit für diesen Fürsten und der Spott, mit welchem er gegen die „Pfaffen und Pfeffersäcke“ loszieht. Schweinichen erzählt in dem Leben Heinrichs XI., daß dessen Küchenmeister, Hannß Liebig der Jüngere, nachdem der Herzog Friedrich in die Regierung eingesetzt ward, wegen einiger Spottverse auf dessen Rätthe gefänglich eingezogen, bald aber, da seine Schuld nicht bewiesen werden konnte, wieder frei gelassen wurde. Die Vergleichung dieser Verse, welche Schweinichen gleichfalls mittheilt, mit denen unseres Gedichtes, läßt sehr wohl der Vermuthung Raum, daß beide denselben Verfasser

haben, sei dieß nun der oben genannte Küchenmeister oder ein anderer aus der Umgebung des Herzogs. Jedenfalls ergibt sich, daß an dessen Hofe selbst Personen waren, denen man die Abfassung von Gedichten zumuthen kann, und ferner, daß jener Hannß Liebig sich bereits durch Spottlieder bekannt gemacht haben muß, ehe er 1581 wegen eines solchen zur Rechenschaft gezogen werden konnte.

Das Gedicht selbst bringt nur wenig, was nicht schon anderwärts berichtet ist. Die Aufschrift „vom liegn. Putter Kriege“ ist wohl nicht nur aus dem Spott des Schreibers hervorgegangen, sondern beruht vielleicht auf einer volkstümlichen Bezeichnung. Die Quellen berichten nur, daß das in der Eile zusammengeraffte Kriegsvolk, welches vor Liegnitz lag, sehr unter dem Mangel an Proviant litt und daß von demselben Rotten zu 10 Mann des Abends in die Stadt eingelassen wurden, um Nahrungsmittel zu kaufen. Der Herzog hatte eine große Menge Proviant nach dem Schlosse schaffen lassen, sobald er von dem Anzuge der Feinde benachrichtigt wurde; vielleicht gab es also in der Stadt nicht viel mehr zu kaufen und die hungernden Kriegsleute mußten sich mit Butterbrot und Käse begnügen.

Die in unserm Gedicht vorkommenden Namen kehren in den Quellen wieder. Der Hauptmann von Sauer „mit seinem rotten Barte,“ dessen Name nicht genannt wird, war Mattheß von Logau und Altendorff. —

Die letzten Verse der 22. Strophe:

„Was Kreichelwitz am bresslischen Thor für andtwort bekam
Dauon wirdt er nicht viel singen“

lassen sich aus den Quellen nicht näher erklären. Bekannt ist, daß Wenzel von Kreischelwitz aus Schönbau seit 1577 Rath und Hofmeister des Herzogs Friedrich IV. war, der ihn auch 1581 zu seinem Rechtsbeistand gebrauchte. Vielleicht ist Kreischelwitz von den verbündeten Fürsten als Unterhändler oder Kundschafter an das Thor geschickt worden.

In dem nachfolgenden Texte des Gedichtes ist die Orthographie und Interpunction der Handschrift beibehalten worden.

Das lied vom liegn. Putter Kriege.

1. Was woln wir aber heben an,
Das best daz wir gelernet han,
Ein Newes liedt zu singen,
Von einem fürsten lobesan
Gott helff daz vns gelinge.
2. Hertzog Heinrich ist er genandt
Ein fürste in Schlesier landt
Von der lignitz für er den Namen
Des standes ist er so hochgeborn
Wol für viel hundert Jaren,
3. Sein Vater an seim letzten endt,
Befahl ihm daz fürstlich Regiment
Alls seinem liebsten Sohne
Demselben Treulich für zu stehn
Andern zu Spot vndt hone.
4. Daz hat betracht der frome fürst,
Den stets nach ehren hatt gedürst,
Seinen stam zuerhalten,
Daraus ihm denn gross Neidt vndt hass
Erwuchs bey Jung vndt altem.
5. Gottes wohrt er Allzeit betracht
Hilt auch die Römschen keisr in acht
Den er treulich gedinet
Dabey zugsetzt leib ehr vndt blutt
Sol Ihm noch werdn belohnet.
6. Des schuldige ghorsams er auch Pflag
Land vndt leut zu leut zu beschützn, war gach
Gross Rum vndt ehr zuerwerbenn,
Wie eim treuen landtsfürsten gebürt
Vndt solt er darumb sterbenn.
7. Der gross Neidt solchs nicht leiden kundt
Sie brauchten Allerley list vndt fundt
In etlicher langer Zeite,
Wie sie den fromen fürsten gutt
Brecht vmb landt vndt leutte.

8. Die vom landt eins teils sich befiessen
Wie sie die besten gutter zu sich Riessen
Vndt mechten in helfen veryagen,
Gott thut dem fromen fürsten beystahn
Daz sie noch möchten verzagenn.
9. Beim Römschen keysr wardt er verklagt,
Alls ob er wer aufrührischer Art,
Darzu hulpen all zu hauffen
Die Pfaffen vndt auch die Pfefferseck
Mitt lügen zu hinder schleichenn.
10. Am Jüngst verschinen bresslischen fürstentag
Wardt beschlossen der falsche Radt
Wol vber den fromen fürsten,
Darbey war mancher fürst wolgemutt
Den lang nach Lignitz hatt gedürstett.
11. Der war vndt gerecht Gott zustundt,
Ihrn anschlegn nicht zusehen kundt,
Thet vil doran verhindernern,
Daz es nicht ging nach Ihrem wunsch
Alls Ich euch wil verkünden.
12. Ein kriegeswesen Namen sie für die handt
Der öberste Principal ist euch wolbekandt
Ein bischoff thut er sich Nennen
Von Bresslaw aus der werden stadt
Ihr werdt in nach wol kennen.
13. Er Rüstet sich mit heeres krafft
In seim landt bott er auf mit macht
In Jure wolt er studiren,
Hett im daz gantz bischthum gefolgt,
Er hetts wol können vorführen.
14. Hertzog Georg vom Brig der Alt,
Sprach, daz ein mal der liebe Gott walt,
Selbs kan Ich nicht wol kommen,
Mein krigs Räht darzu landt vndt leutt,
Wil Ich freilich auffmahnenn.

15. Auch alle sach bestellen wol,
Was man darzu nur haben sol,
Gutte kundtsehafft wil Ich haben,
Ob Ihm die Poln zu hülfe komn,
Zur Steinaw kan man sie veryagenn.
16. Hertzog Carl von der Oels der frome herr
An Reien must mittantzen ehr,
Zw Rahte mitte kommen,
Sein Stadt vnd landt hat er aufgemandt
Wirdt ihm bringen kleinen fromen.
17. Der Rhat von Bresslaw wolbenambt
Half auch darzu mit starcker handt,
Ihren gefattern zu vertreiben,
Vndt wo man die hertzog in Schlesien vertrieb
So wolten sie fürsten werdenn.
18. Sie Rüsten sich mit Reuter vnd landsknecht gut,
Sie hatten alle Pfeffersacks mitt
Daz krigen wolten sie lernen,
Vndt wo man die hertzog in Schlesien vertrieb
So wolten sie fürsten werdenn.
19. Der heuptman vom Jawr der gutte man,
Auf beiden achseln schwer tragen kan,
Mitt seinem Rotten barte,
Der wolt auch der fürnembste sein,
Es kam in an gar harte.
20. Die bürger von derSchweintz vndt Jawr mant er auf
Sie soltn sich Rüsten vndt kommen zu hauff
Sein last auch helfen volbringen,
Wieder den fromen fürsten gutt,
Es thet ihn nicht gelingenn.
21. Seyfrid von Promnitz einer wardt genandt
Georg von Braun ist euch wol bekandt,
Musten den Tantz helfen zierenn,
Ob es ein ansehen hett,
Daz man die sache kündte volführenn.

22. Hertzog Fridrichen dem Jungen heldt,
Ward zu ehren der Tantz angestellt,
Er solt auch helfen springen,
Was Krechelwitz am bresslischen Thor für andtwort bekam
Dauon wirdt er nicht viel singenn.
23. Die fürnemsten haben wir hie genandt
Ander vmbliegende stedte sind mir noch vnbekandt
Die alle zusammen schwurenn,
Vndt Rüsteten sich mitt grosser macht
Ins feldt thet man sie fürennn.
24. An einer mittwoch daz geschach
Den Siebenden Juny als Ich euch sag,
In diesem einvndtachtzigsten Jare,
Kamen die kriegesleut zuhauff.
Der fürst stundt in grosser gefahre.
25. Gott ihrn anschlag nicht leiden kundt
Er thets dem fürsten im schlaß kundt
Seinen furstlichen standt zu wehenn,
Auf daz er die geste entfangen soitt,
Nach Jedes würden vndt ehrennn.
26. Hertzog Heinrich die sache recht vernahm,
Ehe es zwo stundt vor tage kam
Hatt er daz früstücke bestellet,
Er war auch selbes nahe dabey,
Auf daz Ja gar nicht fehlet.
27. Die fahnen hingen wol vber den Whal,
Daz geschütz wardt verordnet allzumall
Die drummel hort man klingenn,
Ehe die feinde gar zur stadt kamen
Des gerüchtes wordenn sie Inne.
28. Jacob von Holtz der Bresslische heubtman
Die stim der drummel baldt vernam,
Sprach nu sein wir verrahtenn
Wir kommen zum Auffsperrn nicht hinein
Bespickt ist vns ein bratte.

29. Der heelle hauff der mehrre erschrack,
Wer ich daheim einer zum andern sprach,
Unser sach ist nuhn verlohrenn,
Wir lauffen vber die graben nicht hinein
Durch den Whal können wir nicht bohrenn.
30. Die hauptleutte die schlachtordnung machten
Sie lugen daz in die halse krachtenn,
Tröstlich tbeten sie Ihnen zusprechenn,
Die angst war bey Ihnen so gross,
Ihr hertz hett Ihn mögen zubrechen.
31. Sie kamen für die stadt so gutt
Die in der Stadt warn wolgemutt,
Da sie die feinde kundten ersehn,
Sie schwuren alle bey Ihrem eidt,
Dem vbermutt zu wehrenn.
32. Ihrem herrn wolten sie beystahn
Ihr leib vndt gutt all bey ihm lahn
Handeln alls treue vndterthan,
Die feinde die bürger hart anschrieen
Es half doch kein ermahnnenn.
33. Die stadt solten sie ihnen öfnen vnd aufgeben
Wolten sie fristen ihr leib vndt leben,
Die thor mit beylen aufhauen
Alda man Ihn ein Antwort gab,
Es welt Ihn anfangen zu grawenn.
34. Sie dreweten Ihn hart fürwar
Die stadt wolten mit feur anstecken gar
Mitt leib vnd gutt verbrennen,
Daz was der vertorbenen kaufleut Rhadt,
Man weis sie wol zu nennen.
35. Vor der Stadt lagen sie gantzer zwelf stunden
Ihr viel des endes nicht erharren kunden,
Davon theten sie endtlauffen
Vndt soltes noch also lang habn gewert
Sie weren gestorben mitt hauffenn.

36. Der bischoff war ein geistlicher man,
Daz Pulfer er nicht richen kan,
Mit seinen krigesgenossenn,
Hett man sie lenger für der stad gelossenn
Es hett sie sehr verdrossenn.
37. Butterstrützel vndt weiche käse
Was ihr bestes gefresse,
Daz weit ihm schon zerrinnen,
Daz wasser wardt aus der bach getruncken,
Die frösche wolten von der Sonne verbrennen.
38. Der feinde man sich erbarmen must
Zwo stundt vor abendt man sie einliess
Mit einer Anzal Volck,
Speis vndt Tranck wardt in aus der stad gefolgt
Vmbs gelt wer daz nur wolte.
39. Des morgens da der Tag anbrach
Die feinde man entzlich lauffen sach
Wol vber daz feldt springenn.
Hilft Ihn Gott wieder in ihr Vaterlandt,
Von dem krige werden sie singenn.
40. Ist es nicht ein grosser spott,
Ein schandt vnd grewl für die welt vnd Got
Fürstlich vnuorschuldt blut zu bemühen
Vndt wider aller krigesleut brauch
Vnvorwarnter sach zu überziehen.
41. Gross ehr welten sie dardurch erlangen,
Spot schande haben sie dadurch entfangen,
Daz haben sie ewige schande,
Wo man dauon nu hören thut,
Im gantzen deutschen lande.
42. Es ist kein messer daz scherfer schirt
Alls wenn ein Pfeffersack edel wirt,
Ein bürger zu einem fürstenn,
So bleibt er bey seinem stande nicht,
Nach grössern ehrn thut ihn dürsten.

43. Damit hatt dieser krig ein endt
Gott helf daz sich der fürsten vnglück wendt
Und steuer sölchem vbermutt,
Erhalte Ihn bey dem lande sein,
Den armen vnderthanen zu gutte.
44. Ihr Pfaffen vndt Ihr Pfeffersecke
Keinen vnnötigen Krieg mehr erregt
Last den fromen fürsten bleiben,
Daz spiel möcht sich ein mal verkeren baldt
Daz bestaldt badt an euch auch Reiben
Ja Reibenn.
-

XXVIII.

Archivalische Miscellen.

1. Der Namen des Zobtenberges.

Von Rudolf Peiper.

Góra sobotki „der Berg der Johannis- oder Sonnenwendfeuer“ scheint derzeit noch bei den meisten als Etymologie des Namens Zobten Geltung zu haben, seit Bandtke sie aufstellte (histor.-krit. Analecten S. 128). In der Zeit jedoch, da diese Sonnenwendfeuer möglicherweise auf dem Berge entzündet wurden, in der Heidenzeit, führte er diesen Namen nicht, wie uns Thietmar z. J. 1017 und die schlesischen Urkunden belehren. Damals hieß er Slencz und den Namen behält er bekanntlich noch lange, sicher bis ans Ende des 13. Jahrhunderts¹⁾, ja am Uebergang ins 16. Jahrhundert finden wir in dem Gedichte des Pancratius Bulturinus (P. Geher aus Hirschberg) ihn als mons Silentius modernisirt. Als später der Name Zobten aufkommt (zuerst im Jahre 1337 liest man „totius montis Czobote²⁾“,“ bietet auch nicht eine Urkunde jene Form mit k³⁾); darum darf es nicht als gewaltsame Umänderung der Humanisten betrachtet werden, wenn sie

¹⁾ Slencz und Slenz noch 1256 (Reg. Nr. 935, wo in der Zahl der Güter unter dem Berge auch Czobotha aufgeführt wird) und 1280 (Reg. Nr. 1633). Beiläufig sei die Vermuthung erlaubt, daß Slenza der alte Name der Lohse, dem Dorfe Schliesa (Slezow 1275, Reg. Nr. 1490) seinen Namen gegeben.

²⁾ Stenzel, Provinzialbl. Bd. 95 S. 9.

³⁾ Henelius citirt (Breslographia c. III. S. 18) eine Stelle der Silesia magna des Joh. Heß (vgl. Sadebeck der Zobtenberg S. 644 Anm.) z. J. 1170 „in monte Silentii alias Sobotka,“ die nur beweist, daß Bandtkes Etymologie nicht neu ist.

den Berg Sabothus benannten: von jener Form Sobotka hatten sie so wenig wie von der Bandtkeschen Etymologie eine Ahnung. Bereits Mitte des zwölften Jahrhunderts aber wird in den Urkunden unter den am Fuße des Berges liegenden Ortschaften der Markt Soboth genannt, zum ersten Male, soweit mir bekannt, i. J. 1147¹⁾; die Schreibweise wechselt zwischen Sobotha, Sobota, Szobotha — das sind natürlich für jene Zeit nichts bedeutende Unterschiede; forum in Sabat heißt es ferner in einer Urkunde Papst Cölestins vom 9. April 1193²⁾. Daraus hat nun schon Sadebeck³⁾ den Schluß gezogen, daß nicht die Stadt Zobten vom Berge, sondern der Berg von der Stadt seinen Namen entlehnt habe. Weitere Begründung hat er freilich nicht versucht, obgleich es so nahe lag sich an andere Ortschaften zu erinnern, die gleichen Namen führen, wie z. B. Sobotta ein Weiler zur Gemeinde Pohna bei Woischnit Kr. Lublinitz gehörig, über dessen Entstehung und Geschichte die Nachrichten wohl freilich noch spärlicher fließen werden, als über unser Zobten. Ferner das Dorf Zobten bei Löwenberg, das schon 1268 als Sobot aufgeführt wird⁴⁾; selbst Zoppot bei Danzig dürfte man wohl vergleichen⁵⁾. Damit hängen denn wiederum die Familiennamen Sabbat, Sabarth, Sobotta aufs Engste zusammen⁶⁾. Statt diesen so nahe liegenden Erinnerungen Raum zu gestatten, macht Sadebeck einen großen Schritt zurück: höchstens gebe er zu, meint er, daß der Name der Stadt auf jene heiligen Feuer auf dem Berge hinziele. Geben wir zu, was doch nirgend berichtet wird, daß solche Feuer in der Johannisnacht den Berg erhellten, da selbst in unserer Zeit diese heidnische Sitte im Gebirge trotz landrätthlicher Verordnungen nicht erloschen ist, so wird doch schwer zu begreifen sein, wie die Feuer auf dem Berge der Stadt unter dem Berge den Namen leihen konnten. Lassen wir drum jenes Sobotka

¹⁾ Reg. Nr. 30.

²⁾ Leider geben die schlesischen Regesten unter Nr. 59 (und auch sonst wohl nicht überall) die Namensform nicht an: ich entnehme sie aus Stenzel a. D.

³⁾ Der Zobtenberg S. 643. ⁴⁾ Reg. Nr. 1289.

⁵⁾ Ob Sobocisce, das heutige Zottwitz (Reg. Nr. 33 v. J. 1149) auch damit zusammenhängt, lasse ich dahingestellt; jedenfalls erinnert es an die in Reg. Nr. 98 v. J. 1204 vorkommende Form von Zobten: Zobotist.

⁶⁾ Ein Thomas Sobotha 1476 in Zeitschrift X. 172.

fallen, und fragen wir lieber, was Sobota heißt: es heißt „Sabbath“; der Markt am Fuße des Berges wurde am Sonnabend abgehalten. Ohne Zweifel ist Zobten der älteste, lange Zeit der einzige Marktplatz für ein weites Gebiet gewesen, darum stark besucht und wohl bekannt in einem Umkreise von vielen Meilen. Als die mit der Cultur gesteigerten Bedürfnisse in Mittelschlesien die Anlage neuer Märkte erforderten, wird sicherlich für denselben die richtige Wahl des Wochentages von Bedeutung gewesen sein; übrigens konnte dieselbe nicht schwer fallen: Man mußte sich da wohl ohne langes Besinnen für den Mittwoch entscheiden. Der Markt, der zunächst gegründet wurde¹⁾, wie es scheint schon im zwölften Jahrhundert, ist *Novum forum*; der neue Markt, nicht in Gegensatz zu Breslau und Liegnitz²⁾, sondern offenbar zu dem alten Markte Zobten. Die Erhebung Neumarkts zu einem Markttorte mit deutschem Rechte fällt sicherlich vor das Jahr 1214³⁾; der deutsche Name, auf den die lateinische Benennung selbstverständlich sich gründet, hat sich jedoch erst im Lauf der Zeit durchgesetzt, früher nannte man den Markt mit polnischem Namen *Srzoda*; diese Bezeichnung erscheint noch in Urkunden des dreizehnten Jahrhunderts sowohl neben dem neuen (Urkunde vom 25. Mai 1223⁴⁾: *Nouum forum ducis Heinrici quod Srzoda dicitur* und wiederum 1268⁵⁾: *ius quod in nouo foro dicto Sroda est habitum*) als auch allein (Urk. von 1262⁶⁾: *secundum iura de Sroda in omni eo quod ad ius teutonicum pertinet*); ja der Pole Dlugosch nimmt diesen Namen noch zum Jahre 1404 für Neumarkt in Anspruch⁷⁾: *Srzoda* aber bezeichnet dem Polen den Tag Mittwoch. So stützen Sobota und *Srzoda* einander gegenseitig. Wie der Sabbath, so findet sich nun gleicherweise die Mittwoch auch anderwärts als Ortsbezeichnung: die gleichnamige Stadt Schroda im Großherzogthume wird in den schlesischen

1) Erst 1222 wurde Ujest und danach eine Reihe anderer angelegt, die man in Tschoppe-Stenzel Urkundenbuch S. 8 Anm. 1 chronologisch verzeichnet findet.

2) Wie Heyne in der Geschichte von Neumarkt vermutet.

3) Tschoppe-Stenzel Urkundensammlung S. 95—97; Heyne S. 7 nimmt die Zeit des Boleslaus altus zw. 1163—1178 dafür an.

4) Reg. Nr. 265. Tschoppe-Stenzel Urkundenbuch N. VII. S. 382.

5) Reg. Bb. II. S. 162. 6) Reg. Nr. 1129, Tschoppe-Stenzel S. 109 Anm. 1.

7) Dlugosch X. 181.

Regesten schon 1261 als Ausstellungsort der die Aussetzung von Zdunh nach Neumarkter Recht betreffenden Urkunde genannt ¹⁾).

Mag es Manchen der Wandrer, die jetzt ²⁾ in gehobener Stimmung ihre gewohnte Tobtenfahrt antreten, verdrießen, den Namen des schlesischen Berges auf so wenig ideale Veranlassung zurückgeführt zu sehen; der Wahrheitsforscher wird auch diese prosaische Lösung jenes Räthsels sicherlich dem Dämmerlichte dilettantischer Etymologie vorziehen ³⁾).

2. Ueber die Ortsnamen Uyazd.

Von Kaplan Jungniß in Gubrau.

Zu den ältesten Besitzungen des Stiftes Leubus gehörte das Dorf Uyazd superior et inferior mit seiner bereits Anfang des 13. Jahrhunderts urkundlich erwähnten Pfarrkirche. Dieses Uyazd oder Uiasd ist identisch mit der heutigen Pfarrei Ober- und Nieder-Moyß im Kreise Neumarkt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Dittmann in seiner Chronik der Leubuser Abte setzt für Uyazd ohne Weiteres Moyß. (Schles. Zeitschr. I. 273.)

2. Die in der Circumscriptionsurkunde der Leubuser Pfarreien von 1217 (Büsching XX.) zur Kirche in Uyazd eingepfarrten Orte sind, soweit die Identität der Namen sich feststellen läßt, ganz dieselben, welche heute im Umkreise der Pfarrei Moyß im Neumarkter Kreise liegen.

3. Nach Tradition und Urkunden gehörte Moyß zu den ältesten Besitzungen von Leubus; trotzdem erscheint dieser Name erst seit dem 14. Jahrhunderte in den Urkunden. Um dieselbe Zeit aber verschwindet der Name Uyazd, der bis dahin sehr oft vorkommt, vollständig. —

¹⁾ Reg. Nr. 1096, Ischoppe-Stenzel Nr. LII. ²⁾ Geschrieben im Mai 1877.

³⁾ In einer Anmerkung will ich mir erlauben, eine offenbar die „Jungfrau“ betreffende Stelle der Urkunde v. J. 1209, die von Prof. Mehring in „Schlesiens Vorzeit“ II. 11 S. 225 erläutert wird, in einem allerdings unbedeutenden Punkte zu berichtigen. In den Worten „usque ad lapidem qui dicitur Petrey“ liegt kein Schreibfehler (Petrey statt Petreg) vor, sondern Petreij mit ij ist als Genitiv von Petreius, den latinisirten Namen Petrek aufzufassen.

Warum und bei welcher Gelegenheit diese Namensveränderung stattfand, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Eine Schwierigkeit könnte aus dem Titel der Pfarrkirche hergeleitet werden, die in der erwähnten Circumscriptionsurkunde als Marienkirche bezeichnet wird, heute aber den heil. Martinus als Patron verehrt. Die Schwierigkeit wird gehoben durch eine allerdings untergeschobne, für den vorliegenden Fall aber ohne Zweifel beweiskräftige Urkunde aus den Jahren vor 1235 (Büsching XXII.), in welcher die Kirche in Uyazd „*Sanctae Mariae sauctorumque Martini et Caeciliae*“ genannt wird.

Ober- und Nieder-Mohß bei Löwenberg kann unter Uyazd nicht verstanden werden: dasselbe besaß nie eine Kirche und gehörte nie zu Leubus. Im Jahre 1217 schenkte Heinrich der Bärtige es unter dem Namen Mogeß seinen Bögten Thomas und Hartlieb (Grünhagen Regesten Nr. 175); im J. 1519 kam es an das Kloster Liebenthal.

Meist hat man Uyazd für Dyaß bei Liegnitz gehalten. Laut pfarramtlicher Benachrichtigung aber hat Dyaß nie zu Kloster Leubus gehört, sondern zu den Besitzungen der Herzöge von Liegnitz. Es war auch nie in zwei getrennte Gemeinden — superior et inferior — geschieden. Die bald nach der Tartarenschlacht erbaute Kirche hat den Namen „*Jesu Salvatoris*“ erhalten, und war, nach der Pfarrchronik, an der Decke der alten Kapelle ein zirkelrundes O (omicron) und in demselben der Name IHS angebracht. Einen andern Namen hat die Kirche nicht gehabt.

Darnach sind die Angaben in den Regesten zur Schlesischen Geschichte Nr. 74, 77, 78, 79, 80, 177^a, 197, 323, 479, 824, 1246 und Zeitschrift für Schles. Gesch. V. 386 Anmerk 9 zu berichtigen.

3. Die Handschrift Wenzel Tømmendorfs.

Von Dr. Markgraf.

Im Jahre 1739 kam in Lauer die von Augustin Bernhardi, ehemaligen Rector der Schule daselbst gesammelte Bibliothek zur Auction. Unter den 63 Bänden in 2, 200 in 4, 600 in 8 und 40 in 16, von denen der Prorector Samuel Tilgner ein Verzeichniß machte, befanden sich nach einer Ankündigung in den Gelehrten Neuigkeiten Schlesiens 1739 C. 345 auch Wenz. Tømmendorfs Cons. Suidn. Schweidnitzische Jahrgeschichte, contin. per Hieron. Tømmendorff fil. senat. und Danielelem Scheps Phys. Suidn. ab a^o 1481—1605.

Daß hiermit nur die im 11. Bande der Scriptores abgedruckte Chronik gemeint sein kann, ist klar; dagegen könnte es unsicher erscheinen, ob es die Originalhandschrift ist. Denn Dan. Scheps ist erst 1609 gestorben und hat seine letzte Eintragung zum 25. Juli 1608 gemacht, während Tilgner 1605 als Endtermin angiebt. Doch wäre ich bis auf Weiteres eher geneigt, in der Zahl 1605 einen Lese- oder Schreib- oder Druckfehler zu sehen und die Handschrift doch für das Original zu halten.

XXIX.

Anmerkungen zu dem Text der Schweidnitzer Chronisten im XI. Bande der *Scriptores rerum Silesiacarum* (Bresl. 1878),

von Professor Dr. R. Weinhold.

In dem folgenden gebe ich einige sprachliche Anmerkungen zu der von Dr. Schimmelpfennig herausgegebenen Thommendorffschen Familienchronik und der von Dr. Schönborn edirten Chronik Mich. Steinbergs, die den Herausgebern selbst vielleicht nicht unerwünscht sein werden. Eingefügt sind einige Noten, welche mein werther Freund Dr. R. Frommann in Nürnberg Herrn Dr. Schimmelpfennig zugestellt hatte.

Zu den allgemeinen Bemerkungen Herrn Dr. Schimmelpfennigs über den Dialect des Hieronymus Thommendorf (S. XIX. f.) verweise ich auf die Abhandlungen Heinr. Rückerts über die schlesische Mundart im Mittelalter im VII. VIII. IX. und XI. Bande dieser Zeitschrift (jetzt besonders als Entwurf einer systematischen Darstellung der schlesischen Mundart im Mittelalter von Heinrich Rückert, mit einem Anhang herausgegeben von Paul Pietsch, Paderborn 1878.).

§. 3. §. 11. v. o. in circumferentia civitatis que vulgariter dicitur der parchen. Das Wort kommt schon in dem Gedicht von Ludwigs Kreuzfahrt 2960. 3176 vor, welches im Troppauer Lande von einem geistlichen Dichter im Auftrage Herzogs Bolko II. von Münsterberg (1301—1341) abgefaßt ist. In einem Breslauer vocabularius wird es aufgeführt als parchan vel plank, parchin vel blanke und mit vallus glossirt. Es bezeichnet die Umfriedung überhaupt, im besondern die zur Befestigung dienende, aus Holzplancken oder Lehmmauern hergestellte Einfriedung der Orte, ist dasselbe Wort

wie das oberdeutsche pferrieh, pferch und aus mittellat. pareus entlehnt. Die alten Schlesiern brauchen es oft in ihren Schriften.

§. 6, 3. 20. v. o. Die damalige Sitte, Freudenfeuer auf dem Ringe der Städte durch Anzündung von Fäßern abzubrennen, um welche gesungen und getanzt ward, ist auch §. 33, 3. 17 v. o. bezeugt, vgl. auch N. Pol Jahrbücher III. 27.

§. 8, 3. 6, v. o. hubs czw Stenczel bergen an czw bornen, d. i. hub es bei Stenzel Bergen (im Hause des Stenzel Berg) zu brennen an. Die Verwendung der Präpos. zu bei dem Personennamen zur Bezeichnung des Hauses der gewissen Persönlichkeit begegnet in unsern Kroniken wiederholt: §. 33 zw Merten Gobeln, §. 65 zue Banckhen auf der Hohegasse einem schuster, §. 137 zu der Gamberin.

§. 11, 3. 15 v. o. genehmen = genehmigen ist für das deutsche Wörterbuch anzumerken.

§. 13, 3. 3 v. o. is wor vorhanden das syhe dy stadt Sweidnicz mit branth morth vorterven wolden = es stund bevor, war Gefahr; vgl. Heyne in Grimms deutsch. Wörterb. IV. 2, 325.

§. 17, 3. 11 v. o. er hatte sich auch schon vom rathsthurme mit strickllin, die er mit den liglin hinauff bekommen, herabgelassen.

Viez leglin: mit den Lägeln, den kleinen Fäßchen mit Getränk. Das Wort Lägel, Legel (mhd. legel, ahd. lagella, lat. lagena) ist den alten Schlesiern wie der heutigen Mundart geläufig.

§. 18, 3. 5 v. o. vnd ist eyn dy finster tymericz gesatz. In einem Bresl. Vocab. temenitz, ergastulum. In der Form temenitze, temnitz, timenitze ist das aus dem slavischen entlehnte Wort für Gefängniß seit dem 14./15. Jahrh. ober- und mitteldeutsch nachweislich und erscheint auch in niederdeutschen Schriften als temenitze temenisse: böhmisch temnice, poln. ciemnica, finstere Stube, finstereich (unterirdisches) Gefängniß, abgeleitet von temny, ciemny finster. Die schlesische Gestalt des Wortes zeigt r für n, so auch bei Andr. Gryphius: ad wenn inner in der Lümmerze seße und frigte nischte ad schimlich brut (gel. Dornrose 51, 6 in Palm's Ausgabe). — Timenitz, Temnitz ist von Türnitz, Dürnitz (Speisesaal, Gaststube, eigent-

lich heizbares Gemach), mit dem es zuweilen vermengt wird, durchaus zu trennen.

§. 19, 3. 2. v. u. ließ ezwuhe wunden beynschrutig „d. i. beinschrötig, mit Verletzung des Knochens, Grimm Wbch. I. 1388“ (Frommann). Daß bei dem Neudorf, wohin der v. Gelhorn fahren wollte, nicht an Neudorf $\frac{1}{2}$ M. NNB. von Schweidnitz zu denken ist, sondern an Neudorf zwischen Faulbrück und Reichenbach, ergibt der Zusammenhang.

§. 20, 3. 8. v. o. Kworhanth Querhand, Handbreite. Wir haben hier ô für a, das aus ë vor r entstand.

§. 21, 3. 7. v. o. yn der gamporyn stube. Gamporyn ist Personennamen, vgl. zu der Gamberin §. 137 unter dem 4. Mai 1528.

§. 22, 3. 13. 14 v. o. dy brothbenecke ynn kellern vnderfarhen vnd gebessert; underfaren mit Stützpfählern versehen, untermauern; auch bei Hand v. Schweinchen; ganz ebenso in G. Tucher's Baumeisterbuch der Stadt Nürnberg (1464—1475): die alle sein schuldig das und sovil auf der seiten gegen in sie des berürt, selber zu underfaren, zu pesseren und zu machen von ir heuser und gemeurs wegen (235, 15 in Exer's Ausg. Stuttg. 1862).

§. 23, 3. 8. v. o. elbisch sinnverwirrt, geistesgestört. Grimm d. Wbch. III. 402.

§. 24, 3. 7. v. o. So hot man sich aus den heusern must ausschoren vnd yn allen gassen eynen wegk schoren bis vor das thor, auff das man hot yn dy stadt mogen faren: schoren, mit der Schaufel arbeiten, schaufeln, ist heute noch schlesisch allgemein im Brauch. Es ist ein altes oberdeutsches Wort: Graff VI, 535. Mittelhochd. Wb. II. 2, 195. Exer II. 772. Schmeller II², 459. Bei Steinbach II. 493 ist schore übersetzt colligo frumentum.

§. 25, 3. 6, 7 v. o. yn den heusern do dy aczochten hynden ausghen, yn den bornen wasser lossen czyhen vnd dorch dy aczocht vnder der scholen yn den muhlgraben gbrocht. Vgl. ferner §. 143, 3. 12 v. o. wo mehrere Nachweisungen des Wortes aus schlesischen Quellen des 14. 15. Jahrh. mit Verweis zugleich auf Grimm Wbch. I, 159 gegeben sind. Das aus aquaeductus den deutschen Lautne angegliche Wort bedeutet den unterirdischen Abzugsraben, und wird

mit meatus, cuniculus, cloaca glossirt. Verschiedenartige Formen sind bei Diefenbach-Wülcker Hoch- u. Niederdeutsches Wörterbuch 33 verzeichnet.

§. 26, 3. 4. v. o. dy dyrne hot man lebendig bgraben vnd das kyndelein mit yr, aber Caspar Mhan ist entworden = entkommen. Das Wort ist in dieser Bedeutung besonders aus mitteldeutschen Schriften des 13. Jahrh. bekannt, Mittelhochd. Wbch. III. 733. Den Schlesiern des 17. Jahrh. war es auch noch geläufig: wer entwerden kann, ist froh Logau n. 1209. sonst kan keiner den Vanden entwerden Schöffler himml. Selenl. 1, 45. was Trosts hab ich auf dieser dürren Erden, Wann du mein Lieb auch sollest mir entwerden 2, 52.

§. 27, 3. 2. v. o. (Das Feuer) ist von meister Jans arczts weib vorwarnest worden. So steht deutlich geschrieben, aber verwarlost ist gemeint. Das Wort verwarlosen ist seit dem 14. Jahrh. häufig im Brauch, Lexer Mhd. Wb. III. 295.

§. 29, 3. 10, 11. v. o. vnd hot ghagelt vmbe eyne gutte segerstunde, lusser geworfen als dy glassen gros. Lusser muß Schloßen bedeuten, ich kenne das Wort sonst nicht; glassen sind kleine Glasfugeln, mit denen die Kinder (wie mit den Marmor- oder Thonkügelchen) spielten. In Polß Jahrb. IV. 106 wird erzählt, wie Knaben über dem Kirchengewölbe mit Glasen spielten, der eine fällt durch das weite Loch hinab, wird von einem Manne aufgefangen, und sieht sich nur nach seinen Glasen um. Schweinichen 14 (Ausg. von Desterley): die 6 Heller währten nicht lange, so hatte ich Glasen und Schnellkullen dafür. Gzefko sagt in Corp. und Phill. III. 262 so vergehn die — mit Eid und Pflicht gespielt wie die Buben mit den Glasen.

§. 30, 3. 2. v. o. das pulver ist gemacht von jungen ratten, dy da noch kahl seint vnd in eynem neuen toppe gbrandt vnd huttenpulver dorunder genomen. hüttenpulver Hüttenrauch, der aus Hüttenämpfen gewonnene Arsenik, Grimm d. Wb. IV. 2, 1998. Schmeller 1², 1189.

§. 36, 3. 4. v. o. nochmols hot er sich mussen vorschreiben, das er zw der Schweidenicz wolde 8 stadthafftiger menner zw borgen seczen. stathafftig wie stathafft, angeessen, Lexer Mhd. Wb. II. 1148. f. Scherz-Oberlin Gloss. 1560.

§. 44, 3. 18. v. u. also hot man den armen man los gemacht, aber er ist in vorgangen, nicht ohnmächtig geworden, wie in der Anmerkung erklärt ist, sondern gestorben. Lexer Mhd. Wb. III. 109. Schmeller I.², 861. (Frommann).

§. 45, 3. 9. v. o. vnd in vnser liber got hymach nehme, ließ „hinnach“ d. i. nachher, später. Grimm Wbch. IV. 2, 1456. (Frommann).

§. 54, 3. 5. v. u. Hans Heckern einen Nestler „nicht Nadler, sondern Verfertiger von Nesteln d. i. Schnürriemen u. dergl., auch Senfler genannt. Schmeller I.², 1768. Zeitsch. f. deutsche Mundarten III. 401.“ (Frommann.)

§. 62, 3. 2. v. u. ist der Por Kuhr zur Schweidnitz in der Pfarrkirche gebauet worden, ließ Borkor, der Zuhörerfor, auch Borkirche, Porfirche, Emporkirche (Grimm Wb. II. 243) genannt.

§. 66, Zeile 6. v. o. ist Hern Hans Peterswalden zur Peterswalde der Syz mit allem nucz weggebrandt; ferner §. 112, 3. 14. v. u. zue Zulzendorf die ganze Hoffereth mit getrede viehe auserhalbe des Syzes weggebrandt. Sitz an diesen Stellen bedeutet Herrenhaus, Schloß, wie in Baiern und Schwaben: Schmeller II.² 345. Birlinger schwäb. außbnrg. Wörterb. 387. In Tirol ist Ansiß in dieser Bedeutung noch üblich.

§. 78, 3. 4. v. o. eines alten geschlechts vnd ankunft. — §. 98, 3. 1. v. o. ist ihr ankunft ein Tomdorfen von der Mutter. — ankunft = Abkunft, Abstammung Grimm Wbch. I. 387 (Frommann). Vgl. auch Schweinichen (herausgeg. von Desterley §. 8 u. ö.); ebendas. §. 9. 10. wird Ankunst in der Bedeutung von Geburt, Lebensanfang gebraucht.

§. 79, 3. 5. v. o. hot Wenzel Fyscher dem D. Florschuzen vorkauft sein Forberg durch einen Freymargt: freimarkt, freier Tausch, Tauschgeschäft. Ueber die Ausbildung solchen freimarkts zu einem lustigen Tauschspiel R. Maurer in der Germania XIX. 1—5. So auch in einem Breslauer Formelbuch des 16. Jahrh., im Schöppenburg von Kostenthal v. 1586. Verschieden ist davon der freie markt (3. B. Script. XI. 100. Pol III. 156) der allen Verkäufern ohne Rücksicht auf sonst bestehende Vorrechte und Gerechtsame freigegebene Markt, wie er namentlich bei Theuerungen ausgerufen ward; dann konnte jeder der

„eßende ware“ zu verkaufen hatte, sie in die Stadt führen, feilhaben und verkaufen. Zuweilen wird auch für freier markt das Compositum freimarkt freimark gebraucht, z. B. Script. XI. 132. 143.

§. 79, 3. 8. 10. v. u. wurden zum Han siben Personen geschmecht. — sindt zum Han 6 vbeltheter vnd eyne pilweyse offentlich mit fewel geschmechet worden: geschmêchet = geschmäuchet. Steinbach 2, 459 schmäuchen fumo comburere, mace-rare. Der Mißethäter wurde geschmäucht: fumo puniebatur. — Belege für schmäuchen = auf dem Scheiterhaufen hinrichten finden sich in Pöls Jahrbüchern IV. 114. 117. V. 37.

§. 93, 3. 19. v. o. die ehrnde ist langsam ins jahr gewehsen, langsam = spät, wie noch in heutiger schlesischer Mundart. Es genüge an zwei Belegen aus unsern alten Landöleuten: denn ich allzeit der langsamste nider und der frühest auf sein müssen, Schweinichen H. 291. Drumb komm o schöne komm, eh es zu langsam ist, Opitz 160 (1625).

§. 95, 3. 4. v. o. ihr vil vom bosen schmag der wasser sindt inficiert worden: schmag (= schmak) nicht Geschmack, sondern Geruch. Schmeller II². 542. (Frommann).

§. 102, 3. 12. v. o. die czymerleute vnd mewrer mit gerachten fenlein den gälgen zue bawen hinausgezogen. geracht = geract, in die Höhe gerecht, aufgerichtet. Vgl. aus dem Passional (Ausg. von Köpfe 271, 88) eine Stelle: uf einen iegelichen vanen wart ein krüze gestact unt mit vreuden uf geraect.

§. 110, 3. 7. v. u. das fewel sol von dem Trachen (ut fama fert) angezündet by nachte seyn, drum das sy (die alte Rhenischen wittib) yhn am obent Walpurgis solte zue heis gebadet und zue heysse milch gegeben haben. Praestigiae diabolicae. — Interessanter Beleg für den noch heute nicht erloschenen Aberglauben, daß gewisse Personen einen Geld oder Getreide zutragenden Drachen (auch ein schwarzes Huhn) besitzen, den sie zu Zeiten, namentlich am Walpurgisabend, in warmer Milch baden und mit warmer Milch tränken müssen.

§. 111, 3. 9. v. o. 1 Bolaneser, wohl eine Bologneser Münze, die als Inschrift gewöhnlich Bononia docet oder Bononia mater studiorum führten.

§. 114, 3. 13. v. u. ein pawer einem soldaten einen Sczakan yn hirschedel geschlagen. Mit czakan bezeichnete man in Ungarn und den angrenzenden Ländern im 16. 17. Jahrh. eine Streitart; heute versteht man in Ungarn unter czakan einen schweren Krüdstoß von Holz oder Metall, der gelegentlich auch als Waffe dient. Der czakan ward vom buzogán, Streitkolben, verdrängt. Vgl. v. Leber Wiens kaiserliches Zeughaus S. 268 (Leipzig 1846).

§. 115, 3. 8. v. o. eingesaczt gewinter, jedenfalls = Gewinne.

§. 125, 3. 1. v. o. schweher bedeutet nicht bloß an dieser Stelle, sondern überall in dem älteren Deutsch Schwiegervater; vgl. Weigand deutsches Wörterbuch II². 658. (Frommann.)

§. 131, 3. 2. v. o. zu reuterei = Straßenräuberei, adliche Begejegerei vgl. die Nachweisungen bei Schmeller bair. Wb. II². 177. 178.

§. 132, 3. 3. 24 v. o. beuten vertauschen; im Mitteldeutschen des 13. ff. Jahrh. bûten, nl. buiten, Grimm d. Wb. I, 1753 f., im Vocabular Conrads v. Heinrichau emicare vel vendicare, butyn; heute noch schlesisch verbeuten, vertauschen. — beuten = Beute machen, kommt bei Fogau n. 616 vor.

§. 132, 3. 3. 21 v. o. auswendiger = auswärtiger, fremder, vgl. Lexer Mhd. Wb. II. 2049. Grimm Wb. I. 1014. Adverbialpræpositionales auswendig = außer findet sich hier §. 132 3. 16 v. o. also das er es zeu feilem kauffe auswendig den bemelten zween marektagen nicht aufftue.

§. 132, 3. 20. v. o. von iezlicher kuffe salez sol man 4 d. geben, wer das her brenget. Kufe (schles. Kuffe) als Maßbezeichnung kommt auch in den Magdeburg. Schöppenbr. v. 1477 für Breslau vor: 12 kuffin 1 virtel ungersch weyn. — 2 halbe kuffin.

§. 135, 3. 8. v. o. herrn Zceteros arme leutte eyn schuster vnd eyn schmid = leibeigene Leute. Dieselbe Bedeutung §. 22, 3. 18. v. o. Valten Newman meynen armen man czw Buncelwicz. Das Compositum armman, der Leibeigene, Lexer Mhd. Wb. I. 94. f.

Eine andre Bedeutung von arme leute erscheint §. 136, 3. 1. v. o.: 1522 hot ein erbarer radt zeu Breslaw alle arme leute von

S. Barbare zeu S. Bernhardin ynss closter verschafft und doraus ein spital gemacht; hier ist also arme leute = Spitalleute, Hospitaliten.

§. 139, 3. 5. v. o. nur eyn elicziges haus zeu Schreybendorf dasz brante eyn. — einlützig (gleich dem schlesisch mir nicht bekannten einlütze) einzeln, von einzeln liegenden Grundstücken und Gebäuden, einzelnen Sachen, wie von alleinstehenden, unverheiratheten Personen gebraucht; heute noch schlesisch in letzter Bedeutung üblich Grimm Wb. III 221. Schmeller b. Wb. 2, 1548. Wilmar furheß. Idiot. 251. In Conrads von Heinrichau Vocab. (XIV. saec.) eynlitzic simplex. — abstractum heizit gevrönit gevriet geeynliczit, Altdeutsche Neujahrsblätter von Birlinger und Greclius (Wiesbaden 1874) 58, 42. 53, 1.

§. 141, 3. 24. 25. v. o. dy glasefenster under den brotbencken synt vom hantwerge gezeuget worden und dorfur ausgegeben 29 m. minus 15 wgr. Item dy bencke vnder dy oberbenke wurden gezceuget. — zeugen, erzeugen in der alten Bedeutung dieser Worte (vgl. mhd. ziugen erziugen) anfertigen, an schaffen. Mhd. Wörterb. III. 919 f. Schmeller b. W. II². 1092.

§. 142, 3. 14. v. o. — dy grencze vnd strossen zeu besichtigen vnd bewareten vor ettlichen drewern, welcher vyl ym lande warend. — §. 161, 3. 14. v. o. welche feuer eyn dröer angelegt hat. — Die Bedeutung Landtschädiger, Wegelagerer und Gewaltthäter durch Fehdeankündigung hat das Wort schon im 13/14. Jahrhundert.

§. 142, 3. 21. v. o. 1540 bald noch Ostern war eyne grosse durrede. — §. 169, 3. 29. v. o. umb dise zzeit war grosse durrede und grosse hieze. — durrede, Dürre (durch Suffix — ede, — idâ aus dem Abj. gebildet, wie Dicke, Länge, Wärme u. a.) ist heute noch schlesisch gebräuchlich in den Formen Dürrede, Dürrede, Derrrede.

§. 143, 10. v. o. mit wust vnd wyllen aller zzechen: der wust, daß wissen, namentlich in der Formel wust und willen häufig, vgl. Pol Jahrb. II. 156. Fogau n. 1607, 17. ohne wust Fogau n. 2500.

§. 147, 3. 3. v. o. dy tendeler vnd verkeuffunge der alten cleyder. — Ländler = Trödler, bairisch: österreichisch seit 15. Jahrh. üblich, Schmeller b. Wb. 1², 610. Das Wort kommt auch bei Pol Jahrb. II. 30. III. 157 vor. Heute scheint es in Schlesiens erloschen zu sein.

§. 163, 3. 5. v. o. der hat vnder der habe botte gefeuert — das es forne an dem wyrezetroge enbrandt. — habebotte schwerlich Haferbutte, sondern wahrscheinlich hebebotte, das ist Hefenbottich. hebe = hefe Lexer Mhd. Wb. I. 1198.

§. 167, 3. 18. v. o. also gingen die schusse gefach herumb dass ettliche becken nicht backen wolden. — gefach heißt hier, wie überhaupt in der älteren schles. Mundart, oft, vielmal, vom Subst. Fach = Zeitabtheilung, Mal: zweifach, vielfach. Vgl. nd. sack, sacken = oft. Grimm Wb. III. 1220, 6. Zeitschr. f. d. Mundart. II. 166, III. 426, 42. u. ö. Bernd die deutsche Sprache in Posen §. 55 fach = oft. Also: das Backen ging häufig herum, machte schnell die Runde. (Frommann). — Dieser Frommannschen Note füge ich alterschlesische Belege für fach, gefach: oft, häufig bei: du salt vach gerne beichten Rückert Darstellung herausg. von Pietsch, Anhang 37, 1. beichte do vacher wen vor ebd. 38, 18. — Wie ein harter Fels durch die gefach herabfallenden Wassertropfen ausgehöhlet wird, C. Heermann Schulen hoher Milde J. iij. rw. dadurch viel tausend Blick auf mich gefach gepligt Gzepto verl. Ged. 3. Rolle, n. 15. da sollen sein gefach die andern Trünke gehn, Scheffer Ged. 397. so stell es also an daß sein gefach mit sauffen viel Gläser ohne Fuß umb alle Gäste laufen, Scherfer Grobian. 74. Vgl. auch Grimm Wb. IV. I. 1, 2059. Die Schlesier des 17. Jahrh. haben auch noch ein andres gefach = mhd. gevêh md. gevâh, feindlich.

§. 176, Berichtigung zu §. 159. Anm. 4, es wäre auch §. 36 unter Juni 17. in den hillebrant eyngesaczt zu vergleichen. (Frommann.)

XXX.

Zwei Nekrologe.

Sigismund von Görz und Julius Neugebauer.

1. Sigismund von Görz,

geboren den 11. Januar 1803 zu Reichthal in Schlesien, Sohn des Generalmajors und Remonte-Inspekteurs Carl von Görz und der Marianne von Görz, geb. von Faldern.

Zehn Jahre alt wurde er zu weiterer Ausbildung auf das katholische Gymnasium nach Breslau gebracht, und die begeisterte Volkshebung von 1813, die vielleicht nirgends so hoch aufflammte als eben hier, ging nicht ohne mächtigen Eindruck an der empfänglichen Seele des Knaben vorüber, wenn gleich der am Ende dieses Jahres erfolgende Tod seines Vaters auf die patriotische Siegesfreude einen düsteren Schatten warf. 1821 bezog er die Breslauer Universität, um dann hier bis zum Jahre 1844 sich juristischen Studien zu widmen, 1827 die Auskultator- und 1828 die Referendariatsprüfung zu bestehen. Während ihn dann die Vorbereitung zur dritten Prüfung beschäftigte, lockte ein Ruf von außen, ohne diese eine sichere Anstellung und einen Abschluß der andauernd unentgeltlichen Thätigkeit zu finden, welche durchzuführen dem unbegüterten jungen Manne oft schwer genug wurde. Er trat mit Ende des Jahres 1828 in das Fürstenthums-Gericht Carolath ein, ward aber bereits 1831 zum Syndikus der Sagan-Glogauer Fürstenthums-Landschaft ernannt und 1839 in gleicher Eigenschaft an die schles. General-Landschaftsdirektion nach Breslau berufen, welche Stellung er denn seit 1852 mit dem Titel eines Königl. Geh. Reg.-Rathes bis zum Jahre 1870 bekleidet hat, wo ihn seine geschwächte Gesundheit in den Ruhestand zu treten veranlaßte.

Neben diesem Amte, dessen Obliegenheiten er mit größter Pflichttreue erfüllte und wo er um zeitgemäße Fortbildung des ganzen Institutes sich wesentliche Verdienste zu erwerben vermochte, hat er dann in ganz staunenswerther Vielseitigkeit sich gemeinnützigen Zwecken zu widmen vermocht. Von 1843 — 65 war er Generalsekretär des schlesischen landwirthschaftl. Centralvereins und Redakteur von dessen Zeitschrift, 1855 — 77 Vicepräsident der schlesischen Gesellschaft für vaterl. Cultur, 1847 — 52 Abgeordneter der zweiten Kammer, von 1851 — 78 Stadtverordneter, von 1865 bis an sein Ende Curator der Taubstummenanstalt, 1868 Mitbegründer des vaterländ. Frauenvereins. Sein Wirken in den Kriegsjahren 1870/71 trug ihm die Kriegsdenkmünze für Nichtkombattanten ein. 1876 eröffnete er als Alterspräsident in höchst würdevoller Weise den in seiner neuen Gestalt zum ersten Male zusammentretenden schlesischen Provinziallandtag.

Wahrlich kein Wunder, wenn bei seinem 50jährigen Dienstjubiläum 1874 aus den verschiedensten Kreisen Beweise der Anerkennung, Verehrung und Dankbarkeit ihm zu Theil wurden. Se. Majestät sandte ihm den Kronenorden zweiter Klasse, die Universität Breslau das Diplom eines Doktors jur. utr. honoris causa, die Stadt Breslau den Ehrenbürgerbrief. Damals richtete auch der Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens eine Adresse an ihn, deren Wortlaut in Band XII. S. 511 dieser Zeitschrift veröffentlicht ist. Der Verein hatte Grund genug den Jubilar mitzufeiern. Derselbe hatte einst (1846) mit an der Wiege des Vereins gestanden, war Jahrzehnte lang sein Vicepräsident gewesen, hatte dann von 1862 bis 1870, wo er selbst resignirte, denselben als Präsident geleitet, und obwohl er niemals, wenn wir von seinem 1870 erschienenen Rückblicke auf die Entstehung und Entwicklung der schles. Landschaft absehen, sich selbst auf historischem Gebiete versucht hat, so hat doch gerade seine Leitung dem Vereine mannigfachen Nutzen gebracht; nicht allein durch die taktvolle Leitung der Sitzungen und Debatten, sowie durch das immer gleichbleibende warme Interesse für das Gedeihen des Vereins, sondern ganz besonders durch seine Fürsorge für die materielle Lage desselben. Ausgehend von dem Gedanken, der Verein müsse darauf bedacht sein, die Möglichkeit der Existenz sich zu sichern, auch wenn einmal irgend welche Ungunst der Zeit die Zahl der Mitglieder sehr

minderte, hat er durch vortheilhafte Geldanlagen und weise Sparsamkeit das kleine Kapital zusammenzubringen vermocht, dessen sich unser Verein, der ja zum Glück gleich von vorn herein Corporationsrechte erlangt hatte, erfreut. Und auf der andern Seite haben wesentlich sein Einfluß und seine Verbindungen die erste Geldunterstützung seitens der schlesischen Provinzialstände verschafft zur Herausgabe der *Acta publica*, der Verhandlungen der früheren schlesischen Stände. An dieser Publikation nahm er ein näheres Interesse, das doch in gewisser Weise mit seinem ganzen Wesen zusammenhing.

Denn wie mächtig und entschieden auch sein preußischer, sein deutscher Patriotismus war, so lebte daneben doch auch eine starke Anhänglichkeit an seine schlesische Heimath in seiner Seele, und von dem lebhaften Wunsche beseelt, den besondern Interessen unserer Provinz und unsrer ganzen schlesischen Eigenart die möglichste Berücksichtigung gesichert zu sehen, und vielleicht auch nebenbei unter dem Einflusse gewisser Ständestraditionen, dachte er mit Sympathie der Zeiten größerer provinzieller Selbständigkeit, und wie er wohl bei festlichem Mahle unsern König als den Herzog von Schlesien feiern konnte, so vermochte ihm auch die Herausgabe historischer Zeugnisse für die einstige bedeutungsvolle Rolle, welche die schlesischen Stände gespielt hatten, ein erhöhtes Interesse abzugewinnen.

Noch eine andere Publikation hatte er im Sinne; auf der einen Seite sollte Klose's umfangreiches nachgelassenes Werk, die Geschichte Breslaus im Reformationszeitalter, abgedruckt werden, daneben aber und gleichsam als Antidoton dagegen die Religionsakten des Convertiten Buckisch. Auch hierbei kam eine bestimmte Seite seines Charakters zum Ausdruck.

Durchdrungen von einer tiefgewurzelten religiösen Ueberzeugung und voll warmer Anhänglichkeit an die katholische Kirche, in der er geboren und erzogen, war er gewöhnt für deren Interessen, überall wo er Gelegenheit fand, tapfer einzutreten, und auch auf dem Gebiet der Geschichte liebte er es unter demselben Banner zu kämpfen. Wer von den älteren Mitgliedern unseres Vereins erinnerte sich nicht, wie er, so oft in dessen Versammlungen z. B. von einer der Handlungen der Unduldsamkeit die Rede war, von denen die schlesische Geschichte so Vieles zu erzählen weiß, eifrig bemüht war nun auch die andre Seite hervorzuführen und scharfsinnig zusammenzustellen, was sich für

die Berechtigung des Getadelten anführen ließ? Zu überzeugen durfte er kaum hoffen, nicht selten hatte die Mehrzahl der Hörer den Eindruck, als verdiente die Handlung, die er zu entschuldigen sich bemühte, kaum von einem so blanken Schilde gedeckt zu werden, aber man hörte ihm mit Respekt und auch nicht ungern zu; denn wie nachdrücklich und gewichtig auch seine Rede sich gestaltete, so entbehrte sie doch aller verletzenden Schärfe und namentlich jedes persönlichen Momentes, und der Widerspruch, selbst in weniger abgewogener Form, riß den an Beherrschung Gewöhnten nie fort.

Auch durften wir dessen ganz sicher sein: trotz mancher Differenz der Ueberzeugungen wob der gemeinsame Eifer für die gute Sache der heimathlichen Geschichte zwischen uns ein festeres Band, und die älteren Genossen wissen von vielen guten Stunden zu erzählen, wo der ernste fast strenge Mann in freundlichster und heiterster Geselligkeit unsrem Kreise sich gab.

Zunehmende Kränklichkeit setzte seit Jahren dem ein Ziel. Am 22. April 1878 folgte er seiner heißgeliebten Gattin, die ihm ein halbes Jahr vorausgegangen, in's Grab. Auf dem ältesten unserer Friedhöfe, dem zu St. Mauritius, hat man ihn am 26. April beigesetzt.

2. Julius Neugebauer.

Es ist eine wehmüthige aber gern erfüllte Pflicht, auf das frische Grab unsres Vereinschachmeisters ein Blatt freundschaftlicher Erinnerung zu legen.

Sein Leben ist schnell erzählt. Geboren am 9. November 1815 in Ostrowo, folgte er 1825 seinen Eltern bei ihrer Uebersiedlung nach Dojutrow in russisch Polen und ward nun auf der Wojwodschafsschule in Kalisch gebildet, verließ dieselbe aber 1828, um in Breslau in dem Geschäfte von C. Worthmann die Handlung zu lernen. Nach Beendigung seiner Lehrzeit trat er in das Geschäft von Chr. Friedr. Schöngarth, welches er dann selbst übernahm, seit 1843 mit der Tochter seines Prinzipals vermählt. Nach deren frühem Tode heirathete er i. J. 1852 die Tochter des verst. Rechnungs Rath Ulke, die treue Pflegerin noch in seiner letzten Krankheit, die zu den 4 Kindern erster Ehe ihm dann noch 3 K. geboren hat. Damit ist der äußere Rahmen gegeben. Der Inhalt ist redliche Arbeit für die Seinen, daneben aber die viel-

seitigste gemeinnützige Thätigkeit für Schule und Kirche und eine ganze Reihe von Wohlthätigkeitsanstalten, auch eine fast 30 jährige Wirksamkeit in der Stadtverordnetenversammlung, und das Alles mit reinstem selbstlosen, immer nur der Sache dienendem Eifer.

In den Verein hatte ihn früh schon ein lebhaftes Interesse für schlesische und speziell Breslauische Geschichte gezogen, in der er selbst belesen und unterrichtet war, wie er denn auch eine große Anzahl von Aufsätzen (mir liegen die Titel von 21 vor) zur Geschichte der Breslauer Handels- und Verkehrsverhältnisse verfaßt und größtentheils in den schlesischen Provinzialblättern veröffentlicht hat, von denen wir folgende hervorheben möchten:

Gewerbliches aus Breslau. — Zur Geschichte der Oderschiffahrt. Provinzibl. 1862. Breslaus gewerbliche und kommerzielle Localitäten schles. Zeitg. 1864, das alte Stadthaus zu Breslau ebendas., Getreide und Brotmärkte in Breslau ebendas., zur Geschichte der Breslauer Kaufmannschaft Provzibl. 1864, Breslau's Zuckerhandel ebendas., kommunale Lustbarkeiten ebendas. 1865, die Partierkrämer-Zinnung in Breslau ebendas., die Breslauer Stadtwaage ebendas., die kaufmännische Corporation und die Reichkrämer Societät ebendas. 1866, die Breslauer Börse schles. Zeitg. 1867, Breslauer Papiermühle, Schlesiens Vorzeit I. S. 182, der Breslauer Schießpulverhandel und die Breslauer Pulvermühlen Provinzialibl. 1870, Breslaus Post- und Botenwesen ebendas. 1873, und endlich eine größere Arbeit: der Zwinger und die kaufmännische Zwingerschützen-Brüderschaft nebst einer historischen Einleitung über die ehemalige Bürgermiliz und die Bürgerschützen-Brüderschaft, als Beilage zu Band 13 dieser Zeitschrift abgedruckt.

Alle diese Aufsätze sind mit großem Fleiße zusammengestellt und enthalten eine Fülle lehrreicher Einzelheiten, die um so werthvoller sind, als sie, wenn wir von den Zeitungsartikeln absehen, immer Quellenangaben beibringen.

Aber auch nach anderer Richtung hin hat unser verewigter Freund um die schlesische Geschichte sich Verdienste erworben. Wenigstens angedeutet werden darf hier der Antheil, welchen er an der gedeihlichen Entwicklung der mit dem Stadtarchive vereinigten Stadtbibliothek, eines Instituts, welches für das gesammte wissenschaftliche Leben unsrer

Stadt und insonderheit für deren Geschichte eine mit jedem Tage steigende Bedeutung erlangt, gewonnen hat. Von allen den Männern, welche das Curatorium bildeten, haben Wenige dem Institute so nahe gestanden als er, der ein allzeit offenes Ohr und eine allzeit bereite hülfsreiche Hand für die großen und kleinen Bedürfnisse desselben hatte.

Auf der andern Seite verdankt der Verein den ansehnlichen Beitrag, welchen die Stadt Breslau alljährlich demselben gewährt, nicht zum kleinsten Theile der warmen Fürsprache Neugebauers in der Stadtverordnetenversammlung. Hier wetteiferte sein Interesse mit dem unsres andern Freundes von Görz.

Endlich ist der Verewigte lange Jahre hindurch unser Vereinschatzmeister gewesen. Nicht ganz ohne Lasten ist dies Amt, es führt oftmalige Inanspruchnahme mit sich, erheischt ein sorgfältiges Rechnungsführen, Unbequemlichkeiten, die dem älteren vielbeschäftigten Manne wohl fühlbar werden konnten. Aber eine Spur davon ist wohl niemals zu Tage getreten, niemals hat ein Wort verrathen, er sei sich bewußt, mit der Führung dieses Amtes dem Verein einen wesentlichen Dienst zu leisten, nie hat er Etwas wie Dank begehrt, ja in seiner Bescheidenheit erachtete er seine verdienstlichen Arbeiten für zu unbedeutend, einen Platz in unserer Zeitschrift zu beanspruchen, und als er uns einmal in die erwünschte Lage brachte, ihm einen Dienst erweisen zu können, den Abdruck seiner Arbeit über den Zwinger und dessen Schützenbrüderschaft, da mußten wir seiner peinlichen Zurückhaltung die Gewährung des kaum ausgesprochenen Wunsches mehr entgegen tragen.

Und dies war eine Bescheidenheit nicht des Mundes sondern des Herzens, der Ueberzeugung; und die Hochschätzung der Leistungen unsres Vereins, in der sie schließlich wurzelte, war die schönste und reinste Anerkennung für den wissenschaftlichen Ernst unserer Bestrebungen, die wir wünschen konnten.

Die herzliche Zuneigung, mit welcher der engere Kreis der Vorstandsmitglieder dem Ehrenmanne zugethan war, verklärt jetzt, nachdem am 16. Mai 1878 sein Auge für immer sich geschlossen, freundlich sein Bild in unsrer Erinnerung.

XXXI.

Bericht über die Thätigkeit des schlesischen Geschichtsvereins in den Jahren 1877 und 1878.

In dem Vereinsvorstande wurden die schmerzlichen Lücken, welche der Tod gerissen hatte, in der Weise ausgefüllt, daß zum Schatzmeister Herr Regierungsbreferendar a. D. von Prittwitz-Gaffron und zum Repräsentanten an Prof. Kußens Stelle Herr Oberst-Lieutenant a. D. Nowag gewählt wurden. Der Vorstand hat dann in hergebrachter Weise die Geschäfte des Vereins geleitet und allmonatlich (mit Aus-
schluß des August's) denselben zur Anhörung eines Vortrags¹⁾ und einer sich daran schließenden geselligen Zusammenkunft berufen. Auch haben wiederum im Vereine mit der histor. Sektion und dem Vereine für das Museum schles. Alterthümer zwei Wanderversammlungen stattgefunden, 1877 nach Glogau, 1878 nach Neiße, welche beide unter zahlreicher Theilnahme einen sehr befriedigenden Verlauf nahmen, die historisch-antiquarischen Kenntnisse bereicherten und vielfach interessirend und anregend zu wirken vermochten.

Die Publikationen haben diesmal die Reihe der *Scriptores rerum Silesiacarum* um 2 Bände X. und XI. vermehrt. In dem ersteren edirte Dr. Markgraf *Annales Glogovienses* bis 1493, in dem zweiten die Dr. Schimmelpfennig und Schönborn zwei Schweidniger

¹⁾ Ein Verzeichniß der in dieser Zeit gehaltenen Vorträge folgt unten. Beiläufig mag berichtet werden, daß die Durchschnittszahl der Besucher sich auf 20 beziffert.

Chronisten des XVI. Jahrhunderts, beide Werke subventionirt durch die Magistrate von Glogau und Schweidnitz.

Außerdem ward von der neuen umgearbeiteten zweiten Auflage des schlesischen Regestenwerkes Lieferung 2, die Jahre 1200 — 1220 umfassend, ausgegeben.

Von der Zeitschrift des Vereins erschienen in starken Bänden 1877 Band XIII. Heft 2 und Band XIV. Heft 1¹⁾.

Unter der Presse befinden sich eine Fortsetzung der Regesten von 1280—90, sowie ein großartiges Siegelwerk, für welches die sehr bedeutenden Mittel die Munificenz Sr. Excellenz des Herrn Grafen Stillsfried dargeboten hat. In Vorbereitung ist ferner ein Band Acta publica für die Jahre von 1622 — 25, sowie ein Urkundenbuch des Klosters Camenz, für dessen Herausgabe Se. Kgl. Hoheit der Prinz Albrecht sich interessirt, und endlich Vollendung des ersten Bandes unseres Regestenwerkes in der neuen Bearbeitung der zweiten Auflage.

In Erinnerung des freundlichen Entgegenkommens, welches die Reißer Philomathie bei dem oben erwähnten Ausfluge nach Reife am 2. Juni 1878 unsrem Vereine gezeigt hatte, wurden zwei die Geschichte jener Stadt näher berührende Aufsätze (Grünhagen diplomatische Besprechungen im Reißer Kapuzinerkloster 1741 und Reimann die Zusammenkunft Friedrich des Großen mit Kaiser Joseph II. 1769) zu einer besonderen Festschrift vereinigt und der Philomathie in der entsprechenden Anzahl von Exemplaren zugesendet. Die betreffenden Aufsätze werden unsern Mitgliedern in dem 1879 ausgegebenen Hefte unserer Zeitschrift geboten worden.

Ebenso erhalten dann unsre Mitglieder eine Festschrift „eine Deputation Breslauer Bürger bei Napoleon I. 1813,“ welche der Verein zur Beglückwünschung der vaterl. Gesellschaft an deren 75 jähr. Stiftungsfeste dem 17. Dec. 1878 in dankbarer Erinnerung an die unsrem Vereine von der Gesellschaft erwiesene Gastfreundschaft darbrachte.

Zu den auswärtigen Vereinen, welche mit uns im Schriftenaustausch stehen, traten neu hinzu:

¹⁾ Wiederum muß auf die Anomalie hingewiesen werden, daß dieser Bericht eingereicht erscheint dem 2. Hefte von Bd. XIV., einer unserer Vereinsgaben für 1879, von welchen letzteren dieser retrospektive Bericht Notiz zu nehmen kein Recht hat.

1. Der Oldenburger Landesverein für Alterthumskunde,
2. Die Academia Reale dei Lincei in Rom.

Dagegen schied in Folge der Auflösung aus: der Verein für Geschichte und Naturgeschichte in Donaueschingen.

Was die Zahl der Mitglieder anbetrifft, so müssen wir zu unsrem Bedauern eine Abnahme von in Summa 8 konstatiren: mit andern Worten, es ist bei der Ungunst der Zeitverhältnisse und der zersplitternden vielseitigen Inanspruchnahme der Interessen nicht gelungen, die zahlreichen Verluste, welche uns namentlich Todesfälle gebracht haben, durch Aufnahme neuer Mitglieder ganz zu ersetzen. Wir richten daher an alle unsre Mitglieder die dringende Bitte sich um Werbung neuer Vereinsgenossen bemühen zu wollen. Für eine Provinz von der Ausdehnung und Einwohnerzahl unsres Schlesiens, für eine Provinz, deren Angehörige in dem Rufe ganz besonderer Anhänglichkeit an ihre Heimath stehen, ist die Zahl Derer, welche thatsächlich ein Interesse für die Vergangenheit unsres Landes zu bekunden geneigt sind, immer recht klein, obwohl doch grade unser Verein, der alljährlich für einen so unverhältnißmäßig niedrigen Beitrag so ansehnliche literarische Gaben zu bieten vermag, ganz besonders dazu anlocken müßte.

Durch den Tod haben wir in den letzten zwei Jahren folgende 17 Mitglieder verloren:

Von hier: Stadtrath Becker, Director Dr. Bruch, Geh. Reg.-Rath v. Görz (Nekrolog oben S. 582), Reg.-Rath Graf Henkel v. Donnersmark, Fürstbischöfl. Ober-Consistorialrath Suppe, Prof. Dr. Kugen (Nekrolog oben S. 248), Kaufmann Jul. Neugebauer (Nekrolog oben S. 585). Von auswärts: Benno v. Windler in Hirschberg, v. Seidlitz, Landesältester auf Habendorf, Freiherr v. Wechmar, Geh. Reg.-Rath auf Jedlitz, Lummert, Pastor in Striegau, Freiherr v. Richthofen auf Barzdorf, v. Keltich, Kammer-Präsident auf Skarsine, Dr. Elwanger, Wirkl. Geh. Ober-Finanzrath, Präsident des Reichs-Invaliden-Fonds in Berlin, Dr. Burghardt, Bibliothekar in Warmbrunn, Graf C. Ph. v. Harrach auf Groß-Sägewitz, Dr. Pasack in Piegwitz.

Ausgeschieden sind in Summa 26.

Zum korrespondirenden Mitgliede wurde neu ernannt: Dr. Ermisch, Archivar am Kgl. Hauptstaatsarchive zu Dresden.

Noch sei hier der Glückwunschartressen gedacht, welche der Verein zwei hervorragenden Historikern an ihrem 70. Geburtstage gewidmet hatte.

Die eine galt unfrem Ehrenmitgliede Herrn Professor Dr. Droysen in Berlin (zum 6. Juli 1878), verfaßt von unfrem Mitgliede Professor Dr. Dove, einem spezielleren Schüler des Jubilars. Dieselbe lautet:

Hochverehrter Herr!

In Schlessien, das durch den kühnsten Flug der preussischen Politik dem neuen deutschen Staate gewonnen ward, in Breslau zumal, wo dieser Staat sich ein Herz faßte, durch den Aufruf zum Freiheitskampf über Yorks erlösende That den Segen zu sprechen, darf der Kreis Derer, die der vaterländischen Geschichte Antheil und Pflege widmen, Ihren siebzigsten Geburtstag nicht ohne Gruß des Dankes und der Verehrung vorüberlassen.

Von dem Ideal eines deutschen Professors der Geschichte, wie es Friedrich der Große vor bald hundert Jahren in dem Sendschreiben über unsere Literatur hoffnungsvoll gezeichnet, haben unter so manchen Genossen der Arbeit und des Verdienstes vornehmlich Sie durch Ihre Wirksamkeit in Schrift und Lehre vielen und wesentlichen Zügen zum Dasein verholfen. Er wird ausgehen von den alten Historien, sagt der König, und wird schließen mit den modernen. Vor allem der deutschen Geschichte wird er sich befleißigen als der merkwürdigsten für uns Deutsche. Nicht aber ins Dunkel der quellenarmen Urzeit soll er sich da versenken, noch bei den abgestorbenen Gestalten des Mittelalters lange verweilen; erst vom 13. Jahrhundert an, von den Grundlagen der neuen territorialen Bildungen aus soll er mit wachsender Ausführlichkeit den Lauf der deutschen Geschichte durch die europäischen Verwicklungen hin verfolgen, den Blick stets auf die Gegenwart und, was in ihr aus der Vergangenheit fortlebt, gerichtet. Ohne Ansehen der Person soll er die guten Thaten loben und die schlechten tadeln, die großen Angelegenheiten der Völker und Staaten mit der Würde behandeln, die ihnen zukommt.

Nicht das Wort des großen Königs freilich, vielmehr sein Werk hat Sie solche Wege gewiesen; früh und entschieden vor anderen verban den Sie mit der Kraft nationaler Empfindung die Klarheit politischer Einsicht in die deutsche Art und Bestimmung des Staates der

Hohenzollern. Aus dem Schiffbruch noch unzeitiger Handlungen hat dann niemand standhafter als Sie die feste Gesinnung gerettet; gerade nun, wo der Glaube an Preußens Zukunft rings verloren schien, unternahmen Sie, ihn für sich und uns aus Preußens Vergangenheit historisch geläutert zu begründen. Jahrzehnte lang haben Sie seitdem allen Fleiß unablässiger Forschung, allen Ernst scharfsinniger Kritik, alle Fülle originaler Gedanken, allen Einfluß thätiger Anregung auf diesen einen gewaltigen Gegenstand gewandt. Wohl galt es männliche Entsagung, um von dem nachdichtenden Genuß attischer Dramen zur formlosen Masse deutscher Aktenprosa herabzusteigen, statt der leuchtenden Königsgestalt Alexanders das verdüsterte Heldenthum des alten York zu schildern, aus dem Kulturkreise des Hellenismus, der Morgen- und Abendland einigend umfing, sich zurückzuziehen auf die stille Warte brandenburgischer Staatskunst. Doch solche Zucht mannhafter Resignation entsprach nicht bloß der sittlichen Strenge Ihres eigenen Wesens, die laut aus allen Ihren Urtheilen redet, sie bildete zugleich einen Grundzug eben des historischen Stoffes, welchen Ihre kunstfertige Hand nunmehr ergriffen; sie vermählte den Geist des Meisters mit der Natur seiner Arbeit und machte Sie würdig, Wollen und Walten des großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelms I., Friedrichs des Großen, darzustellen.

Wessen Mühe ward je glänzender belohnt als die Ihre? Während Sie noch im Schatten gleichsam des alten Baumes der preußischen Politik seine vergangene Blüthe aus treuer Erinnerung aufzeichneten, fiel Ihnen schon die reife Frucht in den Schoß. Die patriotische Hoffnung, die überm Forschen und Schreiben Ihre Seele in Spannung hielt, ist in reichstem Maß erfüllt worden. Zwar den anderen wohlverdienten Lohn, der in der wissenschaftlichen Wirkung und Anerkennung der von Ihnen gefundenen und verbreiteten historischen Wahrheiten liegt, vermag voll und gerecht erst die Nachwelt Ihrem Andenken darzureichen. Möchte jedoch heut, wo Freunde, Schüler und Verehrer lebendiges Zeugniß ablegen für das Gedeihen Ihres Thuns, wenigstens ein Vorgefühl des künftigen Dankes Sie erquickten! Uns aber vergönnen Sie freundlich den herzlichen Wunsch, daß Ihnen noch lange Freude

und Frische dauere, zu vollbringen, was Sie sich vorgesetzt, oder was Ihnen fürder der Geist Ihrer Wissenschaft eingiebt; auf daß auch unser bescheidener Verein noch fernhin sich mit der Zier Ihres Namens schmücken dürfe!

Auf sie antwortete Professor Droysen in einem Schreiben an den Vorsitzenden, daß wir gleichfalls mittheilen.

Berlin, 9. Juli 1878.

Erlauben Sie mir, mit dem Dank für Ihre freundliche Zuschrift vom 9. Juli zugleich den für den Fest- und Ehrengruß zu senden, mit dem mich der Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens beehrt hat, indem ich die Bitte hinzufüge, daß Sie ihm gegenüber der Dollmetsch eben dieses Dankes sein wollen. Denn persönlich gegen Sie kann ich lebhafter und freudiger aussprechen, wie mich diese Begrüßung und die meisterhafte Form, in der sie gefaßt vor mir liegt, bewegt und erhoben hat. Sie spricht in großen und glänzenden Zügen aus was ich, wenn nicht geleistet und erreicht, doch gewollt und zu erreichen versucht habe. Und zu wissen, daß ein Verein von Männern wie der Schlesische, von Sachkundigen, Patrioten, Gleichstrebenden so von meinem Wollen und Wirken denkt, mit solcher Schätzung meinen Namen umkleidet, daß ist eine Ermuthigung, eine Festgabe, ein Siegespreis, wie auch die Besten nichts Besseres sich wünschen können. In solchem Sinn danken Sie in meinem Namen und empfangen Sie selbst meinen Dank. Behalten Sie mich auch ferner in freundlicher Erinnerung.

Ihr ergebener

J. G. Droysen.

Die zweite richtete unser Verein am 4. November 1878 an unsern gelehrten Landsmann Herrn Professor Dr. Röpell, unsern einstigen Vereinspräsidenten, in folgenden Worten:

Hochgeehrtester Herr Professor!

An Ihrem heutigen Wiegenfeste, mit welchem die Zahl der durchlebten Jahre sich zu der ansehnlichen Summe abrundet, die ohne Verlust an geistigen und körperlichen Kräften zu erreichen nur Ausgewählten beschieden ist, gestattet die Sitte auch einem größeren Kreise von Freunden und Verehrern ein Wort des Grusses

und Glückwunsches. Wenn ihnen auch wir als die Vertreter des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens und in dessen Auftrage uns zugesellen, so gilt unser Glückwunsch nicht nur dem Lehrer unsrer schlesischen Hochschule, der für die Erweckung und Belebung des historischen Sinnes, in welchem wir ja eine wesentliche Voraussetzung für das Gedeihen des historischen Vereinslebens erblicken dürfen, lange Jahre hindurch erfolgreich gewirkt hat, nicht nur auch dem Verfasser der bahnbrechenden Geschichte Polens, die bei dem engen Zusammenhange der älteren polnischen Geschichte mit der unsrer Heimath auch für die letztere so vielfach befruchtend gewesen ist, sondern wir vermögen noch ungleich nähere Beziehungen zur Geltung zu bringen. Wir würden uns nicht Historiker nennen dürfen, würden das Interesse, welches wir an der Entwicklung unsres Vereins nehmen, verleugnen, wollten wir nicht dankbar die Erinnerung daran bewahren und fortpflanzen, daß als einst nach dem Tode Stenzels der Verein zu zerfallen drohte, Sie es gewesen sind, der das Steuer ergriffen und dasselbe mit starker und kundiger Hand Sahrelang geführt hat, um nach allen Seiten hin anregend, das geminderte Interesse neu zu beleben und zu erneuter Thätigkeit zu ermuntern. Ja noch mehr, wenn jetzt alljährlich die wissenschaftlichen Gaben des Vereins an seine Mitglieder in stattlicher Fülle Ihnen zugehen, dürfen Sie das stolze Gefühl hegen, daß dieses reiche wissenschaftliche Leben sich in Gleisen und Bahnen bewegt, die eben Sie zum guten Theile geschaffen haben. Sie waren einst der Schöpfer der Vereinszeitschrift, deren erste Jahrgänge Ihr Name und treffliche Aufsätze Ihrer Feder zieren, wesentlich auf Ihre Anregung hin wurden die ersten Vorarbeiten für das große Werk der schlesischen Regesten unternommen, unter Ihrer Aegide und mit einem Vorworte von Ihrer Hand begründete einst Wattenbach den Codex diplomaticus Silesiae.

Wir sprechen von lang vergangenen Zeiten, nicht auf die Dauer hat die Enge unsres Vereinslebens Sie zu fesseln vermocht, das Interesse für die Gegenwart, für unser nach fester Gestaltung ringendes politisches Leben zog Sie mächtig in andre Kreise, die sich Ihrer Beredsamkeit willig erschlossen. Wir durften selbstüchtig

genug sein darüber zu klagen, ohne uns jedoch dadurch das Gefühl der Dankbarkeit, welches unser Verein Ihnen schuldet, verdunkeln zu lassen. Von dieser Gesinnung dankbarer und aufrichtiger Verehrung Ihnen heut Zeugniß abzulegen, kamen wir her, und mit der Bitte, unsren Bestrebungen auch ferner eine freundliche Theilnahme erhalten zu wollen, verbindet sich der warm und herzlich empfundene Wunsch, daß ein gütiges Geschick Ihnen, hochgeehrtester Herr, noch recht lange erwünschte Gesundheit, die geistige Frische und die Fähigkeit wie bisher lebendigen Antheil an allen bedeutenden Interessen in Staat und Wissenschaft zu nehmen, erhalten möge.

Der Vorstand des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens.

Die Finanzlage unsres Vereins ist trotz der Einbuße an Mitgliedern um so mehr als günstig zu bezeichnen, da jetzt seit mehreren Jahren immer außerordentliche Subventionen die Herstellung der Veröffentlichungen erleichtert haben. Wie oben angedeutet wurde, stehen solche auch für die nächste Zukunft in Aussicht; zum günstigen Zeichen des Credits und der Anerkennung, welche unsre Bestrebungen zu finden vermögen trotz der bescheidenen Verborgenheit, in welcher sie sich vollziehen.

Verzeichniß der Vorträge.

Es haben Vorträge gehalten:

1877.

3. Januar. Archivhülfsarbeiter Dr. Pfotenhauer: über den Orden der Kreuzherren mit dem rothen Stern und das Matthiastift zu Breslau.
7. Februar. Stadtbibliothekar Dr. Markgraf: über die rechtliche und wirthschaftliche Stellung der Breslauer Kirchen im Mittelalter.
7. März. Archivrath Professor Dr. Grünhagen: die Frage der Abtretungen in Schlessen am Wiener Hofe, Anfang 1741.
4. April. Oberlehrer Dr. Schönborn: über Michael Steinberg, schwenkfeldschen Prediger in Gabersdorf und Schweidnitzer Chronisten. (16. Jahrhundert.)
2. Mai. Stadtbibliothekar Dr. Markgraf: Beiträge zur Breslauer Kirchengeschichte.
6. Juni. Professor Dr. Caro: über Przemyslaw von Teschen, Reichsregent unter König Wenzel.
4. Juli. Archivassistent Dr. Pfotenhauer: das ehemalige Matthiastift zu Breslau im ersten Jahrhundert seines Bestehens.
5. Septbr. Archivassistent Dr. Döbner: der Prozeß über die Larnowitzer Bergwerke zwischen Markgraf Georg Friedrich und dem Kaiser.
3. Octbr. Archivrath Professor Dr. Grünhagen: Abschluß des preußisch-französischen Bündnisses von 1741.

7. Novbr. Gymnasiallehrer Dr. Krebs: Ein Prinzenbesuch am Hofe der Brieger Piasten im 17. Jahrhundert.
5. Decbr. Oberregierungsath Delrichs: über schlesische Verwaltungszustände im vorigen Jahrhundert.
- 1878.
2. Januar. Direktor Dr. Reimann: über einen Plan des Ministers von Kaunitz, Schlesiens mit Hülfe der Osmanen wieder zu gewinnen.
6. Februar. Archivath Professor Dr. Grünhagen: über die letzte Sen-
dung Robinson's zu Friedrich II., Ende August 1741.
6. März. Oberlehrer Dr. Fechner: über Friedrich des Großen
Badeaufenthalt in Landeck. 1765.
3. April. Archivath Professor Dr. Grünhagen: die geheimen
Unterhandlungen über die Uebergabe von Reisse u.
September 1741.
1. Mai. Stadtbibliothekar Dr. Markgraf: über die Entwicklung
des städtischen Archivs in Breslau.
5. Juni. Professor Dr. Dove: über die pragmatische Sanction
in Schlesien.
26. Juni. Archivath Professor Dr. Grünhagen: über den Klein-
Schnellendorfer Vertrag von 1741.
4. Septbr. Pastor Schimmelpfennig: über die Herzogin Barbara
von Brieg.
2. Octbr. Pastor Schimmelpfennig: über die Herzogin Barbara
von Brieg und ihren Hof. II. Theil.
6. Novbr. Stadtbibliothekar Dr. Markgraf: Aus Breslau's beweg-
ten Tagen 1420—26.
4. Decbr. Archivath Professor Dr. Grünhagen: Die ersten direk-
ten Friedensanerbietungen Oestreichs an Preußen im
1. schlesischen Kriege.
-

Verzeichniß der Mitglieder.

Ehren-Mitglieder.

1. Herr Drosfen, Dr., Professor in Berlin.
2. : Dudík, B., Dr., Mährischer Landes-Historiograph in Brünn.
3. : Duncker, Dr., Geheimer Ober-Regierungs-Rath in Berlin.
4. : von Ranke, Dr., Geh. Reg.-Rath und Professor in Berlin.
5. : Graf von Stillsfried-Alcantara, Dr., Königl. Wirkl. Geh. Rath, Ober-Ceremonienmeister u. Kammerherr, Excellenz, in Berlin.
6. : Waiz, Dr., Geh. Reg.-Rath, in Berlin.
7. : Wattenbach, Dr., Professor in Berlin.
8. : von Weber, Dr., Geh. Rath und Director des K. Haupt-Staats-Archivs in Dresden.

Correspondirende Mitglieder.

1. Herr Bartsch, Dr., Professor und Geh. Rath in Heidelberg.
 2. : Biermann, Dr., Director des Gymnasiums auf der Kleinsseite in Prag.
 3. : Ermisch, Dr., Archivar am Kgl. Haupt-Staats-Archive in Dresden.
 4. : Gindely, Dr., Professor und Landes-Archivar in Prag.
 5. : Grotefend, Dr., Stadt-Archivar in Frankfurt a/M.
 6. : Kletke, Dr., in Berlin.
 7. : Knothe, Dr., Professor am Kadettenhause in Dresden.
 8. : Kürschner, Dr., Archivdirektor am k. k. Reichs-Finanz-Ministerium in Wien.
 9. : Peter, Anton, k. k. Director der Lehrer-Bildungs-Anstalt in Teschen.
 10. : v. Prziborowski, Ober-Bibliothekar der Universitäts-Bibliothek in Warschau.
 11. : Zegota-Pauly, Custos der Universitäts-Bibliothek in Krakau.
 12. : Zeißberg, Dr., Professor in Wien.
-

Wirkliche Mitglieder.**A. Innerhalb Schlesiens.****Kreis Beuthen D/Schl.**

1. Herr Dr. Franke, Gymnasiallehrer in Beuthen D/Schl.
2. Frau von Tiele-Winkler auf Mieschowitz.
3. Das Gymnasium in Beuthen D/Schl.

Kreis Vollenhain.

4. Der Magistrat zu Vollenhain.
5. Herr Graf Stanislaus von Hoyaß, k. k. kstr. Kammerherr auf Lauterbach.

Stadt Breslau.

6. Herr Adamy, Lehrer am Königl. Friedrichs-Gymnasium.
7. = Bartsch, Dr., Geheimer Regierungsrath und Bürgermeister a. D.
8. = Bauch, Dr. phil., Lehrer an der städtischen Mittelschule.
9. = Bobertag, F., Dr., Privatdocent und Oberlehrer an der Realschule zum heil. Geist.
10. = Freiherr von Bock-Hermisdorf.
11. = Bormann, Reg.-Rath.
12. = Brann, Dr., Rabbiner.
13. = Bülow, Stadtrath und Kaufmann.
14. = Graf Burghaus, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Excellenz.
15. = Caro, Dr., Professor.
16. = Deutschmann, Dr. jur., Assessor.
17. = Dove, Dr., Professor.
18. = Dziabko, Professor Dr., Kgl. Oberbibliothekar.
19. = Eichborn, Dr., Assessor.
20. = Erdmann, Dr., General-Superintendent und Professor.
21. = Fehner, Dr., Gymnasial-Oberlehrer.
22. = Fischer, Justizrath.
23. = Flatau, Sigismund, Kaufmann und Stadtverordneter.
24. = Frauensädt, Stadtgerichtsrath.
25. = Friedensburg, Ferd., Justizrath und Rechtsanwalt.
26. = Fuchs, Dr., Professor und Staats-Anwalt.
27. = Galetschky, Kaufmann.
28. = Gißler, Dr., Professor.
29. = Glauer, Dr., Eisenbahn-Director.
30. = Göppert, Dr., Professor, Geheimer Medizinal-Rath.
31. = Gräßer, Dr., Geheimer Sanitäts-Rath.
32. = Grünhagen, Dr., Archiv-Rath und Professor.
33. = Graf Leopold von Harrach, Landrath.

34. Herr Harsch, Dr. med.
35. = Heimann, Dr., Stadtrath und Rittergutsbesitzer.
36. = Heine, Dr., Director des Magdalenen-Gymnasiums.
37. = Hermann, Moriz, Juwelier.
38. = Hirsch, Professor am Königl. Friedrichs-Gymnasium.
39. = von Hohberg-Buchwald, Rittergutsbesitzer.
40. = Honigmann, David, Dr. jur., Stadtverordneter.
41. = Hübner, Geh. Justizrath und General-Landschafts-Syndikus.
42. = Junkmann, Dr., Professor.
43. = Kästner, Partikulier.
44. = Karfer, Domkapitular.
45. = Kletke, Dr., Director a. D.
46. = Kletke Director der Freiburger Eisenbahn.
47. = Köhler, General-Major z. D.
48. = Korb, Justizrath und Rechtsanwalt.
49. = Korn, Stadtrath und Buchhändler.
50. = Krawużski, Adam, Dr. theol., Privatdocent.
51. = Krebs, Dr., Lehrer an der Realschule am Zwinger.
52. = Krocker, Dr., Geheimer Sanitäts-Rath.
53. = Kubierschky, Königl. Vermessungs-Revisor.
54. = Künzer, Dr., Canonicus.
55. = Lampe, Regierungsrath.
56. = Landsberg, Gerichts-Assessor a. D., Banquier u. Stadtverordneter.
57. = Lesser, Buchhändler.
58. = Leßner, K., Hauptlehrer.
59. = Linke, Dr., Lehrer an der Realschule am Zwinger.
60. = Lipschitz, Dr. med.
61. = Lode, Kommerzienrath und Kaufmanns-Altester.
62. = Luchs, Dr., Director der städt. höheren Töcherschule am Ritterplatz.
63. = Ludwig, Dr., Ober-Lehrer an der Realschule am Zwinger.
64. = Lühe, Stadtgerichts-Rath.
65. = Markgraf, Dr., Stadt-Bibliothekar und Archivar.
66. = Maschke, Oberst a. D.
67. = May, Robert, Kaufmann.
68. = v. Meyer, Appellationsgerichts-Referendar.
69. = Mikulewski, Hauptmann.
70. = Molinari, Leo, Kommerzienrath und Stadtverordneter.
71. = Molinari, Th., Kaufmann und Stadtverordneter.
72. = Morgenstern, Buchhändler.
73. = Mosbach, August, Dr.
74. = Nehring, Dr., Professor.

75. Herr Neugebauer, Ludwig, Kaufmann.
76. = Neuling, Eisenbahn-Secretair a. D.
77. = Nowag, Oberst-Lieutenant a. D.
78. = Delrichs, Ober-Regierungs-Rath.
79. = Desterley, Herm., Dr. phil., Bibliothekar und 1. Custos der Königl. Universitäts-Bibliothek.
80. = Otto, Dr., Präfect des fürstbischöflichen Convicts.
81. = Palm, Dr., Professor und Gymnasial-Oberlehrer.
82. = Peiper, Gymnasial-Oberlehrer.
83. = Pfotenhauer, Dr., Archiv-Sekretär.
84. = Pohla, Dr., Gymnasiallehrer.
85. = v. Prittwitz u. Gaffron, Regierungs-Referendar a. D.
86. = Graf v. Pückler, Vice-Ober-Schloßhauptmann und Kammerherr, General-Landschafts-Direktor.
87. = Graf von der Recke-Bolmerstein, Major a. D. und General-Landschafts-Repräsentant.
88. = Rehbaum, Lehrer am Königl. Friedrichs-Gymnasium.
89. = Reimann, Dr., Professor, Director d. Realschule z. heil. Geist.
90. = v. Reinbaben, Dr., Kreisgerichtsrath.
91. = Reißler, Julius, Buchhändler.
92. = Graf v. Roedern, Gerichts-Assessor a. D.
93. = Roepell, Dr., Professor.
94. = v. Rosenberg-Lipinsky, Landschafts-Director a. D.
95. = v. Ruffer, Geheimer Commerzienrath.
96. = Rumler, Kaufmann.
97. = Sack, Geh. Justizrath.
98. = v. Sassen, Regierungs-Rath.
99. = Schmidt, Lehrer an der Realschule am Zwingen.
100. = Schönborn, Dr., Oberlehrer an der Realschule zum heil. Geist.
101. = Schroller, Dr., Realschullehrer.
102. = Schubert, H. G. Lehrer der städt. höh. Töchter Schule, Taschenstraße.
103. = Schulz, A., Dr., Professor.
104. = Schulze, Diakon.
105. = Silbergleit, Kaufmann.
106. = Simon, Gymnasial-Oberlehrer und Hauptmann a. D.
107. = Steuer, Dr. med.
108. = Stiefel, Ludwig, Appellations-Gerichts-Rath.
109. = Storch, Kaufmann und Stadtverordneter.
110. = Straka, Kaufmann und Stadtverordneter.
111. = Tiezen, Buchhändler.
112. = v. Uechtritz, Staats-Anwalt.

113. Herr Böckerling, Dr., Gymnasiallehrer.
114. = Bolger, Dr. phil., Lehrer der neueren Sprachen.
115. = Freiherr v. Wechmar, General-Major und Commandeur der
21. Infanterie-Brigade.
116. = Weinhold, Dr., Professor.
117. = Wohlaue, Stud. phil.
118. = von Wulffen, General-Lieutenant und Commandant, Excellenz.
119. = v. Zschock, Geh. Regierungsrath.
120. = Zwinger, Stadtrath.
121. Die Schlesiſche General-Landschafts-Direction.
122. Der Landwirthſchaftliche Central-Verein.
123. = Magistrat der Haupt- und Reſidenzſtadt Breslau.
124. Daß Gymnaſium zu St. Johannes.
125. = Königl. Friedrichs-Gymnaſium.
126. = Königl. katholiſche Gymnaſium.
127. Die Bibliothek des Domkapitelſ.
128. = ſtädtiſche höhere Töchterſchule zu St. Maria-Magdalena, Taſchenſtr.
129. = Bibliothek der kaufm. Zwinger-Reſſourcen-Geſellſchaft.
130. = Bibliothek des Appellationsgerichtſ.
131. = Bibliothek des nordw. Bezirks-Vereinſ des inneren Theileſ
der Stadt.

Kreis Breslau.

132. Herr v. Haugwiß, Gen.-Landschafts-Repräſentant auf Roſenthal.
133. = Kraker v. Schwarzenfeld, Kammerherr auf Sürding.
134. = Soffner, Dr., Pfarrer in Otaſchin.

Kreis Brieg.

135. Herr Dr. Guttmann, Gymnaſial-Director in Brieg.
136. = Müller, Kreisgerichtsrath in Brieg.
137. = Scholz, Dr., Gymnaſiallehrer in Brieg.
138. = Bernicke, Dr., Lehrer an der Gewerbeſchule in Brieg.
139. Der Magistrat zu Brieg.
140. Daß Gymnaſium zu Brieg.
141. Herr v. Schalscha, Lieutenant a. D. auf Frohnau.
142. = Werkenthin, Superintendent in Michelau.
143. = Eſſche, Paſtor in Zindel.

Kreis Bunzlau.

144. Daß Gymnaſium zu Bunzlau.
145. Herr v. Kölichen, auf Rittlitzen.

Kreis Gofel D/S.

146. Herr Alberle, Rektor in Gofel D/S.

Kreis Creuzburg.

- 147. Das Gymnasium zu Creuzburg.
- 148. Herr Groß, Kreisrichter in Creuzburg.
- 149. = Kölling, Pastor und Superintendent in Roschkowitz.

Kreis Falkenberg.

- 150. Herr Graf v. Praschma auf Schloß Falkenberg.
- 151. = Galtuschka, Pfarrer in Schurgast.

Kreis Glas.

- 152. Herr Wittig, Rechtsanwalt in Glas.
- 153. = Kadelbach, Divisions-Pfarrer in Glas.
- 154. = Wolff, Kaplan in Glas.
- 155. = v. Wiese II., Hauptmann im Posen'schen Inf.-Reg. Nr. 18 in Glas.
- 156. = Jahnel, Dr., Gymnasiallehrer und Chorregens.
- 157. Das Königl. Gymnasium zu Glas.

Kreis Gleiwitz.

- 158. Herr Freund, Dr., Sanitätsrath in Gleiwitz.
- 159. = Gorepky, Mühlenbesitzer in Gleiwitz.
- 160. = Nietsche, Gymnasiallehrer in Gleiwitz.
- 161. = Schink, Gymnasiallehrer in Gleiwitz.
- 162. Der Magistrat zu Gleiwitz.
- 163. Das Königl. kathol. Gymnasium zu Gleiwitz.

Kreis Glogau.

- 164. Herr Flemming, Carl, Buchhändler in Glogau.
- 165. Der Magistrat zu Glogau.
- 166. Herr Freiherr v. Tschammer-Quaritz auf Quaritz.
- 167. = Maché, Pfarrer in Klopschen.
- 168. = von Niebelschütz, Felix, Rittmeister a. D., Landesältester auf Gleinitz.
- 169. Das evangel. Gymnasium zu Glogau.

Stadt Görlik.

- 170. Das städtische Gymnasium.
- 171. Die Realschule I. Ordnung.

Kreis Grottkau.

- 172. Herr Klein, Dr., Pfarrer zu Gläsendorf.
- 173. = Hertlein, Consistorialrath und Pfarrer in Dittmachau.

Kreis Grünberg.

174. Die Realschule I. Ordnung in Grünberg.

Kreis Guhrau.

175. Der Magistrat zu Guhrau.
 176. Herr Jungnick, Joseph, Kaplan in Guhrau.
 177. = v. Röder, Landrath a. D. auf Ober-Elguth.
 178. = Stiller, Theodor, Pfarrer in Guhrau.
 179. = Benzlick, Emil, Kaplan in Kraschen.

Kreis Haynau-Goldberg.

180. Herr Mathes, Kaufmann in Haynau.
 181. = Scholz, Cantor in Haynau.
 182. = Jäger, Dr., Pastor in Bärtsdorf.
 183. = Kretschmer, Lehrer in Wolltsdorf.

Kreis Hirschberg.

184. Herr Bachmann, Dr. phil. in Hirschdorf.
 185. Das königl. Gymnasium zu Hirschberg.
 186. Der Magistrat zu Hirschberg.
 187. Herr Eisenmänger, Lehrer in Schmiedeberg.
 188. = Freiherr von Tröltzsch, Lieutenant a. D. in Hirschberg.

Kreis Jauer.

189. Herr v. Müßschefahl, Justizrath, Landschafts-Syndikus in Jauer.
 190. = Richter, Landschafts-Kassen-Rendant in Jauer.
 191. = Freiherr v. Richthofen auf Brechelsdorf.
 192. = Duprier, Gutsbefitzer in Jauer.

Kreis Landeshut.

193. Die städtische Realschule zu Landeshut i/Schl.

Kreis Lauban.

194. Herr Hoppe, Gymnasial-Director in Lauban.

Kreis Leobschütz.

195. Das Gymnasium zu Leobschütz.
 196. Herr Roßner, Dr., Gymnasial-Director in Leobschütz.

Stadt Liegnitz.

197. Herr von Gellhorn, Stud. jur. et cam.
 198. = Nerger, Dr., Lehrer der Landwirthschafts-Schule.

- 199. Herr Ischent, Ober-Postsecretair.
- 200. Der Magistrat.
- 201. Das städtische Gymnasium.
- 202. Die Ritterakademie.

Kreis Liegnitz.

- 203. Herr Starke, Pastor in Koiskau.
- 204. = Karow, Pastor in Kroitsch.

Kreis Löwenberg.

- 205. Herr Schubert, Erzpriester in Langwasser.

Kreis Lubliniz.

- 206. Der Magistrat zu Lubliniz.

Kreis Militzsch.

- 207. Se. Durchlaucht Fürst von Hatzfeld-Schönstein auf Trachenberg.
- 208. Herr v. Heydebrand, Landrath auf Klein Ischunkawe.
- 209. = Friebß, Gutspächter in Groß-Oßig bei Trachenberg.
- 210. = Laugwitz, Dr., Pfarrer in Gorsenz bei Trachenberg.
- 211. = Miließki, Rechts-Anwalt in Trachenberg.
- 212. = Künzer, Stadtpfarrer und Kreis-Schulen-Inspector in Trachenberg.

Kreis Münsterberg.

- 213. Herr Himmel, Regierungs- und Schulrath a. D. und Pfarrer in Weigelsdorf.
- 214. = Hahn, H., Lieutenant und Rittergutsbes. auf Ober-Kunzendorf.

Kreis Namslau.

- 215. Herr Graf Henckel v. Donnersmarck auf Kaulwitz.

Kreis Neisse.

- 216. Das städtische Gymnasium zu Patschkau.
- 217. Herr Jung, Kaplan in Patschkau.
- 218. = Kopiez, Dr., Gymnasiallehrer in Patschkau.
- 219. = König, Dr. theol., Religionslehrer an der Realschule in Neisse.
- 220. = Grauer, Rechts-Anwalt in Neisse.
- 221. = Freiherr von Falkenhausen auf Bielau.
- 222. = Schulte, Dr., Oberlehrer an der Realschule in Neisse.
- 223. Die Realschule zu Neisse.

Kreis Neumarkt.

224. Herr Immerwahr, Dr., auf Volkendorf.
 225. = Majunke, Erzpriester in Bissa.
 226. = Melßer, Pfarrer in Reulendorf bei Radtschütz.
 227. = Scholz, Pfarrer in Kostenblut.
 228. = Freiherr v. Saurma, Rittmeister a. D. in Lorzendorf bei Mettkau.

Kreis Nimptsch.

229. Herr v. Goldfuß, Landrath in Nimptsch.
 230. = Rohde, Domainenpächter in Rothschloß.

Kreis Dels.

231. Herr v. Prittwitz und Gaffron, Hauptmann a. D. in Dels.
 232. Der Magistrat zu Dels.
 233. Das herzogliche Gymnasium zu Dels.
 234. Herr Graf v. Pfeil, Landesältester auf Wildschütz.
 235. = Wender, Rector in Bernstadt.

Kreis Ohlau.

236. Herr Flöter, Cand. theol.
 237. = Treu, Gymnasial-Director in Ohlau.
 238. = Laschinsky, Pfarrer in Würben.
 239. = Graf Saurma-Zeltsch auf Zeltsch.
 240. = Graf York v. Wartenburg auf Klein-Dels.
 241. = von Gicke, Rittmeister a. D. auf Marschwitz.
 242. Der Magistrat zu Ohlau.

Kreis Oppeln.

243. Der Landwirthschaftliche Verein zu Oppeln.
 244. Das katholische Gymnasium zu Oppeln.
 245. Herr Mysliwiec, Kaplan in Oppeln.
 246. = Heinzel, Dr., Professor in Proßkau.
 247. = Benzel, Dr., Gymnasial-Director in Oppeln.
 248. = Kahl, Schuleninspector und Pfarrer in Groß-Kottorz.
 249. = Ullig, Pfarrer in Tarnau.
 250. = Freiherr von Hüne, Hauptmann a. D. auf Mahlendorf.

Kreis Pleß.

251. Se. Durchlaucht Fürst von Pleß.
 252. Herr Weigelt, Generaldirector in Pleß.
 253. Das Gymnasium zu Pleß.

Kreis Ratibor.

- 254. Herr Schaffer, Hermann, Stadtpfarrer u. Herzogl. Rath in Ratibor.
- 255. = Schoene, Dr., Gymnasiallehrer in Ratibor.
- 256. = Biedenz, Kgl. Bergmeister und Bergassessor in Ratibor.
- 257. Die Oberschlesische Fürstenthums-Landschaft in Ratibor.
- 258. Der Magistrat zu Ratibor.
- 259. Das Königl. Gymnasium zu Ratibor.
- 260. Herr Belpel, geistlicher Rath und Pfarrer in Tworkau.
- 261. = v. Schirnding, Kreisgerichts-Rath in Ratibor.

Kreis Reichenbach.

- 262. Die Philomathie zu Reichenbach.
- 263. Herr Graf Franz zu Stolberg-Bernigerode auf Petersewaldau.
- 264. Die Königl. Wilhelms-Schule zu Reichenbach.

Kreis Rothenburg.

- 265. Herr Holscher, Superintendent in Horka.
- 266. = Riedel, Pastor in Zibelle.

Kreis Rybnik.

- 267. Se. Durchlaucht, Herzog v. Ratibor auf Rauden.
- 268. Herr v. Jablonski, Rechtsanwalt in Rybnik.
- 269. = Brauns, Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer in Loßlau.
- 270. = Hirsch, Kreis-Gerichts-Rath in Loßlau.

Kreis Sagan.

- 271. Herr Schreiber, Karl, Kreis-Bicar und Pfarr-Administrator in Ekersdorf.
- 272. Das Königl. Gymnasium zu Sagan.

Kreis Schweidnitz.

- 273. Herr Pfizner, Syndikus in Schweidnitz.
- 274. = Schmidt, Dr., Professor und Prorector in Schweidnitz.
- 275. Die höhere Bürgerschule zu Freiburg.
- 276. Der Magistrat zu Schweidnitz.
- 277. Herr Freiherr v. Lüttwich auf Gorkau.
- 278. = v. Salisch, Regierungs-Assessor a. D. auf Kragkau.
- 279. = Worthmann, Dr. phil., Gymnasiallehrer in Schweidnitz.

Kreis Steinau.

- 280. Herr Freiherr von Rottenberg, Geh. Reg.-Rath auf Mühlgast
- 281. = Freiherr von Wechmar, Majoratsbesitzer auf Jedlitz.

Kreis Strehlen.

- 282. Herr Schimmelpfennig, Dr., Pastor in Arnsdorf.
- 283. = Schmalz, Pastor in Schönbrunn,
- 284. = Richter, Superintendent in Prieborn.
- 285. = Gerhardt, Pastor in Großburg.
- 286. = Lübbert, Lieutenant und Rittergutsbesitzer auf Klein-Lauden.
- 287. Das städtische Gymnasium zu Strehlen.
- 288. Herr Trautmann, Cantor in Türpitz.

Kreis Groß-Strehlig.

- 289. Das Gymnasium zu Groß-Strehlig.

Kreis Striegau.

- 290. Herr Rößler, Dr., Realschuldirector in Striegau.
- 291. = Belz, Stadtpfarrer in Striegau.
- 292. Die Realschule zu Striegau.
- 293. Herr Freiherr v. Richthofen auf Groß-Rosen.
- 294. = Freiherr v. Richthofen, Dr., Professor, auf Damsdorf.
- 295. Frau v. Seydlitz, Kammerherr, auf Pilgramshain.

Kreis Tarnowitz.

- 296. Herr Schmauß, Pfarrer in Tarnowitz.
- 297. Graf Henckel von Donnerstmarkt, Guido, auf Schloß Neudeck.

Kreis Trebnitz.

- 298. Herr Häußler, Justizrath in Trebnitz.
- 299. = Scharff, Dr., Kreiswundarzt in Trebnitz.
- 300. = Stahr, Dr. med., auf Heidewilsen.
- 301. = v. Rhediger Majoratsbesitzer auf Striese.
- 302. = Gillet, Pastor emer. in Obernigk.
- 303. = v. Scheliha auf Perschütz.
- 304. = v. Prittwitz u. Gaffron, Kammerherr auf Ravallen.

Kreis Waldenburg.

- 305. Herr Heimann, Pastor in Waldenburg.
- 306. = Pflug, Karl, Gymnasiallehrer in Waldenburg.
- 307. = Websky, Dr., Commerzienrath und Rittergutsbesitzer in Wüste-Waltersdorf.
- 308. Das städtische Gymnasium zu Waldenburg.
- 309. Herr Kerber, Bibliothekar in Fürstenstein.

Kreis Wohlau

- 310. Herr Hartmann, Kaplan in Wahren.
- 311. Frau Baronin v. Röckriß auf Sürchen.
- 312. Das Gymnasium zu Wohlau.

B. Außerhalb Schlesiens.

- 313. Herr Abegg, Dr. med., Geheimer Sanitäts-Rath in Danzig.
- 314. = Graf von Arnim-Boitzenburg, Ober-Präsident a. D. auf Boitzenburg in der Uckermark.
- 315. = Bach, Dr., Director der Sophienschule in Berlin.
- 316. = Bachmann, Dr., Privatdocent in Prag.
- 317. = Barkow, Hauptmann a. D. in Gotha.
- 318. = Cauer, Dr., Schulrath in Berlin.
- 319. = Döbner, Dr., Archiv-Sekretair in Hannover.
- 320. = Emler, Dr., Stadtarchivar in Prag.
- 321. = Franz, Dr. theol. Redakteur der Germania in Berlin.
- 322. = Freytag, Gustav, Dr., Hofrath in Leipzig.
- 323. = Geisheim, Dr., Archivar in Magdeburg.
- 324. = Göppert, Dr. jur., Geheimer Regierungs-Rath und vortragender Rath im Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in Berlin.
- 325. = Goll, Dr., Prof. an der höh. Handels-Akademie in Prag.
- 326. = Greiff, Geh. Ober-Regierungs-Rath, Ministerial-Director im Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten in Berlin.
- 327. = Großmann, Dr., Archivar a. Rgl. Haus-Archive in Berlin.
- 328. = Hackenberger, Joseph, Geistlicher Rath, in Johannesburg.
- 329. = v. Hauteville, Regierungs-Assessor in Posen.
- 330. = Heller, Dr. phil., in Berlin.
- 331. = Graf Leo Henckel von Donnerstern, Major a. D., in Weimar.
- 332. = Herquet, Dr., Staats-Archivar in Auriß.
- 333. = Hirsch, Dr., Professor und Oberbibliothekar in Greifswald.
- 334. = Höpfner, Dr., Provinzial-Schulrath in Coblenz.
- 335. = Kelsner, Ammannensis der Stadtbibliothek in Frankfurt a/M.
- 336. = v. Keltzsch, Kreis-Deputirter auf Stein bei Reichenbach in O/Pr.
- 337. = Laband, Dr., Professor in Straßburg.
- 338. = Lindner, Dr., Professor in Münster, in Westphalen.
- 339. = Lohmeyer, Dr., Professor in Königsberg i./P.
- 340. = Wagner, Dr., Redakteur der deutschen Reichszeitung in Bonn.
- 341. = Mehnert I., Lehrer an der höheren Bürgerschule in Rathenow.
- 342. = Meißner, Dr., Geheimer Regierungs-Rath in Berlin.

343. Herr Menzel, Gymnasial-Director in Inowraclaw, Posen.
344. = Graf Mieroszewicz=Mieroszewski, Stanislaw, Reichsraths-Abgeordneter in Krakau.
345. = Oberg, Regierungsrath in Königsberg.
346. = Delbner, Dr., in Frankfurt a./M.
347. = Otto, Dr. phil., Schul-Director in Hamburg.
348. = Perlbach, Dr., Custos der Universitäts-Bibliothek in Greifswald.
349. = Graf v. Posadowsky-Wehner, Dr., Landrath in Bongrowitz, Reg.-Bez. Bromberg.
350. = von Raczek, Dr., Prov.-Schulrath in Coblenz.
351. = Rehme, Ober-Steuer-Inspector in Osterode O./Pr.
352. = Reuter, Dr., Consistorial-Rath und Professor in Göttingen.
353. = Schiffer, Dr., Stabsarzt in Danzig.
354. = Schirmacher, Dr., Professor in Rostock.
355. = Schlesinger, Dr., Professor, Director des deutschen Mädchen-Lyceums in Prag.
356. = Schneider, Eugen, Geh. Revisionsrath in Berlin.
357. = Scholz, Geh. Ober-Finanz-Rath und Director der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt in Berlin.
358. = Schück, Ober-Post-Secretair in Danzig.
359. = v. Schweinitz, General-Lieutenant und General-Adjutant Se. Maj. des Kaisers, Botschafter zu St. Petersburg, Excellenz.
360. = Graf Sierakowski, Dr., auf Waplik bei Altmark in B./Pr.
361. = Smolka, Dr., Professor in Krakau.
362. = Stobbe, Dr., Professor in Leipzig.
363. = Trampler, Prof. an der Wiedner Oberrealschule in Wien.
364. = Wallnöffer, Dr., Gymnasial-Director zu Wienerisch-Neustadt in N. Oesterreich.
365. = Wengler, Dr., Gymnasialdirector in Eisenach.
366. = von Zastrow, Ober-Reg.-Rath im Ministerium des Innern in Berlin.
367. = Zukal, Professor in Troppau.
368. Das Königl. Haus-Archiv zu Berlin.
369. Die Stadtbibliothek zu Frankfurt a./M.
370. = Großherzogliche Universitäts-Bibliothek zu Heidelberg.
371. = K. K. Universitäts-Bibliothek zu Lemberg.
372. = Königl. Hof- und Staats-Bibliothek zu München.
373. = Paulinische Bibliothek der Kgl. Akademie zu Münster.
374. = Universitäts-Bibliothek zu Rostock.

Inhalt des vierzehnten Bandes, ersten Heftes.

	Seite.
I. Die Drangsale der Stadt Schweidnitz im dreißigjährigen Kriege und speciell im Jahre 1627. Von Dr. Julius Krebs	1
II. Herzog Kasimir von Auschwitz (Oświęcim) (reg. 1414—1433). Von Rudolf Temple in Pest	41
III. Die Kreuzherren mit dem rothen Stern in Schlessen. Von Dr. Paul Pfotenhauer	52
IV. Der Prozeß des Markgrafen Georg Friedrich von Brandenburg mit dem Kaiser über die Tarnowiger Bergwerke (1560—70). Vom Archivsekretair Dr. Richard Döbner in Hannover	79
V. Zur Geschichte von Friedland. Vom Bibliothekar Kerber in Fürstenstein	93
VI. Urkundliche Nachrichten zur Geschichte der Stadt Stotschau. Von Anton Peter in Troppau	96
VII. Schlesiens Kriegskosten in dem Türkenkriege von 1661—1664. Von Dr. Theodor Schönborn	107
VIII. Schweidnitzer Aufzeichnungen des Justiziar Klose aus d. J. 1741. Mitgetheilt von Gymnasiallehrer Pflug in Waldenburg	115
IX. Die Kanzlei Herzog Heinrichs IV. von Breslau. Von Hugo Fäkel	124
X. Die Rechtshandschriften der Stadt Breslau. Von Georg Bobertag	156
XI. Die schlesischen Kastellaneien vom Jahre 1251—1280. Aus den Regesten zusammengestellt von Hermann Reuling	208
XII. Beiträge zur Geschichte der Grafschaft Glatz in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Von cand. theol. cath. A. Nürnberger	215
XIII. Archivaltische Miscellen:	
1. Eine Cabinetsordre Friedrichs des Großen. Mitgetheilt vom Archivsekretär Dr. R. Döbner in Hannover	224
2. Ein polnisches Promemoria über das Kloster Trebnitz. Aus dem Wiener Staatsarchive mitgetheilt von C. Grünhagen	225
3. Das Gefecht bei Olbendorf (Kr. Strehlen) den 7. Juni 1741, aus dem Olbendorfer Kirchenbuche	226
4. Ueber einige Urkunden zur Schlesißen Geschichte. Mitgetheilt von Oberlehrer Dr. Kraffert in Aurich	229
5. Ueber eine Historia Thebesiorum, von Oberlehrer Dr. Kraffert in Aurich	234
6. Ueber eine Samitzer Dreidingsordnung, von Oberlehrer Dr. Kraffert	235
7. Die Wahl des Eudocus von Ziegenhals zum Abte des Augustiner-Chorherren-Stiftes auf dem Sande zu Breslau. Von Prof. Dr. Alwin Schulz	236
8. Eine Breslauer Incunabel. Mitgetheilt von Prof. Dr. Alwin Schulz	242
9. Aus zwei Agendenbüchern der Universitätsbibliothek. Mitgetheilt von Prof. Dr. Alwin Schulz	243
XIV. Ergänzungen und Berichtigungen	246
XV. Prof. Dr. Kußen †	248

343. Herr Menzel, Gymnasial-Director in Inowraclaw, Posen.
344. = Graf Mieroszkowice=Mieroszkowski, Stanislaw, Reichs-rath's-Abgeordneter in Krakau.
345. = Oberg, Regierungs-Rath in Königsberg.
346. = Delbner, Dr., in Frankfurt a./M.
347. = Otto, Dr. phil., Schul-Director in Hamburg.
348. = Perlbach, Dr., Custos der Universitäts-Bibliothek in Greifswald.
349. = Graf v. Posadowsky-Wehner, Dr., Landrath in Wonnegowitz, Reg.-Bez. Bromberg.
350. = von Raczek, Dr., Prov.-Schulrath in Coblenz.
351. = Rehme, Ober-Steuer-Inspector in Osterode O/Pr.
352. = Reuter, Dr., Consistorial-Rath und Professor in Göttingen.
353. = Schiffer, Dr., Stabsarzt in Danzig.
354. = Schirmacher, Dr., Professor in Rostock.
355. = Schlesinger, Dr., Professor, Director des deutschen Mädchen-Pyceums in Prag.
356. = Schneider, Eugen, Geh. Revisionsrath in Berlin.
357. = Scholz, Geh. Ober-Finanz-Rath und Director der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt in Berlin.
358. = Schück, Ober-Post-Secretair in Danzig.
359. = v. Schweinitz, General-Lieutenant und General-Adjutant Se. Maj. des Kaisers, Botschafter zu St. Petersburg, Excellenz.
360. = Graf Sierakowski, Dr., auf Waplik bei Utmars in W./Pr.
361. = Smolka, Dr., Professor in Krakau.
362. = Stobbe, Dr., Professor in Leipzig.
363. = Trampler, Prof. an der Wiedner Oberrealschule in Wien.
364. = Wallnöffner, Dr., Gymnasial-Director zu Wienerisch-Neustadt in N. Oesterreich.
365. = Weniger, Dr., Gymnasialdirector in Eisenach.
366. = von Zastrow, Ober-Reg.-Rath im Ministerium des Innern in Berlin.
367. = Zukal, Professor in Troppau.
368. Das Königl. Haus-Archiv zu Berlin.
369. Die Stadtbibliothek zu Frankfurt a./M.
370. = Großherzogliche Universitäts-Bibliothek zu Heidelberg.
371. = K. K. Universitäts-Bibliothek zu Lemberg.
372. = Königl. Hof- und Staats-Bibliothek zu München.
373. = Paulinische Bibliothek der Kgl. Akademie zu Münster.
374. = Universitäts-Bibliothek zu Rostock.

Inhalt des vierzehnten Bandes, ersten Heftes.

	Seite.
I. Die Drangsale der Stadt Schweidnitz im dreißigjährigen Kriege und speciell im Jahre 1627. Von Dr. Julius Krebs	1
II. Herzog Kasimir von Auschwitz (Oświęcim) (reg. 1414—1433). Von Rudolf Temple in Pest	41
III. Die Kreuzherren mit dem rothen Stern in Schlesien. Von Dr. Paul Psottenhauer	52
IV. Der Prozeß des Markgrafen Georg Friedrich von Brandenburg mit dem Kaiser über die Larnowitzer Bergwerke (1560—70). Vom Archivsekretair Dr. Richard Döbner in Hannover	79
V. Zur Geschichte von Friedland. Vom Bibliothekar Kerber in Fürstenstein	93
VI. Urkundliche Nachrichten zur Geschichte der Stadt Skotschau. Von Anton Peter in Troppau	96
VII. Schlesiens Kriegskosten in dem Türkenkriege von 1661—1664. Von Dr. Theodor Schönborn	107
VIII. Schweidnitzer Aufzeichnungen des Justiziar Klose aus d. J. 1741. Mitgetheilt von Gymnasiallehrer Pflug in Waldburg	115
IX. Die Kanzlei Herzog Heinrichs IV. von Breslau. Von Hugo Säkel	124
X. Die Rechtshandschriften der Stadt Breslau. Von Georg Bobertag	156
XI. Die schlesischen Kastellaneien vom Jahre 1251—1280. Aus den Regesten zusammengestellt von Hermann Neuling	208
XII. Beiträge zur Geschichte der Grasschaft Glas in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Von cand. theol. cath. A. Nürnberger	215
XIII. Archivalische Miscellen:	
1. Eine Cabinetsordre Friedrichs des Großen. Mitgetheilt vom Archivsekretär Dr. R. Döbner in Hannover	224
2. Ein polnisches Promemoria über das Kloster Trebnitz. Aus dem Wiener Staatsarchive mitgetheilt von C. Grünhagen	225
3. Das Gefecht bei Olbendorf (Kr. Strehlen) den 7. Juni 1741, aus dem Olbendorfer Kirchenbuche	226
4. Ueber einige Urkunden zur Schlesiens Geschichte. Mitgetheilt von Oberlehrer Dr. Kraffert in Auriach	229
5. Ueber eine Historia Thebesiorum, von Oberlehrer Dr. Kraffert in Auriach	234
6. Ueber eine Samitzer Dreibingsordnung, von Oberlehrer Dr. Kraffert	235
7. Die Wahl des Jodocus von Ziegenhals zum Abte des Augustiner-Chorherren-Stiftes auf dem Sande zu Breslau. Von Prof. Dr. Alwin Schulz	236
8. Eine Breslauer Incunabel. Mitgetheilt von Prof. Dr. Alwin Schulz	242
9. Aus zwei Agendenbüchern der Universitätsbibliothek. Mitgetheilt von Prof. Dr. Alwin Schulz	243
XIV. Ergänzungen und Berichtigungen	246
XV. Prof. Dr. Kugen †	248

Inhalt des vierzehnten Bandes, zweiten Heftes.

	Seite.
XVI. Diplomatische Besprechungen im Reisser Kapuzinerkloster 1741. Von C. Grünhagen	255
XVII. Die Zusammenkunft Friedrichs II. und Josephs II. in Reisse. Von Eduard Reimann	263
XVIII. Verwaltungs-Bestimmungen und Einrichtungen in Schlessen im vorigen Jahrhunderte. Ein Vortrag gehalten im Verein für Geschichte und Alterthum Schlessens. Von H. Delrichs, Oberregierungs-rath	277
XIX. Die pragmatische Sanction in Schlessen. Von Professor Dr. Alfred Dove	299
XX. Herzogin Barbara von Biegniß-Brieg, geborne Markgräfin von Brandenburg, ihr Hofhalt und ihre Regierung von 1586—1595. Von Dr. C. A. Schimmelpfennig, ev. Pfarrer in Arnsdorf..	337
XXI. Ein Prinzenbesuch am Hofe der Brieger Pfaffen (1618—21). Von Dr. Julius Krebs	431
XXII. Die Standesherrschaft Wartenberg im Besiße des Herzogs Biron von Kurland und des Feldmarschalls Münnich (1741—64). Von Dr. Theodor Schönborn	451
XXIII. Die Kastellanei Sandwalbe und ihre Germanisirung, eine ortsgeschichtliche Studie im Kreise Guhrau. Von H. Schuch in Weimar	486
XXIV. Beiträge zum Itinerar Karls IV. und zu seinem Aufenthalt in Schlessen mit dem König von Cypern im Jahre 1364. Von Dr. Herquet, Staatsarchivar in Aulich	521
XXV. Die Schaff im Delsnischen. Vom Hauptmann a. D. v. Prittwitz und Gaffron in Dels	528
XXVI. Das Criminalregister des Stadtgerichtes zu Troppau für die Jahre 1643—70. Von Professor Josef Zukal in Troppau	532
XXVII. Ein Gedicht vom Biegnißer Kriege. Herausgegeben von Dr. Meißner in Berlin	558
XXVIII. Archivalische Miscellen:	
1. Der Namen des Zobtenberges. Von Dr. Rudolf Peiper...	567
2. Ueber die Ortsnamen Uyazd. Von Kaplan Jungniß in Guhrau	570
3. Die Handschrift Wenzel Tommenbors. Von Dr. Markgraf.	572
XXIX. Anmerkungen zu dem Text der Schweidnißer Chroniken im XI. Bande der Scriptores rerum Silesiacarum (Breslau 1878), von Professor Dr. R. Weinhold	573
XXX. Zwei Retrologe: Sigismund von Görz und Julius Neugebauer..	582
XXXI. Bericht über die Thätigkeit des Schlessischen Geschichts-Vereins in den Jahren 1877 und 1878	588
Verzeichniß der Vorträge	596
Verzeichniß der Mitglieder	598